Forme della comunicazione politica in Europa nei secoli XV-XVIII

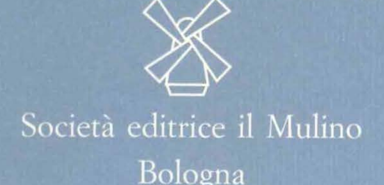
Suppliche, gravamina, lettere

Formen der politischen Kommunikation in Europa vom 15. bis 18. Jahrhundert

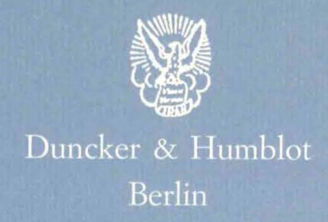
Bitten, Beschwerden, Briefe

a cura di/hrsg. von

Cecilia Nubola - Andreas Würgler



Società editrice il Mulino
Bologna



Duncker & Humblot
Berlin

Istituto trentino di cultura

Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento
Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient

Contributi/Beiträge 14

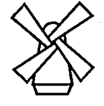
I lettori che desiderano informarsi
sui libri e sull'insieme delle attività della
Società editrice il Mulino
possono consultare il sito Internet:

www.mulino.it

Forme della comunicazione politica in Europa nei secoli XV-XVIII
Suppliche, gravamina, lettere

Formen der politischen Kommunikation in Europa vom 15. bis 18. Jahrhundert
Bitten, Beschwerden, Briefe

a cura di/hrsg. von
Cecilia Nubola - Andreas Würgler





Società editrice il Mulino
Bologna

Duncker & Humblot
Berlin

Centro per gli studi storici italo-germanici in Trento

Petizioni, gravamina e suppliche nella prima età moderna in Europa (secoli XV-XVIII) / Suppliken, Gravamina und Petitionen der Frühen Neuzeit in Europa (15.-18. Jahrhundert)

Trento, 29 novembre - 1 dicembre 2001

FORME

della comunicazione politica in Europa nei secoli XV-XVIII : suppliche, gravamina, lettere = Formen der politischen Kommunikation in Europa vom 15. bis 18. Jahrhundert : Bitten, Beschwerden, Briefe / a cura di = hrsg. von Cecilia Nubola, Andreas Würgler. - Bologna : Il mulino ; Berlin : Duncker & Humblot, 2004. - 402 p. ; 24 cm. - (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Contributi = Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient. Beiträge ; 14)

Atti del convegno tenuto a Trento nei giorni 29 novembre - 1 dicembre 2001. - Nell'occh. : Istituto trentino di cultura.

ISBN 88-15-10175-6 - ISBN 3-428-11582-1

1. Società e politica - Europa - Sec.XV-XVIII - Congressi - Trento - 2001 2. Amministrazione e società - Europa - Sec.XV-XVIII - Congressi - Trento - 2001 3. Giustizia e società - Europa - Sec.XV-XVIII - Congressi - Trento - 2001 I. Nubola, Cecilia II. Würgler, Andreas

323. (21.ed.) Scheda a cura della Biblioteca ITC

Composizione e impaginazione a cura dell'Ufficio Editoria ITC

ISBN 88-15-10175-6
ISBN 3-428-11582-1

Sommario/Inhalt

Politische Kommunikation und die Kultur des Bittens

von *Andreas Würgler* und *Cecilia Nubola*

Politische Kommunikation hat Konjunktur – zumindest als Begriff. Politiker versuchen ihre Fehlleistungen vor der Öffentlichkeit auf bloße «Kommunikationspannen» zu reduzieren. Erfolgsorientierte Parteien ersetzen ihre alten Programmstrategen durch neue Kommunikationsberater. Und manche Regierungen scheinen sich weniger für zukunftsträchtige Problemlösungen als für die Kontrolle der politischen Kommunikation durch die Instrumentalisierung oder Monopolisierung der Massenmedien einzusetzen. Der Typ des *winner* unter den Politikern heißt «Kommunikator» und ist oft ein medienerfahrener *performer*. Die Politikwissenschaft bilanziert solche Entwicklungen mit der Feststellung, Politik sei ohne kommunikative Vermittlung nicht denkbar: Und «daher ist politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik. Sie ist selber auch Politik»[1]. Diese Analyse der Politik als Kommunikation konzentriert sich oft auf das, was von politischen Vorgängen in der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit sichtbar wird, und vernachlässigt jene Formen politischer Interaktion, die nicht über die Kanäle der TV-Stationen laufen.

Entsprechend der anders strukturierten politischen Öffentlichkeit in der Vormoderne fokussiert hier der Begriff politische Kommunikation für das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit nicht primär auf die Kommunikation über Massenmedien – wiewohl es diese auch damals gab[2] –, sondern

[1] U. SAXER, *System, Systemwandel und politische Kommunikation*, in O. JARREN u.a. (edd), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Wiesbaden 1998, S. 25; vgl. auch U. SARCINELLI, *Politische Inszenierung im Kontext des aktuellen Politikvermittlungsgeschäfts*, in S.R. ARNOLD u.a. (edd), *Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert*, Wien 1998, S. 146-157, 148-150; *Linguaggi della politica nel '900. Propaganda e comunicazione di massa nella storia delle campagne elettorali*, Internationale Tagung, Viterbo 3.-5. April 2001, im Druck. Zu Italien siehe insbesondere S. GUNDLE - S. PARKER (edd), *The New Italian Republic. From the Fall of the Berlin Wall to Berlusconi*, London - New York 1996.

[2] Vgl. H.-J. KÖHLER (ed), *Flugschriften als Massenmedium der Reformationszeit*, Stuttgart 1981; A. GESTRICH, *Absolutismus und Öffentlichkeit. Politische Kommunikation in Deutschland zu Beginn des 18. Jahrhunderts* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 103), Göttingen 1994; A. WÜRGLER, *Unruhen und Öffentlichkeit. Städtische und ländliche Protestbewegungen*

stärker auf die teilweise weniger gut sichtbare Kommunikation unter den politischen Akteuren[3]. Zu den wichtigsten Begegnungsweisen von Regierenden und Regierten gehörten Formen des Bittens und Begehrens als politische Kommunikation: Untertanen klagten bei ihrer Obrigkeit über Mißstände, Bürger ersuchten ihre Ratsgremien um eine Gunst, Ständeversammlungen beschwerten sich beim Fürsten über Mängel, Angeklagte und Verurteilte flehten bei ihren Richtern um Gnade, Elende bettelten bei Glücklicheren um Almosen, Beamte supplizierten bei ihrem Herrn um Beförderung, Diplomaten ersuchten den gastgebenden Fürsten um eine Audienz[4]. Alle diese Formen des Bittens und Begehrens sind breit überliefert in Bittbriefen vielfältigster Ausprägung mit je nach Zeit, Raum und Kontext unterschiedlichen Bezeichnungen: Suppliken, Supplikationen, Gesuche, Ansuchen, Eingaben, Gravamina, Petitionen, Beschwerden, Artikel, Ansprachen und so weiter. Sie wurden von Einzelnen, Gruppen, Korporationen an meist herrschaftliche Instanzen von Staat oder Kirche adressiert, aber auch an andere Herrschaftsträger und Machtinhaber im Rahmen der ständischen Gesellschaft.

Das Projekt «Petitionen, *gravamina* und Bittgesuche in der Frühen Neuzeit in Europa (14. bis 18. Jahrhundert)» – 1999 initiiert von Cecilia Nubola (Istituto storico italo-germanico in Trento) und 2000-2003 weiterverfolgt zusammen mit Andreas Würgler (Historisches Institut der Universität Bern) – stellte diese variantenreiche Quellengattung, die seit rund zehn Jahren zunehmende Beachtung findet[5], ins Zentrum einer Serie von inter-

im 18. Jahrhundert (Frühneuzeit-Forschungen, 1), Tübingen 1995; P.-E. KNABE (ed), *Opinion* (Concepts & Symboles du Dix-huitième Siècle Européen), Berlin 2000; D. ZARET, *Origins of Democratic Culture. Printing, Petitions, and the Public Sphere in Early-modern England*, Princeton NJ 2000; J. VAN HORN MELTON (ed), *Cultures of Communication from Reformation to Enlightenment* (St. Andrews Studies in Reformation History), Aldershot 2002; J. BURKHARDT, *Das Reformationsjahrhundert. Deutsche Geschichte zwischen Medienrevolution und Institutionenbildung 1517-1617*, Stuttgart 2002; W. BEHRINGER, *Im Zeichen des Merkur. Reichspost und Kommunikationsrevolution in der Frühen Neuzeit*, Göttingen 2003.

[3] Was aber nicht heißen soll, diese Formen seien zusammen mit der ständischen Gesellschaft verschwunden.

[4] Diese letzte, sozusagen «außenpolitische» Ebene wird hier nicht näher beleuchtet. Vgl. dazu A. GESTRICH, *Absolutismus und Öffentlichkeit*; C. LUTTER, *Politische Kommunikation an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Venedig und Maximilian I. (1495-1508)*, München 1998; C. WINDLER, *Städte am Hof. Burgundische Deputierte und Agenten in Madrid und Versailles (16.-18. Jahrhundert)*, in «Zeitschrift für Historische Forschung», 30, 2003, S. 207-250.

[5] Vgl. als Forschungsüberblick: C. NUBOLA, *La «via supplicationis» negli stati italiani della prima età moderna (secoli XV-XVIII)*, in C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliche*

nationalen Tagungen. Die beiden ersten Seminare, deren Ergebnisse bereits gedruckt vorliegen[6], thematisierten Suppliken und Gravamina im Bereich von Politik, Justiz und Verwaltung.

Der vorliegende zweite Band des Projektes enthält die Beiträge des dritten Seminars, das im Dezember 2000 in Trient stattfand[7]. Sie greifen einerseits Themen des ersten Bandes auf, indem sie Suppliken aus den Bereichen Justiz, Politik und Verwaltung untersuchen. Sie erweitern andererseits den Horizont in verschiedener Hinsicht. Im Bereich der Justiz geraten neben fürstlichen auch städtische[8], neben weltlichen auch geistliche Gerichte und Instanzen – insbesondere des Kirchenstaates[9] – in den Blick. Bei aller formalen Gleichheit der Suppliken und der Terminologie beschreiben die kriminalitäts-, sozial- und rechtsgeschichtlichen Zugänge doch recht unterschiedliche Verfahren und Erfolgschancen[10].

Im Bereich der Politik wird die Thematik ständischer und aufständischer Gravamina insbesondere dadurch erweitert, daß eine Reihe von Beiträgen ihre Aufmerksamkeit auf die Kontextualisierung der Gravamina richtet, nach den Aktionen fragt, in denen und mit denen Suppliken und Gravamina kommuniziert wurden. Die Parallelität schriftlicher Eingaben, mündlicher Vorstellungen und aktionaler Proteste verweist auf jene Handlungs- und Kommunikationszusammenhänge, in welche diese Quellengattungen in ihrer Entstehungs- und Funktionsweise eingebettet sind. Dabei konnte einerseits das Fehlen formalisierter oder institutioneller Kommunikationsangebote zur Entstehung kompensatorischer Verfahren führen, wie

e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII), (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 59) Bologna 2002, S. 21-63 (dt. Übers. *Suppliken und Gravamina. Politik, Verwaltung und Justiz in Europa [14.-18. Jahrhundert]*, in Vorbereitung); A. WÜRGLER, *Suppliche e «gravamina» nella prima età moderna: la storiografia di lingua tedesca*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 25, 1999, S. 515-546, sowie die aktualisierte deutschsprachige Version in C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliken und Gravamina*, in Vorbereitung; L.H. VAN VOSS (ed), *Petitions in Social History* (International Review of Social History, 46, Supplement 9), Cambridge 2001.

[6] In C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina»*, sowie im vorliegenden Band.

[7] Gegenüber der Tagung neu dazugekommen sind die Beiträge von I. Fosi, U. Hafner und K. Pischedda.

[8] Vgl. den Beitrag von C.A. Hoffmann in diesem Band.

[9] Vgl. die Beiträge von P. Ostinelli, P. Blastenbrei und I. Fosi in diesem Band.

[10] Vgl. neben den gerade genannten auch den Beitrag von C. Zendri in diesem Band.

etwa im Falle des spätmittelalterlichen Sizilien, wo die ritualisierte Form der Supplikenübergabe im Rahmen von Gesandtschaften (*ambascerie*) der Städte an den königlichen Hof die dialogische Funktion der viel zu selten tagenden Ständeversammlung substituierte[11]. Andererseits konnte aber die dilatorische Behandlung oder krude Ablehnung von Suppliken oder Gravamina Radikalisierungsprozesse unterschiedlicher Intensität und damit Rebellionen und Revolutionen auslösen, von kleineren lokalen Tumulten bis zum großen Bauernkrieg von 1525 im Reich[12]. Der Streit um Inhalte konnte sich auch zum Streit um Formen und zu einer Verhärtung der Fronten bei der Vertragsschließung wandeln; signifikative Beispiele sind die Übergabe von Gravamina von Bauern an Vertreter des Herzogs von Mailand im 15., von Bürgern an den Rat in süddeutschen Reichsstädten im 17. und 18. Jahrhundert oder die Aktivität des Parlaments des «Königreichs Sardinien» unter der Herrschaft von Philip II. von Spanien[13].

Kategorisiert man als Suppliken jene an obrigkeitliche Instanzen adressierten Briefe, die eine Bitte enthalten, so erklärt sich die formale Ähnlichkeit von Brief und Supplik hinsichtlich Absender und Adressat, Anrede- und Grußformeln, Umfang und Inhalt von selbst. Sozusagen «offizielle» Suppliken an staatliche oder kirchliche Instanzen und persönliche Briefe unter Privatpersonen konnten in einem konkreten politischen, administrativen oder gerichtlichen Vorgang eng aufeinander bezogen eingesetzt werden. Wollten sich etwa Bürger oder Untertanen um 1500 dem Rat des Stadtstaates Bern nähern, so war es von Vorteil, nicht nur eine offizielle Supplik einzugeben, sondern zugleich mittels privater Briefe und/oder persönlicher Gespräche einzelne Ratsmitglieder zu kontaktieren. Diese sollten mit ihren Einfluß dafür sorgen, daß der Rat das Anliegen überhaupt wahrnahm und in die richtigen Bahnen der Behandlung verwies[14].

Hier können subtile Formen der Einflußnahme im Bereich des Politischen aufgespürt werden, die nicht so öffentlich und spektakulär verliefen, wie Revolten oder Ständeversammlungen. Denn das Medium des Briefes war

[11] Vgl. den Beitrag von P. Corrao in diesem Band.

[12] Vgl. die Beiträge von H.R. Schmidt, C. Taviani und C. Nubola in diesem Band.

[13] Vgl. die Beiträge von M. Della Misericordia, U. Hafner und D. Quaglioni in diesem Band. Weitere Beziehungen und Zusammenhänge zwischen Suppliken und Revolten vertiefte auch das vierte und letzte Seminar vom Januar 2003, das nach den «Praktiken des Widerstandes» fragte. Die Akten dieser Tagung werden zur Publikation in der Reihe «Contributi/Beiträge» des Italienisch-deutschen historischen Instituts vorbereitet.

[14] Vgl. den Beitrag von S. Teuscher in diesem Band.

nicht nur in Konfliktfällen von Bedeutung, sondern auch im stillen Verfolgen und Behaupten von Karrierezielen oder beim Beschaffen von Gunsterweisen[15]. Mit Briefen baten Freunde für Freunde, Eltern für Kinder, Ehegatten für einander, Patrons für Klienten. Empfehlungsschreiben waren eine alltägliche und daher massenhafte Erscheinung. Verfolgt man ihre Absender und Adressaten, ihre Beförderungskanäle und ihre Effekte, so lassen sich wichtige Netze von Verwandtschaft und Freundschaft, Klientel- und Parteibindung ermitteln[16]. Wie wichtig Bittbriefe und Empfehlungsschreiben im Leben eines einzelnen werden konnten, illustriert das Beispiel des Gelehrten Albrecht von Haller (1708-1777), der – sei es als Gelehrter von europäischem Rang, als Mitglied des Großen Rates der Stadt und Republik Bern oder als Familienvater und Arzt – regelmäßig verschiedene Formen von Bitt- und Empfehlungsschreiben schrieb, erhielt, beantwortete oder weiterleitete[17]. Idealisierte der im frühen 16. Jahrhundert in Paris tätige Jurist Pierre Rebuffi das konstruktive Potential des Bittens mit der Formel, Suppliken nützten dem Bittsteller, ohne jemand anderem zu schaden[18], so würde man heute, zumal die Gewährung einer Bitte den Ruhm des Gnädigen mehrt, vom Supplizieren als einer klassischen «Win-Win-Situation» sprechen. Allerdings generiert, und das soll nicht vergessen gehen, auch diese Art von Gewinnen ihre spezifischen Kosten. Die Erfüllung von Bitten kann in der Bilanz durchaus als Minus zu Buche schlagen, etwa in Form von staatlichen Mindereinnahmen aufgrund von gewährten Steuererleichterungen. Umgekehrt impliziert die Eingabe von Suppliken für den Bittsteller, daß er mit diesem Akt das Herrschaftsverhältnis wenn auch nicht konstituiert, so doch formal akzeptiert und dies durch seine Geste der symbolischen Unterwerfung bestätigt.

Auch wenn die eher «privaten» und persönlichen Formen des Bittens, die sich bis in die intimsten Winkel menschlicher Existenz erstrecken konnten, weniger kodifiziert sein mochten als die gerichtlich oder administrativ registrierten Suppliken, so sind sie doch eine genauso wichtige Facette des Bittens. Der Modus des Bittens durchzieht alle Bereiche, Zeiten und Räume, die in diesem Sammelband angesprochen werden. Er stellt eine wichtige Ergänzung dar zur Charakteristik einer Epoche, die sonst eher in Termini

[15] Vgl. den Beitrag von M. Bleckmann in diesem Band.

[16] Vgl. die Beiträge von I. Fosi und K. Pischedda in diesem Band. Siehe dazu die Sammlung von Briefen, die an das Privatsekretariat von Mussolini geschickt wurden: T.M. MAZZATOSTA - V. VOLPI (edd), *L'Italietta Fascista (1936-1943)*, Bologna 1980.

[17] Vgl. den Beitrag von S. Hächler in diesem Band.

[18] Vgl. den Beitrag von C. Zendri in diesem Band.

wie Herrschaftsverdichtung und Staatsbildung[19], Staatsräson und Sozialdisziplinierung[20], «Policey»[21] und Absolutismus[22] abgebildet wird. Der Modus des Befehlens, mit dem üblicherweise die Relation Obrigkeit/Untertan als Ensemble von Befehl und Gehorsam beschrieben wird[23], erfaßt nicht das ganze kommunikative Spektrum der frühneuzeitlichen Herrschafts- und Sozialbeziehungen. Wer sich auf das Befehlen konzentriert, dem entgeht die Bedeutung, die der Kultur des Bittens in der politischen Kommunikation zukommt.

[19] G. CHITTOLINI - A. MOLHO - P. SCHIERA (edd), *Origini dello Stato. Processi di formazione statale in Italia fra medioevo ed età moderna* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 39), Bologna 1994; W. BLOCKMANS - J.-P. GENET (edd), *The Origins of the Modern State in Europe, 13th to 18th Centuries* (European Science Foundation), 7 Bde., Oxford 1995-2000 (auch in französischer und spanischer Sprache erschienen).

[20] P. PRODI (ed), *Disciplina dell'anima, disciplina del corpo e disciplina della società tra medioevo ed età moderna* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 40), Bologna 1994; H. SCHILLING (ed), *Institutionen, Instrumente und Akteure sozialer Kontrolle und Disziplinierung im frühneuzeitlichen Europa / Institutions, Instruments and Agents of Social Control and Discipline in Early Modern Europe*, Frankfurt a.M. 1999.

[21] M. STOLLEIS - K. HÄRTER - L. SCHILLING (edd), *Policey im Europa der Frühen Neuzeit* (Ius Commune, Sonderhefte. Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, 83), Frankfurt a.M. 1996; K. HÄRTER (ed), *Policey und frühneuzeitliche Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 2000; A. HOLENSTEIN u.a. (edd), *Policey in lokalen Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt a.M. 2002; P. BLICKLE - P. KISSLING - H.R. SCHMIDT (edd), *Gute Policey als Politik. Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland*, Frankfurt a.M. 2003.

[22] Die jüngste Diskussion über den «Mythos» Absolutismus hat eher zur Relativierung als zur Abschaffung des Begriffs geführt; vgl. N. HENSHALL, *The Myth of Absolutism: Change and Continuity in Early Modern European Monarchy*, London 1993, ital. Übers. *Il mito dell'assolutismo: mutamento e continuità nelle monarachie europee in età moderna*, Genova 2000; R.G. ASCH - H. DUCHHARDT (edd), *Der Absolutismus – ein Mythos? Strukturwandel monarchischer Herrschaft in West- und Mitteleuropa (ca. 1550-1700)*, Köln 1996. Als Epochenbezeichnung und Buchtitel ist die Attraktivität des Begriffs Absolutismus jedenfalls in den europäischen Sprachen ungebrochen; vgl. z.B. J. KUNISCH, *Absolutismus*, Göttingen 1999; E. HINRICHS, *Fürsten und Mächte: zum Problem des europäischen Absolutismus*, Göttingen 2000; P. GROSSI, *Assolutismo giuridico e diritto privato*, Milano 1998; G. TARELLO, *Storia della cultura giuridica moderna: assolutismo e codificazione del diritto*, Bologna 1998; A.F. UPTON, *Charles XI and Swedish Absolutism*, Cambridge 1998; P.H. WILSON, *Absolutism in Central Europe*, London 2000; C. BAKER (ed), *Absolutism and the Scientific Revolution, 1600-1720: a Biographical Dictionary*, Westport CT 2002; F. COSANDEY - R. DESCIMON, *L'absolutisme en France: histoire et historiographie*, Paris 2002; J.-F. SCHAUB, *La France espagnole: les racines hispaniques de l'absolutisme français*, Paris 2003.

[23] Nach der berühmten Formel von M. WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1985^5, S. 28: «Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden».

I

Suppliche alle autorità ecclesiastiche e secolari / Suppliken an geistliche und weltliche Instanzen

Suppliche alla Sacra Penitenzieria Apostolica e pratiche del governo vescovile

La diocesi di Como nel XV secolo

di *Paolo Ostinelli*

Nel corso del Quattrocento il dicastero della Sacra Penitenzieria Apostolica rafforzò progressivamente la sua funzione di strumento privilegiato per la concessione di grazie – assoluzioni, indulti, licenze e dispense – e assunse un peso specifico notevole nella curia pontificia, in seguito ad una progressiva ridefinizione delle competenze e ad un rinnovamento dei processi operativi interni. I decenni immediatamente seguenti al ritorno dei pontefici a Roma furono un periodo cruciale per il suo sviluppo, in particolare in corrispondenza della riorganizzazione promossa da Eugenio IV per mezzo della bolla «In apostolice dignitatis specula» del 14 ottobre 1438, con cui furono riclassificate e riordinate le *facultates* accordate in precedenza dai pontefici ai cardinali penitenzieri maggiori. Si costituì così la base per il funzionamento dell'ufficio, poi mantenuta e perfezionata dai papi successivi con aggiornamenti e integrazioni puntuali dell'elenco delle competenze, finché Sisto IV, poco dopo la sua ascesa al soglio pontificio, procedette ad un consistente ampliamento e ad una nuova regolamentazione organica con la bolla «Dudum si quidem» del 13 settembre 1471[1].

Fra il XIV e il XV secolo si pongono anche gli inizi della registrazione sistematica delle suppliche che furono approvate di volta in volta dal penitenziere maggiore, dagli altri membri del dicastero (il reggente o i luogotenenti) e, in rare occasioni, dal papa stesso. La serie dei registri,

[1] Per lo sviluppo delle competenze della Sacra Penitenzieria Apostolica nel corso del XV secolo si veda E. GÖLLER, *Die päpstliche Pönitentiarie von ihrem Ursprung bis zu ihrer Umgestaltung unter Pius V.*, 2 voll. (Bibliothek des Königlich-Preussischen Instituts in Rom, 3, 4, 7, 8), Rom 1907-1911, vol. II/1, pp. 12-82. Sulla posizione di questo ufficio all'interno della curia pontificia e sulla sua attività concreta si vedano i recenti lavori di L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER, *Die Supplikenregister der päpstlichen Pönitentiarie aus der Zeit Pius' II. (1458-1464)* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 84), Tübingen 1996 e di K. SALONEN, *The Penitentiary as a Well of Grace in the Late Middle Ages. The Example of the Province of Uppsala 1448-1527* (Annales Academiae Scientiarum Fennicae, 313), [Helsinki] 2001, con ampie indicazioni bibliografiche.

attualmente depositata presso l'Archivio Segreto Vaticano, è conservata in maniera pressoché completa dall'inizio del pontificato di Callisto III, nel 1455, mentre alcuni sostanziosi frammenti, che riguardano i papati di Nicolò V e Eugenio IV, si spingono a ritroso fino al 1438[2]. Grazie a tali fonti è possibile documentare l'entità del flusso di richieste dai diversi territori europei alla curia romana. Poiché le suppliche originali inoltrate a nome dei petenti erano per la maggior parte eliminate al momento in cui veniva presa una decisione da parte dell'ufficio, il testo trascritto nei volumi è spesso l'unica testimonianza dell'esistenza di un'istanza formale, pur essendo rimaneggiato dai *registratores*, che non copiavano per intero le *supplicationes* presentate all'ufficio. Incrociando le informazioni ricavate da tali documenti conservati dalla penitenzieria stessa con quelle riferite all'attività esplicata dalle autorità vescovili e dalle curie diocesane si possono inserire gli atti isolati delle suppliche nel contesto della procedura seguita all'interno della curia romana e anche nelle singole sedi episcopali. Su questa base si può quindi tentare di descrivere almeno sommariamente quale importanza rivestisse questo meccanismo di richiesta e di concessione nei rapporti tra le istituzioni periferiche e quelle centrali dell'organismo ecclesiastico e nella prassi di governo delle singole diocesi. Il *corpus* documentario a cui

[2] Per la serie dei registri pretridentini della penitenzieria, le sue origini e le sue vicende si veda F. TAMBURINI, *Il primo registro di suppliche dell'Archivio della Sacra Penitenzieria Apostolica (1410-1411)*, in «Rivista di Storia della Chiesa in Italia», 23, 1969, pp. 384-427; dello stesso autore, *Per la storia dei Cardinali Penitenzieri Maggiori e dell'Archivio della Penitenzieria Apostolica. Il trattato «De antiquitate cardinalis Poenitentiarii Maioris» di G. B. Coccino († 1641)*, in «Rivista di Storia della Chiesa in Italia», 36, 1982, pp. 332-380; K. SALONEN, *The Penitentiary*, cit., pp. 23-28, 425-426. La descrizione dei registri precede l'edizione in forma di regesto delle fonti relative all'area geografica tedesca nella collana del *Repertorium Poenitentiariae Germanicum*, di cui sono apparsi finora: L. SCHMUGGE - P. OSTINELLI - H. BRAUN - H. SCHNEIDER-SCHMUGGE (edd), *Verzeichnis der in den Supplikenregistern der Pönitentiarie Eugens IV. vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des deutschen Reiches 1431-1447* (*Repertorium Poenitentiariae Germanicum*, I), Tübingen 1998; L. SCHMUGGE - K. BUKOWSKA - A. MOSCIATTI - H. SCHNEIDER-SCHMUGGE (edd), *Verzeichnis der in den Supplikenregistern der Pönitentiarie Nikolaus' V. vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des deutschen Reiches 1447-1455* (*Repertorium Poenitentiariae Germanicum*, II), Tübingen 1999; L. SCHMUGGE - W. MÜLLER - H. SCHNEIDER-SCHMUGGE (edd), *Verzeichnis der in den Supplikenregistern der Pönitentiarie Calixts III. vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des deutschen Reiches 1455-1458* (*Repertorium Poenitentiariae Germanicum*, III), Tübingen 2000; L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER - H. SCHNEIDER-SCHMUGGE (edd), *Verzeichnis der in den Supplikenregistern der Pönitentiariae Pius' II. vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des deutschen Reiches 1458-1464* (*Repertorium Poenitentiarie Germanicum*, IV), Tübingen 1996; L. SCHMUGGE et al. (edd), *Verzeichnis der in den Supplikenregistern der Pönitentiarie Pauls II. vorkommenden Personen, Kirchen und Orte des deutschen Reiches 1464-1471* (Repertorium Poenitentiariae Germanicum, V), Tübingen 2002.

si riferiscono le osservazioni che seguono comprende le istanze presentate da soggetti provenienti da una diocesi periferica dell'Italia settentrionale, quella di Como, durante i sei pontificati da Eugenio IV a Sisto IV, e si estende, per alcuni singoli casi, ai riscontri nella documentazione prodotta dalla curia vescovile comense, di carattere prevalentemente notarile come in tutta l'area geografica dell'Italia centro-settentrionale[3].

La registrazione centralizzata e la preservazione senza importanti lacune della serie di volumi dedicata alle suppliche permettono di rilevare qualche dato quantitativo, seppur poco preciso, a proposito della frequenza del ricorso a questo ufficio curiale. Per l'episcopato di Como, nei registri sono reperibili in totale 630 suppliche sull'arco cronologico dal 1438 al 1484, vale a dire dal più antico volume fino alla fine del pontificato di Sisto IV, e il loro numero ascende a 601 a partire dal 1455[4]: ogni anno venivano dunque approvate e trascritte mediamente 20-21 suppliche. Le variazioni furono significative e continue, tanto che il numero massimo per un singolo anno è stato di 42, nel 1459, e il minimo di 3, nel 1461; non si riscontra di conseguenza alcuna tendenza netta all'aumento o alla diminuzione del totale annuo, anche se questa forma di contatto tra periferia e centro sembra intensificarsi leggermente nel corso del tempo. A mutare fu soprattutto l'incidenza del tipo di richieste, e in particolare si accrebbe (anche se in

[3] Sul carattere «notarile» del governo diocesano nell'Italia centro-settentrionale si veda G. Chittolini, *«Episcopalis curie notarius». Cenni sui notai di curie vescovili nell'Italia centro-settentrionale alla fine del Medioevo*, in *Società, istituzioni, spiritualità. Studi in onore di Cinzio Violante* (CISAM, Collectanea, 1), I, Spoleto 1994, pp. 221-232 (con ampie indicazioni bibliografiche). Sulla documentazione dei notai della curia episcopale di Como nel XV secolo si veda C. Belloni, *Governare una diocesi: l'episcopato comasco durante il vicariato di Francesco della Croce (1437-1440)*, in «Periodico della Società Storica Comense», 56, 1994, pp. 101-138; E. Canobbio, *«Forenses obtinebunt canonicatus et nullam fatient residentiam». Ricerche sulle istituzioni ecclesiastiche di Como nell'età sforzesca (1450-1499)*, tesi di dottorato, Università Cattolica del Sacro Cuore di Milano, X ciclo, a.a. 1994-1997, pp. 54-66; M. Della Misericordia, *L'ordine flessibile. Le scritture della mensa vescovile presso l'Archivio storico della diocesi di Como (prima metà del secolo XV)*, in «Archivio storico della diocesi di Como», 11, 2000, pp. 23-71, e, dello stesso autore, *Le ambiguità dell'innovazione: la produzione e la conservazione dei registri della chiesa vescovile di Como (prima metà del XV secolo)*, in A. Bartoli Langeli - A. Rigon (edd), *I registri vescovili dell'Italia settentrionale (secoli XIII-XV)*, (Italia Sacra, 72) Roma 2003, pp. 85-140.

[4] Per quanto riguarda le suppliche inoltrate alla penitenzieria dalla diocesi di Como si fa riferimento qui di seguito all'edizione dei testi in P. Ostinelli (ed), *Le suppliche alla Sacra Penitenzieria Apostolica provenienti dalla diocesi di Como (1438-1484)*, (Materiali di storia ecclesiastica lombarda, secoli XIV-XVI, 5) Milano 2003. Considerando anche le menzioni e le copie reperibili nella documentazione della diocesi comense, risulta una quantità complessiva di richieste approvate dalla penitenzieria durante i pontificati in questione pari a 662.

modo non lineare) la quota di domande relative a dispense matrimoniali, che permettevano di sposarsi nonostante l'esistenza di un impedimento canonico, oppure di regolarizzare unioni già celebrate, ma prive di validità per il medesimo motivo, e di legittimarne i figli[5]. Il numero complessivo di dispense comensi di questo tipo è di 416, e nell'ultimo quinquennio qui considerato (dal 1480 al 1484) più di 7 su 10 riguardano tale materia, mentre in precedenza la loro quota è a volte inferiore alla metà. Questi dati concordano con quelli più generali, rilevati sulla totalità delle suppliche di penitenzieria per lo stesso arco di trent'anni. Su più di 100.000 registrazioni per i pontificati da Callisto III a Innocenzo VIII, la parte occupata dalle richieste matrimoniali fu infatti all'incirca del 40%, e fu contraddistinta da un costante incremento nel corso degli anni e da una forte prevalenza di quelle provenienti dalla penisola italiana[6].

Caratteristica della diocesi di Como, comune a molte altre nell'area italiana, è dunque la forte presenza di laici e laiche fra i supplicanti, conseguente alla predominanza della sfera matrimoniale. Quest'ultima, oltre che dalle dispense vere e proprie, era toccata anche da suppliche di altro genere, miranti ad ottenere dichiarazioni grazie alle quali fosse possibile contrarre matrimonio, nonostante l'esistenza vera o presunta di unioni precedenti

[5] Le *facultates* della penitenzieria nella sfera matrimoniale, progressivamente ampliate nella seconda metà del XV secolo, comprendevano la concessione di dispense per la celebrazione di unioni in presenza degli impedimenti di consanguineità e affinità di terzo e/o quarto grado (rare erano le grazie relative a legami più stretti), parentela spirituale e *impedimentum publice honestatis*, come pure l'assoluzione dalla scomunica e dai reati di incesto e fornicazione per le unioni già contratte e per quelle già consumate; erano inoltre previsti i casi di seconde nozze precedute da adulterio o da uxoricidio, più scarsamente documentati nei registri di suppliche. Su questi documenti si veda F. TAMBURINI, *Le dispense matrimoniali come fonte storica nei documenti della Penitenzieria Apostolica (sec. XIII-XVI)*, in *Le modèle familial européen. Normes, déviances, contrôle du pouvoir*, (Collection de l'Ecole Française de Rome, 90), Rome 1986, pp. 9-30; L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER, *Die Supplikenregister*, cit., pp. 68-88; M. ROSA, *Mariage et empêchements canoniques de parenté dans la société portuguaise (1455-1520)*, in «Mélanges de l'Ecole Française de Rome - Moyen Age», 108, 1996, pp. 525-608; K. SALONEN, *Finnish Illegal Marriages 1449-1523*, in M. KORPIOLA (ed), *Nordic Perspectives on Medieval Canon Law* (Publications of the Matthias Calonius Society, II), Saarijärvi 1999, pp. 151-167.

[6] I dati relativi all'afflusso complessivo di suppliche dalle diocesi periferiche alla penitenzieria, nonché la quota delle richieste di dispense matrimoniali, sono stati rilevati e sono in corso di elaborazione da parte del prof. L. Schmugge (Zurigo), che ringrazio per avermeli messi a disposizione. Il numero complessivo di suppliche registrate nel periodo citato fu di 114.480, e 42.560 fra queste (ossia il 37,2% circa) riguardarono dispense matrimoniali; la quota di richieste provenienti da diocesi italiane passò nello stesso arco di tempo dal 38% al 53%.

con terze persone, oppure tendenti in vari modi all'annullamento di legami già contratti, ma viziati da uno dei numerosi impedimenti. Tra i laici che si rivolsero alla penitenzieria figurano inoltre 30 persone che richiesero l'assoluzione dalla scomunica contratta *ipso facto* con il ferimento, l'uccisione di chierici o la profanazione di luoghi sacri[7], e anche individui o famiglie ai quali vennero rilasciate *littere confessionales*, che consentivano loro di scegliere liberamente un confessore per un periodo determinato o indeterminato di tempo, oppure solo *in articulo mortis*, e di aggirare così l'obbligo di ricorrere al curato della loro parrocchia, come sancito dalla legge ecclesiastica sin dal 1215[8]. In quest'ultimo ambito il numero di istanze inoltrate è limitatissimo, e non supera le 4 unità; fra le altre tipologie meno rappresentate vi è poi l'assoluzione dalle censure in cui si incorreva per il reato di simonia, per la violazione della clausura di monasteri femminili o per il contatto e il commercio con persone e popolazioni colpite da interdetto. Poche sono infine le registrazioni che testimoniano l'espressione di bisogni spirituali veri e propri da parte di soggetti non appartenenti all'*ordo clericalis*, come ad esempio le licenze di accedere a conventi e parteciparvi agli esercizi di flagellazione della carne[9].

L'accesso alla penitenzieria era ovviamente aperto anche agli ecclesiastici secolari, ai regolari e a coloro che aspiravano ad intraprendere tali carriere. Fra di essi, il maggior numero di richieste provenienti da Como (in totale 99) riguardava la concessione di dispense per la promozione al presbiterato nonostante i natali illegittimi o il mancato compimento dell'età prescritta dalla legge canonica, a volte collegate all'assoluzione dalla scomunica per coloro che avevano già ricevuto la consacrazione sacerdotale celando l'esistenza di tali impedimenti[10]. Altri 21 chierici supplicarono invece per impe-

[7] Le facoltà della penitenzieria in queste materie prevedevano una casistica piuttosto estesa: si veda K. SALONEN, *The Penitentiary*, cit., pp. 127-175.

[8] Fondamentale in questo contesto fu il canone 21 del Concilio Lateranense IV, che introdusse il concetto di confessione obbligatoria presso il «*proprius sacerdos*»: si veda M. OHST, *Pflichtbeichte. Untersuchungen zum Busswesen im hohen und späten Mittelalter* (Beiträge zur historischen Theologie, 89), Tübingen 1995. Su questo genere di suppliche alla penitenzieria si veda da ultimo K. SALONEN, *The Penitentiary*, cit., pp. 203-210.

[9] Tutte queste materie venivano registrate dalla penitenzieria sotto le rubriche *de diversis formis* o *de declaratoriis*, che riunivano un'ampia gamma di richieste relative ad assoluzioni, dispense, dichiarazioni e licenze per motivi molto vari: si veda L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER, *Die Supplikenregister*, cit., pp. 96-185.

[10] Sulle dispense concesse ad aspiranti sacerdoti privi del requisito della nascita legittima si veda L. SCHMUGGE, *Kirche, Kinder, Karrieren. Päpstliche Dispense von der unehelichen Geburt im Spätmittelalter*, Zürich 1995; per un'analisi più recente di tale materiale in una

trare *littere confessionales*, che consentivano la libera scelta del confessore oppure concedevano la facoltà di assolvere i parrocchiani anche in certi casi riservati, 11 per ottenere lo scioglimento dalla scomunica conseguente ad atti di violenza e 3 per rimediare alla violazione delle regole sulla continenza sessuale. Alcuni casi più o meno isolati concernevano poi la volontà di trasferirsi dal convento di residenza ad un'altra fondazione regolare, si riallacciavano al concorso di pratiche simoniache nell'acquisizione di benefici o nell'esercizio dei compiti pastorali, esprimevano il desiderio di poter trascurare i doveri d'ufficio connessi al possesso di una prebenda durante il periodo degli studi, oppure ancora concernevano assoluzioni dalle censure conseguenti alla celebrazione degli uffici divini di fronte a scomunicati.

Le sollecitazioni provenienti da ecclesiastici e laici della diocesi comense toccarono dunque una parte piuttosto ridotta delle *facultates* vantate dalla penitenzieria apostolica, in quanto circa l'80% di esse si riferiva a dispense legate alle unioni matrimoniali o alle promozioni agli ordini sacri, e anche una buona parte della restante quota era collegata alla 'semplice' assoluzione per casi di uso improprio della violenza. Dalla documentazione pervenuta sono inoltre del tutto assenti le questioni inerenti al *forum poenitentiale sacramentale*, poiché i regolamenti interni dell'ufficio prescrivevano esplicitamente che tali richieste dessero luogo alla spedizione di *littere clause* e non dovessero in alcun modo essere registrate nei volumi in cui erano trascritte le suppliche; di conseguenza esse non trovarono alcun riscontro neppure nell'attività scrittoria della diocesi di provenienza delle persone coinvolte, e l'ampiezza di tali pratiche rimane del tutto sconosciuta[11].

Quasi tutti i generi di grazia di cui sia rimasta testimonianza per Como, all'infuori di poche eccezioni, erano accomunati dal coinvolgimento diretto dell'autorità vescovile diocesana nel meccanismo procedurale. L'accettazione di una supplica comportava infatti la redazione di un rescritto a nome del cardinale penitenziere maggiore o di un suo rappresentante, con il quale si incaricava l'ordinario del petente di appurare se le circostanze esposte

dimensione geografica più ridotta si veda K. SALONEN, *In their Fathers' Footsteps. The Illegitimate Sons of Finnish Priests according to the Archives of the Sacred Penitentiary 1449-1523*, in *Roma magistra mundi. Mélanges offerts au Père L.E. Boyle à l'occasion de son 75e anniversaire* (Fédération internationale des instituts d'études médiévales. Textes et études du Moyen Age, 10, 3), Louvain-la-Neuve 1998, pp. 355-366. Sulle grazie accordate dalla penitenzieria a chi desiderava essere promosso all'ordine presbiterale prima del compimento dei 24 anni si veda L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER, *Die Supplikenregister*, cit., pp. 196-197; K. SALONEN, *The Penitentiary*, cit., pp. 187-188, 340-341.

[11] L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER, *Die Supplikenregister*, cit., pp. 38-39.

corrispondessero a verità e di rendere effettiva la dispensa o l'assoluzione richiesta in caso di riscontro positivo[12]. I supplicanti erano perciò tenuti a rivolgersi al governo episcopale locale, e solo coloro che erano in grado di addurre fondati sospetti o timori circa la sua parzialità potevano far sì che le *littere commissionis* fossero indirizzate ad un altro ecclesiastico *in partibus* o ad un prelato operante presso la curia romana stessa[13]. A loro volta il vescovo, il vicario generale o un loro rappresentante dovevano assumere informazioni circa la veridicità dell'esposizione e controllare l'adempimento delle eventuali penitenze inflitte. Sia nella città, sia nelle zone rurali e montane, anche discoste dalla sede episcopale, venivano quindi interpellati non di rado i chierici in cura d'anime, ai quali erano affidati la raccolta di testimonianze, la verifica del rispetto delle condizioni poste dalla penitenzieria o dal vescovo-commissario, la ricezione di giuramenti a nome di quest'ultimo ed eventualmente l'impartizione di assoluzioni a coloro che non si fossero recati personalmente presso la sede vescovile per presentare le *littere* impetrate presso l'ufficio curiale romano e per sollecitare l'esecuzione della commissione in esse contenuta. In sostanza, l'applicazione di decisioni centralizzate poggianti sul potere pontificio di derogare alle norme canoniche comportava una partecipazione fattiva dei tre livelli del *proprius sacerdos* cui erano sottoposti tutti i fedeli: il parroco, il vescovo e il papa stesso, rappresentato dal penitenziere maggiore. All'interno dell'organismo ecclesiastico si sviluppava così, a partire da richieste relativamente semplici, un *iter* complesso, che ribadiva in continuazione l'esclusività del potere papale di grazia, per questi casi riservati, nei confronti di tutti i gradi gerarchici.

A livello locale, la prassi diffusa tendeva anche all'instaurazione di una *routine*, nella quale la curia vescovile svolgeva un ruolo centrale, sia nella fase iniziale dell'inoltro delle istanze, sia in quella conclusiva, e anche le strutture

12 Per la forma delle *littere* prodotte dalla penitenzieria si vedano i formulari editi in C.H. LEA, *A Formulary of the Papal Penitentiary in the Thirteenth Century*, Philadelphia 1892 e M. MEYER, *Die Pönitentiarie-Formularsammlung des Walter Murner von Strassburg. Beitrag zur Geschichte und Diplomatik der päpstlichen Pönitentiarie im 14. Jahrhundert* (Spicilegium Friburgense, 25), Freiburg 1979. Sull'argomento si vedano anche le considerazioni di F. TAMBURINI, *Note diplomatiche intorno a suppliche e lettere di penitenzieria (sec. XIV-XV)*, in «Archivum Historiae Pontificiae», 11, 1973, pp. 149-208, e J. TRENCHS I ODENA, *La Penitenciaría apostolica: documentos y registros*, in «Boletín de la Sociedad Castellonense de Cultura», 58, 1982, pp. 653-692.

13 Sulla procedura di commissione e di esecuzione *in partibus* dei mandati della penitenzieria si veda E. GÖLLER, *Die päpstliche Pönitentiarie*, cit., I/2, pp. 70-77; K. SALONEN, *The Penitentiary*, cit., pp. 79-83; sulle particolarità in ambito locale comense mi permetto di rimandare all'introduzione di P. OSTINELLI (ed), *Le suppliche*, cit.

periferiche preposte all'amministrazione della cura d'anime fungevano da supporto indispensabile. La pronunciata formalizzazione della procedura contribuì certamente a creare, o comunque a rendere potenzialmente più efficaci, alcuni meccanismi nella sorveglianza dei comportamenti a livello diocesano, nell'induzione dell'esigenza di supplicare e nell'incanalamento delle domande di grazia verso il centro romano, almeno in rapporto alle materie più frequentemente toccate. Per quanto riguarda la diocesi comense, ciò traspare con una certa evidenza per l'ambito matrimoniale. La legislazione ecclesiastica in merito, costantemente in movimento nel periodo bassomedievale, insisteva sulla proibizione dei matrimoni non conformi alle disposizioni, e nei verbali degli interrogatori visitali conservati per questo episcopato si ripete con una certa frequenza la domanda ai parroci circa la presenza di coniugi *in gradu prohibito* nelle loro parrocchie[14]. Anche il tribunale diocesano fu piuttosto attivo in questo campo, che ne costituì anzi una delle più frequenti occupazioni in rapporto alla popolazione laica. In particolare esso dispose numerose separazioni motivate dall'esistenza di impedimenti dovuti a consanguineità, affinità o *cognatio spiritualis*[15]: il numero elevato di processi, e soprattutto il ruolo attivo delle parti coinvolte nell'avvio delle cause dibattute a Como, dimostrano la diffusa capacità di far capo agli strumenti giuridici adeguati per ottenere lo scioglimento di legami poco graditi, e di conseguenza la radicata coscienza delle regole canoniche nel tessuto sociale e dei contesti cittadini, rurali e mon-

[14] Sulle visite pastorali quattrocentesche nella diocesi di Como, che furono certamente frequenti ed estese all'intero territorio dell'episcopato, anche se la relativa documentazione ha subito forti dispersioni, si veda E. CANOBBIO (ed), *La visita pastorale di Gerardo Landriani alla diocesi di Como (1444-1445)* (Materiali di storia ecclesiastica lombarda, secoli XIV-XVI, 4), Milano 2001; si veda anche della stessa autrice, *Preti di montagna nell'alta Lombardia del Quattrocento, Como 1444-1445*, in *Preti nel Medioevo* (Quaderni di storia religiosa, 7), Verona 1997, pp. 221-255.

[15] S. MONTI, *«Matrimoni clandestini» nella diocesi di Como in epoca pretridentina*, in «Archivio storico della diocesi di Como», 9, 1998, pp. 191-204. Sulla procedura di separazione nei casi di questo genere si veda A. LEFÈBVRE-TEILLARD, *Les officialités à la veille du Concile de Trente*, Paris 1973, pp. 179-204; R. HELMHOLZ, *Marriage Litigation in Medieval England*, Cambridge 1974, pp. 74-111. Per una riconsiderazione e un radicale aggiornamento dell'approccio alla documentazione inerente ai processi matrimoniali si veda S. SEIDEL MENCHI - D. QUAGLIONI (edd), *Coniugi nemici. La separazione in Italia dal XII al XVIII secolo* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 53; I processi matrimoniali degli archivi ecclesiastici italiani, I), Bologna 2000, e S. SEIDEL MENCHI - D. QUAGLIONI (edd), *Matrimoni in dubbio. Unioni controverse e nozze clandestine in Italia dal XIV al XVIII secolo* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 57; I processi matrimoniali degli archivi ecclesiastici italiani, II), Bologna 2001.

tani[16]. Il fatto che il giudice diocesano, in questo genere di procedimenti, reagisse prevalentemente agli impulsi dati dalla popolazione stessa, spiega anche la completa assenza di suppliche alla penitenzieria da parte di coniugi separati *ex officio*, frequenti invece, ad esempio, in diverse diocesi dell'area tedesca, dalle quali provenirono numerose richieste di annullamento di simili provvedimenti[17]. Agli occhi dell'autorità vescovile di Como la penitenzieria stessa, e più in generale la curia romana, avevano piuttosto una valenza preventiva, tanto che il ricorso ad esse veniva indicato agli sposi irregolari non appena la loro posizione fosse venuta alla luce, con l'invito a procurarsi una dispensa che potesse regolarizzarla, mentre la sentenza di separazione, prospettata come minaccia, era considerata un rimedio radicale da porre in atto contro chi si ostinasse nell'errore[18].

Le tracce reperite nella documentazione del «governo scritto» diocesano indicano dunque che il numero elevato delle suppliche è riconducibile almeno in parte all'azione dell'autorità episcopale che, quale rappresentante in un determinato territorio della Chiesa universale – e dunque anche della legge ecclesiastica – aveva il compito di inculcare nella popolazione laica un bisogno in questo senso. Ma le motivazioni che spingevano una parte sempre più consistente di chi ambiva a ricevere dispense matrimoniali sono da ricercare anche al di fuori dell'influsso immediato della curia vescovile e del clero parrocchiale. Come è noto da tempo, per il Cinquecento e per l'intera età moderna, soprattutto nel contesto sociale rurale e valligiano, caratterizzato da un «mercato matrimoniale stretto», era considerato essenziale mantenere il legame di parentela entro il terzo o quarto grado,

16 Sull'argomento si veda F. PEDERSEN, *Did the Medieval Laity know the Canon Law Rules on Marriage? Some Evidence from Fourteenth-Century York Cause Papers*, in «Mediaeval Studies», 56, 1994, pp. 111-152; M. DELLA MISERICORDIA, *Giudicare con il consenso. Giustizia vescovile, pratiche sociali e potere politico nella diocesi di Como nel tardo medioevo*, in «Archivio storico ticinese», 130, 2001, pp. 179-218.

17 L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER, *Die Supplikenregister*, cit., pp. 79-88; L. SCHMUGGE, *Deutsche Ehren vor römischem Gericht. Matrimonialdispense der Pönitentiarie aus deutschsprachigen Gegenden Europas (1455-1484)*, in K. SALONEN - C. KRÖTZL (edd), *The Roman Curia, the Apostolic Penitentiary and the Partes int he Later Middle Ages* (Acta Instituti Romani Finlandiae, 28), Roma 2003, pp. 115-127.

18 Archivio storico della diocesi di Como, *Bonorum ecclesiasticorum* I, ff. 407v-408r, 1459 marzo 13: Stefano *de Aplano*, luogotenente del vescovo di Como Martino Pusterla, incaricò Beltramo Castronovo, arciprete di San Lorenzo a Chiavenna, di chiarire la posizione di due coppie della Val San Giacomo, che si comportavano pubblicamente come coppie di sposi, pur esistendo impedimenti alla loro unione; l'arciprete era tenuto ad indurre tali persone a richiedere dispensa alla sede apostolica e, nel caso di un loro rifiuto, a raccogliere testimonianze e inviarle a Como, perché si potesse dare avvio ad un processo di separazione *ex officio*.

e di conseguenza le unioni tra consanguinei e affini rientravano in una concezione diffusa[19]. Il flusso continuo delle suppliche alla penitenzieria e la loro crescita numerica quasi costante confermano che le stesse pratiche erano già radicate verso la fine del Quattrocento, e rivelano anche che le modalità per la loro attuazione si svilupparono sin dalla metà del secolo. Nell'arco cronologico tra il 1455 e il 1484, infatti, non solo aumentò la quantità delle suppliche per dispense matrimoniali, ma soprattutto si modificò il tipo di grazia richiesta: sotto Sisto IV fu molto elevato il numero di coloro che ottennero dispensa prima di contrarre matrimonio, mentre ancora all'inizio del pontificato di Pio II risultavano in maggioranza coloro che desideravano – o erano stati costretti – a ricondurre entro la legalità unioni già celebrate[20]. Questo dato è particolarmente significativo, perché denota come l'iniziativa di rivolgersi alla curia romana tendesse spesso a scaturire dai richiedenti stessi o dal loro gruppo famigliare, e non fosse necessariamente da ricondurre in primo luogo ad altri agenti esterni. Nel corso di pochi decenni il ruolo delle strutture ecclesiastiche locali nell'induzione del bisogno di supplicare mutò e divenne prevalentemente indiretto: per una parte considerevole della popolazione il governo diocesano non rappresentava più solamente l'apparato di controllo che poteva obbligare ad intraprendere i passi dovuti per conseguire una regolarizzazione, ma divenne uno strumento amministrativo ben funzionante, del quale servirsi per avviare e concludere gli atti formali necessari a legittimare in anticipo le strategie decise all'interno delle famiglie. Oltre al giudice diocesano, presso la sede episcopale si potevano trovare a questo proposito anche procuratori e notai in grado di consigliare e offrire i propri servigi nella scelta delle modalità più adatte o più convenienti per dare avvio alla procedura e far pervenire le proprie istanze sino a Roma[21], anche se non si aveva l'intenzione

[19] In riferimento alla diocesi di Como si veda R. MERZARIO, *Il paese stretto. Strategie matrimoniali nella diocesi di Como, secoli XVI-XVIII*, Torino 1981. Più in generale si veda dello stesso autore, *Terra, parentela e matrimoni consanguinei in Italia (secoli XVII-XIX)*, in M. BARBAGLI - D.I. KERTZER (edd), *Storia della famiglia italiana 1750-1950*, Bologna 1992, pp. 253-272; G. DELILLE, *Famiglia e proprietà nel Regno di Napoli*, Torino 1988, pp. 199-301; A. BURGUIÈRE, *«Cher cousin»: les usages matrimoniaux de la parenté proche dans la France du XVIIIe siècle*, in A. BURGUIÈRE - J. GOY - M.J. TITS-DIEUAIDE (edd), *L'histoire grande ouverte. Hommages à Emmanuel Le Roy Ladurie*, Paris 1997, pp. 257-266.

[20] Fra il 1459 e il 1464 le dispense matrimoniali *in contracto* costituivano il 68% del totale, mentre fra il 1471 e il 1484 la loro quota si ridusse al 45%, in corrispondenza di un leggero aumento del numero annuo di richieste in questa materia. Dal 1475 al 1484 le dispense *in contrahendo* furono costantemente in maggioranza, fatta eccezione per l'anno 1477.

[21] Nel corso del XV secolo presso la curia episcopale comense, oltre agli ecclesiastici, che di volta in volta fungevano da vicari, luogotenenti o *negotiorum gestores* del vescovo stesso,

o l'opportunità di recarvisi personalmente, come sembra essere stato nella maggioranza dei casi reperiti.

L'affidabilità del funzionamento dei meccanismi procedurali ai vari livelli, ma anche le spese relativamente contenute[22], fecero della penitenzieria il dicastero a cui vennero rivolte quasi tutte le suppliche matrimoniali dei petenti che ebbero accesso alla curia pontificia, sebbene lo stesso genere di grazia potesse essere ottenuto anche attraverso richieste approvate e spedite *per viam cancellarie* o *per viam camere*[23]. Nella documentazione locale emergono infatti scarsissime tracce riferibili all'esecuzione di commissioni per dispense matrimoniali inviate dalla curia romana a nome del papa, anziché a nome del penitenziere maggiore, e neppure si sono potute trovare consistenti prove di richieste comensi di questo tipo attraverso sondaggi nei *Registra supplicationum* dell'archivio pontificio[24]. Per la maggior limitatezza dei costi, e probabilmente anche per la più accentuata speditezza della procedura, a livello locale l'unica alternativa praticata in questo campo era l'inoltro

e ai notai, che erano incaricati della redazione per iscritto degli atti da essi compiuti, era attivo anche un piccolo gruppo di procuratori e causidici: si veda C. BELLONI, *Governare una diocesi*, cit., pp. 107-114; E. CANOBBIO, *«Forenses»*, cit., pp. 54-57; M. DELLA MISERICORDIA, *Giudicare con il consenso*, cit., pp. 183-184. Sulla centralità del palazzo vescovile comense quale luogo di incontro dei laici e degli ecclesiastici dell'intera diocesi con il personale che vi svolgeva la propria attività si veda M. DELLA MISERICORDIA, *La disciplina contrattata. Vescovi e vassalli tra Como e le Alpi nel tardo Medioevo*, Milano 2000, pp. 185-186.

22 Le tasse riscosse dalla penitenzieria erano generalmente meno elevate rispetto a quelle di altri uffici curiali, anche se nel corso del Quattrocento si abbandonò progressivamente la concezione della *taxa* quale contributo alla copertura delle spese sopportate dall'ufficio e si mirò ad una certa redditività: si veda H. DENIFLE, *Die älteste Taxrolle der apostolischen Pönitentiarie*, in «Archiv für Literatur und Kirchengeschichte des Mittelalters», 4, 1888, pp. 201-238; C.H. LEA, *The Taxes of the Apostolic Penitentiary*, in «English Historical Review», 8, 1893, pp. 424-438; E. GÖLLER, *Die päpstliche Pönitentiarie*, cit., II/1, pp. 132-189; II/2, pp. 141-180; W. MÜLLER, *Die Gebühren der päpstlichen Pönitentiarie (1338-1569)*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 78, 1998, pp. 189-261.

23 L. SCHMUGGE - P. HERSPERGER - B. WIGGENHAUSER, *Die Supplikenregister*, cit., pp. 88-95.

24 L'unica testimonianza diretta reperita circa la spedizione di una *littera commissoria* rilasciata a nome del pontefice e diretta al vescovo di Como in relazione a una dispensa matrimoniale si trova in una procura del 18 marzo 1448, con la quale una copia di supplicanti incaricò quattro procuratori di presentare il documento al presule lariano; Archivio di Stato di Como, *Notarile*, 18/19, ff. 117r-118v. Sui registri di suppliche si veda B. KATTERBACH, *Inventario dei Registri delle suppliche*, Città del Vaticano 1932; H. DIENER, *Die grossen Registerserien im Vatikanischen Archiv (1374-1523). Hinweise und Hilfsmittel zu ihrer Benutzung und Auswertung*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 51, 1971, pp. 305-368; L. BOYLE, *A Survey of the Vatican Archives and of its Medieval Holdings*, Toronto 1972, pp. 149-153.

di petizioni ai legati, ai collettori o ad alcuni fra i delegati apostolici attivi nelle diocesi della Lombardia, ai quali il pontefice accordava il potere di concedere un certo numero di dispense e assoluzioni analoghe a quelle della penitenzieria[25]. Il ricorso a questo canale è documentato anche nella diocesi di Como, e poté essere praticato in particolare nel periodo in cui lo stesso ordinario diocesano, nella persona del cardinale Gerardo Landriani, rivestì l'ufficio di legato *a latere* di Eugenio IV nel ducato milanese[26]; esso costituiva comunque un'alternativa limitata ai periodi temporali ristretti in cui era possibile entrare in contatto con tali personalità[27].

[25] Sui legati pontifici si veda R.A. SCHMUTZ, *Medieval Papal Representatives: Legates, Nuncios and Judges-Delegate*, in J.R. STRAYER - D.E. QUELLER (edd), *Post Scripta. Essays on Medieval Law and the Emergence of the European State in Honor of Gaines Post* (Studia Gratiana, 15), Roma 1972, pp. 441-463; R.C. FIGUEIRA, *«Legatus apostolice sedis»: The Pope's «alter ego» According to Thirteenth-Century Canon Law*, in «Studi medievali», III serie, 27, 1986, pp. 527-574. Alcune bolle con *facultates* analoghe a quelle dei penitenzieri, concesse ai legati pontifici in Spagna e Germania, sono riassunte in J. FERNANDEZ ALONSO, *Legaciones y nunciaturas en España de 1466 a 1521,* I: *1466-1486* (Monumenta Hispaniae Vaticana. II sección: Nunciatura, 1), Roma 1963, pp. 41, 193, 419; E. PITZ, *Supplikensignatur und Briefexpedition an der römischen Kurie im Pontifikat Papst Calixts III.* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 42), Tübingen 1972, pp. 228-229; a questo proposito si veda anche E. MEUTHEN, *Die deutsche Legationsreise des Nikolaus von Kues 1451-1452*, in H. BOOCKMANN - B. MÖLLER - K. STACKMANN (edd), *Lebenslehren und Weltentwürfe im Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit: Politik, Bildung, Naturkurde, Theologie* (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philologisch-Historische Klasse, 3/179), Göttingen 1989, pp. 421-499; L. SCHMUGGE, *Kirche*, cit., pp. 51-64. Sui collettori pontifici si veda C. SCHUCHARD, *Die päpstlichen Kollektoren im späten Mittelalter* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 91), Tübingen 2000, con ampie indicazioni sulla bibliografia precedente.

[26] M. TROCCOLI CHINI - H. LIENHARD, *La diocesi di Como (fino al 1884)*, in P. BRAUN - H. GILOMEN (edd), *La diocesi di Como, l'arcidiocesi di Gorizia, l'amministrazione apostolica ticinese, poi diocesi di Lugano, l'arcidiocesi di Milano* (Helvetia Sacra, I/6), Basel - Frankfurt a.M. 1989, p. 172; C. BELLONI, *Francesco della Croce. Contributo alla storia della Chiesa ambrosiana nel Quattrocento* (Archivio Ambrosiano, LXXI), Milano 1995, pp. 94-96; J. HELMRATH, Non modo Cyceronianus, sed et Iheronimianus*: Gherardo Landriani, Bischof von Lodi und Como, Humanist und Konzilsvater*, in F. J. FELTEN - N. JASPERT (edd), *Vita religiosa im Mittelalter. Festschrift für Kaspar Elm zum 70. Geburtstag* (Berliner Historische Studien, 31; Ordensstudien, 13), Berlin 1999, pp. 933-959; E. CANOBBIO (ed), *La visita pastorale*, cit., pp. 12-25.

[27] Qualche esempio: Archivio di Stato di Como, *Notarile* 18/19, ff. 33r-34r, 1442 gennaio 20; *Notarile* 71, ff. 319r-319v, 1477 aprile 2; *Notarile* 74, ff. 754r-755r, 1477 maggio 19; *Notarile* 128, ff. 103r-104v, 1480 gennaio 11; Archivio di Stato di Sondrio, *Notarile* 329, fasc. 3, ff. 28v-29r, 1474 ottobre 26; Archivio Capitolare Laurenziano di Chiavenna, *Pergamene* 829, 1475 agosto 24 (legati); Archivio di Stato di Como, *Notarile* 19/21, f. 397r, 1461 luglio 3 (collettore); *Notarile* 115, f. 255r, 1478 maggio 25 (sottodelegato apostolico). Fra il materiale documentario relativo alla diocesi comense non è stato possibile rintracciare

Per le altre suppliche in cui erano coinvolti laici, l'esiguità numerica del campione documentario non lascia intravvedere con sufficiente chiarezza il ruolo della curia vescovile, anche se in qualche caso traspare l'influenza dell'azione di governo episcopale sulla necessità immediata di impetrare grazie, e in particolare si può presupporre un legame diretto con determinati atti legislativi sul piano diocesano. La comparsa nei registri della penitenzieria di un tale Abbondino di Antonio, ad esempio, che il 9 giugno 1458 chiese di essere assolto dalla scomunica in cui era incorso per essere entrato ripetutamente in un monastero femminile benedettino e avervi avuto rapporti sessuali con una monaca, è sicuramente da porre in relazione ad un editto del vescovo Martino Pusterla, pubblicato il 17 marzo dello stesso anno, con cui si ordinava l'irrigidimento delle regole di clausura nei conventi femminili[28]. Trattandosi di un caso isolato, non si possono trarre indicazioni sostanziose in merito alla maggiore o minore efficacia del provvedimento episcopale, come si è invece potuto ipotizzare per lo stesso genere di documentazione riferito ad altre diocesi lombarde[29], tuttavia è evidente che l'azione legislativa dei vescovi o dei vicari generali, in quanto diretta a ribadire esplicitamente dei principi sanciti dalle regole canoniche, aveva un influsso concreto sulla necessità di ottenere assoluzioni o dispense da parte di chi le infrangeva. In generale, al di là dei singoli interventi, la sorveglianza più o meno stretta da parte dell'autorità episcopale e l'attività *ex officio* del suo tribunale potevano indurre anche i laici a rivolgersi alla sede apostolica e alla penitenzieria per ricevere grazie in relazione ai casi riservati papali, come l'uccisione o il ferimento di ecclesiastici, e anche in

prove consistenti dell'attività in questo campo di frati predicatori attivi in veste di commissari apostolici, con facoltà di concedere grazie analoghe a quelle della penitenzieria, sui quali si veda E. BRAMBILLA, *Alle origini del Sant'Uffizio. Penitenza, confessione e giustizia spirituale dal medioevo al XVI secolo*, Bologna 2000, pp. 255-281.

[28] Per la supplica di Abbondino di Antonio si veda P. OSTINELLI (ed), *Le suppliche*, cit., n. 39. L'editto episcopale si trova in Archivio storico della diocesi di Como, *Mensa vescovile, Volumina Parva* 17, f. 106r-106v: in esso il vescovo dispose che nessun uomo o donna potesse accedere ai monasteri femminili senza aver ottenuto licenza da parte sua, e giustificò il provvedimento con il pericolo che l'eccessiva frequentazione da parte di estranei rappresentava per l'*honestas* delle monache (al proposito si veda anche E. CANOBBIO, *«Forenses»*, cit., p. 130).

[29] Per il pontificato di Pio II il numero annuale di suppliche alla penitenzieria per assoluzioni e dispense in casi simili provenienti dalle diocesi di Piacenza e Cremona sembra essere stato influenzato direttamente dall'emanazione di ordini sinodali o visitali da parte dei vescovi locali, come suggerisce J. HANSKA, *Episcopal Visitations and the Accumulation of Penitentiary Cases: Dioceses of Piacenza and Cremona*, in K. SALONEN - C. KRÖTZL (edd), *The Roman Curia*, cit., pp. 53-64.

tale contesto è del tutto plausibile che il personale dell'*entourage* vescovile volesse assumere un ruolo attivo di mediazione e di sostegno pratico nella fasi iniziali dell'intero procedimento.

Le richieste formulate a nome degli ecclesiastici forniscono qualche elemento per integrare le considerazioni circa la posizione assunta dalla curia episcopale nella mediazione del contatto tra fedeli e suprema autorità ecclesiastica e nel richiamo del rispetto della legge canonica, ma rivelano anche come, in taluni casi, proprio il desiderio di aggirare il centro diocesano sia stato decisivo per il ricorso alla penitenzieria. Le modalità di utilizzo dello strumento della supplica da parte dei chierici erano infatti diverse, e il ruolo del governo episcopale in simili circostanze non poté sempre delinearsi in modo altrettanto netto nella definizione di una prassi consolidata. Gli interessi di controllo disciplinare e comportamentale da parte dell'autorità vescovile potevano infatti anche non coincidere con l'esigenza di ricondurre le situazioni personali contingenti entro le regole della legge ecclesiastica e con il bisogno di usufruire di mediatori procedurali affidabili, come invece si verificava per le questioni legate alla sfera matrimoniale.

Le dispense più numerose impetrate dagli ecclesiastici, quelle inerenti al *defectus etatis* o al *defectus natalium*, erano spesso collegate in modo diretto al desiderio o alla necessità di procurarsi benefici, perché il possesso di questi ultimi, e in particolare di quelli curati, era vincolato almeno teoricamente al conseguimento dell'ordine presbiterale, e dunque le opportunità di ricavare un sufficiente sostentamento materiale dall'esercizio della professione ecclesiastica si riducevano drasticamente per coloro che non avessero ricevuto tale consacrazione. Le assoluzioni dalle scomuniche per atti violenti comportavano dal canto loro la concessione di dispense che consentivano di ripristinare lo *status* clericale compromesso dall'*inhabilitas* o dell'*irregularitas* in cui incorreva chi si fosse macchiato di tali atti e che, annullando il pericolo di non poter più esercitare i doveri d'ufficio, risultavano di primaria importanza per scongiurare il rischio concreto di essere privati delle prebende possedute al momento dell'infrazione[30]. Denominatore comune di buona parte delle suppliche di ecclesiastici era perciò, direttamente o indirettamente, la materia beneficiaria – materia di per sé contraddistinta dal concorso di numerosi fattori anche contrastanti tra loro, e nella quale i singoli interessi in gioco di volta in volta si potevano inserire in un intreccio

[30] La normativa canonistica in tal senso era particolarmente sviluppata e severa: si veda S. KUTTNER, *Kanonistische Schuldlehre von Gratian bis auf die Dekretalen Gregors IX.* (Studi e Testi, 64), Città del Vaticano 1935, pp. 367-370.

di interazioni molto complesso[31]. In questo contesto, però, la penitenzieria era limitata nel suo raggio di intervento, poiché non aveva alcuna facoltà di concedere provvisioni, e d'altro canto, anche per le richieste di dispense, il ricorso a questo ufficio era solo uno dei possibili accessi alla curia papale. Le grazie accordate dai penitenzieri avevano anzi a volte una portata più ridotta rispetto a quanto ci si poteva procurare attivando la cancelleria, la camera apostolica o l'*audientia litterarum contradictarum*, le quali rilasciavano documenti in nome del papa stesso e quindi non erano vincolate al rispetto di determinate *facultates*[32]: solo per mezzo di bolle spedite per tali vie poteva ad esempio essere ottenuta la concessione più ricercata da qualunque figlio illegittimo con ambizioni di carriera ecclesiastica, vale a dire la dispensa per la contemporanea promozione al sacerdozio nonostante il *defectus natalium* e la liberazione dall'obbligo di dichiarare tale macchia ad ogni nuova acquisizione di beneficio; ma anche nei casi più semplici era usuale far includere nelle provvisioni beneficiarie pontificie le necessarie dispense dalla nascita illegittima o dal difetto dell'età canonica[33].

[31] Per i meccanismi alla base della provvista e della gestione dei benefici ecclesiastici, in particolare nell'area geografica che includeva il ducato milanese e quindi la diocesi comense, si veda A. PROSPERI, *«Dominus beneficiorum». Il conferimento dei benefici ecclesiastici tra prassi curiale e ragioni politiche negli Stati italiani tra '400 e '500*, in P. PRODI - P. JOHANEK (edd), *Strutture ecclesiastiche in Italia e in Germania prima della Riforma* (Istituto storico italo-germanico. Quaderni, 16), Bologna 1984, pp. 51-86; G. CHITTOLINI, *Stati regionali e istituzioni ecclesiastiche nell'Italia centrosettentrionale del Quattrocento*, in G. CHITTOLINI - G. MICCOLI (edd), *La Chiesa e il potere politico dal Medioevo all'età contemporanea*, (*Storia d'Italia*. Annali, 9), Torino 1986, pp. 147-193; G. CHITTOLINI, *Note sulla geografia beneficiaria di alcune pievi milanesi fra '400 e '500*, in G. ROSSETTI - G. VITOLO (edd), *Medioevo Mezzogiorno Mediterraneo. Studi in onore di Mario Del Treppo*, I, Napoli 2000, pp. 179-201; M. ANSANI, *La provvista dei benefici (1450-1466). Strumenti e limiti dell'intervento ducale*, in G. CHITTOLINI (ed), *Gli Sforza, la Chiesa lombarda, la corte di Roma* (Europa mediterranea. Quaderni, 4), Napoli 1989, pp. 1-113.

[32] Sulle differenze tra le dispense *ex defectu natalium* rilasciate dalla penitenzieria e quelle concesse dagli altri uffici curiali, con particolare attenzione all'area tedesca, si veda B. SCHWARZ, *Dispense der Kanzlei Eugens IV. (1431-1447)*, in L. SCHMUGGE - B. WIGGENHAUSER (edd), *Illegitimität im Spätmittelalter* (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 29), München 1994, pp. 133-147; a questo proposito si veda anche L. SCHMUGGE, *Kirche*, cit., pp. 302-318.

[33] Per alcuni esempi riferiti alla regione lombarda si veda M. ANSANI (ed), *Camera apostolica*, I: *Documenti relativi alle diocesi del ducato di Milano (1458-1471): i «libri annatarum» di Pio II e Paolo II* (Materiali di storia ecclesiastica lombarda, secoli XIV-XVI, 1), Milano 1994, nn. 35, 64, 99, 126, 206, 230, 334 (*defectus natalium*); nn. 32, 39, 48, 64, 100, 127, 174, 203, 217, 224, 229, 235, 261, 277, 298, 325, 334, 343, 388, 428 (*defectus etatis*).

In considerazione di queste caratteristiche, le *littere* rilasciate dal penitenziere maggiore avevano inevitabilmente un'attrattività limitata. Il profilo dei supplicanti comensi è indicativo in questo senso: fra i personaggi identificabili con sufficiente precisione, sono molto più numerosi coloro che provenivano dalle zone rurali rispetto agli ecclesiastici cittadini, e in particolare sono rappresentate in modo massiccio le pievi periferiche dell'alto Lario e della Valtellina. La cerchia sociale di estrazione è quella delle famiglie di spicco a livello rurale o valligiano, che rivestivano un ruolo di primo piano negli organi dell'amministrazione locale, e dunque compaiono in prevalenza gli aspiranti canonici o arcipreti delle chiese pievane periferiche, come Ludovico *de Calnovo*, promosso al sacerdozio a ventitré anni nel 1458 e in seguito divenuto arciprete della chiesa pievana di Menaggio, oppure i rettori delle parrocchie rurali e di quelle cittadine meno riccamente dotate, come Giovanni Ciceri di Erba, che dopo il dicembre 1462 poté adire gli ordini sacri nonostante i natali illegittimi e il *defectus etatis* e in seguito entrò in possesso del beneficio curato di San Marco in Borgovico a Como[34]. Sono invece scarsamente rappresentate le donne e i membri del clero regolare, e anche coloro che detenevano o ambivano a conseguire i benefici più cospicui della diocesi sono quasi del tutto assenti, se non per questioni non inerenti al possesso delle prebende stesse, come la richiesta di lettere confessionali. Una figura di spicco nel *milieu* ecclesiastico diocesano come Paolo Cocquio, che fu canonico della cattedrale per diversi decenni e che poteva vantare solidi agganci personali anche presso il centro regionale milanese e presso la curia romana, seguì altre vie per rimpinguare la sua dotazione beneficiaria, ma fece accedere alla penitenzieria il figlio Andrea per procurargli due dispense dal *defectus natalium*, quando nel 1482 lui stesso si stava preparando a cedergli due canonicati allora in suo possesso[35]. In seguito Andrea Cocquio non raggiunse la medesima posizione del padre, e si accontentò probabilmente delle poche prebende acquisite subito dopo l'approvazione di tali suppliche: la comparsa nei registri della penitenzieria sembra prefigurare la sua modesta carriera dal punto di vista dell'accumulazione di benefici.

La scelta di inoltrare alla penitenzieria le suppliche relative alla nascita illegittima o alla mancanza dell'età prescritta per l'ordinazione al presbiterato

[34] Per Ludovico *de Calnovo* si veda P. OSTINELLI (ed), *Le suppliche*, cit., n. 80; per Giovanni Ciceri, *ibidem*, n. 169.

[35] *Ibidem*, nn. 545, 546, 571. Su Paolo Cocquio, titolare di numerose prebende e attivo a più riprese in veste di luogotenente vescovile, di sottocollettore nella diocesi comense e di delegato apostolico, si veda anche E. CANOBBIO, «*Forenses*», cit., pp. 91, 203-204.

permetteva in sostanza di raggiungere un risultato concreto con uno sforzo e un esborso tutto sommato contenuti, purché non si avessero mire beneficiarie elevate. Chi corrispondeva ad un profilo di questo genere poteva avvalersi di meccanismi ben collaudati, che agevolavano il superamento degli ostacoli giuridici alla promozione sacerdotale, e poteva sicuramente trovare nell'ambiente che ruotava intorno alla curia vescovile un supporto pratico per far avanzare e per portare a compimento la propria istanza. Alcuni fra i petenti, inoltre, avevano avuto modo di entrare in contatto con il personale curiale comense già prima dell'invio delle richieste a Roma, allorché avevano ottenuto dispensa dall'ordinario per poter essere promossi agli ordini minori nonostante il *defectus natalium*[36], e i contatti allacciati in tali occasioni potevano quindi venir rinnovati ed eventualmente sfruttati nel mercato beneficiario locale.

Per quanto concerne le suppliche formulate con lo scopo di difendere benefici già acquisiti, le situazioni specifiche erano determinate, di volta in volta, da una serie di variabili legate alla condizione dei richiedenti, al tipo di infrazione commessa e all'eventuale avvio di procedimenti giudiziari a loro carico presso il tribunale episcopale. Non sono perciò distinguibili con sufficiente chiarezza fattori ricorrenti nelle loro motivazioni, né nel ruolo assunto dal governo vescovile in rapporto alla formulazione o all'*iter* delle singole richieste, poiché la casistica poteva essere molto disparata. Il caso più semplice riferibile a Como era la supplica quale mezzo per sanare la posizione personale al termine di una causa dibattuta presso il foro ecclesiastico diocesano e per cautelarsi contro ogni eventuale conseguenza: Giovanni Buzzi, arciprete di Riva San Vitale, era stato scomunicato nel 1466 dal vicario generale a causa del mancato pagamento di un debito, ma aveva continuato a celebrare gli uffici divini; immediatamente dopo essere stato assolto dalla scomunica in sede giudiziaria e aver corrisposto il denaro dovuto al creditore, si affrettò perciò a domandare al penitenziere maggiore la dispensa dall'*irregularitas*, per evitare che essa potesse divenire càusa del suo esonero[37].

In questo episodio il giudice diocesano stesso potrebbe addirittura aver suggerito direttamente al sacerdote di inoltrare la richiesta, ribadendo così

[36] Sin dal XIV secolo agli ordinari fu riconosciuta la facoltà di concedere dispensa agli illegittimi solo per la promozione agli ordini minori, mentre la possibilità di accordare dispense per accedere al presbiterato fu riservata al pontefice (e da questi delegata al penitenziere maggiore e/o ad altri suoi rappresentanti), si veda L. SCHMUGGE, *Kirche*, cit., pp. 42-47.

[37] P. OSTINELLI (ed), *Le suppliche*, cit., n. 202.

il suo ruolo istituzionale di mediazione, connesso direttamente alla sua stessa posizione gerarchica, che imponeva il richiamo del rispetto delle regole canoniche. Altre vicende lasciano invece intuire come attraverso un intervento della penitenzieria si potesse cercare di influenzare l'esito presumibilmente negativo di un processo, applicando la conoscenza delle regole giuridiche e della prassi curiale e sfruttandole per eludere almeno parzialmente il controllo disciplinare obbligatorio da parte del vescovo. Esemplare è la supplica presentata nel 1479 dal prete Domenico di Cortona, rettore della parrocchia di Gordona in Valchiavenna, che rischiava di essere privato del beneficio dopo aver ferito il suo vicario in una rissa[38]. La popolazione del villaggio pretese la sua sostituzione subito dopo i fatti, ma Domenico chiese l'assoluzione dalla scomunica al penitenziere maggiore, ed evitò l'allontanamento ad opera del vicario generale comense anche aggrappandosi al sotterfugio di far indirizzare la *commissio* al vescovo di Cremona anziché all'ordinario, come avrebbe previsto la prassi consueta, con il preciso scopo di poter presentare a Como l'ottenimento della *gratia absolutionis* come cosa fatta. In casi come questo, peraltro non numerosi nella diocesi comense, il ricorso alla penitenzieria poteva rappresentare un efficace mezzo di interferenza nell'attività della curia diocesana, in quanto il conseguimento di una grazia in tale sede poteva favorire la sospensione del procedimento stesso oppure la stipulazione di un accordo extragiudiziale con le parti avverse, il quale a sua volta conduceva non di rado all'interruzione del processo, con l'assenso del giudice[39]. Il contatto tra petente e ufficio curiale romano avveniva in simili frangenti alle spalle dell'autorità vescovile, almeno sul piano formale, anche se le persone che agivano in veste di mediatori non erano necessariamente estranee all'ambiente comense, e il ruolo del governo episcopale risultava così rovesciato in negativo, ma la sua azione manteneva comunque un influsso indiretto sul bisogno di supplicare alle istanze superiori, e costituiva pur sempre un indizio del concreto funzionamento delle sue strutture.

[38] *Ibidem*, n. 474.

[39] Il ricorso alla penitenzieria con lo scopo di influenzare il corso di un procedimento giudiziario a proprio carico era praticato naturalmente anche da supplicanti laici: si veda un significativo esempio relativo alla diocesi di Como in M. DELLA MISERICORDIA, *Giudicare con il consenso*, cit., p. 188.

Il «Tractatus de supplicationibus, seu errorum propositionibus» di Pierre Rebuffi (1487-1557)

di *Christian Zendri*

1. *Considerazioni generali*

La figura e l'opera di Pierre Rebuffi (1487-1557) non ha destato quasi alcun interesse nella storiografia. In anni recenti, l'unico ad occuparsene è stato Ernst Holthöfer, che ne ha tracciato un breve profilo biografico[1]. Rebuffi, studente di *humanitates* a Montpellier, vi incominciò anche gli studi giuridici, perfezionandoli poi a Tolosa e a Cahors. Professore a Poitiers e a Bourges, si trasferì quindi a Parigi ove salì la cattedra di diritto canonico. Svolse anche le funzioni di avvocato presso il Parlamento di Parigi. Papa Paolo III gli offrì un seggio alla Rota romana, ma il giurista francese declinò l'invito, come fece anche per le profferte di posti nei parlamenti di Rouen, Bordeaux, Tolosa e, ancora, Parigi. Nel 1547 ricevette l'ordinazione sacerdotale e scomparve dieci anni dopo. La sua figura può essere considerata una delle maggiori nel panorama francese ed europeo contemporaneo, e una delle pochissime che illustrarono la facoltà parigina di quegli anni. Rebuffi dedicò particolare attenzione agli studi di *ius gallicum*, senza trascurare comunque i tradizionali ambiti del *ius commune*, civile e canonico. Nella sua produzione, di tutto rispetto per quantità e qualità, si trova anche un *Tractatus de supplicationibus*[2].

Il trattato presenta una struttura bipartita che ben si adatta agli scopi del suo autore, intenzionato a rivolgersi non solo ai giuristi di scuola ma anche

[1] E. Holthöfer, *Rebuffi (Rebuffus), Pierre*, in M. Stolleis (ed), *Juristen. Ein biographisches Lexikon von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 1995, pp. 513-514. Inoltre R. Chabanne, *Rebuffe ou Rebuffi (Pierre)*, in R. Naz (ed), *Dictionnaire de droit canonique*, VII, Paris 1965, coll. 475-477; G. Ermini, *Rebuffi, Pierre*, in *Enciclopedia Italiana di scienze lettere ed arti*, XXVIII, Roma 1949 (rist. dell'ed. 1935), p. 950B.

[2] Petrus Rebuffus, *Tractatus de supplicationibus, seu errorum propositionibus* (d'ora in poi *De supplicationibus*), in Petrus Rebuffus, *Commentarii in constitutiones seu ordinationes regias non solum iuris studiosis, verum etiam pragmaticis utilissimi*, Lugduni, Ad Salamandrae, Apud Sennetonios fratres, 1554, pp. 501-539.

al variegato mondo della pratica[3]. La prima parte, di taglio più nettamente teorico e istituzionale, costituisce un bell'esempio di trattatistica giuridica cinquecentesca, che recupera la tradizione dottrinale di *ius commune*, unendola all'amore per la storia proprio dei giuristi culti e dell'Umanesimo giuridico[4]. Non mancano inoltre riferimenti alla prassi e alla legislazione francesi (e non solo) contemporanee. La seconda parte invece è articolata come un vero e proprio apparato di glosse ad alcune *ordonnances* francesi, da Luigi XI a Francesco I, sul modello degli apparati costruiti attorno alle redazioni delle *coutumes* preparate a partire dall'ordinanza di Montils-lés-Tours del 1454[5]. Penso in particolare a lavori come i *Commentarii* alle

[3] Si veda alla nota precedente il titolo esatto dei *Commentarii in constitutiones seu ordinationes regias*.

[4] Sull'Umanesimo giuridico, oltre ai classici D. MAFFEI, *Gli inizi dell'Umanesimo giuridico*, Milano 1972 (rist. inalt. dell'ed. 1956), e R. ORESTANO, *Introduzione allo studio del diritto romano*, Bologna 1987, *passim*, si vedano I. BIROCCHI, *Alla ricerca dell'ordine. Fonti e cultura giuridica nell'età moderna*, Torino 2002, soprattutto pp. 1-49; D. QUAGLIONI, *Tra bartolisti e antibartolisti. L'Umanesimo giuridico e la tradizione italiana nella «Methodus» di Matteo Gribaldi Mofa (1541)*, in F. LIOTTA (ed), *Studi di storia del diritto medioevale e moderno*, Bologna 1999, pp. 185-212, ed E. CORTESE, *Il diritto nella storia medievale*, II: *Il basso medioevo*, Roma 1995, pp. 453-484. Mi permetto inoltre di rinviare ai miei *L'umanesimo giuridico in Germania. Le «usurae» nella dottrina di Ulrich Zasius (1461-1535)*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 25, 1999, pp. 63-92; *«Universitas»: la dottrina dei «corpi» nel pensiero di Ulrich Zasius (1461-1535)*, in P. NERVI (ed), *Dominii collettivi e autonomia*, Atti della V Riunione Scientifica promossa dal Centro Studi e Documentazione sui demani civici e le proprietà collettive, Trento 11-12 novembre 1999, Padova 2000, pp. 207-245; *Consuetudine e legge nel pensiero giuridico francese del Cinquecento. Pierre Grégoire (1540-1597)*, tesi di dottorato, Università degli Studi di Milano, Facoltà di Giurisprudenza, XV ciclo, 2002. Per il ruolo della storia si vedano ampi e talora discutibili rilievi in D.R. KELLEY (ed), *History and the Disciplines. The Reclassification of Knowledge in Early Modern Europe*, Rochester - New York 1997; dello stesso autore, *Foundations of Modern Historical Scholarship. Language, Law, and History in the French Renaissance*, New York - London 1970. Per lo specialissimo caso bodiniano cfr. M.-D. COUZINET, *Histoire et méthode à la Renaissance. Une lecture de la «Methodus ad facilem historiarum cognitionem» de Jean Bodin*, prefazione di C. VASOLI, Paris 1997.

[5] Sulla questione, dopo il fondamentale ma risalente studio di H. KLIMRATH, *Études sur les coutumes*, in «Revue de législation et de jurisprudence», 6, 1837, pp. 107-135, 161-214, 321-393, si vedano H. CAUVIÈRE, *L'idée de codification en France avant la rédaction du Code Civil*, tesi di dottorato, Paris 1910; F. OLIVIER-MARTIN, *Histoire de la coutume de la Prévôté et Vicomté de Paris*, I, Paris 1922; dello stesso autore, *La coutume de Paris trait d'union entre le droit romain et les législations modernes. Six cours professés en mars 1925 à l'Université d'Utrecht*, Paris 1925; A. LEBRUN, *La coutume. Ses sources. Son autorité en droit privé. Contribution à l'étude du droit positif à l'époque moderne*, Paris 1932, pp. 71-127; R. FILHOL, *Le Premier Président Christofle de Thou et la réformation des coutumes*, Paris 1937; J.P. DAWSON, *The Codification of the French Customs*, in «Michigan Law Review», 38, 1940, 6, pp. 765-800; V. PIANO MORTARI, *Diritto romano e diritto nazionale in Francia nel secolo*

consuetudini borgognone di Barthélemy Chasseneuz (1480-1541), apparsi per la prima volta nel 1517 e che costituirono il modello per tutta una vasta dottrina, appunto, *coutumière*[6]. Questo saggio si propone di offrire un quadro della prima parte del *Tractatus* di Rebuffi, per la ricostruzione di una dottrina della *supplicatio* che non sia limitata all'ambito francese, ma possa fungere da punto di riferimento (o almeno di confronto) anche per indagini relative ad altre regioni d'Europa. Di qui la preferenza accordata alla prima parte della trattazione del giurista francese, rispetto alla seconda che presenta invece caratteri più schiettamente 'nazionali'.

2. *Struttura e limiti dell'opera*

Il *De supplicationibus* si apre con il proposito di trattare la materia delle suppliche *secundum curiarum usum*, con un occhio di riguardo alla prassi,

XVI, Milano 1962; J.P. DAWSON, *The Oracles of the Law*, Westport (Connecticut) 1968, pp. 264-265; P. CRAVERI, *Ricerche sulla formazione del diritto consuetudinario in Francia (secc. XIII-XVI)*, Milano 1969, specie pp. 1-80, 183-202; B. DÖLEMEYER, *Frankreich*, in H. COING (ed), *Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte*, II: *Neuere Zeit (1500-1800). Das Zeitalter des gemeinen Rechts*, 2. *Gesetzgebung und Rechtsprechung*, München 1976, pp. 187-227; J. GAUDEMET, *Les tendances à l'unification du droit en France dans les derniers siècles de l'Ancien Régime (XVIe-XVIIIe)*, in *La formazione storica del diritto moderno in Europa*, I: *Atti del terzo Congresso internazionale della Società Italiana di Storia del Diritto*, Firenze 1977, pp. 157-194; V. PIANO MORTARI, *Diritto logica e metodo nel secolo XVI*, Napoli 1978, pp. 47-56; dello stesso autore si vedano inoltre, *Cinquecento giuridico francese. Lineamenti generali*, Napoli 1990, pp. 56-69 a proposito della crescente affermazione della legislazione regia; *Tradizione romanistica e tradizione giuridica europea nella Francia del secolo XVI*, in V. PIANO MORTARI, *«Itinera juris». Studi di storia giuridica dell'età moderna*, Napoli 1991, pp. 67-78. Inoltre E. CORTESE, *Il diritto nella storia medievale*, II, cit., pp. 478-481; J. KRYNEN (ed), *Droit romain, «jus civile» et droit français* («Études d'histoire du droit et des idées politiques», 3, 1999, numero monografico), Toulose 1999; dello stesso autore, *Entre science juridique et dirigisme: le glas médiéval de la coutume*, in «RM Cahiers de Recherches Médiévales (XIIIe-XVIe siècles)», 7, 2000, pp. 171-187.

6 Si tratta di BARTHOL. A CHASSENAEO, *Commentarii in Consuetudines Ducatus Burgundiae*, Lugduni, Apud Bartholomaeum Vincentium, M.D.LXXIIII; su Chasseneuz, addottoratosi a Pavia, assessore del capitano di giustizia di Milano e poi *maître des requêtes* del cardinale Georges d'Amboise (governatore di Milano per conto di Luigi XII), ambasciatore presso Giulio II, membro del Parlamento di Parigi e presidente di quello provenzale, si vedano J.-H. PIGNOT, *Un jurisconsulte au seizième siècle. Barthélemy de Chasseneuz, premier commentateur de la coutume de Bourgogne et président du Parlement de Provence. Sa vie et ses oeuvres*, Genève 1970 (rist. dell'ed. Paris 1880); R. D'AMAT, *Chasseneuz (Barthélemy de)*, in M. PREVOST - R. D'AMAT (edd), *Dictionnaire de Biographie Française*, VIII, Paris 1959, coll. 714-715; A. JOUANNA, *Chasseneuz ou Chasseneux, Barthélemy de*, in A. JOUANNA - P. HAMON - D. BILOGHI - G. LE THIEC, *La France de la Renaissance. Histoire et dictionnaire*, Paris 2001, pp. 697B-698B.

come abbiamo già potuto notare. Rebuffi prosegue poi descrivendo la struttura dell'opera, articolata in tredici punti. Si esamineranno dapprima i molteplici tipi di supplica, per definire poi che cosa essa sia. Quindi si discuterà della sua origine e si passerà a parlare del modo di introdurre le *supplicationes*, chi abbia il diritto di farlo e da chi esse debbano essere preparate. Di seguito si affronterà il problema dell'esecuzione dei giudicati in pendenza di supplica, di quante volte una supplica sia ricevibile e dei casi in cui possa essere respinta. Il decimo punto è consacrato alla questione dei termini, l'undicesimo alle differenze fra suppliche e appello, il dodicesimo all'effetto delle suppliche. Infine, la discussione riguarderà le leggi regie in materia, esaurendo così la disciplina dell'istituto[7].

I generi di supplica sono numerosissimi, dice Rebuffi. Vi è innanzitutto la supplica rivolta a Dio, che però converrà lasciare ai teologi, o alla tradizione decretalistica[8]. Piuttosto, ciò che interessa Rebuffi sono le suppliche agli uomini. Rebuffi ricorda, in un modo che richiama l'insegnamento azzoniano[9], che gli antichi rivolgevano le loro suppliche accompagnandole con

7 *De supplicationibus*, p. 503 *pr.*: «Supplicationis Materiam frequentem esse, illa tamen parum secundum curiarum usum tractatam dignoscens, ad praxim, per quam facile intelligi possit, redigere cupiens, sequentia describenda curavi. In primis quotuplex sit supplicatio. Secundo, quid sit. Tertio, quomodo sit inventa. Quarto, quomodo introducatur. Quinto, quis istam supplicationem postulare, et impetrare valeat. Sexto, a quibus haec supplicatio fiat. Septimo, an iudicatum pendente supplicationis processu exequendum sit. Octavo, quoties supplicatio ista recipiatur. Nono, quando concedi vel denegari possit. Decimo, intra quod tempus supplicationis instantia finiri debeat. Undecimo, quae differentiae sint inter supplicationem et appellationem. Duodecimo, quis sit supplicationis effectus. Ultimo, elucidabitur textus legum Regiarum huic materiae accommodus: quibus peractis, supplicationi amplius locus non erit».

8 *De supplicationibus*, n. 1: «Ad primum respondere possumus, quod multiplex est supplicandi usus, de quo hic si vellem singula describere, iustum volumen complerem: sed quantum hanc respicit materiam, summatim prosequar. annotandum est, quod interdum Deo optimo maximo supplicamus: sed quia hoc spectat ad Theologos, ad eos nunc reijcio, et ad glossam plenam in cle. una. in verbo, orationes. de reliquijs et venerat. sanctor». Si tratta della lunghissima gl. *«Orationes» ad Clem. Si Dominum, De reliquiis et veneratione sanctorum* (c. *unicum, Clem.*, III, 16), un vero trattato sulla preghiera che possiamo leggere in *Liber Sextus Decretalium D. Bonifacii Papae VIII., Clementis Papae V. Constitutiones. Extravagantes tum viginti D. Ioannis Papae XXII. tum Communes*, Lugduni, Sumptibus Ioannis Pillehotte, M.DCXIII., coll. 246-249.

9 Cfr. AZONIS *Summa Codicis*, in AZONIS *Summa locuples iuris civilis thesaurus*, Venetiis, Apud Gasparem Bindonum, MDLXXXIIII, a proposito di *C. De precibus Imperatori offerendis* (C. 1, 19), col. 34, n. 1: «Videamus ergo qualiter debeant offerri preces, et a quibus, et de quibus. Et quidem offeruntur considerata consuetudine, et iure. Consuetudine, ut quia capello, item pallio reiecto genibus flexis preces humiliter porrigendae sunt. Iure, quia breviter est ei exponendum negocium». Intorno alla figura e all'opera di Azzone

gesti come toccare il capo, le ginocchia o la destra del supplicato, mentre in tempi più recenti si possono distinguere suppliche presentate oralmente, giudiziali o stragiudiziali, e suppliche scritte (*libelli*)[10].

Ancora, si può distinguere fra *supplicationes* presentate ai supremi magistrati ovvero a magistrati inferiori, prima dell'inizio della causa, in pendenza di giudizio, dopo la sentenza, in pendenza di appello, o anche rivolte al principe prima della decisione giudiziale, affinché avochi a sé il processo[11]. Peraltro, tutte hanno un tratto comune: la supplica, se accolta, deve giovare a chi la presenta senza nuocere ad altri. Qualora non sia così, non può essere accolta, se non «audita altera parte»[12]. D'altra parte, accade spesso che si presenti una supplica dopo una sentenza inappellabile. Questa è, secondo Rebuffi, la supplica propriamente detta, e a questa sarà consacrata tutta la sua opera, lasciando da parte tutte le altre *species*, che non sono considerate altrettanto importanti dal punto di vista giuridico[13].

(† 1229-1230?) rinvio a P. FIORELLI, *Azzone*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, IV, Roma 1962, pp. 774A-781B; ha aggiunto elementi importanti per precisare la data della scomparsa del maestro bolognese E. CONTE, *Un «Sermo pro petendis insigniis» al tempo di Azzone e Bagarotto*, in «Rivista di Storia del diritto italiano», 60, 1987, pp. 71-86; inoltre G. MARCHETTO, *I glossatori di fronte al diritto canonico: matrimonio e divorzio nella riflessione di Azzone († 1220 ca.)*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 26, 2000, pp. 53-109.

[10] *De supplicationibus*, nn. 2-3: «Interdum hominibus supplicatur: et apud veteres diu receptissimi fuit moris, ut supplicantes caput, dextram, genua eius, quem exorarent, supplices contingerent, nec totum tamen caput, sed mentum modo ... Item istae supplicationes aliquando verbo fiunt, sive voce in iudicio, vel extra, sicut appellationes ... et tanti sunt momenti in voce, sicut in scriptis ... Aliae in scriptis fiunt, et vocantur libelli».

[11] *De supplicationibus*, pp. 503-504, nn. 4-6: «Aliquando supremis supplicatur iudicibus ... Aliae [*scil.* supplicationes] inferioribus offeruntur magistratibus ... Interdum in processu, et eo durante ... Quandoque supplicamus post sententiam, et tunc iudici a quo, forte ut ad executionem iudicati procedat ... vel ut taxet expensas, liquidet fructus, seu alia faciat ... Item interdum episcopo supplicatur post sententiam ab officiali latam: et valet illa supplicatio, si episcopus in integrum restituere velit contra sui officialis sententiam ... Aliquando supplicatio porrigitur iudici, ad quem est appellatum ... Aliquando supplicatur principi ante arestum, ut ipse evocet ad se caussam».

[12] *De supplicationibus*, p. 504, n. 7: «Notandum est, quod supplicatio continere debet. Primo ut petenti prosit, et alij non obsit ... alioqui si alteri obsit, et cognitionem desideret, non solet concedi, nisi audita parte».

[13] *De supplicationibus*, pp. 504-505, n. 8: «Nonnunquam supplicatur post iudicatum, et arestum, quod nullo modo per appellationem infringi potest, propter iudicis excellentiam, et authoritatem: et de hac totus iste complebitur Deo auspicante tractatus, et proprie supplicatio est, quando a sententia Regis, vel praefecti praetorio, seu parlamenti supplicatur». Sulla supplica la letteratura storico-giuridica non abbonda. Una rapidissima sintesi in G.

3. *Una dottrina della supplica*

La trattazione vera e propria comincia con la definizione di supplica e la sua discussione. Rebuffi rifiuta la definizione proposta dal Panormitano (1386-1445)[14], che aveva parlato di una «preghiera rivolta al principe contro una sentenza avverso cui non vi sono rimedi ordinari, in forza della quale il superiore restituisce in integro il supplicante in virtù di una certa benevolenza». Infatti, secondo Rebuffi, si tratta di una definizione adatta piuttosto alla «restitutio in integrum»[15]. La definizione corretta deve essere invece un'altra: «Concessione del principe su richiesta di una parte che lamenti un errore di fatto in una sentenza, la quale non sia passibile di appello né di domanda di nullità»[16]. Gli elementi interessanti sono numerosi, ma qui

SALVIOLI, *Storia della procedura civile e criminale*, in P. DEL GIUDICE (ed), *Storia del diritto italiano*, III.2, Milano 1927, pp. 607-609, 619-620. Le suppliche hanno destato un crescente interesse nella storiografia europea (meno in quella italiana) negli ultimi anni; per una bibliografia rinvio al volume di C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII)*, (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 59) Bologna 2002, e soprattutto all'*Introduzione* dei curatori, pp. 7-17, specie 7-8. Sull'appello, cfr. A. PADOA SCHIOPPA, *Ricerche sull'appello nel diritto intermedio*, I-II, Milano 1967-1970.

14 Su Niccolò de' Tedeschi, detto il Panormitano, rinvio a J.F. SCHULTE, *Die Geschichte der Quellen und Literatur des Canonischen Rechts*, II: *Von Papst Gregor IX. bis zum Concil von Trient*, Stuttgart 1877, pp. 312-313, e soprattutto alla voce di Ch. LEFEBVRE, *Panormitain*, in R. NAZ (ed), *Dictionnaire de droit canonique*, VI, Paris 1957, coll. 1195-1215; inoltre, si vedano le osservazioni di D. MAFFEI, *La Donazione di Costantino nei giuristi medievali*, Milano 1980 (rist. inalt. dell'ed. 1964), pp. 297-302; A. ROMANO, *Su un «consilium» di Gualtiero Paternò conservato nel ms. di Lucca, Biblioteca Capitolare Feliniana, 162*, in G. MOTTA (ed), *Studi dedicati a Carmelo Trasselli*, Soveria Mannelli (Catanzaro) 1983, pp. 583-600: 583-584, 588-589, ora ripubblicato in A. ROMANO (ed), *Istituzioni diritto e società in Sicilia*, Messina 1988, pp. 117-138; E. CORTESE, *Il diritto nella storia medievale*, II, cit., pp. 387-388; P. LANDAU, *Nikolaus de Tudeschis (Panormitanus; 1386-1445)*, in M. STOLLEIS (ed), *Juristen*, cit., pp. 458-459.

15 *De supplicationibus*, p. 505, n. 9: «Reiecta diffinitione Panormitani ... supplicatio est quaedam precum porrectio facta principi, per quam ex quadam benignitate superior restituit supplicantem adversus sententiam, contra quam non competit remedium ordinarium: quia non convenit materiae: sed potius restitutioni in integrum, quae ab ista differt». Cfr. ABBAS PANORMITANUS, *Commentaria Secundae Partis in Primum Librum Decretalium*, II, Venetiis, Apud Iuntas, MDXXCIIX, *ad* c. 4, X, I, 41, fol. 242vB, n. 6, ove si legge tale e quale la definizione riportata da Rebuffi. Per quanto riguarda il rimedio della «restitutio in integrum», volto a ricostituire una situazione venuta meno e non altrimenti rimediabile, si veda G. SALVIOLI, *Storia della procedura civile e criminale*, cit., pp. 605-607.

16 *De supplicationibus*, loc. ult. cit.: «Supplicatio ... est quaedam parte petente ad errorem facti contra iudicatum proponendum, quod per appellationem vel nullitatem retractari non potest, a principe facta impetratio, sive concessio».

basterà soffermarsi solo su due: la supplica è rivolta a far valere errori di fatto, e il suo destinatario è il principe.

Quanto al primo punto, la sua *ratio* consiste, secondo Rebuffi, nella presunzione di conoscenza di tutte le norme del *ius* da parte del *princeps* stesso o delle corti supreme, membra del suo stesso corpo[17]. Ammettere la possibilità di un errore di diritto significherebbe, a ben vedere, presumere che il principe non abbia «omnia iura in scrinio pectoris»[18]. D'altra parte, vi è anche un appiglio ben più sostanziale. Il Digesto infatti, alla *l. Praefecti* del titolo *De minoribus viginti quinque annis* (D. 4, 4, 17), sosteneva che al prefetto del pretorio poteva essere richiesta la «restitutio in integrum» avverso le sue sentenze, pur inappellabili. E ciò perché, mentre l'appello implica l'affermazione dell'iniquità della sentenza stessa, la richiesta di «restitutio in integrum» si basa solo sull'errore proprio ovvero sull'inganno della controparte[19].

A proposito invece dell'idea per cui solo il principe può essere destinatario di suppliche rivolte contro le sentenze dei supremi tribunali, il suo fondamento è ricondotto da Rebuffi, sostanzialmente, ai tratti fondamentali del potere regio, e all'idea che il potere di accogliere una *supplicatio* abbia a che fare con il «merum imperium maximum»[20].

17 C. 9, 8, 5, *pr.*: «Nam et ipsi [*scil.* viri illustres qui consiliis et consistorio nostro intersunt, senatores etiam] pars corporis nostri sunt».

18 *De supplicationibus*, p. 505, n. 11: «Tertio dico ad errorem facti, quia ad errorem iuris proponendum, non recipitur quis contra arestum ... non enim praesumuntur errare, qui omnia iura in scrinio pectoris habent». Più oltre Rebuffi preciserà che può sembrare talora che siano allegati errori di diritto, mentre, a ben vedere, si tratta sempre di errori di fatto da cui possono essere derivati errori di diritto: «Allegatur error facti, ob quem error iuris secutus est» (p. 516, n. 70). Siamo al limite della finzione giuridica.

19 D. 4, 4, 17: «Praefecti etiam praetorio ex sua sententia in integrum possunt restituere, quamvis appellari ab his non possit. haec idcirco tam varie, quia appellatio quidem iniquitatis sententiae querellam, in integrum vero restitutio erroris proprii veniae petitionem vel adversarii circumventionis allegationem continet».

20 *De supplicationibus*, p. 506, n. 13: «Octavo dico a principe factam concessionem, non ab alio ... *du droict royal* ... quia haec supplicatio est meri imperij maximi ... et sic ab alio inferiore non praestatur». Del resto già la glossa «Litigantibus» a C. 7, 42, 1 aveva sostenuto che «si praefectus praetorio inter aliquos iudicaverit: et altera pars se laesam affirmat: an a sententia possit appellare, quaeritur? Responde quod non: sed principi poterit supplicare»; cfr. *Codex*, Lugduni, Apud Hugonem a Porta, et Antonium Vincentium, M.D.LVIII., p. 1148B. In verità il principio che sta alla base della supplica è, in fondo, quello ben noto: «adveniente principe, cessat magistratus»; cfr. S. Hanley, *The «Lit de Justice» of the Kings of France. Constitutional Ideology in Legend, Ritual, and Discourse*, Princeton NJ 1983; lo si

Non meno importante è l'esame della procedura mediante la quale le suppliche debbono essere presentate. Se infatti è chiaro che la *supplicatio* deve essere introdotta soltanto per iniziativa di parte[21], tuttavia, soprattutto per il mondo della pratica, è altrettanto importante sapere concretamente quali formalità debbano essere assolte[22]. Così Rebuffi precisa che la parte interessata a introdurre una supplica deve innanzitutto individuare nel processo verbale i presunti errori di fatto, elencarli in una pergamena, da consegnare, insieme ad altri documenti utili alla bisogna, al cancelliere[23], il quale li trasmetterà a un *maître des requêtes* o a un consigliere del re[24], che li presenterà al Consiglio regio. Il Consiglio esprimerà il proprio parere, e lo farà pervenire al detto consigliere, il quale lo passerà al cancelliere. Sarà ancora una volta costui a riferire al re, il quale assumerà le proprie determinazioni, ordinariamente conformi al parere del Consiglio, che consentiranno al cancelliere di rispondere alla supplica[25].

può leggere anche nella versione francese *Le «Lit de Justice» des Rois de France. L'idéologie constitutionelle dans la légende, le rituel et le discours*, Aubier 1991.

[21] *De supplicationibus*, p. 506, n. 16: «Quarto quomodo introducatur hae supplicatio? Responde pars victa in senatu, a quo non licet appellari».

[22] In verità, questa procedura è tipicamente francese. Ho preferito comunque descriverla, perché, con la sua complessità e la sua estrema formalizzazione può costituire un utile termine di confronto con altre esperienze.

[23] Probabilmente il gran cancelliere di Francia; cfr. R. MOUSNIER, *Les institutions de la France sous la Monarchie absolue, 1598-1789*, II: *Les organes de l'État et la Société*, Paris 1980, pp. 136-137.

[24] Si tratta ordinariamente dei «maîtres des requêtes de l'hôtel du roi», incaricati per l'appunto di conoscere «des propositions d'erreur contre les arrêts des Cours souveraines» (*ibidem*, pp. 142-144, qui p. 142). Ciò si spiega con il carattere «grazioso» della materia, come ricorda M. CARCEL ORTÍ (ed), *Vocabulaire international de la Diplomatique*, Valencia 1994, p. 83, n. 321.

[25] *De supplicationibus*, pp. 506-507, nn. 17-18: «Sed advertendum est, nam pars, quae vult proponere errorem, aut errores, debet primo eos ex processu elicere, et in supplicatione in membrana descripta illos connumerare: et istam postea supplicationem pars offeret cancellario, qui supplicationem et alia documenta, per quae errorem probare pars vult, tradit libellorum magistro, aut consiliario magni consilij, qui refert omnia consilio, quod super hoc statuit, an error, vel errores adsint: et si consilium concludat errorem adesse, vel non, illam conclusionem referet is, cui erat supplicatio a cancellario data, et ostendet cancellario, qui Regi ista refert. Et Rex demum ad cancellarij relationem has solet denegare, vel concedere literas. *Henri etc.* et sic cancellarius sine Regis mandato literas non solet concedere: licet quidam contrarium dicant». Si noti che la decisione viene presa dal re, nella sua veste di supremo magistrato, mentre cancelliere e ufficiali si limitano a svolgere le funzioni di referendari. Per un confronto, si veda IASONIS MAYNI MEDIOL. *In Primam Codicis Partem Commentaria*, Venetiis MDLXXXIX., *ad authenticam Quae Supplicatio*, *post* C. 1, 19 (22),

Ottenuto l'accertamento degli errori, il procedimento non cessa. La lettera regia, sigillata, contiene gli errori rinvenuti nella sentenza della corte sovrana, con la conclusione dei *maîtres des requêtes*. Inoltre, vi è l'ordine del re alla corte che ha emesso la sentenza impugnata, di procedere alla correzione di tali errori, convocati i *maîtres des requêtes* della corte stessa, le parti e altri interessati, previo deposito di una cauzione[26]. La lettera del re è presentata dalla parte all'ufficiale giudiziario o all'usciere, per procedere alla citazione della controparte. Della citazione è fatta relazione, che viene consegnata alla parte supplicante, la quale deve ora adire la corte. Il giorno stabilito si svolge una prima udienza, in cui il supplicante si presenta alla corte, introducendo un'altra supplica con cui rende conto dell'accaduto e chiede che sia aperta la lettera regia, e che sia ordinato alla controparte il deposito di cauzione presso il cancelliere ovvero presso altra persona all'uopo designata. La corte allora suole procedere all'apertura della lettera regia, consegnandone copia alla parte avversa, e stabilendo un termine per il deposito cauzionale, la presentazione delle difese, la replica del supplicante, ormai attore, e la controreplica del convenuto. Tutti questi ulteriori atti hanno lo scopo di fissare l'oggetto del giudizio, che ora verte esclusivamente sugli errori accertati e nulla ha a che vedere con quello del processo conclusosi con la sentenza della corte. Ciò è tanto vero, che tutti gli atti sono raccolti in una busta distinta. Addirittura, vi è l'opinione di chi

5, fol. 40rB, n. 3: «Supplicatio potest porrigi non solum praefecto praetorio, sed etiam officialibus suis: intellige tamen ut dicit glosa j. non ut ipsi cognoscant, sed ut referant, quia inferior non potest se impedire de facto superioris». Per il passo citato da Giasone (1435-1519) si veda la glossa «Quae supplicatio» allo stesso luogo del Codice, in *Codex*, cit., p. 134B: «Potest offerri ei [*scil.* praefecto praetorio] supplicatio, et suis consiliarijs et executoribus: sed de supplicatione cognoscit solus praefectus, et non alij». Su Giasone del Maino, autore assai poco frequentato dalla moderna storiografia giuridica, cfr. F.K. von Savigny, *Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter*, VI: *Das 14. und 15. Jahrhundert*, Aalen 1986 (rist. dell'ed. 1850^2), pp. 397-418; E. Besta, *Fonti: legislazione e scienza giuridica dalla caduta dell'Impero romano al secolo decimosesto*, in P. Del Giudice (ed), *Storia del diritto italiano*, I.2, Milano 1925, pp. 872-873; A. Belloni, *Professori giuristi a Padova nel secolo XV. Profili bio-bibliografici e cattedre*, Frankfurt a.M. 1986, pp. 221-227.

[26] *De supplicationibus*, p. 507, n. 19: «Item in illis litteris praedicta [cioè i fatti e il procedimento seguito] narrantur: et diriguntur illi parlamento, quod iudicavit: et mittet Rex articulos errorum clausos, et sigillatos sub cancellariae sigillo, et sententiam, ac conclusionem magistrorum: in quibus fuit conclusum errorem videri intervenisse, mandatque Rex ac praecipit dicto parlamento, ut errores ac omnia alia videant, et diligenter in eis procedant, vocatis magistris libellorum, et partibus ac alijs evocandis, facta in primis depositione duplici<s> mulctae, quae ascendit ad sex viginti libras, hodie ad duplum: Rex etiam praecipit ut corrigant errorem, vel errores, si qui sint committendo primo hostiario vel servienti de citando partes ad diem competentem, de quo certificare parlamentum teneatur».

ritiene che non debbano essere prese in considerazione nemmeno nuove allegazioni di errori, ma Rebuffi respinge questa dottrina, sulla base della presunta volontà del re, che vuole la correzione di tutti gli errori[27].

Da ultimo, se l'attore-supplicante soccomba, deve essere condannato al pagamento delle spese processuali e al risarcimento dei danni, compreso il relativo interesse. Qualora sia invece vittorioso, sarà la parte avversa ad essere condannata alla restituzione in integro, comprensiva dei frutti percepiti e che avrebbero dovuto essere percepiti dal tempo della sentenza. Solo successivamente è disposta la restituzione della cauzione[28].

Proseguendo, dopo avere spiegato che la strada della supplica è aperta a chiunque sia stato condannato con sentenza inappellabile, anche se straniero, Rebuffi passa ad esaminare alcune questioni fra le più difficili poste dalle *supplicationes*[29].

[27] *De supplicationibus*, pp. 507-508, nn. 20-23: «Item pars literas apparitori, vel hostiario tradit, ad citandum partem: quia ab in ius vocando incipere oportet ... et iste serviens citat, et diem praestituit, ac de his relationem facit: quae omnia parti tradit, quae supplicationem impetravit: et postea pars debet adire parlamentum ... Demum pars prosequens errorem die praestituta se praesentat in parlamento contra partem adversam, postea supplicationem parlamento porrigit in qua narrat literas sibi concessas, citationem partis factam, rogatque curiam, ut aperire errores clausos velit, et praeceptum fieri parti, ut compareat certo die, et hora coram grapherio, ad dictam mulctam duplicem apud eum deponendum, vel apud alium authoritate curiae committendum. Curia visa partis supplicatione et requesta, solet dicere articulos aperiendos, dandamque copiam illorum parti adversae, decernitque diem et horam ad comparandum [*scil.* comparendum], et videndum consignationem fieri apud actuarium et grapherium, atque ad dandum defensiones, et actori replicationem, ac reo duplicationem intra tempus ordinationis concedit. Postea reus dat defensiones, actor replicationes, reus duplicationes: et inter procuratores concluditur ad ius ex apunctamento illorum ut dicunt: et omnia ista in sacco reponuntur, et non miscentur inter alia acta: sed sic iudicabitur processus sine alia productione: nec partes reciperentur si de novo aliquid producere vellent, vel alia errata, ultra ea quae in supplicatione Regi seu cancellario data expressa sint ... tamen ego putarem alios errores ex processu elicitos recipiendos esse, licet non sint expressi: quia mens Regis est, ut error vel errores corrigantur: si igitur non est iste error expressus in literis, poterit tamen et debebit a consiliarijs admitti, et erratum esse iudicari: et hoc servatur».

[28] *De supplicationibus*, p. 508, n. 24: «Postremo si proponens errorem succumbat, et condemnatur in expensis damnis et interesse: si autem obtineat, condemnabitur reus ad restitutionem rei, quam consecutus fuerat ex aresto et ad fructus perceptos, et percipiendos a tempore aresti lati: et emenda deposita ei restituitur».

[29] *De supplicationibus*, p. 508, nn. 25, 27: «Quinto, quis supplicationem istam postulare, et impetrare possit, et errorem contra iudicatum proponere? Responde Omnis per errorem condemnatus ab eo, a quo appellari non potest ... sive is sit Regi subditus, sive non ... Sexto, a quibus supplicandum sit? Responde ab illis, a quibus appellare de iure non est liberum».

Si tratta in primo luogo di un delicato problema procedurale: se sia possibile procedere all'esecuzione della sentenza inappellabile, in pendenza di supplica. La questione è complessa perché la soluzione comunemente accolta nel regno di Francia differisce da quella prevista dal *ius commune*. Infatti, secondo il diritto comune sarebbe possibile procedere all'esecuzione previa cauzione[30]. Al contrario, dice Rebuffi, in Francia ciò non accade, e la sentenza inappellabile è comunque eseguibile su istanza di qualunque parte processuale, salvo che nei punti per i quali si è asserito l'errore, o anche in essi, e purché però l'esecuzione di detti punti (oggetto di supplica) non si rivolga contro il supplicante[31]. D'altra parte, aggiunge Rebuffi, vi è chi ritiene che in nessun caso la sentenza impugnata per supplica possa essere eseguita nella condanna alle spese processuali, mentre anche in questo caso le corti sovrane francesi si comportano diversamente[32].

Un'altra questione di una certa complessità riguarda la possibilità di iterare la supplica. Rebuffi è categorico: la stessa parte può introdurre una *supplicatio* solo una volta, e ciò in virtù della sua natura di rimedio «gra-

[30] Si veda l'*authentica post* C. 1, 19 (22), 5: «Quae supplicatio gloriosissimis praefectis, vel eorum consiliarijs, vel causas introducentibus intra decem dies post sententiam offerenda est: quo subsecuto sententia non aliter executioni mandabitur, nisi victrix pars dignam fideiussionem praebuerit tantum restituendi cum legitimis argumentis [*scil.* augmentis], quantum fuerit in condemnatione, si legitima retractatione sententia resolvatur» (*Codex*, cit., pp. 134B-135A). Quindi, la parte che supplichi il supremo magistrato (il prefetto del pretorio, nel testo dell'*authentica*) può paralizzare l'esecuzione della sentenza così straordinariamente impugnata, purché la supplica sia presentata entro dieci giorni dalla sentenza stessa, e purché la controparte non presti idonea cauzione. Ancora si veda IASONIS MAYNI MEDIOL. *In Primam*, cit., *ad eandem auth.*, fol. 40rB, n. 1: «Supplicatio porrecta coram praefectis [*sic*] praetorio, vel eius officialibus intra decem dies, impedit executionem sententiae, nisi victor praestet idoneam fiudeiussionem: sed ultra tempus decem dierum porrecta supplicatio executionem non impedit».

[31] *De supplicationibus*, p. 510, nn. 38-39: «Septimo an arestum pendente supplicationis processu sit exequendum? brevi respondeo exequendum, data tamen cautione de restituendo omnia, si iudicatum retractetur ... ego non vidi cautionem dari in hoc regno Franciae, sed executionem faciendam pendente processu, pronunciavit senatus parisiensis anno 1540. die iiij. Ianuarij. Imo fuit iudicatum in hoc parisiensi senatu pro domino de Touteville, quod arestum executioni mandaretur pro illo etiam, qui errores allegabat, in alijs articulis, in quibus non dicit erratum, anno 1543. in mense Ianuario, quod est notandum, ut arestum exequi possit, tam pro impetrante supplicationem, quam etiam pro parte adversa in illis tamen articulis, in quibus pars non proponit erratum fuisse, etiam die xv. Martij anno 1544. fuit dictum arestum exequendum in illo, ubi erratum proponebatur, videlicet in haereditatis petitione, sed hoc ab una parte tantum».

[32] *De supplicationibus*, p. 510, n. 40: «Non tamen fiet executio quo ad expensas aresti, sed expectabitur sententia propositionis erroris confirmatoria, vel infirmatoria ... nos tamen Galli servamus contrarium, ut exequi tam in expensis quam in principali liceat».

zioso» e quindi «extraordinarium»[33]. L'unica possibilità che rimane aperta è quella di una supplica della controparte, per denunciare un gravissimo errore proprio nel giudizio sulla supplica. E tuttavia, ricorda Rebuffi, le probabilità che una tale *supplicatio* riceva soddisfazione appaiono assai scarse. Infatti, vi si oppone una forte presunzione di giustizia a favore del secondo giudicato[34].

Ma il problema fondamentale è un altro: da che cosa dipende la risposta alla supplica? Quando può essere accolta e quando respinta? La prima risposta di Rebuffi è netta. Tutto dipende esclusivamente dalla libera volontà del re[35]. Naturalmente, spetta al re rendere giustizia, e quindi accogliere una giusta supplica[36]. E tuttavia, può accadere anche che una *supplicatio iusta* sia respinta legittimamente. I casi sono in realtà numerosi. Qui ci limiteremo a esaminare quelli che posseggono una rilevanza generale, non limitata al caso francese, con l'avvertimento che comunque ogni ordinamento particolare possedeva, o poteva possedere, norme proprie.

In primo luogo, la supplica potrebbe essere presentata decorso un tempo eccessivamente lungo (Rebuffi parla di un biennio) dalla sentenza[37]. Stando

[33] Il presupposto è naturalmente che la prima supplica sia stata respinta, come risulta dall'allegazione (*De supplicationibus*, p. 511, n. 43) di C. 1, 19 (22), 5: «Si quis adversus praefectorum praetorio sententias duxerit supplicandum, victusque denuo fuerit, nulla habebit licentiam iterum super eadem causa supplicandi».

[34] *De supplicationibus*, p. 511, nn. 43-44: «Octavo quoties ista erroris propositio recipi, et admitti debet? Responde semel tantum, cum sit remedium gratiosum, et sic extraordinarium ... Mihi autem videtur, quod si eadem pars bis vellet supplicare, non reciperetur ... quia semel tantum hoc iudicatum retractari fas est ... diversum est si pars adversa nunc vellet dicere errorem maximum intervenisse in dicta supplicatione iudicata: tunc posset princeps hoc recipere ... sed (ut puto) sine magnis favoribus non obtineretur haec secunda erroris propositio: quia magna insurgit praesumptio pro isto iudicato ultimo». *En passant*, richiamo qui l'attenzione sull'espressione «fas est», che rinvia al diritto divino.

[35] *De supplicationibus*, p. 511, n. 45: «Nono quando concedi possit, vel denegari? Responde quoties princeps vult: quia hoc est voluntarium: et potest eam [*scil.* supplicationem] princeps recusare».

[36] *De supplicationibus*: «Non debet tamen [*scil.* princeps], si iustum sit, alioqui iustitiam denegaret: quod non debet facere, cum Regum proprium sit facere iudicium, et iustitiam. c. Regum. xxiij. q. v [c. 23, C. XXIII, q. v: «'Regum est proprium, facere iudicium atque iusticiam'»]».

[37] Si ricordi ancora l'*authentica post* C. 1, 19 (22), 5: «Nisi sub hac forma supplicatio porrigatur, executio causae sine fideiussione procedet: retractationis iure illi servando, qui se gravatum putaverit, ut intra biennium supplicare possit imperatori». E del resto la glossa «Quae supplicatio» allo stesso luogo aveva detto che «si aliquis supplicaverit post decem dies, ista sententia mandabitur executioni pro victore, nulla fideiussione praestita. Et hoc

così le cose, essa non dovrebbe nemmeno essere esaminata, e anzi, il supplicante dovrebbe essere condannato al rimborso delle spese e al risarcimento dei danni, compreso l'interesse[38]. Solo qualora il principe ritenesse di rimettere il supplicante in termini, o qualora costui fosse stato impedito a presentare la propria supplica da fatti indipendenti dalla sua volontà, si potrebbe fare eccezione[39]. Ancora, il supplicante potrebbe non riuscire a provare le proprie tesi[40], oppure, secondo alcuni, dovrebbe essere escluso dalla facoltà di presentare valida *supplicatio* colui al quale, «ex iure communi», è vietato interporre appello[41]. Si tratta però di una tesi che Rebuffi respinge decisamente, perché il divieto di appello nasce «ex iuris rigore», mentre la supplica trova il suo fondamento nell'*aequitas*, di cui il principe è garante, in virtù del suo potere di dispensa fondato sulla sua *absolutio legibus*[42]. Siamo qui di fronte a un'interessante applicazione della tradizionale contrapposizione fra *rigor iuris* ed *aequitas*[43], come anche alla configurazione della *absolutio legibus*, nel suo significato più autentico, come vera chiave di volta di un ordinamento che individua ancora e sempre il proprio fine

casu licet supplicare principi usque ad biennium, non autem post» (per questi passi cfr. *Codex*, cit, rispettivamente pp. 135A, 134B); e ancora C. 7, 42, 1 stabiliva che si doveva concedere facoltà di supplicare «intra biennium tantum nostro numini contra cognitionales sedis praetorianae praefecturae sententias».

[38] *De supplicationibus*, p. 513, nn. 56-57: «Secundus est, si pars post biennium impetret, eidem recusantur literae ... Et si pars post biennium impetraret, deberet condemnari in expensis, damnis, et interesse, et in duplici emenda, et tamen con cognosceretur de errore».

[39] *De supplicationibus*, p. 513, n. 57: «Nisi princeps didicitis et compertis rei meritis adversus huius temporis silentium restituat ... Si tamen pars protestata fuerit, et prosecuta fuerit intra tempus, tamen propter favores non potuerit literas obtinere, si tamen postea obtinuerit, valebunt ... quod in consistorio principis qualitercunque appellans sit impeditus, non currunt ei tempora».

[40] *De supplicationibus*, p. 513, n. 58: «Tertius casus est, quando supplicans errorem allegatum non probat».

[41] *De supplicationibus*, p. 514, n. 61: «Quartus casus est, ut dicunt quidam, supplicationem repellendam, quando quis de iure communi excluderetur ad appellandum».

[42] *De supplicationibus*: «Sed hoc non servatur: imo recipi solet supplicatio, etiam si appellatio non recipiatur, dum tamen error probetur ... quia ex solo iuris rigore procedit, ut non liceat tertio appellare: ergo princeps ex aequitate poterit istam recipere supplicationem, et providere supplicanti, et contra ius dispensare, cum sit legibus solutus».

[43] Su questa dialettica, particolarmente feconda del resto, si vedano le fondamentali osservazioni di E. CORTESE, *La norma giuridica. Spunti teorici nel diritto comune classico*, II, Milano 1964, pp. 319-362: 345-355. Inoltre, e più di recente, J. VALLEJO, *Ruda equidad, ley consumada. Concepción de la potestad normativa (1250-1350)*, Madrid 1992.

nell'amministrazione della giustizia, anche se non necessariamente in forme puramente giurisdizionali, o che siano tali per noi[44].

La supplica si presenta poi come irricevibile qualora, nei dieci giorni successivi alla sentenza, non si sia almeno protestato contro l'errore in essa presente[45]. Questa norma sembra quindi introdurre una sorta di termine di decadenza, che si aggiunge al termine lungo di due anni già visto, e che fa riferimento a quello previsto per l'appello, evidentemente suggerendo l'esaurimento preventivo dei mezzi di impugnazione ordinari, se disponibili. Ma Rebuffi specifica che tale termine di dieci giorni in Francia non ha vigore, dal momento che vige piuttosto un termine annuale imposto, in sostituzione di quello biennale, da un'ordinanza regia[46]. La *supplicatio* è ancora irricevibile se si sia rinunciato all'appello per propria colpa, e non per dolo o circonvenzione posta in atto dalla parte avversa[47]. La supplica è poi inammissibile quando il parlamento ha dichiarato di ricevere l'appello con sentenza definitiva, ovvero di respingerlo con sentenza interlocutoria[48].

44 Si tratta dei problemi connessi con la formazione di un concetto di sovranità e di potere sovrano. Su questi temi, oltre al classico F. CALASSO, *I glossatori e la teoria della sovranità. Studio di diritto comune pubblico*, Milano 1957, si vedano E. CORTESE, *Il problema della sovranità nel pensiero giuridico medioevale*, Roma 1982 (rist. anast. ed. 1966); dello stesso autore, *Sovranità (storia)*, in *Enciclopedia del diritto*, 43, Milano 1990, pp. 205-224; D. QUAGLIONI, *I limiti della sovranità. Il pensiero di Jean Bodin nella cultura politica e giuridica dell'età moderna*, Padova 1992; dello stesso autore, *La sovranità*, Roma - Bari 2004. Sul problema della *absolutio legibus* si veda D. WYDUCKEL, *«Princeps legibus solutus». Eine Untersuchung zur frühmodernen Rechts- und Staatslehre*, Berlin 1979. Sul difficile concetto di *iurisdictio* la messa a punto fondamentale è il complesso lavoro di P. COSTA, *«Iurisdictio». Semantica del potere politico nella pubblicistica medievale (1100-1433)*, Milano 1969, ora ristampato.

45 *De supplicationibus*, p. 514, n. 63: «Sextus post decem dies non admittendam supplicationem, nisi saltem intra decem dies fuerit protestatus».

46 *De supplicationibus*, p. 514, n. 63: «Sextus post decem dies non admittendam supplicationem, nisi saltem intra decem dies fuerit protestatus ... sed in hoc regno supplicatio adiecto errore impetratur intra annum». Inoltre, p. 513, n. 57: «Hodie intra unum annum per ordinationem novissimam».

47 *De supplicationibus*, pp. 514-515, n. 64: «Septimus casus est, in quo supplicatio non recipitur, quando renunciatum appellationi esset ... [sed] licet pars aquiescat, vel renunciet appellationi interpositae in parlamento, poterit tamen supplicationem civilem impetrare, vel restitutionem, si dolum partis, vel circumventionem alleget ... ideo quando removetur appellatio propter contumaciam, vel culpam partis, tunc non potest impetrari supplicatio ... qui licitam provocationem omisit, perpetuo silere debebit: nec a nobis imprudens petere per supplicationem tentet, l. finalis C. ut lite pendente [C. 1, 21, 3]».

48 *De supplicationibus*, p. 515, n. 66: «Nonus non admittitur supplicatio, quando parlamentum pronunciavit appellationem recipiendam, vel respuendam: super ista autem interlocutoria, vel alia etiam habente vim diffinitivae, non recipietur supplicatio».

Rebuffi aggiunge anche che qualora per diritto proprio fosse proibito l'appello contro sentenze interlocutorie, allora dovrebbe essere ammessa la supplica, ma precisa che in Francia le leggi regie vietano in ogni caso le «supplicationes ab interlocutoria»[49]. Inoltre è irricevibile la supplica presentata in caso di vile importanza[50].

Questione importante è quella che attiene alle suppliche in materia criminale. Secondo Rebuffi, esse sono irricevibili; invece, prima del giudicato è ammesso presentare la domanda di grazia, che anzi trova in questa fase la sua collocazione ordinaria. Se poi si tratti di crimini orrendi, come quello di lesa maestà, nemmeno la grazia può essere concessa. Peraltro, Rebuffi ha osservato più volte che delle suppliche sono state presentate dagli eredi, e accolte, dopo l'esecuzione della pena. Ma si tratta piuttosto di richieste di grazia, vale a dire di perdono sovrano[51].

Infine, e non meno importante, le parti non possono sostenere, nelle loro suppliche, che la sentenza è stata pronunciata a causa di iniquità dei giudici. Infatti, la legge presume che così elevati ufficiali non agiscano mai iniquamente, e quindi è vietato accusarli di dolo. Diversamente, la supplica è irricevibile[52]. E ancora, la supplica deve essere giudicata «allo stato degli atti», per così dire, senza nuove produzioni, inammissibili, in modo da permettere una sollecita decisione[53].

[49] *De supplicationibus*, p. 515, n. 67: «Quamvis alias statuto vel consuetudine prohibita sit appellatio ab interlocutoria, supplicatio tamen admitti debet ... in hoc regno est prohibita supplicatio ab interlocutoria per legem regiam, igitur recipi non debet».

[50] *De supplicationibus*, p. 515, n. 68: «Decimus casus pro re vili et modica non debet recipi erroris propositio».

[51] *De supplicationibus*, p. 516, n. 71: «Decimus tertius non solet supplicatio in criminalibus recipi ... ideo ante iudicatum poterat delinquens gratiam obtinere, non vero supplicationem, maxime in horrendis criminibus supplicatio, et sic gratia denegatur: ut in crimine laesae maiestatis ... Ego tamen vidi haeredes post executionem factam supplicare principi, et admitti supplicationem ... et ego saepius observari vidi, sed hoc magis ex gratia quam ob errorem».

[52] *De supplicationibus*, p. 517, n. 74: «Ultimus casus est, non enim partes possunt in supplicatione dicere arestum latum ob iniquitatem dominorum: quia lex de iniquitate tantorum conqueri abhorret ... nec praesumit eos quicquam agere inique, nec dolo. itaque dolus adversus illos allegari prohibetur ... et in his casibus solet concludi ad fines non recipiendi, videlicet quod supplicatio recipi non debet».

[53] *De supplicationibus*, p. 518, n. 80: «Item haec supplicatio ex eisdem actis iudicari debet: nec recipiuntur partes ad producendum aliquid aliud, ut ex eisdem actis iudicetur: ergo cito a iudicibus decidi poterit».

4. *La distinzione fra supplica e appello e gli effetti delle «supplicationes»*

La prima parte del trattato si conclude con l'elenco delle differenze fra appello e supplica, e quello degli effetti della supplica stessa.

Quanto alle prime, esse rivestono grande importanza ai fini della distinzione fra due mezzi di gravame che, talora, possono sembrare sovrapporsi[54]. Rebuffi comincia precisando ancora che mentre l'appello si fonda sul diritto comune, la supplica si presenta invece come rimedio grazioso[55]. In secondo luogo, per l'appello è previsto un termine di dieci giorni, mentre quello per le suppliche si prolunga fino a due anni (uno in Francia)[56]. Poi, l'appello non può che essere presentato a un giudice superiore rispetto a quello impugnato, mentre nel caso della supplica è lo stesso parlamento che ha pronunciato la sentenza a dover accertare la fondatezza del nuovo gravame[57].

Ancora, l'appello fa assegnamento sull'equità del nuovo giudice, contro l'iniquità del precedente. Al contrario, la supplica si limita a rilevare degli

[54] Il problema aveva già suscitato l'interesse dei *doctores* del *ius commune*. Cfr. IASONIS MAYNI MEDIOL. *In Primam*, cit., *ad* C. 1, 19 (22), 5, fol. 40rB, nn. 1-2: «Et inter appellationem, et supplicationem sunt quinque differentiae. Nam appellatio facit sententiam iniquam, vel iniustam; supplicatio autem conceditur ex gratia, et est species restitutionis in integrum et praesupponit sententiam; sed se debere denuo admitti: ideo prima non permittitur contra sententias illustrium personarum: secunda, sic ... Et ex hoc sequitur secunda differentia: quia appellatio devolvit causam ad superiorem: supplicatio ad eundem. ratio diversitatis: quia cum per ipsam appellationem sententia dicatur iniusta, vel iniqua, si iudex, qui eam tulit, cognosceret de appellatione, esset suspectus: quia vellet defendere suam sententiam ab iniquitate: sed supplicatio praesupponit sententiam valere: ideo procedit coram eo ... Tertia differentia est: quia appellatio debet interponi intra 10. dies ... supplicatio autem potest interponi ultra 10. dies ... potest etiam interponi intra duos annos ... Quarta differentia: quia licitum est saltem bis appellare, aliquando ter ... sed non est licitum supplicare nisi semel ... Quinta nota differentia est: quia appellatio suspendit executionem sententiae: quia pendente appellatione, nihil debet innovari ... et ratio est, quia appellatio rescindit pronunciatum ... sed supplicatio, quia non tangit, nec rescindit sententiam, non impedit eius executionem: sed interposita intra 10. dies, facit, quod victor debet praestare fiudeiussionem, et postea sententia mandatur executioni».

[55] *De supplicationibus*, p. 518, n. 84: «Undecimo videndae sunt differentiae inter appellationem, et supplicationem. Nam primo appellatio iuri communi innititur ... Supplicatio autem de gratia recipitur». Si veda anche *supra*, nota 54.

[56] *De supplicationibus*, p. 518, n. 85: «Secunda est, quia appellatio intra decem dies emittitur ... sed supplicatur de iure usque ad biennium ... tamen hodie in Francia intra annum impetrari debet per leges regias». Cfr. *supra*, nota 54.

[57] *De supplicationibus*, p. 518, n. 86: «Tertia in appellatione alius iudex superior cognoscit, quam is, qui sententiam protulit ... diversum est in supplicatione. Nam ipsum parlamentum, qui prius iudicavit, postea de errore iudicabit». Cfr. *supra*, nota 54.

errori[58]. Poi, sono ammessi due gradi di appello, ma la supplica può essere presentata solo una volta[59]. L'appello ha inoltre effetto sospensivo, mentre la *supplicatio* non impedisce l'esecuzione del giudicato[60]. Quindi, come abbiamo visto poc'anzi, la supplica non è ordinariamente ammessa in materia criminale, a differenza dell'appello e, ben inteso, della richiesta di grazia che però consiste non in un giudizio, ma nel perdono, ed è concessa, di regola, prima della condanna, e non dopo[61]. Ancora, la supplica è un rimedio esperibile anche se il giudizio è affidato a un giudice da cui non è ammesso appellare, poiché l'appello è un mezzo di gravame ordinario, mentre la supplica presenta i caratteri della straordinarietà, e quindi l'esclusione dell'uno non implica esclusione anche dell'altra[62]. L'appello può inoltre essere presentato prima della sentenza, mentre la supplica presuppone proprio la sentenza[63]. La decima differenza ha a che fare con il *petitum*. Nel caso dell'appello, si tratta di decidere se il giudice *a quo* ha giudicato

[58] *De supplicationibus*, pp. 518-519, n. 87: «Quarta, qui appellat, de aequitate iudicis, qui sententiam protulit, quaeritur ... sed qui supplicat, non de iniquitate conqueritur iudicum, vel Regis, sed de errore». Ancora, *supra*, nota 54.

[59] *De supplicationibus*, p. 519, n. 88: «Quinta appellatur bis a diffinitiva ... sed supplicatio semel tantum proponitur»; cfr. *supra*, nota 54.

[60] *De supplicationibus*, p. 519, n. 89: «Sexta appellatio suspendit iudicatum ... et ideo executionem impedit: quia nihil novari debet appellatione pendente ... sed supplicatio non». Cfr. *supra*, nota 54.

[61] *De supplicationibus*, p. 519, n. 90: «Septima in criminalibus regulariter appellare licet ... sed supplicare non: quia sententia executioni mandari solet ... sed venia super criminis poena potest per supplicationem impetrari ... sed istae supplicationes, quae in criminalibus dantur, tendunt ad gratiam delicti consequendam, et regulariter ante condemnationem concedunt: supplicatio vero de qua hic tractamus, tendit ad iudicium et iustitiam: et semper ista supplicatio datur post iudicatum, altera non: et in hac error allegatur: in alia supplicatione venia petitur. Et sic haec supplicatio non proponitur in criminalibus».

[62] *De supplicationibus*, p. 519, n. 91: «Octava non licet appellare ab his quibus commissum est ut iudicent appellatione remota ... tamen supplicare pars adhuc poterit ... quia ista duo remedia sunt separata, quorum unum est ordinarium, aliud extraordinarium: ideo ad remotionem unius, non sequitur remotio alterius». Si veda anche IASONIS MAYNI MEDIOL. *In Primam*, cit., *ad authenticam cit.*, fol. 40vA, n. 6: «In casibus in quibus non est licitum appellare a sententia; tamen est licitum supplicare ... Istam regulam intellige esse veram, quando a sententia non potest appellari, propter excellentiam eius, qui sententiam tulit; tunc bene potest supplicari ... sed quando de iure communi non potest appellari, non potest etiam supplicari, nisi beneficio aetatis, aut favore matrimonij».

[63] *De supplicationibus*, p. 520, n. 92: «Nona ante sententiam appellare licet, tam de iure civili ... quam de iure canonico ... item ante supplicare. tamen non licet, nisi post arestum, et iudicatum».

bene o male. Nel caso della supplica, invece, si tratta solo di accertare la sussistenza di un asserito errore[64]. Infine, la supplica è di esclusiva competenza del principe, in quanto, rivolgendosi contro un giudicato ormai inappellabile, pregiudica i diritti della controparte. Al contrario, l'appello, che non ha quest'effetto, è di competenza di qualsiasi giudice superiore a quello che ha emanato la sentenza impugnata[65].

Concludendo, ad eccezione di quanto attiene a queste undici differenze, la disciplina dell'appello risulta perfettamente applicabile alla *supplicatio*[66].

Resta infine da riassumere quali siano gli effetti delle suppliche. Si tratta per lo più di cose che abbiamo già visto, ma converrà soffermarci su tre di questi «effetti». Il primo riguarda l'esecuzione della sentenza. Chi abbia visto respinta la propria supplica, a maggior ragione non potrà opporsi all'esecuzione, a meno che, dice Rebuffi, tale opposizione non riguardi la condanna principale, ma solo gli elementi accessori[67]. In secondo luogo, una volta che il principe abbia ricevuto la supplica, nessun altro giudice può conoscere della questione, a nessun titolo[68]. Infine, qualora la supplica sia accolta, la sentenza e tutti gli atti da essa dipendenti e contrari alla supplica sono rescissi[69].

[64] *De supplicationibus*, p. 520, n. 93: «Decima in caussa appellationis pronunciatur bene iudicatum, aut male ... sed in supplicatione pronunciatur erratum fuisse, vel non erratum». Si tratta di una ulteriore specificazione di una delle differenze già indicate. Cfr. anche *supra*, nota 54.

[65] *De supplicationibus*, p. 520, n. 94: «Undecima solius principis est admittere supplicationem contra iudicatum: et cum per supplicationem retractetur arestum, praeiudicatur iuri alterius: quod inferior a principe facere non potest ... Sed appellatio a quolibet iudice superiore illius, qui iudicavit impetrari potest».

[66] *De supplicationibus*, p. 520, n. 95: «Alioqui extra differentias a iure scriptas statuta in caussa appellationis locum habebunt in caussa supplicationis».

[67] *De supplicationibus*, p. 520, n. 99: «Qui non auditur supplicando, multo minus opponendo vel excipiendo coram executore, quia a iure et a gratia exclusus censetur: et sic duo vincula sunt dissoluta, quae uno sunt fortiora ... ego arbitror contrarium esse verum saltem in accessorijs, in quibus quis in executione audiri potest, quamvis repulsus sit a supplicatione de qua».

[68] *De supplicationibus*, p. 520, n. 100: «Recepta supplicatione a principe nullus inferior poterit de ea re cognoscere, nec agendo, nec excipiendo».

[69] *De supplicationibus*, p. 521, n. 103: «Sententia super supplicatione rescindit arestum, et omnia in contrarium acta».

5. *Conclusioni*

La trattazione di Rebuffi sembra quindi destinata a fornire una robusta struttura dottrinale a un istituto certo di frequente uso nella prassi, ma evidentemente non sempre facile da distinguere da altri mezzi di gravame, come l'appello, e perciò esposto a fraintendimenti e abusi. D'altro canto, essa ci mostra un interessante spaccato del funzionamento dell'amministrazione della giustizia in un momento, gli inizi dell'età moderna, in cui la *iurisdictio* non ha ancora perduto la sua funzione di categoria generale, all'interno della quale ricondurre tutte le funzioni regie.

Infine, il *Tractatus* di Rebuffi ci svela la *absolutio legibus* nella sua funzione primaria di chiave di volta di tutto l'ordine giuridico d'antico regime, al di là di ogni sua possibile deviazione verso esiti iniqui o francamente tirannici. Non quindi una fonte di arbitri, ma piuttosto lo snodo fondamentale del rapporto fra diritto, giustizia e potere, l'elemento che va a chiudere l'*ordo iuris* secondo un'immagine di origine medievale modellata sull'*exemplum* divino.

Funktion und Bedeutung von Suppliken in der päpstlichen Strafjustiz um 1600

von *Peter Blastenbrei*

Die Supplik ist längst als das zentrale Medium erkannt worden, mit dessen Hilfe sich eine ständige Kommunikation zwischen den Untertanen und den Autoritäten des frühneuzeitlichen Staates abspielte. Die Bittschrift konnte legitime Wünsche des Untertanen zum Ausdruck bringen und sie konnte in Justiz und Verwaltung zur Korrektur von unzweckmäßigen oder als ungerecht empfundenen Entscheidungen beitragen. Sie diente aber auch nicht zuletzt zur umfassenderen Information der Entscheidungsträger über die Auswirkung ihrer Regierungstätigkeit als dies mit den Mitteln des frühneuzeitlichen Staates sonst möglich gewesen wäre. Der Bittgestus, der unvermeidlich mit dem Einreichen einer Supplik verbunden war, anerkannte und bestätigte zudem immer wieder von unten die souveränen Befugnisse der Entscheidungsträger und gab ihnen Gelegenheit zur Betätigung von Funktionen, die unverzichtbar zum sich formenden frühneuzeitlichen Herrscherbild gehörten. Auch wenn die schiere Masse der Suppliken und ihr als historische Quelle überaus wertvoller Inhalt das Augenmerk zuerst auf die Supplikanten, ihr Anliegen und ihre Selbstdarstellung lenkte, darf nicht übersehen werden, daß das Interesse an diesem Kommunikationsinstrument keineswegs so einseitig gewesen ist. Faßt man den Begriff der Supplik etwas weiter und bezieht auch den Grenzfall der Audienz beim Herrscher mit ein[1], die ja als mündliche Kommunikationsform in der Regel keine archivalischen Spuren hinterlassen hat, ist es nicht mehr weit zu der vorerst freilich allzu umfassend klingenden Frage, ob der frühmoderne Staat ohne das Kommunikationsmittel der Bitte von unten überhaupt sinnvoll hätte funktionieren können. Im Bereich der Strafjustiz, der hier allein interessieren soll, wird man diese Frage modifiziert stellen müssen. Die päpstliche Justiz insbesondere, die ja in den letzten Jahren eine erfreuliche Aufmerksamkeit in der Forschung erfahren hat, wird danach befragt werden müssen, welchen Platz sie in ihrer Alltagspraxis der Supplik einräumte,

[1] P. BLASTENBREI, *Clemenza und equità. Zur Justizpolitik Papst Gregors XIII. (1572-1585)*, in «Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken», 80, 2000, S. 360-452, hier S. 372-373.

welche Rolle die Bittschrift von oder für Straftäter hier im Wechselspiel mit dem institutionellen Verfolgungsinteresse, aber auch gegenüber anderen Wegen ihres hochdifferenzierten Gnadensystems spielte.

Wie in allen frühmodernen Justizsystemen spielten in der päpstlichen Strafjustiz Gnade und Begnadigung eine wichtige und aus der täglichen Praxis nicht wegzudenkende Rolle. Wie in allen frühneuzeitlichen Staaten lag das Recht zur Begnadigung in letzter Instanz beim Fürsten, hier also beim Papst. Die Begnadigung durch den Fürsten bewegte sich, nicht anders als in anderen monarchischen Staaten, zwischen dem ideologischen Anspruch an den Herrscher auch im Strafvollzug 'gnädig' und milde zu sein und andererseits der Funktion der Begnadigung als notwendigem und auch juristisch verstandenem Korrektiv gegenüber den zahlreichen Unzuträglichkeiten der justiziellen Praxis[2]. Im geistlichen Staat, insbesondere im Staat des Papstes, scheint auf den ersten Blick der religiös-ideologische Aspekt im Kontext Gnade zu überwiegen. Damit scheint dieser Staat in ganz besonderem Maß Kriterien einer vor allem symbolisch verstandenen Herrschaftspraxis zu entsprechen, wie sie die neueste Forschung – möglicherweise zu ausschließlich – ins Zentrum ihres Interesses gerückt hat. Der wichtigste Grund, weshalb hier unter Umständen durchaus Skepsis gegenüber einem allzu eng symbolisch-ideologischen Verständnis von herrscherlicher Gnade angebracht ist, liegt in der Tatsache, daß der päpstliche Staat wie kein zweiter in Europa bis hin zum Monarchen selbst von ausgebildeten Juristen getragen wurde. Eigene Forschungen zur Justizpolitik Gregors XIII. (1572-1585) konnten darüber hinaus belegen, daß herrscherliche Milde hier sehr konkrete rechtsphilosophische und staatspolitische Grundlagen besaß, die mit einer rein auf den symbolischen Aspekt beschränkten Sichtweise nicht erfaßt werden können[3].

Im frühneuzeitlichen Kirchenstaat gab es ein umfassendes obrigkeitliches Interesse an einer vollen und differenzierten Anwendung aller Milderungs- und Gnadenmöglichkeiten für Delinquenten. Inwieweit dieses grundsätzliche Interesse durch die Justizpolitik einzelner Päpste dann weiter verstärkt oder aber abgebremst worden ist, läßt sich angesichts der Forschungslage im Augenblick noch nicht sagen. Doch sollen hier wenigstens zwei der

[2] I. Fosi, «*Beatissimo Padre ...*» *Suppliche e memoriali nella Roma barocca* (unveröffentlichtes Manuskript), S. 13; P. Repetti, *Scrivere ai potenti. Suppliche e memoriali a Parma (secoli XVI-XVIII). Lo stato, la giustizia, la supplica*, in «Scrittura e Civiltà», 24, 2000, S. 295-358, hier S. 295-297 und 357. Ich danke Frau Prof. Fosi (Rom) für die Erlaubnis zur Einsichtnahme in ihr noch unveröffentlichtes Manuskript.

[3] P. Blastenbrei, *Clemenza*, S. 434-442.

wichtigsten Wege zur Erlangung von Gnade im Kriminalbereich neben der Supplik genannt werden. Mindestens einer dieser Wege war stark formalisiert und lief über den sogenannten «Armenanwalt» (*avvocato dei poveri*), einen ausgebildeten Juristen, der meist zugleich Geistlicher war und in regelmäßigen Abständen, in der Regel mindestens einmal pro Woche, an der Inspektion der römischen Gefängnisse teilnahm[4]. Seine Aufgabe war es, dem Papst aufgrund seiner dabei gewonnenen Erkenntnisse Delinquenten vorzuschlagen, die aus dem einen oder anderen Grund eine Begnadigung verdienten. Andere, weniger formalisierte Wege waren die Interventionen von Kardinälen oder auswärtigen verbündeten Fürsten um Gnade für einen Klienten, der sich im Netz der päpstlichen Strafjustiz verfangen hatte[5].

Ein anderer Weg zur Erlangung der Gnade des Monarchen war nun eben die Supplik, eingereicht vom betroffenen Delinquenten selbst, seinen Angehörigen oder aber von anderen Personen und Institutionen. Anders als die Suppliken im religiösen und kirchlich-administrativen Bereich[6] sind die Bittschriften im Bereich der päpstlichen Kriminaljustiz offenbar nur für kurze Zeit aufbewahrt und niemals systematisch gesammelt worden. Die in den letzte Jahren in der Forschung bearbeiteten Suppliken aus dem Bereich der päpstlichen Strafjustiz sind Einzelstücke gewesen, die überall in der Aktenüberlieferung der päpstlichen Verwaltung hängengeblieben waren[7].

Von den beiden wichtigsten Gruppen von Petitionen um Begnadigung und Straferleichterung, die ich hier kontrastierend vorstellen und analysieren möchte, stammt die erste Gruppe daher auch aus einem Zufallsfund im römischen Staatsarchiv. Dort hat sich innerhalb eines thematisch völlig anderen Bandes durch eine irrtümliche Bindung ein Register mit Begnadigungen erhalten. Dieser Band der Serie *Processi del XVII secolo* innerhalb des Fondo *Tribunale criminale del Governatore* sollte an sich nur Auszüge aus Strafprozessen des 17. Jahrhunderts enthalten. Am Ende des Bandes sind aber 270 Blätter mit Begnadigungen aus den Jahren 1602 bis 1607

4 *Ibidem*, S. 416-418.

5 *Ibidem*, S. 419-422.

6 Vgl. etwa D. BROSIUS, *Das Repertorium Germanicum*, in R. ELZE - A. ESCH (edd), *Das Deutsche Historische Institut in Rom 1888-1988* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 70), Tübingen 1990, S. 123-165, hier S. 124-125 und 145.

7 I. FOSI, *Sovranità, patronage e giustizia: Suppliche e lettere alla corte Romana nel primo Seicento*, in G. SIGNOROTTO - M.A. VISCEGLIA (edd), *La corte di Roma tra Cinque e Seicento. «Teatro» della politica europea*, Roma 1998, S. 215-216; I. FOSI, *«Beatissimo Padre ...»*, S. 7.

angebunden, die eine eigene Blattzählung und ein Namensregister aufweisen und in keinem inhaltlichen Zusammenhang mit den Kriminalprozessen des Bandes stehen. Dieses «Gnadenbuch», wenn man es so nennen will, ist aber auch in sich nicht einheitlich, sondern besteht strenggenommen aus zwei Teilen. Die Blätter 1-79 enthalten 69 Begnadigungen, die Kardinal Pietro Aldobrandini (1571-1621), Nepot Papst Clemens' VIII.[8], zwischen dem 23.März und dem 1. Dezember 1602 ausgesprochen hat. Dann folgen auf den Blättern 81-92, 95v und 98-99 Begnadigungen durch den *Governatore di Roma* Ferdinando Taverna (Eckdaten 8. Mai - 15. Juni 1604)[9] und auf den Blättern 93-95r, 96-97 und 99v-270 Begnadigungen durch dessen Nachfolger Benedetto Ala (18. Juni 1604 - 12. März 1607)[10]. Der Band enthält insgesamt 338 Gnadenerweise aufgrund von eingereichten Suppliken in Kriminalfällen, mit denen insgesamt 361 Delinquenten einen vollständigen Straferlaß oder eine Strafmilderung erreichten. Dabei haben wir es im übrigen nicht mit den Originalsuppliken zu tun, sondern vielmehr mit der Registrierung positiver Entscheidungen über Gnadengesuche, an die, eingeleitet mit der Formel *Attentis narratis*, die Abschrift der zugrundeliegenden Petition angehängt wurde. Was dieses Gnadenbuch für unser Thema so wertvoll macht, ist die Tatsache, daß diese Suppliken wörtlich übernommen wurden. Die Struktur des Buches bringt es mit sich, daß wir über abschlägig beschiedene Gnadengesuche, die zu einer quantifizierenden Einschätzung des Verhältnisses von Strafe und Gnade äußerst nützlich sein könnten, vorerst überhaupt nichts wissen[11]. Das Vorliegen einer ganzen Reihe von Gnadenerweisen von verschiedenen Autoritäten aus einer relativ kurzen Zeitspanne ermöglicht zusätzlich den Zugang zu möglicherweise

[8] Seit 1593 Segretario di Stato, 1599 zugleich Cardinal Camerlengo und 1601 zugleich Penitenziere maggiore: E. FASANO GUARINI, Art. *Pietro Aldobrandini*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, 2, 1960, S. 107-112. Seit 1593 besaß er auch Sondervollmachten zur Rehabilitierung von *banditi*: I. POLVERINI FOSI, *La società violenta. Il banditismo dello stato pontificio nella seconda metà del Cinquecento*, Roma 1985, S. 204-205.

[9] Amtszeit 1599-1604, 9.6.1604 Kardinal: C. WEBER (ed), *Legati e governatori dello stato pontificio (1550-1809)*, (Pubblicazioni degli archivi di stato. Sussidi, 7) Roma 1994, S. 941

[10] Amtszeit 1604-1610. Taverna unterschrieb am 15.6.1604 letztmals als *Governatore*, Ala erstmals am 18.6.1604 (Archivio di Stato di Roma [künftig ASR], *Tribunale Criminale del Governatore* [künftig *TCG*], «Processi del secolo XVII» [künftig «Pds XVII»] Reg. 24, f. 92v). Danach ist die Liste der *Governatori di Roma* bei C. WEBER, *Legati*, S. 360, zu korrigieren.

[11] Nach Irene Fosi wurden zu Anfang des 17. Jahrhunderts etwa 70% der eingehenden Suppliken am Gericht des *Governatore di Roma* positiv entschieden: I. FOSI, *«Beatissimo Padre ...»*, S. 9.

unterschiedlichen Verfahren, die die römischen *Governatori* und der Papstnepot in seiner Eigenschaft als Kardinalkämmerer und zweiter Mann im Kirchenstaat bei der Bearbeitung von Suppliken beachteten.

Die zweite Gruppe von Suppliken aus dem Bereich der päpstlichen Kriminaljustiz, die ich hier zum Vergleich behandeln möchte, stammt aus einer ganz anderen Sphäre. Es sind dies Suppliken von römischen religiösen Bruderschaften aus den ersten Jahrzehnte des 17. Jahrhunderts, die das Privileg besaßen, sich an einem hohen Feiertag, ihrem Stiftungsfest oder am Tag ihres Schutzheiligen, einen oder zwei verurteilte Delinquenten aus einem der römischen Gefängnisse freizuwünschen (*condonatio carceratorum*). Auf den ersten Blick scheint es sich dabei um ein ganz anderes Material zu handeln, nämlich Quellen, die sinnvollerweise eher zur Untersuchung der Volksfrömmigkeit der Zeit der katholischen Reform einzusetzen wären. Was sie mit den Suppliken individueller Straftäter verbindet, ist – das wird weiter unten zu zeigen sein – dennoch ihr Inhalt ebenso wie die Rolle, die sie in der Begnadigungspraxis der päpstlichen Strafjustiz spielten.

Zu diesem eigenartigen, bisher noch nicht diskutierten Privilegien, die ja anscheinend quer zu den Erfordernissen des praktischen Justizbetriebes standen, müssen einige Worte gesagt werden, bevor die daraus hervorgegangenen Petitionen analysiert werden können.

Privilegierungen von Bruderschaften zur Befreiung von verurteilten Delinquenten sind in der Stadt Rom erstmals für den Pontifikat Leos X. (1513-1522) nachgewiesen[12]. Sie erfolgten aus religiös-spirituellen Motiven heraus und sollten die Volksfrömmigkeit fördern und anregen, wie sie sich in diesen von Laien gebildeten Bruderschaften manifestierte[13]. Gerade in der Hochphase der katholischen Reform haben sich mit der schnellen Verbreitung des Bruderschaftsgedankens selbst auch solche Privilegierungen rasch vermehrt. Bis 1572 gab es in Rom erst fünf solcher privilegierter *confraternite*, bis zum Jubeljahr 1600 waren daraus 19 geworden, bis 1610 wurden noch einmal 17 römische Bruderschaften auf diese Weise privilegiert; seit 1609 haben im übrigen auch Bruderschaften in der Provinz solche Privilegien erhalten[14]. Anscheinend gab es aber seit dem späten 16. Jahrhundert für eine religiöse Bruderschaft auch die Möglichkeit, ohne eine formelle Privilegierung durch eine Supplik an den Papst, die Befreiung eines Delinquenten zu erreichen. Die Privilegierung folgte dann zumeist später

[12] P. BLASTENBREI, *Clemenza*, S. 427.

[13] *Ibidem*, S. 433-434.

[14] *Ibidem*, S. 427-429.

als offizielle Anerkennung eines bereits vorher immer wieder punktuell ausgeübten Rechtes[15]. Die Privilegien zur Gefangenenbefreiung schlossen auch schon vor ihrer generellen Aufhebung durch Innozenz X. (1644-1655) Delinquentengruppen von der Befreiung auf diesem Weg aus. Die jeweiligen Privilegien enthielten nämlich immer eine Aufzählung besonders schwerer Verbrechen («haeresia, falsa moneta, falsificatio litterarum apostolicarum, assassinio, laesa maestatis, sacrilegium, incendium ecclesiarum ac aliorum piorum locorum»), bei denen es nicht angewendet werden konnte; die hier aufgelisteten Delikte decken sich weitgehend mit den *crimina atrocia* des zeitgenössischen Rechtsdenkens[16]. Spätere Neuprivilegierungen von Bruderschaften im 18. Jahrhundert schränkten dieses Recht noch weiter auf wenige relativ leichte Vergehen ein[17].

Originalsuppliken von Bruderschaften finden sich, wenn auch nicht allzu zahlreich im Fondo *Camerale III* des römischen Staatsarchivs in den erhaltenen Akten der jeweiligen Bruderschaften, da sie anscheinend nach Erfüllung des Gnadengesuchs an die Absender zurückgegeben wurden, sehr selten an anderen Orten. Diese Suppliken sind in der Regel undatiert, die vielfach zu findenden nachträglichen Datierungen sind oftmals nicht verläßlich. Inhaltliche Kriterien wie der Hinweis auf die Privilegienerteilung durch den eben verstorbenen Papst, das Jahr des Delikts und seltener auch datierte Bearbeitungsvermerke machen aber die Zuweisung dieser Supplikengruppe ins erste Drittel des 17. Jahrhunderts möglich. Damit sind sie ungefähr gleichzeitig oder wenig jünger als die Suppliken des Gnadenbuches.

Kommen wir zuerst zu den Suppliken aus dem beschriebenen Gnadenbuch. Verfasser einer Supplik zur Begnadigung oder zur Straferleichterung konnte hier jeder Delinquent sein, der von einem päpstlichen Gericht verurteilt worden war. Begnadigungen von Straftätern erfolgten hier, nachdem das Urteil bereits gesprochen und der Delinquent seine Strafe angetreten hatte oder ihr durch Flucht ausgewichen war. Eine Unterbrechung des gerichtlichen Verfahrens im Gnadenweg war in der päpstlichen Kriminaljustiz allenfalls als Folge der Intervention eines verbündeten Fürsten für einen

[15] *Ibidem*, S. 429.

[16] L. LACCHÈ, *Latrocinium. Giustizia, scienza penale e repressione del banditismo in Antico Regime* (Università di Macerata. Pubblicazioni della Facoltà di Giurisprudenza, II serie, 55), Milano 1988; S. 206-207, S. 206 Anm. 2, S. 234-235 und S. 236 Anm. 71.

[17] P. BLASTENBREI, *Clemenza*, S. 430 und 433. Charakteristischerweise mit starker Betonung der Verbrechen im kirchlich-religiösen Bereich und ohne die immer zu den *crimina atrocia* gezählten Delikte der Bandenkriminalität, etwa der *crassatio viarum*.

Klienten denkbar[18]. Der Supplikant befand sich also entweder in einem päpstlichen Gefängnis, auf den Galeeren oder aber im Exil außerhalb des Kirchenstaates aufgrund eines Verbannungsurteils oder, weil er sich der gerichtlichen Verfolgung entzogen hatte. Alle Supplikanten baten für sich selbst um Gnade, nicht für einen Angehörigen. Bisher sind keine Suppliken aufgetaucht, die von zum Tod Verurteilten vor ihrer Hinrichtung eingereicht worden wären.

Bittsteller waren in der Regel einzelne Personen, doch kommen vereinzelt auch gemeinsame Suppliken von Vätern und Söhnen, Ehepaaren, von Brüdern und Komplizen, vor, die gemeinsam für dasselbe Delikt belangt worden waren[19]. Ein Angehöriger der Familie Orsini supplizierte einmal zusammen mit vier seiner Bediensteten[20]. In einem Fall aus dem Dezember 1605 supplizierten 17 Männer eines Abruzzendorfes gemeinsam[21], die gegen die päpstlichen Ausnahmegesetze zur Bekämpfung der Banditen verstoßen hatten («conversazione con banditi»), also ohnehin ein Kollektivdelikt begangen hatten. In sechs Fällen haben Frauen für sich eine Bittschrift eingereicht[22], dazu kommen drei weitere Frauen, die zusammen mit ihrem Ehemann wegen eines gemeinsam begangenen Delikts supplizierten[23]. Frauen sind überall beim Einreichen von Suppliken in der Minderheit gewesen[24]. Doch mag dies in diesem Fall noch zusätzlich seinen Grund darin haben, daß die überwiegende Mehrzahl der hier aufscheinenden Kriminalfälle der schweren und schwersten Gewaltdelinquenz zuzurechnen sind, bei der Frauen, wie wir aus der Untersuchung der Gewaltdelinquenz in Rom wissen, ohnehin stark unterrepräsentiert waren[25]. Immerhin findet sich eine Supplikantin, die im April 1600 in Rom ihren Ehemann in einem häuslichen Streit tödlich

[18] P. BLASTENBREI, *Clemenza*, S. 421-422.

[19] 2-9 Komplizen: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 23v-24v, 103r, 124v-125r, 149r-v, 151v-152r, 211v, 227v und 248v-250v; Vater und Sohn: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 7v-8v und 175v; Brüder: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 193r-194r, 211r-v und 216r-v. Zu gemeinsam supplizierenden Ehepaaren vgl. Anm. 23 unten. Zu Kollektivsuppliken allgemein: P. REPETTI, *Scrivere*, S. 325-329.

[20] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 208v-210r.

[21] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 166r-167v.

[22] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 89v, 120r-v und 140v-141r.

[23] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 127r und 265r-266v.

[24] P. REPETTI, *Scrivere*, S. 320 Tab.3 (17,5 Prozent).

[25] P. BLASTENBREI, *Kriminalität in Rom 1560-1585* (Bibliothek des Deutschen Historischen Instituts in Rom, 82), Tübingen 1995, S. 298-299.

mit einem Brotmesser verletzt hatte[26]. In drei Fällen reichten Ausländer mit dem Wohnsitz in Rom (zwei Franzosen, ein Flame) eine Supplik ein[27], in ebenfalls drei Fällen finden sich Juden als Supplikanten[28] und ein einziges Mal auch ein Roma (*zingaro*)[29].

Über die soziale Zusammensetzung der Supplikanten aus dem Gnadenbuch sind wir ansonsten denkbar schlecht unterrichtet, so daß sich jede quantifizierende Aussage von selbst verbietet. Nur 29 der Bittsteller gaben ihren Beruf oder Stand an oder trugen einen Namen, der sie als Angehörige des römischen Adels auswies. Zu diesen nach ihrem Stand in der Gesellschaft bekannten Bittstellern gehörten vier Priester[30].

Die Adressaten der Suppliken aus dem Gnadenbuch sind, da es sich in dieser Quelle ja um Abschriften handelt, nur aus der Anrede zu entschlüsseln. Adressat war danach immer ein «Illustrissimo et Reverendissimo Signore», also der hohe Geistliche, der die Suppliken bearbeitete, nicht aber der Papst selbst. Diese Anrede gibt insofern ein kleines Problem auf, als sie ja nur für Kardinäle korrekt war, nicht aber für die *Governatori*, die in dieser Zeit immer den Bischofsrang bekleideten. Muß man also einen Wechsel des Verfahrens annehmen, der sich so im Gnadenbuch widerspiegelt? Etwa in der Art, daß der eher außenpolitisch tätige Pietro Aldobrandini die Bearbeitung der weiterhin an ihn gerichteten Suppliken dem jeweiligen *Governatore di Roma* überließ?

Die Supplikanten in dem hier analysierten Gnadenbuch baten durchweg für sich selbst. Die Supplikanten schilderten ihre eigene Verfehlung und ihre justizielle Behandlung im detaillierten Ablauf. Diese Passagen konnten fehlen, wenn es ihnen darum ging, wegen einer in der Zwischenzeit aufgetretenen Krankheit oder Behinderung vom Galeerendienst begnadigt zu werden[31], oder auch bei dem einen Jugendlichen, der *correctio patris*, also mit Einverständnis seines Vaters als erzieherische Maßnahme auf die Galeere gekommen war[32].

26 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 120r-v.

27 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 103r, 150v und 151r.

28 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 132r-v, 141r-v und 147r.

29 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 191v-192r.

30 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 168v-169r, 172r-173r, 200v-201v und 258r-v.

31 Siehe unten, S. 62-64.

32 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 140r-v.

Die Betonung der eigenen Verfehlung wurde durch die Situation des Bittstellers unumgänglich, denn das Beschreiten des Gnadenweges setzte die grundsätzliche Unterwerfung unter das Justizsystem voraus. So wie das Mittel der institutionellen Begnadigung von oben erst nach dem Abschluß der regulären Arbeit der Gerichte zum Zuge kam, konnte nach den vorliegenden Quellen auch die Supplik erst nach dem abschließenden Urteilsspruch eingereicht werden. Ihr Sinn konnte dann nur noch der sein, formal an Gutherzigkeit (*benignitas*, *clementia*) und Rechtssinn (*iustitia*) des bearbeitenden hohen Geistlichen zu appellieren, mildernde Umstände stärker hervorzuheben oder neu hinzugetretene Gründe für eine Begnadigung zu betonen. Das Urteil auf irgendeine Art nachträglich in Frage zu stellen, wäre hier nicht am Platz gewesen und hätte als unangebrachte, ja unzulässige Urteilsschelte mißverstanden werden müssen, die den Gnadenweg versperrte. Nur in einem einzigen Fall aus dem April 1602 wagte es ein Supplikant, der ehemalige päpstliche *capitano* Venanzo Piccione, die Anschuldigungen gegen ihn als Erfindungen eines persönlichen Gegners zu bezeichnen, obwohl auch in seinem Fall längst ein rechtskräftiges Urteil ergangen war[33]. In einem anderen Fall wies der Bittsteller auf einen Rechtsverstoß des neuen Gouverneurs von Gallese hin, der das alte Verfahren trotz eines ersten Gnadenaktes Kardinal Aldobrandinis weitergeführt hatte[34].

Hatten sich die Supplikanten durch Flucht dem Zugriff der päpstlichen Gerichte entzogen, verstärkte sich offenbar die Notwendigkeit einem Gnadengesuch ein volles Eingeständnis der Schuld voranzustellen. Dies tat in exemplarischer Weise der erste Bittsteller unserer Sammlung überhaupt, der bekannte Bandit Mariano da Ascoli, der seine lange kriminelle Karriere seit dem Jahr 1584 in aller Ausführlichkeit schilderte und dabei zahlreiche von begangene Tötungsdelikte, Körperverletzungen und Brandstiftungen beschrieb[35].

Mitten in den Kern des Problems der unvermeidlichen Selbstinszenierung als reuiger Sünder führt uns die eigenartige Supplik des Lodovico Costacci, der am 12. Februar 1605 von Benedetto Ala begnadigt wurde[36]. Costacci

[33] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 18r-v.

[34] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 3v-4r. Zum Spannungsfeld von Zentrale und Peripherie in der päpstlichen Justiz: I. Fosi, *Giustizia, giudici e tribunali fra centro e periferia nello stato ecclesiastico (secoli XVI-XVII)*, in «Dimensioni e problemi della ricerca storica» 2001, 2, S. 193-206.

[35] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 1r-2r. Ähnlich auch der *bandito* Desiderio alias Sillo de Tunno (contado von Ascoli) 3.4.1602: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 40v-45r.

[36] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 152r-153r.

war das Opfer von Erpressern geworden, die ihn unter der Beschuldigung außerehelicher sexueller Beziehungen mit einer Cousine und des anschließenden Giftmordes an ihr jahrelang finanziell ausbeuteten, bis sich der Mann in seiner Bedrängnis der Justiz stellte. Seine Supplik ist im Aufbau die ungewöhnlichste der gesamten Sammlung, denn Costacci beschrieb tatsächlich in aller Ausführlichkeit den Hergang der seit 1601 an ihm verübten Erpressungen, also Delikte anderer, bevor er, eingeleitet mit einem lapidaren «in qualunque modo le sudette cose siano da esso oratore state commesse» um entgegenkommende Behandlung seines Falles bat. Ein regelrechter Prozeß, wie ihm Costacci entgegensah, scheint im übrigen nicht stattgefunden zu haben; die Begnadigung erfolgte ohne weitere Auflagen.

Als Milderungsgründe nannten die Delinquenten eine ganze Reihe von Tatumständen, wie sie auch in der zeitgenössischen juristischen Praxis üblicherweise angewendet wurden und wie sie eigentlich schon in den Urteilsspruch hätten Eingang finden müssen. So werden häufig Minderjährigkeit zum Zeitpunkt der Tat, Unkenntnis von Vorschriften, Tat im Affekt («sangue caldo»), unbeabsichtigte Tötung oder Verletzung des Opfers während einer Schlägerei («omicidio/ferite in rissa»), selten auch Notwehr («omicidio per difesa») genannt[37]. Daneben wurden vor allem Umstände aufgeführt, die seit der Verurteilung bzw. seit der Exilierung des Delinquenten eingetreten waren und die ebenfalls einer Begnadigung förderlich sein konnten. Hier sind zuerst wiederum Kriterien zu nennen, wie sie auch ansonsten die justizielle Praxis kannte, wie langes Zurückliegen der Tat, was etwa unserem heutigen Verjährungsgrundsatz entspricht, Armut und Krankheit des Supplikanten oder die durch die Abwesenheit des Ernährers bedingte Notlage der Familie[38]. Bei einigen wenigen Delikten gegen weibliche Angehörige verwiesen die Supplikanten auf den Schutz ihrer Ehre als Motiv für ihre Tat («causa di honore»), ein juristisch weniger eindeutiges, in diesem Fall aber erfolgreiches Argument[39].

Ein pragmatisches, wenn auch gewichtiges zeitgenössisches Argument für die Begnadigung war die von Galeerensträflingen recht häufig vorgebrachte körperliche Unfähigkeit zu rudern («inhabilitas remigandi»). Selbstver-

[37] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 7v-8r, 14v-15v, 54r, 87v-88r, 150v, 158r-v, 164v, 175r, 202r-204v, 214r-v, 240r-v, 259r-261r, 262v-263r und 269r-v.

[38] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 23r-v, 88r, 127v, 140r und 141r.

[39] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 138v-139v, 165r-v und 233v-234v (*vendetta del padre assassinato*).

ständlich handelte es sich hier um kein juristisch relevantes Kriterium, wohl aber um eines, das im Interesse der Einsatzfähigkeit der Flotte Beachtung verdiente. Gewöhnlich waren diese Delinquenten zu schwach, zu jung[40] oder zu alt[41] zum Ruderdienst. Eine neuerdings aufgetretene Krankheit oder Behinderung, die zum Galeerendienst untauglich machte, wurde so weit wie möglich exakt benannt («tre fistole nella zinna manca», «rotta da parte de basso», «stroppio del braccio destro» etc.)[42] und mit Hinweis auf ärztlichen Augenschein («ut per fidem chirurghi») oder auf Begutachtung durch den Staatsanwalt bekräftigt[43].

Seit den 70er Jahren des 16. Jahrhunderts ist uns aus der Praxis der päpstlichen Justiz die Umwandlung von Strafurteilen in Militärdienst bekannt[44]. Der Kompromißcharakter derartiger Begnadigungen für Angehörige mächtiger Familien oder auch für Banditen, derer man sonst nicht habhaft werden konnte, ist besonders von Irene Fosi betont worden[45] und liegt generell auf der Hand. Kooperationswillige Banditen halfen dann innerhalb des Kirchenstaates auf der Seite der Regierung ihre ehemaligen Komplizen zu bekämpfen, römische Adlige beteiligten sich außerhalb des Kirchenstaates am Kampf gegen Glaubensfeinde, hier besonders bei der Verteidigung Maltas, im spanischen Dienst gegen die protestantischen Rebellen in den Niederlanden und in den 1590er Jahren bei der Verteidigung Avignons gegen die Hugenotten[46]. Der Krieg des Kaisers gegen die Osmanen in Ungarn seit 1593 schuf für eine solche Form der «Frontbewährung» im Dienst der christlichen Sache eine klassische Situation, besonders da sich der Papst hier mehrfach mit eigenen Kontingenten beteiligte. Doch unterscheidet sich der Dienst in diesem Krieg, wie ihn Supplikanten als Gnadengrund vorbrachten, grundsätzlich von den oben genannten Beispielen. Zum Glaubenskampf nach Malta oder nach Avignon wurden Delinquenten anstelle

[40] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 210v.

[41] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 147v-148r und 225r-v (*per esser vecchio, et senza denti con altre infermità ... sexagenarius*).

[42] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 86r, 91v-92r, 99r-v, 114r-115r, 134r-v, 156v, 159r-160r, 168v-169r, 207v-208r, 213r-214r, 222r, 225v, 244v-245r, 246v-247r und 262r.

[43] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 156v, 222r-v und 262r-v.

[44] P. Blastenbrei, *Clemenza*, S. 410 Anm. 230.

[45] I. Polverini Fosi, *La società violenta*, S. 174-185.

[46] P. Blastenbrei, *Clemenza*, S. 409-410 und Anm. 230. Eine einzige Relegation auf ein Jahr nach Avignon findet sich auch im «Gnadenbuch» für Simone Capizucchi: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 184v-185r.

einer echten Strafe im Inland relegiert, die die päpstliche Justiz oft genug aus politischen Rücksichten gar nicht hätte durchsetzen können. Die Supplikanten hier verwiesen hingegen auf ihren freiwilligen Militärdienst für die christliche Sache[47]. Zwischen Juni und November 1601 kämpfte ein päpstliches Kontingent unter dem Papstnepoten Giovanni Francesco Aldobrandini (1545-1601)[48] im Verband des kaiserlichen Heeres im Feldzug zur Wiedereroberung der strategisch wichtigen Stadt Kanisza, die im Oktober 1600 an die Osmanen verlorengegangen war[49]. Nicht weniger als 59 exilierte Delinquenten (17,4 Prozent), immerhin also ein Sechstel aller Bittsteller, begründeten ihre Eingabe mit der Teilnahme an der *guerra di Canissa*, für deren Nachweis sie auf das Zeugnis namentlich genannter päpstlicher Offiziere und Kriegskommissare verwiesen. Noch 1601 war in Rom ein *bando* veröffentlicht worden, der allen freiwillig in Ungarn kämpfenden Verbannten aus den päpstlichen Territorien die Begnadigung in Aussicht stellte[50].

Der Eingang einer Supplik setzte bei den Adressaten einen nicht unkomplizierten und weitgehend formalisierten Mechanismus in Gang. Einen Gnadenerweis ohne sorgfältigste Überprüfung der genannten Kriterien oder auch anderer Umstände hat es bei dieser Supplikengruppe niemals gegeben. Anders als der Kardinalnepot Aldobrandini, der dies als zweiter Mann im Kirchenstaat nicht tun mußte, schalteten die *Governatori* bei ihren Begnadigungen in der Hälfte der von ihnen bearbeiteten Fälle (145 von 269 Fällen – 53,9%) den römischen Staatsanwalt (*procuratore fiscale*) ein, der teilweise auch noch die Meinung der Sacra Consulta einholte (28 Fälle – 10,4%), um ganz sicher zu sein, daß weder die Seite der Anklage noch andere staatspolitische Interessen durch eine Begnadigung verletzt wurden. Die Sacra Consulta war eine 1559, noch vor der großen Reform Sixtus' V., eingerichtete ständige Kardinalskongregation mit innenpolitischen Aufgaben[51], «una sorta di ministero dell'interno collegiale», wie Hanns Gross sie genannt hat[52]. Leider sind die der Consulta vorgetragenen Fälle

[47] Im übrigen nicht allein im päpstlichen Heer, sondern auch im toscanischen: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 49v.

[48] [*], Art. *Giovanni Francesco Aldobrandini*, in *Dizionario Biografico degli Italiani*, 2, 1960, S. 104-105.

[49] L. VON PASTOR, *Geschichte der Päpste im Zeitalter der katholischen Reformation und der Restauration*, Bd. 11, Freiburg i.Br. 1927, S. 221-224.

[50] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 35r.

[51] I. FOSI, *Sovranità*, S. 227-229; DIES., *Giustizia*, S. 198-201.

[52] H. GROSS, *Roma nel Settecento*, Roma - Bari 1990, S. 49.

zu heterogen, als daß man daraus eine Regel für ihre Anrufung ableiten könnte. Auch wenn der Governatore einen Begnadigungsfall dem Papst selbst vortrug, war in der Regel der Staatsanwalt anwesend und wurde dazu gehört (101 Fälle – 37,5%).

Anders als im späteren 17. Jahrhundert, als dessen Mitwirkung an Begnadigungssachen rapide zurückging[53], hatten die Supplikanten in dieser Zeit noch relativ große Chancen, daß ihr Fall vom Papst persönlich zur Kenntnis genommen wurde. Pietro Aldobrandini hat fast alle ihm vorgelegten Suppliken mit seinem Onkel besprochen und dann «de ordine S.D.N. vive vocis oraculo nobis dato» entschieden. In insgesamt 114 Fällen (42,4%) hat der Papst persönlich den *Governatori* die Anweisung zu einer Begnadigung gegeben[54]. Die Mitwirkung des Papstes am Begnadigungswerk folgte um diese Zeit also noch eher den Mustern des 16. Jahrhunderts[55].

Grundsätzlich setzte die Begnadigung von Gewaltdelinquenten die Versöhnung mit dem Opfer oder seinen Angehörigen oder zumindest deren Einverständnis voraus («pace, concordia, consensus partis»)[56]. Damit wurde nicht allein das Interesse der Geschädigten gewahrt, die päpstliche Justiz versuchte auf diese Weise auch, neuerliche Gewalttaten aus Rache bei der Rückkehr des Begnadigten im voraus zu unterbinden. Der *Governatore di Roma* konnte nur dann begnadigen, wenn der Supplikant sich bereits mit seinem Opfer oder dessen Angehörigen geeinigt hatte oder eine Kaution stellte. Kardinal Aldobrandini dagegen konnte provisorische Begnadigungen aussprechen, die eine Kaution in Geld, das Fernbleiben aus der Region des Verbrechens und eine beeidete und notariell beglaubigte Selbstverpflichtung des Supplikanten zum einseitigen Gewaltverzicht beinhaltete («fede de non offendendo»)[57]. Erst wenn die *pace* oder eines der genannten selteneren

[53] I. FOSI, *«Beatissimo Padre ...»*, S. 7-8.

[54] Darin sind die in Gegenwart des *procuratore fiscale* dem Papst vorgelegten Fälle enthalten, nicht aber weitere vier vom Kardinal Aldobrandini angeordnete Begnadigungen.

[55] P. BLASTENBREI, *Clemenza*, S. 413-414 und 418.

[56] O. NICCOLI, *Rinuncia, pace, perdono. Rituali di pacificazione della prima età moderna*, in «Studi Storici», 40,1999, S. 219-261.

[57] In zwei Fällen ist die *fede* der Supplik angehängt gewesen: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 248v-251v. *Fede honeste vivendi* einer Frau: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 89v. Das Instrument der *fede* ist bisher nur im deutschen Sprachraum untersucht worden: A. BLAUERT, *Zwischen Einbindung und Ausgrenzung. Zur Rechts- und Sozialgeschichte der Urfehde im deutschen Südwesten zwischen dem 14. und 18.Jahrhundert*, in M. BELLABARBA - G. SCHWERHOFF - A. ZORZI (edd), *Criminalità e giustizia in Germania e Italia. Pratiche giudiziarie e linguaggi giuridici tra tardo medioevo ed età moderna* (Annali dell'Istituto storico

Rechtsmittel erreicht war, wurde die Begnadigung wirklich wirksam, was ausdrücklich in den Begnadigungen festgelegt war. Den Abschluß der Versöhnung mußte der zu begnadigende Delinquent innerhalb von zwei bis sechs Wochen mit Hilfe ihrer notariellen Registrierung nachweisen, sollte der Gnadenerweis nicht unwirksam werden («sub pena nullitatis gratie»)[58]. Der Versöhnung mit Gewaltopfern oder ihren Angehörigen entsprach bei Eigentumsdelikten die Rückerstattung des entwendeten Besitzes als Voraussetzung für den Gnadenakt[59] und bei Vergewaltigungsdelikten die Bereitstellung einer Mitgift für die geschädigte Frau («competenter dotata muliere per vim stuprata»)[60].

Die Begnadigung aufgrund der Supplik eines Delinquenten war auch nach Erfüllung dieser Voraussetzungen kein unkomplizierter Vorgang. Im einfachsten Fall konnte die Sache mit dem Vermerk «graciam facimus ut petitur» abgemacht sein, in der Regel aber waren an die Begnadigung eine ganze Palette von Auflagen geknüpft: Geldstrafen von elf bis tausend *scudi*, kurze öffentliche Folter und dauernde oder zeitliche begrenzte Verbannung aus dem Ort oder der Region des Deliktes, vom Wohnort der Angehörigen des Opfers oder aus dem gesamten Kirchenstaat. Die uneingeschränkte Kombinierbarkeit dieser Auflagen je nach Schwere des Verbrechens und nach den individuellen mildernden Umständen machte die Begnadigung zu einem außerordentlich differenzierten Instrument justizieller Entscheidung. Daß auch dieser Differenzierungsgrad der noch komplexeren Wirklichkeit bisweilen nicht gerecht wurde, zeigen die beiden Suppliken des Alessandro Fiammetti aus dem Jahr 1604[61]. Fiammettis Strafe wegen Körperverletzung und Beleidigung war aufgrund einer ersten Supplik (Juni 1604) auf eine Geldstrafe von 100 *scudi* festgesetzt worden, doch supplizierte der Mann im Dezember – mit Erfolg – erneut, weil er diese Summe nicht aufbringen konnte. Eine unantastbare Grenze für die Gewährung und Modifizierbarkeit der Gnade gab es allerdings: während Bittsteller im besten Fall

italo-germanico in Trento. Contributi/Beiträge, 11), Bologna 2001, S. 173-187; A. BLAUERT, *Das Urfehdewesen im deutschen Südwesten im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit*, Tübingen 2000.

58 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 193r-194r, 211v, 229r und 230v.

59 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 49v-51v, 61r-62v, 107v-110r, 127v-128r und 227v.

60 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 66r-v. Mitgift für die Tochter eines Mordopfers: ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 259r-260r.

61 ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 131v-132r und 140r.

die völlige Aufhebung des Urteilsspruches und die Wiedereinsetzung in ihre früheren Ämter und Würden erreichen konnten[62], verweigerte der notorisch finanzschwache Kirchenstaat mit der Formel «sine preiudicio bonorum fisco incorporatorum» konsequent die Rückgabe konfiszierten Besitzes[63]. Der Delinquent bekam das Dokument seiner Begnadigung zum Schluß des Verfahrens ausgehändigt; einige wenige Empfangsbestätigungen haben sich erhalten[64].

Für die Suppliken zugunsten von verurteilten Delinquenten, die von religiösen Bruderschaften eingereicht wurden, galten, wie oben gezeigt, andere Rahmenbedingungen. So supplizierten die Bruderschaften nicht für Delinquenten, sobald neue mildernde Umstände eingetreten waren, sondern eben nur einmal oder zweimal im Jahr im Vorfeld desjenigen Festes, für das ihr Privileg galt. Da ihre Privilegien die Fürbitte für einen zum Tod verurteilten Gefangenen erlaubten, zugleich aber die Ausschlußkriterien beachtete werden mußten, konnte es vorkommen, das dieses Recht mangels eines *condennato gratiabile* in dem einem oder anderen Jahr nicht ausgeübt werden konnte[65]. Der Papst selbst als Verleiher ihrer Privilegien war immer der Adressat dieser Art Suppliken, nur in sehr seltenen Ausnahmen wandten sich Bruderschaften an ihren Kardinalprotektor, der ihre Supplik an den Papst weiterleiten und befürworten sollte[66]. Derartige Suppliken waren sehr viel kürzer und einfacher gehalten als die Bittschriften von Delinquenten, die für sich selber baten, denn eine detaillierte Aufzählung der Vergehen war hier dank des Privilegs eigentlich nicht mehr notwendig. Dennoch fehlte nie eine Kurzbeschreibung des Verbrechens, um zu beweisen, daß die Ausschlußkriterien nicht verletzt wurden. Zahlreiche Suppliken von Bruderschaften versicherten darüberhinaus, daß ihr Schutzbefohlener bereits *pace* von den Angehörigen seines Opfers erhalten habe, und zählten ebenso juristisch relevante mildernde Umstände auf wie dies Delinquenten taten, die für sich selbst baten (Delikt «in pura rissa», «causa di honore», «à sangue caldo», Delinquent nur Mittäter)[67]. Auch die Beilage

[62] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, f. 258r-v (Priester).

[63] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 10v-11r, 14r, 16v-17r, 23v-24v, 32v-33r, 58r-59r, 64r-v, 66r-v, 81r-v, 82v, 90r-v, 107v-110r und öfter.

[64] ASR, *TCG*, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 15v, 18v, 21r, 33r, 40r, 49r-v, 80r und 81v.

[65] ASR, *Fondo Camerale III* [künftig *FC III*] busta 1899, filza «S. Grisogono», doc. n.1 (1610?).

[66] P. Blastenbrei, *Clemenza*, S. 450.

[67] ASR, *FC III*, busta 1962, filza «SS. Crocefisso in S. Marcello», ff. 2r-v und 11r.

von Auszügen aus den Akten früherer Kriminaluntersuchungen zur näheren Erläuterung des Falles ist überliefert[68]. Manchmal reichten Bruderschaften mehrere Namen von gnadenwürdigen Delinquenten ein und überließen die eigentliche Auswahl dann den Behörden[69].

Anders als bei den Suppliken im oben untersuchten Gnadenbuch ist der Verlauf der weiteren Bearbeitung der Suppliken von Bruderschaften unbekannt, wenn sie erst einmal dem Papst zugegangen waren[70]. Doch auch in diesen privilegierten Fällen scheint die Intervention von Justizbeamten im letzten Moment nicht völlig ausgeschlossen gewesen zu sein[71], obwohl die Privilegien der einzelnen Bruderschaften die vollständige und uneingeschränkte Rehabilitierung der freigelassenen Delinquenten vorschrieben.

Die Suppliken religiöser Bruderschaften für verurteilte Delinquenten wird man letztlich also mehr als anderen Gnadengesuchen einen Ausnahmecharakter in bezug auf die juristische Prozedur zusprechen können. Doch auch sie orientierten sich wenigstens rudimentär an juristischen relevanten Begnadigungsgründen und dies unabhängig von den im Privileg festgelegten Ausschlußkriterien. Das belegt nicht zuletzt auch die enge Verzahnung beider Arten von Begnadigungen aufgrund von Suppliken. Denn in nicht weniger als 94 Fällen (27,8%) erbaten Delinquenten aus dem oben untersuchten Gnadenbuch die Übergabe an eine privilegierte Bruderschaft oder wurden ohne eine nachweisbare Bitte einer Bruderschaft im Rahmen ihres Privilegs übergeben.

Die Suppliken von oder für verurteilte Delinquenten aus dem Bereich der päpstlichen Kriminaljustiz, wie sie hier vorgestellt wurden, folgten, wie es scheint, ebenso festen Regeln bei ihrer Abfassung wie bei der Bearbeitung durch die Empfänger. Damit bestätigen auch sie bereits bekannte Erkenntnisse in bezug auf die Suppliken an die Verwaltung oder die Justiz des Kirchenstaates. Die Supplikanten kannten diese Regeln und betätigten sie,

68 ASR, *FC III*, busta 1962, filza «SS. Crocefisso in S. Marcello», ff. 3r, 16v-21r und 22v-34v; filza «S. Giovanni Battista dei Genovesi», f. 245r; busta 1971, filza «SS. Crocefisso in S. Lorenzo in Lucina», Beilage zu f. 13r; filza «SS. Sacramento in S. Giacomo Scozzacavalli», f. 3r.

69 ASR, *FC III*, busta 1962, filza «SS. Crocefisso in S. Marcello», f. 16r-v; busta 1971, filza «SS. Crocefisso in S. Lorenzo in Lucina», f. 13r.

70 Die Mitwirkung der *Segreteria dei memoriali* liegt selbstverständlich nahe: I. Fosi, *Sovranità*, S. 216; DIES., *«Beatissimo padre ...»*, S. 6 und Anm. 17.

71 Wenigstens in einem Fall findet sich die Randbemerkung *obstat bulla Pij IV* auf einer frühen Supplik von 1585: ASR, *FC III*, busta 1962, filza «SS. Crocefisso in S. Marcello», ff. 1r-2v.

indem sie ihr schuldhaftes Verhalten unterstrichen, Reue zeigten, die nicht allzu zahlreichen juristischen Vorgaben für eine Begnadigung sorgfältig anführten und dort wo es notwendig wurde, belegten oder überprüfen ließen (Behinderung, Kriegsdienst). Auch die Eingaben religiöser Bruderschaften verfuhren bei aller Knappheit so, obwohl man hier aufgrund der Privilegien eine automatische Bearbeitung eher erwartet hätte.

Kenntnis und Betätigung der erforderlichen juristischen Kriterien setzte zweifellos bei der Mehrzahl beider Arten von Suppliken die Einschaltung von fachkundigen Personen voraus, Notaren, Anwälten oder gelehrten Schreibern. Die häufige Präsenz solcher Helfer ist etwa für die französischen und parmesischen Suppliken gut gesichert, wenn es sich dabei auch häufig nicht unbedingt um Fachkundige im engeren Sinn gehandelt hat[72]. Ein solcher Nachweis läßt sich für Rom vorerst nicht führen, wobei insbesondere die Abfassung der Suppliken der Galeerensträflinge ein Geheimnis für sich bleibt.

Die völlige Übereinstimmung der Kriterien für solche Eingaben und für die daraus resultierende Begnadigung mit den Kriterien für die Begnadigung von Amts wegen ohne Supplik, wie sie vorerst für das späte 16. Jahrhundert bekannt sind[73], legt eine Einordnung, ja, feste Einbindung in den weiten Bereich der Gnade innerhalb der päpstlichen Strafjustiz nahe. Gnade ist hier wohlgemerkt nicht als undifferenzierte Milde oder Laxheit des geistlichen Fürsten gegenüber den Anforderungen der Strafverfolgung zu verstehen, sondern als ernstzunehmende Aufgabe innerhalb eines juristisch exakt definierten Rahmens, was sich etwa an der skrupulösen Bearbeitungspraxis und der fast schon übermäßigen Ausdifferenzierung der kombinierten Gnadenauflagen leicht zeigen läßt. Ziel einer derartigen Gnadenpraxis, die offensichtlich als unverzichtbarer Teilbereich der Justizausübung angesehen wurde, war die Ausschöpfung aller Mittel zur Erreichung einer soweit wie möglich individuellen Strafzumessung, möglicherweise kombiniert mit einer sich aus vielerlei geistlichen Quellen speisenden Skepsis gegenüber weltlichen Strafen überhaupt. Dies mag ganz besonders für das beginnende 17. Jahrhundert gelten, denn mit dem Jubeljahr 1600 hatte sich die päpstliche Strafjustiz noch unter Clemens VIII. auf der Dauer von der harten und zeitweilig brutalen Repression verabschiedet, wie sie unter einigen Päpsten des späten 16. Jahrhunderts geherrscht hatte[74]. Man wird sich darüber

[72] P. REPETTI, *Scrivere*, S. 352-356.

[73] P. BLASTENBREI, *Clemenza*, S. 415-416.

[74] Die Hinrichtungszahlen in Rom sanken in der Dekade 1601-1610 auf einen Jahresdurchschnitt von 20 mit bis zum Ende des Kirchenstaates ständig weiter sinkender Tendenz

streiten können, ob ein solcher Befund auch für die Suppliken religiöser Bruderschaften gilt, deren primärer Sinn doch eher in der Betätigung spiritueller Anliegen zu suchen war. Doch darf darüber nicht vergessen werden, daß wir zum einen die weitere Bearbeitung dieser Suppliken vorerst nicht kennen und daß andererseits die in vielen dieser Suppliken ebenfalls angeführten juristischen Milderungsgründe für eine Begnadigung auch ohne Privileg ausgereicht hätten.

Die Gnadenpraxis der päpstlichen Kriminaljustiz, wie sie sich in der Antwort auf Suppliken spiegelt, bestätigt damit auf eindrucksvolle Weise den Befund, der in den letzten Jahren die Einschätzung frühneuzeitlicher Justizsysteme bestimmte. Auch in Rom hatte die Strafjustiz eine Vielzahl von Aufgaben und Zielen, die sich nicht allein in der einseitigen Durchsetzung justizieller Normen erschöpften. Diese zusätzlichen Aufgaben wird man mit Begriffen wie dauerhafter Ergebniskontrolle und Revision im Sinn des dauernd spannungsreichen Verhältnisses von Verbrechen und verhängter Strafe[75], mit Rehabilitation und Resozialisierung dafür geeigneter Delinquenten, vorbeugender Konflikteindämmung, aber auch der Einübung der Unterwerfung unter die bestehende Autorität und ganz besonders auch der Einbeziehung spiritueller Anliegen der katholischen Reformzeit umschreiben können.

Die festen Parameter der Gnadengewährung aufgrund von Suppliken lassen sich dagegen mit einer vor allem in Deutschland gegenwärtig beliebten Argumentationslinie zur frühneuzeitlichen Justizpflege offenbar nicht in Einklang bringen, dem Modell des Aushandelns von Justiz zwischen Institutionen und betroffenen Subjekten. Der Spielraum zum Verhandeln, der den Supplikanten in unserem Zusammenhang blieb, mochten sie auf den Galeeren schmachten, ins Ausland geflohen sein oder auch eine religiöse Bruderschaft leiten, war denkbar gering, da die vorgegebenen Parameter nicht wirklich von unten beeinflußbar oder gar modifizierbar waren. Dieser Eindruck verstärkt sich noch durch den Befund, daß Rechtsmittel wie *pace* und *fede*, die eigentlich im Bereich des *infragiudiziario* zu suchen wären, fest in den Prozeß der obrigkeitlichen Gnadengewährung eingebunden waren. Der Spielraum zum Handeln und Verhandeln erweiterte sich nur dann in Richtung auf eine echte Verhandlungsposition, wenn die Supplikanten

(noch in der Dekade 1591-1600 55,2 pro Jahr). Errechnet nach der Zahl der Hingerichteten, die von der römischen Hinrichtungsbruderschaft S. Giovanni Decollato betreut wurden: ASR, Indice 285. Zu den Hinrichtungszahlen in Rom 1560-1590 aus derselben Quelle: P. Blastenbrei, *Kriminalität*, S. 301, Graphik 6.

[75] I. Fosi, *«Beatissimo padre ...»*, S. 2-3 und 9-10.

einer der mächtigen Familien des Kirchenstaates angehörten oder zu einer solchen Familie im Klientelverhältnis standen[76]. Ein abschließendes Urteil wird freilich erst dann möglich werden, wenn abgelehnte Suppliken in ausreichender Zahl überprüft und ausgewertet worden sind.

Die US-amerikanische Historikerin Natalie Zemon Davis hat schon vor über einem Jahrzehnt einen weiteren Aspekt in die Untersuchung von Kriminalsuppliken eingeführt, der leider seitdem nur selten wieder aufgenommen wurde. Mit dem suggestiven Titel ihres Buches, dem fast schon sprichwörtlichen *Fiction in the Archives*[77], hat sie damals, durchaus gegen ihre Absicht, genug Anlaß zu Mißverständnissen gegeben und ist dann auch kräftig mißverstanden worden. Man kann es nicht oft genug betonen: bei der fiction, die sie in den von ihr untersuchten französischen Suppliken des 16. Jahrhunderts ans Tageslicht gefördert hat, handelt es sich eben nicht um Fiktion im Sinn von literarischer Erfindung ohne relevanten Wahrheitsgehalt, sondern um rhetorische Elemente in der Eigendarstellung der Position des Angeklagten und deren Rolle bei der Bearbeitung der Supplik[78]. Über diesen Aspekt hinaus enthält ihr Buch genügend brauchbares Material zur komparatistischen Arbeit mit den wenig jüngeren Suppliken des päpstlichen Justizsystems.

Ähnlich wie in Rom war die eingegangene Supplik im Frankreich des 16. Jahrhunderts Gegenstand intensiver juristischer Bearbeitung durch die regionalen *parlements*, ähnlich wie in Rom versuchte auch die französische Justiz ihr eigenes Verfolgungsinteresse und das Interesse der Geschädigten auch bei Begnadigungen zu wahren[79]. In Frankreich läßt sich die Mitwirkung von Rechtskundigen bei der Abfassung der Bittschriften leicht nachweisen, da sie die Suppliken mit unterzeichneten[80]. Anders als in Rom konnte in Frankreich nur der König allein nach Beratung mit dem Kronanwalt die vollständige Begnadigung aussprechen, Institutionen wie das *Parlement de Paris* konnten Strafen nur mildern[81]. Doch möglicherweise verzerrt hier

[76] *Ibidem*, S. 8-9; I. Fosi, *Sovranità*, S. 216-217 und 230-231 (allerdings nicht in bezug auf die Strafjustiz).

[77] N.Z. Davis, *Fiction in the Archives. Pardon Tales and their Tellers in Sixteenth-Century France*, Stanford CA 1987. In Übersetzungen geht diese Suggestivität meist verloren.

[78] *Ibidem*, S. 2-5.

[79] *Ibidem*, S. 10-11.

[80] *Ibidem*, S. 15-18.

[81] *Ibidem*, S. 14.

die Ausnahmestellung des Papstnepoten Pietro Aldobrandini das Bild ein wenig.

Der Unterschied in den Rahmenbedingungen brachte es mit sich, daß der Anteil an rhetorischem Erzählungsaufbau und an entsprechender Stilisierung, eben der *fiction*, bei den von mir behandelten römischen Suppliken erheblich geringer erscheint als in den französischen Suppliken. Die von Natalie Zemon Davis behandelten französischen Supplikanten reichten ihre Bittschriften durchweg noch im Lauf des Kriminalprozesses ein. Gnadengesuche mußten in Frankreich im 16. Jahrhundert innerhalb eines Jahres, ab 1599 sogar innerhalb von drei Monaten nach der Tat eingereicht werden, um überhaupt bearbeitet zu werden[82]. Da es in Rom keine derartigen Regelungen gab, wurden Bittschriften oftmals viele Jahre nach der Tat und nach dem Urteilsspruch eingereicht, in einem Extremfall nicht weniger als vierzehn Jahre danach[83]. Während also die französische Bittschrift in den meisten Fällen den Charakter eines schriftlichen Plädoyers vor dem abwesenden obersten Gerichtsherrn annehmen mußte, der im laufenden Prozeß noch günstig für die Sache des Angeklagten beeinflußt werden sollte, lag das Problem angesichts der größeren gerichtlichen Autonomie und eines fortgeschritteneren Verrechtlichungsgrades in Italiens anders. Suppliken durften, wie gezeigt, das längst rechtskräftig gewordene Urteil nicht kritisieren und mußten sich im Rahmen des aktenkundigen Tatbestandes halten. Rhetorische Elemente schrumpften daher in den wenigen Fällen, wo wir sie überhaupt beobachten können, auf vergleichsweise sinnentleerte Formeln zusammen, auf christliche Allgemeinplätze («Sepe numero contra mentem boni viri ... inimicus noster diabulus delinquendi occasionem prestat», «Sepe numero inimicus noster Diabulus probis hominibus in consulto peccandi et delinquendi occasionem prebet)[84] oder auf ausgedehntere Höflichkeitsbezeugungen («suo uberrimo fonte benignitatis et clementi», «Confisus omnino in S.D.N. Pauli quinti et D.V.Ill.me benignitate et clementia»)[85].

[82] *Ibidem*, S. 154.

[83] ASR, «Pds XVII», Reg. 24, f. 178r-v. Jeweils neun Jahre zwischen Delikt/Urteil und Supplik/Begnadigung: ASR, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 56r-57r und 146r-v.

[84] ASR, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 146r und 164v.

[85] ASR, «Pds XVII», Reg. 24, ff. 206r und 237v.

Die gesellschaftliche und rechtliche Bedeutung von Suppliken im städtischen Strafverfahren des 16. Jahrhunderts

Das Beispiel Augsburg

von *Carl A. Hoffmann*

Die Supplik wird definiert als zielend auf «eine Gunst, die der Gebetene nicht notwendig so zu gewähren braucht». Dabei spielte sich vielfach ein Verfahren für die Bearbeitung ein. Unter den vielen Möglichkeiten sich an die Obrigkeit mit einer Bittschrift zu wenden, war der Einsatz in Strafsachen lediglich ein Sonderfall[1]. Im Augsburger Beispiel spielte allerdings bei der Einleitung von Prozessen dieses Instrument keine Rolle, Suppliken setzten erst mit der Verhaftung des Beschuldigten ein. Sie zielten dann stets auf das Erwirken einer «Gnade», wobei hierunter nicht nur die «Minderung» oder der «Erlaß» einer Strafe zu verstehen ist, sondern auch Bitten um längere Inhaftierungen, Erzwingung von Urfehden oder ähnliches. In der Neuzeit wird die Gnade zu einem Reservatrecht des Landesherren; dennoch finden wir auch noch im 16. Jahrhundert die aus dem «alten Bereich der Blutrache und Sühne» stammende Gewohnheit, daß die Gnade «häufig noch der Zustimmung des privaten Klägers bedurfte»[2]. Härter hat jüngst darauf hingewiesen, daß das Supplizieren sich «nur unzureichend mit den Begriffen Gnade bzw. Begnadigungsrecht des Landesherren beschreiben» läßt. Er betont, in den frühmodernen Suppliken wurde nicht nur um die christliche Gnade gebeten, vielmehr auf «einer rationalen Ebene und im Kontext der 'guten Policey'» argumentiert. Hierunter versteht Härter die Heranziehung des ökonomischen und sozialen Status des Beklagten sowie beispielsweise die negativen Folgen für die Familie im Falle einer Freiheitsstrafe[3].

[1] *Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschicht*e (künftig *HRG*), Bd. 5, Berlin 1998, Sp. 94-97.

[2] *HRG*, Bd. 1, Berlin 1971, Sp. 1714-1719.

[3] K. HÄRTER, *Strafverfahren im frühneuzeitlichen Territorialstaat: Inquisition, Entscheidungsfindung, Supplikation*, in A. BLAUERT - G. SCHWERHOFF (edd), *Kriminalitätsgeschichte.*

Wenn auch die Untersuchungen und Darstellungen zum Supplikenwesen allgemein bereits eine nicht unerhebliche Breite erreicht haben, so wurde die Rolle der Bittschrift in der Strafjustiz zumeist nur am Rande erwähnt[4]. Aufbauen kann die moderne Forschung besonders auf einigen älteren Arbeiten zum Gnadenwesen[5]. Die Forschungslage zur Supplik im Strafprozeß steht dabei jedoch keineswegs am Anfang, ist aber bisher noch keiner systematischen Analyse unterzogen worden[6]. Schwerhoff konnte aus seinen Überlegungen zum Kölner Supplikenwesen, in denen er den Strafprozeß nur gestreift hat, erkennen, daß sich Bittschriften in diesem Verfahrenstypus nicht klar von anderen Suppliken im Zivilprozeß oder im Verwaltungshandeln abgrenzen lassen. Der Autor schließt sich deshalb früheren Autoren wie u.a. Neuhaus an, die in der Supplik mehr einen «überlieferten Brauch» als ein klar definiertes Rechtsmittel sehen[7]. Für das 15. Jahrhundert hat insbesondere Peter Schuster in seiner Habilitationsschrift über *Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz* einen wesentlichen Fortschritt in dem Kapitel «Fürbitte und Gnade»

Beiträge zur Sozial- und Kulturgeschichte der Vormoderne, Konstanz 2000, S. 459-480, hier S. 479.

[4] Vgl. u.a. H. NEUHAUS, *Reichstag und Supplikationenausschuß. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts*, Berlin 1977; DERS., *Supplikationen als landesgeschichtliche Quelle – Das Beispiel der Landgrafschaft Hessen im 16. Jahrhundert*, in «Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte», 28, 1978, S. 110-190 und 29, 1979, S. 63-97; O. ULBRICHT, *Supplikationen als Ego-Dokumente. Bittschriften von Leibeigenen aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts als Beispiel*, in W. SCHULZE (ed), *Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte*, Berlin 1996, S. 149-174; R. BLICKLE, *Laufen gen Hof. Die Beschwerden der Untertanen und die Entstehung des Hofrats in Bayern. Ein Beitrag zu den Varianten rechtlicher Verfahren im späten Mittelalter und in der Frühen Neu-zeit,* in P. BLICKLE (ed), *Gemeinde und Staat im Alten Europa*, München 1998, S. 241-266; A. WÜRGLER, *Suppliche e «gravamina» nella prima età moderna: la storiografia di lingua tedesca*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 25, 1999, S. 515-546.

[5] Vgl. K. SCHUÉ, *Das Gnadenbitten in Recht, Sage, Dichtung und Kunst*, in «Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins», 40, 1918, S. 143-286; W. GREWE, *Gnade und Recht*, Hamburg 1936. Als neuere Arbeit siehe A. BAUER, *Das Gnadenbitten in der Strafrechtspflege des 15. und 16. Jahrhunderts. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung von Quellen der Vorarlberger Gerichtsbezirke Feldkirch und des Hinteren Bregenzerwaldes*, Frankfurt a.M. u.a. 1996.

[6] G. SCHWERHOFF, *Das Kölner Supplikenwesen in der Frühen Neuzeit. Annäherungen an ein Kommunikationsmedium zwischen Untertanen und Obrigkeit*, in G. MÖLICH - G. SCHWERHOFF (edd), *Köln als Kommunikationszentrum. Studien zur frühneuzeitlichen Stadtgeschichte*, Köln 2000, S. 473-496; K. HÄRTER, *Strafverfahren*, S. 478-480.

[7] G. SCHWERHOFF, *Supplikenwesen*, S. 476.

erzielt[8]. Obwohl der Begriff wie auch die Sache «Supplik» hier überhaupt nicht genannt wird, stellen Fürbitte und Gnade den inneren Kern der Bedeutung der Supplik im Strafverfahren dar. Schuster gelingt es, die ältere Literatur zu diesem Thema kritisch zu sichten und am Konstanzer Beispiel des 15. Jahrhunderts das Thema breit zu beleuchten. Wenn auch die behandelten Fürbitten von Fürsten, Angehörigen der Straftäter, von Opfern, Tätern und anderen im Spätmittelalter nur indirekt über Ratsbücher, Chroniken, Urfehden etc. erschließbar sind, so stellt der Vorgang – ob nun ursprünglich schriftlich oder mündlich – eine Entwicklung zum rein schriftlichen Supplikenwesen des 16. Jahrhunderts dar. Schuster konzentriert sich dabei sehr stark auf die Fürbitten von Fürsten, die in Konstanz eingezogen waren und in ihrem Gefolge zahlreiche Stadtverwiesene mit in die Stadt brachten. Für den Autor ist dabei auch das damit jeweils verbundene politische Signal von erheblicher Bedeutung. Die Gnadenakte nach fürstlichen Fürbitten sind für ihn damit ein diplomatischer Akt zwischen Sicherheitsbedürfnissen der Stadt und politischer Utilität. Als Fürbitter erwähnt Schuster auch bedeutende Adelige der Region sowie Freunde, Nachbarn oder Kollegen der Täter, aber auch von Klägern nach erfolgreichen Kompositonsverhandlungen. Welche Verhandlungen hier im Vorfeld abgelaufen waren wie auch die Interventionen während des Prozesses kann Schuster jedoch nur aus der Arbeit von Andrea Boockmann über Göttingen[9] erschließen. Quellen sind hierfür in Konstanz nicht erhalten. Fürbitten in großer Zahl aus der Bevölkerung einer Stadt für einen Straftäter, wie sie Schuster auch mit Beispielen aus München, Nürnberg, Würzburg oder Basel belegt, definiert er als «offene Machtproben»[10]. Damit ist also auch eine 'innenpolitische' Komponente angesprochen. Gerade an diesen wichtigen Überlegungen Schusters zum 15. Jahrhundert müssen nun auch die Untersuchungen für das folgende Jahrhundert in Augsburg ansetzen und sie weiter führen.

Im folgenden soll die gesellschaftliche und die rechtliche Funktion von Suppliken im Strafverfahren des 16. Jahrhunderts genauer beleuchtet werden. Die rechtliche Bedeutung liegt vorrangig in der Frage, welche Funktion und Einwirkungsmöglichkeit die Supplik während des Strafverfahrens hat, bzw. welche Bedeutung sie für die Begnadigung bereits verurteilter Straftäter

[8] P. SCHUSTER, *Eine Stadt vor Gericht. Recht und Alltag im spätmittelalterlichen Konstanz*, Paderborn u.a. 2000, S. 273-311.

[9] A. BOOCKMANN, *Urfehde und ewige Gefangenschaft im mittelalterlichen Göttingen*, Göttingen 1980.

[10] P. SCHUSTER, *Stadt*, S. 295 f.

hat. Die gesellschaftliche Bedeutung ist dagegen komplexer. In den während eines Strafverfahrens eingereichten Suppliken spiegelt sich der soziale Kontext des Täters wieder. Nicht nur Familie und engste Angehörige sind als Autoren bzw. Auftraggeber festzustellen, sondern auch Freunde, Zünfte, Nachbarschaften, ja selbst völlig Unbeteiligte. In ihrem Engagement und ihren Argumenten wird nicht nur der einfache Wunsch nach Milderung möglicher Sanktionen der Obrigkeit sichtbar, vielfach spiegelt sich hierin eine eigene Position zum Delikt wie auch zur Frage der Sanktionswürdigkeit. Das soziale Umfeld versuchte mit Suppliken, das Urteil zu beeinflussen, indem es nicht nur um Gnade bat, sondern auch durch die Tatsache der Supplik überhaupt wie auch durch ihren Inhalt Stellung bezog.

1. *Überlieferung und quantitative Aspekte des Supplikenwesens im Rahmen des Augsburger Strafverfahrens*

Strafverfahren wurden im Augsburg des 16. Jahrhunderts vor dem Rat oder vor den sogenannten «Strafherren» verhandelt, wobei die Strafherren lediglich für die niedere Strafgerichtsbarkeit zuständig waren. Sie urteilten ohne einen wesentlichen Bemessungsspielraum beim Strafmaß in einem Schnellverfahren. Suppliken wurden vor diesem Gremium – zumindest soweit die Quellen hierzu Auskunft geben – keine eingereicht. Vor dem Rat, der allein die hohe Strafgerichtsbarkeit inne hatte, darüber hinaus über der gesamten Strafgerichtsbarkeit stand, bestand dagegen die Möglichkeit, Einfluß auf die Inhaftierungsdauer oder die Urteilsbemessung zu nehmen. Zwischen Strafherren und Rat hatte der Delinquent jedoch in bestimmten Fällen ein Wahlrecht, wobei ihn allerdings ein doppeltes Strafmaß vor dem Weg zum Rat abschrecken sollte. Attraktiv scheint das Anrufen des Rates wohl hauptsächlich dann gewesen sein, wenn man sich durch das längere Verfahren wie die Möglichkeit der Einbringung von Fürbitten und Suppliken einen Vorteil versprach[11].

Im Stadtarchiv von Augsburg ist einer der größten erhaltenen Bestände an Bittschriften aus allen Bereichen der städtischen Strafjustiz des 16. Jahrhunderts erhalten. Die ehemalige Reichsstadt eignet sich deshalb besonders für die exemplarische Untersuchung. Anders als in den meisten Städten und

[11] Zum Augsburger Strafprozeß vgl. R. SCHORER, *Die Strafgerichtsbarkeit der Reichsstadt Augsburg 1156-1548*, jur. Dissertation Köln u.a., 1998; siehe auch C.A. HOFFMANN, *Strukturen und Quellen des Augsburger reichsstädtischen Strafgerichtswesens in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts*, in «Zeitschrift des historischen Vereins für Schwaben», 88, 1995, S. 57-108.

Territorien sind Suppliken hier in großer Zahl im Original erhalten und finden sich zumeist noch in den Prozeßakten. Damit kann ihre Stellung und Bedeutung während und nach dem Verfahren genauer rekonstruiert werden, als wenn sie nur in den Urteilen oder Begnadigungen als Hinweis erwähnt sind[12]. Suppliken und Hinweise auf Supplikanten sind für die Augsburger Strafverfahren insbesondere in folgenden Quellenbeständen überliefert[13]:

- In den Strafbüchern – reine Register der Verurteilten mit Delikt und Strafe – wurden erfolgreiche Fürbitten oder Suppliken in bezug auf das Strafmaß wie auch auf Begnadigungen vermerkt.
- In den Ratsbüchern finden sich zahllose Einträge über eingegangene, abgelehnte oder angenommene Bittschriften, teilweise mit Erklärungen für die jeweilige Reaktion des Rats.
- Im Original sind Suppliken hauptsächlich in den sogenannten «Urgichten» erhalten. Dieser Bestand enthält nicht nur die Verhörprotokolle zusammen mit den Fragstücken, sondern im besten Fall auch sämtliche Akten zu dem Prozeß, u.a. Gutachten von Rechtsgelehrten, Zeugenaussagen oder eben auch die Suppliken. Dieser Aktenbestand ist keinesfalls vollständig. Teilweise fehlen auch gerade die Suppliken in den einzelnen Akten. Daneben sind noch einige Faszikel separat überlieferter Suppliken aus den Strafprozessen erhalten.

Exakte quantitative Aussagen zur Zahl der in den Augsburger Strafverfahren übergebenen Suppliken sind unmöglich. Vor dem Rat wurden allein im Jahre 1600 331 Prozesse geführt mit z.T. mehreren Beklagten. In den meisten Fällen wurden Suppliken eingesetzt, wobei ihre Zahl dann jeweils zehn und mehr erreichen konnte. Es ist also vorsichtig geschätzt und sicherlich nicht übertrieben, jährlich von tausend und mehr auszugehen. Für den Rat stellte die Zahl der eingereichten Suppliken in Strafsachen eine erhebliche Belastung in der täglichen Arbeit dar. Deshalb wurde am 12. April 1552 beschlossen, «das hinfuro die furbitt fur die gefanngen ausserhalb rats auffgenomen, damit ain ersamer rate jnn wichtigeren sachen dester minder verhindert werde»[14]. Im Rathaus existierte eine eigene Suppli-

12 Vgl. A. Bauer, *Gnadenbitten*; der Autor steht bei seiner Quellengrundlage sowohl vor dem Problem der Quantifizierung wie dem der Qualifizierung, kann er doch nur auf Urteilsregister zurückgreifen, die allenfalls erfolgreiche Gnadengesuche verzeichnen.

13 Vgl. C.A. Hoffmann, *Strukturen und Quellen*.

14 Stadtarchiv Augsburg [künftig StA], *Reichsstadt*, Ratsbücher 26/I, f. 45r.

kenlade[15], in der alle Bittschriften gesammelt wurden. So wird bei der schriftlichen Fixierung des täglichen Rechtshandelns immer wieder darauf verwiesen, die entsprechenden Eingaben fänden sich «bej den suppl. heütigen tags»[16]. Suppliken waren also keine Ausnahme, sondern wichtiger Bestandteil des Tagesgeschäfts in Strafsachen.

Aufgrund der Vielzahl von überlieferten Prozeßakten läßt sich erkennen, daß Suppliken in jedem Strafprozeß ganz gleich welchen Delikttypus' eine Rolle spielen konnten. Ob sie tatsächlich eingereicht wurden bzw. in welcher Anzahl, hing dagegen von vielen Faktoren ab. Die wichtigsten lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Ist der Delinquent ein Augsburger Bürger oder nicht? Bei den meisten Nicht-Augsburger Bürgern, setzen Suppliken erst viel später im Prozeß ein und bei schwereren Straftaten als bei Augsburger Bürgern. Das hat zunächst mit der einfachen Tatsache zu tun, daß die Angehörigen erst viel später von der Verhaftung erfuhren als die von Einheimischen. Vielfach supplizieren die Angehörigen des Täters in solchen Fällen zunächst beim Rat ihrer Heimatstadt um Fürbitte beim Augsburger Rat, der dann wiederum eine Fürbitte mit den Argumenten der Supplizierenden nach Augsburg weiterleitet.
- Wie stark ist das soziale Netz des Delinquenten? Je stärker ein Täter in der Gesellschaft integriert ist, je größer seine Familie, je intensiver seine Stellung in seinem Berufsverband (Zunft), je beliebter er in seiner Nachbarschaft[17], je größer sein sonstiges soziales Netz etc., desto mehr Personen und Gruppen setzen sich für ihn ein.
- Wie groß ist die Gefahr, für das Delikt eine hohe – vielleicht sogar eine Leib- oder Lebensstrafe zu erhalten? Gerade bei Familienvätern, denen ein Stadtverweis drohte, wird der Einsatz der Supplik sowohl

[15] StA, *Reichsstadt*, Ratsbücher 16, f. 14r, Eintrag vom 10.11.1529: Heute hat der Rat wegen Personen, denen am St.-Gallus-Tag (16.10.) die Stadt verboten worden war, «supplication gehort; darauf ain rhat erkandt, welche erkandtnus auf die supplication geschriben vnd in die supplication laden gelegt».

[16] Beispiele: StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1597, f. 21r, 31. Mai, f. 23v, 5. Juli; Strafbuch des Rates 1595, f. 239v, 9. Mai.

[17] Nachbarschaft ist hier auch im institutionellen Sinne zu verstehen, stellte sie doch die kleinste administrative Einheit in der Stadt Augsburg dar; vgl. hierzu C.A. HOFFMANN, *Nachbarschaften als Akteure und Instrumente der sozialen Kontrolle in urbanen Gesellschaften des sechzehnten Jahrhunderts*, in H. SCHILLING (ed), *Institutionen, Instrumente und Akteure sozialer Kontrolle und Disziplinierung im frühneuzeitlichen Europa*, Frankfurt a.M. 1999, S. 187-202.

von Seiten der Familie wie aus dem sozialen Netzwerk auch mehrmals wiederholt.

- Welche weiteren Interessen Dritter als die der von Versorgungsängsten geplagten Familien sind noch durch die Tat bzw. die Inhaftierung des Täters betroffen? Dies beginnt wiederum bei Familien, die verschwendungssüchtige Väter und Söhne inhaftiert wissen wollen. Dann gibt es Hinterbliebene von Getöteten oder Verletzte, die Schadenersatzforderungen stellen oder bestätigen, daß über diese eine Einigung erzielt wurde und nun wollen, daß die Delinquenten entlassen werden, damit diese die Forderungen auch erfüllen können. Oder aber Nachbarschaften intervenierten, die sich von jetzt inhaftierten Mitgliedern bedroht oder belästigt gesehen hatten. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren.
- Fürbitten von Fürsten und anderen hochgestellten Persönlichkeiten beim Rat der Stadt Augsburg für Straftäter und Beschuldigte nehmen gegen Ende des 16. Jahrhunderts immer mehr ab, ohne sich gänzlich zu verlieren. Diese Suppliken gehen wiederum zumeist zurück auf Bittgesuche der Täter und ihrer Angehörigen, die sich von den Fürbitten besondere Hilfe erwarteten. Der Rückgang dieser fürstlichen Fürbitten steht vermutlich mit den prozessualen Veränderungen der Zeit im Zusammenhang. Fürbittgesuche, ohne daß der Fürbitter auch nur die geringste entlastende Tatsache vorbringen konnte oder den Delinquenten auch nur kannte, hatten im reinen Inquisitionsprozeß auf die Entscheidungsfindung kaum mehr einen Einfluß.

2. *Ein Totschlagfall als Exempel*

Den Stellenwert der Supplik im reichsstädtischen Strafverfahren des 16. Jahrhunderts läßt sich allein aus der Rechtspraxis erlesen. Im folgenden exemplarischen Fall wurde das Rechtsinstrument von verschiedenen Seiten verwendet. Hinzu kommt die Bewertung dieser Gesuche durch zwei Rechtsgelehrte der Stadt.

1541 kam es auf offener Straße von Augsburg nach Gersthofen zu einem Totschlag[18]. Die beiden Täter – es ist zunächst nicht klar, welcher von beiden den tödlichen Stoß geführt hat – behaupteten während des Verhörs, sie seien zugelaufen, um Frieden zu schaffen. Dabei hatten sie einen Mann aus

[18] StA, *Reichsstadt*, Urgichten 1541 (Thoman Mangmeister, Jörg Schmid); Strafbuch des Rates 1540-43, f. 28v, 29.3.1541.

Oberhausen getötet, einen weiteren schwer verwundet. Auf dem Totenbett hatte der Getötete noch den Tätern verziehen.

In Folge des Ereignisses verglich sich die Verwandtschaft des Opfers mit den Tätern. Dieser Ausgleich war gesetzlich vorgeschrieben und entspricht dem normalen Prozedere[19]. Die Angehörigen des Getöteten wie auch die des Verletzten richteten nun Suppliken an den Rat um Freilassung der Täter aus der Haft. Suppliken kommen auch von der Verwandtschaft der Täter. Darüber hinaus wandte sich die Mutter des einen Täters an Bürgermeister und Rat von Höchstädt, ihrer Heimatstadt, die dann wiederum Fürbitte für ihren Sohn bei der Stadt Augsburg einlegten. Desgleichen intervenierte auch der Landvogt von Höchstädt, ebenfalls auf Bitten der Mutter.

Angesichts der Sachlage und des privatrechtlichen Vergleichs gab der Rat der Stadt Augsburg nun den Befehl: «Die herren doctores gemainer stat aduocates sollten diese sach beratschlagen». Die meisten Punkte, auf die Dr. Conrat Peutinger und Dr. Lucas Ulstat nun eingehen, sind hier nicht weiter von Belang. Im wesentlichen schlagen sie als Urteil einen zehnjährigen Stadtverweis vor, der in Fällen einer Tötung ohne Vorsatz in Augsburg in dieser Zeit üblich war. Interessant ist ihre Haltung zu den Suppliken: Sie vermerken, «das der entleibten vnd beschedigten frundschafft gegen den gefangen nitt allain nit peinlich clagen wollen, sonder auch sie zue begnaden bitten».

Der Rat verurteilte die beiden schließlich mit folgender Begründung: Auf bitten der «fruntschafft» beider Seiten und auch des Entleibten auf seinem Totenbett werde ihnen aus Gnaden die Stadt lebenslang verboten. Schließlich fügt der Rat noch eine spätere Begnadigungsmöglichkeit an: «doch ob mit der zeit von ihren wegen so grosse furbeth beschehen», soll eine Begnadigung dem Rat vorbehalten sein.

Der Fall erlaubt eine erste Annäherung an die Bedeutung der Supplik im Strafverfahren:

- Gerade bei den Totschlägen kommt den Erklärungen der Opferangehörigen erhebliche Bedeutung zu – sie müssen erklären, ob die außergerichtliche Einigung zu einem Erfolg geführt hat oder nicht.
- Die Juristen bezogen im genannten Fall die Fürbitte der Heimatstadt des einen Täters, die wiederum auf Supplik von dessen Mutter

[19] Vgl. C.A. HOFFMANN, *Außergerichtliche Einigungen bei Straftaten als vertikale und horizontale soziale Kontrolle im 16. Jahrhundert*, in A. BLAUERT - G. SCHWERHOFF (ed), *Kriminalitätsgeschichte*, S. 563-579.

erfolgte – wie auch die des dortigen Vogts – überhaupt nicht ein. Für sie sind diese Interventionen irrelevant. Entscheidend ist dagegen die Haltung der Opferfreundschaft, die auf eine Klage verzichtet und die Einigung bestätigt.

- Auch für die spätere Begnadigung der zu Verbannung verurteilten Straftäter gibt im Urteil der Rat gleich die Fürbitte als mögliches Instrument für das Erreichen einer Begnadigung an. Wie aus anderen Fällen bekannt, waren hierunter sicherlich auch Suppliken aus der sozialen Umgebung des Täter gemeint. Mit derartigen Eingaben wird für den Rat belegt, daß der Täter von der Gesellschaft als reintegrierbar angesehen wird. Diese für die Juristen zunächst nicht entscheidenden Bittschriften werden nun an dieser Stelle wieder von Bedeutung.

3. *Formelle Aspekte der Suppliken im Strafverfahren*

Es handelt sich bei den hier zu betrachtenden Suppliken um formlose Rechtssuppliken ohne aufschiebende Wirkung, die an den Rat der Stadt als Obrigkeit gerichtet waren. Die Supplik als Rechtsmittel mit Anspruch auf aufschiebende Wirkung, die zumeist im Zivilprozeß eine Rolle spielte, wird hier nicht weiter zu behandeln sein[20].

Die Begrifflichkeit in den Quellen selbst ist vielfältig: «anlangen», «bitten», «furbitt», «sup(p)lication», «anruffen», «begern» etc. Eine stringente Begrifflichkeit ist nicht nachzuweisen, schon gar nicht im Sinne der Differenzierung zwischen Supplik und Supplikation, wie dies im *Handwörterbuch der deutschen Rechtsgeschichte* geschieht[21]. Lediglich durch den Begriff der «intercession» wird eine etwas herausgehobene Stellung des Supplikanten angezeigt. Hierbei handelt es sich zumeist um Funktionsträger wie den Stadtvogt oder Handwerksvorgeher, aber auch den Kaiser selbst, Fürsten und kaiserliche Kommissare.

Als Verfasser unterzeichnen in Augsburg seit den 1560 Jahren in den meisten Fällen auch Notare die Suppliken, obwohl alle in der Ich-Form verfaßt sind. In Ausnahmefällen schreiben die Supplikanten aber die Texte

[20] G. SCHWERHOFF, *Supplikationswesen*, S. 476-478; *HRG*, Bd. 5, Sp. 91-92; W. HÜLLE, *Das Supplikationswesen in Rechtssachen. Anlageplan für eine Dissertation*, in «Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung», 90, 1973, S. 194-212.

[21] Ebenso in Köln; vgl. hierzu G. SCHWERHOFF, *Supplikenwesen*, S. 477.

selbst[22]. Seltener kommen auch lateinische Wendungen in den Texten vor, die ganz sicher nicht von den Bittstellern stammen können[23].

Angesprochen wird in den Suppliken im Verfahren immer Bürgermeister und Rat als Obrigkeit und zuständiges Gericht, sofern nicht ein Fürst um Fürbitte ersucht wird. Die Anrede für den Rat lautet dann: an die »fursichtigen ersamen weysen herren, die burgermaister vnd ain erber rathe diser loblichen stat Augspurg gepietend vnnd gunstig herrn». Gegen Ende des 16. Jahrhunderts werden die Anreden für den Rat bereits viel «barocker»: «An die edle wolgeborn hochweisen herren stattpfleger vnsere gnedige vnd gebiettende herrn. Demüettiges flechen vnd bitten ...»[24].

Die Gegenleistungen, die die Supplikanten anbieten, sind relativ bescheiden und klingen zumeist sehr stereotyp: «... darvmb eur f. w. [Rat] zuuerdienen will jch gegen got dem herrn mit meinen armen gebeth vnd dartzu mit mein armen vndertanigen diensten zusampt meiner schuldigen pflicht ymmer geflissen sein ...»[25]. Bei einer Supplik an einen – nicht weiter genannten – Fürsten, der um Fürbitte beim Rat ersucht wird, schreibt die Ehefrau des Delinquenten, sie wolle «langleben, gluckliche regierung vnd wolfartt» vom Allmächtigen für ihn erbitten[26].

Suppliken kamen in allen Phasen des Strafverfahrens zum Einsatz. Dabei änderten sich auch die jeweiligen Intentionen, die mit ihnen verfolgt wurden.

- Mitunter wurden Suppliken bereits unmittelbar nach der Verhaftung durch Angehörige eingereicht, ohne daß sie die Anklage kannten. In diesen Fällen werden lediglich pauschale Leumundszeugnisse ausgesprochen, verbunden mit der Annahme, daß der Delinquent wohl nichts Böses habe tun wollen und sich seiner Tat wohl nicht bewußt gewesen sei.
- Der größte Teil der Suppliken wurde während des Verfahrens dem Rat übergeben, um auf die Haftdauer und das Urteil Einfluß zu nehmen.

22 So heißt es u.a. in einer Supplik vom 12.11.1579: «vnderthenig Hanns Feyel mitburger witwer 74 jar alt mein hanndtschrifft»: StA, *Reichsstadt*, Suppliken (datiert).

23 So heißt es in der Supplik der Ehefrau des Bortenwirkers Georg Honoldsperger, es werde sich «deductione et cognitione cause leuchtlich befinden», daß ihrem Ehewirt Unrecht geschehen sei: StA, *Reichsstadt*, Urgichten 1600 (Georg Honoldsperger).

24 StA, *Reichsstadt*, Urgichten 1596 (Georg Kappel).

25 C.A. HOFFMANN, *Strukturen und Quellen*, S. 147.

26 StA, *Reichsstadt*, Urgichten 1552 (Georg Gall).

- Nach der Verurteilung eines Straftäters kamen Suppliken in folgenden Bereichen zum Einsatz: a) um das Urteil zu verändern; b) zum Antrag auf Geleit, insbesondere bei Stadtverwiesenen, die Rechtsgeschäfte in der Stadt zu tätigen hatten; c) nach Erfüllung des Urteils um Wiederherstellung des vollen Bürgerrechts, um Wiedereinlaß oder um die Folgen gesellschaftlicher Ausgrenzung abzustellen.

In bestimmten Fällen scheinbar nicht mehr reintegrierbarer Krimineller verlegte der Rat dem Verurteilten auch die Möglichkeit, aus einer Supplik oder einer Fürbitte für sich Vorteile zu ziehen. Das Urteil enthält dann den Zusatz, auch wenn für ihn «gepetn» werden sollte, solle keine Begnadigung «gewert» werden[27]. Auch Cristoff Mair stellte in den Augen des Rats einen solchen hoffnungslosen Fall dar. Der jugendliche Mair hatte vor «verschinen jaren» Diebstähle begangen und war dafür der Stadt verwiesen worden. «...: vff embssig anhalten vnnd supplicirn» habe der Rat ihn nun «aus bewegender barmhertzigkait wider begnadet vnnd hereingelassen». Allerdings, noch ehe er sich vor den Rat gestellt hatte, um dort seine Rückkehr zu melden, wurde er wieder rückfällig und stahl im Mauerbad Kleidungsstücke. Dafür wurde er jetzt mit Ruten aus der Stadt geschlagen und diese ihm lebenslang verboten. Dem Urteil wurde hinzugefügt: das Urteil sei «dergestalt das er furterhin sein lebenlanng weder mit noch on furbitt herein soll gelassen werdenn»[28].

Absender der Suppliken während und nach dem Strafverfahren waren die Delinquenten, deren Familien, Nachbarn, Berufsgenossen, andere Vertreter ihrer sozialen Netzwerke, aber auch die Opfer der Täter bzw. deren Familien. Hinzu kommen Fürbitten von Kaisern, Fürsten sowie anderen Ständen bzw. Reichsständen (z.B. die Heimatstädte und ihre Räte von Nicht-Augsburgern). Daß sich die unmittelbar Betroffenen äußern, ist nicht weiter verwunderlich. Viel seltener ist dann schon das nicht unbedeutende Problem, daß auch bestimmte politische Konstellationen in scheinbar reinen Strafrechtsfällen mit zu berücksichtigen waren. Dies wird insbesondere bei Widerstandstaten deutlich, die auf allgemeinere Problemlagen in der Gesellschaft verweisen. Intensives Supplizieren aus der Gruppe der Betroffenen, vor allem wenn diese eine nicht unbedeutende Lobby wie beispielsweise eine Zunft oder eine Konfessionsgruppe

[27] StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1509-26, S. 108, 1520.

[28] StA, *Reichsstadt*, Ratsbücher 17/I, f. 43r, Eintrag vom 10.3.1543. Vgl. zu diesem Fall auch StA, *Reichsstadt*, Ratsbücher 17/I, ff. 27r, 40r, 41r; Strafbuch des Rates 1533-39, f. 109r, 30.3.1538; Strafbuch des Rates 1543, f. 3r, 10.3.1543.

in der bikonfessionellen Stadt Augsburg darstellten, wurde sehr wohl bei der Urteilsempfehlung der gelehrten Juristen an den Rat mit einbezogen, ja sogar explizit ausgesprochen[29].

Eine Sonderstellung ist den Suppliken völlig Unbeteiligter zuzuordnen, den Fürbitten von Kaisern, Fürsten, hohen Geistlichen und lokalen Adeligen, die sich in der Stadt aufhielten. Wie bereits erwähnt hat ihnen Peter Schuster für das Konstanz des 15. Jahrhunderts hauptsächlich eine diplomatische Bedeutung zugeschrieben[30]. Dem Kontext der Gnadenvoraussetzungen im Inquisitionsprozeß sind sie sicherlich nur in Ausnahmefällen zuzuordnen. Sie haben meist nur den rein äußerlichen Hintergrund in der Anwesenheit des jeweiligen Fürbitters in der Reichsstadt, ohne daß sich dieser näher mit dem Fall befaßt hätte. Gesuche des Verurteilten auf Fürbitte wurden in der Praxis der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts von dem Fürbitter mitunter lediglich weitergegeben, ohne daß sich auch nur eine Stellungnahme des letzteren auf dem Schreiben findet. Diesen Fürbittgesuchen war deshalb der Erfolg keineswegs gesichert[31]. Auf den Suppliken findet sich in vielen Fällen von Stadtverwiesenen lediglich die Bemerkung des Ratsschreibers, «solle er dawssen bleiben»[32]. Entsprechende Einträge enthalten auch die Ratsbücher.

Allerdings konnte sich der Rat einer dringenderen und substanziellen Bitte des Kaisers vielfach nicht verschließen. Ursula Niggel[33] war wegen Ehebruchs der Stadt verwiesen worden. Sie hatte zwei Kinder und war mit dem dritten gerade schwanger. In ihrem Gesuch um Fürbitte beim Rat an Karl V. entschuldigt sie sich damit, daß sie von ihrem Ehemann, der die beiden Kinder aus erster Ehe eingebracht habe, «wenig treu, hilff vnd rath» erhalten habe. Als Reverenz gibt sie ihren verstorbenen Vater,

[29] Vgl. StA, *Reichsstadt*, Urgichten 1596 (Georg Kappel); siehe auch C.A. HOFFMANN, *Konfessionell motivierte und gewandelte Konflikte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts – Versuch eines mentalitätsgeschichtlichen Ansatzes am Beispiel der bikonfessionellen Reichsstadt Augsburg*, in P. FRIESS - R. KIESSLING (edd), *Konfessionalisierung und Region*, Konstanz 1999, S. 99-120.

[30] Derartige Zusammenhänge sieht P. SCHUSTER, *Der gelobte Frieden*, Konstanz 1995, S. 144-148.

[31] Zahlreiche Ablehungen allein in StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1509-26/28: z.B. wurden 1523 allein 8 Männer und 2 Frauen, für die Erzherzog Ferdinand und seine Gemahlin gebeten hatten, «widervmb aus der statt geschafft», S. 135 f.

[32] Vgl. u.a. StA, *Reichsstadt*, Suppliken (datiert), 4.4.1521 (Simprecht Vögler).

[33] Vgl. u.a. StA, *Reichsstadt*, Suppliken (datiert), 5.10.1547 (Ursula Niggel).

Jörg Muscat[34], an, der Kaiser Maximilian dreißig Jahre mit «cunterfeten vnd pildhauen» gedient habe. Vermutlich setzte sich Karl V. stärker als sonst üblich für Ursula Niggel ein. Der Rat begründet seine Begnadigung entsprechend unwillig: «Diese supplicantin hat vor jaren alhie viermal feur eingelegt, darumb sie der statt verwisen worden, vnd wiewol ain e[rsamer] rath vrsach gehapt hette, andere vnd ernstlichere straff gegen jr furzunemen, so ist ir doch auf statliche furpitt die stat wider eröffnet worden. Solichs hat bej souil gefruchtet, das sie sich hernach vber vorgeubte mißhandlung in ain vnzuchtig leben begeben vnd den eepruch vilfaltig beganngen. Ist nun vber solichen bericht der rh[ömischen] m[ayestät], vnsers aller gnedigsten herrn gnedigster wil vnnd mainung, das die supplicantin die stat wider eröffnet werd, des ist ain rath vnderthenigst zu fied».

Aber selbst kaiserliche Fürbitten wurden häufig abgelehnt. Dies mußte Mathiß Dietel erfahren. Er hatte eine Ehescheidung wegen angeblicher Impotenz erreicht, bald darauf aber wieder geheiratet. Es wurde von seiten des Rats nun argumentiert, wenn der Kaiser von der tatsächlichen Mißhandlung Dietels Kenntnis gehabt hätte, hätte er keine Fürbitte für ihn eingelegt[35].

Die Fürbitte des Kaisers hatte stets etwas Ambivalentes. Zum einen stand der Kaiser verfassungsrechtlich über den Augsburger Stadtherren, zum anderen waren sie in Strafsachen aber völlig autonome Instanz, zum dritten – und dies darf keineswegs übersehen werden – handelten alle nach dem geltenden Straf- und Verfahrensrecht. Suppliken konnten nur innerhalb dieses Rahmens Einfluß nehmen. Die Situation wird u.a. an einem Ratsbucheintrag vom 10. Juli 1550 deutlich. Darin heißt es, der Rat habe «der Ro. kay. Mt. etc. vnnserm aller genedigisten herrn zu vnderthenigisten eeren vnnd gefallen» sechs Personen begnadigt und die Stadt wieder erlaubt. Weitere acht Stadtverwiesene wurden «aus vrsachen jrer grossen verhandlung» nicht begnadigt. Drei davon haben sich «selbs schulden halb aus der stat gethan, die konnen ausserhalb bewilligung jrer glaubiger nit verglaidt werden»[36].

Als Fürbitter erscheinen in Augsburg neben dem Kaiser viele Fürsten, von bayerischen, sächsischen und braunschweigischen Herzögen über Mainzer Kurfürsten bis hin zu österreichischen Erzherzögen. Besonders

[34] Vgl. W. Baer u.a. (edd), *Augsburger Stadtlexikon. Geschichte, Gesellschaft, Kultur, Recht, Wirtschaft*, Augsburg 1985, S. 260.

[35] StA, *Reichsstadt*, Ratsbuch Nr. 17/II, f. 17v, 7.8.1543.

[36] StA, *Reichsstadt*, Ratsbuch Nr. 24, f. 65r.

kollektiven Fürbitten des Kaisers oder eines Fürsten[37] stand der Rat höchst reserviert gegenüber. So baten die Besucher Augsburgs oftmals wahllos für 10 und mehr Stadtverwiesene. Beispielsweise erklärt der Rat am 26. Januar 1566: Er erlaube 25 Personen, die an den Kaiser suppliziert hatten, den Wiedereintritt in die Stadt. «Vnnd nach dem andere mehr personen vmb begnadigung vnd eroffnung der stat an hochstgedachte kay. mt. supplicirt, deren verbrechung aber groß vnnd ergerlich, so hat ain ersamer [Rat], hochstgedachte kay. mt. aller vnderthenigist zubitten, dieselben personen daust vnnd vnbegnadet zulassen»[38].

Ja man ging noch weiter. Um nicht bei Reichstagen in einer Flut solcher Fürbittgesuche zu ersticken, wandte der Rat mitunter auch ungewöhnliche Mittel an. So verzögerte er 1516 die Ausschaffung der zu Stadtverweis verurteilten Gallileute bis zum Abzug des in der Stadt weilenden Kaisers, «damit ir m[ayestät] vnd ain rat vnangefochten beleiben dr fvrbet halben»[39].

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts werden die Hinweise auf diese Art der Fürbitten allmählich seltener. Fürstliche Fürbitten ohne konkrete Begründung hatten in einem sich weiter rationalisierenden Rechtssystem immer weniger Platz. Lediglich kaiserliche und wenige fürstliche «Inter-

[37] Allein in den Jahren 1521-25 kommt es zu folgenden kollektiven Fürbitten bzw. Wiederausschaffungen aufgrund der Ablehnung des Gnadengesuchs (alle nach StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1509-26/28): Montag nach Exaudi 1521 wurden 5 Frauen und 9 Männern auf «furstliche furbet» die Stadt wieder eröffnet, 1 Frau und 7 Männer «sollen sich widervmb aws der stat tun», S. 113 f. Dienstag nach Letare 1523: Auf «fürbet meins gnedigsten herrn erzherzog Verdinanden vnd seiner f. d. gemahel die statt Augspurg geöffnet»: 8 Männer. Weitere 8 Männer und 2 Frauen werden jedoch trotz Fürbitte von Erzherzog Ferdinand wieder aus der Stadt geschafft, S. 135 f. Samstag nach Letare 1524: 3 Männer wird die Stadt auf Fürbitte von Jeronimo de Campegio wieder eröffnet, S. 142. Dienstag nach Letare 1524: 9 Männer und 1 Frau trotz Fürbitte wieder aus Stadt geschafft, S. 142. 18.6.1524: 4 Männer und 3 Frauen, für die «mein g. herr herzog Wilhalm gebeten», wieder aus der Stadt geschafft, S. 148. 31.1.1525: 3 Männern auf Fürbitte des Herzogs Erich von Braunschweigs Stadt wieder eröffnet. 20 Personen, für die der Herzog ebenfalls Fürbitte getan hatte, «widerumb hinaus geschafft», S.156-158. 7.8.1525: 10 Männer und 2 Frauen auf Fürbitte des Erzherzog Ferdinand und seiner Gemahlin Stadt wieder eröffnet; 16 Männer und 1 Frau, für die der Erzherzog ebenfalls «gebeten» hatte, wiederum hinausgeschafft, S. 165 f. Simonis und Judae 1525: 1 Mann auf Fürbitte von Herzog Erich von Braunschweig Rückkehr in die Stadt gewährt, 2 Männern «aus vrsachen» nicht gewährt, S. 170.

[38] StA, *Reichsstadt*, Ratsbuch 35, f. 9v.

[39] StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1509-26/28, S. 64; vgl. A. BUFF, *Verbrechen und Verbrecher zu Augsburg in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts*, in «Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg», 4, 1877, S. 160-231, hier S. 181 Anm. 1, sowie A. BAUER, *Gnadenbitten*, S. 95.

cessionen» führten auch dann noch zu Begnadigungen[40]. Anders ist es bei Fällen von Fremden, für die ihre eigenen Obrigkeiten baten. Hier handelt es sich allerdings um tatsächlich Beteiligte am Prozeß bzw. um in den Prozeß einbezogene andere Herrschaftsträger[41].

4. *Der Inhalt der Suppliken*

Der inhaltliche Teil der Suppliken ist äußerst unterschiedlich. Die einfachsten Beispiele beinhalten nicht viel mehr als eine gewisse Mitleidsrhetorik. Es werden die positiven Eigenschaften des Beklagten hervorgehoben, seine Unwissenheit, Jugend und «blödigkeit», aber auch die Folgen einer bevorstehenden oder schon erfolgten Strafe für seine Familie, insbesondere bei Stadtverwiesenen: hierzu gehören Gefahr der Verarmung, Krankheit.

Die meisten Suppliken beinhalten jedoch mehr rechtsverwertbare Substanz: Dies beginnt bei mehr oder weniger differenzierten Leumundszeugnissen Dritter, einfachen Ausreden der Täter wie Trunkenheit oder Mißgunst der Ankläger und Gehorsamsbeteuerungen gegenüber dem Rat in der Vergangenheit wie in der Straferduldung. Differenzierter sind dann rechtsverbindliche Erklärungen, wie die der Aussöhnung von Totschlägern mit den Opferfamilien. In bestimmten Fällen stellen Suppliken fast eine Art gutachterliche Äußerung Dritter – also nicht Rechtsgelehrter – dar.

Die große Masse der Bittgesuche – neben denen der Täter selbst – stammt wohl von Ehefrauen, die den Ernährer ihrer Familie wieder aus der Haft entlassen haben wollten, weil die wirtschaftlichen Grundlagen der Familie gefährdet waren. Umgekehrt gibt es aber auch gerade Familien, die ihren Ernährer mit dem Instrument der Supplik in Haft bringen lassen, weil er u.a. die wirtschaftlichen Grundlagen der Familie zu verschwenden drohte. Der Rat geht in solchen Fällen sogar soweit, die Familien zu einem erheblichen Maße über die Dauer des Turmaufenthaltes entscheiden zu lassen. Beispielsweise mußte die Ehefrau in solchen Fällen eine Art Erklärung in

40 Vgl. StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1578, f. 48r; Strafbuch des Rates 1593, f. 194r; Strafbuch des Rates 1594, f. 201v; Strafbuch des Rates 1597, f. 19r; Strafbuch des Rates 1598, ff. 40v, 59r, 61r.

41 Vgl. StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1509-26/28, S. 123 f., 1522: Drei Bauern von Lechhausen werden wegen Aufruhrs und Verhöhnung Augsburger Bürger in die Fronfest gelegt: Auf «fürbeth vnd handlung» des Pflegverwesers zu Friedberg und des Zöllners zu Lechhausen erreichen sie jedoch die Entlassung aus dem «vangknus». Jeder muß jedoch 1 fl. «ze buss geben vnd die atzung bezalt haben».

Form einer Supplik abgeben, daß sie sich mit ihrem Ernährer ausgesöhnt habe und ihn wieder entlassen haben wollte.

Einen besonders eindringlichen Fall stellt das Verfahren gegen den Barchentkarter Jeremias Müller aus dem Jahre 1580 dar[42]. Müller war bereits verschiedentlich inhaftiert und mit Geldstrafen belegt worden, hatte auch Wirtshausverbote nicht eingehalten[43]. Vor kurzem – so die Ehefrau – wären sie beide sogar vor dem Bürgermeister Haintzl gestanden, als sie ihren Ehemann auf einen Turm bringen lassen wollte. Müller habe dabei «an ayds statt angelopt», daß er «des verschwendß, vbel haussens muessig zuegehen, seinem handtwerckh vnd arbeitdt vleyssig auf worden wöll». Auch diesmal habe er jedoch alles «jnn wind geschlagen». Durch dieses Verhalten hatte er auch das Vermögen seiner Frau erheblich vermindert. Als er schließlich alle Tage der Woche betrunken war und weder seine Frau noch ihre Kinder ihres «lebenß sich sicher» sein konnten, auch die Mitbewohner des Hauses und die Nachbarn von ihm belästigt wurden, ließen ihn die Betroffenen von der Wache an einem Freitag arrestieren. Am darauffolgenden Dienstag, den 16. August, reichte Magdalena Lutzenberger, die Ehefrau, eine Supplik an den Rat, worin sie u.a. bittet, ihren Mann im Turm auf ihre Kosten zu belassen, ihn dort seine «straff schuldt ... ain zeyt lang lassen abbiessen» und ihn nicht der Stadt zu verweisen. Üblicherweise war dies die Strafe, wenn Wirtshausverbote, Aufwandsbeschränkungen oder ähnliche Restriktionen über einen Bürger verhängt und nicht eingehalten worden waren. Für Müller war diese Gefahr besonders groß, war er durch die Strafherren ja bereits mehrfach vorbestraft. Da der Rat in vergleichbaren Fällen ohne Zögern einen – zumindest temporären – Stadtverweis verhängte, scheint hier die Ehefrau mit ihrer Supplik einem Urteil zuvorgekommen zu sein. Es findet sich zu diesem Zeitpunkt auch kein Urteil in den Strafbüchern des Rates. Erst als Müller entlassen wird, am 15. September 1580 wird vermerkt, er sei wegen «seines vbelen vnd verthulichen hausens halben auf einem thurn gelegt [worden]» und werde nun auf eine geschriebene Urfehde entlassen[44]. Die Entlassung erfolgte allerdings nicht nach Ablauf einer festgesetzten Haftdauer, sondern erneut auf Supplik der Ehefrau. Ihr Antrag ist es, der für Müller das Ende des Turmaufenthaltes bedeutet,

42 StA, *Reichsstadt*, Suppliken (datiert), 16.8. und 15.9.1580 (Jeremias Müller, Barchentkarter). Sofern nicht anders zitiert, sind alle Angaben zum Fall Müller diesen beiden Suppliken entnommen.

43 StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1571-1580, f. 115v, Eintrag vom 29.11.1576; f. 116v, Eintrag vom 18.12.1576; f. 73v, Eintrag vom 26.11.1579.

44 StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1571-1580, f. 87v.

nicht die Ableistung einer bestimmten Strafe oder die Begnadigung durch den Rat. Interessant ist hier nun besonders die Argumentation der Ehefrau, weshalb sie die Entlassung ihres Mannes wünscht. Geschäftspartner ihres Mannes hatten durch einen Bürgermeister die Erlaubnis bekommen, den Inhaftierten im Turm zu besuchen. Diese wandten sich nun als eine Art Fürsprecher an die Ehefrau. Hintergrund ihrer Intervention war jedoch die Drohung, die bestehenden Aufträge anderweitig zu vergeben, was – nach Angaben der Ehefrau – zum Bankrott des Betriebs geführt hätte. Gleichzeitig verspricht Müller, in Zukunft mit ihr «wol ... zuehausen» und die bestehenden Auflagen einzuhalten. Diesem Druck konnte sich die Frau nicht mehr entziehen. Sie bittet nun um Entlassung des Ehemanns, nicht jedoch ohne deutlich zu machen, daß sie sich hierzu einerseits «betzwungen» sieht, andererseits auch skeptisch dessen Versprechungen gegenübersteht. Als eine Art Sicherheit dringt sie deshalb darauf, den Ehemann ein «glupt» abzunehmen, und daß er im Falle der Rückfälligkeit tatsächlich einer Ratsstrafe anheim fallen würde. Bei dem «glupt» handelt es sich um die Urfehde, die im Strafbuch verzeichnet ist. Die ökonomische Notwendigkeit zwang also zum Ausgleich der Ehepartner, ohne daß die Ehefrau von einer tatsächlichen Besserung ausging.

Ein Beispiel für eine Supplik zur Abwehr sozialer Ausgrenzung, ist der Fall des Enndriß Widenman aus dem Jahr 1543. Er bittet um Bestätigung, als man ihn einstmals der Stadt verwiesen hatte, daß er nicht mit Ruten ausgestrichen worden sei. Er wollte in Hessen beim «stat pau» arbeiten und brauchte dafür die Bestätigung, nicht mit dieser Ehrenstrafe belegt worden zu sein[45]. Es ist dies übrigens auch ein Exempel für die erfolgreiche gesellschaftliche Wiedereingliederung Stadtverwiesener.

Als Stoßrichtung könnte man generell sagen, der Inhalt der Suppliken ist in den meisten Fällen allein zum Besten des Delinquenten formuliert, teilweise kann sich dieser Inhalt auch gegen den Delinquenten richten. Stets hat der Supplikant aber sein Interesse im Auge, das die Bittschrift bestimmt und damit die Behandlung des Inhaftierten oder Verurteilten durch den Rat zu seinen Gunsten beeinflussen soll.

Wichtig erscheint für die Wirksamkeit aller Suppliken, ob sie nun lediglich eine Art Leumundszeugnis darstellten, ob sie konkrete Angaben zu einer Notsituation machten, ob sie eine Aussage zum Tathergang enthielten etc., daß sie einen hohen Plausibilitätsgrad für das Gericht haben mußten.

[45] StA, *Reichsstadt*, Ratsbuch 18, f. 14r; zu Widenmans Straf- und Begnadigungsgeschichte siehe auch: Ratsbuch 17, ff. 31v, 34v, 36v, 77v, 80v; Strafbuch des Rates 1543, f. 2v; Ratsbuch 18, f. 7r.

Gerade durch die Nähe von Gericht (= Obrigkeit) und Bevölkerung in der Stadt waren rein fiktionale Geschichten der Supplikanten leichter zu durchschauen und wohl nur kontraproduktiv. Das Gewicht der Suppliken/Fürbitten für den Verlauf des Prozesses bzw. für die Resozialisierung eines verurteilten Täters war sehr unterschiedlich. Beispielsweise waren – wie gezeigt – für die Wiedereingliederung Stadtverwiesener in die Gesellschaft die Bestätigung der Aussöhnung mit den Opfern bzw. ihrer Familie (z.B. bei Schuldnern, Totschlägern) unverzichtbar, die durch Supplik erfolgte. Weitgehend wertlos wurden dagegen im Laufe der Zeit reine Bittgesuche, die keine weitere juristisch verwertbare Substanz enthielten. Hierzu gehörten die meisten Suppliken von Ehefrauen für ihre Männer, die keine inhaltlichen Aussagen zum Tatvorwurf beinhalteten, aber auch Fürbitten von Fürsten, die sich zufällig in der Stadt aufhielten, vom Beklagten oder seinen Angehörigen um Fürbitte gebeten worden waren, aber zu dem Fall und dem Täter keinerlei inhaltliche Aussagen machten.

5. *Welchen Stellenwert gestehen die Rechtsgelehrten in den Prozessen den Suppliken zu?*

Der Eingangs geschilderte Totschlag durch zwei Männer führt zurück zur Sicht der Rechtsgelehrten auf die Bedeutung der Supplik im Strafverfahren Augsburgs: Die Opferfamilie hatte mit ihrer Supplik signalisiert, daß die Aussöhnung zwischen den Parteien stattgefunden habe. Die Rechtsgelehrten betonen dabei zweimal, daß die Verwandten des Opfers nicht nur auf eine peinliche Klage gegen den Täter verzichten, sondern sogar für ihn bitten. Gerade aus den Totschlagverfahren der Zeit wissen wir, daß hierin ein entscheidendes Element des Verfahrens liegt. Geht es doch im Totschlagfall auch immer darin, Frieden für die Gemeinschaft herzustellen, der aber nur dann gewährleistet ist, wenn zwischen Opferfamilie und Täter eine Übereinkunft stattgefunden hat[46]. Die Supplik der Opferfamilie ist in diesem Fall für den Rechtsgelehrten wie für das Gericht auch ein entscheidender Verfahrensschritt, der geradezu die Voraussetzung darstellt, dem Täter eine gnädigere Strafe zuzuerkennen oder ihn zu begnadigen.

Vielfach sind jedoch Suppliken für den Juristen ohne jede Bedeutung. Ein gravierendes Beispiel hierfür ist der Wirt Georg Gall[47]. 1550 war er zu

[46] Vgl. C.A. HOFFMANN, *Außergerichtliche Einigungen*, S. 565-569.

[47] StA, *Reichsstadt*, Strafbuch des Rates 1543-53, Eintragungen vom 27.9.1550, 12.3. und 18.6.1552; Urgichten 1552 (Georg Gall).

lebenslangem Stadtverweis verurteilt worden, weil er Ungeldbetrug mit Wein und dabei auch Siegelfälschung begangen hatte. 1552 kehrte er unerlaubt in die Stadt zurück und formulierte mit eigener Hand einen Absagbrief an den Rat der Stadt Augsburg, in dem er nicht nur Beleidigungen ausstößt, sondern auch droht, falls er nicht Schadenersatz erhalte, werde er sich an Rat und Bürgern der Stadt rächen und deren Güter angreifen, beschädigen und zerstören. Es ist hier nicht der Ort, den Fall genau zu beschreiben, in bezug auf das Thema ist nun die gutachtliche Stellungnahme des Juristen Dr. Lucas Ulstet von Bedeutung. Er beruft sich vor allem auf diverse Artikel der *Carolina*, wobei das juristische Hauptproblem darin liegt, ob die Tat die Todesstrafe nach sich ziehe oder nur eine Leibesstrafe. Dr. Ulstet spricht sich schließlich für letztere aus, da der Delinquent seine Fehde nur angedroht, nichts jedoch ins Werk gesetzt habe. Er empfiehlt deshalb, Gall beide Augen auszustechen und ihn erneut der Stadt zu verweisen. Diesem Urteil schließt sich der Rat auch ohne Abstriche an, wobei allerdings der Verurteilte – wohl an den Folgen des Vollzugs – kurz darauf verstarb. Was für den Juristen jedoch keinerlei Rolle spielt, sind die beiden Suppliken der Ehefrau. Eine erste hatte sie an den Rat gerichtet, in der sie die Tat der Jugend ihres Mannes und dessen Unverstand zuschreibt. Sie bittet dabei, ihn ohne weitere Strafe aus dem Gefängnis zu entlassen, ansonsten bietet sie an, mit ihm und ihrem Kind wegzuziehen. Als ihr Mann nach drei Monaten immer noch im Gefängnis lag, wandte sie sich an einen nicht näher bezeichneten Fürsten um Fürbitte beim Rat der Stadt. Dieser reichte die Supplik ohne weitere eigene Stellungnahme einfach an den Rat der Stadt weiter. Diese Supplik findet sich deshalb in der Akte. In dieser Bitte an den ungenannten Fürsten berichtet die Ehefrau auch von einer weiteren Supplik an die «chur vnnd fursten die herein zogen, als sich dise statt ergeben hatt». Dabei sei wohl «solche mein supplica ... anderer wichtigen geschefft halben verlegt ... worden». Gerade diese Beispiele zeigen sehr deutlich, daß diese Art der Suppliken, die sich an Fürsten während ihres Aufenthaltes in Augsburg richteten, vielfach 'auf Vorrat' geschrieben wurden, um dann dem nächsten einkommenden Fürsten – oder eben den nächsten in Augsburg weilenden Fürsten – übergeben zu werden.

Im Fall des Georg Gall hatte keine dieser Suppliken Erfolg. Der Rat urteilte exakt nach den Urteilsvorschlägen des Juristen. Dieser wiederum bezog die Suppliken an keiner Stelle seiner Überlegungen in seinem Gutachten mit ein. Zunächst wird hieran deutlich, daß bereits zu dieser Zeit die fürstliche Fürbitte ohne nähere das Strafmaß beeinflussende Argumente bzw. Strafmilderungsgründe für den Prozeß kaum mehr eine Rolle spielte. Darüber hinaus wird u.a. an diesem Fall aber auch deutlich, daß Suppliken generell

für den Prozeß und das Strafmaß nur noch dann von Relevanz waren, wenn es im weitesten Sinne darum ging, die «Resozialisierbarkeit» eines Täters zu belegen oder wenn sie für den Prozeß und die Strafbemessung wichtige Fakten beinhalteten. Die einfache Einreichung einer Supplik der Ehefrau oder der Familie des Täters ohne weiteren 'substanziellen' Inhalt reduzierte sich zum reinen Ritual, das aber keine wesentliche Bedeutung mehr hatte, sieht man von der einfachen Tatsache ab, daß damit dokumentiert wurde, daß der Verhaftete ein familiäres Netz in der Stadt hatte. In vielen Fällen mag dies nicht ohne Wirkung geblieben sein, ohne daß darüber weiter verhandelt werden mußte.

6. *Ergebnis*

Die Supplik stellt im Strafprozeß die Verbindung zwischen rechtsprechender Obrigkeit und städtischer Bevölkerung dar, wobei in die Urteilsbemessung in entscheidendem Maße das soziale Kapital des Supplikanten mit einfließt. In vielen Fällen spielten die Suppliken bei der Strafzumessung und bei der Begnadigung eine wichtige Rolle[48], was sich nicht nur in entsprechenden Formulierungen im Urteil nachweisen läßt, sondern auch in den Gutachten der Rechtsgelehrten, die vom Rat für die Urteilsfindung angefordert wurden. Es ist dabei weniger von einem Aushandeln des Urteils auszugehen – das stand im Augsburg des 16. Jahrhunderts nie in der Möglichkeit der Supplizierenden –, vielmehr sind die Bittgesuche Teil der Urteilsfindung, Bausteine des Erkenntnisprozesses des Gerichts und auch verläßliche Hinweise auf die soziale Einbindung des Täters in die städtische Gesellschaft. Der Strafprozeß integriert das Wissen des sozialen Umfeldes. Dieses Wissen verbesserte dann auch die Sicherheit, daß von dem Täter und seiner Tat der Friede der Stadt im weitesten Sinne nicht mehr gefährdet war; erst wenn Belege und Hinweise hierfür vorlagen, konnte das Gericht Milderungsgründe akzeptieren. Umgekehrt konnte das Fehlen eines sozialen Netzes, aus dem ja die Suppliken in den allermeisten Fällen hervorgingen, dann auch zur Strafverschärfung beitragen. Die Gesellschaft bzw. das soziale Umfeld des Täters war also ein entscheidender Faktor der sozialen Reintegration. Das gilt sowohl für das «alte» Recht, das sogenannte Willkürrecht, wie das am

[48] Beispiel StA, *Reichsstadt*, Ratsbuch 29/II, ff. 30r, 33r, Eintrag vom 3.4.1556: Abraham Bader war wegen Ehebruchs und Totschlags vor Gericht. In der Urteilsbegründung für das ausgesprochene Stadtverbot heißt es, es solle dem Vater angezeigt werden, «wiewol ain ersamer rate vrsach hette, jne am leben zustraffen, so hab jme doch ain ersamer [Rat] jnn ansehung sein, Baders [des Vaters], furbitt allain die stat vnnd etter verboten».

Reichsrecht, z.B. an der *Carolina* orientierte Strafrecht. Seine besondere Note bekommt das Verfahren in der Reichsstadt durch die räumliche Nähe von Obrigkeit und Untertanen. Dieses Instrument, aus der Gesellschaft heraus auf den Strafprozeß einzuwirken, wurde auch von den gutachtenden Rechtsgelehrten wie von den Gerichten nie in Frage gestellt.

Suppliken zu Rangkonflikten an den Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel im 17. und 18. Jahrhundert

von *Maren Bleckmann*

I.

Bei Rangkonflikten handelt es sich um Auseinandersetzungen um den Vorrang, den Vortritt und Vorsitz. Die Supplikation war eine von mehreren Möglichkeiten, einen Rangkonflikt auszutragen[1]. Daneben bestanden – neben informellen Konfliktlösungsmustern, über die aber nur in Einzelfällen etwas

[1] Autoren und Autorinnen, die das Supplikationswesen in der Frühen Neuzeit untersucht haben, unterscheiden zwischen Gnaden- und Justizsupplikationen. Während es sich bei Gnadensupplikationen um Bitten und Beschwerden handelt, die allein auf eine Gnade des Landesherrn rekurrieren, betrafen Justizsupplikationen das Recht, die Justiz oder die Verwaltung. Zudem enthalten Justizsupplikationen ein juristisch konkreter faßbares Rechtsschutzverlangen und wollen zunächst eine Entscheidung aufgrund des normativen Rechts erzielen. Im Falle der Justizsupplikationen mußte immer eine Gegenpartei vorhanden sein. Vgl. O. ULBRICHT, *Supplikationen als Ego-Dokumente*, in W. SCHULZE (ed), *Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte?* (Quellen und Darstellungen zur Sozial- und Erfahrungsgeschichte, 2), Berlin 1996, S. 149-174, hier S. 151. Ihnen lag in der Regel ein zivilrechtlicher Streit zugrunde, dessen Ausgang der damit nicht zufriedenen Partei nur noch den Weg der Supplikation ließ, womit diese sich im Laufe der Zeit zu einem außerordentlichen oder ergänzendem ordentlichen Rechtsmittel entwickelte. Vgl. H. NEUHAUS, *Supplikationen als landesgeschichtliche Quellen. Das Beispiel der Landgrafschaft Hessen im 16. Jahrhundert*, in «Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte», 28, 1978. S. 110-190, hier: S. 120, S. 136 f. Nach Neuhaus läßt sich das Supplikationswesen in den Prozeß der Verrechtlichung einordnen: Seit dessen Ausbreitung im Heiligen Römischen Reich habe der Begriff der Supplik einen zunehmend juristischen Charakter angenommen, habe sich aber nicht auf das Strafrecht ausgedehnt, sondern sei nur im zivilrechtlich-öffentlichen Bereich zur Anwendung gelangt. Die Supplik habe schließlich den Charakter eines außerordentlichen oder ergänzenden ordentlichen Rechtmittels angenommen. Vgl. H. NEUHAUS, *Reichstag und Supplikationsausschuß. Ein Beitrag zur Reichsverfassungsgeschichte der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts* (Schriften zur Verfassungsgeschichte, 24), Berlin 1977, S. 97 f. Weiterhin A. HOHLENSTEIN, *Bittgesuche, Gesetze und Verwaltung. Zur Praxis «guter Policey», in Gemeinde und Staat des Ancien Régime am Beispiel der Markgrafschaft Baden (-Durlach)*, in P. BLICKLE (ed), *Gemeinde und Staat im Alten Europa* (Beiheft der Historischen Zeitschrift, 25), München 1998, S. 325-357, hier S. 332.

in Erfahrung zu bringen ist – weitere formelle Konfliktlösungsformen, wie beispielsweise die Anrufung eines landesherrlichen Gerichts[2]. Von dort aus konnten dann auf Antrag dieses Gerichts selbst oder auf Antrag einer der streitenden Parteien die Spruchkollegien der Juristenfakultäten konsultiert werden[3]. Diese begutachteten die einzelnen Fälle und fällten im Anschluß daran Urteile, die für die betreffenden Gerichte verbindlich waren[4]. Dank einer umfangreichen zeitgenössischen Sammlung solcher Konsilien zu Rangrechtsfällen[5] ist es möglich, diese Form der Konfliktaustragung mit dem Supplikationsverfahren bei Rangkonflikten zu vergleichen.

Als Kriterien für den Rechtsanspruch auf einen bestimmten Rang wurden so unterschiedliche Argumente wie Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer Korporation, akademischer Grad, Amt, Zivilstand, Bildung, Partizipation an der Obrigkeit und/oder der Gerichtsbarkeit, Lebensalter, Anciennität oder Promotionsalter aufgeführt. Im Zusammenhang mit dem Amt wurden die Rechte des Amtsvorgängers sowie die Rücksichtnahme auf den Nachfolger im Amt genannt. Die «Possessio» schließlich ist ein Kriterium, das all diesen Merkmalen übergeordnet war und in allen von mir untersuchten Konflikten

[2] B. STOLLBERG-RILINGER, *Rang vor Gericht. Zur Verrechtlichung sozialer Rangkonflikte in der frühen Neuzeit*, in «Zeitschrift Historische Forschung», 28, 2001. S. 385-481, hier S. 390 f.

[3] Zur Spruchpraxis der Juristenfakultäten siehe W. EBEL, *Memorabilia Gottingensia. Elf Studien zur Sozialgeschichte der Universität*, Göttingen 1969, S. 36-56; J. HAALCK, *Die Rostocker Juristenfakultät als Spruchkollegium. Ein Beitrag zur Universitätsgeschichte*, in «Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock», 8, 1958-1959. S. 404-414; DERS., *Zur Spruchpraxis der Juristenfakultät Frankfurt/Oder*, in F. BECK (ed), *Heimatkunde und Landesgeschichte. Zum 65. Geburtstag von Rudolf Lehmann*, Weimar 1958, S. 151-170; H. LÜCK, *Die Spruchtätigkeit der Wittenberger Juristenfakultät. Organisation – Verfahren – Ausstrahlung*. Köln - Weimar - Wien 1998.

[4] Bisher bestand in der Literatur Uneinigkeit darüber, ob das jeweilige Gericht an das von einem Spruchkollegium gefällte Urteil gebunden war oder nicht. In neueren Arbeiten herrscht allerdings die Auffassung vor, das Gericht sei zur Akzeptanz der Entscheidung verpflichtet gewesen. Vgl. vor allem H. LÜCK, *Die Spruchtätigkeit der Wittenberger Juristenfakultät*, S. 38 f. Auch die zeitgenössischen Rangrechtsgelehrten äußerten sich positiv zu dieser Frage. So meint Hellbach, ein Richter, der ein Spruchkollegium konsultiere, sei an dessen Entscheidung gebunden. Vgl. J.C.Th. HELLBACH, *Meditationes iuris proedriae moderni eiusdemque tum publici, tum privati ex fontibus dignitatum genuinis et usu fori hodierno demonstratae. Enunciatis ac responsis selectis confirmatae*, Leipzig 1742, Discurs. II, Cap. II, S. 112 f.

[5] Hierbei handelt es sich um eine Sammlung von Konsilien, die von dem in Anm. 4 genannten Rechtsgelehrten Hellbach zusammengestellt wurde. Vgl. J.C.Th. HELLBACH, *Meditationes*.

aufgeführt wurde. Ein wesentliches Problem bei der Entscheidungsfindung in Rangrechtsfragen resultierte aus den Schwierigkeiten einer angemessenen Beurteilung des Konflikts im Falle divergierender Rangkriterien.

Die von mir herangezogenen Suppliken entstammen sämtlich dem höfischen und städtischen Umfeld. Die ihnen zugrunde liegenden Rangkonflikte spielten sich zwischen fürstlichen Bediensteten (einschließlich der Angehörigen des Militärs), Universitätsangehörigen, Vertretern der städtischen Obrigkeit sowie Geistlichen ab. Die Suppliken stammen aus der zweiten Hälfte des 17. und aus dem 18. Jahrhundert. Der erste Fall datiert aus dem Jahre 1655, und der letzte trug sich 1801 zu. Der Austragungsort dieser Auseinandersetzungen um den Vorrang war das Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel; die Supplizierenden wandten sich mit ihrem jeweiligen Anliegen an den Landesherrn dieses Territoriums. Bei dem ausgewerteten Quellenkorpus handelt es sich insgesamt um 61 Rangrechtsfälle, die nicht nur Suppliken beinhalten, sondern ebenso aus Resolutionen sowie aus Zeugenschriften, kaiserlichen und landesherrlichen Reskripten und Auszügen aus Rangreglements bestehen.

Auch die Supplikation unterlag einer einheitlichen Reglementierung, die zwar nicht mit einem formalen Gerichtsverfahren zu vergleichen ist, aber dennoch Anforderungen an die Kontrahenten stellte, die diese im Falle der Wahl dieses Mediums des Konfliktaustrages zu erfüllen hatten. Diese Reglementierung manifestierte sich in einem einheitlichen Aufbau, sichtbar anhand der zumeist dreiteiligen Struktur – Anliegen, Argumentation und Bitte[6]. Diese einheitliche Gliederung läßt sich auf die seit dem 16. Jahrhundert in vielen deutschen Territorien erlassenen Vorschriften seitens der landesherrlichen Obrigkeit zurückführen[7]. Das führte dazu, daß die Supplizierenden auf die Unterstützung eines Schreibers angewiesen waren und bisweilen sogar einen Advokaten hinzuzogen[8]. Daß das Supplikationsverfahren darüber hinaus auch von den Ratsuchenden als ein rechtliches Instrument verstanden wurde, das zeigt die Vorgehensweise der Mehrzahl der Supplizierenden, die rechtliche Kriterien aufzählten, den Bittschriften Rangreglements und Zeugenschriften als Anlage beifügten sowie in manchen

[6] Auf die systematisierte Struktur von Suppliken macht O. Ulbricht aufmerksam, wobei die von ihm untersuchten Bittschriften allerdings lediglich eine Zweiteilung aufweisen. Vgl. O. ULBRICHT, *Supplikationen als Ego-Dokumente*, S. 157 f.

[7] *Ibidem*, S. 155.

[8] *Ibidem*, S. 153 f.

Fällen während des Verfahrens die Spruchkollegien der Juristenfakultäten anriefen.

Vor dem Hintergrund des Vergleichs dieser unterschiedlichen Möglichkeiten des Konfliktaustrages soll den beiden folgenden Fragen nachgegangen werden: 1. Inwiefern stellen Suppliken ein geeignetes Mittel dar, um Rangrechtsansprüche geltend zu machen? 2. In welchem Maße gewähren Suppliken und Resolutionen Einblicke in den Umfang und die Bedeutung von Rangordnungen und Konflikten darüber?

II.

Bei dem Fallbeispiel, das ich im Folgenden vorstellen möchte, handelt es sich um einen Rangkonflikt, der sich im Jahre 1710 zwischen einem Hofapotheker und einem Ratsmitglied zugetragen hat[9]. In seiner Supplik vom 6. Juni 1710 beschwert sich der Hofapotheker bei dem Landesherrn von Braunschweig-Wolfenbüttel darüber, daß sämtliche Ratsmitglieder, Bürgeroffiziere und alle sonstigen dieser Klasse angehörenden Personen ihm vorgetreten seien. Seiner Auffassung nach stand den genannten Personengruppen dieses Recht aber nicht zu, da Hofapotheker mit Sekretären und Beamten zu vergleichen seien und daher mit ihnen nach der Anciennität alternieren müßten. Der Grund dafür, warum diese Rangfolge in Vergessenheit geraten sei, war nach Ansicht des Supplizierenden darin zu sehen, daß sein Vorgänger im Amt von seinem Rangrechtsanspruch keinen Gebrauch gemacht hatte:

> «Was nun mein Antecessor wegen seiner bekannten schwächlichen Konstitution hat niemals in publique frequence kommen, und es dadurch fast das Ansehen gewonnen, als wann ihm kein gewisser Rang angewiesen worden».

Der Hofapotheker verweist hier auf die Notwendigkeit, seinen Rangrechtsanspruch vor den Augen der Öffentlichkeit immer wieder zu praktizieren und diesen dadurch stets von neuem ins Bewußtsein zu rufen. Im Unterschied zur Moderne genügte es in der Frühen Neuzeit nicht, einen Rechtsanspruch einmal zugewiesen zu bekommen, um dauerhaft über ihn zu verfügen, sondern dieser mußte permanent öffentlich sichtbar sein, um nicht seine Gültigkeit zu verlieren. Dadurch, daß der Amtsvorgänger des Hofapothekers seinen Rangrechtsanspruch in der Öffentlichkeit im wahrsten Sinne des Wortes nicht repräsentiert hatte, war dieser offenbar

[9] Alle in diesem Aufsatz zitierten Archivalien stammen aus dem Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel (künftig NStW), hier Akten 2 Alt, 4478, ff. 29r-32v.

verfallen, mit der Folge, daß der derzeitige Hofapotheker ihn von neuem erstreiten mußte[10].

Dabei beruft er sich auf das Gewohnheitsrecht, nach dem ihm der Rang vor den Ratsmitgliedern zustehe. Diese hätten sich den Vortritt somit widerrechtlich angemaßt:

«Und auch jetzt durch eine widerrechtliche Observanz fast festgestellt werden dürfte, daß sowohl die Ratsverwandten als Bürgeroffiziere und andere in gleicher Klasse stehende mir allenthalben vortreten».

Nach den Aussagen der Rechtsgelehrten, die sich dem Rangrecht gewidmet haben, sollte in solchen Fällen, in denen man sich nicht auf eine eindeutige Rechtslage berufen konnte und keine schriftlichen Verordnungen oder Ähnliches vorlagen, nach der «Observanz» entschieden werden[11]. Allerdings stellte das Gewohnheitsrecht in den rangrechtsgelehrten Schriften nur eine Rechtsquelle unter vielen dar, wohingegen es in der Rechtspraxis in allen Fällen eine prominente Rolle spielte.

Um dieses Gewohnheitsrecht zu unterstreichen, fügte der Supplizierende seiner Bittschrift eine Art Zeugenschrift bei. Bei dieser handelt es sich um eine Stellungnahme eines Kollegen, des Hofapothekers Kingards aus Celle, der schreibt, daß er zwar den Bürgermeistern im Rang nachfolgen müsse, weil diese eine herausgehobene Stellung einnähmen und selbst den Vorrang vor den Sekretären beanspruchen dürften. Kanzlisten und Ratsmitglieder hingegen seien verpflichtet, Kingard zu weichen. In der folgenden Passage weist der Protagonist auf die Zeugenschrift hin:

«Solches aber gleichwohl andernorts, wie aus beigelegten Extract Schreibens des Hofapothekers Kingards aus Celle in mehrern erhellet, nicht üblich, sondern selbige mit den Secretariis und Beamten aequiparieret und nach der Anciennité alternieren».

[10] Rohr nennt in diesem Zusammenhang zwei Voraussetzungen, die gegeben sein müßten, um einen Rangkonflikt zu initiieren: Erstens die «Possessio» und zweitens die Öffentlichkeit. Er schreibt hierzu in § 25 seiner Zeremonialwissenschaft der Privatpersonen: «Bevor man sich wegen seines Ranges movieren, oder sich und andere in Unruhe setzen will, muß man vorher zweierlei gründlich wissen: Zum ersten, daß einem dieser Rang unstreitig zukomme, daß man ihn mit Recht behaupten und verteidigen könne, und also ohne Raison von dem andern beeinträchtigt sei; und zu andern, daß auch an diesem oder jenem Orte, bei dieser oder jener Versammlung der Rang beobachtet werde». Vgl. J.B. von Rohr, *Einleitung zur Ceremoniel-Wissenschaft der Privat-Personen*, hrsg. und kommentiert von G. Frühsorge, Leipzig 1989, S. 124 f.

[11] J.C.Th. Hellbach, *Meditationes*, Discurs. II, Cap. I., S. 90 f. Ebenso argumentieren weitere Rechtsgelehrte, wie zum Beispiel Wernher, der schreibt, das Präzedenzrecht basiere zumeist nicht auf einem spezifischen Recht, sondern einzig auf der «Observanz»; zitiert *ibidem*, Discurs. II, Cap. I. S. 57.

Der Rekurs auf derartige Zeugenschriften stellt keinesfalls eine Ausnahme dar, sondern läßt sich auch in vielen weiteren Fällen nachweisen. Der Versuch des Hofapothekers, die Verhältnisse in Celle auf das eigene räumliche Umfeld zu übertragen, verweist auf sein Bemühen, diesen Rangkonflikt zu generalisieren. Im weiteren Verlauf der Supplik führt er noch mehr Argumente an, die sein ausschließlich auf das Amt gerichtetes Interesse belegen sollen. So weist er jegliche Form von persönlichem Ehrgeiz zurück:

«Eurer Durchlaucht versichere ich in untertänigster Devotion, daß ich bei dieser Sache nicht die geringste eitle Ambition suche, sondern die einzig wahre Intention führe».

Der Protagonist versucht hier, seinen Adressaten für sein Anliegen zu gewinnen, indem er das Interesse des Landesherrn an einem reibungslosen Ablauf der Amtsgeschäfte zu seinem eigenen erklärt. Dem entspricht auch die im Anschluß getroffene Aussage, mit der dieser Anspruch noch einmal bekräftigt werden soll: «Wie ich die von Eurer Durchlaucht mir gnädig anvertraute Charge eines Hofapothekers für alle Zeiten präcautionieren möge.» Damit wird indirekt auf den Nachfolger im Amt verwiesen, dessen Rechte durch das Verhalten des derzeitigen Hofapothekers präjudiziert würden.

Leider enthält die Akte, der das vorliegende Fallbeispiel entnommen wurde, keine Supplik der gegnerischen Partei. Aufgrund der landesherrlichen Resolution, die sehr bald nach der Supplik des Hofapothekers erfolgte, nämlich schon am 13. Juni 1710, erfährt man aber, daß der Bitte des Hofapothekers entsprochen und ihm also gestattet wurde, vor den Ratsmitgliedern zu rangieren.

III.

Das zuletzt genannte Argument, welches das Amt gegen die Person ausspielt, findet sich in sämtlichen Suppliken, die von fürstlichen Amtsträgern verfaßt wurden. Diese behaupteten immer wieder, von einer Degradierung im Rang seien nicht sie als Individuen betroffen, sondern das ihnen vom Landesherrn übertragene Amt werde in Mißkredit gebracht. Dem korrespondiert die stets von neuem vorgebrachte Dichotomie von «privater Ehrsucht», die dem jeweiligen Gegner vorgeworfen wird, und «öffentlichem Ansehen», das man für sich selbst reklamiert[12]. Indem von der eigenen Person abstrahiert wird,

[12] Im Unterschied zu Arbeiten, die sich auf Ehre und «Ehrenhändel» im frühneuzeitlichen Dorf oder in der frühneuzeitlichen Stadt beziehen, wo Ehre als eine Art «Code» fungierte, mit dem die unterschiedlichsten Ansprüche der Zeitgenossen bezeichnet werden konnten,

erfolgt eine Generalisierung des Rangkonflikts[13]. Dadurch wiederum erhöht sich die Legitimation, den eigenen Rechtsanspruch auf einen bestimmten Rang zu verteidigen bzw. zu erstreiten[14]. Weitere Fälle zeigen das Bestreben eines großen Teils der Bittsteller, ihrem Adressaten deutlich zu machen, den Vorrang nicht um der persönlichen Ehre willen erlangen zu wollen, sondern um eine Beeinträchtigung der Verrichtung ihrer Amtsgeschäfte zu verhindern[15]. Dabei wurden Amt und «öffentliches Ansehen» als wahre Ehre verstanden, von der die «private Ehrsucht» abgegrenzt wurde, was anhand einer aus dem Jahre 1718 stammenden Supplik aller Obristen des Territoriums an den Landesherrn deutlich wird:

«So haben wir diesem vorzubeugen, Eurer herzoglichen Durchlaucht tiefstuntertänigst hierdurch implorieren wollen, uns nicht allein bei diesem wohlgegründeten alten gebräuchlichen Herkommen allergnädigst zu schützen, sondern auch nach der unvorschreiblichen und unwidersprechlichen gnädigen Gefallen, festzustellen, damit wir zur Unterdrückung anscheinende und auf diese Weise verächtlich ansehende Offiziere wider alles Verschulden,

wird in den hier vorliegenden Suppliken Ehre in einem ganz spezifischen Sinne verstanden, nämlich als Ausdruck des «öffentlichen Ansehens». Als Beispiel für Untersuchungen zum Ehrverständnis in der frühen Neuzeit vgl. M. DINGES, *Ehrenhändel als «Kommunikative Gattungen». Kultureller Wandel und Volkskulturbegriff*, in «Archiv für Kulturgeschichte», 75, 1993. S. 359-393, hier S. 363. Für das Mittelalter vgl. P. SCHUSTER, *Ehre und Recht. Überlegungen zu einer Begriffs- und Sozialgeschichte zweier Grundbegriffe der mittelalterlichen Gesellschaft*, in S. BACKMANN u.a. (edd), *Ehrkonzepte in der Frühen Neuzeit. Identitäten und Abgrenzungen* (Colloquia Augustana, 8), Berlin 1998, S. 40-66, hier S. 45.

[13] Generalisierungen findet man in den folgenden Suppliken: NStW, Akten 2 Alt, 4476, ff. 22v. und 38r.

[14] Siehe hierzu das Plädoyer Rohrs, dem Gemeinwohl Priorität gegenüber individuellen Ansprüchen beizumessen: «Die allgemeinste Wohlfahrt ist dem Rang und der Oberstelle der Privatpersonen billig vorzuziehen; Wo man nun durch den Rangdisput die Entscheidung gewisser Punkte, daran dem gemeinen Wesen viel gelegen, aufhalten dürfte, als bei Beratschlagung der Angelegenheiten, die auf Stiftstagen, Landtagen u.s.w. tractieret werden, so ist man verbunden, lieber seinem Range etwas zu vergeben, als das gemeine Beste zu hindern». Und weiter: „Jetztund will ich gedenken, daß sich einige Umstände ereignen können, da ein vernünftiger Mensch, den Lehren der Weltweisheit nach, bei dem Range und der Oberstelle nicht weichen soll, und da es ihm zur besonderen Ehre gereicht, wenn er sein ihm hierunter zustehend Recht behauptet, so gut er kann. Solches geschiehet hauptsächlich bei denjenigen Handlungen, da es nicht auf seine eigene Ehre und Caprice ankommt, daß er mit der Oberstelle und Vorhand prahlet, sondern, da es der Respekt seines Herrn erfordert, dessen Ehre er, als ein treuer und redlicher Diener behaupten und retten muß; So einfältig es ist, wenn eine Privatperson in Verfechtung ihres Ranges allzu hitzig, so rühmlich ist es, hingegen um einen Diener, wenn er zum Nutzen und zur Glorie seines Souveräns, den er mit Grund, seiner Pflicht, oder der ihm noch hierher erteilten Instruktion nach, behaupten solle»; vgl. J.B. VON ROHR, *Einleitung*, S. 122 ff.

[15] 22 Mal wurde das Amt und 16 Mal die Amtsdauer genannt.

und gegen sowohl einheimische als auswärtige durchgehende Gewohnheiten bei Hofe nicht unterdrückt oder zurückgesetzt werden mögen»[16].

Im Verlauf der Auseinandersetzung zwischen fürstlichen Sekretären und Lizentiaten, die sich 1660 zutrug, betonen erstere: «zumal die Sache nicht uns so sehr, sondern vielmehr Eurer Durchlaucht estatis und dero officia concerniert»[17].

Das Argument, dafür Sorge tragen zu wollen, daß der Amtsnachfolger keinerlei Nachteile bei der Verrichtung seiner Amtsgeschäfte zu befürchten habe, tritt in nahezu allen derartigen Fällen in Erscheinung[18]. Wie in dem zuerst aufgeführten Fallbeispiel wird die Sorge um den Amtsnachfolger mit derjenigen um den Vorgänger im Amt verknüpft, so daß der betreffende Supplikant sich in eine bestimmte Traditionslinie einordnen kann, die fortzuführen sein Anliegen ist[19]. Auch diesem Argument liegt eine Intention zur Generalisierung des eigenen Interesses an dem Vorrang zugrunde. Indem die Sorge um den Amtsnachfolger in den Vordergrund der Argumentation gerückt wurde, versuchte der Supplizierende, dem Vorwurf, von persönlichen Ambitionen ergriffen zu sein, zuvorzukommen.

All diese Argumente verweisen darüber hinaus auf eine immer stärkere Trennung zwischen Amt und Person. Den Supplizierenden war die Bedeutung des landesherrlichen Amtes bewußt, weswegen sie ihren Rechtsanspruch daran knüpften und jegliches persönliches Interesse an einem bestimmten Rang weit von sich wiesen. Handelte es sich bei den Rangkonflikten um Auseinandersetzungen zwischen Inhabern verschiedener Ämter, so brachten die Kontrahenten immer wieder die Nützlichkeit ihrer jeweiligen Aufgaben für die Allgemeinheit ins Spiel[20]. Teilweise argumentierten die Supplizierenden mit ihren Diensten für das Gemeinwohl, indem sie auf die von ihnen aufgewendete Treue und Sorgfalt sowie auf ihr Pflichtbewußtsein bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten verwiesen. So beispielsweise der Kanzlei- und Hofgerichtsadvokat und Prokurator Johann Wasmann:

«Ich, der von Serenissimi, dem gnädigen Fürsten und Herrn, nicht um bloße Dinges sein omnium procuratorem, sondern ich für ein Advokaten in gnädige fürstliche Durchlauchtig-

[16] NStW, Akten 2 Alt, 4479, f. 3v.

[17] NStW, Akten 2 Alt, 4475, f. 3r.

[18] NStW, Akten 2 Alt, 4475, f. 24v.

[19] NStW, Akten 2 Alt, 4477, f. 58r.

[20] Quantitativ gesehen wird dieses Kriterium nach dem des Amtes an sich und dem der Amtsdauer am dritthäufigsten genannt.

ste Kanzlei und Hofgericht laut Beilagen nunmehr für 6 Jahre und also ohne als dieser, in fürstlicher Kanzlei aufgebautet, gnädig cooptieret und bestellet, mich auch in derozeit ohne Beschwernis zu melden, in meiner andern trauten Bedienung, verhoffentlich also erhalten, daß niemals mit Bestanden über mich sich eines zu beschweren haben»[21].

Die Supplik eines fürstlichen Sekretärs aus dem Jahre 1716 weist große inhaltliche Parallelen hierzu auf:

«Nachdem uns aber sehr nahegeht, daß, da wir jederzeit, insonderheit aber einige unter uns an die zwanzig, dreißig, ja beinahe vierzig Jahre dienen muß, gnädigst anvertrauten Bedienungen, mit untertänigster Treu und möglichster Sorgfalt vorgestanden, wir sehen müssen, wie unser officium durch dergleichen von andern ausgebrachte Titulaturen immer mehr und mehr zu vilescieren beginnt»[22].

Hier wird die Nützlichkeit der eigenen Amtstätigkeit mit der Nutzlosigkeit der reinen Titularämter kontrastiert[23]. In einer Supplik der adeligen Schatzräte, während ihrer Auseinandersetzung mit den gelehrten Hofräten, heißt es, es sei nicht einzusehen,

«mit was Raison die gelahrte Herren Hofräte dieserwegen Beschwerung zu führen oder auch die Präzedenz zu prätendieren in einigerlei Wege Anlaß nehmen können, in mehrern Betracht, da sowohl die adeligen Schatzräte als die gelehrten Hofräte vermittels ordentlicher Wahl und Confirmation zu ihrem Amte bestätigt, und der eine sowohl als der andere in seiner ihm anvertrauten Funktion dem allgemeinen Wesen zum Besten, mit gebührlicher Sorgfalt und Treue, obliegender Schuldigkeit nach, arbeiten muß»[24].

In dem Konflikt mit den gelehrten bürgerlichen Hofräten versuchten die adeligen Schatzräte nicht, ihren Kontrahenten mit traditionellen adeligen Werten entgegenzutreten, sondern paßten sich dem neuen bürokratischen Amtsverständnis an, indem sie erstens dieselben Rekrutierungskriterien wie ihre Gegner für sich reklamierten und sich zweitens auf ihre erbrachten Leistungen beriefen. Damit unterwarfen sie sich dem vom Territorialherrn geforderten Arbeitsethos und Pflichtbewußtsein. Während in diesem Fall interessanterweise den Kontrahenten dieselbe Gewissenhaftigkeit bei ihren Amtsverrichtungen zugetraut wird, existieren auch Fälle, in denen die Supplizierenden versuchen, ihre jeweiligen Gegner in bezug auf die konkurrierenden Aufgabenbereiche zu übertreffen. Das zeigt das folgende,

21 NStW, Akten 2 Alt, 4475, f. 40v (1664).

22 NStW, Akten 2 Alt, 4476, f. 49v.

23 Im Zuge des Einflusses eines neuen Menschenbildes, einer veränderten Religiosität und einer allgemeinen Empfindsamkeit seit der Mitte des 18. Jahrhunderts nahm die Kritik am Titelwesen zu. Vgl. M. Maurer, *Die Biographie des Bürgers. Lebenswelten und Denkweisen in der formativen Phase des deutschen Bürgertums (1680-1815)*, Göttingen 1996, S. 592.

24 NStW, Akten 2 Alt, 4482, f. 2v (1675).

aus dem Jahre 1753 datierende Beispiel, in dem es um einen Rangkonflikt zwischen den namentlich nicht näher bezeichneten Kammersekretären und dem Sekretär der Justizkanzlei Cleve geht:

«So werden wir des bisherigen Vorgangs mehr als zu gewiß sein, da die Kammerscretariis, Kammerregistratores und Kammerverwalter vielfältig Aufsätze, die Serenus höchstselbst vollziehen, machen, in wichtigen Landessachen sowohl bei fürstlicher Kammer als auch vielmals bei den aus Membris Ministerii und fürstlicher Kammer zusammengesetzten Konferenzen Protocolla führen, Relationes ad Serenum aufsetzen und auch selbst Commissiones, die nicht nur von fürstlicher Kammer, sondern von Sereno höchstselbst unmittelbar ihnen zukommen übernehmen, zu welchen allen, wenn es uns zu sagen gnädig erlaubt ist, mehr Übung, Aufmerksamkeit und Nachdenken, als zu denen etwa gehabten Verrichtungen des Herrn Secretarii Cleve erforderlich, diesen also daher ein mehrerer Verdienst und Vorzug für uns unsers Bedrückens wohl nicht zuzueignen sein möchte»[25].

Auch in dem Konflikt zwischen zwei konkurrierenden fürstlichen Amtsträgern, namens Germer und Matthai, wird die Bedeutsamkeit der eigenen Tätigkeit herausgestellt. So schreibt der Amtmann Matthai in seiner Supplik vom 8. November 1671:

«Eurer Durchlaucht ja männiglich bekannt ist, meine jetzige Bedienung der seinen an Mühe, Verantwortung und Wichtigkeit ohne allen Zweifel zum wenigsten gleicht»[26].

Es verwundert nicht weiter, daß in den beiden zuletzt genannten Fällen nicht lediglich die Bedeutsamkeit der eigenen Tätigkeit herausgestellt, sondern diese einem konkurrierenden Amt vergleichend gegenübergestellt wird.

Über das Kriterium der Nützlichkeit hinaus finden sich aber auch Fälle, in denen der Leistungsgedanke eine zentrale Rolle spielt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen individuellen und kollektiven Leistungen. Bei ersteren handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um im Krieg errungene Verdienste. In der Auseinandersetzung zwischen dem Kapitän Wullbrand und den sämtlichen anderen Kapitänen von der Landmiliz wartet Wullbrand mit seinen Leistungen auf, die er im vorangegangenen Krieg erbracht habe. Diese beschreibt er in seiner Supplik aus dem Jahre 1693 in aller Ausführlichkeit:

«Letztlich bei Beantwortung des sechsten Punktes, kommt mir sehr befremdet vor, daß man mir aufrücken wolle, ob hat ich in Kompanie mein Lebtag keine Oberoffiziersstelle bedient, sondern bei der Landmiliz die Hauptmannscharge erlangt, so muß ich jedoch ohne eitlen Ruhm anführen, daß, wie wir vor zwanzig Jahren nach dem Elsaß marschieren müssen, ich schon gefreiter Kapitän gewesen, und nach dem Kapitän worden, welche Charge ich, wie wir vor Straßburg geschlagen, treulich und redlich vor den Feind vorsehen. Und wie

25 NStW, Akten 2 Alt, 4485, f. 25r.

26 NStW, Akten 2 Alt, 4481, f. 3r.

wir nachgehends in Elsaß in die refraichir Quartier und der Feind sich wieder bei Colmar versammelt, als Fähnrich (weil mein Fähnrich krank darnieder gelegen) das Fähnlein gegen den Feind geführet, in welcher Aktion, wie zu erweisen steht, die Stange an dem Fähnlein mir entzwei geschossen worden, welches ich noch geheuts an ein andern schwarzen Lanzenstiel angeheftet und angeschlagen, welches Fähnlein noch wohl im Zeughaus allhier hängen wird, zu geschweigen der anderen Kriegszüge, was vor Trier und Pommern passiert, da ich mich gottlob unverwißlich und rechtschaffen verhalten»[27].

Noch emphatischer fällt die Bitte aller Obristen des Territoriums aus, sie von einer Degradierung im Rang gegenüber dem Oberschenken zu verschonen:

«Nicht eben hierbei etwa zu gedenken, wie so gar sauer wir uns diese honneurs durch Darlegung und öfterer Aufopferung unseres Leibes und Blutes teilhaftig und verdient machen müssen»[28].

Interessanterweise begründet auch der Fürst in seiner Resolution zugunsten des Generalleutnants von Imhoff dessen Vorrang vor den Ministern bei Leichenprozessionen mit dessen herausragenden Verdiensten im Krieg:

«Wir auch wohl versichert sind, daß dieselben, nicht darüber scheel sehen werden, daß diesem wie vorhin, also auch noch in dem letzten Kriege um uns und das Vaterland so wohl verdienten Mann ihre Beförderung in keiner Weise nachteilig sei»[29].

Allerdings liegt mir auch ein Fall aus dem Jahr 1769 vor, in dem ein königlicher Beamter mit seiner individuell erbrachten Leistung argumentiert:

«Ich würde aber nichtsdestoweniger Euren Befehl untertänigst befolgen, in der Hoffnung, daß mein bei der hiesigen desolaten Wirtschaft schon angewandter und noch anzuwendender Fleiß und der Vorteil der Amtsuntertanen, den sie bei ihrem Ackerbau und Verrichtung ihrer Wirtschaft daraus nehmen können, Eure herzogliche Durchlaucht mit der Zeit einsehen würde, diese mir so schadhafte Zurücksetzung wiederum aufzuheben, und mir die Autorität, welche andere Beamte haben, gnädig angedeihen zu lassen»[30].

In einem weiteren Beispiel wird zwar ebenfalls die persönliche Leistung hervorgehoben. Allerdings ist dieser Fall weder im militärischen Umfeld angesiedelt, noch handelt es sich bei dem Protagonisten um den Inhaber eines obrigkeitlichen Amtes. Statt dessen ist der Supplizierende ein Lizentiat, der gegenüber den Bürgermeistern der Stadt Helmstedt seinen Rang verteidigt. Infolgedessen basiert das folgende Argument, das sich in seiner Supplik findet, auch auf seiner Gelehrsamkeit:

27 NStW, Akten 2 Alt, 4477, f. 14r.

28 NStW, Akten 2 Alt, 4479, f. 2v (1718).

29 NStW, Akten 2 Alt, 4488, f. 9v (1766).

30 NStW, Akten 2 Alt, 4488, f. 17r.

«Dem zufolge habe innerhalb fast anderthalb Jahre soviel vornehmes und wohlbemittelster Herren Söhne dahin zu kommen veranlaßt, daß dero Universität und der Stadt viel hundert Gelehrte sind»[31].

Kollektive Leistungen wurden ausnahmslos von Adeligen angeführt. Sie hielten den individuellen Verdiensten der fürstlichen Bediensteten und der Universitätsangehörigen solche entgegen, die schon seit eh und je von ihrer Familie als Kollektiv erbracht worden waren. In einem Rangkonflikt, den einige Adelige 1686 gegen einen fürstlichen Amtsträger ausfochten, da sie den Vorsitz beim Kirchengebet beanspruchten, versuchten sie den Landesherrn für sich einzunehmen, indem sie auf die von ihren Vorfahren veranlaßten Schenkungen an die Kirche aufmerksam machten:

Und wir mit aus dieser consideration es untertänigst suchen, weil von unseren allerseits Vorfahren die Kirche mit ansehnlichen mehrern Intraden und Gaben reichlich dotiert»[32].

Im Unterschied zu dem oben beschriebenen Präzedenzstreit zwischen den gelehrten Hofräten und den adeligen Schatzräten bestand die Intention der Adeligen in diesem Fall darin, ihren Vorrang dadurch zu rechtfertigen, daß sie die von ihren Vorfahren erbrachten Leistungen zur Sprache brachten. Nicht die individuelle Leistung, sondern die von der gesamten adeligen Familie vollbrachten Anstrengungen prägen die Argumentation der Adeligen in diesem Fall.

Das Kriterium der «Observanz», das für den eingangs genannten Hofapotheker das entscheidende Argument für seinen Rangrechtsanspruch zu sein scheint und zu dessen Beweis er die Zeugenschrift seines Kollegen anführt, fehlt in keiner der von mir untersuchten Suppliken. Der Grund hierfür liegt darin, daß derjenige, der die «Observanz» bzw. die «Possessio» für sich reklamieren konnte, grundsätzlich die Rechtsvermutung für sich hatte, denn er war derjenige, der sich in die gegebene Rangordnung einfügte, während sein Gegner eine Störung derselben verursachte. Dem generellen Interesse des Landesherrn an der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung entsprach ein Interesse an der Bewahrung der einmal etablierten Rangordnung[33]. Das erklärt der immer wiederkehrende Appell der fürstlichen Amtsträger an die Abneigung der landesherrlichen Obrigkeit gegen potentielle Veränderungen. Dabei wandten viele Supplizierende eine Argumentationsstrategie

[31] NStW, Akten 2 Alt, 4476, f. 10r (1683).

[32] NStW, Akten 2 Alt, 4476, f. 26v.

[33] In den Schriften der Rangrechtsgelehrten wird durchgehend die Notwendigkeit zur Einhaltung der sozialen Ordnung und damit einhergehend der sozialen Ungleichheit propagiert; vgl. J.C.Th. HELLBACH, Discurs. I, Cap. II, S. 50.

an, mit Hilfe derer sie sich selbst als friedfertig und im Einklang mit der sozialen Ordnung lebend darstellen, während sie den Gegner der Anstiftung zu Störungen dieser Ordnung durch das Initiieren von Streit und Aufruhr bezichtigen. Somit instrumentalisierten die fürstlichen Bediensteten sozial anerkannte Normen und Wertvorstellungen, indem sie diese in ihre Argumentation einfließen ließen[34]. In einem Präzedenzstreit, der sich 1724 zwischen dem Sekretär Vogt und dem Kammersekretär Ahrens abspielte, versuchte jener ebenfalls den Eindruck von Genügsamkeit und Friedfertigkeit zu erwecken[35]. Auch das Bemühen einiger Ratsmitglieder um den Vorrang ist äußerst instruktiv, prophezeiten diese dem Fürsten doch «Streit und Unordnung» für den Fall, daß ihrer Bitte nicht entsprochen werde[36]. Da es sich bei dem oben erwähnten Rangkonflikt zwischen adeligen Schatzräten und gelehrten Hofräten um eine Auseinandersetzung zwischen miteinander konkurrierenden fürstlichen Bediensteten handelte, ist es nicht verwunderlich, daß beide Seiten vorgaben, ein gutes Einvernehmen im Umgang mit dem jeweiligen Gegner liege in ihrem Interesse:

«Und sind wir unseres Teils nicht weniger geneigt als schuldig, allen getreuen Patrioten und insonderheit den adeligen Schatzräten, wie bisher geschehen, alle Freundschaft und guten Willen zu erweisen, hoffen auch, es werden dieselbe durch jetziges ganz ungewöhnliches Begehren zu schädlicher Mißhelligkeit und Unfreundschaft kein Anlaß gegeben gemeinet sein»[37].

[34] In der Frühen Neuzeit fungierte der Begriff der Ordnung als Grundkategorie der gesamten Gesellschaftsstruktur. Vgl. P. MÜNCH, *Grundwerte der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft? Aufriß einer vernachlässigten Thematik*, in W. SCHULZE (ed), *Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität* (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 12), München 1988, S. 53-72, hier S. 66 f. Nach Münch äußerte sich das Ordnungsmodell dieser Epoche als Verständnis vom Ständestaat als der heiligen Ordnung von Obrigkeit und Untertan. Vgl. P. MÜNCH, *Ökonomische Verhältnisse und soziale Bedingungen der deutschen Ständegesellschaft im 18. Jahrhundert*, in U. HERRMANN (ed), *«Die Bildung des Bürgers»: Die Formierung der bürgerlichen Gesellschaft und der Gebildeten im 18. Jahrhundert* (Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens in Deutschland, 2), Weinheim - Basel 1982, S. 38-56, hier S. 47 f. Vor dem Hintergrund der wechselseitigen Beeinflussung von kollektiven Suppliken und Desiderien auf der einen und obrigkeitlichen Beschlüssen, Edikten, Ausschreiben und Landesordnungen auf der anderen Seite in Hessen-Kassel in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert konstatiert Würgler ein dem Landesherrn, den Landständen sowie den übrigen Untertanen gemeinsames Interesse an der Bewahrung der bestehenden Ordnung. Vgl. A. WÜRGLER, *Desideria und Landesordnungen. Kommunaler und landständischer Einfluß auf die fürstliche Gesetzgebung in Hessen-Kassel 1650-1800*, in P. BLICKLE (ed), *Gemeinde und Staat im Alten Europa* (Beiheft zur Historische Zeitschrift, 25), München 1998. S. 149-207, hier S. 203-206.

[35] NStW, Akten 2 Alt, 4479, ff. 32v-34v.

[36] NStW, Akten 2 Alt, 4477, f. 60v (1706).

[37] NStW, Akten 2 Alt, 4482, f. 10r (1675).

In einem direkten Zusammenhang mit diesem Argument ist auch die Anspielung auf die mögliche Gefahr eines Autoritätsverlustes gegenüber den Untertanen zu sehen[38]. Diese Strategie wurde allerdings nicht nur von den fürstlichen Bediensteten angewandt, sondern sie tritt immer dann zum Vorschein, wenn es sich bei den Supplizierenden um Vertreter einer Obrigkeit – gleichgültig welcher Ebene – handelte. Ein Beispiel hierfür ist die aus dem Jahre 1699 stammende Klage zweier Bürgermeister im Streit mit den Angehörigen der fürstlichen Kanzlei,

«das hiesige Ratskollegium solle verstoßen und hintenangesetzt werden, da wir doch jetzt leider erfahren müssen, daß hiesige Bürger unserem Respekt und Gehorsam sich sehr entziehen und wenn wir noch weiter degradiert würden, so denn möchte unser Respekt und Gehorsam ferner abnehmen und ganz und gar uns entzogen werden»[39].

Während der Auseinandersetzung zwischen dem Amtmann Scholvin und einigen Adeligen beschweren letztere sich 1686 bei dem Fürsten darüber, sie seien durch das Verhalten des Amtmannes vor ihren Erbmeiern erniedrigt worden:

«Ob wohl Eure Durchlaucht bei der hochfürstlichen hohen Landesaffären so ungerne behelligen. So werden wir doch vom hiesigen Amtmann Scholvin in Untertänigkeit zu klagen, in viele Wege, indem er uns alle unsere und unsern Gütern von uralten Zeiten her zustehende Privilegia und Prärogativen teils schwächet, teils gar entziehet, angenötiget»[40].

In einem ganz anderen sozialen Kontext spielt sich der Rangkonflikt zwischen den Helmstedter Diakonen und Bürgermeistern ab. Hier sind es die Diakone, die vorgeben, im Falle einer Degradierung im Rang einen Autoritätsverlust befürchten zu müssen:

«Ich bezeuge mit Gott, daß ich hierunter keine Privatehre und Respekt suche, sondern nur gerne bei meinem Amte ohne Beschimpfung leben wollte, zumal es mit den helmstedtischen Predigtdiensten also bewandt, daß wo uns dieser geringe elende Respekt sollte genommen werden, wir die verachtetesten Leute daselbst sein müßten, und wenig Achtbares und Erbauliches ausrichten weren»[41].

Auf geschickte Art und Weise wird hier die Autorität gegenüber den Untertanen als Voraussetzung für die zufriedenstellende Ausführung des

[38] Zur Gefahr des Autoritätsverlust und den daraus resultierenden Konsequenzen siehe P. BLICKLE, *Unruhen in der ständischen Gesellschaft 1300-1800*, S. 3-6. Weiter W. HUBIG, *Konflikte in Weil der Stadt während des 17. und 18. Jahrhunderts. Verfassungsentwicklung einer kleinen Reichsstadt von 1648 bis 1803* (Europäische Hochschulschriften. Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, 602), Frankfurt a.M. u.a. 1994. S. 238 ff.

[39] NStW, Akten 2 Alt, 4477, ff. 48v-49r.

[40] NStW, Akten 2 Alt, 4476, f. 25r.

[41] NStW, Akten 2 Alt, 4480, f. 2v (1668).

Predigtamtes zum Argument im Rangstreit gemacht. Das vorgebliche Interesse der Supplizierenden an der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung und an dem Vermeiden von Störungen und Streit kommt darüber hinaus vielfach im Einführungsteil der Bittschriften zum Vorschein, wo es beispielsweise heißt:

«So gelangt an Euch unser gnädigstes Suchen, Sie wollen zur Verhütung alles ferneren Streits und Unordnung uns bei der Präzedenz vor den Bürgerkapitänen schützen»[42].

Auch hier wird wiederum das bereits mehrfach konstatierte Bemühen der Supplizierenden erkennbar, zu polarisieren, indem der Gegner des Initiierens von Streit und Unordnung bezichtigt wird, während sie selbst sich als Verfechter von Frieden und Ordnung ins rechte Licht zu rücken pflegen.

Kehren wir noch einmal zu der Supplik des Hofapothekers zurück, die den Ausgangspunkt der Untersuchungen darstellte: Der Hofapotheker machte auf die Diskrepanz zwischen seinem Anspruch auf einen bestimmten Rang auf der einen und der Vernachlässigung dieses Ranges in der alltäglichen Praxis durch seinen Amtsvorgänger auf der anderen Seite aufmerksam:

«Was nun mein Antecessor wegen seiner bekannten schwächlichen Konstitution hat niemals in publique frequence kommen, und es dadurch fast das Ansehen gewonnen, als wann ihm kein gewisser Rang angewiesen worden»[43].

Die symbolische Inszenierung der Rangordnung darf nicht lediglich als Ausdruck einer verborgenen Wirklichkeit verstanden werden. Erst mittels der Visualisierung der Hierarchie der einzelnen Ränge gelangte die soziale Rangordnung überhaupt ins Bewußtsein der Zeitgenossen. Die Rangordnung bedurfte der permanenten Praktizierung durch Individuen und soziale Gruppierungen[44]. Visualisierung der Rangordnung und ihre Konstituierung waren kaum voneinander zu trennen. Man könnte pointiert formulieren, daß der Rechtsanspruch auf einen bestimmten Rang der symbolischen Kommunikation bedurfte, um generiert, aufrechterhalten und verteidigt zu werden.

42 NStW, Akten 2 Alt, 4477, f. 61r (1706).

43 NStW, Akten 2 Alt, 4478, f. 2r.

44 Für städtische Prozessionen hat Darnton gezeigt, daß durch diese die Stände und Ränge konstruiert wurden, wobei sich die Aufnahme wie der Ausschluß bei Prozessionen in der Vorstellung der Menschen und auf der Straße zugleich vollzogen habe. Vgl. R. DARNTON, *Ein Bourgeois bringt seine Welt in Ordnung. Die Stadt als Text*, in DERS. (ed), *Das große Katzenmassaker*, München 1989, S. 125-166, hier S. 143.

IV.

Zwischen den in den Resolutionen niedergelegten landesherrlichen Entscheidungskriterien und den Argumenten der Supplizierenden bestanden selbstverständlich Wechselwirkungen. Betrachtet man die Urteile, so lassen sich bestimmte Tendenzen erkennen. Generell kann man sagen, daß Suppliken ein angemessenes Mittel gewesen zu sein scheinen, Rangkonflikte zu thematisieren und einer Entscheidung zuzuführen, da sie vom Landesherrn bzw. von seiner Kanzlei mit gebührendem Ernst betrachtet und in aller Ausführlichkeit und Genauigkeit behandelt wurden. Es bleibt allerdings festzuhalten, daß im Unterschied zum gerichtlichen Verfahren der Weg der direkten Anrufung der landesherrlichen Obrigkeit keine Entscheidungssicherheit bot. So erhielten die Rechtssuchenden in nur 35 von 61 Fällen überhaupt eine Resolution, während im Falle eines gerichtlichen Verfahrens gewissermaßen ein Urteilszwang bestand.

Was die Frage anbelangt, inwiefern es sich bei dem Supplikationsverfahren um ein insbesondere für die Personengruppe der fürstlichen Amtsträger geeignetes Medium des Konfliktaustrages handelte, so kann diese Frage nur vor dem Hintergrund des Vergleichs mit dem regulären Gerichtsverfahren beantwortet werden, wie es in den oben genannten Konsilien greifbar ist. Auffällig ist erstens die Homogenität im Falle der Suppliken. Es waren im wesentlichen vier Gruppen, die in Auseinandersetzungen um den Rang involviert waren: Fürstliche Amtsträger (einschließlich der Militärangehörigen), Vertreter der städtischen Obrigkeit, Geistliche und Universitätsangehörige. Zweitens versahen die Kontrahenten, welche den Rechtsweg beschritten und sich an die Spruchkollegien wandten, meistens mehrere Funktionen. Drittens stellten die fürstlichen Amtsträger die größte Gruppe der Supplizierenden dar, wohingegen im Falle der Konsilien die Universitätsangehörigen den größten Anteil unter der prozessierenden Parteien ausmachten. Möglicherweise wirkte sich die berufliche Tätigkeit auf die Wahl des Mediums der Konfliktbeilegung aus, denn während sich die fürstlichen Amtsträger im Hinblick auf den Ausgang des Konflikts einen größeren Erfolg versprachen, wenn sie sich unmittelbar an ihren Dienstherrn wandten, handelte es sich im Falle der Universitätsangehörigen bei Ratsuchenden wie bei Entscheidungsträgern um Angehörige ein und desselben Metiers. Die Hoffnung der fürstlichen Amtsträger, einen für sie günstigen Ausgang des Konflikts zu erwirken, wurde allerdings nur bedingt erfüllt: Klagten fürstliche Bedienstete untereinander, so lautete das Urteil – falls eines erging – fast immer, daß der Rang nach der Anciennität zu bestimmen sei, das heißt demjenigen, der sich im Besitz des Ranges

befand, wurde Recht zugesprochen. Handelte es sich bei den Kontrahenten um fürstliche Amtsträger und Vertreter der städtischen Obrigkeit, so erging die Entscheidung in der Mehrzahl der Fälle zugunsten letzterer. Dieses Entscheidungsverhalten des Landesherrn läßt sich wiederum auf sein enormes Interesse an der Konservierung der sozialen Ordnung im allgemeinen und an der einmal etablierten Rangordnung im besonderen zurückführen. Gleichgültig wie die Konstellation der Konfliktparteien aussah, entschieden wurde zugunsten des «Possessors». Im Falle von Auseinandersetzungen fürstlicher Amtsträger untereinander ist dies eindeutig, da meistens derjenige Recht erhielt, der den Rang nach der vom Landesherrn erlassenen Ordnung innehatte. Auch bei Konflikten zwischen fürstlichen Amtsträgern und Vertretern der städtischen Obrigkeit ist zu vermuten, daß die Entscheidung deswegen zugunsten von Bürgermeistern und Ratsmitgliedern ausfiel, weil diese sich bis zu dem Zeitpunkt des Konflikts im Besitz des Vorrangs befunden hatten, der ihnen nun seitens der fürstlichen Amtsinhaber streitig gemacht wurde. Somit waren letztlich für das Entscheidungsverhalten des Landesherrn nicht Tätigkeit oder Funktion der Kontrahenten ausschlaggebend, sondern im Vordergrund stand die Orientierung an der bestehenden Rangordnung, die um keinen Preis verändert oder gar beseitigt werden sollte: «damit man des beschwerlichen Präzedenzstreits hiernächst überhaben und beide Teile in Frieden und Ruhe miteinander leben mögen»[45], wie es in einer fürstlichen Resolution aus dem Jahre 1676 heißt. In einer im Jahre 1706 von Ratsmitgliedern gegen einen Bürgeroffizier verfaßten Supplik wird folgendermaßen an den Adressaten appelliert: «So gelangt an Euch unser gnädigstes Suchen, Sie wollen zur Verhütung alles ferneren Streits und Unordnung uns bei der Präzedenz vor den Bürgerkapitänen schützen»[46].

Vergleicht man dies mit der Resolution des Fürsten, so sieht es auf den ersten Blick so aus, als genössen Ruhe, Ordnung und Frieden in der Wertschätzung der Zeitgenossen – gleichgültig, auf welcher Ebene der sozialen Hierarchie sie sich befinden – oberste Priorität. Es kann allerdings auch nicht ausgeschlossen werden, daß die Untertanen sich diese Argumente nur deswegen zu eigen machten, weil sie um deren Prestige in den Augen der landesherrlichen Obrigkeit wußten. Sie instrumentalisierten diese Normen, um ihre Gegner zu diskreditieren und sich selbst in ein günstiges Licht zu rücken.

[45] NStW, Akten 2 Alt, 4475, f. 53r.

[46] NStW, Akten 2 Alt, 4477, f. 61r.

In Anbetracht der Tatsache, daß dem Landesherrn stets daran gelegen war, die einmal etablierte Rangordnung unangetastet zu lassen und jegliche Versuche, Modifizierungen zu erwirken, von vornherein zu vermeiden, erstaunt es nicht, daß alle Bittsteller sich immer auf die «Possessio» beriefen und ihren jeweiligen Kontrahenten als den «Petitor» hinzustellen bestrebt waren. Dadurch gaben sie vor, auf der Seite der bestehenden Rangordnung und damit auch der sozialen Ordnung insgesamt zu stehen. Dem entspricht auch der häufige Verweis auf landesherrliche Verordnungen, die zur Unterstützung des jeweiligen Rangrechtsanspruches herangezogen wurden. Das Paradoxon besteht nun darin, daß durch die Rangkonflikte an sich die bestehende Rangordnung in Frage gestellt wurde, was einer der Gründe dafür gewesen sein dürfte, daß seitens des Landesherrn in unregelmäßigen Abständen neue Rangreglements erlassen wurden[47]. Diese zeichnen sich gegenüber den vorhergehenden Rangordnungen durch zumeist nur geringfügige Modifikationen aus. Neben den erwähnten Rangkonflikten sind zwei weitere Faktoren für die Notwendigkeit zur Erneuerung der bestehenden Rangordnung verantwortlich. Zum einen ist in diesem Zusammenhang der Prestigegewinn einiger Berufsgruppen zu nennen. So beherrschten seit der im Jahre 1671 durch verbündete Herzöge des Hauses Braunschweig-Lüneburg erfolgten Einnahme der Stadt Braunschweig, die Schauplatz zahlreicher Rangkonflikte war, zunehmend der Hof, seine Beamten und die Militärbediensteten die Szenerie[48]. Zum anderen mußte die einmal etablierte Rangordnung – ähnlich wie die Verordnungen im Rahmen der Policeygesetzgebung in dieser Zeit – den Zeitgenossen stets von neuem bewußt gemacht werden, um nicht der Vergessenheit anheim zu fallen. Die Konstituierung der Rangordnung bedurfte also sowohl der Inszenierung durch die Beteiligten als auch der ständigen Aktualisierung durch den Landesherrn.

In einem direkten Zusammenhang mit dem Kriterium der «Possessio» ist das Argument der Anciennität zu sehen, das – wie erwähnt – eines der zentralen Entscheidungskriterien des Landesherrn darstellte. Das Argument des Amtes an sich gehört einerseits ebenfalls diesem Argumentationszusammenhang an, verweist aber darüber hinaus auf einen anderen Kontext. In diesem genießen die Kriterien der Nützlichkeit für das Allgemeinwohl sowie – wenn auch in geringerem Maße – der Leistungsgedanke höchste

[47] NStW, Akten 2 Alt, 4484, ff. 2v-62v.

[48] Siehe R. MODERHACK, *Braunschweigs Stadtgeschichte*, in G. SPIES (ed), *Braunschweig. Das Bild der Stadt in 900 Jahren. Geschichte und Ansichten*, Bd. 1, Braunschweig 1985, S. 65.

Priorität. Von all den vorgebrachten Argumenten war die «Possessio» für die Entscheidungsfindung des Landesherrn bei Rangkonflikten maßgebend. Die Gründe hierfür liegen in seinem Interesse an der Bewahrung des Bestehenden, also der von ihm etablierten Rangordnung und damit einhergehend der sozialen Ordnung insgesamt. Die «Possessio» stellt somit ein allen anderen Kriterien übergeordnetes Rangkriterium dar, dem Argumente wie Amt und Amtsdauer nachgeordnet waren. Solche Argumente wurden vom Landesherrn lediglich zur Begründung der «Possessio» herangezogen, oder aber sie wurden ausschlaggebend, wenn dieses Kriterium für die Legitimation eines Rangrechtsanspruches nicht hinreichend war.

V.

Eingangs wurde die Frage gestellt, inwiefern Suppliken ein geeignetes Mittel darstellten, um Rangrechtsansprüche geltend zu machen. Die Antwort fällt ambivalent aus, denn einerseits erfolgte zwar eine ausführliche und exakte Auseinandersetzung mit den einzelnen Rangkonflikten, aber andererseits hatten die Supplizierenden im Unterschied zu denjenigen Konfliktparteien, die den gerichtlichen Weg der Konfliktbeilegung einschlugen, keine Entscheidungssicherheit. Was speziell die Gruppe der fürstlichen Bediensteten betrifft, so lohnte sich der Konfliktaustrag mittels des Supplikationsverfahrens nur dann, wenn sie in Übereinstimmung mit der bestehenden landesherrlichen Rangordnung handelten. Stets wurde zugunsten desjenigen entschieden, der beweisen konnte, daß er im Besitz des betreffenden Ranges war.

Auch bei der Beantwortung der zweiten Frage, in welchem Maße Suppliken und Resolutionen Einblicke in den Umfang und die Bedeutung von Rangordnungen und Rangkonflikten gewähren, ist eine differenzierte Betrachtung notwendig. Während über den Umfang von Rangkonflikten auf der Grundlage von Suppliken und Resolutionen nur in begrenztem Maße Erkenntnisse zu gewinnen sind, sind sie im Hinblick auf den Stellenwert sehr aussagekräftig. Allein die Tatsache, daß die Zeitgenossen Rangkonflikte in einem solch langwierigen Verfahren austrugen und sich dessen Anforderungen unterwarfen, verweist schon auf die große Bedeutsamkeit, die der Rangordnung beigemessen wurde. Darüber hinaus zeigt eine eingehendere Beschäftigung mit den Suppliken, daß diese geeigneter sind als Konsilien, um etwas über den Stellenwert in Erfahrung zu bringen, den Rangordnungen und Rangkonflikte für die Zeitgenossen einnahmen. Ein Grund hierfür ist darin zu sehen, daß im Vergleich zu den Konsilien Suppliken mehr über

Rangstreitigkeiten verraten, indem sie in viele Bereiche einen Einblick gewähren. Erstens ist es möglich, etwas über die Person des Supplizierenden in Erfahrung zu bringen, zweitens werden Vorgeschichte, Ursachen und Motive, Entstehung, Verlauf und Ausgang der Konflikte beleuchtet und drittens geben Suppliken den Argumentationshergang der Parteien detailliert wieder. So konnte in bezug auf die Argumentation festgestellt werden, daß einige Argumentationsstränge in nahezu allen Suppliken auftauchen. Dabei ist die «Possessio» das zentrale Argument, das in keiner der von mir untersuchten Suppliken fehlt. Betrachtet man dieses Kriterium vor dem Hintergrund der Urteile des Landesherrn, so erstaunt die Häufigkeit seines Auftretens nicht. Doch genügte es nicht, lediglich über das formale Besitzrecht an einem bestimmten Rang zu verfügen, was das Beispiel des Hofapothekers gezeigt hat. Wurde der Anspruch auf diesen Rang nicht stets von neuem in aller Öffentlichkeit erhoben, geriet er schnell in Vergessenheit, konnte schließlich gänzlich verfallen und mußte neu ausgehandelt werden, um wieder Gültigkeit zu erlangen. Somit war die Visualisierung der Rangordnung die Voraussetzung für ihre Existenz.

Ein weiteres wichtiges Argument der Konfliktgegner kommt in dem Gegensatz von Amt und Person zum Ausdruck. Indem versucht wurde, der «privaten Ehrsucht» des Gegners das eigene Interesse an dem «öffentlichen Ansehen» entgegenzuhalten, erfolgte eine Abstrahierung von der eigenen Person, die mit einer Generalisierung des eigenen Rangrechtsanspruches einherging. Dadurch erhöhte sich die Legitimation zur Thematisierung des Konflikts. Die von den Supplizierenden aufgeführten Kriterien der Nützlichkeit für die Allgemeinheit und der Leistung im Zusammenhang eines öffentlichen Amtes unterstützten die Bestrebungen zur Generalisierung der Rangkonflikte.

Betrachtet man die Argumentation der Supplizierenden im Zusammenhang mit dem Entscheidungsverhalten des Landesherrn, so läßt sich eine Wechselwirkung konstatieren, insofern, als erstere ihre Argumente an dem Interesse des Fürsten an der Bewahrung der Rangordnung ausrichteten, was wiederum einen erheblichen Einfluß auf den Inhalt der Urteile hatte.

Die in den Suppliken zutage tretenden Auseinandersetzungen um den Rang gewähren einen Einblick in zeitgenössische Ordnungsvorstellungen. Die Handlungsweise der Supplizierenden war ambivalent: Einerseits erklärten sie ihre Interessen und Absichten für konform mit der bestehenden sozialen Ordnung, andererseits aber stellten sie diese – jedenfalls sofern es sich bei ihnen um «Petitores» handelte – durch ihr Verhalten in Frage. Aber auch die Vorgehensweise des Landesherrn ist nicht eindeutig klassifizierbar, denn

auf der einen Seite begründete er sein Interesse an der Einhaltung der einmal etablierten Rangordnung damit, daß Normen wie Ruhe, Ordnung und Frieden oberste Priorität zuteil werden müsse, weswegen Rangkonflikte zu verhindern seien. Auf der anderen Seite aber belegen die in bestimmten Abständen erfolgten Modifikationen dieser Rangordnung, daß es ihm dabei weniger um die Konservierung einer konkreten Ordnung ging, als vielmehr um die Beibehaltung der allein ihm zustehenden Verfügungshoheit über die Positionierung der Ränge in seinem Herrschaftsbereich.

II

Gravamina e azioni di resistenza / Gravamina und Widerstandshandlungen

Negoziare la politica: i «capitula impetrata» delle comunità del regno siciliano nel XV secolo

di *Pietro Corrao*

1. *Le comunità urbane della Sicilia tardomedievale nel quadro del regno*

A partire dalla formazione dello spazio politico-istituzionale del regno di Sicilia, alla fine del XIII secolo, si definisce una rete di comunità locali eterogenee per dimensioni e ruolo economico e funzionale, ma accomunate da alcune caratteristiche di fondo: strutturazione in *universitates* (comunità istituzionalmente riconosciute di *cives* e di *habitatores*), omogeneità delle strutture di governo, che si esprime nell'elettività delle magistrature, appartenenza al demanio regio, definizione di un ceto dirigente – variegato ma sostanzialmente unitario – in stretto rapporto con le istituzioni, le finanze urbane e con la monarchia; ottenimento di privilegi di foro e di giustizia di primo appello da parte delle maggiori città[1]. Accanto alle istituzioni dell'*universitas*, nelle circa quaranta città demaniali hanno sede i terminali periferici dell'amministrazione regia in campo finanziario, giudiziario e militare; va osservato che a ciò corrisponde il deperire delle magistrature regie con giurisdizione su estensioni territoriali vaste e il restringimento della giurisdizione ai singoli territori cittadini. Si delineano così due ambiti di potere, le cui intersezioni costituiscono una delle modalità principali del funzionamento del sistema politico del regno[2].

Abbreviazioni: con l'eccezione della nota 10, in cui si descrive la struttura del volume, si farà riferimento all'opera di L. GENUARDI - S. GIAMBRUNO (edd), *Capitoli inediti delle città demaniali di Sicilia, I. Alcamo-Malta*, Palermo 1918 con l'abbreviazione *Capitoli*.

[1] Bilanci aggiornati della questione urbana nella Sicilia tardomedievale: E.I. MINEO, *Città e società urbana nell'età di Federico III: le élites e la sperimentazione istituzionale*, in *Federico III d'Aragona re di Sicilia (1296-1337)*, numero monografico di «Archivio Storico Siciliano», serie IV, 23, 1997, pp. 109-149; P. CORRAO, *La difficile identità delle città siciliane*, in G. CHITTOLINI - P. JOHANEK (edd), *Aspetti e componenti dell'identità urbana in Italia e in Germania (secoli XIV-XVI)*, (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Contributi, 12), Bologna 2003, pp. 97-122.

[2] La fissazione *in perpetuum* (ma le deroghe saranno costanti) del complesso delle città demaniali del regno avviene nel 1398, con un apposito capitolo del Parlamento di Siracusa,

Possono essere identificate tre tappe fondamentali di questi processi: nella prima metà del secolo XIV, la definizione non ambigua dell'identità cittadina attraverso il riconoscimento dell'elettività degli ufficiali locali e la contemporanea fissazione della tradizione giuridica delle comunità locali attraverso la redazione scritta delle consuetudini. Nel periodo che segue alla restaurazione delle strutture della monarchia, alla fine del XIV secolo, la stabilizzazione della rete delle città demaniali, e l'instaurazione della «prassi capitolare» nella formulazione della normativa cittadina. Durante il regno di Alfonso V (1416-1458), l'irrigidimento e la definizione delle oligarchie urbane attraverso l'estensione dei privilegi cittadini e la relativa chiusura delle *élites*, espressa dalla compilazione delle *Mastre* di eleggibili nelle cariche locali.

Tutte le tipologie delle fonti normative relative alle comunità si incrementano in misura cospicua fra XIV e XV secolo. È di quest'epoca la compilazione in forma scritta della quasi totalità delle consuetudini, certamente in uso da epoche più risalenti; è di quest'epoca l'incremento della concessione di privilegi; è di quest'epoca la stabilizzazione di quella che definiamo «prassi capitolare», l'approvazione da parte regia di richieste formulate dalla città, che da quel momento acquistano valore di norma[3]. Ciò corrisponde crono-

nel quadro del recupero delle risorse demaniali alienate o usurpate nel corso del XIV secolo. L'elenco comprende le *universitates* di Alcamo, Corleone, Catania, Castrogiovanni, Calascibetta, Castronovo, Cefalù, Francavilla, Agrigento, Aci, Castroreale, Castelmola, Monte S. Giuliano, Favignana, Licata, Lentini, Messina, Milazzo, Mazara, Marsala, Mineo, Malta e Gozo, Nicosia, Naro, Noto, Palermo, Piazza, Paternò, Polizzi, Patti, Randazzo, Rametta, Siracusa, Santa Lucia, Salemi, Sciacca, Sutera, Taormina, Troina, Termini, Trapani, Terranova, con i rispettivi castelli, e i castelli di Bonifato, Capo d'Orlando, Colombaia (Trapani), oltre alla torre costiera di Agrigento (cfr. F. TESTA [ed], *Capitula regni Sicilie*, 2 voll., Palermo 1741, I, cap. XXXIII e XXXIV di re Martino. Per il processo di trasformazione delle circoscrizioni pubbliche, cfr. P. CORRAO - V. D'ALESSANDRO, *Geografia amministrativa e potere sul territorio nella Sicilia tardomedievale (sec. XII-XV)*, in G. CHITTOLINI - D. WILLOWEIT (edd), *L'organizzazione del territorio in Italia e in Germania: secoli XIII-XIV* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 37), Bologna 1994, pp. 395-444.

[3] Per le consuetudini, cfr. L. SICILIANO VILLANUEVA, *Raccolta delle consuetudini siciliane con introduzione ed illustrazione storico-giuridica*, Palermo 1859; V. LA MANTIA, *Antiche consuetudini delle città di Sicilia*, Palermo 1900, oltre alle numerose edizioni relative alle singole città (R. STARRABBA - L. TIRRITO, *Assise e consuetudini della terra di Corleone*, Palermo 1880; F. e G. LA MANTIA, *Consuetudini di Linguaglossa, Palermo 1897*; degli stessi autori, *Consuetudini di S. Maria di Licodia*, Palermo 1898; V. LA MANTIA, *Consuetudini della città di Palermo*, Palermo 1901; dello stesso autore si vedano inoltre, *Consuetudini di Girgenti seguite dal diploma del conte Ruggero [1093] sulle decime agrigentine*, Palermo 1902; *Consuetudini di Paternò*, Palermo 1903; L. SICILIANO VILLANUEVA - S. STRUPPA, *Consuetudini di Marsala*, Palermo 1900; V. ZANGHÌ, *Statuti della città di Caltagirone del secolo XV*, Caltagi-

logicamente alla fissazione delle linee fondamentali dell'identità istituzionale cittadina. Frutto della trasformazione della monarchia accentratrice federiciana e angioina in monarchia dotata di precoci caratteri pattisti con la dinastia siculo-catalana, è infatti la forte valorizzazione delle città demaniali dell'isola come elementi organizzatori del territorio del regno[4].

2. *Circolazione centro-periferia e rappresentanza degli interessi locali*

La scarsa incisività di istituzioni rappresentative di carattere parlamentare corrisponde ad un'articolazione complessa dei meccanismi di rappresentanza degli interessi delle comunità in sede centrale, da modalità del tutto informali (presenza negli uffici di Corte di esponenti delle *élites* cittadine), a canali più formalizzati (ambascerie a Corte).

Il travaglio della politica isolana del XIV secolo, la serratissima e distruttiva lotta fra fazioni dell'aristocrazia per il controllo delle strutture della monarchia aveva fatto perdere al Parlamento le caratteristiche di arengo per il confronto e la mediazione di interessi. Sia come organismo regolatore del conflitto politico, sia come strumento per il conseguimento del consenso, sia come espressione delle forze sociali del regno, esso veniva sostituito fino alla fine del secolo dallo svilupparsi di una dinamica dei rapporti di forza in cui ad essere privilegiata era la strada del conflitto armato fra le fazioni dell'aristocrazia. La rivitalizzazione dell'istituto parlamentare, avvenuta alla fine del XIV secolo con la restaurazione del potere monarchico, non significava d'altronde l'incanalamento dell'intera dialettica politica nel Parlamento stesso. Gran parte della prassi pattista e contrattuale si svolgeva al di fuori di questo, attraverso trattative per la concessione di privilegi e l'approvazione di petizioni, *compositiones* giudiziarie, intense attività delle reti clientelari nella trattazione degli affari politici, del contenzioso finanziario, dei rapporti fra amministrazione e interessi di singoli[5].

rone 1909). Studi aggiornati: A. ROMANO, *Fra assolutismo regio ed autonomie locali. Note sulle consuetudini delle città di Sicilia*, in A. ROMANO (ed), *Cultura ed Istituzioni nella Sicilia medievale e moderna*, Soveria Mannelli (Catanzaro) 1992, pp. 9-70 (che pubblica pure il testo delle consuetudini della città di Patti); E.I. MINEO, *Nobiltà di stato. Famiglie e identità aristocratiche nel tardo medioevo. La Sicilia*, Roma 2001, pp. 53-86.

[4] D. LIGRESTI, *Introduzione*, in D. LIGRESTI (ed), *Il governo della città. Patriziati e politica nella Sicilia moderna*, Catania 1990, pp. 9-16; S.R. EPSTEIN, *Potere e mercati in Sicilia. Secoli XIII-XVI*, Torino 1996, pp. 347 ss.; P. CORRAO, *La difficile identità*, cit.

[5] Sulle caratteristiche dell'istituto parlamentare siciliano, cfr. F. GIUNTA, *Momenti di vita parlamentare nella Sicilia del Medioevo*, in F. GIUNTA, *La coesistenza nel Medioevo*, Bari

La circolazione di esponenti delle diverse *élites* urbane (spesso in concorrenza) negli uffici di Corte e fra questi e le cariche del governo cittadino delinea l'ambito urbano come il vero vivaio del personale di governo della monarchia[6]. In alcuni casi ciò è formalizzato normativamente dalla riserva esplicita di «posti» nei grandi collegi giudicanti (Gran Corte) o nel governo delle finanze (Maestri Razionali) o nello stesso Consiglio regio, a giuristi o funzionari provenienti da ciascuna delle maggiori *universitates*. Ciò, naturalmente, non significa solamente la configurazione di un canale di rappresentanza; ma soprattutto non va inteso semplicemente come un mezzo di condizionamento del «potere centrale»: quest'ultimo si delinea certamente come un ambito sovralocale, ma è costitutivamente, nel suo complesso, espressione della concorrenza di interessi delle componenti del regno[7].

L'esistenza di un apparato di rappresentanza e di mediazione degli interessi tanto articolato ed esteso da coincidere con l'intera struttura dell'amministrazione regia è evidenziata da numerosi fattori: la continua rivendicazione da parte dei maggiori nuclei di potere locale del diritto di essere rappresentati non solo nella composizione dei grandi uffici collegiali del regno, ma anche nelle più minute strutture burocratiche; i ripetuti tentativi di organizzare il Consiglio regio come un organismo che fosse espressione bilanciata di differenti ambiti di potere e di eminenza sociale; l'estrazione sociale comune del personale dell'amministrazione e del governo centrale e locale; la progressiva attribuzione di rilevantissimi compiti di governo

1968; V. D'ALESSANDRO, *Sulle assemblee parlamentari della Sicilia medievale*, in «Archivio Storico per la Sicilia Orientale», 80, 1984, pp. 5-17; P. CORRAO, *Equilibri sociali e strutture istituzionali nel regno di Sicilia. Premesse tardomedievali del sistema parlamentare*, in «Archivio sardo del movimento operaio, contadino e autonomistico», 47-49, 1996, pp. 145-157. Per la trasformazione istituzionale della fine del Trecento, in generale, cfr. R. MOSCATI, *Per una storia della Sicilia nell'età dei Martini (Appunti e documenti: 1396-1408)*, Messina 1954; P. CORRAO, *Governare un regno. Potere, società e istituzioni in Sicilia fra Trecento e Quattrocento*, Napoli, 1991. Per il largo ricorso della Corona alle *compositiones*, nel XV secolo, cfr. C. TRASSELLI, *Du fait divers à l'histoire sociale. Criminalité et moralité en Sicile au debut de l'epoque moderne*, in «Annales ESC», 1, 1973.

[6] P. CORRAO, *Fra città e corte. Circolazione dei ceti dirigenti nel regno di Sicilia fra Trecento e Quattrocento*, in A. ROMANO (ed), *Istituzioni politiche e giuridiche e strutture del potere politico ed economico nelle città dell'Europa mediterranea medievale e moderna. La Sicilia*, Messina 1992, pp. 13-42; dello stesso autore, *Governare un regno*, cit.

[7] P. CORRAO, *Centri e periferie nelle monarchie meridionali del tardo medioevo. Note sul caso siciliano*, in G. CHITTOLINI - A. MOLHO - P. SCHIERA (edd), *Origini dello stato. Processi di formazione statale in Italia fra medioevo ed età moderna* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 39), Bologna 1994, pp. 187-206.

locale a esponenti delle *élites* cittadine; il funzionamento dei meccanismi di percezione e redistribuzione del reddito fiscale, largamente dipendenti dalle risultanti del confronto di gruppi e fazioni che agivano a livello urbano, grazie alla gestione periferica delle entrate regie.

3. *I «capitula»: forma, struttura, fonti, storiografia*

Queste relazioni costanti fra città demaniali e Corte regia si esprimono soprattutto in ripetute ambascerie che, soprattutto dalla fine del XIV secolo appaiono essere il principale strumento di negoziazione degli interessi rispettivi delle comunità e della monarchia[8]. Svolte da *sindici* espressi dalle istituzioni dell'*universitas*, esse si concretizzano in testi contenenti elenchi di suppliche (capitoli) proposte alla Corona e da questa placitate. Dopo l'approvazione, gli stessi testi entrano a far parte della tradizione normativa della comunità, alla stregua dei privilegi solenni e delle consuetudini. Nelle fonti, questa normativa è strettamente integrata e spesso raccolta sotto un'unica denominazione. *Statuta* o consuetudini, capitoli e privilegi, *ordinationes* confluiscono infine nelle compilazioni che le città stesse, a partire dal XVI secolo, promuovono essenzialmente a fini pratici, generalmente denominate *Libri rossi*; queste compilazioni sono quasi del tutto inedite, o edite parzialmente in opere di storia locale; gran parte degli archivi cittadini, d'altronde, sono mutili dei fondi più risalenti e non è dunque possibile fare riferimento ad altra documentazione organica per la storia interna dei centri demaniali siciliani del tardo medioevo[9].

[8] Per i primi esempi di capitoli dopo la restaurazione della monarchia nel 1392, cfr. R. MOSCATI, *Per una storia della Sicilia nell'età dei Martini*, cit., pp. 71-103, che pubblica pure i capitoli di Trapani, Monte S. Giuliano e Salemi del 1397.

[9] Sulla normativa cittadina, nel suo complesso, cfr. l'importante ma invecchiato F. CALASSO, *La legislazione statutaria nell'Italia meridionale*, Bologna 1929; recenti riproposizioni del problema in M. CARAVALE, *La legislazione statutaria dell'Italia meridionale e della Sicilia*, in A. MATTONE - M. TANGHERONI (edd), *Gli statuti sassaresi. Economia, società, istituzioni a Sassari nel Medioevo e nell'Età moderna*, Sassari 1986, pp. 191-211; A. ROMANO, *Fra assolutismo regio ed autonomie locali*, cit. Una bibliografia, in aggiornamento, delle edizioni e delle opere che utilizzano o commentano le fonti normative siciliane sta in *Schede di bibliografia statutaria italiana. Sicilia*, in *Bibliografia Statutaria Italiana 1985-1995*, Biblioteca del Senato della Repubblica, Roma 1998, pp.115-118; disponibile anche on line all'URL <http://www.statuti.unibo.it/statuti/default.htm>. Esempi di «Libri Rossi»: G. PICONE, *Memorie storiche agrigentine*, Agrigento 1866 (che pubblica il «Libro Verde» della città); F. LA COLLA, *La storia delle municipalità siciliane e il «libro rosso» della città di Salemi*, in «Archivio Storico Siciliano», 8, 1883, pp. 416-434; F. NAPOLI, *Il libro rosso della città di Mazara*, in «Archivio Storico Siciliano», III serie, 4, 1950-51, pp. 317-342. La confluenza in

Ad opera di Luigi Genuardi e Salvatore Giambruno, nel secolo scorso, vedeva la luce un volume che raccoglieva i capitoli delle città siciliane[10]. Si trattava del primo volume di un'opera che aspirava a raccogliere tutti quei testi, a partire dalle copie di registrazione della Cancelleria regia, ma il secondo volume non venne mai pubblicato, mentre una ricognizione effettuata da Stephan Epstein sui registri della Cancelleria, del Protonotaro, e sui paralleli registri quattrocenteschi della Cancelleria della Corte aragonese ha evidenziato le lacune della rilevazione dei curatori ottocenteschi: centinaia di testi capitolari del XIV e del XV secolo risultano ancora inediti[11]. E ciò, nonostante il fatto che alla raccolta citata vadano affiancate numerosissime edizioni singole di capitoli di centri maggiori e minori, disperse in decine di piccoli lavori e in pubblicazioni di carattere locale[12]. Di recente, un note-

un unico *corpus*, nel quale non si distinguono le tipologie della consuetudine, del privilegio, del capitolo placitato, dell'ordinanza delle autorità cittadine si mostra anche nell'oscillazione delle denominazioni delle edizioni dei testi normativi proposta dagli eruditi editori di tali fonti fino al XIX secolo: «Assise e consuetudini», «Statuti e capitoli», «Privilegi e capitoli» (cfr. *supra*, nota 3, *infra*, note 12, 19).

[10] L. GENUARDI - S. GIAMBRUNO (edd), *Capitoli inediti delle città demaniali di Sicilia*, I: *Alcamo-Malta*, Palermo 1918. Il volume, edito nella collezione di fonti della Società Siciliana per la Storia Patria, pubblica le registrazioni presso la Cancelleria e il Protonotaro regio delle petizioni ricevute dalla Corte, ma la selezione è lacunosa. In molti casi gli autori rimandano a capitoli editi in altre occasioni e da altri autori, mentre non prendono in considerazione le copie registrate nei registri della Cancelleria regia conservati nell'*Archivo de la Corona de Aragón* di Barcellona. Organizzato alfabeticamente secondo il nome dei centri abitati, il volume comprende i capitoli di Alcamo, Assoro, Augusta, Calascibetta, Caltagirone, Capizzi, Castiglione, Castrogiovanni, Castronovo, Castroreale, Catania, Cefalù, Corleone, Gioiosa Guardia, Girgenti, Gozo, Lentini, Librizzi, Licata, Lipari e Malta, per un totale di 113 testi.

[11] S.R. EPSTEIN, *Governo centrale e comunità del demanio nella Sicilia tardomedievale: le fonti capitolari*, in *La Corona d'Aragona in Italia (secc. XIII-XVIII)*. XIV Congresso di storia della Corona d'Aragona, III, Sassari 1996, pp. 383-416.

[12] Edizioni di capitoli: V. PARISI, *Capitoli e ordinazioni della felice e fedelissima città di Palermo sino al corrente anno 1768*, Palermo 1760-1768; A. FLANDINA, *Statuti, ordinamenti e capitoli della città di Polizzi*, Palermo 1876; L. TIRRITO, *Statuti, capitoli e privilegi della città di Castronuovo di Sicilia*, Palermo 1887; F.G. SAVAGNONE, *Capitoli inediti della città di Palermo*, in «Archivio Storico Siciliano», NS, 26, 1901, pp. 84-109; G.C. SCIACCA, *Patti e l'amministrazione del Comune nel Medioevo*, Palermo 1907; F. LA MANTIA, *Capitoli inediti della città di Sciacca del secolo XV*, Sciacca 1908; G. VERDIRAME, *Un saggio dei più antichi capitoli concessi da re Alfonso d'Aragona alla città di Catania*, in *Studi storici e giuridici dedicati e offerti a Federico Ciccaglione*, I, Catania 1909, pp. 438-465; M. CATALANO TIRRITO, *I più antichi capitoli di Catania (1392)*, in «Archivio Storico per la Sicilia Orientale», 6, 1909, pp. 243-257; G. LA MANTIA, *I più antichi capitoli della città di Palermo e le condizioni della città dal 1354 al 1392*, in «Archivio Storico Siciliano», NS, 40, 1915, pp. 390-444; G. LA MANTIA, *Capitoli e statuti amministrativi dell'isola di Malta approvati dai re o Viceré di Sicilia (1130-1530)*, in «Archivio Storico di Malta», 1936-1937, pp. 1-17.

vole interesse per le potenzialità di questa documentazione ha condotto ad un'utilizzazione sistematica di tali fonti o alla definizione di ricerche mirate alla ricostruzione delle strutture della politica locale delle comunità e delle relazioni di queste con la Corona[13]. La distribuzione cronologica dei testi è significativa dei processi che si sono riassunti più sopra: il 10% appartiene al primo Trecento, l'epoca della prima strutturazione delle identità istituzionali delle città demaniali; in tutta l'altra metà del secolo XIV si colloca appena un irrisorio 2% dei capitoli, mentre il 60% appartiene ai sei decenni fra il regno di Martino e di Alfonso, dal 1392 al 1458, l'epoca della definizione delle strutture della monarchia e del sistema politico del regno. La seconda metà del XV secolo, con il 27% dei testi, mostra una stabilizzazione della prassi della placitazione delle richieste delle città.

4. *I protagonisti della contrattazione: le «élites» urbane*

Un primo livello di analisi dei testi capitolari può riguardare la natura e l'identità delle *élites* urbane che rappresentano la comunità e producono le suppliche. Si delineano dei gruppi di interesse la cui identificazione contribuisce a definire orientamenti, composizione e obiettivi delle oligarchie locali[14]. L'identità dei *sindici*-ambasciatori, o dei componenti dei consigli e delle commissioni che redigono i capitoli mostrano in prima approssimazione la fisionomia di un'*élite* fortemente interessata al rapporto con la Corte regia, che ha nell'ambito della finanza urbana un elemento imprescindibile della propria eminenza, che tende a garantire il consenso nei confronti della monarchia, ma da questa e dalla partecipazione alla contrattazione come soggetto riconosciuto deriva il consolidamento e la legittimazione del proprio ruolo nella società locale[15].

[13] A. Tripoli, *Amministrazione cittadina e oligarchia urbana a Palermo nella prima metà del Quattrocento*, tesi di dottorato di ricerca in Storia Medievale, VI ciclo, Palermo 1995, e soprattutto F. Titone, *Città demaniali e Corona in Sicilia 1392-1458*, tesi di dottorato di ricerca in Storia medievale, Università di Cagliari, XIII ciclo, Cagliari 2002; Largo spazio dedica S.R. Epstein, *Potere e mercati*, cit., all'utilizzazione della fonte capitolare per la ricostruzione dei meccanismi dell'economia locale e dei rapporti con la Corona.

[14] Importante in proposito il saggio di Ch. Dalli, *Capitoli: The Voice of an Elite*, in «Proceedings of the History Week, 1992», Malta 1993 (on line all'URL <http://uk.geocities.com/davidmallia2000/Thierens/hw92capi.html>, pagina della rivista «Melita Historica»), che esprime già nel titolo la tesi centrale dell'autore.

[15] Si veda, ad esempio, fra le molte testimonianze, la lista dei firmatari dei capitoli di Agrigento del 1415, contenente i nomi dei più influenti componenti dell'*élite* urbana in *Capitoli*, p. 258.

La natura di tale *élite* non è definibile in termini univoci, né è semplificabile nelle categorie più usuali: se le basi dell'eminenza a livello locale sono essenzialmente il possesso fondiario, i patrimoni immobiliari, la capacità di coagulare consenso clientelare, è sul piano della politica – e non solamente di quella della comunità –, piuttosto che su quello dell'identità sociale che è possibile definire il ceto dirigente locale dei centri siciliani. La strutturazione di un campo di interessi comuni, che si addensa nel controllo delle magistrature locali della giustizia, delle finanze, della fiscalità, genera un ceto che si installa in maniera permanente ai vertici della comunità esprimendo i propri obiettivi contingenti o permanenti attraverso gli strumenti della contrattazione con la Corona. Petizioni e suppliche avanzate nei capitoli sono una testimonianza diretta e ricchissima delle strategie dell'oligarchia locale, sia sul versante più generale – quello dei privilegi collettivi permanenti – sia sul versante più legato alle situazioni del momento, quello delle misure occasionali e del conseguimento di vantaggi personali o di gruppo[16].

L'addensarsi dei capitoli nel cuore del Quattrocento offre tuttavia testimonianze abbondanti, sia pure in forma estremamente allusiva, dello scontro in corso per il controllo delle istituzioni cittadine fra fazioni di «gentiluomini» e di *populares*. In alcuni casi, come in quello della richiesta di riconoscimento di corporazioni di mestiere a Noto, Termini, Patti, Siracusa, Messina, Mistretta, Castrogiovanni, Caltagirone, i dati sono davvero espliciti in tal senso[17], fino a configurare la parte «popolare» – benché non sempre ben

[16] Sulle caratteristiche delle oligarchie urbane tardomedievali siciliane, si veda la lunga tradizione di studi, dalle ricerche pionieristiche e sorprendentemente attuali di M. GAUDIOSO, *Genesi e aspetti della «Nobiltà Civica» in Catania nel secolo XV*, in «Bollettino Storico Catanese», 6, 1941, pp. 29-67 alle messe a punto di A. BAVIERA ALBANESE, *Saggio introduttivo*, in L. CITARDA (ed), *Acta Curie felicis urbis Panormi*, 3, Palermo 1984, a recenti contributi, quali V. D'ALESSANDRO, *Società cittadina e amministrazione locale: Palermo nel primo Trecento*, in V. D'ALESSANDRO, *Terra, nobili e borghesi nella Sicilia medievale*, Palermo 1994, pp. 128-147; E.I. MINEO, *Formazione delle* élites *urbane nella Sicilia del tardo Medioevo. Matrimonio e sistemi di successione*, in «Quaderni Storici», 30, 1995, pp. 9-41; B. PASCIUTA, *I notai a Palermo nel XIV secolo. Uno studio prosopografico*, Soveria Mannelli (Catanzaro) 1995; G. PACE, *Il governo dei gentiluomini. Ceti dirigenti a Caltagirone tra Medioevo ed Età Moderna*, Roma 1996. Discutibili le tesi dei volumi, centrati sulla natura 'feudale' del ceto dirigente messinese, di C. SALVO, *Giurati, feudatari, mercanti. L'élite urbana a Messina tra Medioevo e età moderna*, Roma 1995, e *Una realtà urbana nella Sicilia medievale. La società messinese dal Vespro ai Martini*, Roma 1997. Per una recente visione d'insieme, cfr. P. CORRAO, *Città ed élites urbane nella Sicilia del Tre-Quattrocento*, in «Revista d'Història Medieval», 9, 1998, pp. 171-192.

[17] S.R. EPSTEIN, *Potere e mercati*, cit., p. 357; cfr., ad esempio, *Capitoli*, p. 62 (richiesta di approvare l'elezione dei consoli degli *artisti* a Caltagirone, 1444). La complessa questione della consistenza e delle caratteristiche della parte «popolare» è stata affrontata con diverse

definita – come un interlocutore del sovrano alternativo al ceto di governo, come un partito che tratta direttamente con la possibile fonte della propria legittimazione all'interno della comunità.

Al conflitto sociale e politico va ricondotto il fenomeno quattrocentesco della chiusura progressiva dell'oligarchia di governo attraverso il sistema delle *Mastre* degli eleggibili agli uffici cittadini, che trova puntualmente posto nelle fonti capitolari: l'approvazione della richiesta di istituire una *Mastra* costituisce un sostanzioso intervento della Corona nella strutturazione dell'*élite*, disegnando anche in questo caso il ricorso delle parti cittadine alla legittimazione esterna, ad opera del sovrano, e l'interesse di questi a favorire la cristallizzazione della vita politica della comunità in forme riconoscibili e controllabili[18].

5. *I contenuti dei capitoli: privilegi e conferme, esenzioni fiscali, competenze giurisdizionali, affari privati*

La varietà delle richieste contenute nei capitoli non può far ignorare che – sia a partire da fatti occasionali, sia facendo appello ad un piano più generale – lo scopo principale delle suppliche è quello della conferma e dell'incremento dei privilegi della comunità, in ambito fiscale, giurisdizionale, economico.

Strumento della contrattazione collettiva della comunità, i capitoli fanno pure trasparire il ruolo di singoli membri dell'oligarchia urbana: non mancano, infatti, esempi di interessi relativi alla posizione privilegiata di privati, la cui influenza nella comunità giunge all'utilizzazione dello strumento dell'ambasceria a Corte per consolidare posizioni di preminenza o per garantirsi da eventuali possibili attentati ad essa.

accentuazioni da C. TRASSELLI, *La «questione sociale» in Sicilia e la rivolta di Messina del 1464*, Messina 1955 (rist., Messina 1990); C.M. RUGOLO, *Ceti sociali e lotta per il potere a Messina nel secolo XV. Il processo a Giovanni Mallono*, Messina 1990. Molto recentemente, S.R. EPSTEIN, *Potere e mercati*, cit., pp. 355 ss. e F. TITONE, *Città demaniali*, cit., hanno proposto nuove letture.

[18] Sulle Mastre: F. SPADARO DI PASSANITELLO, *Le «Mastre nobili». Ordinamenti municipali e classi sociali in Sicilia*, Roma 1938; G. GARGALLO, *Le Mastre nobili siciliane*, in «Archivio Storico Siracusano», 3, 1974, pp. 113-117; D. LIGRESTI, *Patriziati urbani di Sicilia: Catania nel Quattrocento*, in D. LIGRESTI (ed), *Il governo della città. Patriziati e politica nella Sicilia moderna*, Catania 1990, pp. 17-70; F. TITONE, *Élites di governo e «mastre» ad Agrigento fra Trecento e Quattrocento*, in «Anuario de Estudios Medievales», 32, 2002, 2, pp. 845-878. Le prime notizie dell'istituzione di Mastre sono della metà del Quattrocento: *Capitoli*, p. 174 (Catania 1433); S.R. EPSTEIN, *Potere e mercati*, cit., p. 363 (Caltagirone, 1443).

Altra fondamentale materia erano le richieste di esenzioni fiscali, con valore perpetuo per i cittadini o per la comunità; disposizioni sulle fiere e i mercati, sull'esazione, la gestione e la destinazione delle imposte locali; provvedimenti giurisdizionali (dal privilegio di foro alla giurisdizione sul territorio); disposizioni sulle magistrature cittadine, e una miriade di provvedimenti dal valore contingente e occasionale.

a. Il privilegio: cittadinanza, foro, mercato, esenzioni

La natura dei privilegi che costituiscono l'identità normativa fondamentale delle comunità è relativa anzitutto al riconoscimento dell'appartenenza dei *cives* ad una comunità che gode di prerogative collettive, prima fra tutte quella dell'esclusività delle competenze dei fori giurisdizionali locali[19].

Il privilegio di foro, con la connessa istituzione di un tribunale locale di primo appello era tradizionalmente prerogativa delle sole Palermo e Messina[20]; fin dall'inizio del Quattrocento, tuttavia, sebbene in forma non solenne, è attraverso le suppliche che ad esempio Augusta (1407) e Castrogiovanni (1446) si vedono riconoscere la piena giurisdizione dei tribunali locali sui

[19] Edizioni di privilegi delle città demaniali: M. DE VIO, *Felicis et fidelissimae Urbis Panormitanae privilegia*, Palermo 1706; C. GIARDINA, *Capitoli e privilegi di Messina*, Palermo 1937; C. TRASSELLI, *I privilegi di Messina e di Trapani*, Palermo 1949 (rist. Messina 1992); V. DI GIOVANNI, *Notizie storiche della città di Alcamo, seguita da capitoli, gabelle, privilegi della città*, Palermo 1886; L. TIRRITO, *Statuti, capitoli e privilegi della città di Castronuovo di Sicilia*, Palermo 1887; V. LA MANTIA, *I privilegi di Messina (1129-1816). Note storiche con documenti inediti*, Palermo 1897; S. RANDAZZINI, *I reali privilegi riguardanti il patrimonio feudale di Caltagirone*, Caltagirone 1896; A. FLANDINA, *Il codice Filangieri e il codice Speciale. Privilegi inediti della città di Palermo*, Palermo 1891; G. LA MANTIA, *Messina e le sue prerogative dal regno di Ruggero II (1130-1154) alla coronazione di Federico II aragonese (1296). Elenco delle prerogative di Messina. Capitoli di Messina del 1296*, in «Archivio Storico Siciliano», NS, 41, 1916, pp. 491-531; E. SIPIONE, *I privilegi di Alfonso il Magnanimo alla città di Catania*, in «Archivio Storico per la Sicilia Orientale», 69, 1973, pp. 307-321; G. PACE, «*Ex arca privilegiorum*«. *Regesti delle pergamene dell'Universitas di Caltagirone*, in «Rivista di Storia del Diritto Italiano», 69, 1996, pp. 235-266. Sulle frequenti falsificazioni dei privilegi, operazione costitutiva dell'identità dell'*élite* cittadina, cfr. F. MARTINO, *Una ignota pagina del Vespro: la compilazione dei falsi privilegi messinesi*, in «Archivio Storico Messinese», 57, 1991, pp. 19-76, e soprattutto B. PASCIUTA, *Costruzione di una tradizione normativa: il* privilegium fori *dei cittadini di Palermo e la sua utilizzazione nel secolo XIV*, in «Rivista di Storia del Diritto Italiano», 66, 1993, pp. 239-297.

[20] Cfr. per Palermo, B. PASCIUTA, *Costruzione di una tradizione normativa*, cit.; per Messina, D. PUZZOLO SIGILLO, *Origine e vicende della magistratura d'appello in Messina dall'epoca normanna ai nostri giorni*, in «Atti della Regia Accademia Peloritana», 23, 1926, pp. 270-336.

cittadini, mentre Caltagirone, nel 1432, ad un'analoga richiesta, otteneva una risposta interlocutoria[21]. I relativi capitoli entrarono a far parte in pieno della tradizione normativa cittadina, configurandosi nelle compilazioni successive come ottenimento del «privilegio di mero e misto imperio».

Un secondo ambito di intervento dei capitoli riguarda la costruzione progressiva di uno spazio autonomo di fiscalità locale distinto da quello della fiscalità regia. Catania nel 1401, Licata nel 1402, Agrigento nel 1423 chiedevano e ottenevano la possibilità di riservarsi potestà su alcune gabelle regie, mentre Caltagirone supplicava con successo che fosse concessa alle *universitates* la facoltà di istituire imposte specifiche per la manutenzione delle mura o la riparazione della Chiesa Madre. Nella stessa città, nel 1444, gli ufficiali ottenevano dal sovrano facoltà di costringere i renitenti al pagamento di una gabella istituita dall'*universitas* per il finanziamento di un'ambasciata della città. Universale era d'altronde, la richiesta di un intervento sostanzialmente autonomo degli ufficiali cittadini nella ripartizione delle quote di esazione della fiscalità regia diretta[22].

Altro punto di fondamentale impegno dei ceti dirigenti urbani perseguito attraverso le suppliche è quello della definizione del godimento da parte dei cittadini di un ambito sempre più vasto di esenzioni dalla fiscalità regia. I processi imitativi, in questo caso, sono inarrestabili, e configurano una concorrenza fra centri urbani, i cui cittadini aspiravano ad ottenere condizioni analoghe a quelle di altri centri per non trovarsi in condizioni di inferiorità economica o giurisdizionale. Patti chiedeva il riconoscimento delle esenzioni dai diritti di esportazione goduto dai vicini di Lipari. Catania nel 1434 chiedeva l'assimilazione al privilegio messinese di esenzione dalla colletta per l'incoronazione e il matrimonio del sovrano. Sempre alla privilegiatissima Messina chiedeva di essere assimilata Milazzo per quanto concerne le imposte sul commercio[23].

Questa rincorsa alle franchigie mostra una tendenza quattrocentesca alla ridefinizione delle gerarchie fra i centri urbani e lo sviluppo di più intense

21 *Capitoli*, pp. 19 (Augusta); 53 (Caltagirone), 98 (Castrogiovanni).

22 M. CATALANO TIRRITO, *I più antichi capitoli di Catania*, cit., p. 249; *Capitoli*, pp. 43 (Caltagirone), 264 (Agrigento), 351 (Licata). Sul sistema della fiscalità indiretta del regno siciliano, cfr. G. DI MARTINO, *Il sistema tributario degli aragonesi in Sicilia*, in «Archivio Storico Siciliano», 4-5, 1938-1939, pp. 83-145; R.M. DENTICI BUCCELLATO, *Fisco e società nella Sicilia aragonese. Le pandette delle gabelle regie del XIV secolo*, Palermo 1983 (*Acta Curie Felicis Urbis Panormi*, 2).

23 G. SCIACCA, *Patti*, cit, p. 315 (Patti); E. SIPIONE, *I privilegi*, cit. (Catania); G. PIAGGIA, *Illustrazione di Milazzo*, Palermo 1853, p. 34 (Milazzo).

e organizzate attività da parte di centri minori. Il complesso di privilegi di esenzione proprio delle maggiori città – antico ed esteso, ad esempio per Messina e Palermo – non era solamente il punto di riferimento imitativo, ma anche un mezzo di preminenza che i centri emergenti intendevano limitare[24]. In generale, la fiscalità regia, ripartita fra imposizione diretta (colletta e donativo) e indiretta (gabelle) era un ambito che le oligarchie tendevano a limitare quanto al primo aspetto e a gestire in proprio quanto al secondo, attraverso l'assunzione degli uffici che lo controllavano. Obiettivo frequente della richiesta di esenzione è la colletta – accordata per esempio nel 1407 ad Augusta per un decennio, come a tutte le altre città demaniali – ma le suppliche riguardano anche i diritti di sigillo, la «tricesima» dei giudici, l'imposta sulla produzione agricola[25]. L'altrettanto frequente richiesta di esenzione dai dazi doganali, invece, risponde, come si è detto, alla ridefinizione delle gerarchie fra i diversi centri demaniali.

Infine, emerge dai capitoli la tendenza a definire un ambito protetto di attività economiche che garantiscano la prosperità della città: privilegi annonari, di mercato e di fiera, di monopolio di attività finanziarie e imprenditoriali[26]. La ricchezza di petizioni relative a questi argomenti indica una decisa rivitalizzazione e regolamentazione del mercato regionale: le fiere di Caltagirone (1392), Castrogiovanni (1421) e Sciacca (1420) venivano ampliate e regolamentate, fino a prevedere la riserva della giurisdizione civile e criminale per il maestro di fiera[27]; Agrigento nel 1433 chiedeva l'esclusiva dell'esportazione del grano del suo territorio a danno dei porti vicini; Catania, l'anno successivo impetrava con successo il divieto di esportazione di grani in assenza di adeguate riserve per l'approvvigionamento della città[28].

24 Sui processi imitativi fra le città nell'elaborazione della normativa, cfr. le opere citate alle note 3 e 9; cfr. inoltre V. LA MANTIA, *Testo antico delle consuetudini di Messina adottato in Trapani (1331)*, Palermo 1901; C. TRASSELLI, *I privilegi di Messina e di Trapani (1160-1359), con un'appendice sui consolati trapanesi nel secolo XV*, Palermo 1949. Per l'estensione dei privilegi nel XV secolo, S.R. EPSTEIN, *Potere e mercati*, cit.

25 *Capitoli*, pp. 19 ss.

26 Cfr. l'ampia trattazione della questione in S.R. EPSTEIN, *Potere e mercati*, cit., pp. 92 ss.; alle pp. 96-99 tabella con le concessioni di esenzioni fiscali alle città; alle pp. 106-109, tabella con le concessioni di privilegi di fiera. La maggior parte delle testimonianze è ricavata dai capitoli delle città.

27 *Capitoli*, pp. 41 (Caltagirone), 84 (Castrogiovanni); F. LA MANTIA, *Capitoli inediti della città di Sciacca*, cit., pp. 5-11.

28 *Capitoli*, p. 290 (Agrigento); di un analogo privilegio godeva Palermo fin dal 1316 (M. DE VIO, *Felicis et fidelissimae Urbis Panormitanae privilegia*, cit., pp. 68 ss. Per Catania, cfr.

b. Il contenzioso: la concorrenza degli ordinamenti locali e regi

Per quanto gli ambiti del potere in gioco nella dialettica politica del regno non siano radicalmente distinguibili, dati i meccanismi di circolazione e di integrazione del personale di governo delle città e del regno; per quanto la compresenza di istituzioni periferiche della monarchia e di istituzioni del governo locale intrecci i due livelli di esercizio di facoltà di governo, fra interessi specifici della comunità e della Corona esiste una continua frizione, che dipende anche dal ricambio o dalla strutturazione interna delle *élites* locali. Conflitti giurisdizionali fra ufficiali regi e della comunità, violazione dei privilegi, interventi diretti della Corona, deroghe nell'applicazione della normativa locale sono le occasioni di una continua ridefinizione fra Corona e comunità dei rispettivi ambiti di intervento[29].

Particolarmente rilevante è la tendenza della comunità ad acquisire il controllo delle cariche periferiche regie, come quella di Capitano, l'ufficiale regio dotato di giurisdizione criminale sulla comunità urbana. Ciò significava un incremento o l'acquisizione di fatto della giurisdizione penale, e dunque del controllo diretto dell'intera sfera giudiziaria a livello locale[30].

Non a caso quello del Capitano è l'ufficio regio che appare più al centro delle controversie: innumerevoli lamentele per le ingerenze del Capitano nella giustizia civile, nell'amministrazione urbana o per la commistione fra cariche urbane e capitaniali introducono capitoli che chiedono o la netta separazione della giurisdizione fra Giurati cittadini e Corte capitaniale, o la riserva dell'ufficio ai soli cittadini, dietro pagamento della carica stessa. In pochi casi, la Corona non aderisce alle richieste delle città: nel 1453 Agrigento chiedeva ad esempio che le guardie notturne della città, dal momento

la dettagliata ricerca sulle questioni relative all'approvvigionamento delle città di A. PETINO, *Aspetti e momenti di politica granaria a Catania e in Sicilia nel Quattrocento*, in «Studi di economia e statistica della Facoltà di Economia e Commercio dell'Università di Catania», serie I, 2, 1952, pp. 5-83.

29 Cfr. G. PARDI, *Un comune di Sicilia e le sue relazioni con i dominatori dell'isola fino al secolo XVIII*, in «Archivio Storico Siciliano», NS, 26, 1901, pp. 22-65, 310-366; 27, 1902, pp. 38-109; L. LA ROCCA, *Le vicende di un comune della Sicilia nei rapporti con la Corona dal secolo XI al XIX*, in «Archivio Storico per la Sicilia Orientale», 3, 1906, pp. 169-213, 414-456; 4, 1907, pp. 75-108, 223-261; L. SORRENTI, *Vicende di un comune demaniale tra il XIV e il XVI secolo*, in *Economia e Storia (Sicilia-Calabria, XV-XIX secolo)*, Cosenza 1976, pp. 51-82.

30 Cfr. P. CORRAO - V. D'ALESSANDRO, *Geografia amministrativa*, cit.; B. PASCIUTA, *Gerarchie e policentrismo nel regno di Sicilia. L'esempio del tribunale civile di Palermo (sec. XIV)*, in «Quaderni Storici», 32, 1998, pp. 143-170.

che venivano retribuite dall'*universitas*, fossero del tutto indipendenti dal controllo del Capitano; la Corte rispondeva che ciò avrebbe ridotto le prerogative dell'ufficiale regio e rifiutava la placitazione del capitolo[31].

Le controversie giurisdizionali si estendevano molto oltre la questione del magistrato penale, e investivano l'intero rapporto fra i diversi livelli del sistema istituzionale del regno, il cui funzionamento i privilegi locali rendevano costantemente oggetto di contenzioso. Ciò sia a livello di ufficiali periferici – come nel caso di Castroreale, che chiedeva di vietare al Castellano regio di indagare su eventuali malversazioni dei Giurati cittadini –, sia a livello di ufficiali centrali: nel 1433 Agrigento chiedeva ad esempio di sottrarre ai Maestri Razionali della Corte (il tribunale contabile centrale) la competenza sulle controversie fra i propri Giurati e un altro ufficiale centrale, il Maestro Portulano[32].

Infine, un caso più generale: nel 1444 Catania chiedeva di rafforzare con una pesante multa il divieto assoluto di infrangere i privilegi della città. Il capitolo veniva placitato, ma con una sostanziale riduzione della sanzione prevista, riducendone la forza e mantenendo aperta la strada ad una gestione molto elastica del sistema dei rapporti fra Corte e comunità[33].

Si è detto che nel corso del XV secolo si assiste all'omogeneizzazione di fatto delle *élites* di governo locali e del personale degli uffici periferici regi, che configura un controllo diretto da parte delle oligarchie dei centri demaniali dell'intero spazio del potere e del suo esercizio. Ciò implica, da parte della Corona, un sempre più frequente ricorso a forme commissariali e straordinarie di gestione della giustizia e delle finanze in sede periferica. Tale orientamento genera un'infinita successione di ricorsi e petizioni, mirate alla reintegrazione della prassi ordinaria, o alla subordinazione dell'operato dei commissari ai privilegi e alle prerogative della comunità. Tutte queste petizioni trovano sbocco in iniziative parlamentari, con il sostegno del braccio nobiliare, che conducono alla fine del Quattrocento all'approvazione di norme restrittive sulle competenze del Commissario regio valide

[31] *Capitoli*, p. 319 (Agrigento, 1453); ingerenze nel governo, nell'amministrazione della città e nella giustizia civile, riservata ai giudici cittadini: *Capitoli*, pp. 248, 287, 313, 319 (Agrigento, 1401, 1431, 1447, 1453), 354 (Licata 1402); esclusione dei cittadini dalla carica e del Capitano dagli uffici urbani: *Capitoli*, pp. 89, 105 (Castrogiovanni, 1432, 1448); acquisto della Capitania da parte di cittadini: Capitoli, p. 95 (Castrogiovanni 1444); sulle giurisdizioni degli ufficiali cittadini, cfr. B. PASCIUTA, *In Regia Curia civiliter convenire. Giustizia e città nella Sicilia tardomedievale*, Torino 2003; B. PASCIUTA, *Gerarchie e policentrismo*, cit.

[32] *Capitoli*, pp. 248 (Agrigento), 119 (Castroreale).

[33] *Capitoli*, p. 166.

per l'intero regno, ma queste hanno i loro precedenti nei privilegi impetrati da Catania nel 1444 di limitarne l'intervento in città al solo crimine di lesa maestà e di vietare al magistrato straordinario il ruolo di presidenza della Curia cittadina o nell'analogo provvedimento chiesto e ottenuto da Polizzi l'anno precedente[34].

c. Politica locale e monarchia

I testi capitolari evidenziano anche il conflitto interno alla comunità e alla sua *élite*. Le redazioni contraddittorie delle stesse suppliche, i cambiamenti nella composizione del collegio degli ambasciatori che negoziano i capitoli, il rilievo dato a questo o quell'ambito di applicazione dei privilegi richiesti delineano una politica interna alla città che spesso assume le caratteristiche dello scontro fazionario[35].

La ridefinizione delle preminenze politiche è particolarmente chiara nel periodo successivo alla guerra civile che aveva accompagnato l'accesso al trono di re Martino nel 1392-1408; la martellante richiesta di consentire il rientro di fuoriusciti ed esuli, l'esplicita indicazione dei capi delle fazioni sconfitte come elementi da escludere dal governo urbano o dalla stessa cittadinanza (come, ad esempio, ad Assoro) è il sintomo di un profondo rivolgimento nelle gerarchie della comunità[36]. E tuttavia, i segni dell'organizzazione in fazioni e della serratissima concorrenza interna sono evidenti per tutto il Quattrocento: a Castrogiovanni, nel 1448 l'*universitas* rinunciava a riservare alcune cariche regie a propri cittadini, in cambio della remissione dei delitti di «certi poviri homini» protagonisti di un tumulto, evidentemente approdato all'apertura del governo municipale ai protagonisti del rivolgimento fazionario. Infine, nella insistente richiesta di moratorie e di rientro dei debitori esuli dalla città può essere scorto il delinearsi di nuove

[34] *Capitoli*, pp. 171-72 (Catania); F. FLANDINA, *Statuti, ordinamenti e capitoli*, cit., p. 34; nel 1446 e ancora nel 1451 Alfonso V placitava dei capitoli parlamentari sulle limitazioni dell'azione dei commissari; analoghe misure erano poi approvate nell'epoca di Ferdinando II (F. TESTA [ed], *Capitula regni Sicilie*, cit., I, capp. 361, 440 di re Alfonso; capp. 67, 119 di re Ferdinando).

[35] F. TITONE, *Élites di governo*, cit.; dello stesso autore, *Le città divise. Elites urbane e Corona nella Sicilia di Alfonso V*, in *El món urbà a la Corona d'Aragó del 1137 als decrets de Nova Planta*, Atti del XVII Congresso di Storia della Corona d'Aragona, III, Barcelona 2003, pp. 953-970.

[36] *Capitoli*, p. 14 (Assoro); un esempio, relativo a Monte San Giuliano, delle molte richieste relative ai fuoriusciti, in R. MOSCATI, *Per una storia*, cit., pp. 87 ss.

preminenze sociali[37]. Il favore accordato all'una o all'altra delle fazioni, la ricerca di un interlocutore *super partes* da parte della monarchia sono altrettante vie dell'intervento regio sulle dinamiche e sugli equilibri delle comunità. Alcuni casi sono particolarmente significativi: ad Agrigento, nel 1423, poiché la fazione patrizia della città ricusava la partecipazione al governo, gli ambasciatori chiedevano che venisse istituito un consiglio di *gintilihomini* da affiancare agli ufficiali eletti secondo la prassi. In quel caso il Viceré, che esaminava i capitoli, rifiutava di placitare la richiesta, adducendo come motivazione che trattavasi di un sistema estraneo alla tradizione vigente nelle altre città demaniali[38]. Ancora, nel 1435, gli artigiani catanesi si indirizzavano direttamente al re per ottenere che nel governo cittadino avessero parte i consoli delle corporazioni artigiane, dotati di competenze di controllo sull'imposizione fiscale dei Giurati cittadini. Il re rispondeva accettando il principio della partecipazione al governo, ma avocando alla Corte il diritto di verificare l'operato degli ufficiali cittadini: a richiesta dei consoli sarebbero stati gli ufficiali competenti della Corte a giudicare sui conti dei Giurati. Del tutto negativa, invece la risposta alla richiesta di istituire un sigillo e un notaio dei consoli stessi; la partecipazione politica degli artigiani veniva così ammessa, ma senza dotarla di forme e rituali che la legittimassero in pieno come parte del governo urbano[39].

6. *Verso un sistema pattista*

In conclusione, la prassi capitolare non appare collocata in ambito distinto rispetto al complesso sistema di negoziazione che viene formalizzato in termini pattisti soprattutto nell'epoca di Alfonso V il Magnanimo attraverso lo strumento parlamentare. Nel Parlamento le comunità demaniali hanno la loro rappresentanza, contrattano privilegi e vantaggi, garantiscono appoggio finanziario alla monarchia. Tuttavia, le sedi extraparlamentari – fra le quali ruolo centrale hanno le ambascerie a Corte e la placitazione dei capitoli – restano uno dei canali principali di una contrattazione che si svolge nel quotidiano e spesso rappresenta su questa scala l'articolazione nel tempo degli esiti della negoziazione parlamentare.

[37] *Capitoli*, p. 107 (Castrogiovanni); più in generale, cfr. F. Titone, *Città demaniali*, cit. Per il meccanismo delle moratorie, cfr. F. Pasciuta, *Costruzione di una tradizione*, cit.

[38] *Capitoli*, p. 263.

[39] *Capitoli*, pp. 150 ss.

Si è impostata questa analisi sul piano della contrattazione fra soggetti politici. Va fatto allora riferimento, in conclusione, alla contropartita che la Corona, interlocutore delle comunità supplicanti, ottiene da queste all'atto del riconoscimento di prerogative, privilegi, esenzioni. Certamente, la posta in gioco è il consenso, la pace sociale, la garanzia della solvibilità effettiva delle comunità locali, entrambe assicurate dal legame strettissimo che la contrattazione, insieme ad altri canali, costruisce fra il ceto dirigente delle comunità e la Corona. Ma va anche preso in considerazione un altro aspetto della questione: le fonti capitolari mostrano in realtà il risultato della negoziazione: a testimoniare ciò è l'altissimo numero di capitoli placitati senza riserve dalla Corona. I casi di risposta negativa o di limitazioni alla concessione di quanto richiesto, tuttavia, indicano che la contrattazione non avviene in senso stretto fra comunità e Corona: progressivamente, quest'ultima assume il ruolo di mediazione generale fra le forze in campo nel regno, di garante dei diritti e degli interessi esistenti, siano essi delle comunità – in questo senso vanno le conferme dei privilegi – della Corona stessa, che di altri soggetti: quando l'*universitas* di Castiglione chiedeva, nel 1396, la diminuzione delle gabelle regie, il re rispondeva che i proventi erano destinati alla manutenzione del castello regio esistente nella *terra*, e negava la concessione. Analogamente, nel 1402, alla richiesta di Agrigento di abolire sia l'esazione dei diritti sulle esportazioni granarie imposte dai baroni, sia quella a favore dell'erario, il re rispondeva che non era possibile pregiudicare gli interessi della Corona e limitava la placitazione al primo punto del capitolo[40].

La ricchezza della documentazione capitolare delle comunità siciliane è, come si è visto, straordinaria; soprattutto in assenza di serie cospicue di atti dell'amministrazione urbana[41], essa costituisce – insieme alle registrazioni

[40] *Capitoli*, pp. 79 (Castiglione), 254 (Agrigento).

[41] Unico archivio organico di una città demaniale di epoca medievale è quello palermitano, ora edito per il Trecneto e il primo Quattrocento in *Acta Curie Felicis Urbis Panormi*, voll. I-XII, Palermo 1892-2000. La documentazione messinese fu trasferita in Spagna dopo la rivolta seicentesca della citta ed è solo ora oggetto di rinnovato studio, ancora nella fase iniziale; l'archivio degli atti dei giurati di Catania andò distrutto in un incendio nel 1943, e ne rimangono solo poche trascrizioni quattrocentesche (cfr. P. CORRAO, *Per la ricostruzione dell'Archivio Storico. La documentazione medievale*, in *Il riscatto della memoria. Materiali per la ricostruzione dell'Archivio Storico della città di Catania*, Catania 1998, pp. 305-314); pochi registri superstiti del Senato trapanese (cfr. Regione Siciliana, Assessorato per i Beni culturali e ambientali - Biblioteca Fardelliana di Trapani, *L'Archivio del Senato di Trapani. Inventario*, Trapani 2000) e una pregevole raccolta di atti dei Giurati maltesi del Quattrocento (cfr. G. WETTINGER [ed], *Acta iuratorum et consilii civitatis et insulae Maltae*, Palermo 1993) completano il panorama delle fonti locali siciliane di qualche rilievo.

nella Cancelleria e nel Protonotaro del regno degli *scrutinea* degli ufficiali locali – una fondamentale fonte sostitutiva della documentazione ordinariamente prodotta dalle magistrature cittadine ai fini della ricostruzione delle dinamiche interne delle città e dei centri minori. Tuttavia, il carattere costitutivo di tale documentazione rimanda immediatamente ad un altro cruciale tema, quello del funzionamento del sistema politico del regno nel suo complesso, un sistema integrato di luoghi istituzionali centrali – gli uffici della Corte regia e viceregia, quelli dell'amministrazione – e luoghi istituzionali decentrati, che nel corso del XV secolo divengono via via più forti e condizionanti.

I capitoli esprimono anzitutto le relazioni esistenti fra le diverse parti di questo sistema policentrico, nel quale diverso peso hanno – naturalmente – le maggiori città e i centri abitati demaniali di minore consistenza. Orizzontarsi nell'estrema varietà e frammentarietà della documentazione capitolare non è agevole, né è facile leggere al di là della ripetitività a volte quasi ossessiva di istanze e petizioni le gerarchie reciproche, le divisioni e le aggregazioni interne, i momenti di trasformazione che interessano i centri urbani siciliani nel tardo medioevo; non è sempre immediata, infine, l'identificazione della natura e delle caratteristiche della relazione che volta a volta si instaura fra monarchia e comunità. Ciò che emerge con forza, però, dall'osservazione ravvicinata di questa fonte – considerata nella sua natura 'seriale' – è la necessità di abbandonare definitivamente l'idea che a lungo ha ispirato la storiografia sulle comunità urbane inserite in più vasti complessi istituzionali monarchici, secondo la quale la vitalità delle comunità va misurata sul metro delle aspirazioni all'autonomia. La rete delle relazioni espresse nei capitoli mostra con estrema chiarezza che le *élites* delle città demaniali siciliane sono anzitutto portatrici dell'interesse a mantenersi all'interno del sistema politico del regno, a conquistarvi spazi sempre più solidi, a costituirne elementi sempre più capaci di incidere sulle scelte politiche generali[42].

[42] Radicalmente diversa da questa impostazione, ad esempio, la prospettiva d'analisi di W. BLOCKMANS, *Voracious States and Obstructing Cities: An Aspect of State Formation in Mediaeval Europe*, in «Theory and Society», 18, 1989, pp. 733-755.

«Gravamina» e parlamenti nella prima età moderna

Il caso sardo alla fine del regno di Filippo II

di *Diego Quaglioni*

Lo studio degli atti parlamentari, sia pure circoscritto all'esperienza della monarchia ispanica in una sua realtà periferica come quella del *Regnum Sardiniae*, rivela, soprattutto nel tornante storico segnato dalla morte di Filippo II (1598), un carattere pletorico delle procedure e un'esasperazione della forma pattizia nella soluzione dei conflitti e nello stesso processo di conferma dei privilegi e di riforma del diritto proprio[1]. Al carattere pletorico dei processi verbali, che come un organo malato vanno ingrossandosi in modo abnorme lungo tutto il secolo XVI, corrisponde la vastità del silenzio sulle trattative 'politiche' ed extraparlamentari tra la Corona, i suoi officiali (a cominciare dal luogotenente o viceré) e i suoi organi giurisdizionali e consultivi (soprattutto il *Consejo supremo de Aragón*, cui è demandato l'esame delle più importanti suppliche inoltrate dagli ordini del regno o *staments*). Segno di involuzione dell'istituto parlamentare, la nota ripetitività degli atti, che induce il lettore al sospetto di una vacuità del dibattito parlamentare, almeno nella misura in cui non lo soccorra l'esame delle consulte (recanti regolarmente le risposte regie, anche in forma di appunti marginali e di richieste di ulteriori informazioni sul fondamento delle petizioni) o il fortunato ritrovamento di documenti sul dibattito in corso, come ad esempio i registri di corrispondenza dei consigli cittadini rappresentati in Parlamento dai loro *syndici*[2].

[1] Per una più diffusa trattazione di questo tema, così come per la bibliografia di carattere generale, rinvio alla mia *Introduzione*, in D. QUAGLIONI (ed), *Il Parlamento del viceré Gastone de Moncada marchese di Aytona (1592-1594)*, («Acta Curiarum Regni Sardiniae», 12) Cagliari 1997, pp. 11-115.

[2] È appunto il caso del registro di corrispondenza del *syndicus* della città di Sassari nel Parlamento Aytona, Jaime Manca: una sorta di 'diario parlamentare', che dà conto di tutta la complessità dei negozi che precedono e seguono il voto sul donativo. La fonte, conservata nel fondo dell'Archivio Storico Comunale depositato presso l'Archivio di Stato di Sassari, meriterebbe un'edizione integrale e uno studio apposito. Se ne veda un'ampia illustrazione in D. QUAGLIONI, *Introduzione*, cit., pp. 55-67.

La ripetitività degli atti non costituisce, però, essa sola un ostacolo alla piena comprensione del dibattito parlamentare. Si è rilevato in passato che la stessa dichiarazione programmatica o *propositio*, letta o fatta leggere dal luogotenente del sovrano, risulta generalmente «poco meno vaga sui motivi della convocazione delle convocatorie stesse», così come «ottimistica e deferente» suona la risposta della 'prima voce' parlamentare, solitamente il primate del regno: «Di lì in poi, il parlamento come unità diventava una pura e semplice astrazione, vale a dire una serie di piccole e brevi cerimonie o dichiarazioni di rinvio. Rompevano tale stasi, ad intervalli più o meno regolari, i messaggi dei Bracci al viceré (e viceversa) e ad ognuno degli altri per annunziare la nomina dei rappresentanti dei singoli Bracci nelle varie importanti commissioni. La vera e propria attività parlamentare veniva, infatti, a concentrarsi nel lavoro dei singoli Bracci e nell'attività, proprio, di tali commissioni»[3].

Ciò si riscontra anche nell'ultimo Parlamento sardo sotto il regno di Filippo II (ultimo sia per il *Regnum Sardiniae*, sia per l'intero dominio della Corona), la cui convocazione fu decretata dal re alla vigilia di Natale del 1592. Il Parlamento, presieduto dal viceré Gastón de Moncada, marchese d'Aytona, convocato per il 10 giugno 1593, dopo il triplice rinvio di rito si aprì a Cagliari il 12 luglio e si chiuse l'8 marzo dell'anno successivo. Le convocatorie del Parlamento, firmate dal viceré e datate 5 maggio 1593, adducono le solite, generiche ragioni per l'indizione da parte del re:

«La ... Magestat del rey nostre señor, migensant ses opportunes provisions ..., nos mana y comet que en sa real persona celebrem general Parlament convocant los tres Staments del present Regne per coses concernents son real servei, benefici, deffensio, pau y tranquilitat de aquell»[4].

La medesima genericità, eccezion fatta per le motivazioni della richiesta di un donativo straordinario nella misura del 25% dell'ordinario per un totale di 125.000 ducati, caratterizza la *propositio* del viceré, contenente tre punti principali: rimediare agli ingiusti gravami («porque el principal fin que yo he de tener, siguiendo la sancta intencion de Su Magestad, es remediar agravios ..., de las tres cosas que se han de tractar en este Parlamento será esta la primera»); riformare le leggi dannose o non più

3 A. MARONGIU, *Il Parlamento in Italia nel Medio Evo e nell'Età Moderna. Contributo alla storia delle istituzioni parlamentari dell'Europa occidentale* («Études presentées à la Commission Internationale pour l'Histoire des Assemblées d'États», XXV), Milano 1962, p. 320.

4 D. QUAGLIONI (ed), *Il Parlamento del viceré Gastone de Moncada*, cit., n. 2, pp. 122-127, qui p. 122.

rispondenti ai tempi e farne delle nuove, rivolte al buon governo e al bene comune («la segunda ... es de reformar algunas leyes dagnosas y hazer otras de nuevo que tengan respecto al buen govierno y beneficio universal del Reino»); e infine sovvenire alle necessità della Corona, travagliata dalle spese per la ribellione delle Fiandre, per il mantenimento della flotta contro il Turco dopo la caduta della Goletta e contro l'Inghilterra (il disastro della Invincibile Armata era recentissimo), per l'acquisto del Portogallo e per il sostegno dato ai cattolici di Francia contro l'eretico Enrico IV di Borbone («en favorescer los catholicos de Francia e impedir que el ceptro de aquell christianissimo reyno no venga en mano de herege»)[5]. Secca e genericissima, più che «ottimistica e deferente», la risposta della 'prima voce' parlamentare, l'arcivescovo di Cagliari, che si limitò a dichiarare che si sarebbe data risposta «en todo lo que fuere serviçio de Su Magestad»[6].

I lavori del Parlamento prendevano concretamente avvio quando gli stamenti si riunivano separatamente negli spazi loro assegnati. Il primo adempimento richiesto era quello della verifica dei poteri dei membri del Parlamento, nonché della raccolta e trasmissione al viceré delle procure degli assenti, ufficio per il quale era eletta l'apposita commissione degli *habilitadors* (specie di commissione per la verifica dei poteri parlamentari), parte per la regia corte e parte per gli stamenti. Sarà appena il caso di ricordare, come faceva un grande Maestro degli studi sulle istituzioni rappresentative, che tale commissione, istituita su richiesta dello stamento militare (la nobiltà) e in conformità allo «stil de Cathalunya» nel Parlamento del 1553-1554, «sotto l'aspetto puramente tecnico-giuridico» celava una responsabilità assai rilevante e tutta 'politica': «In mani più o meno abili, cioè più o meno faziose, stava, cioè, la possibilità di ritardare o addirittura di impedire l'ammissione al parlamento di questo o di quel probabile avversario»[7]. Compiuta tale verifica, i tre Bracci del Parlamento (ecclesiastico, militare e reale) erano legalmente costituiti, in grado di adempiere ai propri compiti e «di provvedere alla propria costituzione interna con la nomina dei propri notai ed ufficiali, per i rapporti con gli altri bracci e col viceré»[8].

5 *Ibidem*, n. 13, pp. 137-144, qui pp. 142-143.

6 *Ibidem*, p. 144.

7 A. MARONGIU, *Il Parlamento in Italia nel Medio Evo e nell'Età Moderna*, cit., pp. 320-321; cfr. dello stesso autore, *I Parlamenti sardi. Studio storico istituzionale e comparativo*, Milano 1979, pp. 128 e 140. Per l'istituzione dell'organo si veda G. SORGIA, *Il Parlamento del viceré Fernandez de Heredia (1553-1554)*, Milano 1963, n. 21, p. 102.

8 A. MARONGIU, *I Parlamenti sardi*, cit., p. 128.

I tre stamenti e la regia corte procedevano quindi all'elezione, ciascuno per propria parte, dei membri delle due commissioni-chiave del Parlamento: i *tractadors* e i *jutges de greuges*. Così la Corona come gli stamenti inserivano nelle due commissioni i loro uomini più eminenti, come s'imponeva sia per i 'trattatori' («commissione, insieme, di finanza e tesoro e legislativa», nella quale «essenzialmente, si decidevano i donativi e ... si formulavano le domande da presentare al re e al suo governo come condizione per il donativo medesimo»)[9], sia per i 'giudici o esaminatori dei gravami'. Se grande era infatti l'importanza dei *tractadors*, le cui risoluzioni e proposte, «specie se prese all'unanimità, costituivano la base necessaria e sufficiente per le ulteriori deliberazioni dei bracci»[10], non meno fondamentale era la funzione dei *jutges de greuges*. Tale commissione, costituita «per il giudizio in via straordinaria sui ricorsi e gravami contro gli atti arbitrari e gli abusi degli organi e funzionari amministrativi», esercitava infatti una funzione decisionale «pregiudiziale rispetto ad ogni altra attività del Parlamento, perché, fino al suo giudizio, ogni atto di questo doveva esser ritenuto nullo»[11]. Il tribunale dei gravami era dunque, con la giunta dei 'trattatori', «l'organo più importante del parlamento ed in esso si rispecchiavano fedelmente i vari umori, le varie posizioni ed i vari atteggiamenti dei bracci e dei ministri e consiglieri del viceré i quali, tutti, agivano in esso con tattiche differenti, al fine di ridurre, ogni partito, le decisioni al proprio vantaggio: mercanteggiando reciprocamente il proprio voto in cambio dell'appoggio promesso in altro campo e cioè nel campo finanziario e legislativo»[12].

Questi aspetti non sono affatto secondari, se è vero che il regno di Filippo II si situa in un momento cruciale della vita della monarchia spagnola e dell'Europa occidentale, alla svolta epocale dalla quale ha origine lo Stato, e, più in particolare, se è vero che «nelle sessioni parlamentari celebrate durante il regno di Filippo II ... incominciano a mutare i delicati rapporti di forza tra gli Stamenti e la Corona»[13], se non nel senso della progressiva affermazione di un 'modello centralistico' di governo, contrastante non poco con il lento e complesso cerimoniale dei lavori parlamentari, nella direzione

9 A. MARONGIU, *Il Parlamento in Italia nel Medio Evo e nell'Età Moderna*, cit., p. 321.

10 *Ibidem*.

11 A. MARONGIU, *I Parlamenti sardi*, cit., p. 144.

12 *Ibidem*, p. 145.

13 A. MATTONE, *Centralismo monarchico e resistenze stamentarie. I Parlamenti sardi del XVI e del XVII secolo*, in *Istituzioni rappresentative nella Sardegna medioevale e moderna*, Atti del seminario di studi, Cagliari 28-29 novembre 1984 («Acta Curiarum Regni Sardiniae», 1), Sassari 1986, pp. 127-179, qui p. 135.

di una sensibile «spinta centralizzatrice e uniformatrice», che si è voluta compendiare nella suggestiva locuzione di «assolutismo burocratico»[14]. Se inattendibile appare ormai la tralatizia visione dell'età e dell'azione di Filippo II come non diversa, nella sostanza, «dalle direttive di governo seguite nell'isola dalla Spagna sotto gli altri monarchi coi rispettivi pregi e difetti»[15], non sempre sostenibile sembra anche l'estensione a tutto il sistema di governo dell'Isola e allo stesso istituto parlamentare di giudizi come quelli espressi polemicamente dall'arcivescovo cagliaritano Antonio Parragues de Castillejo nel 1560:

«Todo el mundo entiende que este Parlamento se haze y en nombre de Su Magestad solo per sacar alguna quantidad de dinero con que gratificar amigos en essa Corte ... Sepa que aqui ni hay justiçia ni la puede haver estando las cosas de la manera que agora estan. Todo el Consejo se reduze a tres personas: Virrey, Regente y Abogado Fiscal; con qualquiera de los dos se conçierta el Virrey haze y sabe con lo que quiere justo o injusto sin contradicion, porque otro tres que llaman al Consejo no son ombres que osen dezir si no lo que quiere el Virrey»[16].

Naturalmente è legittimo cogliere nella testimonianza del Parragues, per quanto faziosa essa fosse, la spia di processi di 'centralizzazione' ormai in atto; ma le nuove dinamiche istituzionali e politiche, così come le nuove manifestazioni del potere monarchico, nel loro complesso sviluppo e nella loro convivenza con i motivi e i meccanismi più 'tradizionali', possono cogliersi nella loro concretezza storica solo per il tramite di una rinnovata e più sicura lettura analitica della fonte parlamentare.

Solo ciò consente di valutare la reale importanza dell'attività parlamentare, vero momento di contrattazione tra ordini e corona e luogo di neutralizzazione dei conflitti tra gli ordini stessi: al prelievo fiscale, concesso dagli *staments* alla Corona nella forma e con la finzione giuridica della donazione (il donativo o *servicio*, secondo il linguaggio feudistico che fonda l'obbligazione politica nel corrispettivo dovere del sovrano di esercitare la *tuitio* verso il regno), corrisponde la placitazione regia delle suppliche degli ordini e del Parlamento nel suo insieme, rivolte alla conferma e riforma delle

14 B. ANATRA, *Dall'unificazione aragonese ai Savoia*, in J. DAY - B. ANATRA - L. SCARAFFIA, *La Sardegna medioevale e moderna* (*Storia d'Italia*, diretta da G. Galasso, X), Torino 1984, pp. 189-663, qui pp. 468, 474.

15 F. LODDO CANEPA, *La Sardegna dal 1478 al 1793*, 2 voll., I: G. TODDE (ed), *Gli anni 1478-1720*, Sassari 1986², p. 177.

16 P. ONNIS GIACOBBE, *L'epistolario di Antonio Parragues de Castillejo*, Milano 1958, n. 30, pp. 139-144, qui p. 142. Cfr. in proposito A. MATTONE, *Centralismo monarchico e resistenze stamentarie*, cit., p. 135, e, dello stesso autore, *I Parlamenti*, in J. CARBONELL - F. MANCONI (edd), *I Catalani in Sardegna*, Cinisello Balsamo (Milano) 1984, pp. 83-91, qui p. 88.

consuetudini e degli statuti e, talvolta, all'ottenimento di nuovi privilegi (per lo più simbolici delle superstiti prerogative cetuali). L'atto solenne dell'offerta del donativo, cui fa seguito l'accettazione giurata da parte del luogotenente della Corona e dei suoi magistrati, con l'accoglimento delle proposte parlamentari, compendia e definisce «il *do ut des* dei bracci», cioè «il carattere ed il titolo di contratto degli accordi finanziari e normativi (donativo come atto di liberalità; leggi e provvedimenti singoli come contratti)»[17], confermando così sia l'equivalenza del valore giuridico delle parti contraenti, «sia la riluttanza dell'una e dell'altra a mutare lo *status quo* senza un proprio preciso vantaggio o compenso»[18]. «Ripetutamente, dunque, e sistematicamente – ha scritto il Marongiu – lo Stato, ossia il re che lo impersona, secondo le concezioni del tempo, in modo completo ed esclusivo, regola in forma contrattuale i suoi rapporti, anche di carattere pubblicistico, col paese, impersonato dall'organismo rappresentativo di esso, che è il parlamento dei tre bracci»[19]. Del resto, sempre Marongiu ha ricordato che la cura di mantenere le posizioni raggiunte coi privilegi e capitoli di legge «era una delle funzioni il cui libero esercizio stava più a cuore al Parlamento»[20], a tal punto da indurre il Parlamento presieduto dal viceré Miguel de Moncada (1583) a richiedere a Filippo II (che disattese ampiamente la richiesta) la costituzione di una Deputazione di diciotto membri eletti dai Bracci, ben più importante di un semplice organo di controllo e di stimolo all'osservanza dei privilegi statuiti, com'era la commissione dei *tractadors*[21]. Sarà appena il caso di ricordare che altrove per tali deputazioni, i cui membri erano eletti dai Bracci e in seno ad essi, le *Corts* potevano rappresentarsi come sedenti in permanenza: come in Aragona, durante la chiusura delle sessioni parlamentari restavano a difesa delle istituzioni e prerogative parlamentari il *Justicia* (conservatore dei privilegi dei sudditi e prima autorità del Regno dopo il re) ed una Deputazione eletta dal Parlamento stesso, così in Catalogna, chiuse le *Corts*, restava in carica la

[17] A. MARONGIU, *Il Parlamento in Italia nel Medio Evo e nell'Età Moderna*, cit., pp. 327-328.

[18] *Ibidem*, p. 328.

[19] *Ibidem*. Sul carattere pattizio della legislazione aragonese cfr. il volume collettaneo *El pactismo en la historia de España*, Madrid, 1980, con le più recenti osservazioni di E. SARASA SÁNCHEZ, *Cortes y parlamentos en la Corona de Aragón durante la Edad Media*, in *La Corona d'Aragó*, III: *Corts i Parlaments a la Corona d'Aragó (Territoris hispànics, italians i Còrsega)*, Barcelona - Zaragoza s.d., pp. 10-17, in particolare p. 13.

[20] A. MARONGIU, *I Parlamenti sardi*, cit., p. 147.

[21] *Ibidem*.

potente commissione parlamentare detta 'Generalità di Catalogna', istituto caratteristico e fondamentale di tutto il sistema parlamentare catalano il cui potere «abbracciava ogni attività ed ogni organo dello Stato», esercitandosi – soprattutto sotto l'aspetto finanziario – «sugli ufficiali pubblici, sui cittadini e su tutto ciò che riguardasse in alcun modo i compiti e le prerogative delle *Corts*»[22].

In questo contesto si situano anche i giudizi sui gravami pronunciati dal Parlamento, che funge da corte suprema del regno. Il caso più interessante è quello di un esponente della piccola nobiltà algherese, Antonio de Tola, rappresentato in Parlamento dal procuratore Antioco Fortesa, dottore *in utroque*. Il Tola infatti, assistito dal giurista Dionigi Carcassona, il 24 gennaio 1594 sollevò opposizione alla continuazione del parlamento (*dissentiment*) finché non si decidesse del risarcimento di un danno causatogli nel 1583 e 1584 dai soldati alloggiati nella marina di Alghero, con l'uccisione di seicento capi di bestiame vaccino. Dionigi Carcassona produsse in Parlamento una memoria giuridica che rivela una notevole padronanza dei mezzi tecnici ed un uso di allegazioni ed argomenti tratti dalla migliore tradizione dottrinale di diritto comune. Val la pena di citare estesamente il *consilium* del Carcassona[23].

«Illustrissimo señor lugar tiniente y capitan general presidente en el presente Parlamento.

Para justification del agravio que pretende Antonio de Tola se le reparese, presuponen las cosas siguientes en hecho.

Primo que la magnifica Violant Tola, su madre, tenia y possehia en los territorios de las marinas de l'Alguer quatro cientas veinte i quatro vaccas, segun consta por la carta del comun, recebida en poder de Simon Jaime, notario publico, a los sinco de hebrero 1582, como consta por esta carta que se muestra; las quales vinieron a augmentar y creser en dos siguientes años hasta mas de seis cientas.

2° se presupone que en los años 1583 y 84 que havia peste en la çiudad de l'Alguer, como es notorio, temendose nuevas de enemigos, el illustrissimo señor don Miguel de Moncada, para tuicion y seguridad tanto de la dicha çiudad como del Reyno, tuvo ordinariamente en las dichas marinas y puertos de la dicha çiudad compañias de soldados, hasta ocho çientos, poco mas o menos. Para su mantenimiento i comida mataron en diversas vezes las dichas seis cientas vaccas, como dello consta por testigos dignissimos de fe, reçibidos por orden del illustrissimo señor virrey y con çitacion del real fisco, los quales aqui se muestran.

En via de drecho esta claro que Su Magestad tiene obligacion de pagar de su real patrimonio al dicho Antonio de Tola tanto las dichas seis çientas vaccas como los fructos y interesses de aquellas, por muchas razones, segnaladamente por las siguientes.

[22] *Ibidem*, p. 18.

[23] G. SORGIA, *Il Parlamento del viceré Gastone de Moncada*, cit., n. 255, pp. 465-467.

Et primo estos soldados fueron puestos para deffensa i guarda de dicha çiudad real, que es obligaçion que Su Magestad tiene: Hugo. Seles. in Tract. de offi. quat. prelat., ti°. de iudi., n°. i.; y el daño que los tales hazen tiene obligaçion de rehazallo el principe y señor que los pone para guarda de su çiudad: Floria. in l. in lege, §. quoties, n°. 5, ff. ad leg. Aquili., l. 2., et ibi Sali., C. de his quae lat., lib. x.

Esto se prueva porque este daño succedio por culpa de Su Magestad, porque conforme a los capitulos de la milicia deste Reyno tenia obligaçion de pagar cierta quantidad a los soldados, para que se hizzessen el gasto y tomassen vituvalla; y es ansi de derecho, porque 'milites sumptibus domini debent militare': c. cum ex officio, de praescrip.; Florian. in l. in lege Aquilia, §. quoties, n°. 5, ff. ad leg. Aqui. El no haver su magestad cumplido con esta obligation dio occasion para que los soldados matassen i robassen dichas vaccas, c. militare, 23. q. i., in illis verbis: 'quadam enim providentia militibus sunt stipendia constituta, ne dum sumptus queritur, predo grassetur'; Specul., tiø. de iud. leg., §. superest videre, n°. 22, lib. i.; y es contra toda razon y justicia, que esten los soldados por interes de Su Magestad y guarda de su ciudad i reino, y que el mantenimiento que Su Magestat tiene obligaçion de darles lo venga a pagar un particular: l. secundum naturam est, ff. de reg. iuri.

Y ultimo es notorio que las Cortes se hazen por benignidad de nuestro rey, la potestad del qual aunque sea legibus absoluta, l. digna vox, C. de consti. princi., quiere sujetarla a la correction de las leyes y desagraviar todos los que de sus ministros, usando de la sobredicha potestad, seran agraviados; i ansi esta claro que Su Magestat tiene obligaçion a satisfazer el agravio que estos soldados y capitanes con auctoridad de personas nombradas per su lugartiniente para el servicio publico y de Su Magestad han hecho en las dichas seis cientas vaccas, defraudando este su vassallo militar tanto del provecho de dicha propriedad como tambien del usufructo de tantos años.

Todo lo qual supplica a Vuestra Señoria illustrissima mande reparar, declarando ser agravio y mandandole pagar, que a mas de ser justicia es sertissimo que Su Magestad, como a prinçipe tan catholico i que con tanta afficion mira siempre el provecho de sus vassallos se servira dello».

Le allegazioni del Carcassona, in fatto e in diritto, sono un buon esempio di *consilium pro parte*, di memoria giuridica ancora esemplata dai modelli giusdottrinali di scuola italiana, ma già aperto a temi ed argomenti nuovi e politicamente assai interessanti. Notevole il ripetuto richiamo al *Quadruvium Ecclesiae de officio quatuor praelatorum* di Johannes Hugo von Schlettstadt (Selestadiensis), pubblicato a Strasburgo nel 1504, così come ai *Commentaria in librum IX Digestorum* di Floriano Sampieri, segnatamente intorno alla l. *in lege Aquilia*, ff. *ad legem Aquiliam* (D. 9, 2, 44), dove il § 1 sancisce il principio generale della responsabilità del *dominus* per fatto illecito del sottoposto: «Quotiens sciente domino servus vulnerat vel occidit, Aquilia dominum teneri dubium non est». La responsabilità per colpa della Corona («porque este daño succedio por culpa de Su Magestad») è inoltre argomentata sulla base della *Lectura Codicis* di Bartolomeo da Saliceto, nel commento alla l. *si qui latrones*, C. *de his qui latrones vel aliis criminibus reos occultaverint* (C. 9, 39, 2), e confermata dalla citazione letterale del capitolo *cum ex officio* del titolo *de praescriptionibus* del *Liber*

Extra (c. 16, X, II, 26): «milites sumptibus domini debent militare», e del canone *militare* del *Decretum Gratiani* (c. 5, C. XXIII, q. I): «quadam enim providentia militibus sunt stipendia constituta, ne dum sumptus queritur, predo grassetur». Altri appigli autoritativi indicati dal Carcassona sono lo *Speculum iudiciale* di Guglielmo Durante e la *regula iuris* del Digesto (D. 50, 17, 10), per la quale «secundum naturam est commoda cuiusque rei eum sequi, quem sequuntur incommoda».

Più importante ancora, e non a caso posta a conclusione e suggello dell'intiera argomentazione, è l'allegazione della l. *digna vox*, C. *de legibus et constitutionibus principum* (C. 1, 14, 4), celeberrima 'autorità' sempre evocata, nella tradizione giusdottrinale dell'età intermedia, a temperamento del principio assolutistico: «Digna vox est maiestate regnantis legibus alligatum se principem profiteri, adeo de auctoritate iuris nostra pendet auctoritas, et revera maius imperio est submittere legibus principatum». Il solenne richiamo del giurista al principio giustinianeo della volontaria soggezione del principe alle leggi («la correction de las leyes»), quantunque «la potestad del (rey) sea legibus absoluta», introduce nel Parlamento, a dispetto del carattere 'minore' della questione posta tramite *dissentiment*, un motivo di alto e significativo dissenso verso le nuove manifestazioni assolutistiche del potere regale che caratterizzano così fortemente la fine del secolo. Quell'allegazione, che formava uno dei cardini del diritto pubblico dell'età intermedia e che aveva costituito la base ferma delle costruzioni dottrinali della lunga stagione dei Commentatori, da Cino a Bartolo a Baldo, era ormai diventata pericolosa e quasi simbolica di sentimenti resistenziali ed antimonarchici[24]. Nel 1579, con una falsa indicazione del luogo di stampa (Edimburgo) e sotto lo pseudonimo di Stephanus Junius Brutus Celta, erano apparse in latino le *Vindiciae contra tyrannos*, il manifesto delle dottrine moderne della 'sovranità divisa' e della costituzione mista. Due anni dopo, senza indicazione del luogo di stampa, era apparsa una traduzione francese col titolo *De la puissance legitime du prince sur le peuple et du peuple sur le prince*. Erano passati sette anni dalla Saint-Barthélemy, e nel momento più acuto della crisi delle guerre religiose erano apparsi la *Franco-Gallia* di François Hotman (1573), il *De droit des magistrats* di Théodore de Bèze (1574), i *Six livres de la Republique* di Jean Bodin (1576) e, sempre nel 1576, il *Discours* di Innocent Gentillet, cioè tutti i libri che mostravano la

[24] Ho esposto le linee di quella tradizione nel saggio *La souveraineté partagée au Moyen Âge*, ora in stampa negli Atti del seminario internazionale «La constitution mixte», Lyon, École Normale Supérieure, 7-8 novembre 2003. Cfr. in sintesi D. QUAGLIONI, *La sovranità*, Roma - Bari 2004, pp. 26-29.

radicalizzazione dei temi fondamentali del dibattito politico-giuridico di fine Cinquecento[25].

Tutte quelle opere, benché differenti nelle loro intenzioni, ponevano la questione della natura del potere e, più ancora, la questione dei 'freni' del potere, vale a dire dei suoi limiti 'costituzionali'. La cultura giuridica francese testimoniava di una crisi d'ordine senza precedenti e dei suoi effetti distruttivi nella sfera politica e istituzionale così come nelle coscienze, cioè nella sfera dei 'valori' e delle certezze di una società radicata in una tradizione culturale plurisecolare, turbata dall'evidenza del caos e della contraddizione.

Anche in ragione di ciò, dunque, la sapienza giuridica del Carcassona doveva restare inascoltata: la richiesta del Tola fu rigettata. Con o senza allegazioni legali e dottrinali, il rimedio parlamentare agli abusi dell'amministrazione regia, costituito nel *dissentiment* e nel giudizio sull'ammissibilità dei gravami, si rivelava con poche eccezioni strumento debole, quando non pericoloso. Lo sapeva un *syndicus*, che edotto dall'infelice esito di più di un'opposizione, ammoniva il consiglio cittadino, che gli dava mandato di sollevare opposizioni, che non era più il caso di usare di quell'aleatorio e pericoloso strumento parlamentare per tentare di procurare quel che invece si poteva ottenere 'con le buone', e che sarebbe stato posto appunto all'azzardo in caso di opposizione: «Miren Vostras Magnificentias si es menester que yo vaia a tentar y procurant lo que bonament puch alcansar, non posarlo en perdissio posant dissentiments»[26].

[25] Cfr. S. Testoni Binetti, *Introduzione*, in Stephanus Junius Brutus, *«Vindiciae contra tyrannos». Il potere legittimo del principe sul popolo e del popolo sul principe*, cura e traduzione di S. Testoni Binetti, Torino 1994, pp. XLIII-XLV.

[26] Così avvertiva Jaime Manca ai consiglieri della sua città il 16 febbraio 1594, dopo che l'apposita commissione aveva respinto due *dissentiments* della città di Oristano. Cfr. D. Quaglioni, *Introduzione*, cit., p. 75 e nota 173.

«Per non privarci de nostre raxone, li siamo stati desobidienti»

Patto, giustizia e resistenza nella cultura politica delle comunità alpine nello stato di Milano (XV secolo)

di *Massimo Della Misericordia*

Il presente contributo è un momento di una ricerca più ampia, dedicata all'affermazione tardo-medievale dell'appartenenza comunitaria nelle Alpi centrali e in particolare in Valtellina. L'interesse originario è dunque quello per l'adozione di uno specifico linguaggio politico – che precisava i rapporti con l'autorità centrale e i magistrati periferici – tramite il quale le comunità intesero definire e legittimare il loro ruolo.

Tale piano di ricerca conferisce una prospettiva particolare all'interesse per la presenza, nelle suppliche delle comunità rurali, degli elementi di una cultura contrattualistica: l'obiettivo non sarà, infatti, comprendere il posto che l'iniziativa e il linguaggio politico di questi comuni occupano nella storia del pattismo come dottrina, bensì, al contrario, il posto che il pattismo o alcuni suoi spunti occupano in un processo di costruzione della comunità nella sua dimensione politica. Pertanto l'attenzione non sarà limitata ai contenuti delle suppliche riconducibili all'orizzonte concettuale del pattismo tardo-medievale, svolgendone un'analisi tutta interna che si limiti a riallacciare tali contenuti agli argomenti elaborati da una consapevole tradizione di pensiero. Allo scopo di non proporre ancora una volta una storia autoreferente delle idee, si è invece allargata la visuale in modo da collocare la produzione del discorso politico in un contesto di pratiche politiche.

Abbreviazioni: ASMi = Archivio di Stato di Milano; ASSo = Archivio di Stato di Sondrio; BCCo = Biblioteca comunale di Como; *TD* = L. Moroni Stampa - G. Chiesi (edd), *Ticino ducale. Il carteggio e gli atti ufficiali*, 2 voll., Bellinzona 1994-1999.

Il presente lavoro si è giovato dei suggerimenti e delle segnalazioni di Letizia Arcangeli, Federica Cengarle, Nadia Covini, Andrea Gamberini, Marco Gentile, e degli interventi di tutti coloro che ne hanno discusso i risultati nel corso di due seminari presso il Centro per gli studi storici italo-germanici in Trento, in fasi diverse della loro maturazione.

L'opzione ha altresì significato aggiungere altri oggetti d'attenzione a quelli, classici, definiti dal modello dello stato regionale. Gli storici che lo hanno adottato, hanno spesso utilizzato la parola 'dialogo' per rappresentare il rapporto tra il principe e i corpi sociali e territoriali. A mio avviso, per meglio descrivere questo complesso di relazioni, è possibile impiegare lo stesso concetto di 'dialogo' in modo meno astratto e metaforico e invece più forte e pregnante, considerando in quale larga misura l'interazione politica del tempo consistesse nell'effettiva e concreta comunicazione, per iscritto, tra i suoi diversi protagonisti. Le scelte lessicali e argomentative, le condizioni materiali e le circostanze di produzione dei testi documentari, *media* di tale comunicazione, nonché delle aspirazioni, dei conflitti e delle intese che la accompagnavano, possono pertanto costituire un nuovo, specifico interesse delle ricerche sullo stato territoriale[1].

La linea espositiva scelta è intesa a supportare la ricostruzione di uno spazio politico non omogeneo, ma segnato da scarti e solcato da divisioni, cui corrispondono divisioni nello spazio del discorso. Per questo motivo, dopo aver presentato il quadro politico-istituzionale più ampio, quello dello stato di Milano (§ 1), e i punti salienti della cultura pattista rinvenibili nelle suppliche delle comunità alpine (§ 2), la massima attenzione è stata riservata all'individuazione dei confini – per usare una metafora corrente – del linguaggio che interessava, ossia all'identificazione analitica dei momenti in cui esso irrompe nell'interazione politica. Tracciare in modo preciso le linee ideali oltre le quali si situa l'utilizzo di parole e argomenti riconducibili alla cultura contrattualistica e prima delle quali è impossibile reperirne traccia, consente di fare luce su specifiche discontinuità sociali, cronologiche e politiche. Un primo confine passa entro le comunità rurali, separando i centri maggiori, capaci di inserire le proprie rivendicazioni nella cornice di una precisa elaborazione concettuale, dai centri minori, che non disponevano di analoghe risorse intellettuali (§ 3). Ulteriori significative discontinuità sono rinvenibili, sul piano cronologico, nel processo che ha

[1] Cfr. A. PAGDEN (ed), *The Languages of Political Theory in Early-Modern Europe*, Cambridge 1987; J.G.A. POCOCK, *Politica, linguaggio e storia. Scritti scelti*, Milano 1990; E. ARTIFONI - M.L. PESANTE (edd), *Linguaggi politici*, in «Quaderni storici», 34, 1999, pp. 591-731 (sezione monografica); Q. SKINNER, *Dell'interpretazione*, Bologna 2001. Per la relativa discussione italiana, si veda M. BARBERIS, *Sette studi sul liberalismo rivoluzionario. Con un'introduzione metodologica e un'appendice bibliografica*, Torino 1989, pp. 9-42; M. MERLO, *La forza del discorso. Note su alcuni problemi metodologici della storiografia del discorso politico*, in «Filosofia politica», 4, 1990, pp. 37-56; M. L. PESANTE, *La cosa assente. Una metodologia per la storia del discorso politico*, in «Annali della Fondazione Luigi Einaudi», 26, 1992, pp. 119-180; S. CHIGNOLA, *Storia dei concetti e storiografia del discorso politico*, in «Filosofia politica», 11, 1997, pp. 99-122.

modificato, nel Quattrocento, la costituzione dello stato, un mutamento che offrì nuove e più solide basi alle argomentazioni rivendicative delle comunità e al contempo ne fu condizionato (§ 4). Ancora gli stacchi e i passaggi da un repertorio di vocaboli e concetti ad un altro consentono di individuare le mutevoli circostanze e fasi del confronto politico (§ 5), di confermare le diverse identità dei suoi protagonisti (§ 6) e infine di portare nuova luce sulle tensioni tra il potere centrale e i suoi agenti in periferia da un lato e le comunità rurali dall'altro (§ 7).

La ricerca di cui si espongono i risultati è stata resa possibile dalla notevole documentazione sforzesca, disponibile per la Lombardia del secondo '400, che comprende diverse tipologie di fonti prodotte dal rapporto tra i comuni rurali e lo stato: i capitoli, le suppliche e le lettere. Le lettere fanno parte dell'ordinaria corrispondenza che intercorreva tra principe, magistrature centrali e periferiche, signori locali, maggiorenti e appunto comunità urbane e rurali. Esse, come le suppliche, erano ispirate da esigenze contingenti e riguardavano i più vari e minuti momenti della cronaca politica e non solo; a differenza delle suppliche propriamente dette sono datate, firmate e autenticate dal sigillo dell'autore. Le lettere delle comunità, tuttavia, distinguendosi in questo da quelle degli ufficiali, riproducono spesso il linguaggio e la struttura delle suppliche, tanto da essere sovente assimilabili a queste ultime. I capitoli – sequenze di richieste articolate in punti sottoposte all'esame del principe – avevano invece carattere più eccezionale e si presentano come sintesi più organiche delle aspirazioni e delle doglianze delle comunità[2].

1. *Lo stato di Milano*

Il contesto politico-istituzionale delle suppliche è lo stato di Milano. In questi documenti, si vedrà, le comunità rurali si immaginavano in un rapporto di reciproco impegno con il duca, in modo da far valere i vincoli che questi aveva contratto con la placitazione dei capitoli di dedizione o la conces-

[2] G. CHITTOLINI, *Città, comunità e feudi negli stati dell'Italia centro-settentrionale (secoli XIV-XVI)*, Milano 1996, pp. 39-60; M.N. COVINI, *Vigevano nelle carte dell'auditore. Aspetti dell'intervento ducale nell'amministrazione della giustizia*, in G. CHITTOLINI (ed), *Vigevano e i territori circostanti alla fine del Medioevo*, Milano 1997, pp. 303-324; M.N. COVINI, La trattazione delle suppliche nella cancelleria sforzesca: da Francesco Sforza a Ludovico il Moro, in C. NUBOLA - A WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII)*, (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 59) Bologna 2002, pp. 107-146.

sione di privilegi ed esenzioni, e da riservarsi un diritto alla disobbedienza di fronte all'ingiustizia commessa dallo stesso principe o dai suoi ufficiali. In questo modo le loro rivendicazioni illuminano un tratto distintivo della costituzione dello stato di Milano nel XV secolo. Già Giorgio Chittolini ha sostenuto l'analogia tra gli stati regionali italiani e gli stati per ceti del resto d'Europa, fondati, gli uni e gli altri, su una divisione di poteri tra autorità centrale e corpi sociali e territoriali[3]. Tuttavia le diverse situazioni europee, pure accomunate dalla costituzione dualistica dello stato, sono distinte dalla varietà dei protagonisti che con il potere centrale intrattenevano un rapporto di dialogo, di contrattazione e, in situazioni estreme, di legittima resistenza. Talvolta le assemblee cetuali che di norma offrivano la sede per questo dialogo erano egemonizzate dalla nobiltà, talvolta dai rappresentanti delle città. Quasi ovunque erano invece esclusi i contadini: in molti territori dell'Impero, è noto, uno degli obiettivi della loro rivolta nel 1525 fu proprio quello di conquistare il diritto alla rappresentanza nella Dieta e l'equiparazione ai ceti privilegiati[4].

Le suppliche che si analizzeranno mostrano come le comunità della montagna lombarda – che erano pure, sebbene non esclusivamente, comunità contadine – questo posto l'avessero già conseguito, anche se non tutte erano capaci di rivendicarlo con la stessa energia: era infatti proprio in quanto 'privilegiata' che spesso la comunità pretendeva di essere conservata nella propria condizione[5]. Per questo ritengo che l'enfasi che di recente si è di nuovo posta sulla rilevanza e la centralità della città negli assetti del dominio visconteo-sforzesco[6] possa valere a qualificare, sul piano politico, i

[3] G. CHITTOLINI, *Introduzione*, in G. CHITTOLINI (ed), *La crisi degli ordinamenti comunali e le origini dello stato del Rinascimento*, Bologna 1979, pp. 5-50, e, dello stesso autore, *Governo ducale e poteri locali*, in *Gli Sforza a Milano e in Lombardia e i loro rapporti con gli Stati italiani ed europei (1450-1535)*, convegno internazionale, Milano 18-21 maggio 1981, Milano 1982, pp. 27-41.

[4] P. BLICKLE, *From the Communal Reformation to the Revolution of the Common Man*, Leiden - Boston - Köln 1998, pp. 117-128; dello stesso autore, *Kommunalismus. Skizzen einer gesellschaftlichen Organisationsform*, München 2000, II, *Europa*, p. 266; S. LOMBARDINI, *La guerra dei contadini in Germania: punti di arrivo e punti di partenza nel dibattito storiografico recente*, in «Archivio Storico Italiano», 140, 1982, pp. 355-442, in particolare pp. 387-390, 397.

[5] Cfr. *infra*, nota 16 e testo corrispondente a nota 47.

[6] G. CHITTOLINI, *Alcune note sul Ducato di Milano nel Quattrocento*, in S. GENSINI (ed), *Principi e città alla fine del medioevo*, Pisa - San Miniato 1996, pp. 413-431; F. SOMAINI, *Processi costitutivi, dinamiche politiche e strutture istituzionali dello Stato visconteo-sforzesco*, in *Comuni e signorie nell'Italia settentrionale: la Lombardia* (*Storia d'Italia*, diretta da G. Galasso, VI), Torino 1998, pp. 681-786, in particolare pp. 756 ss.

concreti rapporti di forza tra i diversi protagonisti in competizione, ma non colga la peculiarità della costituzione territoriale dello stato, di cui, semmai, in una prospettiva comparativa con altre realtà italiane ed europee, emerge soprattutto il precoce riconoscimento ai comuni rurali dello *status* di corpi privilegiati.

Basta un contro-caso, quello del limitrofo stato di Venezia, per mostrare come questo esito sia, se non altro nella sua misura, peculiare. Il processo di formazione del dominio di Terraferma all'inizio del XV secolo – documentato dai Libri commemoriali – fondò una sensibile asimmetria nella costituzione territoriale veneta. Nei territori di Padova, Vicenza e Verona l'opportunità di contrattare la soggezione con la dominante fu soprattutto delle città. Una maggiore apertura anche ai centri minori caratterizzò l'assoggettamento del Friuli, ma solo con la conquista dei territori di Bergamo e Brescia, significativamente appartenuti al dominio visconteo fino al terzo decennio del Quattrocento, a patteggiare la propria subordinazione fu una straordinaria varietà di protagonisti: comuni, comunità di valle, federazioni rivierasche, parrocchie, fazioni e così via. Non si trattò esclusivamente di un mutamento nella politica veneziana e della decisione del patriziato lagunare di promuovere una più ampia gamma di poteri territoriali, ma pure dell'impronta delle preesistenti e differenti configurazioni politiche locali con cui Venezia entrò in contatto e che lasciarono una traccia marcata anche nella successiva determinazione dei rapporti tra la dominante e le periferie. Ne è una conferma il fatto che, di lì a pochi anni, con la profonda penetrazione, nella compagine territoriale della Serenissima, delle truppe al servizio di Filippo Maria Visconti, che entrarono in Verona e dilagarono pure nel territorio vicentino (1439), e con la successiva e rapida riconquista, le varie realtà rurali del dominio veneziano dimostrarono una diversa capacità di reazione di fronte al medesimo evento[7]. Le terre propriamente venete si mossero infatti in modo meno vivace tra i due stati rispetto alle comunità bergamasche e bresciane, che seppero contrattare più volte con l'una e l'altra parte le condizioni della loro soggezione. Da Venezia, dunque, durante

[7] *La cronaca di Cristoforo da Soldo*, a cura di G. Brizzolara (*Rerum Italicarum Scriptores. Raccolta degli storici italiani dal Cinquecento al Millecinquecento*, XXI/3), Bologna 1942, pp. 31-32; J. Simonetae, *Rerum gestarum Francisci Sfortiae mediolanensium ducis commentarii*, a cura di G. Soranzo (*Rerum italicarum scriptores*, XXI/2), Bologna 1932, pp. 81 ss.; L. Simeoni, *Le signorie*, Milano 1950, I, pp. 479-482; F. Cognasso, *Il Ducato visconteo da Gian Galeazzo a Filippo Maria*, in *Storia di Milano*, VI: *Il ducato visconteo e la Repubblica Ambrosiana (1392-1450)*, Milano 1955, pp. 1-383, in particoalre pp. 335 ss.; C. Pasero, *Il dominio veneto fino all'incendio della Loggia (1428-1575)*, in G. Treccani Degli Alfieri (ed), *Storia di Brescia*, II, *La dominazione veneta (1426-1575)*, Brescia 1961, pp. 1-396, in particolare pp. 40 ss.

il recupero delle terre provvisoriamente sottrattele, vennero pochissimi privilegi ed esenzioni per i comuni rurali dei territori di Vicenza e Verona, accordati per di più in modo unilaterale e non tramite capitoli, e dai contenuti pure alquanto limitati. Le concessioni alle comunità degli episcopati di Bergamo e Brescia furono invece notevolmente più ampie (esenzioni fiscali, riconoscimenti giurisdizionali, privilegi commerciali, emancipazione dalla città e così via), riguardarono un numero molto superiore di soggetti e furono contrattate attraverso capitoli[8].

Inoltre, ulteriore motivo di distinzione, nello stato di Milano gli statuti rurali erano approvati direttamente dal principe. Nella repubblica di Venezia, invece, laddove la capacità dei centri del territorio di darsi proprie norme non si spense del tutto, la loro conferma non avveniva da parte della dominante, ma della città cui le comunità del contado erano soggette; ancora le terre occidentali più a lungo conservatesi sotto il dominio visconteo costituirono la sola eloquente eccezione[9]. Ora, le suppliche lombarde che difendevano i contenuti degli statuti da ogni tentativo di elusione, ricordavano spesso al principe la loro avvenuta conferma, da parte sua o dei suoi predecessori, attribuendole il significato di assunzione di un impegno al loro rispetto: Bormio rivendicava, scrivendo al duca e alla duchessa nel 1478, gli «statuta

[8] *I Libri commemoriali della Repubblica di Venezia. Regesti*, a cura di R. PREDELLI, III-V, Venezia 1883-1901. Cfr. A. MENNITI IPPOLITO, *«Providebitur sicut melius videbitur». Milano e Venezia nel Bresciano nel primo '400*, in «Studi Veneziani», NS, 8, 1984, pp. 37-76, in particolare pp. 72-73; dello stesso autore si vedano inoltre *Le dedizioni e lo stato regionale. Osservazioni sul caso veneto*, in «Archivio Veneto», 142, n. 162, 1986, pp. 5-30, in particolare p. 15; *La «fedeltà» vicentina e Venezia. La dedizione del 1404*, in F. BARBIERI - P. PRETO (edd), *Storia di Vicenza*, III/1: *L'età della repubblica veneta (1404-1797)*, Vicenza 1989, pp. 29-43; G. ALBINI, *Contadini-artigiani in una comunità bergamasca: Gandino sulla base di un estimo della seconda metà del '400*, in «Studi di storia medioevale e di diplomatica», 14, 1993, pp. 111-192, in particolare pp. 114-119.

[9] G.M. VARANINI, *Comuni cittadini e stato regionale. Ricerche sulla Terraferma veneta nel Quattrocento*, Verona 1992, pp. 57-76; dello stesso autore si vedano inoltre, *La tradizione statutaria nella Valle Brembana nel Tre-Quattrocento e lo statuto della Valle Brembana Superiore del 1468*, in M. CORTESI (ed), *Gli statuti della Valle Brembana Superiore del 1468*, Bergamo 1994, pp. 13-62; *Gli statuti e l'evoluzione politico-istituzionale nel Veneto tra governi cittadini e dominazione veneziana (secoli XIV-XV)*, in R. DONDARINI (ed), *La libertà di decidere. Realtà e parvenze di autonomia nella normativa locale del medioevo*, Atti del convegno nazionale di studi, Cento 6-7 maggio 1993, Cento 1995, pp. 321-358, in particoalre pp. 346-358. Le differenze tra le due realtà erano sensibili già tra XIII e XIV secolo: G.M. VARANINI, *L'organizzazione del distretto cittadino nell'Italia padana nei secoli XIII-XIV (Marca Trevigiana, Lombardia, Emilia)*, in G. CHITTOLINI - D. WILLOWEIT (edd), *L'organizzazione del territorio in Italia e Germania: secoli XIII-XIV* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 37), Bologna 1994, pp. 133-233, in particolare p. 203.

nostra alias per Excelentias vestras nobis ... confirmata»[10]. Anche gli ufficiali, quando, ponendosi dalla parte degli uomini, dichiaravano di volersi attenere agli statuti o ne difendevano davanti al principe i contenuti, ne ricordavano la conferma ducale[11]. Lo stesso principe riconosceva la responsabilità di cui si era così fatto carico, anche quando dava indicazioni per un cauto aggiramento dello statuto: istruendo il nuovo commissario di Bormio nel 1490, lo avvertiva «quantunche tu solo, senza intervenimento del Consiglio de la terra, per li ordini et statuti soy confirmati per noy, non poray ministrare rasone ad alcuna persona, nienti di meno parene che in questo studii arrogarti più auctorità che serà possibile, ... advertendo però sempre procederli con tale dextreza et circumspectione che ad bormini non se presta causa de reclamare che li ordini et statuti loro fosseno alterati»[12].

La conferma dello statuto diventava dunque un altro dei momenti della definizione del rapporto di soggezione come obbligo vicendevole: quelle comunità rurali venete che dovevano la ratifica delle norme che si erano date ad una magistratura urbana, non avrebbero potuto far pesare in questi termini, nell'ambito delle tensioni che eventualmente le opponessero alla stato, un vincolo che effettivamente la dominante non aveva mai contratto nei loro confronti.

La particolare costellazione dei poteri territoriali nello stato di Milano – illuminata dalle differenze con quella di uno stato pure confinante – fu una delle condizioni di generazione dei documenti qui considerati. Molti centri rurali di tutto il dominio, talvolta anche di taglia mediocre, patteggiando in più occasioni la soggezione al principe tramite i capitoli, acquisendo privilegi ed esenzioni, ottenendo la conferma degli statuti direttamente dal duca, conquistavano la possibilità di scrivere, in futuro, suppliche come quelle che si analizzeranno. A loro volta queste suppliche non erano semplici registrazioni di una preesistente realtà di fatto, ed avevano invece un significato altamente programmatico: tornavano cioè a influenzare la realtà che le aveva generate. L'ordinamento corporativo dello stato e i suoi equilibri interni non erano infatti una condizione data a priori e immodificabile: quando richiamavano il principe ad osservare la «promessa fata per capituli»[13],

10 ASMi, *Sforzesco*, 783, 1478.07.29.

11 ASMi, *Sforzesco*, 784, 1483.08.09; 1152, 1490.12.18.

12 ASMi, *Sforzesco*, 1152, 1490.04.17.

13 Tale promessa è invocata spesso: si veda ad esempio E. MOTTA, *I Sanseverino feudatari di Lugano e Balerna. 1434-1484*, in «Periodico della Società Storica per la Provincia e antica Diocesi di Como», 2, 1880, pp. 153-185 e 193-310, qui p. 242.

difendevano le proprie norme scritte da ogni violazione e adombravano un diritto di resistere al potere che ingiustamente calpestava le loro prerogative, quando cioè avanzavano rivendicazioni che in altre realtà sarebbero state diritto esclusivo della nobiltà o delle città, le comunità rurali contribuivano a istituire, proprio nel momento in cui lo reclamavano, il proprio posto in tale ordinamento corporativo.

2. *La cultura pattista nelle suppliche*

a. Il patto

Nelle suppliche che firmavano, le comunità rurali delineavano un rapporto con il principe regolato da privilegi, patti, capitoli e *conventiones*, base su cui esse fondavano pure la legittimità delle richieste e delle rivendicazioni che affidavano a questi scritti. Gli uomini di Sonvico, ad esempio, si richiamavano ai loro «privilegii, exemptione, capituli et conventione» ossia ai «capitula, pacta et conventiones», quelli di Traona ai «capituli et contracti expressi in forma debita»[14]. Contenuto del patto era il reciproco impegno con cui i sudditi assicuravano la propria fedeltà e obbedienza e il proprio sacrificio per lo stato, il principe la gratificazione di un privilegio o di un'esenzione fiscale, la tutela della giustizia – intesa come la garanzia dei diritti acquisiti dai corpi e dai singoli – la difesa degli uomini e l'impegno a non alienare la giurisdizione che esercitava su di essi.

La fedeltà, così intesa, non era un obbligo senza contropartita. Pertanto essa poteva essere rivendicata nelle suppliche come un titolo di merito, che autorizzava ad attendersi dal duca una ricompensa, consistente nell'accoglimento di quanto richiesto: «crediamo esser senza dubio exauditi perché semper siamo stati fidelissimi de la bona memoria del illustrissimo ducha Filipo et siamo de le prelibate Segniorie vostre»[15]. Alla fedeltà, poteva aggiungersi l'evocazione delle sofferenze patite: «li nostri benemeriti et effuxione di sangue» erano esibiti da Teglio; gli uomini di Ponte chiedevano di essere soddisfatti nella loro istanza «considerata la fidelità e devotione hanno sempre hauto dicti homini in conservare quella valle dalli inimici a quel stato de Millano con grandissime perditione de robe & de persone»; Morbegno evocava addirittura la «corona martirii» patito «pro statu», che

[14] ASMi, *Registri ducali*, 199, pp. 252-253, 1479.05.29; *Sforzesco*, 1632, s.d. (Sonvico); *Comuni*, 81, *Traona*, s.d. Cfr. ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.08.12.

[15] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1452.08.07. Si veda ancora ASMi, *Comuni*, 12, *Bormio*, s.d.

doveva condurre a farne prevalere le prerogative reclamate rispetto a quelle di un contraddittore macchiatosi di tradimento[16]. Pure nelle parole degli altri protagonisti dell'interazione politica, come i signori locali e i magistrati periferici, emergeva la persuasione che la 'fede' degli uomini non fosse gratuita e incondizionata, e dovesse continuamente essere alimentata dal principe[17]. Gli stessi duchi condividevano questa prospettiva: Galeazzo Maria Sforza nel 1467 accolse le lamentele degli abitanti di Teglio in merito al pagamento di un carico «deliberando più tosto bonificarli che deteriorarli, per la fede et devotione che ne portano»; nel 1473 promise a quelli della Valassina e di Mandello di non sottoporli al potere di un feudatario «volendo nuy compiacere ad le petitione vostre per la devotione et fede havete sempre portato ad nuy et al stato nostro»[18]. Era inoltre abituale presentare la conferma o l'approvazione di particolari privilegi e dei capitoli come un premio elargito alla fedeltà e alle benemerenze acquisite verso lo stato e i principi[19].

Non solo la fedeltà prestata meritava una contropartita; in un rapporto cronologicamente e logicamente rovesciato, si contemplava pure che conquistare la fedeltà degli uomini richiedesse al principe di anticiparne la ricompensa e di assecondarli nelle loro esigenze. Il capitano di Valtellina suggerì al duca e alla duchessa di venire incontro alle richieste avanzate dai bormiesi «azò che, convincti de benemeriti, volessero over non, havesero causa d'essere fideli e devoti al stato de prelibate vostre Excelentie»[20].

16 Nell'ordine, ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18; 783, 1476.04.16; *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d. Si veda ancora *TD*, I/1, p. 202, doc. 292, p. 269, doc. 394. Anche altre comunità paragonarono i propri privilegi e fedeltà a quelli dei loro competitori, per vincolare il principe ad un comportamento equanime. I valtellinesi in lite con il comune di Bormio, che voleva riconosciuto il diritto dei suoi uomini di non venir giudicati al di fuori di quella giurisdizione, anche per debiti contratti in Valtellina, reclamavano: «Noi siamo cusì privilegiati como loro ... et certamente noi crediamo non essere mancho servitori fidelli de vostra illustrissima Signoria che li burmini, et ideo non debemo essere tractati nisi equaliter» (ASSo, *Notarile*, 517, f. 243r, 1491.11.11).

17 ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.01.17; 783, 1478.07.28; G. Scaramellini, *Le fortificazioni sforzesche in Valtellina e Valchiavenna*, Chiavenna 2000, p. 392, doc. 362.

18 ASMi, *Sforzesco*, 781, 1467.09.13; 782, 1473.12.12. I principi apprezzarono la «dimostratione di fede et amore ... verso il stato nostro» degli uomini di Teglio nel frangente dell'assassinio di Galeazzo Maria Sforza, «e per questo tale loro deportamento serano sempre ben vidute et tractati da nuy»; ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.02.01.

19 *TD*, II/1, pp. 525-536, doc. 610; BCCo, ms 6.2.17, 1495.02.18. Lo stesso vale per la concessione di esenzioni: *TD*, I/1, p. 32, doc. 26, pp. 41-42, doc. 38.

20 G. Scaramellini, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., p. 375, doc. 330. Nel 1478 il duca istruì un suo commissario perché esortasse i valtellinesi alla devozione verso lo stato in

Suppliche e capitoli di comunità sono i documenti che più approfondiscono i contenuti concreti di questa contropartita che la devozione allo stato merita. Fin dai capitoli di dedizione, che seguivano l'atto di soggezione, al principe era richiesto lo svolgimento di una delle funzioni fondamentali del potere inteso come «ministerium»: la difesa e la tutela dei sudditi. Le sup-pliche invocavano il duca come colui che «adiuta et difensa» e l'esercizio della protezione dei soggetti a volte era presentato apertamente come un vero e proprio obbligo[21].

un frangente in cui si addensavano minacce militari ai confini «sì per el bene suo, sì per li boni tractamenti quali hanno havuto semper da noi et da li nostri illustrissimi predecessori»; ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, 1478.12.02. La prospettiva della controparte non era diversa: scrivevano i bormiesi di «essere nuy dediti in anima et corpo a la prelibata vostra Signoria come meritatamente siamo obligati, maxime per havere sempre cerchato quella de complacerni per soa solita clementia»; ASMi, *Sforzesco*, 1156, 1493.10.23.

[21] ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18. La comunità di Viguzzolo, nei capitoli di dedizione a Francesco Sforza del 1449, ottenuta l'esenzione da ogni onere, taglia e pedaggio, voleva «che la predicta Signoria sia obligata ad ogni persona, commune, collegio, corpo e universitate che volesse a li dicti homini de le supradicte cose fare innovatione, defendere de rasone o de facto». In un altro capitolo, poi espunto, pretendeva pure «che se per lo tempo advenire per alchuna persona del mondo, osia re, barone, signore, citade, terra, castelle, capitanei de aventura né de fantaria né de neguna gente de arme, siano che se volesano, a li dicti homini e contra la dicta terra fixesse mosto guerra iusta o iniusta, che la prelibata Signoria sia obligata totalmente, senza excusatione et contraditione alchuna del mondo, a dare adiutorio, consiglio e favore in tal modo che a li dicti homini e a la dicta terra e territorio suo fixesse levato ogni exercito contra di loro ponito e ogni inimica gente, e 'llevare contra li dicti homini ogni guerra ponita contra di loro, in tali modi e mainere che li dicti homini posseseno lo loro territorio lavorare e li fructi ricoglere»; ASMi, *Sforzesco*, 36, 1449.01.05. La comunità di Pontecurone avanzava l'istanza «che el prelibato illustrissimo signore sia et essere debia obligato quela tera et homini de Pontecurone e loro territorio et iuridictione perservare et defendere da zascaduno altro signore, tirano, comunitate et persona, el quale la dicta comunitade et homini de Pontecurone inquietase, molestase o a loro guera facese per modo alcuno»; ASMi, *Sforzesco*, 36, 1449.01.29. Gli uomini della corte di Mattarella, di fronte soprattutto alla minaccia delle rivendicazioni giurisdizionali del vescovo di Novara, impegnarono ancora Francesco Sforza, nel momento della dedizione, alla loro difesa («quia dominus episcopus Novariensis pretendit habere dominium cum mero et mixto imperio contra homines curie Matarelle et <si> contingeret ipsum dominum episcopum presentem vel futurum movere littem contra ipsos homines curie Matarelle et procederet contra eos per censuram ecclesiasticam occaxione dominii seu aliqua alia occaxione iurisdictionem tangenti temporalem, teneatur prefata Dominatio ipsam causam et litem in se suscipere et eos deffendere a prefato domino episcopo et a quibuscumque personis volentibus invadere et occupare dictos homines». E ancora: «quod si in futuro contingerit aliquam dominationem vel comunitatem facere vel movere guerram contra ipsos supplicantes, quod prefata Dominatio teneatur totis viribus et suo stipendio auxiliari et deffendere»); ASMi, *Sforzesco*, 1522, 1450.03.26; cfr. anche ASMi, *Registri ducali*, 111, pp. 219-228, 1477.07.20.

Il principe stesso si faceva carico di questa incombenza come pertinente al suo onore. Francesco Sforza assunse il compito di difendere gli uomini di Viguzzolo «ut tenemur» e, a proposito di un'aggressione portata dai Vallesani ai suoi sudditi, scrisse «non poteressimo con honore nostro fare che in raxone non deffendessimo li nostri da le iniurie et oppressioni»[22].

Ulteriore impegno del duca era quello di non alienare la sovranità[23]. Nei capitoli di dedizione le comunità avanzano regolarmente la richiesta di non essere sottoposte al *dominium* di altri signori, e dunque di non essere oggetto di un'investitura feudale; gli abitanti di Biandrate dichiararono addirittura che si sarebbero altrimenti ritenuti «a vinculo fidelitatis totaliter absoluti»[24]. Spesso, quando questa evenienza comunque si verificò, gli uomini pretesero che la loro obbedienza non fosse automatica, ma dovesse essere ricontrattata con il feudatario. Essi sostennero la necessità di rifondare il rapporto di mutua obbligazione tramite la presentazione dei capitoli e, con una vigile coscienza del valore simbolico delle priorità, vollero che le loro istanze fossero approvate prima del giuramento di fedeltà dovuto al nuovo *dominus*, rafforzandone dunque il significato di condizioni della soggezione. Il consigliere ducale Lorenzo Terenzi da Pesaro, ottenute in feudo Bellano e Varenna, era sconcertato dalla pretesa di placitare i capitoli avanzata dai comuni cui aveva richiesto il giuramento: «... io ho risposto che non serrà possibile trovare uno che avesse recevuto feudo da vostra illustrissima Signoria e nante la fedeltà havesse capitolato cum li homini»[25].

22 Nell'ordine, ASMi, *Sforzesco*, 36, 1449.01.05; *TD*, I/1, p. 414, doc. 594. La comunità di Iragna, devastata dai Leventinesi e dagli elvetici, si rivolse ai duchi perché «se degnano deffendere da questa forza et providere come se convene»; *TD*, II/1, p. 280, doc. 323. Cfr. G. SCARAMELLINI, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., p. 226, doc. 10.

23 Cfr. *Parlamento sabaudo*, I/1, *Patria cismontana (1286-1385)*, a cura di A. TALLONE, Bologna 1928, p. CXXIII; E.H. KANTOROWICZ, *I due corpi del Re. L'idea di regalità nella teologia politica medievale*, trad. it., Torino 1957 (ed. orig. *The King's Two Bodies. A Study in Medieval Political Theology*, Princeton 1957), pp. 149-163; J.A. MARAVALL, *Stato moderno e mentalità sociale*, trad. it., Bologna 1991 (ed. orig. *Estado moderno y mentalidad social [Siglos XV a XVII]*, Madrid 1972), I, pp. 391-396; J. VALLEJO, *Ruda equidad, ley consumanda. Concepcion de la potestad normativa (1250-1350)*, Madrid 1992, pp. 109 ss.

24 G. CHITTOLINI, *Città, comunità e feudi*, cit., p. 42, n. 10. Si veda ancora *TD*, I/1, p. 8, doc. 4, p. 13, doc. 5, p. 14, doc. 6, p. 24, doc. 19; P. BUZZETTI, *Il Palazzo Biturrito dei Conti Balbiani e le Mura di Chiavenna*, Como 1916, pp. 50 e 53. Ottenere quest'assicurazione fu pure lo scopo di una supplica delle comunità di Mandello e Valassina (ASMi, *Sforzesco*, 782, 1473.12.12).

25 ASMi, *Sforzesco*, 782, 1472.06.26. Cfr. F.M. VAGLIENTI, *«Fidelissimi Servitori de Consilio suo Secreto». Struttura e organizzazione del Consiglio Segreto nei primi anni del ducato di*

Gli abitanti di Mendrisio animarono un episodio di vera e propria ribellione contro i feudatari Sanseverino: lasciarono cadere nel vuoto gli insistenti richiami rivolti loro da Francesco Sforza all'«obedientia», oltraggiarono il podestà e respinsero in modo irridente i decreti ducali. Il commissario Antonio da Desio riferì: «essi intendevano poy anchora capitolare cum la magnifica madona Aluisa [Cossa, vedova di Francesco Sanseverino] inance che li prestasseno obedientia». L'enfasi che gli uomini ponevano sul carattere condizionato anche del potere del feudatario e sul vincolo che egli contraeva, oltre che con il signore di Milano, pure con i suoi sudditi, venne spesso stigmatizzata. Il proposito che muoveva gli abitanti di Mendrisio – ridefinire le condizioni della soggezione a seguito dell'infeudazione – parve all'ufficiale Antonio da Desio un'insubordinazione all'autorità del duca («me rispundevano come se non havesino a obedire la Signoria vostra»), mentre era il coerente rifiuto di considerarsi automaticamente vincolati da un gesto con il quale il principe aveva alienato la sovranità[26]. Uno dei capitoli presentati dalla Val Travaglia, quando, dopo un duro conflitto con il suo signore Franchino Rusca, fu di nuovo concessa a quest'ultimo, intendeva garantire agli uomini una soggezione condizionata al rispetto dei capitoli stessi da parte del feudatario: «che sia declarato in quanto che 'l prefato conte et soi fioli contrafecisseno a predicti capituli, ipso iure sian privati de dicta plebe [di Travaglia] e sia devoluta al nostro illustrissimo signore». Questo però era chiedere troppo, secondo il duca di Milano: la risposta fu «che ad essi homini non specta imponere tal pena»[27].

Un motivo insistente delle suppliche delle comunità era poi la difesa dei privilegi: nelle frequenti occasioni in cui le concessioni accordate erano minacciate dalle pretese di altre comunità, in cui erano violate dall'iniziativa dei singoli e delle stesse magistrature centrali e periferiche dello stato, il principe era chiamato a svolgere il suo ruolo di garanzia. In alcuni dei testi generati da queste circostanze, la fedeltà e i benemeriti acquisiti di fronte al principe sono collegati in modo diretto ed esplicito al privilegio, tramite un nesso causale e consequenziale forte. Gli uomini di Sonvico difendevano i «privilegia, exentio & pacta» che «ob dictorum hominum erga statum dominorum Vicecomitum fidem & devotionem confirmata

Galeazzo Maria Sforza (1466-1469), in «Nuova Rivista Storica», 76, 1992, pp. 645-708, qui p. 659, n. 65.

26 *TD*, I/3, p. 332, doc. 1763. Gli insistiti precedenti richiami all'obbedienza e la condanna della disobbedienza degli uomini da parte dello Sforza sono in *TD*, I/3, p. 271, doc. 1666, p. 284, doc. 1684, p. 295, doc. 1702.

27 ASMi, *Comuni*, 83, *Val Travaglia*, s.d.

et aprobata fuerunt»; quelli della Val Lugano invocavano il rispetto dei «capituli alias concessi ... per consideratione de la loro chiara fede et devotione»[28]. In un'altra occasione, ancora Sonvico andò oltre: sostenne che l'esenzione che difendeva non era stata accordata a titolo gratuito, ma letteralmente acquistata dai sudditi con la fedeltà e con il sangue versato per lo stato, e come tale era intangibile. Gli uomini ne chiesero infatti il rispetto «havendo loro supplicato, accaptata o sia comprata tale exemptione con le persone, sangue et vita loro et per la fidelitate, per le quale hanno patito tanto danno, strazio et ruina»; per questo pretendevano che non fosse possibile «tore la resone et exemptione de dicti supplicanti, aquistata con il sangue et vita de dicti poveri homini»[29]. In questo modo adoperavano un argomento desunto direttamente dalla dottrina politica e giuridica – la quale considerava irrevocabili i privilegi concessi a remunerazione di un servizio (*remuneratoria*) –, e che trovava una sintonia piena e un'eco diretta nel linguaggio delle contemporanee rimostranze dei corpi: ad esempio alle Cortes di Tortosa, nel 1421, il rappresentante del ceto nobiliare difese le «leggi della terra», che, diceva, erano state «comprate e pagate»[30].

In ambito fiscale, pur mancando nello stato di Milano una prassi parlamentare, l'imposizione doveva passare comunque attraverso l'accomodamento e la contrattazione con i corpi. Se dunque la facoltà del principe di imporre il prelievo era sganciata dal consenso dei ceti, tuttavia le «conventiones»

[28] Nell'ordine, ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.03.04; *TD*, II/1, p. 58, doc. 66. Teglio si attendeva che il principe sarebbe stato a maggior ragione incline alla tutela della condizione di quelli, tra i sudditi privilegiati, «de li quali per longa et manifesta experientia gli è noto la fede, l'amore et la singulare affectione»; ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18.

[29] ASMi, *Registri ducali*, 199, pp. 252-253, 1479.05.29.

[30] J.A. MARAVALL, *Stato moderno*, cit., I, p. 350. Cfr., ad esempio, J. CANNING, *The Political Thought of Baldus de Ubaldis*, Cambridge 1987, pp. 215-217; P.L. ROVITO, *La rivolta dei notabili. Ordinamenti municipali e dialettica dei ceti in Calabria citra. 1647-1650*, Napoli 1988, pp. 10-11; A.M. HESPANHA, *Vísperas del Leviatán. Instituciones y poder político (Portugal, siglo XVII)*, Madrid 1989, p. 400; J. VALLEJO, *Ruda equidad*, cit., pp. 354-356; M. ASCHERI, *Le* practicae conclusiones *del Toschi: uno schedario della giurisprudenza consulente*, in A. DE BENEDICTIS - I. MATTOZZI (edd), *Giustizia, potere e corpo sociale nella prima età moderna. Argomenti nella letteratura giuridico-politica*, Bologna 1994, pp. 37-53, in particoalre p. 48; A. DE BENEDICTIS, *Repubblica per contratto. Bologna: una città europea nello Stato della Chiesa* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie 23), Bologna 1995, pp. 176-177, e, della stessa autrice, *Politica, governo e istituzioni nell'Europa moderna*, Bologna 2001, pp. 283-284. In Lombardia, anche secondo il giurista Martino Garati il privilegio concesso come «recompensatio servicii» o «per viam conventionis» non poteva essere revocato (MARTINUS DE GARATIS, *Tractatus de principatu*, Biblioteca Trivulziana di Milano, cod. 138, f. 59v, rubrica 33). Cfr. G. SOLDI RONDININI, *Il Tractatus de principibus di Martino Garati da Lodi*, Milano 1968.

(somme fisse dovute annualmente dalle comunità alla camera ducale, concordate una volta per tutte e riconosciute nei capitoli), precise promesse e condizioni dal contenuto specifico conferivano connotati pattizi all'obbedienza anche in questo campo. Gli impegni fiscali erano infatti regolati, secondo alcune comunità valtellinesi, da «conventiones, pacta, concordia et compositiones»: erano parole molto simili a quelle che nelle suppliche definivano la più generale obbligazione politica, e dunque già delineavano la base giuridica – il rispetto delle condizioni che avevano sancito l'obbedienza – per giustificare l'opposizione a eventuali richieste esorbitanti o inusitate del potere centrale[31]. Ad esempio, quando il vicario del capitano di Valtellina impose al Consiglio di valle di pagare una somma di denaro, i convenuti «hane risposto non essere atenuti a questo per vigore de previlegii e exemptione hano da la prelibata Signoria vostra»[32]. Gli uomini di Morcote, «quando zurarono la fidelità ... la zurarono con questa condictione», che non potessero essere costretti a condividere i carichi fiscali con la Val Lugano. Contro le pretese del capitano di valle potevano allora chiedere ai Maestri delle entrate che «non li volessemo lassare gravare contra il debito né fare iniuria»[33]. Avendo i duchi revocato loro il diritto di esigere un pedaggio, i bormiesi sollevarono una ferma protesta: affermarono che di quell'introito «raxonevolmente non podevamo esser privati perché, avanti che se sottometessemo a la casa di Visconti, antiquissimamente noy l'havevamo posseduto et poy confirmato de signor in signor fin a vostra Signoria»[34].

Imposizioni di gravosità straordinaria, inoltre, come gli oneri per la fortificazione dei borghi in Valtellina e Valchiavenna, posero ai principi problemi da affrontare sul piano non solo della composizione politica, ma anche della legittimazione ideologica: proprio in questo caso, emersero da un

[31] Cfr. F.M. VAGLIENTI, *«Sunt enim duo populi». Esercizio del potere ed esperimenti di fiscalità straordinaria nella prima età sforzesca (1450-1476)*, Milano 1997, pp. 1-7; L. ARCANGELI, *Ludovico tiranno?*, in E. SAITA (ed), *«Io son la volpe dolorosa». Il ducato e la caduta di Ludovico il Moro, settimo duca di Milano (1494-1500)*, Milano 2000, pp. 29-38, in particolare p. 30; L. ARCANGELI, *Esperimenti di governo: politica fiscale e consenso a Milano nell'età di Luigi XII*, in L. ARCANGELI (ed), *Milano e Luigi XII. Ricerche sul primo dominio francese in Lombardia (1499-1512)*, Milano 2002, pp. 253-339, in particolare pp. 272 ss. La frase citata è tratta da ASSo, *Notarile*, 109, ff. 388r-389r, 1438.01.15.

[32] ASMi, *Sforzesco*, 719, 1455.02.01. Pochi anni dopo, la comunità di Morbegno, rivendicando i «soy capituli et privillegii», conseguì l'intervento del duca, che impedì ai Maestri delle entrate di «rompere dicta sua raxone»; ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, 1469.11.27.

[33] *TD*, II/1, p. 454, doc. 509.

[34] G. SCARAMELLINI, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., pp. 387-388, doc. 352.

lato la preoccupazione delle autorità centrali di giustificare la richiesta con l'utilità dei sudditi e dunque di allontanare la possibile accusa di vessarli indebitamente, e dall'altro la consapevolezza delle comunità di possedere fondate ragioni da far valere. Scrivendo ai tiranesi – e in modo più succinto ai chiavennati – il duca affermò che le opere di fortificazione sarebbero state «in perpetua salveza et conservatione de le loro persone, mugliere, fioli et facultade da omne novità»[35]. Gli abitanti di Tirano pretesero che il principe ricambiasse la loro «promissione» di pagare con un'altra «promissione», di difenderli in una lite confinaria e accordare loro esenzioni e privilegi[36]. In seguito, nel corso di un contenzioso suscitato da un pagamento che avevano a lungo differito, affermarono che il principe «non li deba astringere ad quello non è convenuto». È significativo che, nella circostanza, il duca non abbia contestato il principio per cui i sudditi non potessero essere aggravati per somme maggiori rispetto agli impegni definiti, ma lo fece proprio e soltanto su questa base censurò l'inadempienza dei tiranesi: scrisse infatti «molto se siamo maravegliati, perché non se pò negare che la promessa non fosse facta»[37]. Anche trattando la posizione di singoli, si proclamò e riconobbe come «la iusticia vole che nissuno sia arctato ad pagare quello non deve»[38].

b. Il principe giusto

Filosofi e giuristi medievali avevano identificato nella giustizia la funzione per eccellenza del sovrano: supremo giudice e massimo garante dell'ordinamento, erano sue incombenze la conservazione del privilegio, il rispetto ed anzi la tutela della normativa locale e, più in generale, la difesa dei diritti e delle prerogative acquisite dai sudditi, il riguardo del loro *status* nonché delle condizioni stesse alle quali essi avevano accettato la soggezione. Il suo intervento in questa trama di prerogative e autonomie, dunque, non avrebbe dovuto essere innovatore o perturbatore degli equilibri dati, ma, al contrario, finalizzato a rimuovere i conflitti che fossero sorti tra i corpi[39].

[35] *Ibidem*, p. 292, doc. 164; p. 409, doc. 389 (da cui è tratta la frase citata).

[36] *Ibidem*, pp. 410-411, doc. 393.

[37] *Ibidem*, pp. 407-409, docc. 388-389.

[38] *Ibidem*, p. 494, doc. 578.

[39] Per l'origine di questa visione, si veda O. von Gierke, *Political Theories of the Middle Age* [1900], Cambridge 1987, pp. 34-35, 74, 84; H. Kantorowicz, *I due corpi del Re*, cit., pp. 76-165; E. Cortese, *Il problema della sovranità nel pensiero giuridico medioevale*, Roma 1966, pp. 137-149; P. Costa, *«Iurisdictio». Semantica del potere politico nella pubblicistica*

Le suppliche lombarde del '400 sono pervase dal tema della giustizia: l'aspirazione di chi scrive è spesso che sia fatta «iustitia», la lamentela è di vedersela negata, cioè di essere vittima di un'«iniuria»; questi sono i motivi che il più delle volte conducevano a rivolgersi al duca[40]. Anche

medievale (1100-1433), Milano 1969, pp. 186 ss., 364 ss.; O. BRUNNER, *Storia sociale dell'Europa nel Medioevo*, trad. it., Bologna 1988[2] (ed. orig. *Sozialgeschichte Europas im Mittelalter*, Göttingen 1978), pp. 51-58, 133-149; Q. SKINNER, *Le origini del pensiero politico moderno*, I: *Il Rinascimento*, trad. it., Bologna 1989 (ed. orig. *The Foundations of Modern Political Thought. The Renaissance*, Cambridge 1978), pp. 115-140; D. QUAGLIONI, *Il modello del principe cristiano. Gli «specula principum» fra Medio Evo e prima Età Moderna*, in V.I. COMPARATO (ed), *Modelli nella storia del pensiero politico*, Firenze 1987, pp. 103-122; A. BLACK, *Political Thought in Europe. 1250-1450*, Cambridge 1992, pp. 35, 152-155; K. PENNINGTON, *The Prince and the Law, 1200-1600. Sovereignity and Rights in the Western Legal Tradition*, Berkeley - Los Angeles - Oxford 1993; M. VIROLI, *Dalla politica alla ragion di stato. La scienza del governo tra XIII e XVII secolo*, Roma 1994, pp. 43-47; P. GROSSI, *L'ordine giuridico medievale*, Roma - Bari 1995, pp. 94-98, 130-144; dello stesso autore, *Un diritto senza stato (la nozione di autonomia come fondamento della costituzione giuridica medievale)*, in «Quaderni fiorentini», 25, 1996, pp. 267-284. Cfr. ancora O. VON GIERKE, *Giovanni Althusius e lo sviluppo storico delle teorie politiche giusnaturalistiche. Contributo alla storia della sistematica del diritto*, trad. it., Torino 1974[2] (ed. orig. *Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien*, Breslau 1880), pp. 205-245; É. LOUSSE, *La société d'Ancien Régime. Organisation et représentation corporatives*, Louvain 1943, pp. 325 ss.; A. MARONGIU, *Dottrine e istituzioni politiche medievali e moderne*, Milano 1979; A.M. HESPANHA, *Vísperas del Leviatán*, cit., pp. 232 ss., 398 ss.; dello stesso autore, *Justiça e administração entre o Antico Regime e a Revolução*, in B. CLAVERO - P. GROSSI - F. TOMAS Y VALIENTE (edd), *Hispania entre derechos propios y derechos nacionales*, Atti dell'incontro di studio, Firenze - Lucca 25-27 maggio 1989, Milano 1990, I, pp. 135-204, in particolare pp. 136-140; C. SECRETAN, *Les privilèges berceau de la liberté. La Révolte des Pays-Bas: aux sources de la pensée politique moderne (1566-1619)*, Paris 1990; A. DE BENEDICTIS, *Introduzione. Giustizia, società e corpi in età moderna: alcuni spunti di riflessione*, in A. DE BENEDICTIS - I. MATTOZZI (edd), *Giustizia, potere e corpo sociale*, cit., pp. 11-22; A. DE BENEDICTIS, *Politica, governo e istituzioni*, cit., pp. 243-295; A. DE BENEDICTIS (ed), *«Specula principum»*, Frankfurt a.M. 1999; M. CARAVALE, *Ordinamenti giuridici dell'Europa medievale*, Bologna 1994, pp. 529-547, 633-647; L. MANNORI, *Il sovrano tutore. Pluralismo istituzionale e accentramento amministrativo nel principato dei Medici (secc. XVI-XVIII)*, Milano 1994, pp. 407 ss.; A. MUSI, *La fedeltà al re nella prima età moderna (a proposito di un libro di Rosario Villari)*, in «Scienza & Politica», 12, 1995, pp. 3-17.

[40] La comunità di Tirano, rigettando un candidato alla podesteria della terra, per motivi che si riferivano alla «rasone», all'«honestate» e all'«equitate», chiedeva al duca e alla duchessa «non ne voglia lassare fare torto né iniuria come è de costume de vostre Excelentie, de non lassar far torto a niuna persona, immo de amar la iustitia»; ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.09.14. La comunità di Valtellina lamentò l'esercizio della giurisdizione del podestà di Bormio anche sui valtellinesi: «certificandose noi la mente de vostra Excelentia essere che fra li servitori de quela sia servata equale iustitia, n'è parso per questa nostra supplicare et pregare essa vostra Signoria non ne faza iniuria in concedere seu suportare che li burmini posseno sequestrari li nostri valleriani»; ASSo, *Notarile*, 517, f. 243r, 1491.11.11. Anche la comunità di Como chiedeva che non le fosse fatta «iniuria» in merito ad una questione relativa alla difesa della

nelle lettere che la cancelleria inviava in periferia e negli altri documenti che essa produceva, il principe è colui che salvaguarda i diritti di ciascuno, colui che opera secondo il principio espresso nella celebre massima «ius suum cuique tribuere»[41]. Tuttavia si constata che le formule che evocano questo ruolo nelle molte suppliche inerenti a conflitti interpersonali o intercomunitari sono di norma molto povere. Signori e feudatari, ufficiali, comunità, notabili e sudditi di modeste condizioni si rivolgevano ai duchi con espressioni stereotipate: invocavano il duca e la duchessa «che sempre sono solite administrare resone», ovvero «la vostra Excellentia quale sapiamo sole sempre fare ogni cossa iuridicamente»; imploravano il principe affinché agisse «per sua solita giustitia»[42]. Alcune di queste espressioni mutuavano

sua giurisdizione nel contado riconosciuta dal decreto di Filippo Maria Visconti detto del Maggior magistrato (*TD*, I/2, p. 226, doc. 952). Cfr. ancora *TD*, II/1, pp. 474-475, doc. 536. Cfr. H. NEVEUX - E. ÖSTERBERG, *Valeurs et normes de la paysan-nerie dans la période d'édification de l'État: une interprétation comparative*, in P. BLICKLE (ed), *Résistance, représentation et communauté*, Paris 1998, pp. 217-254, in particolare pp. 226-232.

[41] I duchi dichiararono «cum nostre sit intencionis unicuique iusticiam indifferenter fieri»; *TD*, I/1, p. 306, doc. 442 e si presentarono «desiderosi de removere da li nostri subditi ogni iusta querella»; ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.03.31. L'assenso o l'intervento ducale nella collazione dei benefici, avveniva nella preoccupazione che a nessuno «iniuria inferatur»; ASMi, *Sforzesco*, 781, 1469.06.28 e 1469.11.29, che tutto si svolgesse «sine tamen preiudicio iuris alterius»; ASMi, *Sforzesco*, 781, 1469.10.06; cfr. ASMi, *Sforzesco*, 782, 1474.02.06), e che ogni prerogativa fosse esercitata «per quelli ad chi specta»; ASMi, *Sforzesco*, 781, 1470.01.05. Il duca istruì un ufficiale: «volemo provedi ita et taliter che né l'una né l'altra parte possa dolersi de iustitia»; *TD*, I/3, pp. 80-81, doc. 1405; scrisse ad un altro «non volemo patire che a niuno sia facto torto»; *TD*, II/1, pp. 79-80, doc. 88. Gian Agostino da Vimercate riferì ai cittadini comaschi riuniti «la mente de vostra illustrissima Signoria essere che ogniuno vivese bene et che niuno fosse opresso né inurato da niuno officiale»; ASMi, *Sforzesco*, 783, 1476.08.01. Si veda ancora ASMi, *Comuni*, 42, *Mandello*, 1494.05.31; *TD*, I/2, p. 38, doc. 670, p. 131, doc. 806, p. 325, doc. 1101; I/3, p. 227, doc. 1602, p. 485, doc. 1974; II/1, p. 135, doc. 161, p. 412, doc. 454, p. 436, doc. 486, pp. 474-475, doc. 536; G. SCARAMELLINI, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., p. 261, doc. 92. Cfr. M.G. DI RENZO VILLATA, *La vita del diritto nella Milano del tardo Quattrocento*, in *Milano nell'età di Ludovico il Moro*, Atti del convegno internazionale, Milano 28 febbraio - 4 marzo 1983, Milano 1983, I, pp. 147-169, in particolare p. 168; C. STORTI STORCHI, *Giudici e giuristi nelle riforme viscontee del processo civile per Milano (1330-1386)*, in *«Ius Mediolani». Studi di storia del diritto milanese offerti dagli allievi a Giulio Vismara*, Milano 1996, pp. 47-187, in particolare pp. 147 e 172, n. 296; R. BELLOSTA, *I capitoli di riforma in materia di offici e di amministrazione emanati dal Consiglio segreto sforzesco nel 1455*, in «Nuova Rivista Storica», 86, 2002, pp. 155-184, in particolare p. 158. Si veda ancora *Statuti di Como del 1335. Volumen Magnum*, a cura di G. MANGANELLI, II, Como 1945, p. 347, per un esempio visconteo.

[42] Nell'ordine, ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.12.08; *TD*, I/2, p. 61, doc. 705; ASMi, *Sforzesco*, 782, 1472.03.11. Cfr. ancora ASMi, *Comuni*, 90, *Voghera*, s.d.; *TD*, I/2, p. 80, doc. 731; I/3, pp. 231-232, doc. 1608, p. 538, doc. 2054.

addirittura l'immagine del principe fonte del diritto: «fontane de iustitia», «fontane de iusticia et equitate», «fonte de iustitia», «fontana di rasone». Tale metafora, tutt'altro che innocente, aveva servito i primi tentativi, quali le innovative affermazioni di Federico II, di rovesciare il rapporto tradizionale tra sovrano e diritto, in modo che il primo non fosse più solo garante e conservatore del secondo, ma suo creatore ed *origo*[43].

Politicamente più alto e soprattutto mai corrivo nei confronti di ogni pretesa autoritaria, è invece il discorso nelle suppliche che difendono quei diritti generati dal rapporto stesso con il duca, cioè accordati dal suo *placet* alle richieste contenute nei capitoli o riconosciuti tramite privilegi ed esenzioni. La giustizia che il duca doveva garantire consisteva infatti pure nel rispetto e nella tutela delle condizioni e degli *status* che egli stesso o i suoi predecessori avevano istituito o ratificato. Tuttavia, nella pratica politica, le situazioni di privilegio non erano pacifiche e incontrastate: le comunità dovevano salvaguardarle instancabilmente e accanitamente contro decisioni ed atti dello stesso principe, o delle magistrature centrali e periferiche dello stato, che le eludevano. Una delle vie più battute dalle comunità per difendere le proprie prerogative era la stesura di una supplica da sottoporre al duca, in cui ricordavano le concessioni passate e i contenuti dei capitoli, e in cui si dolevano delle iniziative, promosse dal signore stesso o dai suoi ufficiali, che esse ritenevano lesive dei loro diritti[44]. Ora, è proprio nei testi originati da queste circostanze e animati dai toni più scopertamente rivendicativi – piuttosto che in quelli prodotti in occasione di contese con signori locali, altre comunità, singoli individui – che il nesso argomentativo

[43] ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.07.23; 783, 1478.04.28; 1152, 1486.08.25; *Comuni*, 60, *Morbegno*, 1494.07.07; *Registri ducali*, 121, p. 433, 1494.05.09; *Comuni*, 34, *Domodossola*, 1499.02.09. Cfr. E. KANTOROWICZ, *Federico II, imperatore*, trad. it., Milano 1988[3] (ed. orig. *Kaiser Friedrich der Zweite*, Berlin 1928), pp. 214, 333; E.H. KANTOROWICZ, *I due corpi del Re*, cit., p. 85, n. 31; W.F. CHURCH, *Constitutional Thought in Sixteenth-Century France. A Study in the Evolution of Ideas*, Cambridge 1941, p. 38, n. 50, p. 53, n. 30; É. LOUSSE, *Absolutisme, Droit divin, Despotisme éclairé*, in «Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte», 16, 1958, pp. 91-106, in particolare p. 92; A. ROMANO, *«Specula principum» e legislazione regia nell'esperienza dell'Italia meridionale*, in A. DE BENEDICTIS (ed), *«Specula principum»*, cit., pp. 170-192, pp. 189, 192.

[44] Comunque il confine tra suppliche inerenti a conflitti interpersonali e suppliche che lamentavano o difendevano le decisioni del principe o l'operato dei suoi ufficiali era talvolta labile, perché se nel contenzioso si verificava l'intervento di una magistratura o del duca, questo poteva divenire il nuovo motivo di doglianza dei sudditi. Cfr. A. WÜRGLER, *Voices From Among the «Silent Masses»: Humble Petitions and Social Conflicts in Early Modern Central Europe*, in «International Review of Social History», 46, 2001, Supplement, pp. 11-34; C. NUBOLA, *La «via supplicationis» negli stati italiani della prima età moderna (secoli XV-XVIII)*, in C. NUBOLA - A WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina»*, cit., pp. 21-63.

tra giustizia e privilegio si stringe, l'aspettativa circa il ruolo del duca diventa più esplicita e la formulazione dell'ideale di lunga tradizione del sovrano che agisce secondo giustizia acquista maggiore nitidezza.

Il comune di Teglio nel 1498 dovette difendere una prerogativa riconosciuta alla terra già nei capitoli di dedizione a Francesco Sforza, per cui nessun suo abitante poteva essere giudicato da altri che dal podestà ivi insediato, ma minacciata da una decisione degli ufficiali di Ascanio Sforza, fratello del duca e signore della Valtellina. La comunità supplicò Ludovico il Moro Sforza: «benché cognoscamo non essere necessario persuadere la Excelentia vostra a la observatione di nostri privilegii, in farla a la commune utilitate di la sua et nostra republica di la Castelantia di Telio ..., nondimeno vogliamo pregare quella a la iusticia et observatione di quilli»[45].

Un principe chiamato all'«observatione» dei privilegi era, più in generale, un principe cui si chiedeva esplicitamente di svolgere un compito di conservazione degli *status* riconosciuti, che scongiurasse l'innovazione come perturbatrice dell'equilibrio dei rapporti che i corpi privilegiati intrattenevano tra loro e con l'autorità centrale. La giustizia viene allora identificata con il mantenimento dello *status quo* per quanto riguarda tutte quelle concessioni, fiscali e giurisdizionali, che precisavano la collocazione delle comunità nello stato territoriale. Ancora secondo gli uomini di Teglio «proprium sit optimi et iustissimi principis unumqumque in privilegiis, iuribus, consuetudinibus et concessionibus suis conservare et manutenere»[46]. La medesima comunità affermò gli stessi concetti anche in volgare: «tanto più sinceramente ricoremo a la prelibata Excelentia vostra quanto che naturalmente quella è inclinata a servare la fede et ogni opera de iustitia et cescaduna persona favoregiata et privilegiata da li soi illustrissimi et puotentissimi signori predecessori dil stato suo adiuta et difensa»[47]. Bormio era stato a lungo in lite con i sudditi della Lega Grigia a causa del diritto, rivendicato da questi ultimi e negato dalla comunità, di portare armi entro i confini della terra; poi una sentenza di due vicari generali dello stato di Milano, con il consenso del primo segretario ducale, aveva riconosciuto le ragioni dei bormiesi. Di fronte al nuovo rischio che un ambasciatore della Lega riuscisse a persuadere il duca di Milano a rivedere la sentenza e ad accordare ai grigionesi la licenza richiesta, contro i suoi privilegi e statuti, la comunità ricordò al principe il

[45] ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18. Cfr. D. Zoia (ed), *Teglio: terra dell'Arcivescovo. Statuti ed Ordini della Castellanza e del Comune di Teglio*, [Teglio 1996], p. 153.

[46] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.

[47] ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18.

suo ruolo, quello di chi «non sole lasare fare iniustitia ad alcuna persona, nec lasare innovare cosa alcuna contra li privilegii et statuti»[48]. La corte di Mattarella, paventando che la concessione di non sottostare alla tassa del sale, confermata da ultimo nei capitoli di dedizione a Francesco Sforza, fosse revocata, «contra lo usitato sempre may, et contra la dispositione di essi capituli», ne chiedeva invece l'osservanza «perché la Signoria vostra già non è usata de inovare a li boni stilli et usanze servati continue al tempo de li ... signori Vesconti» ovvero per «non innovare ad le bone consuetudine de li prefati signori Veschonti suoy precessori»[49]. La comunità di Valassina e i comuni di Mandello, Varenna, Bellano, Corenno, della Riviera di Lecco e del Monte d'Introzzo, concessi in feudo a Gaspare Sanseverino, avendo dalla loro una «promissa» del duca stesso «cha più may non sariamo ad altri infeudati», si dolsero di esser ceduti «in pigno», invocarono «la iustitia, honestà et bontà sforzescha» e denunciarono una deliberazione che «saria contra ognia raxone, fede, bontà et honestà» ed «equitate», precisando che tutto ciò avveniva «ad torto»[50].

Essere giusto, cioè osservare la fede e stare ai patti, era infine la condizione perché il principe meritasse la protezione divina: la duchessa, secondo gli uomini di Morbegno, «sine dubio semper sarà deffensata da Dio, non mancando de iustitia a li suoy veri servitori»[51].

c. Lo scioglimento del vincolo di obbedienza e la resistenza

Coerentemente con i principi secondo i quali il primo dovere del duca e di chi agisce a suo nome è essere giusto, ed è il rispetto di tale dovere a vincolare gli uomini alla soggezione, alcune comunità arrivarono ad affermare che, per contro, all'«iniuria» o al «torto» non si deve obbedienza. Ancora una volta il ristretto numero di suppliche di chiara ispirazione contrattualistica appare isolato entro una più ingente quantità di testi in cui l'obbedienza non viene messa in discussione o in cui addirittura si esclude apertamente questa possibilità. Nel 1454, ad esempio, in una richiesta di riconferma del podestà in carica, numerosi cittadini comaschi esordivano: «Benché a li subditi non sia licito a dare lege al suo signore, ma a le sue sempre cum

48 ASMi, *Comuni*, 12, *Bormio*, s.d.

49 ASMi, *Comuni*, 42, *Matarella*, s.d.

50 ASMi, *Sforzesco*, 1156, 1495.09.09; 1632, 1495.09.28; 1156, 1495.10.06. Cfr. C. Magni, *Il tramonto del feudo lombardo*, Milano 1937, pp. 82 ss.

51 ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.

fede et amore obedire, pur a le volte è licito a li subditi aricordare al suo signore la gloria, l'honore et bene suo et il bene, comoditate et tranquilitate de li subditi»[52]. A conferma di quanto si è già detto, sono le concrete situazioni di conflitto con l'autorità centrale e i suoi ufficiali a suscitare il ricorso ad argomentazioni più coraggiose, che legittimino il diritto della comunità a porsi di fronte al principe con un atteggiamento rivendicativo, abbandonando una remissione alla volontà del duca così conciliante come quella espressa dai cittadini comaschi.

Il diritto di opporre la disobbedienza all'«iniuria» può essere usato, innanzitutto, contro un magistrato. Nel 1456 un aspro confronto oppose il commissario ducale Antonio da Casale e gli uomini di Val Antigorio, secondo i quali l'ufficiale pretendeva una somma di denaro cui non aveva diritto, che pertanto loro gli avevano fino a quel momento rifiutato. La supplica in cui la comunità fornisce la sua ricostruzione dei fatti è un testo molto ricco. Si è già detto che il valore della «rasone» è richiamato in moltissime suppliche e pure l'antinomia «rasone»/«torto» ne ispira sovente l'argomentazione. Ma in questa circostanza gli uomini si spinsero oltre. Lo scritto, infatti, è centrato sulla contrapposizione tra due coppie di termini e di concetti: ragione/torto, cui corrispondono, in parallelo, obbedienza/disobbedienza. È dunque la sua stessa costruzione retorica che, pure in mancanza di una formulazione esplicita, veicola il principio per cui solo alla giustizia si deve obbedienza, mentre di fronte all'ingiustizia («torto») si può essere disobbedienti. La parola «raxone» vi ricorre ben undici volte, con tre significati diversi: quello di argomenti a proprio favore («le raxone»), quello di ragione (come contrario di torto) e quello di giustizia. Per quest'ultimo significato poi si possono distinguere due sfumature: il senso tecnico di esercizio della giurisdizione e quello più lato di ciò che avviene secondo il giusto (nell'espressione stereotipata «de raxone»).

Gli uomini sostennero apertamente che la «raxone» era dalla loro parte e che il loro diverso comportamento verso i magistrati statali era dovuto all'inclinazione di questi ultimi verso la giustizia o verso il torto. Dopo che il Consiglio segreto aveva scritto agli abitanti di Val Antigorio di presentarsi davanti ad Antonio da Casale per porgergli le loro «raxone», avendo però assicurato «che 'l non ce sia fato torto, anci uxato umanità», essi si erano effettivamente recati al cospetto dell'ufficiale, «per essere obidienti ad essa vostra litera». Ad una magistratura che promette giustizia e scongiura il torto si deve dunque obbedienza. Antonio da Casale ha però loro negato giustizia («non ce è stato modo che lui habia voluto videre né intendere

[52] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1454.08.07.

dicte nostre raxone, se non in menazarce, dicendoce vilania et meterze a le prexone»). Di fronte ad un ufficiale che non prendeva in considerazione le loro «raxone», la condotta degli uomini fu quindi coerentemente speculare rispetto a quella tenuta nei confronti dell'ingiunzione del Consiglio segreto: «per non privarci de nostre raxone, li siamo stati desobidienti». Significativamente dal duca i supplicanti si aspettavano comprensione, segno che essi ritenevano che la loro disobbedienza all'ufficiale ingiusto potesse trovare posto nell'ordine legale garantito dal principe: «siché essa vostra Signoria poe bene comprendere che, per tale alegate raxone, siamo stati duri – et seremo – se prima non dicemo la nostra raxone a la Signoria vostra»[53].

Anche un feudatario e commissario ducale in una zona di confine, Giovanni Balbiani, stabilì un nesso forte e legittimante tra l'ingiustizia di un ufficiale, intesa stavolta nel senso del mancato rispetto dei privilegi riconosciuti a una comunità nei capitoli di dedizione, e la resistenza. Il Consiglio segreto aveva conferito a Luchino della Croce, grazie all'adoperarsi e all'influenza di Gian Andrea da Corenno, l'incarico di commissario sul contrabbando delle biade e la podesteria di due località lariane (Corenno e Introzzo) tuttavia soggette alla giurisdizione della Valsassina, «contra li suoy capituli quali hano cum essa [Signoria]». L'operato di Luchino rischiava, secondo il Balbiani, di «metere li homeni in rebelione, li quali ne soni de malissima voglia e sono venuti da mi a lamentarse che non voleno patire questo, che gli sia roto li suoy capituli e che el dicto Zohanne Andrea debia esser caxone de meterli in rebelione». Anche in questo caso la disobbedienza ad un ufficiale ingiusto non appare incompatibile con l'ordine politico e giuridico dello stato. L'atteggiamento del Balbiani, come si è detto ufficiale e feudatario del duca, non fu infatti di censura; anzi, egli decise di costruire la lettera in modo favorevole alla comunità. L'autore non compare nel testo come testimone neutrale dei fatti, ma come interlocutore degli uomini; di essi, inoltre, riporta, in modo indiretto, le argomentazioni, di cui si appropria al punto da parafrasarle, mentre non assume mai la prospettiva di Luchino della Croce, non ne riferisce le parole e non ne media la posizione. Non solo il commissario giustificò gli abitanti della Valsassina, nel momento in cui ne accettava e ne condivideva la versione dei fatti, che individuava nella violazione dei loro capitoli la «caxone» di un'eventuale insubordinazione; pregò il duca di riceverne i procuratori, di fare in modo che fossero «servati li suoy capituli», di allontanare Gian Andrea da Corenno; infine raccomandò «li dicti homeni, che soni fidelli servitori d'essa [Signoria]»[54].

[53] ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.03.28.

[54] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.06.21.

Alcune suppliche estendono anche al rapporto con gli Sforza il medesimo diritto alla disobbedienza, nel caso in cui i sudditi fossero vittime di «iniuria». Si tratta, in queste occasioni, di prese di posizione comprensibilmente prudenti: è significativo che la definizione per eccellenza del potere ingiusto cui si può legittimamente resistere – tirannia – non sia mai impiegata a riguardo del principe, ma soltanto per stigmatizzare il governo dei feudatari[55] o la condotta di ufficiali irrispettosi dei privilegi e degli *status* dei sudditi[56].

La prima reazione di fronte ad un provvedimento stabilito dal duca e ritenuto ingiusto è, in questi documenti, l'incredulità circa la sua reale intenzione. Quello del sovrano che agisce contro i diritti dei sudditi perché male informato e mal consigliato non è solo un *topos* di grande fortuna, ricorrente nelle nostre suppliche come in molti altri testi coevi e successivi. Si trattava, infatti, di un mito sentito e diffuso: esso sostanziava la concezione della sovranità che ispirava le comunità lombarde anche al di là delle esigenze di costruzione retorica delle loro suppliche e lettere, e che era incoraggiato e accreditato dagli stessi signori di Milano[57]. Prove decisive del suo profondo radicamento sono alcune testimonianze esterne alle comunità circa le forme in cui questo convincimento si levava e si diffondeva, accompagnato da inquietudine e forte coinvolgimento emotivo. Scrisse il podestà di Morbegno: «dicti homeni tutti remaseno sbigutiti ... dicendo et alegando dicti homeni non volere né potere credere che la prelibata Excelentia vostra gli debia infringere dicti capituli et privilegii, et che voleno per questa casone mandare da vostra Excelentia li oratori suoi»[58]. Molti altri scritti potrebbero confermare i sentimenti di sincero smarrimento e profondo sconcerto

[55] La comunità di Valchiavenna, ad esempio, lamentò di essere stata «molto tyranizata» dai signori Balbiani (P. BUZZETTI, *Il palazzo biturrito*, cit., p. 50).

[56] Un capitano di Valtellina fu definito dagli uomini di Teglio «tyranno usurpatore» a seguito del tentativo di infrangere il privilegio di separazione giurisdizionale dal resto della valle di cui essi godevano (ASMi, *Sforzesco*, 1152, 1484.02.24). Un podestà di Tirano fu accusato di essere un «tirampno», per avere, tra l'altro, «facto iniuria a li zentilhomini» (G. SCARAMELLINI, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., p. 418, doc. 404).

[57] In un decreto del 1377 Galeazzo Visconti riconobbe «sepe tam ex sugestionibus non veris tam ex importunitate petentium et pro eis intercedentium per nos concessa seu facta sunt rescripta, decreta, statuta seu littere, que reperiuntur esse et sunt derogatoria statutis, decretis aut sententiis prius editis et latis». Ritirò pertanto tutti i decreti e le lettere emessi in passato in violazione di diritti riconosciuti e mise i sudditi in condizione di accertare la verità della sua eventuale intenzione di intervenire contro le prerogative acquisite, grazie all'«impressio nostri buletini secreti» sui relativi documenti (*Statuti di Como*, II, cit., pp. 347-348).

[58] ASMi, *Sforzesco*, 783, 1476.04.20.

che suscitavano le disposizioni contrarie al «solito», e la riprovazione che si indirizzava verso i cattivi consiglieri o il segretario ducale, accusato di scrivere lettere e decidere «senza saputa» del principe[59]. La presenza nelle suppliche degli attributi leggendari del principe giusto che non poteva, se non appunto per errore, calpestare le condizioni privilegiate, non era però solo un modo, se vogliamo estremo, per salvare un modello di sovranità comunque saldamente radicato nell'animo dei sudditi. Tale presenza, infatti, si arricchiva di ulteriori motivi, mediati evidentemente da considerazioni più riflesse: trattandosi, in questi casi, della difesa di prerogative e diritti sanciti da capitoli e statuti, cui il principe poteva derogare giuridicamente soltanto *ex certa scientia*, affermarne al contrario l'inconsapevolezza e insinuare l'aggiramento della sua volontà, era un primo modo per contestare la legittimità dei provvedimenti sgraditi e ottenerne la revoca[60].

Venuto meno il beneficio dell'inconsapevolezza, al principe che non cessava di infrangere i privilegi delle comunità e che, così facendo, mancava di osservare la giustizia, era rimproverato di infangare l'onore proprio e dei predecessori, nonché dei magistrati che avevano agito per loro conto, di macchiare la gloria propria e degli avi. Con questo argomento, onore e gloria dei duchi vengono fatti consistere in primo luogo nel mantenimento dei privilegi accordati ai corpi e delle condizioni loro riconosciute. Disattendere le «ordinatione» definite in passato da Galeazzo Maria Sforza e dai suoi consigli da parte della vedova e del figlio sarebbe andato, secondo gli abitanti di Traona, «in grandissima vergonia del prelibato vostro con-

[59] L'espressione citata è tratta da ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1497.04.05. Si veda ancora ASMi, *Comuni*, 12, *Bormio*, s.d.: «Li dicti homini se credeno che quela persona quale ha preponuto questa cosa ad la Excelentia vostra non piglia le parte del tuto, né habia intregamente [sic] significato come iace la cosa». Cfr. ASMi, *Comuni*, 42, *Matarella*, s.d.; G. SCARAMELLINI, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., p. 406, doc. 386, p. 411, doc. 393 ecc.

[60] In un caso all'inconsapevolezza, si aggiunse esplicitamente anche il carattere lesivo di già istituiti diritti di terzi che aveva il provvedimento: quando Morbegno contestò le concessioni d'autonomia a Traona (*infra*, § 5), protestò l'invalidità di un capitolo favorevole approvato alla controparte, «quia non facit mentionem ... de precedentibus capitulis antea squadre Morbegnii et d. Petro de Ponte concessis», «cum igitur priora capitula observari debeant»; ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d. Cfr. G. GORLA, «*Iura naturalia sunt immutabilia*». *I limiti al potere del «principe» nella dottrina e nella giurisprudenza forense fra i secoli XVI e XVIII*, in B. PARADISI (ed), *Diritto e potere nella storia europea*, Firenze 1982, pp. 629-684, in particoalre pp. 648-652; J. KRYNEN, «*De notre certaine science ...*». *Remarques sur l'absolutisme législatif de la monarchie médiévale française*, in A. GOURON - A. RIGUARDIERE (edd), *Renaissance du pouvoir législatif de l'État*, Montpellier 1988, pp. 131-144; M. CARAVALE, *Ordinamenti giuridici*, cit., pp. 542-544; L. MANNORI, *Il sovrano tutore*, cit., p. 50; D. QUAGLIONI, *La legislazione del principe e gli statuti urbani nell'Italia del Quattrocento*, in S. GENSINI (ed), *Principi e città*, cit., pp. 1-16, in particolare pp. 13-15.

sorte e padre e del suo Consilio, quale per tre volte ha stabilito quello era ordinato per soa Excelentia, et in vergonia de li ... doctore domino Augustino [Rossi] et domino Alesandro [Spinola], commissarii speciali sopra ciò de vostra Signoria». Questo perché, come viene espresso con un principio generale, è «la mazore vergonia si facia a signori a revocarli seu temptare de revocare quello è facto con tanta maturitade». Dunque gli uomini supplicavano il rispetto di quei provvedimenti «per servare iustitia et l'honore de tanto signore vostro consorte e padre et de tanto Senato et doctori e de vostra Signoria»[61]. Gli uomini di Sonvico, oltre che all'onore, si riferivano alla gloria dei principi: «né pono credere dicti supplicanti che vostre Signorie debiano patire se debia derrogare ... al honore et fede de li prelibati signori passati»; chiedevano pertanto di non «derrogare a li privilegi, fede et gloria de li prelibati signori»[62].

In questi frangenti le comunità si sentivano autorizzate a biasimare l'operato del principe: «essi vostri servetori de Trahona si trovarano malcontenti»[63]; in occasione di una temuta infrazione dei loro privilegi, i bormiesi si dicevano «non pocho contrariati»[64]; «malcontenti» si proclamarono anche i comuni di Mandello, Varenna, Bellano, Corenno, della Riviera di Lecco e del Monte d'Introzzo, perché ceduti in feudo[65]. Ancora più esplicitamente, gli uomini di Morbegno ritenevano che, se «maltratati», avrebbero potuto legittimamente lamentarsi della condotta del duca («como maltratati, semper se haverano ad dollere de vostra Signoria che li sia manchata de iustitia et che li habia rupta la fede et capituli suoy»); in altra occasione scrivevano «de le quale [Signorie] semper se haveriamo ad dolere quando non li provedesseno»[66]. Pure in una circostanza diversa, anche se sempre di giustizia negata, a seguito cioè di un omicidio rimasto impunito, gli abitanti di Sondalo «cum maxima lamenta et debita però et solita reverentia, son constricti dolerse sive de vostra Excelentia sive de li officiali de quela»[67].

Sono parole che risaltano nel linguaggio di un carteggio in cui, di norma, sono solo i duchi a potersi dichiarare «malcontenti» della condotta dei

61 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

62 ASMi, *Registri ducali*, 199, pp. 252-253, 1479.05.29.

63 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

64 ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.08.15.

65 ASMi, *Sforzesco*, 1156, 1495.09.09

66 Rispettivamente ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.; *Sforzesco*, 783, 1477.05.18.

67 ASMi, *Comuni*, 79, *Sondalo*, 1480.12.01.

loro ufficiali, degli uomini o dei signori locali. Tuttavia le conseguenze di una decisione con cui il duca veniva meno al proprio ruolo potevano essere più gravi. In particolare alcune suppliche apertamente contrappositive svolgono con notevole lucidità i passaggi logici che portano dalla constatazione dell'infrazione dei privilegi e delle condizioni stabilite e sanzionate con l'approvazione dei capitoli di dedizione all'interpretazione di questo atto come il mancare del principe alla sua funzione di tutore della giustizia e, di conseguenza, come rottura dell'impegno bilaterale contratto con i sudditi, fino alla dichiarazione di questi ultimi di non volere subire «iniuria» e la finale minaccia di uno scioglimento della loro obbligazione verso lo stato[68].

Innanzitutto l'inosservanza del privilegio era apertamente intesa come un atto con cui il duca veniva meno al suo stesso ruolo, quello di colui che in primo luogo avrebbe dovuto assicurare giustizia. La comunità di Morbegno chiedeva l'esecuzione di una «ordinatione» ducale circa l'integrità territoriale della podesteria che vi faceva capo, poi smentita da successive decisioni, «altramente ... essa comunitate poterà dire esserli rupta la fede de suy capituli et manchato de iustitia»[69].

In questo modo il duca rompeva il rapporto con i sudditi – che doveva fondarsi sull'impegno vicendevole – e ne spezzava la reciprocità. Da parte loro i sudditi tenevano a precisare di patire incolpevoli una diminuzione

[68] Cfr. M. D'Addio, *L'idea del contratto sociale dai sofisti alla Riforma e il «De principatu» di Mario Salomonio*, Milano 1954; G. Cassandro, *Resistenza (diritto di)*, in A. Azara - E. Eula (edd), *Novissimo Digesto italiano*, XV, Torino 1968, pp. 590-613; M. Sbriccoli, *«Crimen laesae maiestatis». Il problema del reato politico alle soglie della scienza penalistica moderna*, Milano 1974, pp. 126-128; D. Quaglioni, *Politica e diritto nel Trecento italiano. Il «De tyranno» di Bartolo da Sassoferrato (1314-1357)*, Firenze 1983, pp. 29 ss. e, dello stesso autore, *«Civilis sapientia». Dottrine giuridiche e dottrine politiche fra medioevo ed età moderna*, Rimini 1989, pp. 15-34; M. Van Gelderen, *The Political Thought of the Dutch Revolt*, Cambridge 1992; A. Black, *Political Thought*, cit., pp. 148-152; J. Vallejo, *Ruda equidad*, cit., pp. 332 ss.; A. De Benedictis, *Repubblica per contratto*, cit., pp. 164-193; A. De Benecictis, *Politica, governo e istituzioni*, cit., pp. 297-327; A.M. Hespanha, *A resistência aos poderes*, in J. Mattoso (ed), *História de Portugal*, IV: *O Antigo Regime (1620-1807)*, Lisboa 1992, pp. 451-459; J.-C. Zancarini (ed), *Le Droit de résistance. XII-XX siècle*, Paris 2001; M. Turchetti, *Tyrannie et tyrannicide de l'Antiquité à nos jours*, Paris 2001, pp. 217-480.

[69] Più oltre, impiegando un sinonimo, si parlerà di «mancharli la rasone»; ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d. Secondo la stessa comunità una decisione diversa «saria de directo contra la iustitia et fede ad nuy promissa per li capituli nostri»; ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.04.11, ossia, in un'altra supplica, «contra ogni iustitia et bene del stato vostro et anche contra li capituli concessi per li predecessori vostri ad dicta comunitate»; ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d. Per la comunità di Traona la revoca di un'«ordinatione» già più volte approvata «sarebe la maiore iniuria et iniustitia si facesse may a servitori»; ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

dei loro diritti, «non havendo noy commesso alcuna cossa per la quale vostra Excelentia ... ne voglia derogare & infrangere quello che ... habiamo recognosciuto da li illustrissimi predecessori de vostra Excelentia et da quella confirmati»[70]. Alterato dall'iniziativa unilaterale e ingiustificata del principe, il medesimo rapporto si mutava in uno scambio vizioso, in cui l'oltraggio e il torto diventavano la paradossale ricompensa dei sacrifici patiti e della fedeltà costantemente prestata. Gli abitanti di Tirano si rivolsero al principe «certifichando la vostra Excelentia che, quando ad quella fosse stato a piacere, gli havessamo dati li figlioli nostri, per amore portamo ad quella, l'haveriamo fato, aspetando perhò da quella che la nostra obediensa & intrinsicha amorevolezia non ne deba cedere in male como forse ne ha ceduto per lo passato»[71]. Gli uomini di Morbegno scrissero: «tropo li dole debbano ricevere iniuria et danno per retributione del sangue per loro sparso et robbe consumpte in servitio di questo stato»[72]. Anche i comuni valtellinesi di parte guelfa si ritenevano autorizzati a lamentare gli svantaggi dalla loro lealtà: chiedevano che fossero rimesse loro le spese di mantenimento di soldati ad una fortezza della valle, «aliter haverano debita causa de dolersi et puorano dire che la loro hobedientia ye sia semper dampnoxa»[73].

Si trattava di un passaggio fondamentale dell'argomentazione, perché nella dottrina contrattualistica il re che arreca danno al popolo ne autorizza la resistenza[74]. A questo punto poteva infatti essere tratta la conclusione, in

[70] ASMi, *Sforzesco*, 1153, 1491.06.14. Molte espressioni sono del tutto analoghe a questa, impiegata da Bormio; lo stesso argomento fu utilizzato anche da Pier Maria Rossi, potente signore parmense: G. CHITTOLINI, *La formazione dello Stato regionale e le istituzioni del contado. Secoli XIV e XV*, Torino 1979, p. 275. Secondo MARTINUS DE GARATIS, *Tractatus de principatu*, cit., «exemptio potest revocari propter ingratitudinem»; f. 60r, rubrica 47 e «civitas perdit privillegium propter delictum suum»; f. 61r, rubrica 67).

[71] ASMi, *Sforzesco*, 1152, 1490.09.26.

[72] ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d. In un'altra supplica pregarono il duca e la duchessa «non ne vogliano manchare de iustitia, né rumpere la fede ad nuy promissa per li illustrissimi predecessori vostri et observata tanto tempo passato, però che questa nostra comunitate non merita questo mal tractamento in retributione de li nostri boni deportamenti verso il stato vostro»; ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.04.11.

[73] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d. [1478-1479].

[74] Durante la rivolta contro Filippo II, gli Stati generali dei Paesi Bassi partirono proprio dalla considerazione dello stesso scambio iniquo delineato dalle suppliche di Tirano, Morbegno e dei comuni guelfi di Valtellina («attendu que le Roy est délibéré de ruiner ceux qui luy ont rendu jusques ores toute fidélité, obéissance & prompt service»), per fondare, sulla base della *raison* e della *loy*, il diritto dei sudditi di resistere con le armi (C. SECRETAN, *Les privilèges*, cit., p. 45). Cfr. S.A. MARAVALL, *Stato moderno*, cit., p. 454; R. VILLARI, *Per il re*

realtà adombrata piuttosto che svolta, per cui gli uomini, non volendo legittimamente vedere la loro lealtà retribuita con l'ingiuria, potevano reputarsi sciolti dai vincoli infranti dal duca per primo. I traonesi, ellitticamente, annunciavano: «non patirano tanta iniustitia»[75]. Più esplicitamente gli abitanti di Morbegno scrissero: «pregamo vostra Signoria non voglia mancharni de iustitia aciò ce [che] ad nuy, quali semper siamo stati soldati del stato milanese senza soldo, non ne manchi l'animo né la solita fede et devotione»[76]. In altre due occasioni, più minacciosamente, avvertirono il principe che, «facendoli tale inuiria, non li accreseria fede et devotione né obligatione alcune verso il stato»[77].

Il ritiro dell'obbligo di obbedienza a un principe che non garantiva giustizia, restituiva ai sudditi il diritto di farsi giustizia da sé. Questa facoltà, nelle nostre suppliche, talvolta era solo un'allusione indiretta: gli uomini di Traona, ad esempio, chiesero la ratifica di precedenti decisioni, in modo da «tenirli in pace»[78]. Talvolta era una possibilità ventilata, ma subito accantonata, quando si affermava che solo il rispetto e l'obbedienza per il duca trattenevano i supplicanti dal procurare autonomamente quanto chiedevano. In altre occasioni tale eventualità venne invece affermata con minore cautela. Nel 1480 gli uomini di Sondalo lamentarono che l'inerzia del principe e dei suoi ufficiali aveva lasciato impuniti gli assassini di un loro vicino. Loro «se vorebeno defendere» ma non lo fanno «per la granda reverentia et obedientia chi à essa comunitate verso vostra Excelentia»; sollecitavano però il duca a «providere che in lo havenire vivarano in pace et securamente», dicendosi pronti, in caso contrario, a provvedere loro direttamente («farano demonstrationi che non sone pecore ... se contra de lore firà comisso manchamento alcuno sensa casione»)[79]. Ancora maggiore rilievo hanno le affermazioni del comune di Morbegno, dal momento che esso rimproverava al duca non di mancare di punire l'ingiustizia, ma di

o per la patria. La fedeltà nel Seicento, con «Il cittadino fedele» e altri scritti politici, Roma - Bari 1994, pp. 73-74.

75 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

76 ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.04.11.

77 ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.; gli stessi concetti e termini sono ripresi in ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.05.18.

78 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

79 ASMi, *Comuni*, 79, *Sondalo*, 1480.12.01. Anche due parentele nobili ossolane rivendicarono il diritto di respingere la violenza dei loro nemici con la violenza, qualora il principe non le avesse garantite («pregando [vostra Signoria] se degna fare provixione, altramente vim vi repellere licebit»); ASMi, *Comuni*, 34, *Domodossola*, 1498.09.25.

commettere egli stesso ingiustizia. Una volta che agli uomini fosse «mancato de iustitia», «ne daria materia de deffendere le nostre rexone contra essi trahonesi con quello meliore modo poteremo: da loro non intendemo essere sforzati»[80].

Anche la mancata ottemperanza ad un altro dei doveri del sovrano, la difesa dei sudditi, avrebbe restituito questi ultimi alla loro *libertas*. Già in precedenza, nella Germania meridionale, la legittimità del potere era stata agganciata all'effettivo esercizio degli obblighi di difesa: «dobbiamo servire i signori affinché essi ci proteggano. Se non lo faranno, noi, per diritto, non saremo loro debitori di nulla»[81]. Questo argomento ha ancora, nel XV secolo, una notevole vitalità: qualora infatti l'autorità centrale si fosse dimostrata incapace di attendere al suo compito, anche le comunità rurali lombarde si sarebbero ritenute sciolte dal loro vincolo di soggezione. La stessa supplica di Sondalo di cui si sono riferiti alcuni passaggi può essere intesa come una denuncia non solo di un caso di giustizia negata, ma pure dell'incapacità del duca di farsi carico del compito di mantenere i sudditi in pace e sicurezza. Gli uomini di Viguzzolo non si limitarono a impegnare Francesco Sforza alla loro tutela politico-militare, ma posero tale incombenza come condizione risolutiva: «quando per la prelibata Signoria non se possese adoperare e fare di questo liberatione, a la dicta terra e homini sia licito di fare pace, tregua, confederatione, adherentie, conligatione, sutometersse ad ogni altri signori da li quali posseseno havere adiutorio e liberatione e che per questo li dicti homini non possano essere reclamati rebelli né traditori de la prelibata Signoria»[82]. Pure un soggetto esterno alle comunità, il commissario di Bellinzona, nel 1467 giustificò il giuramento di fedeltà prestato dagli abitanti di Biasca alla Confederazione elvetica con il mancato aiuto ricevuto: «vedendosse quili poveri homini de Abiascha cussì crudelmente oppressi et habandonati d'ognia secorso, hanno piato acordo et facto fidelitate a' dicti de Liga»[83].

Le squadre di Morbegno e Ponte (le federazioni di comuni che facevano capo a quei centri) pretesero, per questo motivo, di non essere tenute ad una corresponsione di denaro stabilita ai tempi della Repubblica Ambro-

[80] ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.05.18.

[81] O. Brunner, *Terra e potere. Strutture pre-statuali e pre-moderne nella storia costituzionale dell'Austria medievale*, trad. it., Milano 1983 (ed. orig. *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*, Wien 1965), p. 369.

[82] ASMi, *Sforzesco*, 36, 1449.01.05.

[83] *TD*, II/1, p. 299, doc. 347.

siana, il debole governo instauratosi durante la vacanza del principato, tra la morte di Filippo Maria Visconti e l'affermazione di Francesco Sforza. Almeno la comunità di Morbegno aveva espressamente vincolato la Repubblica Ambrosiana (la *Libertas Mediolani*), al momento della dedizione: essa «teneatur.et debeat conservare et defendere» gli uomini e i loro beni «a quibuscumque gueram et discrimen, vel vim, seu fortiam inferentibus»[84]. Di conseguenza, poiché quell'autorità era stata invece incapace di tutelarli (essa «tunc ad tuendum et manutenendum se nec alios minime apta foret») e li aveva costretti a difendere se stessi da soli, rischiando la loro vita e le loro sostanze, «sine aliquo ipsius Libertatis [Mediolani] subsidio», le squadre di Morbegno e Ponte pretendevano di essere state nuovamente poste «in eorum libertate», fino al momento della dedizione a Francesco Sforza. Per questo ritenevano che da loro non si potesse pretendere nulla legittimamente[85].

3. *Le comunità*

Gli ideatori e gli estensori materiali delle lettere e delle suppliche qui esaminate non sono noti. La firma che le suggella («commune et homines de ...», «conscilium, commune et homines de ...» o altre formule analoghe) individua un autore collettivo che costituisce il livello cui la nostra analisi deve arrestarsi. Ciò non toglie che sia possibile delineare meglio la fisionomia di questi firmatari, articolando e distinguendo le diverse realtà rappresentate dagli organismi istituzionali cui si deve la produzione dei documenti che qui interessano.

Le suppliche dai contenuti politici più ricchi riportano alle maggiori comunità delle valli (in Valtellina Traona, Morbegno e Sondalo; ai suoi margini giurisdizionali Teglio e Bormio; nel Luganese la castellanza di Sonvico) o a quelle aggregazioni di comuni (la parte guelfa valtellinese, le squadre di Morbegno, Ponte e Traona, l'*universitas* della Valtellina nel suo complesso, la Valsassina e la Valassina, la Val Antigorio e la corte di Mattarella nell'Ossola Superiore) che avevano dato vita ad organismi federativi dotati di

[84] C.G. FONTANA, *Selva o sia raccolta istorica d'avvenimenti seguiti nella Valtellina e contadi vicini (1749)*, a cura di B. LEONI, Sondrio 1985, p. 73.

[85] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d. Cfr. C. DE KEGEL-SCHORER, *Bauern am Reichstag? Zum Verhältnis reichsunmittelbarer ländlicher Gemeinwesen zur Reichsstandschaft*, in H. R. SCHMIDT - A. HOLENSTEIN - A. WÜRGLER (edd), *Gemeinde, Reformation und Widerstand. Festschrift für Peter Blickle zum 60. Geburtstag*, Tübingen 1998, pp. 433-441, in particolare p. 439.

consigli deliberativi entro i quali i singoli centri concertavano decisioni e condividevano iniziative politiche[86]. Sia le maggiori comunità, sia le federazioni avevano redatto propri statuti e avevano stipulato con il duca propri capitoli, godevano di privilegi ed esenzioni e dunque avevano già conseguito quei riconoscimenti del proprio *status* che potessero fondare legittimamente la loro azione rivendicativa.

Per la diocesi di Como è possibile dare una misura indicativa della taglia delle comunità in questione grazie ai dati demografici riportati in una visita pastorale del tardo Cinquecento. Si trattava, innanzitutto, di comuni costituiti non da un unico centro abitato, ma da un nucleo (*terra* o *villa*), che fungeva da baricentro, e da più piccoli insediamenti contadini che ne punteggiavano il territorio. Il comune di Morbegno era allora abitato da circa 400 fuochi nel capoluogo (corrispondenti a 2.500 persone) e 120 nei villaggi dipendenti, Traona da 140 fuochi, Ponte da 510 (360 vivevano nella *terra*), Teglio da 786 (265 residenti nel centro), Sondalo da 700 (250 aggregati nella *villa*), Bormio da 1600 (700 dei quali nel borgo), Sonvico da 145[87].

L'indagine sul linguaggio del patto politico consente dunque di far luce su un aspetto dell'iniziativa di centri rurali che si ponevano perlopiù in posizione intermedia tra le città e i villaggi e su quella degli organismi federativi (le squadre, i terzieri e le *universitates vallium*), che coordinavano più comuni e, dunque, rappresentavano ampie e composite realtà territoriali di fronte al potere ducale. Anche i centri più attivi non erano sicuramente paragonabili alle città lombarde; anzi, talvolta non raggiungevano nemmeno quella taglia semi-urbana che poteva essere riconosciuta ad alcune «terre» della Pianura. Essi però si distinguevano pure dai comuni di più modeste dimensioni. Vari elementi contribuivano a definire quest'ultimo confine: una stratificazione sociale più articolata, una vita economica più vivace e ricca (i centri valtellinesi ricordati erano tra i comuni cui l'estimo del 1531 attribuirà le maggiori capacità contributive)[88], organismi istituzionali meglio organizzati, e soprattutto, ad accomunare realtà diverse, statuti approvati

[86] Sulle federazioni di valle, si veda G. CHITTOLINI, *Città, comunità e feudi*, cit., pp. 138-142; sulle fazioni valtellinesi come federazioni di comuni, M. DELLA MISERICORDIA, *Dividersi per governarsi: fazioni, famiglie aristocratiche e comuni in Valtellina in età viscontea (1335-1447)*, in «Società e storia», 22, 1999, pp. 715-766, in particolare pp. 731-745.

[87] S. MONTI (ed), *Atti della visita pastorale diocesana di F. Feliciano Ninguarda vescovo di Como (1589-1593)*, Como 1992, I, pp. 249, 268, 322-326, 330-335, 363, 395; II, p. 419, n. 1.

[88] A. BOSCACCI, *Gli estimi del 1531 in Valtellina*, in «Bollettino della Società Storica Valtellinese», 53, 2000, pp. 185-222.

dal principe, capitoli e concessioni sulla cui base rivendicare una condizione di privilegio.

Scendendo ai ranghi più bassi della gerarchia degli insediamenti rurali, la capacità di comunicare attraverso testi scritti con l'autorità centrale diminuisce bruscamente fino a venire meno del tutto. Spesso i comuni più piccoli e deboli non avevano propri statuti di cui esigere il rispetto, né privilegi da reclamare o concessioni da ricordare[89]. Anche per questo, di molti e anzi probabilmente della maggior parte di questi organismi della Valtellina e del Luganese, a volte non è sopravvissuta neanche una supplica, a volte rimane la traccia di una produzione scritta limitata ad un solo testo o poco più, spesso di contenuti poverissimi, dettati da necessità impellenti e lontani dalle rivendicazioni politiche alte sulle quali ci si è soffermati. Tuttavia questi comuni di rango più modesto affidavano rimostranze e richieste ai documenti concertati all'interno delle federazioni sovra-comunali: questi organismi, dunque, sebbene effettivamente egemonizzati e indirizzati dai centri più forti e intraprendenti (gli stessi in grado di muoversi singolarmente e indipendentemente), offrivano anche a quelli minori l'opportunità di vedersi riconosciuto un posto nella struttura corporativa dello stato.

Nel 1481, il consigliere ducale Nicodemo Tranchedini, che vantava nel proprio *cursus honorum* incarichi «in li più degni lochi ... de Italia», percepì le ambizioni dei comuni più vivaci come grottescamente sproporzionate al loro livello effettivo[90]. Inviato come commissario ducale in Valtellina, ebbe parole d'ironia e irritazione per Teglio e Bormio, comunità cui, a suo dire, «pare essere la più degna republica de Italia». Tali apprezzamenti, però, a dispetto degli intenti denigratori di colui che li ha lasciati, segnalano a maggior ragione come notevole l'adozione del linguaggio politico contrattualistico (che qui sembra arricchirsi delle sfumature di un repubblicanesimo rurale) in queste comunità di montagna. La medesima circostanza rivela anche come la disponibilità di tali armi intellettuali agevolasse concretamente i corpi territoriali nelle loro iniziative e rivendicazioni: come stigmatizzava ancora il Tranchedini, i valtellinesi, avvalendosi di quella auto-rappresentazione repubblicana, si poterono «arrogare ... tanta libertà» da ritardare ostinatamente il pagamento della tassa che egli era stato incaricato di raccogliere. Dunque i maggiori comuni dell'area, di cui uno sguardo non benevolo svelava la relativa modestia, reperirono nuove risorse politiche

[89] Lo dimostrano, ad esempio, i capitoli del villaggio valtellinese di Fusine: ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.

[90] ASMi, *Sforzesco*, 784, 1481.08.12.

grazie al loro aggiornamento culturale: divennero infatti capaci di modellare meglio le loro aspirazioni ricorrendo allo stesso patrimonio di argomenti e parole che, negli stessi decenni, stava trovando un crescente successo in tutta Europa, ma di cui finora è stato apprezzato il peso soprattutto nelle posizioni e nei reclami delle città[91].

4. *Il mutamento politico e la memoria delle comunità*

Il contesto politico-istituzionale delle suppliche non ha solo una determinazione spaziale, ma anche una cronologica, non è cioè solo lo stato di Milano, ma lo stato di Milano nel Quattrocento. Esso è definito, a mio avviso, dalla più generale parabola percorsa dalla dominazione visconteo-sforzesca, che condusse l'esercizio del potere dei signori, dai modi brutali e propriamente tirannici che caratterizzarono il pieno Trecento, verso forme più legali e rispettose dell'assetto pluralistico del dominio. Gli interventi sugli statuti delle comunità, ad esempio, si fecero meno invasivi; divennero più circospette anche le azioni signorili che ledevano apertamente la *Libertas ecclesie*, per quanto riguarda le appropriazioni di beni ecclesiastici e il conferimento dei benefici vacanti[92]. Nel contempo, la crescita economica e

[91] ASMi, *Sforzesco*, 784, 1481.09.14. Cfr. A. De Benedictis, *Politica, governo e istituzioni*, cit., p. 288. Cfr. ancora *supra*, testo corrispondente a nota 30.

[92] Circa gli statuti, si veda G. Chittolini, *Statuti e autonomie urbane. Introduzione*, in G. Chittolini - D. Willoweit (edd), *Statuti città territori in Italia e Germania tra Medioevo ed Età moderna*, Bologna 1991, pp. 7-45, pp. 21-32. Mi parrebbe difficile collocare in età viscontea una risposta così moderata come quella che venne dal duca e dalla duchessa nel 1477 ai rappresentanti della Val Antigorio: questi ultimi proposero una gerarchia delle fonti del diritto che anteponeva gli statuti locali ai decreti ducali; la replica dei principi si limitò a equiparare le due fonti senza rovesciarne il rapporto di priorità a favore dei decreti (la richiesta era che gli ufficiali «in introitu eorum officii iurare debeant ad sancta Dei evangelia manu corporaliter tactis scripturis in manibus deputandorum per ipsos communitatem et homines de observando statuta, privilegia, concessiones et exemptiones dictorum vallis et hominum dicte vallis prout iacent ad litteram et de reddendo bonum ius et bonam iusticiam tam in civilibus quam in criminalibus secundum ipsa statuta et privilegia, et ubi ipsa statuta ad plenum non disponerent, servent et servare debeant decreta ducalia». La replica fu: «concedimus quod omnes officiales tenantur iurare servare statuta dicte vallis ac decreta ducalia, quod quidem iuramentum prestetur et prestari debeat in manibus deputandorum per ipsos homines Vallis Antigorii»; ASMi, *Registri ducali*, 111, pp. 204-205, 1477.07.19). Per le questioni connesse ai patrimoni e ai benefici ecclesiastici, si veda G. Chittolini, *Un problema aperto: la crisi della proprietà ecclesiastica fra Quattro e Cinquecento*, in «Rivista Storica Italiana», 85, 1973, pp. 353-393, in particolare p. 393; F. Somaini, *Processi costitutivi*, cit., pp. 782-783.

politica, e dunque della capacità di contrattazione, di molte comunità del contado, assecondata dai duchi, favorì la disseminazione di prerogative e privilegi a vantaggio di molti borghi e centri rurali di medie dimensioni. A tale parabola non ostano i paralleli processi, che hanno goduto di una maggiore visibilità storiografica, di irrobustimento della capacità di governo e accentramento, e nemmeno quegli esperimenti quattrocenteschi di regime arbitrario e proto-assolutistico che pure vennero stigmatizzati dai contemporanei: resta infatti vero che una dedizione accompagnata da una così ampia remissione al potere discrezionale del sovrano come quella di Bergamo a Giovanni di Boemia nel 1331 o una pratica e una concezione del potere signorile quali furono messe a punto da Bernabò Visconti (morto nel 1385) sarebbero state impensabili nel clima del secolo successivo[93].

L'assetto costituzionale del dominio cambiò dunque profondamente tra XIV e XV secolo, non solo per graduali ripensamenti delle opzioni di governo e lenti riassestamenti dei rapporti di forza, ma anche per l'intervento di brusche rotture politiche e costituzionali. I disordini – scatenatisi dopo la morte di Gian Galeazzo Visconti (1402) e durati, talvolta, alcuni lustri – incrinarono il controllo urbano e statale delle periferie e incisero in modo permanente sulle asimmetrie e sugli equilibri interni del dominio. Purtroppo, la vicenda archivistica, che ha conservato quasi esclusivamente documenti della seconda metà del Quattrocento, non consente di cercare traccia di questa discontinuità nella produzione e nella tipologia delle suppliche e delle lettere delle comunità. Questa stessa discontinuità, però, si è comunque impressa negli atti successivi, tradotta dalla logica testuale delle suppliche in una soglia della memoria.

La rievocazione del passato in questi documenti è un'operazione retorica che, per molte ragioni, riveste una notevole rilevanza[94]. Innanzitutto, una

[93] C. STORTI STORCHI, *Diritto e istituzioni a Bergamo dal comune alla signoria*, Milano 1984, pp. 378-387, 394-409; F. LEVEROTTI, *«Governare a modo e stillo de' Signori ...». Osservazioni in margine all'amministrazione della giustizia al tempo di Galeazzo Maria Sforza duca di Milano (1466-76)*, Firenze 1994; L. ARCANGELI, *Ludovico tiranno?*, cit.; A. GAMBERINI, *La città assediata. Poteri e identità politiche a Reggio in età viscontea*, Roma 2003, pp. 245-255.

[94] Cfr. A. DE BENEDICTIS, *Repubblica per contratto*, cit., e, della stessa autrice, *Identità politica di un governo popolare: la memoria (culturale) dei Tribuni della plebe*, in A. DE BENEDICTIS (ed), *Diritti in memoria, carità di patria. Tribuni della plebe e governo popolare a Bologna (XIV-XVIII secolo)*, Bologna 1999, pp. 13-83; L. ARCANGELI, *Sul linguaggio della politica nell'Italia del primo Cinquecento: le fonti della città di Parma*, in L. ANTONIELLI - C. CAPRA - M. INFELISE (edd), *Per Marino Berengo. Studi degli allievi*, Milano 2000, pp. 76-113; M. TURCHETTI, *Tyrannie et tyrannicide*, cit., pp. 451-452; A. GAMBERINI, *Il cartulario degli Scotti di Piacenza fra memoria familiare e cultura pattizia*, relazione presentata al convegno

cultura che legittimava il godimento di ogni prerogativa in base al suo esercizio concreto, continuo e risalente a tempo immemorabile, faceva di molte suppliche delle rassegne di concessioni già ottenute, di conferme e riconoscimenti accordati e poi mantenuti, senza contrasto, *in viridi observantia*[95]. Morbegno elaborò due suppliche che costituivano una sorta di essenziale cronaca del comune, capace di percorrere a ritroso già alcuni decenni. Nel racconto trovava posto anche il conflitto politico nei tormentati anni di instabilità seguiti alla morte di Filippo Maria Visconti, pure appiattito sui temi della fedeltà dei supplicanti e delle prove di slealtà dei loro avversari. Erano però soprattutto i provvedimenti del principe, le lettere ducali, i capitoli, le infeudazioni a costituire l'ordito di questa storia della comunità, scandita dalle concessioni di diritti e dai documenti che li comprovavano[96]. Teglio richiamò, dopo il 1466, lettere patenti del 1440 e la loro successiva osservanza durante il principato di Francesco Sforza (1450-1466)[97]. In anni seguenti il 1476, gli uomini del Borgo di Tresivio tornavano ad esenzioni concesse nel 1433 e nel 1450[98]; quelli di Traona, rivolgendosi a Gian Galeazzo Maria Sforza e alla madre, rievocavano le decisioni del padre e marito Galeazzo Maria, del nonno Francesco Sforza, del bisavolo Filippo Maria Visconti, nonché dell'intermedio governo della Repubblica Ambrosiana[99]. Sonvico, scrivendo nel 1477, tornava ancora a Filippo Maria Visconti e, due anni dopo, difendeva le proprie esenzioni sulla base della loro «observantia de sexanta o setanta anni che non n'è memoria in contrario»[100].

Rammentare al duca le decisioni dei suoi antenati assumeva poi un significato più compiuto all'interno della concezione politica pattista, secondo la quale egli non poteva contravvenire alle decisioni e ai riconoscimenti accordati dai suoi predecessori: la pignola enumerazione di quanto stabilito dagli avi era

Uno storico e un territorio: Vito Fumagalli e l'Emilia occidentale nel Medioevo, Parma 11-12 ottobre 2002, in corso di stampa.

[95] Cfr. A. TORRE, *Vita religiosa e cultura giurisdizionale nel Piemonte di antico regime*, in C. NUBOLA - A. TURCHINI (edd), *Fonti ecclesiastiche per la storia sociale e religiosa d'Europa: XV-XVIII secolo*, Bologna 1999, pp. 181-211, pp. 206 ss.

[96] ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.

[97] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.

[98] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.

[99] ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.; cfr. ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d. [1479].

[100] ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.03.04 (ASMi, *Sforzesco*, 1632, s.d.); ASMi, *Registri ducali*, 199, pp. 252-253, 1479.05.29. Si veda ancora ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, 1499.02.18.

allora un modo per richiamarlo a quella coerenza rispetto a disposizioni del passato in cui si individuava uno dei fondamenti del suo onore di principe. Anche le prove di lealtà dei sudditi, le loro esperienze più drammatiche, vissute in tempi più o meno lontani – le case distrutte dai nemici, le morti patite a causa della fedeltà – erano oggetto di memoria: le si rievocava in modo talvolta generico, talvolta invece in relazione a particolari frangenti di grave difficoltà per lo stato. Pure questa operazione acquista un senso pieno all'interno della cultura pattista: tali dimostrazioni erano il modo in cui le comunità avevano «acquistato» i loro privilegi, inviolabili perché remunerativi di servizi, e dunque erano la garanzia che la loro condizione non poteva essere alterata.

Infine il richiamo al passato aveva un risvolto altamente ideologico: lo *status quo*, l'«usanza inveterata»[101] sono i valori che le suppliche invocavano a difesa del complesso delle prerogative acquisite che si volevano pure intangibili. Il compito del principe giusto era infatti «conservare»; una delle armi più potenti di polemica verso le iniziative che si contrastavano era denunciarle come un tentativo di «innovare», ossia di porsi contro il «consueto» e ciò che era osservato «antiquitus», ovvero «contra iustitiam et equitatem ac preter solitum»[102]. Tutto ciò contribuiva a definire la posizione della comunità di fronte allo stato secondo modalità concretamente e storicamente determinate, modalità cioè che erano l'esito di meriti di fedeltà circostanziati, di privilegi databili, di prerogative legittimate dal loro esercizio continuo nel tempo.

Tornando però alla questione della delimitazione di un contesto cronologico delle nostre suppliche, ad interessare in modo particolare è la profondità di questa memoria di cui si sono considerate le valenze, che non appare né indefinitamente dilatabile, né in un rapporto casuale con le trasformazioni politico-istituzionali. Nel secondo Quattrocento, infatti, le comunità ritornavano prevalentemente al ducato di Filippo Maria Visconti (1412-1447), aggrappandosi alle esenzioni e ai privilegi che questi aveva accordato[103], più raramente a quello del predecessore Giovanni Maria (1402-1412), rimanendo però in genere entro il limite del secolo, che molto raramente vali-

[101] ASMi, *Sforzesco*, 784, 1479.11.17.

[102] Si veda ad esempio ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.; 12, *Bormio*, s.d.; *Sforzesco*, 1152, 1484.02.24; *TD*, I/3, p. 538, doc. 2054. Anche nelle lettere del principe le «novità» sono stigmatizzate e l'«usato» difeso (ad esempio ASMi, *Sforzesco*, 781, 1467.09.13).

[103] ASMi, *Comuni*, 83, *Valsassina*, s.d.; *Sforzesco*, 782, s.d. [1474-1476]; BCCo, ms 6.2.17, 1450.03.28; *TD*, I/1, p. 24, doc. 19; I/3, p. 215, doc. 1585, p. 538, doc. 2054; II/1, p. 58, doc. 66, pp. 525-527, doc. 610; P. BUZZETTI, *Il palazzo biturrito*, cit., p. 51.

cavano[104]. Nel corso del XV secolo, poi, la loro memoria si allungò perché, mentre i decenni passavano, il limite più risalente cui arrivavano rimase fermo. È molto significativo che, già durante il governo del successore Francesco Sforza, sovente non si ritenesse di dover tornare più indietro nel tempo rispetto agli anni di Filippo Maria e, d'altra parte, che con il trascorrere dei decenni, essi siano restati un riferimento sempre attuale. Addirittura, testimonianza di una tradizione secolare, un registro compilato nel 1736, che raccoglieva *Privileggi, decreti et ordinationi concessi alla Valtellina et contado di Bormio*, tornava – e al contempo si fermava – al 1404, quando Giovanni Maria Visconti aveva accordato a Bormio un privilegio che sgravava da dazio il trasporto di vino nella terra[105].

Sono i segni che si avvertiva quel periodo come una fase di mutamento profondo, che per questo aveva fatto cadere, già a distanza di pochi decenni, la necessità di scavalcarlo con la memoria, e aveva al contempo imposto l'esigenza, più in là nel tempo, di mantenerne vivo il ricordo. Effettivamente le vicende di alcuni territori – quello comasco e quello milanese –, note su tempi lunghi, consentono di affermare che proprio con i fatti dell'inizio del secolo le comunità rurali e altri nuclei di organizzazione del potere nelle campagne ebbero una decisiva opportunità di promozione politica, e trovarono poi, nel corso del più stabile ducato di Filippo Maria Visconti, un'occasione di assestamento e riconoscimento[106]. Diverse opzioni mnemoniche di cittadini e comitatini rappresentano opposte prese di posizione rispetto agli eventi dell'attualità politica, e confermano il valore di potente e, per alcuni ceti, traumatica innovazione che ebbero i primi lustri del secolo. Mentre le comunità dei contadi, come si è detto, guardavano all'età di Filippo Maria Visconti come al momento di fondazione della loro condizione privilegiata, le *élites* cittadine, negli anni Venti, quindi proprio durante il suo governo, chiedendo il ripristino delle prerogative che

[104] Si veda ad esempio C.G. FONTANA, *Selva*, cit., p. 69. Bellinzona nei suoi capitoli di dedizione del 1450 ritornava agli anni di Gian Galeazzo Visconti per l'esercizio di alcune prerogative, ma il punto di riferimento restava il principato di Filippo Maria: «requiritur homines ipsos deterioris conditionis fieri non debere quam essent tempore recolende bone memorie domini nostri ducis nuper deffuncti, sed in illis statu et gradu restitui et reponi debere quibus erant tempore eius vite» (*TD*, I/1, pp. 6-9, doc. 4; frase citata a p. 8). La Val Blenio, nei suoi capitoli di dedizione, pur evocando soprattutto gli anni di Filippo Maria, rispolverava addirittura la figura di Galeazzo Visconti (*TD*, I/1, pp. 11-12, doc. 5).

[105] ASSo, *Fondo Romegialli*, 31, fasc. 2.

[106] M. DELLA MISERICORDIA, *La disciplina contrattata. Vescovi e vassalli tra Como e le Alpi nel tardo Medioevo*, Milano 2000, pp. 223-242; A. GAMBERINI, *Il territorio milanese*, in *L'età dei Visconti e degli Sforza. 1277-1535*, Milano 2001, pp. 65-77.

garantivano quel controllo dei rispettivi territori incrinato dai torbidi degli anni successivi al 1402, ricordavano il periodo precedente, quello di Gian Galeazzo Visconti, come una fase di meno contestata superiorità urbana su signori e comuni rurali, ed esprimevano quindi la consapevolezza che gli ambiti di autonomia che questi ultimi avevano dilatato rappresentavano una recente conquista[107].

A contornare uno specifico contesto quattrocentesco per le nostre suppliche è poi un ulteriore mutamento, che riguarda la forma stessa della definizione, simbolica e documentaria, del rapporto di sudditanza delle comunità rurali della montagna lombarda con il principe. Nel XIV secolo i Visconti avevano cercato precocemente una legittimazione dal basso del loro potere, trovandola nel conferimento della «balia» (la delega formale dei poteri già esercitati di fatto) da parte dei consigli delle città del dominio, in grado dunque di impegnare tacitamente pure i loro territori[108]. Più tardi, all'inizio del XV secolo, la formalizzazione documentaria del rapporto tra il duca e le comunità avvenne tramite la *fidelitas*: nei registri della cancelleria sono numerose quelle assicurate dalle comunità rurali, che stringevano così il loro obbligo di obbedienza direttamente con il signore, senza più la mediazione del centro urbano. I procuratori dei comuni, in ginocchio di fronte al duca, giuravano di essergli fedeli, assicuravano collaborazione ai suoi ufficiali e così via; in questa occasione, però, essi non sottoponevano nessuna richiesta al signore, che per parte sua non assumeva alcun impegno al di là degli impliciti doveri del *senior* verso i suoi *fideles*[109]. A lungo, infatti, la presentazione dei capitoli fu riservata prevalentemente all'atto vero e proprio della dedizione di comunità prima soggette ad altra dominazione o comunque temporaneamente sottrattesi al governo milanese. Essa poi aveva con il giuramento di fedeltà un rapporto che la cancelleria voleva rappresentare come non immediato e non automatico: la ricca serie di atti relativi a Francesco Sforza mostra come l'impegno da parte dei sudditi, costituito dal giuramento, poteva precedere anche di giorni il corrispettivo impegno da parte del condottiero, consistente nella placitazione delle loro richieste. In ogni caso, anche quando intervenivano nel corso dello

[107] M. DELLA MISERICORDIA, *La Lombardia composita. Pluralismo politico-istituzionale e gruppi sociali nei secoli X-XVI (a proposito di una pubblicazione recente)*, in «Archivio Storico Lombardo», 124-125, 1998-1999, pp. 601-647, p. 636.

[108] F. SOMAINI, *Processi costitutivi*, cit., pp. 710-711, 747.

[109] ASMi, *Registri ducali*, 14, 1414-1415; 21, 1416-1419. Cfr. C. MANARESI (ed), *I Registri Viscontei* (*Inventari e Regesti del Regio Archivio di Stato di Milano*, I), Milano 1971, pp. 8-10, 17 ss., 23 ss., 51 ss., 127; A.R. NATALE (ed), *Stilus cancellariae. Formulario visconteo-sforzesco*, Milano 1979, pp. 99-100, doc. 68.

stesso giorno, giuramento e approvazione dei capitoli davano luogo a due documenti distinti[110]. I giuramenti di fedeltà prestati ad ogni successione dinastica nella forma di atti di obbedienza non condizionata da nessuna richiesta sottoposta al signore, i capitoli presentati in momenti separati da quello del rinnovo della fedeltà e – in occasione delle dedizioni – il *placet* accordato alle istanze degli uomini soltanto dopo che i loro procuratori avevano prestato il *sacramentum* o comunque formalizzato in modi che tendevano ad allentare il rapporto con quest'ultimo, mostrano come, ancora nel pieno Quattrocento, il linguaggio dei documenti prodotti dall'autorità centrale ridimensionasse drasticamente il significato di vincolo bilaterale, contratto sia dai sudditi sia dal duca, degli atti che precisavano la collocazione delle comunità nello stato territoriale.

L'estinzione della discendenza maschile dei Visconti (1447), la conseguente interruzione dell'esercizio del potere ducale e l'esperienza della Repubblica Ambrosiana costrinsero però Francesco Sforza a ricostruire il potere del principe, introducendo, in quella parabola costituzionale che si è illustrata, un'ulteriore, profonda discontinuità. Condottiero con titoli di legittimità incerti, privo di un riconoscimento imperiale, che giunse alla dinastia solo nell'ultimo decennio del secolo, lo Sforza dovette fondare la propria autorità sulla capillare ricerca del *consensus* e su un'altrettanto capillare contrattazione con le comunità urbane e rurali del dominio, sviluppatasi nell'ingente mole di capitoli allora stesi e approvati. In questo modo, la cesura politica degli anni 1447-1450, che consentì a Francesco Sforza di ascendere al trono, divenne anche una svolta costituzionale che mutò le forme del rapporto tra i sudditi e il duca. Comunità che in precedenza non avevano probabilmente mai pattuito la propria obbedienza, e che quindi non avrebbero nemmeno potuto invocare quella «promessa fata per capituli» che poi fu così spesso richiamata, ridefinirono la propria posizione nello stato e acquisirono un nuovo patrimonio politico, costituito da richieste approvate dal principe e da far valere con i suoi successori.

Significativamente, in seguito, l'atto con cui gli uomini rinnovavano la propria obbedienza al duca non consistette più in una *fidelitas* unilaterale che condivideva il proprio formulario con le investiture feudali, ma in documenti – le *littere confirmationis* – che comprendevano il riconoscimento degli statuti, delle esenzioni e dei privilegi già accordati e nei quali,

[110] ASMi, *Registri ducali*, 23. Una fortunata vicenda archivistica, relativa alla parentela dei Castiglioni, mostra che l'assenso ai capitoli da parte del signore poteva seguire pure di un paio di giorni il giuramento (ASMi, *Sforzesco*, 34-35, 1448.12.03-05). Cfr. F. GALANTINO, *Storia di Soncino con documenti*, III, Milano 1870, pp. 263-270, docc. 81-82.

dunque, la reciprocità dell'impegno del principe e della comunità diveniva più esplicita[111]. Inoltre sono attestati casi già del 1466 (con l'insediamento di Galeazzo Maria Sforza)[112] e più frequentemente dal 1477 (con la morte di Galeazzo Maria e la successione del figlio e della vedova), in cui, invece che una semplice conferma di precedenti concessioni, vennero proposte all'approvazione del duca nuove sequenze di capitoli. In questo modo la possibilità di specificare le condizioni della soggezione veniva sganciata dal fatto eccezionale dell'incorporazione nello stato territoriale o dalle occasioni più ordinarie in cui una comunità sentiva l'esigenza di presentare al signore una serie di istanze, e fu invece congiunta alla successione al ducato. Annunciava il podestà di Bormio al duca e alla duchessa nel 1477: «sono partiti quili sindici [della comunità] a venire a zurare la fidelitade in le mane de Excelentie vostre he per venire a fare confermare soy privilegi e soy statuti altre volte confirmati et etiam certi altri capituli»[113]. Si tratta di una trasformazione profonda della natura dei capitoli: prima essi erano le convenzioni che definivano i contenuti di una soggezione condizionata nel momento in cui la comunità veniva inglobata nel dominio; da quando cominciarono ad essere presentati al nuovo duca a poca distanza dal suo insediamento, si arricchirono di un nuovo significato. In analogia con altre esperienze costituzionali europee, nelle quali i sovrani saliti al trono si obbligavano a mantenere diritti e privilegi delle città e dei corpi, i comuni lombardi, ad ogni avvicendamento dinastico, si assicurarono l'inviolabilità di statuti, consuetudini e precedenti concessioni, alla cui conferma e osservanza erano sempre consacrati alcuni dei capitoli sottoposti all'approvazione. La novità del significato politico attribuito alla presentazione dei capitoli fu avvertita come tale e, in un primo momento, almeno da alcuni, respinta: ancora nel 1466 Antonio Secco di Caravaggio, commissario di Gera d'Adda, scrisse a Galeazzo Maria Sforza, da circa due mesi succeduto al padre,

[111] Si veda G. CHITTOLINI, *Città, comunità e feudi*, cit., pp. 39-60, per le dedizioni a Francesco Sforza; M. ANSANI, *La provvista dei benefici (1450-1466). Strumenti e limiti dell'intervento ducale*, in G. CHITTOLINI (ed), *Gli Sforza, la Chiesa lombarda, la corte di Roma. Strutture e pratiche beneficiarie nel ducato di Milano (1450-1535)*, Napoli 1989, pp. 1-113, in particolare pp. 5, 90, per l'evocazione esplicita del «consensus»; L. TURCHI, *I capitoli comunitari presentati a Ercole II d'Este (1534-1535): giustizia principesca e comunità*, in C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina»*, cit., pp. 473-516, in particolare pp. 475-478, per l'analoga parabola percorsa, su tempi più lunghi, da un vicino stato territoriale.

[112] F. GALANTINO, *Storia di Soncino*, cit., pp. 274-292, docc. 85-86; G. SCARAMELLINI, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., pp. 332-333, doc. 238; ASSo, *Notarile*, 242, ff. 305r-308r, 1466.04.07; ASMi, *Registri ducali*, 28, pp. 277-282, 1466.04.24 (1477.03.28); 112, pp. 360-361, 1466.05.01 (1478.01.31); *Sforzesco*, 1632, s.d.

[113] ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.03.02.

che i «valenthomini» aderenti di una «secta» attiva a Caravaggio volevano «capitulare cum prelibata Excelentia, como se pur hozi la acquistasse lo dominio de questa terra et del paese». Legato alla vecchia prassi, che non contemplava che le comunità del «paese» ridefinissero e consolidassero la loro posizione nella circostanza dell'intronizzazione, lo scrivente invitava il principe a non assecondare la richiesta[114].

Altre testimonianze confermano come i sudditi siano diventati, proprio nel corso del Quattrocento, più attenti al nesso tra giuramento di fedeltà e approvazione dei capitoli, e al significato della sequenza dei due momenti. Per alcuni comuni valtellinesi, si conservano i documenti d'istituzione dei procuratori incaricati di prestare il giuramento a Filippo Maria Visconti, alla Repubblica Ambrosiana e a Francesco Sforza. Nelle consegne dei rappresentanti di Cosio, Delebio e Rasura, nel 1415, l'ordine di successione delle formule anteponeva il giuramento alla placitazione dei capitoli[115]. Trascorso un trentennio, il comune di Morbegno, già nel 1447 e di nuovo nel 1450, adoperando una formula più ampia ed esplicita, incaricò i procuratori di giurare solo a seguito dell'intervenuta ratifica delle richieste porte («prius firmatis capitulis porigendis per prefatos eorum sindicos»)[116]. Ancora una volta, dunque, fu il comune maggiore della bassa Valtellina a mettere a fuoco per primo un ideale politico alto. È possibile però registrare anche per i comuni vicini una crescita di consapevolezza politica, sensibile pure sul brevissimo periodo. Nel 1449 la formula dei sindacati di Cosio e Delebio restava povera, ma, rispetto a quella del 1415, la sequenza delle azioni faceva precedere la definizione dei patti al *sacramentum*. Nel 1450 Cosio riprese le parole del documento di Morbegno e volle che i suoi *sindici* giurassero solo dopo la placitazione dei capitoli[117]. Allo stesso modo Tartano e Forcola, abitati da poche decine di fuochi, nel 1447 incaricarono ancora i procuratori di prestare la *fidelitas* e in un secondo tempo di porgere i capitoli; nel 1450, invece, precisarono che essi avrebbero dovuto giurare solo dopo l'approvazione delle richieste avanzate[118]. Nella Valtellina centrale, pure i modesti comuni di Soltogio, Cedrasco e Albosaggia, già nel 1447,

114 ASMi, *Sforzesco*, 805, 1466.05.14. Cfr. C. SANTORO, *Gli uffici del dominio sforzesco (1450-1500)*, Milano [1948], p. 554.

115 ASSo, *Notarile*, 71, ff. 277r-278r, 1415.03.29-31; 75, ff. 251r-252v, 1415.03.30.

116 ASSo, *Notarile*, 121, ff. 397r-399v, 1447.10.14; 157, ff. 235v-238v, 1450.03.08.

117 ASSo, *Notarile*, 122, ff. 280v-282r, 1449.09.29 e ff. 282r-284r, 1449.10.02; 168, ff. 18v-19v, 1450.03.08.

118 ASSo, *Notarile*, 159, ff. 179v-182r, 1447.10.12; 160, ff. 12v-15r, 1450.02.27.

auspicavano la precedenza della trattativa sui capitoli rispetto al giuramento, anche se non ricorsero alla formulazione più esplicita introdotta per la prima volta a Morbegno e poi adottata da Cosio, Tartano e Forcola[119]. Le convulsioni della grande politica negli anni 1447-1450 aprirono dunque nuove opportunità per questi comuni rurali, che non solo ricontrattarono la propria obbedienza alla Repubblica Ambrosiana e poi a Francesco Sforza, ma poterono valutare anche la possibilità della dedizione a Venezia, quando, nel 1447, l'esercito della Serenissima penetrò in Valtellina. Gli eventi drammatici del conflitto, le trattative che occasionarono e il patrimonio di connessi riconoscimenti che i comuni conseguirono, tracciarono dunque anche un percorso di maturazione politica. Alla fine di quella stagione essi erano diventati capaci di enunciare in modo più esigente un'aspettativa dal significato pregnante circa la forma della dedizione, che condizionava l'obbedienza al prioritario riconoscimento dei diritti acquisiti e all'esaudimento delle aspirazioni dei sudditi e non viceversa.

La prassi documentaria e cerimoniale della dedizione non assecondò direttamente queste aspirazioni, ma nella seconda metà del secolo assunse comunque nuovi caratteri e un significato in parte diverso rispetto al passato. Certo, la cerimonia e la sua formalizzazione documentaria fissatesi verso la fine del XV secolo accentuavano in ogni modo l'elemento della subordinazione dei sudditi a discapito di quello del correlativo impegno del principe. In altri stati territoriali era il sovrano che giurava il rispetto delle leggi del paese[120], mentre nel dominio di Milano toccava ai soli sudditi prestare il *sacramentum*, come premessa e condizione per chiedere al duca la conferma dei loro privilegi. Non a caso il giuramento dei rappresentanti del comune anticipava e non seguiva la placitazione dei capitoli («post prestitum nobis debitum fidelitatis iuramentum, quedam nobis exposuerunt & requisierunt»)[121]. Il rilievo della successione non sfuggiva sicuramente agli

[119] ASSo, *Notarile*, 201, ff. 153v-155r, 1447.07.23 e ff. 157v-159r, 1447.10.22; ff. 162r-164v, 1447.11.21-25. Altri piccoli comuni si arrestarono alle formulazioni più povere in uso ovunque nei decenni precedenti, ma è possibile che almeno alcuni di essi abbiano percorso lo stesso itinerario di maturazione, che resta ignoto solo a causa del carattere più frammentario delle serie documentarie: ASSo, AN, 121, f. 396v, 1447.10.12; ASSo, *Notarile*, 159, ff. 181v-184v, 1447.10.12-13; ASSo, *Notarile*, 122, ff. 286v-287v, 1449.10.04; 206, f. 8r, 1450.02.22; 168, f. 21r-v, 1450.03.12. Cfr. E. BESTA, *Storia della Valtellina e della Val Chiavenna*, I, Milano 1955, pp. 375-387.

[120] Tra i molti esempi, cfr. J. H. ELLIOTT, *The Revolt of the Catalans. A Study in the Decline of Spain (1598-1640)*, Cambridge 1963, pp. 7 e 45; C. SECRETAN, *Les privilèges*, cit.; M. VAN GELDEREN, *The Political Thought*, cit., pp. 127 e 263.

[121] BCCo, ms 6.2.17, 1477.03.20 e 1495.02.18; ASMi, *Registri ducali*, 111, p. 219, 1477.7.19; F. GALANTINO, *Storia di Soncino*, cit., p. 326, doc. 95.

uomini: la sensibilità per la sequenza con cui sudditi e autorità sovrane solennizzavano i rispettivi impegni era allora molto vigile; si è visto, inoltre, che quando potevano approfittare di avere come controparte un feudatario e non il duca, essi pretesero talvolta che l'approvazione delle loro richieste precedesse il loro impegno giurato di obbedienza; si è appena detto, infine, che i comuni rurali incaricarono i loro procuratori di attenersi alla stessa sequenza pure al cospetto dei dirigenti della Repubblica Ambrosiana e poi di Francesco Sforza o di un suo rappresentante, aspirazione poi presumibilmente frustrata.

Tuttavia, sebbene le comunità dovettero piegarsi ad un rituale che non potevano non avvertire come penalizzante da molti punti di vista, intervenne comunque una novità significativa: nelle lettere patenti di approvazione dei capitoli o di semplice conferma di privilegi ed esenzioni cominciò ad essere compreso il giuramento dei sudditi, prima, come si diceva, affidato ad un diverso atto. È un esito importante, a mio modo di vedere, perché la confluenza del giuramento e dell'approvazione dei capitoli in un solo momento cerimoniale e in un unico documento era finalmente la sanzione di quell'impegno mutuo, ora pure simultaneo, di principe e sudditi che le nostre suppliche, già in precedenza, esigevano fosse onorato da entrambi. Della reciprocità così simboleggiata proprio alla fine del secolo, la comunità di Bormio diede una definizione quanto mai lucida, rappresentandola come una vicendevole accettazione e uno scambio tra obbedienza degli uomini e concessioni del principe. Appunto in occasione del giuramento al cospetto del duca Ludovico il Moro «li vostri fidelissimi servitori de Bormi hano mandato suoi ambasiatori con sindicato overo mandato opportuno per iurare fidelitate a vostra illustrissima Signoria secondo la monitione a loro facta a nome de la Excelentia vostra. Et perché cossa digna è che vostra illustrissima Signoria li acepta loro per fideli e dilecti servitori et advertischa a li comodi e bisogni suoi, cossì come loro aceptano vostra Excelentia in suo precipuo e optimo signore, però supplicano in questa nova fidelitate vostra Excelentia se digna concederli li capituli infrascripti ...»[122].

[122] ASMi, *Comuni*, 12, *Bormio*, 1495.02.18. Cfr. A. Ventura, *Nobiltà e popolo nella società veneta del Quattrocento e Cinquecento*, Milano 1993², pp. 40-41; A. Holenstein, *Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800-1800)*, Stuttgart - New York 1991, pp. 350-361; P. Prodi, *Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'Occidente*, Bologna 1992, pp. 161-225.

5. *Le circostanze*

Come già accennato, per comprendere appieno il significato del richiamarsi, da parte delle comunità, ad una concezione contrattualistica, non è sufficiente individuare i contenuti delle suppliche riconducibili ad una specifica elaborazione dottrinale; è pure necessario indagare le circostanze d'uso di questo repertorio di argomenti. Ritengo, infatti, che il linguaggio pattista non sia il semplice riflesso di una realtà politica già data, ma una risorsa culturale per dare corpo a rivendicazioni e formulare aspettative, e dunque per incidere sulla realtà politica medesima. Di seguito, seguendo questa via, si constaterà come esso abbia assunto, in queste suppliche, una valenza oppositiva, comune del resto ad altre esperienze di contestazione delle autorità statali[123]. È vero che tale significato non è dato in partenza dai contenuti in sé di una cultura politica di lunga tradizione e non estranea all'auto-rappresentazione talvolta offerta dalla stessa sovranità, come ha sostenuto Angela De Benedictis. Tuttavia una prospettiva di ricerca, come quella della stessa De Benedictis, che segua la traccia continua di tale cultura su larghissimi spazi, su tempi molto lunghi e nella sua ampia condivisione, al centro come nelle periferie degli stati d'Antico regime, finisce col sottolineare soprattutto i motivi di accordo degli attori che si misuravano sulla scena politica, nonché la coerenza e la compattezza complessive di questo campo d'interazioni[124]. Quando però dalle affermazioni politiche assunte nel loro isolamento di discorsi autonomi, si passa a considerare le circostanze e le condizioni concrete in cui presero forma, il quadro cambia. Allora, infatti, emergono tutti quei significati di un patrimonio di vocaboli e concetti che non riposano sulle continuità e le intese, ma scaturiscono dal confronto politico, come può svelare solo l'analisi delle intenzioni e delle

[123] Si veda ad esempio A. CERNIGLIARO, *«Patriae leges, privatae rationes». Profili giuridico-istituzionali del Cinquecento napoletano*, Napoli 1988, pp. 110 ss.; H. SCHILLING, *Religion, Political Culture and the Emergence of Early Modern Society. Essays in German and Dutch History*, Leiden - New York - Köln 1992, pp. 30-55; D.M. LUEBKE, *His Majesty's Rebels. Communities, Factions, and Rural Revolt in the Black Forest, 1725-1745*, New York 1997, pp. 148-149, 174, 226-227; M. DIAGO HERNANDO, *Le comunidades di Castiglia (1520-1521). Una rivolta urbana contro la monarchia degli Asburgo*, Milano 2001, pp. 159-170.

[124] A. DE BENEDICTIS, *Consociazioni e «contratti di signoria» nella costruzione dello stato in Italia*, in G. CHITTOLINI - A. MOLHO - P. SCHIERA (edd), *Origini dello Stato. Processi di formazione statale in Italia fra medioevo ed età moderna* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 39), Bologna 1994, pp. 591-608; A. DE BENEDICTIS, *Repubblica per contratto*, cit. e, della stessa autrice, *Politica, governo e istituzioni*, cit. Le rigidità funzionalistiche di questa visione sono rilevate anche da L. MANNORI, *Istituzioni politiche e modernità*, in «Storica», 7, 2001, 20-21, pp. 247-259, pp. 256-259.

azioni congiunturali di coloro che li adottavano, dei contesti locali in cui questi ultimi si muovevano, dei loro bersagli polemici[125].

In primo luogo si constata che lo sviluppo articolato e coerente di un discorso politico così corposo individua ed isola un numero molto limitato di suppliche, entro una mole documentaria ingente, in cui una rappresentazione del rapporto stato/comunità non è assente, ma è meno precisata sotto il profilo costituzionale e assai depotenziata da un punto di vista rivendicativo. In moltissime suppliche, infatti, compare la diade stato/comunità, elementi costantemente associati e al contempo posti l'uno di fronte all'altro ogni volta che si vagliavano ricadute positive o negative di un provvedimento del principe, di una proposta degli uomini, della condotta di un magistrato e così via. È ricorrente ad esempio l'accostamento del vantaggio dei sudditi e di quello del duca: il comune di Bellano esaltò un'«opera sancta, utile e laudabile, così per conservatione del stato vostro como per nuy»[126]. Secondo lo stesso comune, il buon ufficiale è colui che è impegnato a «fare e operare quello cognosce esser utille del stato de la Signoria vostra e salute de nuy tuti»; così è «homo utille, apto e salutifero per lo stato vostro como per nuy»[127]. Pure secondo gli abitanti di Bellagio i buoni ufficiali sono «li fedeli servitori de la vostra illustrissima Signoria e li veri conservatori del ben de li suoi subiecti»[128]. I deputati alla Provvisione di Como, la massima magistratura cittadina, adoperavano termini non dissimili nel 1462 e nel 1477 chiesero la designazione di un particolare podestà «pro statu vestro ut pro hac nostra republica»[129]. Non solo le parole scritte dalle comunità erano ispirate da questo nesso. Giovanni Balbiani, feudatario e commissario ducale che si è già incontrato, informava il duca di un'operazione militare ai confini che sarebbe stata «bene del stato de la Signoria vostra e ancora salvagio de queste contrate»[130]. Le stesse magistrature centrali e la cancelleria del principe ricorrevano sovente al medesimo binomio. I Maestri delle entrate straordinarie sollecitarono un pagamento in denaro a favore di una «cossa importantissima al stato suo e a la salute et quieta nostra»[131]. Il duca approvò i capitoli sottopostigli dai bormiesi «ut ...

[125] Cfr. i testi citati *supra*, nota 1.

[126] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1452.07.31.

[127] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.04.21.

[128] ASMi, *Sforzesco*, 720, 1460.02.05.

[129] ASMi, *Sforzesco*, 720, 1462.06.04; 783, 1477.12.04.

[130] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.07.05.

[131] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.01.27.

patriam suam augeant, erga nos vero, statumque nostrum inflamentur & accendantur»[132].

Specularmente anche il danno, come il vantaggio, colpiva entrambi i versanti. Secondo la comunità del Lago di Como, il rispetto di certe pretese esenzioni in occasione di una riscossione di denaro sarebbe stato «grande damno del signore e in preiuditio de questo povero Laco», concetto che, racchiuso in una formula, veniva poi argomentato distesamente in una supplica costruita tutta attorno a questo parallelismo[133]. Lo stesso giorno ribadivano come quei privilegi producessero «grande detrimento del stato vostro e nostro»[134]. Le «inimicitie» generate dalle calunnie che una supplica del comune di Menaggio denunciava, «non solo a questa vostra terra, ma ancora a la Signoria vostra in futuro potriano essere nocive»[135]. Secondo gli uomini di Morbegno, l'infedeltà di un signore locale era andata, in passato, «a confuxione del felice stato vostro e a destructione de nuy, che eravamo vostri subditi»[136].

Questa rappresentazione topica del nesso principe e principato, posti in stretta interdipendenza, solo nel nostro nucleo di suppliche viene articolata in modo politicamente più specifico: stato e comunità, allora, vengono sì messi l'uno di fronte all'altro, ma il loro rapporto non è più limitato alla retorica condivisione di vantaggi e svantaggi, e si definisce da un punto di vista costituzionale nella mutua obbligazione tra sudditi e duca. Presentando i contenuti di tale obbligazione, ho inteso di volta in volta mettere in luce come anch'essi siano in rapporto con un complesso di soluzioni espressive e argomentative e al contempo se ne distacchino, nel momento in cui ne propongono un uso più forte e pregnante. Per ripercorrere brevemente alcuni passaggi che si sono già illustrati, l'affermazione della fedeltà, delle benemerenze, del sangue versato a sostegno di una richiesta era normale; più raramente si compiva il passo ulteriore, e si presentavano sofferenze e prove di lealtà come il pegno che aveva consentito l'acquisizione di un privilegio cui pertanto il duca, in virtù della sua natura remunerativa, non

132 BCCo, ms 6.2.17, 1477.03.20. Molti altri esempi riguardano i cittadini e i deputati alla Provvisione di Como, le comunità rurali, i signori locali: ASMi, *Sforzesco*, 718, 1454.08.07; 719, 1456.05.28 e 1458.11.13; 781, 1467.02.12; 783, 1476.04.16; 783, 1477.03.01 e 1478.04.05; 1157, 1497.03.03; *TD*, I/2, pp. 226-227, doc. 952.

133 ASMi, *Sforzesco*, 718, 1454.03.21.

134 ASMi, *Sforzesco*, 718, 1454.03.21.

135 ASMi, *Sforzesco*, 719, 1455.12.29.

136 ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.05.28.

poteva derogare. La figura del principe giusto – cui molte suppliche attribuivano, con formule frettolose e ripetitive, il profilo dell'arbitro imparziale tra i contrastanti diritti accampati dai suoi sudditi impegnati in contenziosi – ricopriva, nel *corpus* di testi che si è isolato, un ruolo meglio caratterizzato e meno scontato: è colui che sta ai patti, che conserva le condizioni di privilegio che ha istituito, il garante che le comunità invocano nel momento in cui vedono minacciato il proprio *status*. Non era raro che i comuni dichiarassero le proprie attese circa l'operato del podestà, da cui si aspettavano che si astenesse da «evidente iniurie et desoneste rapine» e che osservasse gli statuti e amministrasse «a zescheduno bona iustitia»[137]; pure le lamentele verso gli ufficiali che non agivano secondo giustizia erano frequenti. Tuttavia, un'esplicita dichiarazione per cui, in quest'ultimo caso, fosse legittimo negare loro obbedienza, l'ho rinvenuta per ora nella sola supplica degli abitanti di Val Antigorio. Si vedrà che in molte suppliche delle medesime comunità la 'fede' era dovuta, a senso unico, dai sudditi ai principi; quelle che si segnalavano per la forza della contestazione che muovevano, facevano invece della 'fede' un vincolo bilaterale e ponevano così la premessa argomentativa per poter adombrare, nel caso in cui il duca avesse per primo infranto il proprio impegno, la possibilità per gli uomini di sentirsi sciolti dal dovere dell'obbedienza.

Questo processo di arricchimento dei contenuti delle suppliche corrisponde regolarmente ad un incremento della tensione tra le comunità e lo stato. Le numerose suppliche in cui si chiede la conferma di un magistrato gradito, la licenza di alienare beni del comune, il consenso all'elezione del rettore della parrocchia e così via sono spesso molto povere. I testi sui quali si è soffermata l'analisi sono invece quelli cui le comunità hanno affidato, in forme particolarmente vive, il loro biasimo per l'operato degli ufficiali o per decisioni del principe. Essi avevano lo scopo di difendere un privilegio osteggiato da una potente comunità vicina (Sonvico)[138]; di preservare l'integrità della circoscrizione giudiziaria di cui il comune autore del documento era capoluogo (Morbegno)[139], o, per contro, di ottenere la conferma di una perseguita e, in passato, già conseguita emancipazione giurisdizionale da un centro sentito come ostile (Traona)[140]; di non perdere il diritto, riconosciuto ma minacciato, di essere giudicati soltanto dal podestà o dal capitano

[137] ASMi, *Comuni*, 81, *Tirano*, s.d.

[138] ASMi, *Registri ducali*, 199, pp. 252-253, 1479.05.29.

[139] ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.; *Sforzesco*, 783, 1477.04.11; 783, 1477.05.18.

[140] ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

della giurisdizione in cui si viveva (Teglio[141] e Valtellina[142]); di conservare l'esenzione dalla tassa del sale, contro l'ipotesi della sua revoca (corte di Mattarella)[143]; di non sottostare alla prepotenza di un commissario (Val Antigorio)[144]. Sarà probante, in questo senso, seguire dapprima lo slittamento semantico che espressioni, pure di largo impiego nelle suppliche lombarde, conoscono nei documenti dal tono più esplicitamente rivendicativo, in seguito la consapevole selezione di diversi linguaggi da parte degli stessi protagonisti con il mutare delle circostanze esterne in cui i vari testi vedono la luce, che conduceva ad adoperare gli argomenti desunti dalla tradizione del pattismo solo nelle fasi di tensione più acuta.

Alcune singole espressioni stereotipate, in virtù di una loro combinazione non scontata, potevano dare luogo ad affermazioni che invece appaiono tutt'altro che abusate o logore. Un esempio è quello della considerazione topica, a chiusura della supplica, per cui se le richieste avanzate non fossero state accolte, gli uomini sarebbero stati indotti ad abbandonare la loro terra. Spesso tale soluzione, sebbene iperbolica, aveva un significato concreto e non simbolico: costretti a sostenere oneri cui non erano in grado di far fronte, gli abitanti del Lago di Como chiedevano che fosse loro risparmiato l'ultimo carico, altrimenti «siamo per habandonare il paese et de andare mendicando»[145]. Quelli di Muggiasca lamentavano che i fanti alloggiati nel territorio del comune non cessassero di «guastare et derupare» le loro case; supplicavano quindi che i soldati e i cavalli fossero allontanati «et le dicte nostre case non siano più disfacte, altramente sarà di bisognio che abandoniamo il payse»[146]. I consiglieri di Bellano scrivevano che, se un divieto di condurre biada non fosse stato ritirato, «ne sarebe necesse onvero abandonare il payse onvero pregare Deo ne mandasse de la mana, perché questo payse he sterilo de biada»[147]. Un'espressione di carattere proverbiale, utilizzata in più di una supplica, era «ubi iustitia perit, ibi non est

[141] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.; *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18.

[142] ASSo, *Notarile*, 517, f. 243r, 1491.11.11.

[143] ASMi, *Comuni*, 42, *Matarella*, s.d.

[144] ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.03.28.

[145] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1454.03.16. Lo stesso scenario era prefigurato spesso nelle suppliche che denunciavano l'eccessiva pressione fiscale.

[146] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.02.12.

[147] ASMi, *Sforzesco*, 781, 1467.09.09. All'abbandono delle proprie case si può essere costretti anche dal mancato rispetto di un privilegio commerciale che consente di abitare una terra sterile (ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.12.01). Cfr. ancora *TD*, I/2, p. 435, doc. 1270.

habitandum». Luigi Dente, un maggiorente del Lario, la usò per sollecitare la nomina di un podestà capace, che fosse in grado di garantire giustizia[148]. Il signore parmense Pietro Rossi la impiegò in una severa lettera di censura indirizzata ad un proprio podestà negligente, e le conferì effettivamente una maggiore pregnanza, condensandovi un più ampio programma di attribuzione a sé delle prerogative della sovranità – tra cui appunto la tutela della giustizia – che intendeva esercitare nel suo «piccolo stato»[149].

L'incontro di questi due *topoi*, in una delle nostre suppliche, diede luogo ad un'affermazione di un'intensità nuova e dotata di un significato alto. Il comune di Morbegno scrisse che, nel caso in cui non si fosse rispettato il contenuto dei suoi capitoli, «vedendose essa comunitate de Morbegnio essere sforzata et mancharli la rasone, come desperati eligeriano potius habandonare quelli paysi, quia ubi iustitia perit, ibi non est habitandum». A dettare la decisione di abbandonare la terra non erano allora, come nelle altre frasi citate, condizioni di impossibilità materiale (le case distrutte o l'urgente esigenza di procacciarsi altrove di che sopravvivere), ma l'intenzione di sottrarsi all'ingiustizia, allontanandosi dai luoghi in cui non era assicurata la «rasone». Accompagnata dalla denuncia della grave responsabilità del principe, venuto meno al suo ruolo di garante delle condizioni stabilite, la partenza indotta dalle circostanze esterne era trasformata in fuga, forma riconosciuta di riparo e reazione al potere ingiusto. Così la semplice combinazione di due formule conferì alla stereotipata chiusura della supplica un più evidente significato di protesta[150].

L'esame del vocabolario consente di individuare pure un altro stacco tra i testi suscitati da circostanze di accesa contrapposizione politica e gli altri documenti: il ricorso ai verbi volitivi, che le suppliche, non solo quelle lombarde, di norma evitavano, convalidando il monopolio ducale della volizione (nel *Carteggio sforzesco* il principe è l'unico a poter imporre e invocare in ogni caso la propria «voluntà», l'unico alla cui «voluntà» tutti affermano di volersi attenere)[151]. La mancata ratifica di una «ordinatione» sarebbe stata

[148] ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.03.08.

[149] M. GENTILE, *Terra e poteri. Parma e il Parmense nel ducato visconteo all'inizio del Quattrocento*, Milano 2001, p. 71.

[150] ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d. Cfr. P. COSTA, *Civitas. Storia della cittadinanza in Europa*, I: *Dalla civiltà comunale al Settecento*, Roma - Bari 1999, p. 86; A. DE BENEDICTIS, *Repubblica per contratto*, cit., p. 347, e, della stessa autrice, *Politica, governo e istituzioni*, cit., p. 322.

[151] Condannando la condotta disobbediente di certi bellinzonesi, Francesco Sforza scrisse «quasi liceret illis pro voluntate vivere», assumendo dunque che l'esercizio della propria

per i traonesi un grave torto, ed essi «non intendano de supportarlo»[152]. Ancora più espliciti erano gli uomini di Morbegno: «non vogliamo patire che ne sia mancato de iustitia, né frachassata la fede et capituli nostri»[153]. Anche se non sottoscritte dalla comunità, ma mediate da un ufficiale che le riferì al duca, pure le parole degli uomini di Valsassina sono coraggiose: «sono venuti da mi a lamentarse che non voleno patire questo, che gli sia roto li suoy capituli»[154].

Come si accennava, il trasformarsi del contesto non solo stimola l'utilizzo di verbi insoliti, rende più audaci formule logore, sposta il significato di *topoi*, ma induce i medesimi protagonisti a sostituire, nel loro complesso, i linguaggi adoperati in suppliche pure di contenuti analoghi. Comprendere le ragioni di produzione di un discorso politico piuttosto che di un altro, richiede dunque un'analisi processuale, che segua l'evolversi del rapporto tra la comunità autrice dei documenti e l'autorità centrale. Nel corso del progressivo acuirsi di una disputa, lo stesso centro valtellinese produsse tre suppliche che sollecitavano un medesimo provvedimento, ricorrendo ad argomentazioni che andavano dal beneficio pratico per gli uomini e dall'utilità per le entrate dello stato, valutazioni sottoposte alla «benignitade» e «humanitate» del principe, in un primo momento, al buon diritto dei sudditi che i duchi gelosi del proprio «honore» e garanti della giustizia avrebbero dovuto rispettare, in un secondo. Traona, negli anni Trenta del XV secolo, aveva ottenuto di essere eretta a sede di podesteria, separata, con la sua squadra, dal capoluogo del Terziere Inferiore della Valtellina, Morbegno, fino a quel momento unica residenza del magistrato competente per la bassa valle. Nel 1450, però, era stata di nuovo aggregata alla squadra di Morbegno e aveva intrapreso da subito un'iniziativa per il ripristino della sua autonomia giurisdizionale. Una prima supplica, anteriore al 1476, ribadì la richiesta di una nuova separazione. Il testo aveva due nuclei argomentativi: evocava il fatto che tale concessione si doveva già ai precedenti duchi Filippo Maria Visconti e Francesco Sforza, e soprattutto esponeva

voluntas non pertinesse al suddito disciplinato (*TD*, I/2, p. 384, doc. 1195). Cfr. A. WÜRGLER, *Suppliche e «gravamina» nella prima età moderna: la storiografia di lingua tedesca*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 25, 1999, pp. 515-546, in particolare p. 544.

152 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d. Lo stesso verbo «intendere» ritorna nell'opposizione di alcuni comuni ad un'imposizione straordinaria: G. SCARAMELLINI, *Le fortificazioni sforzesche*, cit., p. 400, doc. 377.

153 ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.05.18.

154 ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.06.21.

varie ragioni di praticità e convenienza. Ai traonesi, infatti, non era resa vera giustizia dall'ufficio di Morbegno; le due squadre erano molto grandi e un podestà per ciascuna era appena sufficiente; gli uomini che abitavano la squadra di Traona erano una «moltitudine» crescente; era «incomodo» per loro recarsi a Morbegno, soprattutto a causa delle frequenti alluvioni del fiume Adda; duplicare gli uffici era infine utile anche al principe, che avrebbe accresciuto le sue entrate[155]. Nel 1476 le aspirazioni alla separazione furono coronate da successo e Traona tornò ad essere sede di podesteria. Subito però il provvedimento fu contestato dai morbegnesi e il felice esito della sofferta battaglia si fece molto incerto. A mano a mano che le pretese della comunità venivano conculcate, e, di conseguenza, la tensione saliva, i documenti alzarono i loro toni. All'inizio del 1477 una seconda supplica rinnovava le richieste degli uomini, ma utilizzando argomenti diversi da quelli della precedente: non si presentavano più i vantaggi per la comunità e per lo stato che già si erano prefigurati, anche se si accennava sbrigativamente alla constatazione da parte del Consiglio segreto che la separazione non avrebbe arrecato nocumento alle entrate del principe; si chiedeva invece che fosse rispettato un diritto ormai acquisito. Dunque gli uomini, rivolgendosi alla duchessa, non cercavano più di persuaderla dell'utilità del provvedimento, e, invece, le chiedevano che si confermasse ed eseguisse quanto disposto nelle «letere privilegiate» dell'anno precedente[156].

Quando, dopo la concessione del principe, la ridiscussione del provvedimento nel Consiglio segreto (dove, si affermava, la cosa era stata sotto esame già tre volte) e il parere favorevole alla separazione da parte di due suoi membri, alla fine di nuovo sembrò che la questione dovesse tornare ad essere posta «in alterchatione» nel medesimo consiglio, gli uomini raggiunsero l'esasperazione. Solo allora essi compirono la scelta di produrre un terzo testo in cui trovavano spazio tutti gli elementi della cultura pattista: l'esplicito richiamo ai «contracti» tra signore e sudditi; l'invito fatto ai principi perché rispettassero le decisioni prese dagli antenati, se intendevano agire secondo giustizia e conservare il proprio onore; la minaccia di non voler sottostare ad un provvedimento ingiusto. Per contro, rinunciarono a tutti i motivi che avevano ispirato le precedenti suppliche: nulla è più detto a proposito del «comodo» dei sudditi e del vantaggio che anche gli Sforza avrebbero ricavato dall'istituzione del nuovo ufficio, evocato nella prima istanza e accennato in modo più indiretto nella seconda[157]. Dopo

155 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

156 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, 1477.02.13.

157 ASMi, *Comuni*, 81, *Traona*, s.d.

la fase più acuta del conflitto, la tensione si allentò grazie all'esecùzione del provvedimento di separazione. Contestualmente i toni tornarono ad abbassarsi: nel 1479 di fronte alla nuova prospettiva di un ripensamento del duca, ma evidentemente confidando nella posizione di forza garantita da una separazione già ottenuta ed operante, i traonesi redassero una supplica di nuovo più pacata e morbida[158].

Anche le opzioni lessicali delle tre suppliche stese nel periodo in cui la tensione andava montando, erano molto diverse. Ciò che nella prima era richiesto come una «gracia spitiale», come un gesto della «benignitade» del principe nel fare ai sudditi «cossa tanto agratta», ciò che nella seconda era domandato alla duchessa «per sua humanitate et gratia», nell'ultima era preteso «per servare iustitia». A fronte delle parole che gli autori di volta in volta selezionavano, vi sono quelle che di volta in volta escludevano, e che, significativamente, nelle altre suppliche avevano costituito o costituiranno snodi importanti dell'istanza. Il termine «iustitia» è assente nella prima e nella seconda supplica; nella prima la giustizia che ai traonesi veniva negata era infatti solo quella amministrata dal podestà di Morbegno («andando a raxone a Morbegnio non c'anno lo debito spazamento de raxone») e non quella che il principe doveva garantire. Alle parole «gratia», «benignitade» e «humanitate» si rinunciava invece nella terza. Come avviene, sebbene in modo meno evidente, pure in altre suppliche, gli argomenti costruiti attorno al concetto di «gratia» e a quello di «iustitia» si dimostrano entrambi opzionabili, ma tra loro poco compatibili: si poteva chiedere in nome ora della grazia, ora della giustizia, ma non si invocavano l'una e l'altra nel medesimo testo[159].

Nelle suppliche della controparte di Traona, la comunità di Morbegno, si può seguire un'analoga parabola. Lettere del 1452 e del 1456 rivendicarono effettivamente la «promessa fata a nuy per capituli» da Francesco Sforza, ma diedero più largo spazio alla confutazione delle motivazioni addotte dalla controparte, sostennero che l'unità dell'ufficio serviva «al ben vivere e al conzio e comodo universale de l'una squadra e de l'altra, ma anche più

158 ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, [1479].

159 Sulla polarità tra ciò che il principe riconosce ai sudditi sottoponendo il proprio potere a condizioni e ciò che concede graziosamente, cfr. A. MARONGIU, *Dottrine e istituzioni politiche*, cit., p. 479; A.M. HESPANHA, *Les autres raisons de la politique. L'économie de la grâce*, in P. SCHIERA (ed), *Ragion di Stato e ragioni dello Stato (secoli XV-XVII)*, Atti del convegno dell'Istituto per gli Studi Filosofici e dell'Istituto storico italo-germanico in Trento, Napoli 9-10 luglio 1990, Napoli 1996, pp. 38-66, pp. 52 ss.; A. GAMBERINI, *Il cartulario degli Scotti di Piacenza*, cit.

segureza del stato vostro et a bonificatione de le vostre intrate»[160]. Quando invece la separazione cessò di essere un progetto nutrito velleitariamente dai traonesi e divenne, nel 1476, una decisione del Consiglio segreto, dunque una minaccia ben più concreta e incombente, portata non più da una comunità nemica, ma dagli organi centrali dello stato, i morbegnesi passarono ad impiegare il più coerente linguaggio contrattualistico che io abbia finora individuato nel *Carteggio sforzesco*, spingendosi fino alla minaccia della rottura dell'«obligatione verso il stato». A sostegno di quanto chiedevano, le precedenti valutazioni di opportunità – il «comodo universale», la sicurezza dello stato, il beneficio delle entrate – furono del tutto accantonate nei testi del 1477; per contro, la «fede» nei loro capitoli, il «debito de la iustitia», l'opposizione «iustitia»/«iniustitia» diventarono i passaggi forti dei documenti[161]. Le diverse opzioni argomentative si confermano, come nel caso di Traona, reciprocamente impermeabili: pur avendo un identico fine, le prime suppliche, che soppesavano pragmaticamente circostanze e vantaggi, non rivendicavano il rispetto della «iustitia», né il mutuo obbligo dei sudditi e dei principi ad una «fede» vicendevole; per contro, quelle che, in una seconda fase, giustificavano le proprie pretese sulla base del valore della giustizia e della reciprocità del vincolo, non si impegnavano più nell'illustrazione delle ricadute positive di quanto prospettato, né nella confutazione delle argomentazioni della comunità nemica.

È utile considerare quali azioni le due comunità stessero intraprendendo mentre scrivevano le suppliche più audaci o nei mesi immediatamente seguenti, in modo da cogliere il clima – qualificato dallo stato dei rapporti con le autorità centrali o con le controparti – in cui quei testi videro la luce: nel 1478 gli uomini di Morbegno e di Traona erano in armi; i membri del Consiglio segreto erano preoccupati dai loro «tumultus», e stigmatizzavano l'«inobedientia», in particolare di quelli di Traona. A questi ultimi i consiglieri indirizzarono i loro mandati perché stessero agli ordini del podestà locale, con la prospettiva di pene via via più severe: l'accusa di ribellione, la confisca dei beni, e la finale minaccia, in caso di renitenza, dell'incendio e devastazione della terra[162].

160 ASMi, *Sforzesco*, 718, 1452.08.07; 719, 1456.05.28, documento dal quale sono tratte le frasi citate. Cfr. ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.

161 ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.; *Sforzesco*, 783, 1477.04.11; *Sforzesco*, 783, 1477.05.18. Nell'ultimo documento, i termini «iustitia» e «iniustitia» ricorrevano nel complesso cinque volte.

162 *Acta in Consilio Secreto in castello Portae Jovis Mediolani*, I, *(7 ottobre 1477-10 aprile 1478)*, a cura di R.A. NATALE, Milano 1953, pp. 103, 163, 259, 291-292; *Acta in consilio*

Significativi mutamenti di linguaggio rispondono in questi casi alla logica di un'evoluzione nel tempo delle circostanze e dunque delle strategie politiche e linguistiche messe in campo dalle comunità; in altre condizioni, a quella di un ventaglio di opzioni utilizzabili simultaneamente per giungere al medesimo scopo. Gli uomini di Val Antigorio erano intenzionati a non pagare la somma di denaro pretesa dal commissario Antonio da Casale. Nella lettera del 28 marzo 1456 che sopra si è esaminata, essi sviluppavano, seppure in modi un po' impliciti, un discorso politico alto, che si aspettavano approvato pure dal principe: l'obbedienza si deve solo alla giustizia, mentre al torto si può opporre la disobbedienza. Per centrare lo stesso obiettivo essi ritennero tuttavia possibile anche una rappresentazione diversa del conflitto con il medesimo ufficiale, alla luce della categoria dell'inimicizia. Lo stesso giorno, in una lettera che recava un'identica firma («consules, credenciarii, comune et homines Vallis Antigorii») presentarono Antonio da Casale come «nostro inomico quanto più essere possa», accusa molto grave rivolta a un magistrato. Con quella consapevole esclusione di linguaggi alternativi che si è già constatata, pure quando essi venivano utilizzati dai medesimi protagonisti, in analoghe circostanze, e, in questo caso, pure contemporaneamente, la prima lettera evitava ogni riferimento all'inimicizia, nella seconda mancava qualsiasi elemento di contrapposizione di principio tra la ragione e il torto che giustificasse la disobbedienza[163].

Ancora una volta, il contesto può offrire una spiegazione plausibile delle diverse opzioni. Il 29 marzo Giovanni Crivelli, in passato podestà in Val Antigorio e casualmente presente in quei giorni sul posto, intervenne nella disputa: sostenne che il collega diffamava gli uomini, di cui per contro affermava la fedeltà, e propose una giustificazione del comportamento di questi ultimi. Venendo in soccorso dei valligiani, egli lasciava da parte ogni menzione del problema della resistenza connessa ai valori della ragione e del torto, e invece riprendeva e accentuava l'opzione della loro seconda lettera: la responsabilità della contesa era tutta di Giovanni da Casale, ma non perché egli pretendesse obbedienza a provvedimenti ingiusti, ma «perché e' gli è innemigo mortale et non li vole vedere al mondo»[164]. Ora, scritture concordate tra comunità e magistrati periferici non erano infrequenti e suggeriscono che fosse ritenuto importante dai sudditi non solo ottenere l'appoggio politico di podestà o capitani, ma anche convenire l'uso

secreto in castello Portae Jovis Mediolani, II: *(11 aprile 1478 - 22 dicembre 1478)*, a cura di R.A. Natale, Milano 1965, pp. 71-72, 76-77, 91, 99-100.

163 ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.03.28.

164 ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.03.29.

di parole che, nella loro convergenza, rappresentassero eloquentemente a Milano la raggiunta intesa con gli agenti del duca e dessero un avallo di peso alle richieste avanzate. È forse impossibile dire se gli uomini abbiano considerato che fosse più agevole concordare una lettera di tenore simile con un magistrato passando da un discorso politico fondato sul principio di un'obbedienza agli ufficiali condizionata dal rispetto della giustizia da parte di questi ultimi, al linguaggio dell'inimicizia; resta il fatto che è proprio su questo secondo registro che si è realizzato l'incontro. La comunità di valle produsse quindi due lettere nel medesimo giorno: una conteneva dichiarazioni forti, che evidentemente gli uomini vollero comunque far sentire a Milano, ma che forse sarebbe stato più arduo sottoscrivere per un uomo impegnato nel servizio al principe; l'altra ridimensionava il conflitto alle ragioni di un'incompatibilità personale e preparava così, sul piano della concertazione linguistica, la preziosa intesa con un collega dell'ufficiale dello stato che si intendeva mettere sotto accusa.

6. *Comunità, signori e ufficiali. La cultura pattista nell'interazione politica locale*

L'ultimo episodio è significativo anche perché mostra come in sede locale si verificassero spesso convergenze tra diversi attori (un ufficiale e una comunità in questo caso, un signore e una comunità in quello che si esaminerà di seguito): essi scrivevano allora a Milano per caldeggiare un medesimo provvedimento, ma non sempre all'identità degli obiettivi corrispondeva, nei testi che elaboravano simultaneamente, il riconoscimento di uno stesso quadro concettuale. Giovanni Crivelli, si è visto, condivise una sola delle rappresentazioni del conflitto tra l'ufficiale e gli uomini, delle due che questi ultimi proposero: pur appoggiando l'iniziativa della Val Antigorio, non ne adottò il linguaggio che proiettava la protesta al più alto livello di astrazione (gli obblighi reciproci tra sudditi e magistrati).

Una circostanza analoga, di isolamento culturale del comune nel momento in cui rivendicava i valori della giustizia e del patto, si verificò in una vicenda già esaminata. Traona era una comunità guelfa che, insieme alla sua squadra, si riconosceva nel seguito dell'influente capo locale della fazione, Antonio Beccaria: castellano di Masegra, presso Sondrio, questi esercitava un circoscritto potere dai contorni signorili e soprattutto, sulla più ampia scala dell'intera Valtellina, offriva ai propri aderenti protezione e servizi di mediazione con i poteri sovra-locali. Anche in questa occasione il Beccaria appoggiò le pretese della comunità, tra l'altro scrivendo due lettere e una

supplica in cui riproponeva all'attenzione del principe le medesime ragioni a favore della separazione che avevano costituito il contenuto della prima supplica dei traonesi: l'estensione eccessiva della giurisdizione, il difficile attraversamento dell'Adda, i vantaggi che anche gli Sforza – nella prospettiva di un aumento delle entrate e di un più efficace controllo dell'ordine pubblico – ne avrebbero ricavato. L'esame delle grafie e degli inchiostri, oltre che degli argomenti e delle parole stesse – evidentemente concordati – consente di ricondurre le suppliche di Traona ad un'origine comune con questi testi: le prime e i secondi sono nati presumibilmente nel castello di Masegra dove operava la cancelleria del signore. Del resto il cancelliere del Beccaria, Bartolomeo Malacrida, aveva seguito in prima persona la vicenda: nel 1456 fu inviato dal suo patrono al duca per sollecitare l'agognata separazione giurisdizionale da Morbegno, nel 1466 fu uno dei due uomini reputati «de li più informati» che gli stessi traonesi designarono per presentare ancora a Milano le loro ragioni[165]. Non stupisce, allora, che egli possa aver messo per iscritto informazioni e proposte raccolte nel corso della sua esperienza.

Sarà molto probabilmente impossibile stabilire se sia stato il signore locale (o la sua cerchia) a suggerire agli uomini i testi in questione o se, invece, egli abbia recepito le istanze che gli erano state presentate: i suoi nemici lo vedevano non come un semplice fiancheggiatore, bensì come il sobillatore dell'iniziativa separatistica, ma si tratta di un'interpretazione che, per ragioni di contrapposizione politica, molto probabilmente ne sovrastimava il ruolo[166]. Resta comunque il fatto, molto indicativo, che il Beccaria non intese fare propri tutti gli argomenti che la comunità elaborò nelle fasi successive della controversia: egli riprese passaggio per passaggio il più prudente dei testi prodotti dai traonesi; invece non ripropose in un documento suggellato dalla propria firma i contenuti della supplica che dispiegava i motivi di più schietta ispirazione pattista. Una sua lettera, datata 5 maggio 1477, sembra il corrispettivo di quest'ultima supplica: appare vergata dalla stessa mano e si apre con parole e frasi quasi identiche; poi, però, il testo non segue il documento della comunità nei più coraggiosi passaggi di ispirazione contrattualistica, ripiegando sull'enumerazione dei ricordati vantaggi che sarebbero derivati agli uomini e al principe dalla separazione, replicando dunque una strategia di persuasione già sperimentata, ma ormai abbandonata dai traonesi.

165 ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.05.28; 781, 1466.05.12.

166 M. Della Misericordia, *Dividersi per governarsi*, cit., p. 742.

Il Beccaria avrebbe avuto tutte le ragioni per assumere gli stessi toni dei traonesi, perché quanto essi richiedevano era stato in realtà riconosciuto a lui nei capitoli che aveva stipulato a titolo personale con Francesco Sforza. Eppure, se non mancò di ricordare l'importante particolare («dito meser Antonio ha per expressi capituli con la Signoria vostra che la dicta potestaria da Trahona perpetuo remagnia separata da la dita potestaria da Morbegnio»), non volle fare del diritto acquisito con la placitazione delle sue richieste la base delle argomentazioni che presentò al principe.

Tali elementi, che aprono qualche spiraglio sugli aspetti di composizione materiale dei documenti, che il più delle volte sfuggono del tutto, consentono allora di congetturare che le suppliche che Traona inviò a Milano abbiano preso corpo entro un rapporto di simbiosi e collaborazione tra uomini e signore locale, e tuttavia che quest'ultimo, se ritenne di poter sottoscrivere le istanze formulate dai suoi seguaci con moderazione e cautela, lasciò al contrario che la strada del richiamo del principe ai doveri cui la concezione del patto politico lo vincolava venisse percorsa in modo più solitario dalla comunità[167].

7. *Il dibattito politico*

Le suppliche esaminate sono una componente del più ampio complesso di testimonianze lasciate dalla comunicazione che intercorreva per iscritto tra i diversi attori politici operanti entro lo stato di Milano. Passando di nuovo in rassegna i temi di cui si è già trattato, è possibile verificare puntualmente, nel contesto ora di questo più largo e disomogeneo campo discorsivo, come i protagonisti dell'interazione politica affidassero a dichiarazioni aperte o a sottili attenzioni linguistiche le posizioni non coincidenti che assumevano rispetto a problemi cruciali posti dall'amministrazione e dal governo. Senza inclinare mai verso toni antiprincipeschi, infatti, le suppliche delle comunità non definivano la posizione, le prerogative e le funzioni del duca, e i contenuti della sua giustizia, in modo analogo al modello proposto nella documentazione di emanazione centrale, cui Visconti e Sforza affidavano l'auto-rappresentazione del loro ruolo. Le disomogeneità e gli scarti del linguaggio di una documentazione dai molti autori possono essere letti, pertanto, come le tracce di un dialogo in cui si confrontavano posizioni e aspirazioni contraddittorie. Queste ultime erano parte delle tensioni poli-

[167] ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d. (da cui è tratta la frase citata); *Sforzesco*, 783, 1477.05.05 e 1478.04.05.

tiche tra centro e periferia, uno sfondo che consentirà di cogliere in modo più completo il significato delle argomentazioni che si sono considerate e di chiarire in quale misura scrivere una supplica ispirata dalla cultura del pattismo fosse un modo per assumere una posizione precisa nel dibattito politico del tempo[168].

Si è detto che nelle suppliche il rispetto e nel caso la difesa di statuti, privilegi ed esenzioni dei corpi, erano presentati come il modo in cui il principe onorava i doveri che anch'egli aveva assunto nei confronti dei sudditi. Alcune comunità espressero le proprie aspettative in questo senso ricorrendo all'impiego bifronte di un unico termine – «fede» – che, nei loro documenti, torna due volte, per definire sia l'impegno dei sudditi verso il principe, sia la legittima aspettativa dei sudditi riguardo al comportamento del principe. È un accorgimento retorico che, anche in assenza di formulazioni esplicite, basta a qualificare un rapporto pure asimmetrico in termini di impegno reciproco e di fedeltà vicendevole. Ora, quest'uso è estraneo alla documentazione prodotta dalla cancelleria sforzesca. Se infatti gli atti che essa emetteva, come pure quelli di altre magistrature centrali quali il Consiglio di giustizia e degli uffici periferici, non ignoravano il principio che la «fede» meritasse una ricompensa, tuttavia la contropartita dei sudditi non era mai espressa nei termini di un vincolo alla «fede» contratto a sua volta dal principe: la «fede» restava l'obbligo dei soli soggetti verso il duca[169].

[168] Penso che quello del 'dibattito' (cfr. J.G.A. POCOCK, *Politica, linguaggio e storia*, cit.; Q. SKINNER, *Dell'interpretazione*, cit.) sia un paradigma fecondo per affrontare i temi della cultura politica e dell'elaborazione ideologica, allo scopo di non offrirne quadri troppo compatti e conciliati (cfr. *supra*, note 124-125 e testo corrispondente, *infra*, nota 179). Stimoli in questo senso vengono dagli studi sui linguaggi politici che ne hanno evidenziato la compresenza e la concorrenza in uno stesso campo di rapporti politici: si veda ad esempio M. VALENSISE, *La constitution française*, in K.M. BAKER (ed), *The Political Culture of the Old Regime*, Oxford 1987, pp. 441-467; K.M. BAKER, *Inventing the French Revolution. Essays on French Political Culture in the Eighteenth Century*, Cambridge 1990; G. ALGAZI, *Herrengewalt und Gewalt der Herren in späten Mittelalter. Herrschaft, Gegenseitigkeit und Sprachgebrauch*, Frankfurt a.M. - New York 1996; M. GIANSANTE, *Retorica e politica nel Duecento. I notai bolognesi e l'ideologia comunale*, Roma 1999; G. GANDINO, *Ruolo dei linguaggi e linguaggio dei ruoli. Ottone III, Silvestro II e un episodio delle relazioni tra impero e papato*, in «Quaderni storici», 34, 1999, pp. 617-658. J.S. GRUBB, *Firstborn of Venice. Vicenza in the Early Renaissance State*, Baltimore - London 1988, soprattutto alle pp. 19-27, sperimenta un'analisi del linguaggio politico in uno stato territoriale italiano in sintonia con questi approcci.

[169] ASMi, *Sforzesco*, 781, 1467.09.13; 782, 1473.12.12; 783, 1477.02.01; *Comuni*, 34, *Dongo*, 1477 (gli altri elementi della data non sono precisati); *Registri ducali*, 28, p. 129, 1477.02.10; 112, p. 361, 1478.01.31; 112, p. 405, 1469.04.12; *TD*, I/1, pp. 32-33, doc. 26, pp. 41-42, doc. 38; I/3, p. 248, doc. 1632; II/1, p. 2, doc. 2, pp. 404-406, doc. 446; P. BUZZETTI, *Il palazzo biturrito*, cit., p. 52 ss.

Nell'approvazione dei capitoli di Bormio del 1477 il corrispettivo della *fides* e della *devotio* della comunità erano la *munificentia* e la *liberalitas* del principe[170]. Anche nel formulario delle lettere di conferma di privilegi, alla «devotio» e alla «fides» dei sudditi corrispondeva la «liberalitas» del principe o le sue «gratie», «favores» e «munificentia»[171].

Senza dubbio pure in molte suppliche delle comunità la «fede» percorreva un'unica direzione, ed era tributata dagli uomini ai principi[172]. Ancora una volta, però, nel gruppo di testi dai contenuti più aspramente rivendicativi che si è individuato, i motivi della cultura politica contrattualistica diventano più espliciti. Qui talvolta la fede è addirittura solo quella che il principe deve osservando una promessa o i capitoli approvati[173]; spesso, però, è il vincolo reciproco che lega signore e sudditi. Lo stesso rapporto, dunque, che la cancelleria rappresentava ispirandosi al modello dello scambio tra *humilior* e *potentior* (dove appunto il primo deve obbedienza a colui che, dando prova di «munificentia» e di «liberalitas», dispensa le proprie «gratie») era riconfigurato come una mutua prestazione tra contraenti che assicurano l'uno all'altro un impegno identico e di pari valore[174]. Nella ricordata supplica di Sonvico la «fede» è quella degli uomini che sono morti o hanno patito «per defensione del stato» ed è al contempo quella del duca che osserva i privilegi che egli e i suoi predecessori hanno accordato[175]. Il comune di Morbegno evocava sia la «solita fede» che lega i sudditi, sia «la fede ad nuy promissa per li illustrissimi predecessori vostri» che invece obbliga il principe[176]. Analogamente quello di Teglio riteneva che il principe fosse «naturalmente ... inclinato a servare la fede» verso i sudditi «et presertim verso quilli de li quali ... gli è noto la fede, l'amore et la singulare affectione»[177]. Gli uomini della corte di Mattarella assicuravano la loro «fede, constantia et devotione» ad un principe che «giamay non volse violare la sua promessa et fede»[178].

170 BCCo, ms 6.2.17, 1477.03.20.

171 *TD*, II/1, pp. 525-527, doc. 610; ASMi, *Registri ducali*, 81, p. 104, 1477.10.14.

172 ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.03.04; *Comuni*, 87, *Valtellina*, [post 1476]; *TD*, I/1, p. 202, doc. 292; I/2, p. 172, doc. 876; II/1, p. 58, doc. 66, pp. 474-475, doc. 536.

173 ASMi, *Comuni*, 42, *Mandello*, 1490.12.04; 60, *Morbegno*, s.d.

174 A.M. Hespanha, *Les autres raisons de la politique*, cit., pp. 52-54.

175 ASMi, *Registri ducali*, 199, pp. 252-253, 1479.05.29.

176 ASMi, *Sforzesco*, 783, 1477.04.11; cfr. *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.

177 ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18.

178 ASMi, *Comuni*, 42, *Matarella*, s.d.

Pure entrando nei contenuti specifici della «fede» del principe – rispettare gli statuti delle comunità e i loro privilegi, onorare le assicurazioni accordate nei capitoli di dedizione e, in generale, mantenere le promesse – si rinvengono le testimonianze di un dibattito aperto.

Bormio, ad esempio, individuava nel principe colui che non permette che si innovi «cosa alcuna contra li privilegii et statuti», mentre i Visconti e gli Sforza avevano tenuto ad affermare la loro prerogativa di intervenire sugli statuti e di derogarvi: fin dai primi anni della dominazione viscontea, la loro approvazione era suggellata da formule che stabilivano che il signore «possit ea disponere, corrigere, mutare et emendare toties quoties voluerit ad suam plenam, meram et liberam voluntatem», e che li subordinavano così alla sua «potestas et arbitrium absolutum»[179].

Morbegno rivendicò come impegnativa per i successori e irrevocabile la «promessa fata a nuy per capituli» dai duchi[180]; Teglio voleva il principe

[179] C. STORTI STORCHI, *Giudici e giuristi*, cit., pp. 48 ss. (frasi citate a p. 48, nota 4, p. 50). Cfr., della stessa autrice, *Aspetti generali della legislazione statutaria lombarda in età viscontea*, in *Legislazione e società nell'Italia medievale. Per il VII centenario degli statuti di Albenga (1288)*, Atti del convegno, Albenga 18-21 ottobre 1988, Bordighera 1990, pp. 70-101; C. STORTI STORCHI, *Introduzione*, in *Lo statuto di Bergamo del 1353*, a cura di G. FORGIARINI, Spoleto 1996, pp. V-XXV, pp. XIX-XXIII; C. STORTI STORCHI, *Statuti e decreti. Cenni sulla legislazione vigevanese nel Trecento*, in G. CHITTOLINI (ed), *Metamorfosi di un borgo. Vigevano in età visconteo-sforzesca*, Milano 1992, pp. 43-53, p. 45; E. DEZZA, *Gli statuti di Tortona*, in «Studia et Documenta Historiae et Iuris», 43, 1977, pp. 293-436, in particolare pp. 335, 338, 366-368, e, dello stesso autore, *Gli statuti di Pavia*, in *Storia di Pavia*, III/1, *Dal libero comune alla fine del principato indipendente, 1024-1535. Società, istituzioni, religione nelle età del Comune e della Signoria*, Pavia 1992, pp. 409-431, in particolare pp. 420, 428. Cfr. *Statuti di Como*, II, cit., pp. 349-350. Anche approvando i capitoli di dedizione, i duchi subordinavano la validità degli interventi delle comunità sugli statuti alla propria conferma delle modifiche introdotte, «si nobis iusta vel iuste videbuntur»: *TD*, I/1, p. 14, doc. 6, p. 24, doc. 19 (da cui è tratta la frase citata); ASMi, *Sforzesco*, 1522, 1450.03.23 e 1450.03.26; *Registri ducali*, 112, pp. 360-361, 1478.01.31. F. LEVEROTTI, *Leggi del principe, leggi della città nel ducato visconteo-sforzesco* in *Signori, regimi signorili e statuti nel tardo medioevo*, Atti del VII convegno del Comitato nazionale per gli studi e le edizioni delle fonti normative, Ferrara 5-7 ottobre 2000, in corso di stampa, § 5, deduce da questo tipo di affermazioni un'effettiva gerarchia delle fonti del diritto vigente nello stato di Milano. A mio modo di vedere, invece, esse sono da intendere piuttosto come una delle voci di un dibattito più aperto, al quale presero parte anche le comunità urbane e rurali, proponendo pure altre graduazioni delle fonti del diritto, che affermavano per contro la priorità degli statuti locali: A GAMBERINI, *La forza della Comunità. Statuti e decreti a Reggio in età viscontea*, *ibidem*, in particolare § 3; si veda inoltre *supra*, nota 92. Cfr. G.P. MASSETTO, *Le fonti del diritto nella Lombardia del Quattrocento*, in J.-M. CAUCHIES - G. CHITTOLINI (edd), *Milano e Borgogna. Due stati principeschi tra Medioevo e Rinascimento*, Roma 1990, pp. 49-65.

[180] ASMi, *Sforzesco*, 719, 1456.05.28.

impegnato a «conservare et manutenere» ogni privilegiato nella sua condizione[181]; le comunità richiamavano regolarmente il principe al rispetto di quanto determinato dai suoi predecessori. D'altro canto i documenti prodotti dalla cancelleria sforzesca e la condotta dei duchi mostrano come questi ultimi non intendessero accettare tali limiti all'esercizio della loro sovranità. Innanzitutto il signore poteva confermare i capitoli di dedizione, che le comunità percepivano come l'inviolabile sanzione dei loro privilegi, «usque ad nostri beneplacitum»; con un'ulteriore precisazione, le «additiones» presentate da Bormio nel 1477 erano approvate e confermate da Bona di Savoia e Gian Galeazzo Maria Sforza «usque ad nostri beneplacitum, salvis tamen nobis & successoribus nostris potestate & auctoritate illas corrigendi, emendandi, dispensandi, moderandi, addendi & diminuendi & secundum quod nobis & successoribus nostris melius videbitur»[182].

Questa schermaglia sul piano delle affermazioni di principio aveva un preciso riscontro nella concreta prassi di governo. Molte delle tensioni che essa generava, infatti, sono riconducibili ad una più generale ragione di attrito e di controversia: la polarità tra l'orientamento legalista e garantista delle comunità – alla cui logica riporta la difesa puntigliosa e instancabile dei privilegi, dei capitoli e degli statuti – e le tendenze più decisionistiche e tendenzialmente arbitrarie che guidavano a volte l'iniziativa del principe e più spesso quella degli ufficiali periferici.

Per quanto riguarda i privilegi, il forte richiamo del duca alla difesa degli *status* riconosciuti venuto dalla comunità di Teglio, di cui si è già detto, era stato suscitato, per reazione, da una lettera degli uditori di Ascanio Sforza, cui la Valtellina era stata concessa in appannaggio, che eludeva l'autonomia giurisdizionale della terra «cum clausola 'privilegiis non attentis'»[183]. Gian Galeazzo Maria e Ludovico il Moro nel 1484 infeudarono a Roberto Sanseverino la Val Lugano nonostante la precedente assicurazione data agli uomini che non li avrebbero mai sottoposti ad alcun signore. Quell'anno non solo indirizzarono alle comunità una lettera che imponeva il giuramento di fedeltà «non obstante dicto privillegio, al quale per queste nostre derrogamo», e nonostante la «promessa sotto scripta de mano nostra», ma minacciarono di considerare i sudditi che ne reclamavano il rispetto

181 ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.

182 BCCo, ms 6.2.17, 1477.03.20.

183 ASMi, *Sforzesco*, 1157, 1498.02.18.

come «ribelli inobedienti»[184]. Molto esplicito nel ricorrere all'argomento per cui in nome della *salus publica* era possibile derogare ai diritti acquisiti fu Galeazzo Maria Sforza: confermando un privilegio accordato dal padre alla comunità di Sonvico, ma poi temporaneamente revocato, affermò che era sua intenzione conservare quanto concesso «integrum illesumque», ma giustificò la sua precedente decisione di sospenderne la validità «pro status nostri bono»[185].

La difesa comunitaria dello statuto contestava l'aspirazione di molti magistrati a liberare la loro azione dagli impacci che ponevano le norme che i centri urbani e rurali si erano dati. Il podestà di Morbegno nel 1463 si sentiva intralciato nella sua iniziativa dalle troppe contraddizioni degli statuti locali e chiese allora al duca un mandato ad agire prescindendo da quanto essi disponevano («qui sono mille statuti e decreti l'uno contrario de l'altro, in modo che servandoli a pena si pò venire a un capo d'una cossa, né punire uno malfactore, e non servandoli serebe cossa presumptuosa chi non havesse mandato dalla Signoria vostra»; per questo domandava «libertà ... de poter excedere, ove sia necessario, li statuti in criminale»)[186]. Negli stessi anni il podestà di Como riteneva di non poter far fronte ai gravi problemi di ordine pubblico che affliggevano la terra lariana di Domaso, «non havendo io il modo de poterli provedere nisi per via de procedere in iure»; domandò pertanto al principe il conferimento di poteri straordinari tramite un'apposita commissione, perché «procedando contro di loro per via dy raxone, non resteno de seguire in le sue prave opinione»[187]. Era allora in un'accezione opposta che Gian Antonio Trivulzio, capitano di Domodossola, utilizzava nel 1478 la stessa parola «iustitia» ricorrente pure nelle suppliche: in queste ultime essa era fatta consistere nell'osservanza letterale di statuti e consuetudini, per il Trivulzio era invece un ideale astratto che doveva essere perseguito, con l'assenso ducale, al di là di quanto previsto dalle norme scritte. Volendo colpire la recidiva di notai falsari, rilevava infatti di non poter provvedere adeguatamente «ex debilitate statutorum suorum»; chiedeva allora di poter procedere «non obstantibus aliquibus

[184] E. MOTTA, *I Sanseverino*, cit., pp. 304-307, docc. XIV, XV, XVIII, e, dello stesso autore, *Guelfi e ghibellini nel Luganese*, in «Periodico della Società Storica per la Provincia e antica Diocesi di Como», 4, 1884, pp. 69-198, in particolare pp. 170-171, doc. XXI.

[185] *TD*, II/1, pp. 619-621, doc. 742. Cfr. O. VON GIERKE, *Giovanni Althusius*, cit., p. 229; A. M. HESPANHA, *Vísperas del Leviatán*, cit., pp. 401, 410; M. CARAVALE, *Ordinamenti giuridici*, cit., p. 544; A. GAMBERINI, *Il cartulario degli Scotti di Piacenza*, cit.

[186] ASMi, *Sforzesco*, 720, 1463.01.12.

[187] ASMi, *Comuni*, 34, *Dervio*, [1462-1463].

decretis, statutis, consuetudinibus», in modo tale che «dicti delinquenti se poseno punire et multare secundo vole la iustitia»[188].

La risposta delle comunità su questo punto era inflessibile. Secondo gli statuti locali, il podestà non poteva eccedere il disposto degli statuti stessi ed era tenuto al rispetto dei privilegi della terra (i «privilegia imperialia libertatis», come li definì Teglio)[189]. Inoltre, ad ulteriore tutela, le comunità ribadivano nei capitoli di dedizione l'istanza che il giusdicente inviato da Milano fosse vincolato, anche tramite giuramento, agli statuti[190]. Ottenuto il riconoscimento agognato, restavano vigili ad ogni occasione. Il biasimo nei confronti di un podestà del Terziere Superiore della Valtellina era così motivato: «fuerunt introducte male consuetudines et postergata statuta eius valis que merito debuerunt servare»; la pretesa era, al contrario, che da parte degli ufficiali, «statuta ipsius valis et bone consuetudines serventur»[191]. La polemica non si arrestava nemmeno di fronte alle facoltà riconosciute al commissario, tra cui quella di procedere con più ampio arbitrio rispetto al podestà e di eccedere la lettera degli statuti. Non solo si richiedeva che al podestà non fossero conferite prerogative di commissaria, in modo che l'ufficiale «habia ministrare ragione secondo li capituli e ordini di quella iurisdictione, aciò che cessano rapine, concussione e transgressi quali fano essi officiali sotto il nome e scudo de comissarii»[192]. Si insisteva per sottoporre comunque ad una condotta legale anche il magistrato che pure ne sarebbe stato svincolato. Il comune di Val Bognanco protestò contro le iniziative del commissario di Domodossola: «perché sapiamo che da vostra Signoria non procede cossa alcuna per la quale debitamente nesuno se possa dollere, se siamo maravigliati de talli novitade facte per esso commissario, perché poteriano generare scandelli et inconvenienti assay. Per tanto siamo deliberati ricorere de la prefata vostra Signoria humiliter, supplicando se digna providere che nesuno indebite da esso commissario sia oltrazato et che sia servata la forma de la raxone, decreti ducalli et statuti de queste

[188] ASMi, *Comuni*, 34, *Domodossola*, 1478.02.08.

[189] Roma, Biblioteca del Senato, Statuti, ms 226, f. 10r, rubrica 4 (consultato in microfilm presso l'Istituto di Storia del diritto italiano dell'Università degli Studi di Milano). Cfr. D. ZOIA (ed), *Teglio: terra dell'Arcivescovo*, cit., pp. 52-54, rubrica 4, p. 145, rubrica 14.

[190] Tra i molti esempi, si veda *TD*, I/1, p. 5, doc. 4; P. BUZZETTI, *Il palazzo biturrito*, cit., p. 54; ASMi, *Comuni*, 42, *Matarella*, s.d.; ASMi, *Sforzesco*, 1522, 1450.03.26; *Registri ducali*, 111, pp. 204-205, 1477.07.19 e pp. 219-228, 1477.07.20.

[191] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.

[192] ASMi, *Comuni*, 12, *Bormio*, 1495.02.18.

corte [di Mattarella] et che vostra Signoria non lassa che sia fata novitade alcuna»[193].

Un'analoga divergenza di opinioni si apriva sul carattere vincolante della «promessa» del principe. Secondo alcune comunità di Valsassina, non rispettare la «promessa» data dal duca in cambio dell'«obedientia» significava «fare di forza», quindi agire in modo non giuridico[194]. Dall'altra parte queste aspettative erano spesso conculcate, per riconoscere al principe la facoltà di revocare le concessioni che egli aveva accordato. Nei primi anni del governo sforzesco, ad esempio, il vicario del capitano di Valtellina fu sollecitato a indurre gli uomini a collaborare alla difesa del confine dello stato in Valsassina, e ad attenersi, senza «scuse», ai loro doveri di «fideli subditi et servitori»; questo – era contemplato esplicitamente – «se bene havesseno milli capituli e promesse a simili casi»[195]. Esprimendosi in termini più generali, Matroniano Corio consigliò Francesco Sforza: «non è de atendere a simili promesse, però lo principo che fa la leze la pò ro<m>pere»[196].

I capitoli erano sentiti dai sudditi come uno dei più efficaci scudi contro ogni pretesa eccessiva o inusitata[197]. Eppure, ai morbegnesi che difendevano energicamente quanto in essi riconosciuto, il Consiglio segreto replicò «quod ipse princeps potest, quod ad beneplacitum fieri iussit, revocare»[198].

Testimonia in modo vivido l'incontro conflittuale tra la risolutezza degli ufficiali, talvolta insofferente delle norme statuite o delle concessioni elargite, e l'ostinato garantismo dei rappresentanti dei corpi, una lettera del commissario impegnato nel 1453 a riscuotere una tassa nel territorio di Como. Il magistrato si scontrò con la pretesa dei cittadini che gli abitanti

[193] ASMi, *Comuni*, 34, *Domodossola*, 1498.05.19. Si veda ancora ASMi, *Comuni*, 34, *Domodossola*, 1498.05.18. Anche un'istruzione del principe nel 1490 invitò il commissario di Bormio alla prudenza: si veda *supra*, nota 12 e testo corrispondente. Cfr. G. CHITTOLINI, *L'onore dell'officiale*, in «Quaderni milanesi», 17-18, 1989, pp. 5-55, in particolare pp. 43-46; F. LEVEROTTI, *Gli officiali del ducato sforzesco*, in «Annali della Scuola Nomale Superiore di Pisa. Quaderni», serie IV, 1, 1997, pp. 17-77, pp. 34-35.

[194] ASMi, *Comuni*, 83, *Valsassina*, s.d.

[195] ASMi, *Comuni*, 87, *Valtellina*, s.d.

[196] *TD*, I/3, p. 528, doc. 2035.

[197] La corte di Mattarella si oppose ad una richiesta dei Maestri delle entrate, replicando «habemus capitula per Dominationem vestram nobis concessa pariter et confirmata»; ASMi, *Sforzesco*, 781, 1469.04.04. Alle pretese del podestà di Chiavenna gli uomini di Val San Giacomo «risposeno non volere provedere a nula e che loro havevano capituli»; ASMi, *Sforzesco*, 783, 1478.01.11.

[198] ASMi, *Comuni*, 60, *Morbegno*, s.d.

nel contado con il privilegio della cittadinanza non fossero chiamati a contribuirvi; infastidito e messo in difficoltà dal confronto sul piano del diritto, arrivò a rivendicare le ragioni della forza («quisti zudexi di Como e citadini me alegano testi de leze e ioxe per modo ch'io non so che li dire, se non che ius est in armis, e che questa è una leze separata de le sue») e chiese al principe un intervento diretto nella questione[199].

Allora, se si tiene conto di un contesto di pratiche di governo in cui il duca, e soprattutto i suoi ufficiali, non erano sempre custodi dell'esistente così scrupolosi come le comunità li avrebbero voluti, in cui la «raxone», che per gli uomini era l'ineludibile vincolo di garanzia dell'azione dei magistrati, era invece sentita da questi ultimi come un impaccio, diventa più chiaro il motivo per cui nelle suppliche delle comunità interessasse precisare la figura del principe giusto e i suoi attributi, non nel caso di contenziosi con altri sudditi (vicini, cittadini, nobili che ledevano le prerogative collettive e comuni confinanti), bensì quando i rapporti con l'autorità centrale e i suoi agenti in periferia generavano i maggiori attriti. È infatti evidente come, nell'adombrare una *fede* unilaterale dovuta dai sudditi, nel riservare al duca la facoltà di derogare a quanto stabilito da lui stesso o dai predecessori e di intervenire nella normativa locale, i principi di Milano stessero ormai emancipando la nozione di sovranità dai suoi attributi tradizionali[200]. Di fronte ad un'opzione di governo della quale le pur estreme parole del commissario di Como e di Matroniano Corio rivelano la portata lacerante e le intenzioni consapevolmente antigiuridiche, richiamare il principe ad un ruolo tradizionale di conservatore degli *status* definiti e della giustizia, ricordargli le promesse fatte, rivendicare la lettera dei capitoli di dedizione e degli statuti, aveva un preciso significato di polemica politica.

8. *Conclusioni*

In chiusura è possibile chiedersi se questa ricerca abbia condotto al rinvenimento di una cultura politica comunitaria. È evidente che è necessario

[199] ASMi, *Sforzesco*, 718, 1453.03.24. Sull'antilegalismo, come momento di un attacco ideologico all'ordine politico tradizionale condotto da uomini al servizio dello stato, cfr. R. FUBINI, *Italia quattrocentesca. Politica e diplomazia nell'età di Lorenzo il Magnifico*, Milano 1994, pp. 136-182.

[200] Cfr. D. QUAGLIONI, *I limiti della sovranità. Il pensiero di Jean Bodin nella cultura politica e giuridica dell'età moderna*, Padova 1992; A. DE BENEDICTIS, *Supplicare, capitolare, resistere. Politica come comunicazione*, in C. NUBOLA - A WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina»*, cit., pp. 455-472.

considerare alcune cautele. Tra queste non ritengo sia da contemplare la constatazione che nella pratica politica la condotta delle comunità è spesso meno ardita delle affermazioni che si levano nelle suppliche esaminate. Un'impostazione usurata, ispirata dalla dicotomia modelli ideali/ comportamenti reali, porrebbe in rapporto, eventualmente in contraddizione, gli elementi della cultura contrattualistica proclamati dalle comunità e gli orientamenti pratici. Si constaterebbe, allora, come i sudditi fossero spesso più prudenti, più inclini al compromesso o disposti a seguire, per ottenere i propri scopi, la via della mediazione clientelare, piuttosto che quella del fermo richiamo del principe ai suoi doveri di giustizia e lealtà. Per sostenere questa posizione gli esempi sarebbero facilmente reperibili: mentre scrivevano le coraggiose lettere che affermavano i loro diritti, gli uomini di Traona sollecitarono l'intervento dell'influente signore locale Antonio Beccaria, quelli di Val Antigorio cercarono di interporre i buoni uffici di un collega del magistrato che contestavano. Gli ambasciatori di Morbegno, nel 1477, non si limitarono a portare a Milano ragioni di principio, ma distribuirono e promisero doni in denaro e in vino a «plures persone» per far progredire l'iter dell'unione della podesteria[201]. Però ritengo che il rapporto tra i linguaggi e i contesti della loro produzione sia più ricco: in primo luogo, infatti, il problema non è tanto quello della contrapposizione tra dichiarazioni di principio e concreta condotta politica, ma piuttosto quello della tensione o del contrasto tra gli stessi modelli ideali cui un medesimo protagonista può ricorrere, modelli talvolta pure alternativi tra loro; in secondo luogo, nella dimensione della pratica è possibile cercare, invece che la smentita e il ridimensionamento dei discorsi politici sviluppati nelle suppliche, i contesti specifici e mutevoli della loro elaborazione.

Sono altri, a mio avviso, i motivi che inducono alla prudenza. Innanzitutto le suppliche delle comunità recepivano, è evidente, modelli alti, elaborati dal pensiero politico e giuridico, mentre il livello culturale nelle valli non era certo tale da supportare un'attività speculativa autonoma[202]. Inoltre questo linguaggio, oltre a non essere un'elaborazione originale del protagonista politico di cui si è seguita l'iniziativa – la comunità –, non era nemmeno

[201] ASSo, *Notarile*, 425, f. 103r-v, 1478.03.01.

[202] Secondo Giovanni Pini, abitante a Traona, «nec ibi est copia aliqua iurisperitorum nec expertorum causidicorum» e la «iuris subtilitas indigit»; ASMi, *Sforzesco*, 719, 1458.12.20. Valutazioni analoghe vennero dal commissario ducale in Valtellina Nicodemo Tranchedini di Pontremoli residente a Tresivio («qui non sono doctori de lege»); ASMi, *Sforzesco*, 754, 1481.08.12 e dallo stesso Consiglio generale a proposito di tutta la valle (ASMi, *Sforzesco*, 718, 1454.12.06). La comunità di Bellinzona si diceva assai lontana «ab urbe et a locis in quibus est copia iurisperitorum»; *TD*, I/2, p. 172, doc. 876 e p. 166, doc. 865.

l'unico che esso adoperava. Questa flessibilità rende arduo porre un nesso stretto tra un attore sociale e un linguaggio che gli sia proprio, almeno nei termini in cui intesero quest'operazione molti studi condotti soprattutto negli anni Sessanta e Settanta. Allora parve possibile individuare una cultura popolare espressa dalle classi subalterne, una cultura d'*élite* dei gruppi egemoni e così via. Oggi, è noto, ai concetti di mentalità, di cultura, e soprattutto di cultura popolare, si guarda con maggiore scetticismo, a causa delle frequenti contaminazioni tra linguaggi, degli usi strumentali e congiunturali di diverse tradizioni, della difficoltà ad attribuire ai singoli individui o ai singoli gruppi orizzonti ideologici compatti e codici di comportamento coerenti. Sono fenomeni che si sono constatati anche nella presente ricerca: sarebbe semplificante supporre che, nel panorama delle fonti sforzesche, le discontinuità che separano i diversi linguaggi tra loro ricalchino i confini che delimitano i diversi gruppi dei loro autori, che esista cioè un linguaggio del principe, un linguaggio degli ufficiali, un linguaggio dei signori locali, un linguaggio delle comunità e così via.

Tuttavia, premesse queste cautele, si è rilevato pure che i confini tra i linguaggi erano avvertiti con sensibilità, come mostra un uso altamente consapevole che conduceva le comunità di Traona, Morbegno e Val Antigorio a non confondere i repertori di vocaboli e argomenti desunti da diverse tradizioni e da differenti patrimoni concettuali, pure nel loro utilizzo simultaneo. Inoltre, la giusta considerazione della complessità e dell'articolazione interna di un universo culturale non può essere confusa con la completa dissoluzione della significatività del nesso tra un soggetto storico concreto e un linguaggio politico determinato. In questo senso, invece, si spingono le ricerche che immaginano l'attore individuale o collettivo come capace e intenzionato ad utilizzare liberamente e indifferentemente, in un senso esclusivamente strumentale, tutto l'assortimento di discorsi, concetti e argomentazioni disponibili, selezionandoli a seconda delle circostanze e della loro utilità in vista di scopi di volta in volta mutevoli. Invece, in queste pagine, si è constatato che l'impiego intercambiabile di tali discorsi da parte dei medesimi protagonisti, flessibili nel recepire opportunità e mutamenti di congiuntura, non significa che tutti i gruppi e tutti gli individui coinvolti nel processo di comunicazione utilizzassero tutti i possibili repertori linguistici e argomentativi a disposizione. Le comunità, si è detto, potevano fare ricorso ai termini del pattismo o a quelli dell'inimicizia personale, sostenere un provvedimento illustrando i vantaggi che ne avrebbe ricavato il principe o invece ricordando soltanto gli impegni che obbligavano quest'ultimo verso i sudditi, utilizzare toni più audaci e toni più concilianti; però non fecero mai proprie le ragioni della prassi di governo spiccia e risoluta fino al punto di

divenire antilegale, che invece era spesso caldeggiata dagli ufficiali. D'altro canto la cancelleria sforzesca non emise mai una lettera in cui l'ispirazione tratta dalla cultura contrattualistica apparisse ricca e corposa; un ufficiale e feudatario poteva recepirne qualche spunto (si è visto il testo prodotto da Giovanni Balbiani), ma solo nel momento in cui riferiva parole e posizioni degli uomini. Un signore locale come Antonio Beccaria fu disposto a mettere a disposizione dei suoi seguaci le risorse culturali e materiali della propria cancelleria, sottoscrisse pure i loro testi dai contenuti relativamente prudenti, ma non ne condivise la rivendicazione di una giustizia definita entro l'orizzonte concettuale del pattismo. Allo stesso modo, il magistrato sforzesco che pure prese le parti degli uomini di Valle Antigorio contro un suo collega, non ne condivise le affermazioni più alte, che vincolavano la loro obbedienza alla giustizia degli ufficiali. Si può dire allora che la cultura contrattualistica, pur non essendo l'unico riferimento ideologico delle comunità, era però, in questo contesto locale, adottata dalle sole comunità: il rapporto tra un linguaggio e un protagonista dell'interazione politica non si realizza dunque nelle forme rigide di una corrispondenza biunivoca, ma presenta comunque tratti significativi di esclusività.

Riflettere sui contenuti di un'eventuale cultura politica comunitaria richiede inoltre di considerare le particolari implicazioni che aveva, appunto per le comunità, elaborare un modello di costituzione territoriale nei termini che si sono detti. Un contesto sociale e politico – in questo caso lo stato di Milano – non è la precondizione definita in anticipo e immobile dell'esistenza di un testo: la realtà extra-testuale, rappresentata dalle concrete pratiche del governo e del potere, era infatti a sua volta filtrata e in qualche misura trasformata dal modello di stato che le suppliche proponevano, era cioè investita dal progetto politico che esse esprimevano. Allora, tratteggiare un ideale secondo il quale la comunità trova la sua collocazione nello stato come corpo privilegiato, condizione che le consente di far valere di fronte al principe le esenzioni e i precedenti riconoscimenti, di invocare il rispetto del valore della giustizia e di opporre resistenza se questo valore viene calpestato, non significa registrare semplicemente una realtà, bensì elaborarne una rappresentazione.

Questa rappresentazione dello stato non era scontata e fronteggiava altre rappresentazioni e pratiche politiche alternative[203]. Infatti, la ricezione di modelli dall'alto non significa, automaticamente, ricezione di modelli dal

[203] Per lo stato di Milano, si veda G. POLITI, *I dubbi dello sviluppo. Rilevanza e ruolo del mondo rurale in alcune opere recenti (secoli XV-XVII)*, in «Società e storia», 5, 1982, pp. 367-389.

centro: formule e affermazioni più coerentemente contrattualistiche non erano certamente mutuate dalla corrispondenza che da Milano raggiungeva la periferia, priva di tali motivi; anzi, le nostre suppliche smentivano alcune delle prerogative della sovranità (derogare ai privilegi approvati, intervenire sulle norme statutarie) che i Visconti e gli Sforza, invece, si riservavano nei formulari di approvazione degli statuti o di conferma dei capitoli. Senza dubbio nemmeno gli interlocutori delle comunità (il principe, le magistrature centrali e periferiche) erano ispirati da un principio unico: anch'essi contaminavano, con pragmatismo e flessibilità, gli elementi della visione tradizionale della sovranità da un lato e gli attributi di un'autorità ducale a vocazione proto-assolutistica dall'altro. Nel complesso, però, gli Sforza erano inclini a definire i rapporti tra autorità centrali e poteri locali ridimensionando l'obbligo che impegnava pure il principe nei confronti dei sudditi, sciogliendo talvolta gli ufficiali dall'osservanza di quella *iustitia* che il legalismo delle suppliche identificava nel rispetto dei privilegi e degli statuti, autorizzandoli ad agire, secondo l'ottica delle comunità, «di forza». Avveniva poi di frequente che, dimentichi delle promesse elargite, alienassero la propria giurisdizione anche su quelle comunità che avevano domandato e ottenuto di rimanere all'obbedienza diretta dei duchi, per non essere «tiranizate» dai loro feudatari.

Era in tutte queste situazioni che le comunità intervenivano esprimendosi nel linguaggio del pattismo: dunque, nonostante vi si ricorresse in circostanze estreme di contrapposizione, esso contribuì a dare corpo e forma ai progetti politici comunitari di costruzione dello stato, che proprio in tali circostanze estreme (ma non eccezionali) acquisivano una maggiore urgenza e compattezza.

Gravamina, Suppliken, Artikel, Aktionen

Über die Eskalation der reformatorischen Bewegung

von *Heinrich Richard Schmidt*

Die Absicht des folgenden Textes ist es, von der Reformationsforschung kommend einen Beitrag zur Suppliken- und Gravamina-Forschung zu leisten. Beschwerdeschriften und Suppliken kommen in der evangelischen Bewegung neben anderen Bekundungen von Glaubensüberzeugungen vor. Das legt die Vermutung nahe, daß es sich bei jenen «offiziellen Texten» nur um Sonderformen von öffentlicher Meinungsbekundung handelt. Deshalb versuche ich, Suppliken und Gravamina in diesen breiteren Zusammenhang der reformatorischen Öffentlichkeit[1] zu stellen. Damit wird der 'Vorlauf' einer Bewußtseins- und Meinungsbildung sichtbar, der m.E. bei sonstigen, früheren oder späteren Kontexten, in denen Suppliken und Gravamina entstanden sind, ebenfalls gegeben ist, ohne daß er so deutlich sichtbar wird wie in der Reformationszeit.

Ich knüpfe an die Formulierung von Andreas Würgler in seinem Überblick über die deutschsprachige Forschung zum Thema an:

> «Die Vielfalt der Inhalte reicht vom alltäglich-banalen, unterwürfig vorgetragenen Gesuch um minimale Steuerreduktion bis zum politisch brisanten, mit seltenem revolutionärem Pathos formulierten Begehren nach Einführung einer neuen Herrschaftsordnung, vom individuell-privaten Ego-Dokument bis zur kollektiven Wortmeldung angeblich 'stummer' Massen»[2].

[1] Vgl. R. WOHLFEIL, *Einführung in die Geschichte der Reformation*, München 1982, S. 123-133, Kapitel «Reformatorische Öffentlichkeit».

[2] A. WÜRGLER, *Suppliche e «gravamina» nella prima età moderna: la storiografia di lingua tedesca*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 25, 1999, S. 515-546, Zitat S. 515, Übersetzung vom Autor. Der zitierte Satz lautet im Original auf Italienisch: «Le tematiche vanno dalla banale domanda quotidiana presentata in maniera ossequiosa per ottenere una minima riduzione delle imposte, alla richiesta politicamente impegnativa formulata con pathos rivoluzionario per l'introduzione di uno nuovo ordinamento signorile; si passa dal cosiddetto Ego-Dokument (autotestimonianza) privato-individuale, alla richiesta di espressione avanzata da presunte 'masse mute'». Ich differenziere im folgenden nicht zwischen Beschwerden und Gravamina; ich nenne alle Beschwerden auch Gravamina, nicht nur solche, die über ständische Vertretungen an die Obrigkeit herangetragen wurden. Auch

Alle diese Formen werden in den 1520er Jahren in einem organischen Zusammenhang verwendet, alle haben ein Thema: die Reformation. Die neue Lehre stimuliert das Reden über das, was gesellschaftlich sein soll, in einem Maße, wie das sonst in der Frühen Neuzeit vor der Aufklärung nicht wieder geschieht. Sonst Verborgenes kommt auf diese Weise an das Tageslicht der Druckerpresse und wird dort analytisch faßbar. Daß mit den Gravamina und Suppliken andererseits auch nicht das Ende dieses Prozesses des Politisch-Werdens von Glaubensüberzeugungen gegeben ist, wird dann klar, wenn man auch Artikel und radikale Programme in die Überlegungen einbezieht. Sie gehen nach dem – in der Meinung ihrer Verfasser – Scheitern von legalen Wegen zur Reform den nächsten Schritt: Sie wollen nun ohne die Obrigkeit – die normale Adressatin von Bittschriften – oder gegen sie handeln. Die Verweigerung der Bitten und Forderungen ist also auch nicht das Ende, sondern lediglich eine Grenze, jenseits derer Forderungen radikal werden. Auch diese «radikale Endphase» gehört zum Kontext der Suppliken und Gravamina.

Ich will in mehreren Schritten an diese Aufgabe herangehen. Dabei soll zunächst herausgearbeitet werden, daß die neue Lehre eine fundamentalistische Dimension besessen hat, ohne die es eine radikal-revolutionäre Endphase nicht hätte geben können. Ihre Eskalation wird im folgenden beschrieben. Zunächst wird entwickelt, welche Äußerungsformen vor der Hinwendung zur Obrigkeit verwendet worden sind (I. Die gesellschaftliche Öffentlichkeit formiert sich). Dann erst kommen Schreiben an die Obrigkeit in den Blick (II. Die Bewegung wendet sich an die Obrigkeit). In diesem Zusammenhang werden dann auch Texte, welche die gesellschaftliche Ordnung brechen, untersucht. Sie gehen nicht mehr von der Legitimität der Ordnung aus. Suppliken werden nun sinnlos. In Artikeln und Aktionen wendet sich die Bewegung gegen die Obrigkeit.

I. Die gesellschaftliche Öffentlichkeit formiert sich

1. *Die existentielle Dimension*

Am Anfang steht bei jedem Veränderungswunsch die individuelle Erkenntnis, daß die Situation nicht gut ist, wie sie ist. Da die Reformation als

diese heißen ja oft nur «Beschwerden», wie die berühmten «Beschwerden der deutschen Nation gegen den Stuhl zu Rom und die Geistlichkeit». Vgl. dazu H.R. Schmidt, *Reichsstädte, Reich und Reformation. Korporative Religionspolitik 1521-1529/30* (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, 122), Stuttgart 1986, S. 34-40, 105-109 und öfter.

individuelle Heilsbotschaft einsetzt, geht ihr offenbar ein Defiziterlebnis im privaten Bereich voraus. Der Weg zum Heil wird als unsicher erlebt. Die Wege der Kirche überzeugen nicht mehr. Schon vor der Reformation ist die Kritik am Ablaß virulent.

In seinen 95 Thesen spricht Martin Luther die gesellschaftlich verbreitete Ablaßkritik an:

«Diese freche Ablaßpredigt macht es auch gelehrten Männern nicht leicht, das Ansehen des Papstes vor Schmähungen und noch mehr gegen die spitzen Fragen der Laien in Schutz zu nehmen ... Wenn man diese höchst bedenklichen Einwände der Laien allein mit Gewalt zum Schweigen bringen wollte, statt sie mit vernünftigen Gegengründen zu zerstreuen, so würde man die Kirche und den Papst damit nur zum Gespött ihrer Feinde und die Christenheit unglücklich zu machen»[3].

Wilhelm Ernst Winterhager bestätigt in seiner Untersuchung die weite Verbreitung der Ablaßkritik[4]. Luther selbst hat sich als Teil der Unzufriedenen erlebt:

«Ich konnte den gerechten, die Sünder strafenden Gott nicht lieben, im Gegenteil, ich haßte ihn sogar ... Als ob es noch nicht genug wäre, daß die elenden und durch die Erbsünde ewig verlorenen Sünder durch das Gesetz des Dekalogs mit jeder Art von Unglück beladen sind – mußte denn Gott auch noch durch das Evangelium Jammer auf Jammer häufen und uns auch durch das Evangelium seine Gerechtigkeit und seinen Zorn androhen?»[5].

3 Die Ablaßthesen, in M. LUTHER, *Der Reformator* (Luther Deutsch, 2), Göttingen 1981, S. 32-882, Zitat S. 79 (These 81) und S. 81 (These 90).

4 W.E. WINTERHAGER, *Ablasskritik als Indikator historischen Wandels vor 1517: Ein Beitrag zu Voraussetzungen und Einordnung der Reformation*, in «Archiv für Reformationsgeschichte», 90, 1999, S. 6-71.

5 Martin Luther berichtet in einem Lebensrückblick über das Jahr 1518/19. Er saß damals über dem Römerbrief, Kapitel 1, Vers 17, in dem es heißt, die Gerechtigkeit Gottes werde im Evangelium offenbart. Lateinisches Original: WA 54; 185, 12-186, 20. Lateinisches Original – ausführlicher wiedergegeben als die Fassung im Text: «Iusitita Dei revelatur in illo [Christus]. Oderam enim vocabulum istud 'Iustitia Dei', quod usu et consuetudine omnium doctorum doctus eram philosophice intelligere de iustitia (ut vocant) formali seu activa, qua Deus est iustus, et peccatores iniustosque punit. Ego autem, qui me, utcunque irreprehensibilis monachus vivebam, sentirem coram Deo esse peccatorem inquietissimae conscientiae, nec mea satsifactione placatam confidere possem, non amabam, imo odiebam iustum et punientem peccatores Deum ... Deus per euangelium dolorem dolori adderet, et etiam per euangelium nobis iustitiam et iram suam intentaret». Deutsch: «Ich haßte nämlich dieses Wort 'Gerechtigkeit Gottes', weil ich durch den Brauch und die Gewohnheit aller Lehrer unterwiesen war, es philosophisch von der formalen oder aktiven Gerechtigkeit (wie sie es nennen) zu verstehen, nach welcher Gott gerecht ist und die Sünder und Ungerechten straft.» Es folgt o.a. Zitat. Zitiert wird stets die deutsche Übersetzung von W. VON LÖWENICH, *Martin Luther. Der Mann und das Werk*, München 1982, S. 80 f.

Er fand den Ausweg und damit wurde er zum Auslöser der Reformation:

«Tag und Nacht war ich in tiefe Gedanken versunken, bis ich endlich den Zusammenhang der Worte beachtete: 'Die Gerechtigkeit Gottes wird in ihm [im Evangelium] offenbart, wie geschrieben steht: Der Gerechte lebt aus dem Glauben'. Da fing ich an, die Gerechtigkeit Gottes als eine solche zu verstehen, durch welche der Gerechte als durch Gottes Gabe lebt, nämlich aus dem Glauben ... Da fühlte ich mich wie ganz und gar neu geboren, und durch offene Tore trat ich in das Paradies selbst ein»[6].

Seine Veröffentlichungen verbreiteten die Problemlösung und setzten damit Öffentlichkeit in Gang. Das private Wissen wurde zur reformatorischen Botschaft. Die Menschen, die Luther erreichte, erlebten oft eine ähnliche Erlösung wie er. Der Weg zum individuellen Heil war allen, die ihn suchten und im Angebot der alten Kirche nicht gefunden hatten, nun klar.

Und die Menschen, die Luther anzuhängen begannen, bekannten das für sich wie Lazarus Spengler:

«Auß dem beschleuß, sag und bekenn ich: Wo doctor Martinus Luther das heilig evangelium und wort Gottes rain und lauter on menschlichen zusatz schreibt, lernt oder predigt, so nime ich das an, gib auch demselben onzweifenlichen glauben ... [weiter S. 129 f.] Ich glaub und bekenne, das ausserhalb dieses leidens und sterbens deß Sons Jesu Christi, unnsers Herrn, nyemands weder mit wercken oder verdiensten fromm oder gerecht werden oder Gottes huld und selikait erlangen, auch zum Vater nymmermer durch ainich ander mittel dann durch ine kommen oder in ine glauben mog»[7].

Vom eigenen, zunächst privaten, dann öffentlichen Bekennen war es nur ein Schritt zum Werben, wie es Hans Sachs in seiner Propaganda-Schrift *Die Wittenbergisch Nachtigall* tat:

«Wacht auff es nahent gen dem tag.
...
Wer die lieplich nachtigall sey
Die vns den liechten tag auß schrey
Jst Doctor Martinus Luther
Zu(o) Wittenberg Augustiner
Der vns auffwecket von der nacht

6 *Ibidem*, lateinisches Original: «Ibi iustitia Dei coepi intelligere eam, qua iustus dono Dei vivit, nempe ex fide, et esse hanc sententiam, revelari per euangelium iustitia Dei, scilicet passivam, qua nos Deus misericors iustificat per fidem, sicut scriptum est: Iustus ex fide vivit. Hic me prorsus renatum esse sensi, et apertis portis in ipsam paradisum intrasse». Siehe M. BRECHT, *Martin Luther*, Bd. 1: *Sein Weg zur Reformation 1483-1521*, Stuttgart 1990³, S. 215-230.

7 L. SPENGLER, *Glaubensbekenntnis*, in DERS., *Schriften der Jahre September 1525 bis April 1529*, hrsg. von B. Hamm u.a., Gütersloh 1999, Nr. 48: Glaubensbekenntnis, S. 115-142, hier S. 125.

Darein der Monschein vns hat bracht
Der Monschein deüt die menschen lere
Der Sophisten hin vnde here»[8].

2. *Die soziale Dimension*

Das Evangelium wurde nun auch als Lösung der Sinnfrage für die Gesellschaft verstanden – als das Heil der Welt. Damit wurde die politische Sinnsuche ebenso erfüllt wie die existentielle. Der Christ ist – wie das Luther ja selbst formuliert hatte – nun ein Gerechter, der aus sich eine gerechte Welt entläßt. Er ist das Werk Gottes: «opus Dei, id est, quod operatur in nobis Deus, virtus Dei, qua nos petentes facit, sapientia Dei, qua nos sapientes facit, fortitudo Dei, solus Dei, gloria Dei»[9].

Durch den «fröhlichen Wechsel» werden wir eins mit Christus, indem wir ihn in uns aufnehmen und von ihm schwanger werden. Vereinzelt faßt Luther den Austausch der Eigenschaften, der im fröhlichen Wechsel geschieht, in extrem anmutenden Formulierungen: «Dann wa[h]r ist es, das der mensch mit gnaden beholffen mehr ist dann ein mensch, Ja die gnad gottis macht yn gotformig und vergottet yn, das yn auch die schrifft got und gottis sun heist»[10]. In *Von der Freiheit eines Christenmenschen* von 1520 beschreibt Luther die Umwandlung des Menschen als Konversion. Das von außen kommende Wort heilt und konvertiert den an Äußerlichem orientierten Menschen[11]. Die Gerechtigkeit wird in den Menschen eingegossen[12], und der Gerechte lebt aus dem Glauben[13].

Doch auf diesen Automatismus eines christlichen Verhaltens wollten nicht alle vertrauen. Das rechte Leben nach Gottes Geboten – hieß das nicht einfach: Gehorsam? Luthers Vertrauen in die selbstwirksame Kraft des

[8] H. SACHS, *Die Wittenbergisch Nachtigall*, in DERS., *Die Wittenbergisch Nachtigall. Spruchgedicht, vier Reformationsdialoge und das Meisterlied Das Walt Got*, hrsg. von G.H. SEUFERT (Reclam Universal-Bibliothek, 9737[3]), Stuttgart 1984, S. 9-40, hier S. 16.

[9] Original: WA 54, S. 185, 12-186, 20. Siehe M. BRECHT, *Martin Luther*, besonders S. 219 f.

[10] M. LUTHER, *Ein Sermon gepredigt zu Leipzig … am Tage Petri et Pauli*, 1519, in WA 2, S. 247, Z. 39-S. 248, Z. 3.

[11] T. HOHENBERGER, *Evangeliumstreue und Christusglaube. Die Rezeption der lutherischen Rechtfertigungslehre in den reformatorischen Flugschriften der Jahre um Worms 1521/22*, Tübingen 1996, S. 116-124.

[12] M. LUTHER, *Sermo de dublici Justitia*, 1519, in WA 2, S. 145, Z. 7.

[13] T. HOHENBERGER, *Evangeliumstreue und Christusglaube*, S. 50.

Evangeliums schlug sofort in Sollenssätze um. Bei Hans Sachs heißt es nun, die Anhänger sollten auch zur Verwirklichung der göttlichen Gebote aktiv werden und nicht nur verbal bekennen, sie für richtig zu halten:

«Ein new gebot gib ich euch / [Johannes 23], das ir euch vnder einander liebet / wie ich euch gelibt hab»[14].

Denn nur

«wer lieb hat / der ist von got geborn/ vnd kennet got / wer nit lieb hat kennet got nit / wan got ist die lieb / vnd wer in der lieb bleybt/ der bleibt in got/ vnd got in im. Derhalben mag ich wol zu euch sagen / wie Christus zun Juden. Johannis .viij. Wenn ir Abrahamskinder weret / so theten ir die werck Abrahe»[15].

«So ist das new gesetz allenthalten vol lieb, lieb, lieb»[16].

Ihr sollt! Der Imperativ wird herrschendes Sprachmittel.

Die Heilige Schrift wird selbst beim lutherischen Spengler «als Urkunde göttlichen Rechts» verstanden; in ihr fand der Jurist Spengler ein Legitimationsprinzip und eine oberste Norm absoluter Geltung[17]. Die Schrift war ihm damit zugleich Befreiungsbotschaft, insofern sie von der Vergeblichkeit der Werke befreit und auf Gottes Liebe als Geschenk verweist, wie auch einheitliche oberste Rechtsquelle, die die «Lebensnorm des göttlichen Willens» freilegt, die Norm der Liebe[18]. «Die Normquelle der Schrift und die Norm des Glaubens werden für Spengler so zur Grundlage des städtischen Lebens, zum Fundament für die Verwirklichung und Bewahrung der städtischen Werte und des Tugendkanons der bürgerlichen Oberschicht»[19]. Die enge Verschränkung von Erlösungslehre und Ethik ist dabei entscheidend; statt einer Trennung von geistlichem und weltlichem Bereich findet Spengler zu einem «Einheitsmodell der civitas christiana»[20].

Und die Bauern bekamen eine oberste Norm im göttlichen Recht, das die Welt wieder «recht» machen konnte, wo sie dem Billigkeitsempfinden

[14] H. SACHS, *«Ain gesprech eins Evangelischen christen/ mit einem Lutherischen ...»*, 1524, in DERS., *Die Wittenbergisch Nachtigall*, S. 119-141, hier S. 127.

[15] *Ibidem*, S. 139.

[16] H. SACHS, *Ein Dialogus ... den Geytz ... betreffend*, 1524, in DERS., *Wittenbergisch Nachtigall*, S. 93-117, hier S. 106, Z. 275 f.

[17] H. SACHS, *«Ain gesprech eins Evangelischen christen / mit einem Lutherischen ...»*, S. 132.

[18] *Ibidem* S. 133.

[19] *Ibidem* S. 135.

[20] *Ibidem* S. 135.

widersprach[21]. Sie machte eine gerechte Neuordnung möglich[22]. Hier bot also die Reformation mit der Norm der Bibel einen Ausweg für den bäuerlichen Lebensraum. Mit dem göttlichen Recht konnte die bestehende Ordnung auf ihre Gerechtigkeit geprüft werden. Und nun «wurde die künftige Sozial- und Herrschaftsordnung prinzipiell offen»[23]. Auch in Richtung Schweiz, die als Vorbild einer gerechten Ordnung galt[24].

Die christliche Ordnung sollte wie in der Stadt so auf dem Land durch «brüderliche Liebe» und «gemeinen Nutzen», also das Allgemeinwohl als oberster Norm, gekennzeichnet sein. Nächstenliebe als Gesetz. Die diesseitige Ordnung sollte eine Ordnung der Gleichheit aller sein. Damit war sie tendenziell gegen den Adel und die Fürsten und ihre ständischen Vorrechte gerichtet[25]. Alte naturrechtliche Freiheitsvorstellungen gewannen eine neue Schubkraft, die altüberlieferte Leibeigenschaft, als entehrende und belastende Unfreiheit empfunden, wurde nun als «unrecht» etikettierbar: «Niemantz dann Gott unser Schöpfer, Vatter und Herr solle Aigenlutt haben», forderten etwa die Schaffhauser Dörfer[26].

«Göttliche Gerechtigkeit, brüderliche Liebe und gemeiner Nutzen waren Leitbegriffe, mit denen der 'gemeine Mann' 1525 in den Kampf gegen die geistliche und weltliche Herrschaftselite zog. Provozieren sollten sie diejenigen, die sich den Forderungen sozialer Gerechtigkeit entzogen, brüderliches Verhalten geringschätzten und den gemeinen Nutzen in Eigennutz verkehrten. So gesehen waren diese Begriffe der sprachliche Ausdruck radikaler Kampfansage, ja, sie wurden zu Losungs- und Schlagwörtern in einer aufgewühlten, revolutionären Situation. Sie sollten jedoch nicht nur provozieren, sondern auch auf Inhalte und Ziele hinweisen, für die der Kampf geführt wurde. Die Bauern wollten eine 'christliche Welt der Brüderlichkeit und Nächstenliebe' aufrichten ... Diese Welt war eine Zielprojektion, man könnte sie auch eine Utopie nennen: die radikale Kritik der bestehenden religiösen

[21] P. BLICKLE, *Die Reformation im Reich*, Stuttgart 1992[2], S. 122.

[22] So B. HAMM, *Bürgertum und Glaube. Konturen der städtischen Reformation*, Göttingen 1996, S. 213.

[23] P. BLICKLE, *Die Revolution von 1525*, München 1977, S. 135-143, hier S. 141. Vgl. auch DERS., *Unruhen in der ständischen Gesellschaft 1300-1800* (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 1), München 1988, S. 58-61, 85-87.

[24] Vgl. die Flugschrift *«An die versamlung gemayner Pawerschaffft»: «Wer meret Schwytz, der herren gytz»*, 1525, in G. PILTZ (ed), *Ein Sack voll Ablaß. Bildsatiren der Reformationszeit*, Berlin 1983, S. 79. Auch in *Reformation in Nürnberg – Umbruch und Bewahrung. Katalog der Ausstellung 1979*, Nürnberg 1979, S. 181 und in A. WAAS, *Die Bauern im Kampf um Gerechtigkeit 1300-1525*, München 1976[2], S. 223. Vgl. den Text, *ibidem* S. 223 f.

[25] Vgl. auch P. BLICKLE, *Gemeindereformation. Die Menschen des 16. Jahrhunderts auf dem Weg zum Heil*, München 1985, S. 68-70.

[26] Zitat nach *ibidem* S. 70.

und gesellschaftlichen Verhältnisse, die Sehnsucht nach einer anderen, besseren Welt, im Stil der neueren Utopie-Diskussion ausgedrückt, die Negation der Negation. Aber es war nicht nur eine Welt, die von der Zukunft erwartet wurde, sondern ebenso eine Welt, die hier und jetzt schon Gestalt anzunehmen begann. So wurden die genannten Begriffe auch zu Maximen, die das Verhalten und Handeln des 'gemeinen Mannes' steuerten: 'allain christlichen bruderlicher Lieb nach [zu] handeln'. Sie dienten als Maßstab, an dem sich Herrschaft messen lassen mußte. Diese Begriffe waren also Provokation, Handlungsanweisung, Legitimationsinstanz und Zielprojektion zugleich. Im Zentrum stand die 'brüderliche Liebe', oder, um einen Begriff zu nutzen, der erst in der Französischen Revolution als 'Fraternité' zum Schlagwort wurde, die 'Brüderlichkeit'»[27].

Weil das gesellschaftliche Normensystem wie der Heilsweg im gleichen Prinzip: der Brüderlichkeit neu fundiert wurden, konnte die neue Lehre als Universallösung erscheinen. Der Kampf gegen einen pflichtvergessenen Klerus wurde zu einer Ausführungsvariante für die Durchsetzung der Brüderlichkeit[28].

Gemeinden versammelten sich und schufen in der Stadt Bürgerausschüsse[29] und auf dem Land Gemeindevertretungen bis hin zu überlokalen «Christlichen Vereinigungen»[30]. Zunächst rotteten sich Bürger mehr oder weniger spontan zusammen, um ihre immer dringender werdenden Anliegen an die Obrigkeit zu bringen. Sie bildeten nach Zünften oder Kirchgemeinden organisierte Ausschüsse, die Beschwerden vortrugen, ihre Forderungen artikulierten. Bemerkenswert ist dabei, wie sehr diese Ausschüsse zunächst auf Legalität achteten und mitunter ausdrücklich formulierten, daß sie die «ere, wolfart vnd auctoritet» des Rates schützen wollten[31]. Auf dem Land ist das nun einsetzende Eskalationsschema ähnlich, wenn auch mitunter akzentuierter.

27 H.-J. GOERTZ, *Brüderlichkeit – Provokation, Maxime, Utopie*, in H.R. SCHMIDT - A. HOLENSTEIN - A. WÜRGLER (edd), *Gemeinde, Reformation und Widerstand. Festschrift Peter Blickle*, Tübingen 1998, S. 161-178, hier S. 161.

28 H.-J. GOERTZ, *Antiklerikalismus und Reformation. Sozialgeschichtliche Untersuchungen*, Göttingen 1995, S. 118. Es ist eigentlich nach dem Gesagten nicht mehr möglich, wie Goertz die Reformation als «Aufstand gegen die Priester» zu etikettieren, denn sie ist damit ja weit mehr.

29 O. RAMMSTEDT, *Stadtunruhen 1525*, in H.-U. WEHLER (ed), *Der Deutsche Bauernkrieg 1524-1526*, Göttingen 1975, S. 239-276. Vgl. H.R. SCHMIDT, *Reichsstädte, Reich und Reformation*, S. 183-185, 191, 214, 285 ff., 330.

30 P. BLICKLE, *Die Revolution von 1525*, S. 22-33.

31 Archives Municipales de Strasbourg, Série VI, 701 a/14, fol. 353v; siehe H.R. SCHMIDT, *Reichsstädte, Reich und Reformation*, S. 183.

3. *Fazit*

Die neue Erkenntnis lagerte zunächst im eigenen Kopf. Wer sie formulierte, sprach in der Ich-Form und indikativisch. Der Text traf Aussagen. «Da fühlte ich mich wie ganz und gar neu geboren, und durch offene Tore trat ich in das Paradies selbst ein», bekannte Luther[32]. Dabei blieb es auch, wenn die Selbstreflexion veröffentlicht wurde. Das geschah als Bekenntnis.

Die Stufe 1 der öffentlichen Eskalation war erreicht worden. Der Beispieltext von Spengler gehört hierher: «Ich glaub und bekenne, das ausserhalb dieses leidens und sterbens deß Sons Jesu Christi, unnsers Herrn, nyemands weder mit wercken oder verdiensten fromm oder gerecht werden» kann.

Der Ruf, aufzuwachen und die Botschaft zu hören, den Hans Sachs ausstößt, setzt auf Information, obwohl schon hier Imperative gebraucht werden. Aber noch sind indikativische Wendungen häufiger: Sachs stellt Luther als den rechten und den Papst als den falschen Lehrer dar. Das scheint mir eine neue Stufe zu sein: Stufe 2 in meinem Schema, das sicher nur heuristische Funktion hat. Ein Publikum soll gewonnen werden.

Stufe 3 ist erreicht, wenn man die um die rechte Lehre Wissenden auffordert, christlich zu handeln. Nun dominieren in den Texten imperative Wendungen wie «du solt al menschen lieben als dich selbs; schüß din narung zusamen, bring es den armen»[33]. Oder: «Was du wilt, das dir geschehe, thu(e) auch ein andern»[34].

Stufe 4 bündelt dann die individuellen, wenn auch schon massenhaften Entscheidungen zur neuen Lehre organisatorisch durch Bürgerausschüsse[35].

[32] Auf den erneuten Nachweis weiter vorne ausführlicher zitierter Belege verzichte ich hier.

[33] C. ZIEGLER, *«Ein kurtz Register ... was abgötterey sey ...»*, 2.-24.6.1524, in M. KREBS - H.G. ROTT (edd), *Quellen zur Geschichte der Täufer*, Bd. 7: *Elsaß*, 1. Teil: *Stadt Straßburg 1522-1532*, Gütersloh 1959, Nr. 6, S. 8-10, hier S. 8.

[34] A. VON STAUFFEN, *Eine christliche Schrift*, 1523, in A. LAUBE - A. SCHNEIDER - S. LOOSS (edd), *Flugschriften der frühen Reformationsbewegung: 1518-1524*, Bd. 2, Vaduz 1983, S. 918-926, hier S. 922.

[35] O. RAMMSTEDT, *Stadtunruhen 1525*, S. 239-276. Vgl. H.R. SCHMIDT, *Reichsstädte, Reich und Reformation*, S. 183-185, 191, 214, 285 ff., 330.

Tab. 1. *Die reformatorische Öffentlichkeit formiert sich*

Ebene	Stufe	Textsorte	Adressat	Modus der Aussagen
Individuelle Ebene	0	Erfahrungsbericht, Lebensbericht, Tagebuch, Testament	ad se reflexiv	indikativ
Öffentlichkeit	1	Brief, Erfahrungsbericht an andere, Predigt	ad alteros indikativ	indikativ
	2	Predigt, veröffentlichte Predigt, Flugschrift	ad publicum informativ	indikativ
	3	Predigt, veröffentlichte Predigt, Flugschrift, Schauspiel	ad adhaerentes impulsiv	optativ Man sollte. imperativ Man muss.
Übergang zur politischen Ebene	4	Predigt, Flugschrift, veröffentlichte Predigt, Verabredung (mündlich, schriftlich) Zusammenrottung, Aktion	ad combattantes appellativ	imperativ

Der Wechsel der Eskalationsstufe wird, so haben wir gesehen, über eine Beschreibung der sprachlichen Mittel wie etwa der verwendeten Verben und ihrer Modi (Indikativ, Konjunktiv/Optativ, Imperativ) grob faßbar und beschreibbar.

II. Die Bewegung wendet sich an die Obrigkeit

1. *Die Dimension der legalen Beziehungen*

Die organisierte evangelische Bewegung trat nun selbst wieder informierend an die Obrigkeit heran. Diese wurde auf Mißstände, die dem Ziel einer brüderlichen Welt widersprachen, hingewiesen: Der Imperativ richtet sich

noch auf die Erkenntnis des Mißstandes. Noch wird Handeln nur zwischen den Zeilen gefordert: «secht wie Pawren / Hantwerksleüt / so aygennützig seind / vnd zeucht yeder in seinen sack / vnd ist des neyden / hassen / rechten / fechten kain endt bey jn»[36]. Seht!, heißt es. Noch nicht: Tut!

Aufforderungscharakter erhielten die Texte, wenn nun die Mißstände, die gesehen werden sollten, listenförmig mit der Bitte um Abstellung formuliert und Bittschriften in ordentlicher Form der Obrigkeit übergeben wurden. Die Bildung von Ausschüssen entsprang mitunter selbst der Initiative der Magistrate, die einen konkreten und legitimierten Ansprechpartner wollten[37]. In zunftverfaßten Städten konnten sich Beschwerden und Forderungen über das akzeptierte Verfassungsorgan der Zunft artikulieren. Die Grenze zwischen Beschwerden und Suppliken ist dabei völlig fließend[38]. Es ist gerade ein Kennzeichen der Entwicklung, daß die Formulierung von Beschwerungen in der Regel konkrete Maßnahmen erbittet, erwartet oder erzwingen will. Es regnete in den Jahre 1524 und 1525 geradezu Eingaben an die Räte der Städte[39]. Sie wurden immer drängender und verlangender, imperativer. Schon ist der Übergang zu Artikeln, d.h. Forderungskatalogen, die mit Gewaltandrohung gestützt werden, offen wie in den 46 Artikeln der Frankfurter Gemeinde vom 22. April 1525[40]:

«Erstlich ist unser Bitt und Begere auch ernstliche Mainung, daß hienfurter ein ersamer Rate und ein Gmainde ein Pfarherr in die Pfarrkirchen und in andere Kirchen zu setzen und zu entsetzen Macht haben sollen, dieselben erweelten Pfarherr auch nicht anders dann

36 N. MANUEL, *Klagred der armen Götzen*, 1528, in J. BÄCHTOLD (ed), *Niklaus Manuel*, Frauenfeld 1878, S. 237-253, hier S. 248.

37 H.R. SCHMIDT, *Reichsstädte, Reich und Reformation*, S. 183-185 (Straßburg).

38 A. WÜRGLER, *Voices From Among the «Silent Masses»: Humble Petitions and Social Conflicts in Early Modern Europa*, in «International Review of Social History», 46, 2001, S. 11-34 zur begrifflichen Differenzierung zwischen Petitionen, Suppliken und Gravamina. Gravamina sind danach (S. 14) kollektive Beschwerden, d.h. Formulierungen von Problemen, die die Betroffenen wörtlich «beschweren». Supplikationen sind nach Würgler demgegenüber individuelle oder kollektive «requests, demands, and complaints» (S. 15). Die Grenze ist also fließend, doch ist es möglich wie oben im Text idealtypisierend zwischen Benennungen von Belastungen (Beschwerden/Gravamina) und Bitten und Forderungen um konkrete Maßnahmen (Bittschriften, Suppliken, Artikel) zu unterscheiden. *Ibidem* S. 31: «Supplications and gravamina were frequently interwoven. Often, gravamina also included a petition: after complaining about this or that, texts usually end with a petition to abolish the causes of the gravamina. In contrast, many social conflicts started with humble supplications and ended with rebel's gravamina».

39 H.R. SCHMIDT, *Reichsstädte, Reich und Reformation*, S. 285 (Straßburg).

40 G. FRANZ (ed), *Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges*, Darmstadt 1963, S. 455-461, hier S. 455 f.

das lauter Wort Gots, das hailig Evangelium, onvermengt menschlicher Satzung predigen, damit das Volk in rechter Lere gesterkt und nit verfurt werde ...

Zum 2. daß alle diejenen, sie seien gaistlich oder weltlich, so alhie wonen wollen, sich des grossen Lasters der Hurerei maessen sollen und also zu sitzen nit gelitten werden, damit dem Nechsten kein Ergernus daraus erwachs. Und wo einer nit keusch zu leben sich befindt, daß derselbig ehlich werden sall und niemant gar kein Hureri gestatt soll werden»[41].

In den Frankfurter Artikeln klingt aber ein Ton an, der den Willen der Bürger als unbedingt und ohne Widerrede zu vollziehen hörbar macht: «Zum 9. wollen wir, daß das groß Ungelt an Wein, Korn, Salz, Oli, Nidderlage, Fischwerk und anderm, so in der Stadt verbraucht wurt, zum halben Tail geringert und dem Armen zu Gutt nachgelassen werde»[42]. Die untertänige «Bitte» ist unversehens als Fassade eines Wollens enttarnt. Die Meinung ist «ernstlich». Das Wollen nicht verhandelbar.

2. *Die Dimension des Aufruhrs*

Nur ein kleiner Schritt ist es zu Aufruhrartikeln wie den berühmten Zwölf Artikeln der Bauern:

«Zu(o)m andern dann klar lauter volget, das die Bauren in iren Artikeln solches Evangelion zu(o)r Leer und Leben begerend, nit mügen ungehorsam, aufrürisch genennt werden. Ob aber Got die Pauren (nach seinem Wort zu(o) leben ängstlich ru(o)fent) erhören will, wer will den Willen Gotes tadeln? Wer will in sein Gericht greifen? Ja wer will seiner Mayestet widerstreben? Hat er die Kinder Israhel zu(o) im schreiend erhöret und aus der Hand Pharaonis erlediget, mag er nit noch heut die Seinen erretten? Ja er wirts erretten! Und in ainer Kürz!»[43]

Im ersten Artikel befleißigen sich die Bauern einer «Supplikensprache»:

«Zum Ersten ist unser diemütig Bitt und Beger, auch unser aller Will und Mainung, das wir nun fürohin Gewalt und Macht wöllen haben, ain ganze Gemain sol ain Pfarer selbs erwölen und kiesen; auch Gewalt haben den selbigen wider zu(o) entsetzen, wann er sich ungepürlich hielt».

Wie in Frankfurt ist die Demut aber gepaart mit einem festen Willen und schlägt sofort in imperativisches Reden um. Auch diese Forderungen sind noch «ordentlich formuliert». Sie überschreiten aber schon den Supplikentatbestand, wenn sie keine Widerrede dulden[44]. Es wird nicht gebeten,

[41] *Ibidem.*

[42] *Ibidem.*

[43] *Ibidem* S. 174-179, hier S. 175.

[44] P. BLICKLE, *Beschwerden und Polizeien. Die Legitimation des modernen Staates durch Verfahren und Normen*, in P. BLICKLE - P. KISSLING - H.R. SCHMIDT (edd), *Gute Policey als*

sondern gefordert, und das was gefordert wird, soll nicht nur sein, sondern es muß:

«Zu(o)m zwelften ist unser Beschluß und endliche Mainung, wann ainer oder mer Artikel, alhie gestelt, so dem Wort Gotes nit gemeß weren, als wir dann nit vermainen, dieselbigen Artikel wol man uns mit dem Wort Gots für unzimlich anzaigen, wolt wir darvon abston, wann mans uns mit Grund der Schrift erklert. Ob man uns schon etlich Artikel jetz zuließ und hernach sich befend, das Unrecht weren, sollen si von Stund an tot und absein, nichts mer gelten. Dergleichen ob sich in der Schrift mit der Warhait mer Artikel erfunden, die wider Got und Beschwernus des Nächsten weren, wöll wir uns auch vorbehalten und beschlossen haben. Und uns in aller christlicher Leer ieben und brauchen, darumb wir Gott den Herren bitten wöllen, der uns das selbig geben kan und sunst niemant. Der Frid Christi sei mit uns allen».

Sollte man noch mehr finden, was sich aus Gottes Wort begründen läßt, wird man das auch fordern, und man verlangt die Befolgung von Gottes Geboten auch gegen die positive bestehende Rechtsordnung durch die Obrigkeit. Die Welt wird umgekehrt. Die Obrigkeit hat zu gehorchen. Das ist mehr als eine Supplik. Wenn die Obrigkeiten sich dauern verweigern, kommt es zum Bürgerkrieg. An der Grenze dazu steht schon der frühe Zwingli: «Wenn die Regierer aber untrülich und usser der schnu(o)r Christi faren wurdind, mögend sy mit got entsetzt werden»[45].

3. *Die Dimension der Revolution*

Texte, die angesichts einer widerwilligen Obrigkeit zum Handeln gegen diese Obrigkeit auffordern, klingen nicht von ungefähr revolutionär. Thomas Müntzer sagt:

«Darumb huett euch, seyt nit also vorzagt, nachlessig, schmeychelt nit lenger den vorkarten fantasten, den gottloßen boßwichtern, fanget an und streytet den streyt des Herren! Es ist

Politik im 16. Jahrhundert. Die Entstehung des öffentlichen Raumes in Oberdeutschland, Frankfurt a.M. 2003, S. 549-568: «Beschwerden konnten die Form von Artikeln annehmen, die in einer Art von Steigerung dann auch *Ordnung* heißen ... Die schon genannten Zwölf Artikel der Bauern von 1525 stellen die Abstraktion der 300 Beschwerdeschriften an den Schwäbischen Bund dar. Sie waren im Grund nicht mehr verhandelbar», S. 558. Auch bei Peter Blickle wird eine Eskalation der Beschwerdeformen sichtbar gemacht, an deren langem Ende die Aufruhrartikel stehen. Er differenziert unter dem Oberbegriff «Beschwerden» die Suppliken, die direkt an den Hof gebracht werden, die Gravamina der Stände auf dem Landtag und die Artikel und Ordnungen. Er zeigt besonders die Rolle, die diese Untertanenbeschwerden bei der Ausrichtung der «Guten Policey» des frühneuzeitlichen Staates spielten – ihre «polizeirechtlichen Konsequenzen», S. 554.

[45] H. ZWINGLI, *Sämtliche Werke*, hrsg. von E. Egli und G. Finsler, Bd. 2: *Gründe und Auslegen der Schlußreden*, Leipzig 1908, S. 342: Auslegung des 42. Artikels.

hoch zeyth, haltet eure bruder alle darzu, das sie gottlichs gezeugnus nicht verspotten, sunst mussen sie alle vorterben. Das ganze deutsche, franzosisch und welsch land ist wag, der meyster will spiel machen, die bo(e)swichter mussen dran ... Dran, dran, dyeweil das feuer hayß ist. Lasset euer schwerth nit kalt werden, lasset nit vorlehmen! Schmidet pinkepanke auf den anbossen Nymroths, werfet ihne den thorm zu bodem! Es ist nit mugelich, weyl sie leben, das ir der menschlichen forcht soltet lehr werden. Mann kan euch von Gotte nit sagen, dieweyl sie uber euch regiren. Dran, dran, weyl ir tag habt, Gott gehet euch vor, volget, volget!»[46].

Die Bauern zogen mit ihm in den Krieg. Sie trafen auf die überlegenen Heere der Obrigkeiten, neu- wie altgläubiger. Der Bauernkrieg scheiterte. Doch etliche gingen den Weg weiter, während viele resignierten und das Gottesurteil der Niederlage über sich ergehen ließen. Die Täufer zogen sich aus der Welt zurück, um unbedingtem Gehorsam gegen Gott leben zu können. Sie stellten sich längerfristig nicht gegen die Obrigkeit, sondern suchten ihren selbstgestalteten Freiraum, ein Reservat der ursprünglichen Bauernkriegsforderungen.

Die Obrigkeit hatte zwar nicht faktisch, aber für die Täufer praktisch ihre Legitimität verloren. Ihre «Brüderliche Vereinigung etlicher Kinder Gottes» formuliert in Schleitheim 1527 sieben Artikel:

«Zum zweiten haben wir uns folgendermaßen über den Bann geeinigt: Der Bann soll bei allen denen Anwendung finden, die sich dem Herrn ergeben haben, seinen Geboten nachzuwandeln, und bei allen denen, die in den einen Leib Christi getauft worden sind, sich Brüder oder Schwestern nennen lassen und doch zuweilen ausgleiten, in einen Irrtum und eine Sünde fallen und unversehens überrascht werden ... Christus sollte zum König gemacht werden, ist aber geflohen und hat die Ordnung seines Vaters nicht berücksichtigt. So sollen wir es auch tun und ihm nachlaufen. Wir werden dann nicht in der Finsternis wandeln. Denn er sagt selbst: 'Wer mir nachfolgen will, der verleugne sich selbst und nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach' [Matth. 16,24]. Auch verbietet er selbst die Gewalt des Schwertes und sagt: 'Die weltlichen Fürsten, die herrschen' usw.; 'ihr aber nicht also' [Matth. 20, 25f.]»[47].

Eine grundsätzlich neue Ordnung wird nun in Absonderung von der Welt Wirklichkeit.

[46] T. MÜNTZER, *An die Allstedter* (1524), in DERS., *Schriften und Briefe*. Kritische Gesamtausgabe, hrsg. von G. FRANZ, Gütersloh 1968, S. 454-456, hier S. 454 f.

[47] *Das Schleitheimer Bekenntnis*, 24.2.1527, zitiert nach H. FAST (ed), *Der linke Flügel der Reformation. Glaubenszeugnisse der Täufer, Spiritualisten und Antritrinitarier*, Bremen 1962, S. 60-71, hier S. 63 (Artikel 2) und 67 (Artikel 6). Vgl. dazu auch H.-J. GOERTZ, *Pfaffenhaß und Groß Geschrei. Die reformatorischen Bewegungen in Deutschland 1517-1529*, München 1987, S. 203-207.

4. *Fazit*

Betrachten wir die Texte näher, dann finden sich über die Wortwahl und die Grammatik wieder Anhaltspunkte für eine Eskalation: von den Gravamina über die Suppliken zu Artikeln und Aktionen.

Tab. 2. *Die evangelische Bewegung wird politisch*

Ebene	Stufe	Textsorte	Adressat	Modus
Politische Ebene	5	Gravamina	ad autoritates ignorantes informativ	indikativ imperativ Seht!
	6	Suppliken/Petitionen	ad autoritates cunctatores impulsiv	imperativ Tut bitte! Man soll.
	7	Forderungskataloge	ad autoritates non voluntarios imperativ	imperativ Ihr müsst!
	8	Artikelbriefe, Aktionen	ad autoritates adversarios pugnativ (kämpferisch)	imperativ Wir müssen ohne die Obrigkeit und gegen sie handeln!
	9	Artikelbriefe, Aktionen	ad nos revolutionär	imperativ Schaffen wir eine neue Ordnung für uns!

Die Gravamina stehen im Indikativ. Mißstände werden genannt. Klein ist der Schritt zur Bitte, die einen Impuls an die nicht von selbst handelnden Autoritäten setzt: Auf Stufe 6 begehrt «ain ersame gmaine» etwas[48]. «Mit ganzem ernst sol man dem [Übel] weren; Wer schwert, dem sol man zungen rissen, so wurd man sich wol anderst flissen Und us der bösen gwonheit kommen, Die üch [Euch] sunst nimmer wirt genommen»[49], sagt Niklaus

[48] S. LOTZER, «*Entschuldigung ainer Frummen Christlichen Gemain zu(o) Memmingen ...*», 1525, in DERS., *Sebastian Lotzers Schriften*, hrsg. von A. GOETZE, Leipzig 1902, S. 75-81, hier S. 83.

[49] N. MANUEL, *Klagred der armen Götzen*, S. 250.

Manuel. «Begehren», «bitten» und «sollen», noch nicht «müssen» steht in diesen Texten zu lesen.

Das Muß scheint mir einen qualitativen Wandel anzuzeigen. Wenn die Obrigkeit so gefordert wird, daß sie handeln muß, dann wird sie zum ausführenden Organ eines höheren Willens degradiert. Formal handelt es sich dabei oft auch noch um «Suppliken» wie die Frankfurter Artikel. «Erstlich ist unser Bitt und Begere auch ernstliche Mainung», sagen sie. Damit wird der Übergang zum Wollen vollzogen: «ist unser ernstliche Mainung», und wir «wollen» durchzieht die gesamten Artikel. Stufe 7 wird unbedingt. Hier wird nicht gewollt. Sondern es wird gesagt, daß die Obrigkeit handeln «muß». Tut sie das nicht, wird sie nicht mehr akzeptiert. Der Imperativ beherrscht die Wortlandschaft.

Gegen die unwilligen Obrigkeiten wird im Aufruhr gehandelt; «wenn man die übermütigen Könige nicht absetzt, wird das ganze Volk dafür gestraft»[50], «So aber die gantze menge des volcks einhälliklich ... den tyrannen abstoßt, so ist es mit got»[51]. Diese 8. Stufe steht formal auf dem Boden der Ordnung, sachlich aber schon jenseits von ihr, weil sie eine entscheidende Neuordnung unbedingt verlangt. Form und Inhalt klaffen auseinander. Die Zwölf Artikel gehören hierher. Die Bauernforderungen sind unbedingter Reform verpflichtet, hoffen aber noch auf die Obrigkeit. Wenn sie nicht hört, wird die Revolution vollendet. Denn Gottes Wille ist höher als der der Menschen. Und man kann nicht zwei Herren dienen.

Die 9. Stufe steht dann ganz außerhalb der Ordnung. Texte aus diesem «illegitimen Raum» sind unbedingt und zielen auf eine neue Welt, allein folgend den Maximen des göttlichen Rechtes.

III. Abschliessende Überlegungen

1. *Suppliken im Eskalationskontinuum*

Bei der Reformation kommen individuelle Suppliken als Bitte um Ausnahme oder Gnade nicht in den Blick. Das Spektrum wird rasch auf die politische Dimension und damit auf die kollektive Ebene 'eingeengt'. Dennoch ist sie für die Supplikenforschung von Nutzen. Die Erkenntnisse der Reformationsforschung können verallgemeinert werden.

[50] H. Zwingli, *Auslegung und Begründung der Thesen oder Artikel*, 14.7.1523, in ders., *Schriften*, Bd. 2, Zürich 1995, S. 1-499, hier S. 392.

[51] *Ibidem*.

Deutlich wird hier ja das Vorstadium der politischen Suppliken in der reformatorischen Öffentlichkeit. Verallgemeinern läßt sich daraus, daß auch das vorpolitische Stadium (oben: Teil I.) der gesellschaftlichen Diskussionen als Aggregatzustand in den Blick genommen werden sollte. Gravamina und Suppliken stehen in einem Kondensationsprozeß. Gesellschaftliche Befindlichkeiten und vorpolitische Diskussionen – in der Reformation ausnahmsweise häufig schriftlich greifbar – verdichten und verdinglichen («kondensieren» als «sich niederschlagen» verstanden) sich in einer bestimmten Phase zu Texten an die Obrigkeit. Und sie gehen darüber hinaus. Gravamina und Suppliken sind nur Stufen in einem unterhalb von ihnen beginnenden und potentiell über sie hinausgehenden Eskalationsschema.

2. *Das immanente Weltbild der reformatorischen Bewegung*

Die reformatorischen Gravamina, Suppliken, Petitionen, Artikelbriefe und selbst revolutionäre Aktionen ruhen alle m.E. im gleichen Weltbild. Innerhalb dieses Weltbildes ist die Obrigkeit «Mandatar» der Untertanen, d.h. hat eine Fürsorgepflicht für diese, die ihre Existenzberechtigung konstituiert (Reziprozität).

Dieses Weltbild steht in einer partiellen oder mancherorts in einer grundsätzlichen Spannung zum Selbstbild der Obrigkeiten, die sich nicht aus dem Dienst an der Gesellschaft (wie häufig die Stadtobrigkeiten), sondern aus der dynastischen Genealogie, der Ständelehre oder dem Gottesgnadentum als «Souverän» legitimieren. Insofern ist die Reformation auch ein ideologischer Kampf. Er geht zu einem guten Stück zugunsten der autokratischen Idee aus.

Suppliken sind in diesen Zeithorizont und seinen Wandel eingebettet. Sie sind einmal mehr (reformatorisch) Vertretungsverlangen und einmal mehr (nachreformatorisch) Gnadenbitten. Suppliken stehen damit im Kontext der herrschenden politischen Ideengeschichte ihrer Zeit und sind aus diesem Kontext je neu zu definieren.

Rivolte rurali e conflittualità urbana

La città di Trento durante il «Bauernkrieg» del 1525

di *Carlo Taviani*

1. *Cenni storiografici*

Se il fenomeno della guerra contadina tedesca del 1525 – che oggi, alla luce dei decennali studi di Peter Blickle, sarebbe più appropriato indicare con il nome di «rivoluzione dell'uomo comune»[1] – è stato da sempre molto studiato in Germania, non ha riscosso tuttavia lo stesso interesse nella tradizione storiografica di altri paesi europei. Nella storiografia del Trentino – dove gli echi delle guerre contadine si erano fatti sentire fino sotto le mura di Trento – il tema della «guerra rustica», come sono chiamate le insurrezioni contadine nei testi più antichi, ha trovato spazio nell'annalistica dal Cinquecento al Settecento, per acquisire rinnovato vigore solo nella seconda metà del XIX secolo[2]. Il pregio di questa più recente serie di studi è tutto nell'ampia raccolta di fonti che essi offrono (pubblicazione insieme di documenti e di cronache) e che li rende, oggi, preziosi strumenti per l'indagine storica.

D'altra parte, il tema stesso appariva più ricco di prospettive se affrontato in zone a diretto contatto con l'area di lingua tedesca, dove, rispetto al Trentino, le rivolte avevano assunto una connotazione più radicale. Il Tirolo, ad esempio, offriva e offre ancora la possibilità di analizzare l'affascinante

[1] Cfr. P. Blickle, *Die Revolution von 1525*, München 1975.

[2] Si veda Girolamo Brezio Stellimauro, *La guerra rustica nel Trentino*, coeva all'insurrezione contadina, in Giovan Battista di Sardagna, *La guerra rustica nel Trentino (1525)*, Venezia, Tip. di P. Naratovich, 1889, pp. 101-114; Giano Pirro Pincio, *Annali, ovvero croniche di Trento*, Trento, Carlo Zanetti Stampator Episcopale, 1643; Michelangelo Mariani, *Trento con il sacro concilio*, Trento 1673, rist. Milano 1970, pp. 166-175; Francesco Felice degli Alberti, *Annali del Principato Ecclesiastico di Trento dal 1022 al 1540. Reintegrati e annotati da Tommaso Gar*, Trento, Tipografia Monauni, 1860, pp. 444-472; Tommaso Bottea, *La sollevazione dei rustici nelle valli di Non e di Sole nel 1525*, Trento, Tipografia Marietti, 1882; Carlo Giuliani, *Documenti per la guerra rustica nel Trentino*, in «Archivio Trentino», III, 1884; VI, 1887; VIII, 1889; IX, 1890; XI, 1893.

figura di Michael Gaismair[3] e della sua «presunta» *Landesordnung* del 1526[4]. Un documento, quest'ultimo, al centro delle ricerche di Giorgio Politi il quale, dopo aver riesaminato tutti i materiali archivistici su cui si era basata la storiografia fino a quel momento e dopo avere dedicato una parte del lavoro ad un'accurata indagine filologica, è arrivato alla conclusione che la *Landesordnung* non fu elaborata da Gaismair, ma potrebbe essere un prodotto più tardo della cancelleria del principato vescovile di Bressanone[5].

Al di là di tale questione storiografica, gli indubbi meriti del lavoro di Politi consistono nell'aver aperto alla ricerca un orizzonte più vasto, mettendo in discussione l'egemonia che la figura di Michael Gaismair e della *Landesordnung* esercitavano nel panorama degli studi e restituendo respiro alla dimensione 'corale' della «guerra contadina» nei territori trentino-tirolesi. Tuttavia, la *Landesordnung* resta un documento con cui si deve continuare a fare i conti e la cui importanza, forse, risiede ora nel fatto che è possibile considerarla una fonte non più della, ma sulla «guerra contadina».

Oltre a queste acquisizioni più specifiche, negli ultimi decenni il dibattito storiografico ha subìto una svolta sul piano metodologico; si sono analizzate le rivolte dei contadini tedeschi del 1525, confrontandole con quelle di altri paesi d'Europa dello stesso periodo[6]. Con questi presupposti si è

[3] Fondamentale, per lo studio di questa figura, l'opera di J. MACEK, *Der Tiroler Buernkrieg und Michael Gaismair*, Berlin 1965; si vedano anche i lavori di G. POLITI, *I sette sigilli della «Landesordnung». Un programma rivoluzionario del primo Cinquecento fra equivoci e mito*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 12, 1986, pp. 9-86; *I sette sigilli della «Landesordnung». 2. Per una restituzione del testo, ibidem*, 14, 1988, pp. 87-239; *Gli statuti impossibili*, Torino 1995, nonché gli studi di A. STELLA, *La rivoluzione contadina del 1525 e l'utopia di Michael Gaismair*, Padova 1975; *Il «Bauernführer» Michael Gaismair e l'utopia di un repubblicanesimo popolare* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie, 33), Bologna 1999.

[4] Si tratta di un progetto politico, da sempre attribuito a Michael Gaismair, che avrebbe dovuto istituire uno stato sotto il controllo degli insorti, in una zona probabilmente corrispondente a quella dei principati di Trento e Bressanone, una volta liberati dal potere vescovile. Cfr. G. POLITI, *Gli statuti impossibili*, cit., p. 77. Il carattere programmatico e fondativo del testo, le disposizioni innovative riguardanti l'amministrazione della cosa pubblica, hanno fatto la fortuna della *Landesordnung*.

[5] Alcuni hanno dimostrato forti perplessità nel considerare la *Landesordnung* non attribuibile a Gaismair; si veda A. STELLA, *Il «Bauernführer» Michael Gaismair*, cit., p. 10.

[6] G. POLITI, *Rivolte contadine e movimenti comunali. Una tesi*, in S. GASPARRI - G. LEVI - P. MORO (edd), *Venezia: itinerari per la storia della città*, Bologna 1997, pp. 159-191; H. PIETSCHMAN, *Zwei frühneuzeitliche Volkserhebungen im Vergleich: die «Comunidades» von Kastilien und der deutsche Bauernkrieg*, in R. POSTEL - F. KOPITZSCH (edd), *Reformation und*

giunti ad uno studio comparativo dei fenomeni insurrezionali nell'Europa tardo-medievale[7].

Assieme a tale tipo di comparazione, si è cercato di rivedere il ruolo dominante o in alcuni casi unico assunto dai contadini nelle rivolte: un'estensione degli studi a gruppi sociali non considerati in precedenza. In particolare, ponendo l'attenzione anche sui ceti cittadini – alla luce della concettualizzazione blickliana di «rivolta dell'uomo comune» che attenua la scissione città/campagna – si aprono nuove possibilità di studio per verificare una più estesa adesione sociale al fenomeno insurrezionale del 1525. In questo contesto il caso di Trento costituisce un osservatorio particolare per studiare il fenomeno della «guerra contadina». Diversamente dai centri vicini di Bolzano, Merano e Bressanone, quasi paesi[8], Trento aveva, agli inizi del Cinquecento, una struttura sociale urbana articolata, una popolazione di circa 5.000 abitanti con ampie differenze cetuali al suo interno: nobiltà urbana laica ed ecclesiastica, corporazioni artigianali, semplici lavoratori manuali e molti stranieri senza cittadinanza. Su Trento, all'epoca della «rivoluzione dell'uomo comune», sono mancati studi specifici perché l'attenzione era focalizzata sul contesto rurale. La documentazione, tuttavia, è piuttosto ricca e s'imponeva a chi avesse voluto riprendere gli studi sulle rivolte del 1525. Accanto a questo, altri elementi hanno guidato la scelta dell'ambito trentino. In primo luogo la consapevolezza che un evento così importante come il *Bauernkrieg* non può essere studiato solo nel suo epicentro tedesco, con confini territoriali netti, ma deve essere spiegato in tutte le sue varianti e sfumature, anche in quei territori in cui l'intensità del fenomeno scema fino a spegnersi del tutto. La rivolta, infatti, si esaurisce proprio sotto le mura di questa città. Il principato vescovile di Trento, ai margini del Sacro Romano Impero Germanico, permette di misurare le differenze dello svolgersi della conflittualità in un ambiente soggetto a influenze politiche e culturali 'tedesche' e 'italiane'.

Revolution. Beiträge zum politischen Wandel und den sozialen Kräften am Beginn der Neuzeit. Festschrift für Rainer Wohlfeil zum 60, Stuggart 1989, pp. 101-119.

7 P. FREEDMAN, *The German and Catalan Peasant Revolts*, in «The American Historical Review», 98, 1993, 1, pp 39-54.

8 Sulle differenze fra le città trentino-tirolesi in rapporto alla «guerra contadina» si veda il saggio di G. POLITI, *Una rivolta di confine: il Principato nei conflitti del 1525*, in M. BELLABARBA - G. OLMI (edd), *L'età moderna (Storia del Trentino*, IV), Bologna 2002, pp. 193-207; sul *Bauernkrieg* nelle regioni alpine, il saggio di P. BLICKLE, *Alpenländer*, in H. BUSZELLO - P. BLICKLE - R. ENDRES, *Der Deutsche Bauernkrieg*, Paderborn 1984, pp. 191-214.

Altri elementi di distinzione rispetto alle regioni settentrionali di lingua tedesca riguardano più specificamente il livello della conflittualità. Trento non fu teatro di scontri e rivolgimenti come il Tirolo meridionale – dove i ribelli ottennero, per un periodo, il controllo dei centri di Merano e Bolzano. Né dentro la cinta muraria la tensione raggiunse mai l'intensità che caratterizzò le rivolte in alcune valli trentine (soprattutto le valli di Non, di Sole e la Valsugana)[9]. In queste zone, almeno nelle fasi iniziali, l'azione dei rivoltosi fu improntata tanto a una precisa strategia militare, quanto ad una coerente linea politica. In breve i contadini s'impossessarono delle vie di comunicazione e dei passi, poi occuparono i castelli dei feudatari. A queste prime mosse fece riscontro, sul piano politico, la creazione di consulte popolari per l'organizzazione delle comunità di una medesima zona – come il Consiglio dei Dodici, nell'Anaunia[10] – e il coordinamento con gli insorti sudtirolesi, che portò alla convocazione della Dieta di Merano (30 maggio - 8 giugno 1525), uno dei momenti più importanti della «guerra contadina».

Anche a Trento, però, scoppiarono tumulti e focolai di rivolta. Dopo la fuga del principe vescovo Bernardo Cles, il 15 maggio 1525[11] – provocata non tanto dal clima di sedizione che in quei giorni cominciava a serpeggiare in città, quanto dalle ben più drammatiche notizie che giungevano dal Tirolo meridionale –, il governo cittadino era passato nelle mani delle magistrature consolari coadiuvate, o meglio controllate, dai luogotenenti vescovili Georg von Frundsberg e Francesco di Castellalto, insieme al capitano della città Cristoforo Thun. A partire da questo episodio, le vicende dell'estate del 1525 sono segnate da una forte instabilità: un diffuso malcontento contro il principe vescovo, il sostegno da parte dei gruppi cittadini agli insorti delle valli e il tentativo di rivolta contro le stesse autorità consolari. Per tali motivi, la città di Trento non può essere studiata come un soggetto politico compatto, quanto, piuttosto, come una congerie di forze i cui equilibri hanno

[9] Per la zona di Levico, si veda A. CETTO, *Castel Selva e Levico nella storia del principato vescovile di Trento*, Trento 1952; per quella di Pergine, S. PIATTI, *L'insurrezione contadina del 1525 nel Perginese*, Trento 1990; per la val di Non si veda F. CHIAROTTI, *L'insurrezione contadina del 1525 nell'analisi degli avvenimenti dell'Anaunia*, in *Storia del Trentino*, IV, cit., pp. 157-192; dello stesso autore, *Dinamica territoriale e crisi delle strutture comunitarie nelle valli del Noce. Per una storia della «guerra contadina» nel principato vescovile di Trento (secc. XV-XVI)*, tesi di laurea, Università degli Studi di Venezia, a.a. 1987-1988 (rel. prof. G. Politi).

[10] F. CHIAROTTI, *L'insurrezione contadina del 1525*, cit., pp. 169 ss.

[11] Bernardo Cles rientrò a Trento il 7 giugno 1525.

determinato di volta in volta gli eventi, attraverso continue mediazioni tra i vertici del potere e gli insorti.

2. *Lo scoppio della rivolta. L'ambigua partecipazione della città di Trento*

Attraverso la lettura degli *Atti Civici*[12] è possibile ricostruire, almeno in parte, l'atteggiamento del magistrato consolare nei confronti delle città insorte del Tirolo meridionale. Infatti, i centri di Bolzano e di Merano, così come alcune città imperiali e territoriali della Svizzera e della Germania, avevano aperto le porte ai contadini ribelli.

La città di Trento si trovava invece in una situazione più ambigua: i consoli, rimasti fedeli al vescovo, cercavano di resistere alla pressione esercitata da una parte della cittadinanza e dalle comunità esterne. Questo fu un momento in cui le relazioni fra Trento e le zone settentrionali di lingua tedesca divennero particolarmente intense.

Quando, nel maggio del 1525, il Consiglio cittadino di Trento decisedi non seguire la via intrapresa dalle città di Bolzano e Merano, che avevano nei confronti degli insorti un atteggiamento di acquiescenza e di connivenza, lo fecero con estremo imbarazzo; provocarono infatti la reazione degli elementi popolari, presenti nei 'quartieri', un organismo di rappresentanza delle quattro zone del nucleo urbano: San Benedetto, Santa Maria, San Pietro e Borgo Nuovo. A leggere la documentazione dei giorni dell'insurrezione, non solo si comprende come una parte della cittadinanza volesse far causa comune con gli insorti tirolesi, ma anche come tale atteggiamento potesse essere giustificato con il richiamo alla necessità di rimanere fedeli alla confederazione che legava i principati vescovili di Trento e Bressanone alla contea del Tirolo. La partecipazione dei due principati vescovili alla Dieta tirolese – l'assemblea che raggruppava le quattro rappresentanze

[12] La pratica di redigere e conservare i documenti prodotti e ricevuti dal magistrato consolare è entrata in uso a Trento nei primi decenni del Cinquecento: il cancelliere aveva il compito di raccogliere le copie nel volume degli *Atti Civici*. Questi volumi sono conservati oggi presso l'Archivio Storico del Comune di Trento (d'ora in poi si farà riferimento al fondo dell'Archivio Consolare, con ASCTn, *ACT*, 1), mentre alcune minute originali, nella maggior parte disperse, si trovano presso l'Archivio di Stato. Riguardo agli anni 1524-1525, siamo in possesso dei volumi degli *Atti Civici*, catalogati con i numeri 3867 e 3869. Nel primo volume, composto da 192 fogli, sono contenuti gli atti civici dal I gennaio 1518 al 19 maggio 1525. Il procuratore era Antonio Guarinoni, mentre il notaio Giovanni Giacomo Callavini, aiutato dal figlio Francesco, ricopriva la carica di cancelliere. Il secondo volume contiene gli atti compresi tra il maggio 1525 e il 20 dicembre 1526; in corrispondenza degli avvenimenti compresi tra il 9 e il 14 giugno del 1525 ci sono alcune pagine bianche.

dei ceti (i nobili, i prelati, le città e i contadini) che dovevano, di volta in volta, concedere o negare le contribuzioni fiscali al conte, ma che, di fatto, avevano esteso le proprie competenze anche alle questioni di politica estera ed interna[13] – si era consolidata nel corso del tempo e durante il periodo di governo del principe vescovo Bernardo Cles è possibile definire il rapporto tra il Tirolo e i due principati come quello vigente fra entità confederate[14]. Da ultimo, nel 1511, aveva agito come forte elemento aggregante la stipula del *Landlibell*: Massimiliano, imperatore e conte del Tirolo, aveva coinvolto i ceti tirolesi e i due principati vescovili di Trento e Bressanone nella creazione di un complesso sistema di difesa che rendeva più coesi gli apparati amministrativi e fiscali, necessari per il mantenimento delle milizie[15]. È probabile che il rafforzamento di un'intesa del genere non abbia prodotto soltanto conseguenze amministrative, ma abbia anche contribuito a rinsaldare i tradizionali legami tra le comunità trentine e quelle sudtirolesi.

Ciò che, infatti, sembra paradossale è che proprio gli insorti di Bolzano (Bolzano apparteneva alla contea tirolese assieme a Merano, che rimase capitale fino al 1848[16]), che combattevano contro il principe Ferdinando d'Asburgo, nelle richieste che inviarono verso la metà di maggio a Trento chiedendo l'adesione della città all'insurrezione, facessero riferimento agli obblighi esistenti fra il principato vescovile e la contea.

Per tre giorni, dal 17 al 19 maggio 1525, dopo aver ascoltato i messi degli insorti venne discussa nelle sedute del consiglio di Trento la linea di condotta che la città avrebbe dovuto seguire nelle settimane successive. Il vescovo Bernardo Cles era fuggito da alcuni giorni nella rocca di Riva e i consoli dovevano fronteggiare una situazione difficile. Cosa si doveva rispondere ai messi degli insorti sudtirolesi? Fra Trento e Bolzano esisteva un patto di fedeltà, quella stessa fedeltà che i consoli dovevano garantire

13 J. MACEK, *Der Tiroler Bauernkrieg*, cit., p. 34.

14 Cfr. J. KÖGL, *La sovranità dei vescovi di Trento e di Bressanone*, Trento 1964, p. 225.

15 Il *Landlibell* prevedeva la mobilitazione di un contingente armato, con un numero di uomini che oscillava tra i 5.000 e i 20.000, che sarebbe entrato in azione in caso di aggressione di uno dei contraenti: l'impero, la contea del Tirolo e i due principati vescovili di Trento e Bressanone; alla fornitura degli armati avrebbero partecipato anche i quattro 'stati' tirolesi (o *Landschaften*); si veda M. BONAZZA, *La Nobiltà trentino-tirolese di fronte al prelievo fiscale tra politica di ceto e comportamenti individuali*, in «Geschichte und Region / Storia e regione», 4, 1995, pp. 6-32, p. 86 e nota e p. 98; dello stesso autore, *Il fisco in una statualità divisa. Impero, principi e ceti in area trentino-tirolese nella prima età moderna* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie, 35), Bologna 2001, pp. 33-88.

16 Cfr. G. POLITI, *Gli statuti impossibili*, cit., p. 70 nota.

nei confronti del loro vescovo. Il consiglio era diviso. Questa la dichiarazione dei quartieri:

«... quod volebamus esse in unione et confederatione cum comitatu Tyrolensi in rebus licitis honestis et honorabilibus cum debita fidelitate hac devotione tam Suae cesareae maiestatae [Carlo V] quam Serenissimi principis [Ferdinando I] nec non Reverendissimi domini nostri tridentini [Bernardo Cles]»[17].

Tale posizione non soddisfaceva evidentemente i rappresentanti vescovili, Georg von Frundsberg e Francesco di Castellalto, né il capitano della città Cristoforo Thun. Con loro, ancora il 19 maggio, i consoli e i rappresentanti dei quartieri non avevano trovato un compromesso e al termine della giornata questi ultimi manifestarono al Cles le preoccupazioni e le difficoltà che avevano avuto nel rispondere ai messaggi delle città del nord:

«Toto isto mane usque ad horam prandii post scriptas litteras propter difficultatem certorum verborum ... fuimus in disputatione colloquioque coram Magnificis dominis Georgio et Francisco de Castro alto ... ac etiam coram Magnifico domino Christophoro de Thono capitaneo»[18].

Finalmente l'accordo venne raggiunto: la città di Trento manteneva la fedeltà alla confederazione, ma con una limitazione, «exceptis superioritatibus quibus astricti sumus per iuramentum nostrum»: il riferimento era all'autorità imperiale, principesca e vescovile.

Certo, dietro alle diverse posizioni che emergono in quelle lunghe riunioni si nascondevano gli interessi delle fazioni di chi voleva favorire o, al contrario, reprimere le rivolte; eppure, le motivazioni dei consoli e dei messi vescovili non sembrano dichiarazioni capziose che, in qualche modo, celano secondi fini. Piuttosto, pare che a Trento si fosse creato un grave dilemma politico: obbedire all'autorità imperiale e a quella vescovile, o far causa comune con gli insorti in nome dell'unione e della confederazione?

[17] ASCTn, *ACT*, 1-3867, f. 195. Nella trascrizione documentaria ho usato i criteri che seguono. 1. Modernizzazione delle maiuscole per nomi, cognomi, città, etc. Per i titoli di dignità relativi ai nomi propri e indicati da più termini, ho riportato con la maiuscola solo il primo dei termini; es. *Serenissimo Principe* → *Serenissimo principe*. 2. Rifacimento integrale della punteggiatura e modernizzazione dei segni diacritici; es. *e quello* → *è quello*; *citta* → *città*; *pe di monte* → *pe' di monte et* → *e* (solo nel volgare). 3. Separazione delle parole secondo l'uso moderno; es. *laveva* → *l'aveva*; *lera* → *l'era*; *chel* → *che'l*; laval → *la val*. 4. Rispetto della grafia dialettale e/o connotativa; es. *poy* → *poy*; *Zo.* → *Zo.* Con eccezione della «i» allungata resa con «i» semplice; es. *Johannes.* → *Iohannes.; assaij* → *assaii*; *Numij* → *Numii*. 5. Scioglimento, ove necessario, delle abbreviazioni; es. *Rev.ma* → *Reverendissima*.

[18] ASCTn, *ACT*, 1-3867, f. 196.

Gli atti delle magistrature fanno emergere la posizione della città di Trento nel panorama delle rivolte trentine; tuttavia dobbiamo tener presente che attraverso questa documentazione viene palesata la posizione ufficiale, importante ma non unica all'interno della cinta muraria.

In quei giorni di maggio, per la prima volta dall'esordio della rivolta fecero irruzione sulla scena cittadina i rappresentanti dei quartieri[19], un organo che nel corso della primavera e dell'estate del 1525 ebbe un'importanza fondamentale, perché prese parte alle riunioni del consiglio cittadino, insieme con i consoli. Allo stato attuale delle ricerche non conosciamo ancora il funzionamento di questa struttura, se cioè ebbe carattere straordinario o fu sempre presente, accanto alle magistrature consolari, nell'amministrazione della città. Sappiamo che le rappresentanze di quartiere furono preesistenti alla guerra contadina e i documenti ne attestano l'esistenza in diverse situazioni, ad esempio per raccogliere le tasse o per elaborare i *gravamina*[20]. È molto probabile che i rappresentanti venissero scelti tra i membri delle diverse categorie sociali: quattro esponenti della nobiltà cittadina, quattro dottori, quattro cittadini e quattro 'plebei'[21], anche se poi, nel frangente delle rivolte, il Consiglio dei Sedici – questo il numero degli eletti dei quartieri durante l'estate del 1525 – supportò le rivendicazioni degli insorti e fu poco incline ad appoggiare le richieste che provenivano dagli esponenti dell'oligarchia cittadina. Nel corso del Cinquecento l'accesso a questa struttura fu molto duttile: era infatti tutta la popolazione maschile di Trento, raccolta al suono delle campane, a eleggere i rappresentanti. Il meccanismo di elezione e rappresentanza non era soggetto a norme codi-

19 ASCTn, *ACT*, 1-3867, f. 183. La prima lista dei sedici eletti dei quartieri, durante la rivolta, riporta questi nomi: «messer Zampaulo Scratinperger, messer Tomas Tabarel, messer Bonaventura Calepin, messer Tomas Cazuff, messer Jeronimo Ciurlett, messer Jeremia, messer Bonifacci pignatar, Bernardi Serena, messer Bonaventura Fanzin, Toni de Rovrè, Francesco veludar, Perin depentor, Jeronimo de Povo, Francesco de Rovrè, Michel Berner e Cristofol spadaio».

20 Nel 1526, ad esempio, vengono eletti in rappresentanza dei quartieri alcuni cittadini «per mettere la colta per il Serenissimo principe de suma de rhanesi cinquecento e sesantasei charantani; quaranta per la terza parte che tocha a la terra over città de Trento»; ASCTn, *ACT*, 1-3869, f. 161r. Porta la data del 1541 un interessante manoscritto (ASCTn, *ACT*, 1-3386) in cui sono conservati i gravami di Trento, quartiere per quartiere, con la relativa risposta del vescovo; si veda più oltre nel testo. Gli indici dell'Archivio Storico del comune sono ricchi di rimandi sui quartieri, soprattutto per il Cinquecento e i secoli successivi.

21 Cfr. la cronaca di GIROLAMO BREZI STELLIMAURO, in GIOVAN BATTISTA DI SARDAGNA, *La guerra rustica*, cit., p. 96, e S. LUZZI, *Stranieri in città. Presenza tedesca e società urbana a Trento (secoli XV-XVIII)*, (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie, 38), Bologna 2003, p. 312.

ficate dal diritto statutario; quando un membro abbandonava la carica veniva sostituito da un altro senza un atto ufficiale documentato negli atti civici. A volte questa situazione emerge dal semplice confronto fra le liste degli eletti e nulla fa pensare a un sistema consolidato da una normativa, come quello che regolava le cariche consolari. Probabilmente a regolare il meccanismo era la consuetudine.

Il 22 maggio i sedici rappresentanti di quartiere furono affiancati da quattro capi: Leonhard Stigelmair per la zona di San Pietro, Ser Lorenzo Siz per quella di San Benedetto, il maestro Vincenzo per Borgo Novo e Bartolomeo per Santa Maria (questi ultimi due capi quartiere erano entrambi «aromatari»). Nel corso delle sedute del consiglio cittadino, dove erano presenti anche i sedici rappresentanti e i quattro capi, si andava definendo, progressivamente, la diversa posizione dei quartieri rispetto ai tumulti scoppiati nelle valli e nel Tirolo meridionale. Il quartiere di San Pietro, che riuniva la maggior parte dei tedeschi presenti a Trento[22], si rivelò essere il più vicino agli insorti e i suoi rappresentanti avrebbero giocato nelle fasi successive della rivolta un ruolo chiave. Furono loro più di tutti gli altri, nelle prime sedute di consiglio, a richiamarsi al 'patto di fedeltà' con la contea del Tirolo e sarebbero stati ancora loro, come vedremo, ad ispirarsi allo stesso principio per motivare il proprio voto contrario al ritiro dei delegati di Trento dalla Dieta organizzata a Merano dalle comunità in rivolta[23].

3. *L'atteggiamento nei confronti della Dieta*

La frequenza delle lettere che i consoli inviarono al vescovo per tenerlo informato della situazione sembrerebbe testimoniare un alto grado di fedeltà. Eppure, in alcuni momenti, lo scambio epistolare diviene meno intenso. È quanto accadde alla vigilia della Dieta di Merano. Possiamo immaginare che i consoli lasciassero passare i giorni senza avvisare il vescovo, in modo da non poter essere rimproverati per qualcosa che non avrebbero avuto modo di evitare: la partecipazione degli elementi più radicali di Trento alla Dieta che gli insorti delle comunità del Tirolo meridionale e del principato vescovile avevano riunito a Merano[24].

[22] Si veda S. Luzzi, *Alle porte dell'impero. Tedeschi a Trento tra i secoli XV e XVII*, tesi di dottorato, Venezia 1998, p. 6.

[23] Si veda *infra*, nota 31 e testo corrispondente.

[24] Sulla dieta di Merano, si veda J. Macek, *Der Tiroler Buernkrieg*, cit., pp. 184-220; F. Chiarotti, *L'insurrezione contadina del 1525*, cit., pp. 175-178. Per un'edizione degli arti-

La convocazione della Dieta di Merano portò allo scoperto, a Trento, posizioni politiche diverse. Ferdinando d'Asburgo e Bernardo Cles avevano manifestato più volte il loro aspro dissenso nei confronti di un'assemblea che avrebbe dovuto radunare i rappresentanti delle comunità in rivolta[25] e ora, nel momento della convocazione, i consoli si trovavano stretti fra l'obbedienza che dovevano alle massime cariche del potere e la pressione dei quartieri che richiedevano con insistenza una rappresentanza nella Dieta. L'azione delle magistrature consolari era quindi improntata a una forte cautela: all'inizio non si opposero all'invio dei delegati cittadini, poi cercarono con insistenza di revocarli dalla Dieta[26].

Per due giorni i consoli e gli eletti dei quartieri cercarono un accordo per nominare i due rappresentanti che si sarebbero dovuti recare a Merano[27]: i candidati erano Hieronymus Knaus *a Rosa*[28] e Bonaventura Fanzini[29] per

coli meranesi, tradotti in volgare dopo la Dieta di Merano, si veda M. ACLER, *La completa versione in volgare italiano degli articoli di Merano*, in «Studi Trentini di Scienze Storiche», 56, 1977, pp. 225-253.

[25] Ferdinando aveva scritto in tal senso a Bernardo Cles il 28 giugno (ASCTn, *ACT*, 1-3869, f. 55r); anche il vescovo, poi, consigliava i consoli di evitare di inviare i rappresentanti cittadini a Merano.

[26] Proprio nei giorni in cui Ferdinando riuscì ad ottenere una tregua d'armi, gli insorti di Merano decisero la convocazione della Dieta nella loro città; il 22 le lettere arrivarono anche a Trento, si richiedeva la partecipazione di due rappresentanti. Mentre i cittadini si organizzarono con i capi quartiere per mandare una rappresentanza a Merano, i consoli – a quanto risulta dagli *Atti Civici* – non avvisarono il vescovo; questi, solo il 25 scriveva di essere stato informato della Dieta e, riguardo ai rappresentanti, chiedeva ai consoli che «vui vedesti de excusarvi per non mandargli poy che la convocatione non ordinata dal Serenissimo principe pur quanto non possi esser altramente sarà il vostro debito et officio de mandarli dui persone sufficiente discrete e prudente che habino cura de lo honor vostro e del bene de la Terra, e che non consentino in cosa che possi esser preiudiciale ne al Serenissimo principe ne a Nui che altramente non seria sodisfato al iuramento vostro»; ASCTn, *ACT*, 1-3869, f. 35r-v.

[27] Non sappiamo quanti furono i partecipanti alla Dieta, ma dato il carattere di aggregazione spontanea che è possibile rilevare anche per la Dieta di Innsbruck, si può ipotizzare che a Merano non fossero presenti solo i delegati (due per ogni comunità), ma anche cittadini e contadini in veste ufficiosa.

[28] Sappiamo che *Hieronimus Knaus* fu proprietario della locanda «Della Rosa» (da qui il nome) dal 1510 al 1543, console nel 1525, nel 1532 e nel 1536, massaro ed esattore per le offerte del Simonino nella chiesa di San Pietro; si veda S. LUZZI, *Alle porte dell'impero*, cit., pp. 221 e 354; della stessa autrice, *Stranieri in città*, cit., pp. 192, 201, 439.

[29] ASCTn, *ACT*, 1-2219. Bonaventura Fanzini lasciava la carica di eletto dei Sedici il 28 maggio, a causa di «certas congregationes» che avrebbero fatto alcuni abitanti di San Pietro. È possibile – come ipotizza S. LUZZI, *Stranieri in città*, cit., p. 315 – che tra le ragioni

parte consolare, Giovanni «molinaro», Leonhard Stigelmair e Jacopo da Rovereto sostenuti dai quartieri.

Nella seduta del 27, dopo che i quartieri avevano bocciato la candidatura di Hieronymus Thoner, vennero nominati Hieronymus Knaus e Leonhard Stiegelmair, entrambi di origine tedesca.

A volte i fondi documentari sono poco generosi nel restituirci le informazioni sui principali attori delle rivolte, in altri casi accade che alcuni nomi compaiano tra le carte più di una volta e allora diviene possibile definire un insieme di relazioni articolato, tale da far assumere alle figure analizzate una fisionomia complessa e sfaccettata. Così capita per Leonhard Stiegelmair. Dopo la partecipazione alla Dieta di Merano, il panettiere si recò anche alla Dieta provinciale di Innsbruck; tenne i contatti con alcune personalità di Trento vicine agli insorti e nei verbali dei processi istruiti al termine delle rivolte viene indicato come uno dei più attivi cospiratori all'interno della città.

L'azione dei quartieri fu temperata dai consoli che, come avevano fatto nei giorni precedenti con i messi delle città tirolesi, ribadirono ai rappresentanti trentini diretti a Merano le limitazioni che li vincolavano ai patti di fedeltà:

«Primo se adverta che quum sit, che siano uniti con li Superiori della patria alle cosse licite honeste et honorevoli, per le quale non possiano haver imputatione verso li nostri Superiori, alli quali semo astretti per il iuramento di la fidelitate nostra. Impero siando domandati alo convento de Marano questo è quelo che noi consoli ge imponemo che li diti nuntii habiano a far. Cioè che se sarà proposto cossa alcuna la quale venisse in danno e detrimento della Sacra cesarea maestà over del Serenissimo prencipe over del Reverendissimo signor nostro de Trento, non voiano consentir stante el iuramento de fidelitade per lo quale semo astretti ...»[30].

La partecipazione della città di Trento al fenomeno delle rivolte del 1525 è difficile da definire. Come si è già detto, diversi gruppi, spesso trasversali e non sempre rispondenti a divisioni cetuali, assecondarono le istanze di protesta che venivano dal nord. Molti altri, invece, rimasero fino alla fine fedeli al vescovo. Ecco perché, anche quando la città si manifesta come entità unica – e questo accadde, ad esempio, quando vennero scelti i messi dietali, per Merano o per Innsbruck, o quando furono elaborati gli articoli di protesta –, si percepisce una forte mancanza di univocità.

di quest'abbandono si nascondesse anche la faida con la famiglia dei Tabarelli, influente all'interno dell'organismo dei quartieri. Sull'intreccio tra la rivolta e la faida si veda *infra*, pp. 250 ss.

30 ASCTn, *ACT*, 1-3869, f. 42v.

I messi di Trento, in seguito alla decisione consolare e nonostante l'opposizione dei quartieri[31], furono revocati dalla Dieta prima della fine. Tornarono a Trento il 4 giugno. Le manovre dei consoli non impedirono, però, che fossero recepiti il clima e le suggestioni di un momento molto importante per le rivolte del 1525. La serie dei *gravamina* meranesi, portata a Trento dai due delegati cittadini[32], fu determinante per l'elaborazione degli articoli di protesta avvenuta nei giorni successivi.

4. *L'elaborazione dei gravami*

Il 26 maggio, scrivendo a Bernardo Cles, i consoli si dicevano preoccupati per il bene pubblico della città: i quartieri scavalcavano le loro decisioni e deliberavano per conto proprio assieme ai consigli delle comunità rurali[33]. Temendo di essere esautorati, i consoli, nella seduta del Consiglio dello stesso 26 maggio concedettero la possibilità di presentare dei gravami:

«Quo ad gravamina, si qua persona vel universitas pretendit gravamina, potent proponi in conventu provinciali de faciendo mandato Serenissimi principis»[34].

Questo è il primo riferimento agli articoli di protesta che anche la moderata città di Trento elaborò nel frangente della rivolta, sulla scia di un fenomeno che dall'Alta Svevia a Merano – per citare solo due casi, il primo emblematico, il secondo prossimo alla nostra trattazione – coinvolse ampie fasce di popolazione dei centri urbani e delle comunità rurali.

La presentazione dei gravami da parte delle comunità di villaggio e delle assemblee cittadine è un procedimento diffuso nel corso del medioevo e della prima età moderna, e anche la lunga serie di articoli di protesta prodotti nel corso della guerra contadina dimostra una stretta continuità col

[31] ASCTn, *ACT*, 1-3869 ff. 56r e 57v. I consoli volevano ritirare i messi dietali da Merano perché vedevano nell'assemblea una concentrazione delle forze insurrezionali; al contrario Andrea Epler, il rappresentante del quartiere di San Pietro, dissimulava i rischi, sostenendo con scaltrezza e disinvoltura che nella Dieta «non se habbia a trattar altro se non cosse utili alla Sacra caesarea maesta e alla serenita del principe» e ribadiva ancora una volta che bisognava rimaner fedeli alla «confederatione [che] habiano cum li confederati de sora», ossia con le comunità insorte del Tirolo meridionale.

[32] C. GIULIANI, *Documenti per la guerra rustica*, cit., VIII, 1889, p. 43.

[33] Archivio di Stato di Trento, *Archivio Principesco Vescovile* (d'ora in poi ASTn, *APV*), Sezione latina, capsa 80, n. 136.

[34] ASCTn, *ACT*, 1-3869, f. 36r.

passato[35]. Tuttavia, gli atti civici non riportano alcun accenno ai *gravamina*, elaborati in quei giorni a Trento[36]. Le pagine che dovrebbero raccontarci gli avvenimenti di quei giorni sono state lasciate in bianco. Ecco perché credo possa essere interessante un confronto con documenti dello stesso tipo.

In un altro caso, durante la prima metà del Cinquecento, la documentazione ci restituisce una serie di articoli, proposti dai quartieri della città di Trento. Nel 1541, a due anni dal suo insediamento, il successore del Cles, Cristoforo Madruzzo, concesse agli abitanti – attraverso la mediazione dei consoli – la possibilità di stilare alcune richieste:

«Da parte de diti magnifici Consuli si fa intendere a tuti li quartieri di questa magnifica città che vogliano elegere trei homini ... che in sieme a li preditti magnifici Consuli debiano ... con effetto opperare appresso nostro Signor nostro reverendissimo e gratiosissimo che tal gravamenti imposti contra ditti nostri privilegi et statuti siano con effetto remossi»[37].

Anzitutto, mi pare possa tracciarsi una semplice ipotesi: l'attività dei quartieri sembra essere direttamente – se non, forse, unicamente – collegata all'elaborazione dei gravami, e farsi più intensa in momenti importanti della storia cittadina[38]. A differenza del critico momento della rivolta del 1525, di cui conserviamo solo la redazione finale dei «gravamenti», siamo in possesso, per gli articoli del 1541, di un manoscritto che raccoglie le carte riguardanti l'intero *iter* procedurale. La struttura della documentazione fa pensare a una prassi consolidata, probabilmente sulla base della consuetudine: ogni quartiere elaborò una serie di proposte sui medesimi

35 Cfr. F. CHIAROTTI, *L'insurrezione contadina del 1525*, cit., p. 176. Gli insorti meranesi, al momento della convocazione della Dieta, avevano già approntato una serie di richieste sulla base dei reclami dei decenni precedenti. Si veda anche J. MACEK, *Der Tiroler Bauernkrieg*, cit., p. 34. L'autore sottolinea la somiglianza tra le richieste presentate nel 1518 alla Dieta tirolese e gli articoli di protesta del 1525. Per una trattazione sistematica sul tema dei *gravamina* come forma di comunicazione politica, si veda C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII)*, (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 59) Bologna, 2002.

36 Questa documentazione è conservata in ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38 A e B.

37 ASCTn, *ACT*, 1-3386, f. 70r-v.

38 Sulla base dell'ipotesi comparativa appena tracciata, l'analisi potrebbe estendersi anche ad altri centri urbani, studiati nel contesto della guerra contadina; tuttavia, in mancanza di ricerche sulle zone a diretto contatto con la città di Trento, il caso più simile che possiamo richiamare in questa sede è quello di Würzburg, studiato da H.C. RUBLACK, *Die Stadt Würzburg im Bauernkrieg*, in «Archiv für Reformationsgeschichte», 65, 1976, pp. 76-100. Anche in questa città, nel corso della rivolta, il vescovo fuggì e i quartieri presentarono una serie di gravami.

temi; esse vennero poi sintetizzate in un unico testo e sottoposte all'autorità vescovile, che deliberò su ogni punto[39].

Nell'estate del 1525, invece, i gravami non furono approvati dal vescovo, ma presentati direttamente a Ferdinando durante la Dieta di Innsbruck[40]: l'aspro conflitto tra le autorità consolari – delegate dal vescovo al mantenimento dell'ordine in città – e gli esponenti dei quartieri non lasciava ampi margini di dialogo e si rifletteva anche nel contenuto delle richieste.

Le due versioni che ci sono pervenute nella redazione finale, una per i quartieri, l'altra per il vescovo (costituite rispettivamente da 97 e 106 articoli), non differiscono nel contenuto: si possono dunque esaminare assieme le due serie di articoli. Di questi, un terzo riguarda l'amministrazione del governo cittadino: accanto a proposte che richiedevano semplicemente il rispetto delle norme statutarie già in vigore (la durata della carica del podestà[41]), o che lamentavano la cattiva gestione degli uffici (frequente il riferimento all'onestà degli ufficiali e il divieto, per loro, di pretendere dai cittadini forme di pagamento oltre al salario[42]), altre hanno un contenuto radicale. L'articolo 7, ad esempio, proponeva la creazione di un organo di controllo sull'operato dei consoli, un consiglio di otto uomini eletti dai quartieri per ratificare l'elezione di tutte le maggiori cariche cittadine: «Consuli, imbascatori, podestadi e altri officiali»[43]. Siamo di fronte a una delle proposte che, se entrata in vigore, avrebbe stravolto l'ordina-mento cittadino, assegnando un importante ruolo politico proprio ai quartieri.

Poco meno di un terzo dei *gravamina* riguarda l'ambito economico-fiscale: la richiesta di un estimo «azio niuno sia gravado più dil debito»[44]; la necessità

[39] Non è possibile procedere – in questa sede – ad un'analisi del contenuto dei gravami del 1525 e del 1541, che richiederebbero un'ampia trattazione. È comunque mia intenzione tornare prossimamente sull'argomento.

[40] Il 14 giugno, a due giorni dall'inizio della Dieta, da Innsbruck i rappresentanti vescovili Nicolò Trautmannsdorf e Andrea Regio scrivevano ai consoli: «Dominus Thomeus Tabarellus nobis astantibus schedulam unam principi presentavit in qua gravamina populi tridenti descripta esse putamus ...»; ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 80, n. 120. Per una disamina degli avvenimenti della Dieta di Innsbruck, si veda H. WOPFNER, *Der Innsbrucker Landtag vom 12 juni bis zum 21 juli 1525*, in «Separatabdruck der Ferdinandeum-Zeitschrift», serie 44, 3, 1873, pp. 1-68; A. CETTO, *Castel Selva e Levico*, cit., pp. 265-272.

[41] ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, art. 7, f. 5v.

[42] ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, art. 10, f. 6r; art. 16, f. 7r; artt. 49 e 50, f. 15r; art. 98; f. 24v.

[43] ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, ff. 4v-5r.

[44] ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, art. 3, f. 3r.

di regolamentare i prezzi delle merci attraverso l'istituzione di un apposito ufficio; la limitazione delle esenzioni fiscali che spettano ai «clerici, nobili, conti, signori castellani, doctori e altre privilegiade persone»[45]; la regolamentazione del prezzo del sale[46] e del commercio del vino[47]. Numerose disposizioni concernono, infine, questioni di diritto penale. Si tratta di articoli che tutelano i diritti di difesa[48] e che fissano i criteri per le spese processuali[49]. L'articolo 42 proponeva l'elezione di cinque uomini incaricati di verificare le sentenze pronunciate dal podestà[50]. L'organo in cui si richiedeva – accanto a due persone pratiche di legge – la partecipazione di tre «che non siano iiurisperiti», avrebbe potuto scavalcare l'autorità podestarile, demandando le cause direttamente al vescovo. Per poter scegliere i cinque uomini sarebbero dovuti intervenire, ancora una volta, i quartieri con i loro otto delegati.

Eppure, a differenza degli articoli prodotti durante la Dieta di Merano, quelli trentini conservano l'impronta di un centro urbano che non si è del tutto ribellato al suo vescovo, ma dimostra una deferenza perlomeno formale.

Per cogliere meglio la portata dei tentativi insurrezionali diretti contro lo stesso vescovo bisogna utilizzare un tipo diverso di fonti. Gli *Atti Civici*, infatti – la documentazione di cui prevalentemente ci siamo serviti fino ad ora –, inquadrano la storia cittadina secondo l'ottica dei consoli, offrono informazioni molto generiche sull'entità dei tumulti e sui cittadini che vi presero parte; non permettono di comprendere il legame che una componente del nucleo urbano – certamente quella meno rappresentata e privilegiata – instaurò con gli abitanti dei quartieri e delle giurisdizioni esterne. I nomi degli insorti di Trento – molto pochi a paragone di quelli delle comunità rurali trentino-tirolesi – rimangono nell'ombra. Nemmeno la lista dei gravami ci può fornire indizi utili sul livello della conflittualità, perché rimane pur sempre un documento di contrattazione nei confronti

45 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, art. 2, ff. 2v-3r.

46 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, artt. 56 e 57, f. 16r-v.

47 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, art. 77, f. 21r-v.

48 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, artt. 17 e 18, ff. 7v-8r; art. 22, f. 9r; artt. 29 e 30, f. 10v; artt. 34 e 35, f. 11v; art. 36, f. 12r.

49 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, art. 19, f. 8r; art. 21, f. 8v; art. 31, ff. 10v-11r; art. 37, f. 12r; art. 38, f. 12r; art. 39, ff. 12r-v; art. 40, f. 12v; art. 45, f. 14r; art. 90, f. 23v.

50 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 4, n. 38, ff. 12v-13r.

dell'autorità vescovile[51]. Per trovare qualche informazione dobbiamo rifarci agli atti processuali.

5. *I processi. Dietro le quinte: gli attori nascosti delle rivolte*

«Si ritrovarono fra gli Cittadini Trentini di quel tempo molti, che per precipitar se stessi e perdere la Patria, contra il giusto e ragionevole seguirono gli animi ostinati. Non giova all'Historia far il nome a costoro ...»[52].

Così il biografo del Cles, Giano Pirro Pincio, scriveva sui moti dei contadini del 1525, avvertendo che quanto meno avesse affidato alla memoria futura quei fatti successi a Trento, tanto più avrebbe reso omaggio al suo signore. Cancellare le tracce della rivolta, mettere in luce soltanto i meriti del vescovo: questo il compito di chi non stava semplicemente scrivendo una cronaca, ma, probabilmente, adempiendo ad un preciso intento di costruzione della memoria storica.

Sembra proprio che il suo auspicio si sia realizzato se, ancora oggi, non possediamo alcuna ricerca che getti un po' di luce sulla situazione di Trento in quei mesi della primavera e dell'estate del 1525.

«Per rusticos tumultuantes partim subditos Numii et partim alios cohaderentes fuit combustus Magnificus dominus Petrus Busius Dominus Numii in quadam eius turricula»[53].

Solo tre righe ricordano uno dei pochi fatti di sangue che coinvolse la nobiltà trentina durante le rivolte del 1525. Accadde il 3 luglio, a Nomi. Recenti ricerche hanno messo in luce una complessa vicenda che adombra, dietro l'uccisione del feudatario di Nomi, una storia di antiche inimicizie famigliari e di alleanze tra il patriziato urbano e la nobiltà fondiaria. Protagonisti della faida furono gli esponenti delle famiglie Tabarelli e Calepini, giuristi di rilievo ai vertici delle magistrature più importanti; accanto ai primi, i membri del nobile casato dei Lodron; con i Calepini, invece, i Fanzini e i Busio di Nomi[54].

[51] Diverso è il caso di molti articoli di protesta tedeschi – e forse lo stesso si potrebbe dire per gli articoli meranesi –, in cui l'istanza di protesta si trasforma in vessillo per le comunità in rivolta.

[52] GIANO PIRRO PINCIO, *Annali, ovvero croniche di Trento*, cit., p. 274.

[53] M. BELLABARBA, *Racconti famigliari*, cit., pp. 62-63.

[54] All'origine dell'inimicizia stava una causa di eredità che il marito di Maddalena Calepini, Paolo Tabarelli, aveva impugnato nei confronti di Giacomo Calepini; nel 1523 le cronache cittadine registrano uno scontro tra le due famiglie a cui, in difesa dei Calepini, partecipa

Al 24 novembre 1525 risale la prima seduta del processo contro Valentino Ferrari de Nogaredo: accusato a Trento per l'omicidio del nobile Pietro Busio, viene catturato a Mantova e qui interrogato alla presenza del «domino Leonello Marchesio sindico et commissario marchesali»[55]. Valentino, durante le prime battute del procedimento, afferma di ignorare il motivo della sua detenzione e, quando questo gli viene notificato, nega tutte le imputazioni a proprio carico: non ha partecipato all'omicidio del Busio, ne ha solo sentito parlare; a quel tempo, infatti, «andava trafficando de le biave»[56] e non si occupava di quelle cose. Non sappiamo quanto il resoconto del processo sia fedele, né conosciamo l'entità delle note informative diramate da Trento per gli uffici mantovani: il verbale della seduta, però, presenta in qualche passo una certa ambiguità che costringe alla cautela. Più oltre, infatti, il commissario, riferendosi a un viaggio che Valentino avrebbe compiuto in quei giorni, ne domanda la durata; ma ciò che sorprende è che nelle righe precedenti non compare alcun accenno a tale viaggio. L'imputato fa ora riferimento a un episodio che gli ufficiali mantovani non conoscono: parlando dei motivi che l'avevano indotto a intraprendere quel viaggio, cerca di attirare l'attenzione su «uno certo tradimento [che] se praticava in la citta de Trento»[57]. Probabilmente è un modo per sviare l'attenzione dall'imputazione di omicidio del nobile Busio, ma il «sindico» non si lascia distrarre, si attiene alle accuse e non raccoglie quel riferimento. Le domande si fanno più generiche, ruotano intorno alle frequentazioni dell'imputato e alle sue occupazioni, poi chi interroga enumera i misfatti dei villani «assasinamenti et incendi ... dilapidando et robando»[58]. Certo il teste conosce perfettamente queste cose, tuttavia egli non si è reso complice di simile efferatezze; poi, per la seconda volta, Valentino torna sul «tradimento di una porta di Trento». Finalmente l'argomento sembra destare qualche

anche Pietro Busio. L'argomento è stato studiato da M. BELLABARBA, *Racconti famigliari*, cit.

55 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, f. 2v.

56 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, f. 2v.

57 La risposta è contorta: «rispose che li giorni vintisei che lui se partite da casa per che il conte Nicolo da Lodron lo havea affidato e li havea ditto e scripto che 'l dovesse andar sopra la fede sua che 'l voleva che 'l gie dicesse uno certo tradimento se praticava in la città de Trento e che per prima era andato a Verona e lui se partite e andete a casa et ritrovò el ditto conte Nicolo esser partito et lui gie scrisse dretto partito e era andato alla dieta e lui gie scrisse dreto tal tractamento <sic> si era tractatto e che mai si era partito da casa»; ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, ff. 2v e 3r. Più oltre, nel corso dell'interrogatorio, si chiarirà meglio il senso di questo discorso.

58 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, f. 4r.

curiosità nei suoi inquisitori: «uno nominato maestro Leonardo Pistore e uno altro nominato Urbano dal Cavalletto ... voleano dar una porta de Trento alli ditti villani»[59]. Il 'tradimento' era stato scoperto il 13 giugno e non aveva potuto avere alcuna conseguenza[60].

L'inchiesta sull'omicidio di Pietro Busio svela il tentativo d'insurrezione cittadina perché le persone implicate, nell'una e nell'altra vicenda, sono le stesse. Non è difficile individuare i contadini e i cittadini di minor rango implicati nell'organizzazione delle rivolte; le tracce che portano a personaggi influenti (ricchi mercanti e membri del patriziato cittadino), anche se frequenti tra le pagine dei processi, sono invece più difficili da inseguire: chi conduceva l'inchiesta, infatti, non aveva alcun interesse a colpire un rappresentante dell'oligarchia trentina. A mancare non è l'indagine; è invece ragionevole ipotizzare che, una volta accertate e svelate le trame, la commissione abbia preferito non procedere. Il 28 novembre Valentino è nuovamente interrogato; i giudici devono ottenere una confessione per l'omicidio del Busio, ma sembrano interessarsi anche al tradimento «fato per dar via la porta».

Un certo Paris di Nogaredo, «capo di villani», non sapendo leggere aveva chiesto a Valentino di spiegargli il contenuto di una lettera ricevuta da Urbano e dal maestro Leonardo. Il testo doveva siglare la cospirazione per «dar via la porta»[61].

59 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, f. 4r-v.

60 GIOVAN BATTISTA DI SARDAGNA, *La guerra rustica*, cit., p. 137: «Circa diem 13 Iunii machinatio facta est de tradenda una porta civitatis Tridenti in manus rusticorum rebellium per certum magistrum Leonardum Pistorem et Urbanum de Cavaleto, sed re detecta effectum sortire non potuerunt».

61 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, f. 14v. Sarebbe stato lo stesso Valentino a informare il conte Nicolò di Lodron del «tradimento», dopo aver letto la lettera per Paris. «La qual litera per lui costituto se pensa di discoprir ditto tractato del qual tractato ditto conte Nicolo ne parlò a lui costituto e lui sempre negò non saper cosa alcuna ma alla fine se penso di discoprir al ditto conte Nicolo per averglielo mandato a dire e cosi lui se partì da Verona e andò a casa sua per parlar cum el ditto conte Nicolo la intese che l'era partito e andato a Trento per andar alla dietta et cossì lui costituto gie scrisse dretto una lettera de tuto el ditto tractato»; c 10r. Il racconto delle peregrinazioni di Valentino, le reticenze sul «tractato», l'inseguimento del conte e la confessione finale rivelano il corso contorto dei suoi ragionamenti, un tentativo ancora per mostrare la sua buona fede durante le rivolte. Nel corso del procedimento, Valentino userà questo stesso schema per discolparsi dall'omicidio sostenendo di non essere stato complice degli assassini, ma di averli, invece, denunciati a Pietro Busio. Non è possibile dare una lettura univoca di questo documento, è necessario però mettere l'accento sull'ambiguità che caratterizza queste vicende. Spesso personaggi molto vicini ai «campioni» della repressione sono implicati nelle rivolte; alcuni

«El ditto Paris dovesse[62] adunar persone asaii e quele e de la val de Lodron a andar sicuramente a Trento che gie daranno quella porta lor volevano de Trento»[63].

Dopo aver avuto queste informazioni senza difficoltà, il commissario torna all'omicidio e il procedimento subisce una svolta: si passa alla tortura. Il teste è legato e sollevato per le braccia e la confessione è immediata: Valentino, insieme ad altri, aveva bruciato la torre del Busio dopo averla accerchiata[64]. Ma dopo l'omicidio qualcuno li aveva aiutati: il conte Giovanni Francesco di Lodron e il *cives* Tommaso Tabarelli, i mandanti, avevano portato armi, denari e polvere da sparo[65].

Vediamo emergere dall'interrogatorio i nomi di alcuni personaggi non estranei alle cronache cittadine del periodo della rivolta: Leonardo «pistore», ossia Leonhard Stauber, detto Stiegelmair[66], per esempio, implicato, secondo Valentino, nell'organizzazione per far entrare gli insorti delle comunità esterne in città[67]. Una figura, si ricorderà, molto attiva nell'estate del 1525:

membri della famiglia Lodron, infatti, forniranno armi agli insorti di Nomi. Pesantemente compromessi dalla complicità con gli assassini, cosa sapevano dei tentativi degli stessi per penetrare in città? Forse siamo di fronte a qualcosa di più che una coincidenza.

62 Dopo «dovesse» segue una cancellatura, si legge «andar».

63 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, c 9v.

64 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, c 11r.

65 ASTn, *APV*, Sezione latina, capsa 25, n. 10, f. 14r.

66 Si veda S. LUZZI, *Stranieri in città*, cit., pp. 288 e nota, 454.

67 I tentativi per indagare su Leonhard Stiegelmair furono pochi, conosciamo solo un paio di deposizioni che possono fornire poco più che un indizio sui contatti tra gli insorti delle valli e quelli della città: il 3 maggio 1526 è interrogato Chemelli, il quale conosceva Leonhard perché «bladum ... vendidit magistro domo (de Rosa) et Leonardo» (Biblioteca Comunale di Trento, d'ora in poi BCTn, ms 776, f. 283r. Di questo manoscritto vorrei segnalare la trascrizione fatta da S. BALDESSARI, *Contributo allo studio dell'insurrezione contadina del 1525 nel Trentino*, tesi di laurea, Università degli Studi di Roma, Facoltà di Lettere e Filosofia, a.a. 1974-1975, rel. prof. F. Gaeta), ma il teste non sa nulla di più sull'attività di Leonardo. Con Simon Cavalieri, la commissione d'inchiesta ottiene, invece, qualche informazione: «Interrogatus an dictus Leonardus pistor aliquid sibi dixerit de istis tumultibus, et quoquomodo se deportaverit respondit quod sic dicendo quod sibi dixit 'Simon come ve haveti deportà in questi tumulti', Cui respondit dictus testis 'Havemo fat al meio che havemo possù' cui Leonardus replicavit 'El me ha molto recresu di fastidi e dispiacer che haveti hauto'». «Interrogatus si cognovit Valentinum de Nogaredo respondit et quod ante tumultus preteritos ipse et dictus Valentinus conduxerunt de blado ad hanc civitatem et de eo vendiderunt dicto Leonardo et q. Urbano de Cavaleto sed post tumultus non venit dictus Valentinus quia fuerat bannitus» (BCTn, ms 776, f. 284v). «Interrogatus an tempore horum tumultum conversatus fuerit cum dicto Valentino et an loquutus sit cum eo de dicto Leonardo respondit quod non fuit conversatus» (BCTn, ms 776, f. 289v).

eletto per il quartiere di San Pietro e inviato alla Dieta di Merano, ne aveva riportato gli articoli, e una settimana dopo era ad Innsbruck[68].

Meno si conosce, invece, nel frangente della rivolta, del suo compagno Urbano dal Cavalletto (Urban di Christof Perger, oste della locanda «Al Cavaletto» e membro della confraternita degli Zappatori[69]) né del capo dei ribelli di Nomi, Paris. Il giorno dell'ultima seduta del processo, l'11 dicembre, viene inviata a Mantova dalla cancelleria trentina una lettera in cui si chiede di far chiarezza sulle vicende confessate dal «captivo» Valentino da Nogaredo; in particolare si è venuti a sapere che «se dito de haver confessato un tractato che era deliberato in perni<t>ie di questa terra»[70]. L'impressione che si ricava dalla lettura degli atti dei processi e dall'analisi delle condanne è che queste zone non siano state teatro di una vera e propria repressione:

«... più semplicemente, l'ansia di pacificazione sociale scesa sul dominio vescovile dopo l'estate del 1525, accanto al respiro di sollievo per lo scampato pericolo, consigliò a tutti di dimenticare ...»[71].

D'altra parte, anche lo scontro che il Cles ebbe con i commissari dell'arciduca (rigidi e inflessibili esecutori dell'autorità cesarea abituati, forse, alle più cruente insurrezioni e repressioni d'oltralpe e, a detta di Bernardo Cles, interessati a sfavorire l'autorità vescovile)[72] testimonia la volontà di procedere a una rapida composizione della vicenda, mostrando il volto mite del principe vescovo nell'amministrazione della giustizia.

Tuttavia, le autorità non si sottrassero del tutto al compito di accertare chi fossero i responsabili delle rivolte, nel tentativo di ricostruire le trame ordite dagli insorti. Nella stessa lettera che l'11 dicembre la cancelleria vescovile

[68] Proprio quest'ultima circostanza non permette di capire a fondo la dinamica degli avvenimenti: se Leonhard Stiegelmair il 13 giugno era ad Innsbruck, come poteva occuparsi, lo stesso giorno, della cospirazione per aprire la porta della città? Cfr. S. LUZZI, *Stranieri in città*, cit., p. 321 e nota. È possibile che la data sia errata, o che i testimoni abbiano voluto trovare qualcuno già compromesso cui addossare responsabilità di altri.

[69] *Ibidem.*

[70] BCTn, ms 1089, ff. 378-379.

[71] M. BELLABARBA, *Racconti famigliari*, cit., p. 80.

[72] Bernardo Cles scriveva a Sigismondo Thun che i luogotenenti e i commissari di Innsbruck si comportavano «in queste turbolenze più in danno dei Principati Vescovili che altro e volevansi costoro fare grandi tacciando d'inerzia ... il Clesio»: «Voi scrivete e decretate in modo, come neppure esistesse un Principe Vescovo in Trento». Traggo queste informazioni dalle «Scritture relative alla guerra rustica nel Tirolo, 1525», regesto redatto da Cipriano Pescosta, BCTn, 2187, f. 4v.

spediva a Mantova, si chiedeva, per volontà del Serenissimo Principe, di esaminare Valentino «cum diligentia et per tormenti»[73], per scoprire i complici della cospirazione e le modalità di esecuzione.

Purtroppo non sappiamo se il procedimento di Valentino Ferraris andò avanti, né se arrivarono a Trento altri resoconti processuali; negli archivi trentini, infatti, non se ne trova traccia. I fautori di un'insurrezione cittadina furono pochi rispetto ai contadini delle comunità rurali; tuttavia furono molto attivi o, per lo meno, i loro nomi ricorrono spesso negli atti processuali, a testimonianza di una fitta rete di relazioni con gli insorti delle valli.

Il 9 gennaio 1526 viene interrogato Leonida, abitante di Nomi. Racconta di aver visto, all'epoca dell'omicidio di Pietro Busio, l'oste Antonio Tarabeia di Trento parlare con alcuni uomini della val Lagarina e «audivit ipsum persuadere homines ut veniet contra civitatem, quondam detur eis porta[74]». Gli uomini lì riuniti erano: «Iohannes Augustini, Io. Ognibene, Aldrigetus a Lavino, Antonius a Lavino, Parisio Stenta, N. Gosius de Nogareto, Albertinus et Gotardelus de Pomarolo».

Tra questi compare il capo dei ribelli di Nomi, quel Paris in contatto con Leonhard Stiegelmair, Urban Perger[75], Tommaso Tabarelli e Francesco da Lodron. Mesi dopo, anche un altro degli insorti di Nomi, Domenico Orsoline, confermava la presenza dell'oste di Trento a Nomi. Rivolto agli insorti, Tarabeia avrebbe detto: «che stesseno de bona voia, che li todeschi et li povri de Trento ge darebeno Trent»[76]. Anche la testimonianza di Giovanni Ognibene di Nomi concorre a rafforzare l'ipotesi di una partecipazione di cittadini tedeschi al tentativo insurrezionale trentino[77], e in più getta luce sull'ambigua presenza di esponenti del patriziato tra i fiancheggiatori dei ribelli. Infatti, egli racconta di un fitto scambio epistolare tra i ribelli di

[73] BCTn, ms 1089, f. 379.

[74] BCTn, ms 776, f. 110r-v.

[75] Ulteriori informazioni su «Urbano dal Cavalletto», in relazione alle vicende della rivolta, le fornisce S. LUZZI, *Stranieri in città*, cit., pp. 322-323.

[76] BCTn, ms 776, f. 113v. L'interrogatorio avveniva il 5 giugno 1526. Accanto agli insorti è presente anche un prete: «cum dicto Tarabeia ... erat quidam presbiter eiusdem costituti consobrinos nepos q. Vigili de Pederzano et dictus presbiter simul cum predictis de Numio et Tarabeia interveniebat in parlamento et consilio»; BCTn, ms 776, f. 113v.

[77] Antonio Tarabeia, alla presenza di molti uomini «di Pomarolo, Villa Numio et Nogaredo», avrebbe detto: «Se volete vegnir su a Trento me basta l'animo de far che havere una porta de Trento», e ancora: «e che l'aveva la so' contrada al so' comando et che li todeschi serevano in so' favor che i venisse pur francamente»; BCTn, ms 776, f. 117r.

Nomi e Tommaso Tabarelli. Quest'ultimo avrebbe anche tranquillizzato i contadini, perché

«si Calapinii veniebat contra ipsos cum centum peditibus, ipse veniret cum ducentis et si ipse cum ducentis veniret, venire ipse cum trecentis ...»[78].

Le parole del teste riflettono lo schema della faida tra le due famiglie: da una parte i nemici del Busio, i Tabarelli, dall'altra i Calepini decisi a vendicare la morte del signore di Nomi.

Il 4 luglio 1526, dopo aver ascoltato molte testimonianze a suo carico, Antonio Tarabeia viene condotto di fronte al pretore e al consigliere del vescovo Andrea Regio. Richiesto se fosse stato in contatto con quelli di Nomi, nega. Dice di essersi recato a Nomi solo due volte «ad emetendum avenam et frumenta», la prima volta con Giacobbe da Petersano, la seconda con Simone Signoreti. Aveva conosciuto il capitano di Nomi, Domenico, ad Innsbruck, al tempo della Dieta: era stato alloggiato, infatti, nella stessa locanda con lui e, ancora una coincidenza, con Tommaso Tabarelli[79]. Comincia così, per Antonio Tarabeia, una lunga detenzione, dieci mesi in cui dimostrerà una resistenza sorprendente, tanto da evitare, alla fine, l'impiccagione e ottenere il minimo della pena: l'espulsione dalla città e la confisca dei beni. Il 7 luglio è di nuovo in camera «capitanatus castri»: il pretore gli fa notare che le testimonianze raccolte contro di lui da persone «non sibi inimicos» sono molte; la linea di difesa di Tarabeia, però, consiste nel negare con ostinazione tutte le imputazioni a suo carico, screditando i testimoni che lo accusano: «Gen fosse cento milia dirò che menteno per la gola»[80].

Viene condotto in castello anche il capitano di Nomi, Domenico; messo a confronto con l'imputato, lo riconosce; si ricorda che l'oste aveva promesso ai rivoltosi di Nomi di consegnare loro una porta della città, ma Tarabeia continua a negare[81]. Lo stesso giorno è sottoposto a tortura: legato per le braccia e sospeso, viene interrogato ancora una volta, e, ancora una volta, negherà le imputazioni a suo carico[82]. Fino a dicembre la commissione interrompe il procedimento: la fune dei torturatori, infatti, ha fratturato un braccio all'imputato e bisogna aspettarne la guarigione. Tra dicembre

78 BCTn, ms 776, f. 118v.

79 BCTn, ms 776, f. 120r.

80 BCTn, ms 776, f. 123r.

81 BCTn, ms 776, f. 123v.

82 BCTn, ms 776, f. 124r-v.

e gennaio, interrogato più volte e con diversi sistemi di tortura[83], Tarabeia rimarrà chiuso nel suo silenzio, vincendo la determinazione degli inquisitori. Una detenzione così lunga e i molti interrogatori lasciano capire che i membri della commissione, sulla base delle numerose testimonianze, erano convinti della colpevolezza di Antonio Tarabeia. Ancora in gennaio, infatti, Domenico di Nomi aveva raccontato di un incontro con il Tarabeia a Nomi. L'oste aveva detto di essere capitano della gente di Trento, poi aveva illustrato il piano d'azione che avrebbe permesso ai contadini di saccheggiare le case dei ricchi cittadini.

«Che fossero qui suso alle 4 hore di notte et che venissero fora delle chase de pissavacha e a pe' di castel drio el dosso de castel Trento»[84], egli avrebbe aspettato dietro le mura il segnale convenuto, una schioppettata; poi avrebbe aperto la porta accompagnato da un drappello di cento persone.

Attraverso questa testimonianza assumono più consistenza «le voci» degli abitanti di Nomi. Finora solo una serie di indizi adombrava l'ipotesi di un'insurrezione cittadina; ma in questo caso abbiamo dati più certi, che documentano l'entità del malcontento (un centinaio di persone)[85], e l'esistenza di un preciso progetto per espugnare la città. L'11 maggio 1527, finalmente, Tarabeia viene scarcerato ed espulso; tra gli altri, ad assistere alla «fortunata» sentenza, c'è anche il *dominus* Tommaso Tabarelli, che possiamo immaginarci sollevato per l'esito del processo[86].

La Dieta provinciale di Innsbruck si chiudeva il 20 luglio 1525; il 22 Ferdinando istituiva come plenipotenziario nel Tirolo Bernardo Cles[87]. Era finito il periodo della tregua e da allora tutte le misure prese dall'arciduca furono orientate in un'unica direzione: sedare i tumulti e punire gli insorti con qualsiasi mezzo. Bernardo Cles intuì ben presto i pericoli di una simile

[83] Il 10 dicembre viene applicata una tortura posturale: per ore Tarabeia è lasciato steso col capo pendente da un'asse; BCTn, ms 776, ff. 125v e 126r. Il 10 gennaio, invece, viene usato il fuoco; f. 128v.

[84] BCTn, ms 776, f. 127r. Questa testimonianza è registrata su un foglio sciolto, inserito e non rilegato con le altre pagine manoscritte, con lo stesso sistema applicato per le suppliche; è quindi probabile che la deposizione di Domenico di Nomi venisse redatta fuori del castello del Buonconsiglio, alla presenza di un notaio delegato.

[85] Questo dato, però, può fornire solo indicativamente la stima di un fenomeno sociale che richiederebbe ben altri indicatori per essere misurato.

[86] BCTn, ms 776, f. 132r. Non sappiamo se l'esito del procedimento fu, in qualche modo, influenzato da Tabarelli.

[87] C. GIULIANI, *Documenti per la storia della guerra rustica*, cit., XI, 1893, p. 136.

azione repressiva e i suoi sforzi mirarono a mitigare l'opera dei commissari arciducali nei territori trentini[88]. Da un lato la politica dura e inflessibile di Ferdinando rischiava di eliminare qualsiasi via di composizione pacifica nelle giurisdizioni in rivolta; dall'altro, screditando l'autorità del Cles, essa minava i fondamenti stessi del potere temporale del principato[89]. Per tutto il mese di agosto la tensione cresce perché Ferdinando si mostra fermo nei suoi propositi di ferrea repressione. La mobilitazione di truppe nel nord del Tirolo[90] e la pubblicazione degli articoli dietali di Innsbruck[91] metteranno le comunità insorte su un percorso obbligato: di fronte a condizioni di resa umilianti, esse tenteranno l'unica altra possibilità, lo scontro diretto. Il culmine viene raggiunto alla fine del mese: molte comunità sono in rivolta e si preparano ad un'azione militare contro il vescovo se questi non vorrà ascoltare le loro richieste. Gli uomini di Levico, ad esempio, domenica 27 agosto inviano il loro ultimatum a Trento, chiedendo la restituzione dei prigionieri e denunciando gli «enormissimi aggravamenti»[92]. Il giorno successivo, gli insorti si radunano per passare in rassegna le proprie forze: sono venuti dai paesi del circondario di Trento (Civezzano, Ciré, Meano, Vigolo Vattaro, Povo); le cronache contemporanee parlano di 4.000 persone, una stima certamente esagerata. Non sappiamo cosa accadde esattamente il 29 agosto, ma tutti i convenuti si misero in marcia da Ciré – dove il giorno prima si era tenuta la rassegna delle truppe – per raggiungere le mura di Trento[93]. La documentazione di cui siamo in possesso non consente una ricostruzione dettagliata di quelle giornate; i momenti decisivi, quelli in cui

[88] *Ibidem*, p. 138. Addirittura cercò di evitare la pubblicazione di tutti gli articoli della Dieta, nel timore che potessero essere provocatori in tutte le zone rimaste fedeli al vescovo.

[89] Il 7 agosto, scrivendo a Sigismondo di Thun, Bernardo Cles mostrava tutta la sua irritazione e definiva, se ce ne fosse stato bisogno, i fondamenti del proprio potere politico: «Consideramus Episcopatum nostrum non esse Comitatui subiectum, sed adherentem, habuisse suos mores, sua statuta in scriptis redacta, vixisse propriis legibus plurimum dissonantibus a iure patrie superioris ...»; *ibidem*, p. 142.

[90] *Ibidem*, p. 145. Il 14 agosto Ferdinando fa sapere di aver mobilitato 500 uomini al comando di Uldarico Wittenbach.

[91] Forti reazioni nei confronti della pubblicazione dei decreti si hanno a Malé il 24 agosto; *ibidem*, p. 151.

[92] A. CETTO, *Castel Selva e Levico*, cit., pp. 283-284.

[93] Non è dato sapere quale fosse il motivo di questa decisione; le richieste degli insorti infatti vennero, almeno in parte accolte: «Quum de mandato Dominorum Commisariorum Serenissimi Principis essent capti duo Numii, unus de valle Sugana, alius de Levigo ... Et ita intercessionibus Civitatis fuerunt relaxati ...» ; C. GIULIANI, *Documenti per la storia della guerra rustica*, cit., XI, 1893, p. 161.

gli insorti decisero di attaccare Trento, si situano in un intervallo molto stretto di ore. La mancanza di un piano prestabilito ancora il 29 agosto, e il modo stesso con cui vennero iniziate le prime manovre di avvicinamento alla cerchia muraria, sembrano suffragare l'ipotesi di un moto spontaneo[94]. Quel giorno cominciarono le operazioni di assedio: tiri di archibugio, sabotaggio alle condotte d'acqua e alla roggia dei mulini, saccheggio dei granai oltre l'Adige e aggressioni ai messi vescovili. Alcuni ribelli, invece, puntarono sul fortilizio della Rocchetta, all'imbocco della val di Non e, presto, dai paesi vicini, si vide il fumo degli spari e degli incendi[95]. Per evitare un attacco da più fronti, probabilmente letale per i soldati che difendevano la città, il vescovo fece spargere la notizia dell'arrivo imminente, dal passo del Tonale, del capitano Corradino con fanti spagnoli. Gli uomini che occupavano la Rocchetta risalirono verso nord senza incontrare alcun esercito, e in questo modo il fronte dei ribelli poté essere spezzato: il 30 agosto venivano sconfitti i ribelli di Nomi, di Levico e della Valsugana «et alios adherentes tumultuarie ...»[96]; il 31 Francesco Castellalto con duecento armati metteva in fuga quattrocento ribelli di Sopramonte, Terlago, Cavedine e Calavino. Una pagina degli atti processuali documenta la situazione di Terlago alla vigilia di questo scontro. Iacopo Patono della Vallagarina, sindaco di Meano, aveva preso contatti con gli insorti di Terlago per concordare con loro l'assalto alla città. Rivolto ai messaggeri egli avrebbe detto:

«Andate a Trilago e trovate el sindico de Trilaco e disetege cossì si vol mantegnir la promessa che è fata a Meran e che i pia al passo de Buso de Vela voiando mantegnir la promessa»[97].

[94] L'assenza di una coordinazione capillare tra tutti gli uomini presenti a Ciré, è documentata da A. CETTO, *Castel Selva e Levico*, cit., p. 288. Francesco Cleser, uno dei capi più attivi nella rivolta di Levico, pur essendo presente a Ciré, non partecipò all'assalto di Trento; è possibile ipotizzare che una parte degli insorti non abbia attaccato la città, ma sia rimasta acquartierata lì vicino; *ibidem*.

[95] F. CHIAROTTI, *Dinamica territoriale e crisi delle strutture comunitarie nelle Valli del Noce. Per una storia della «Guerra Contadina» nel Principato vescovile di Trento (secc. XV-XVI)*, tesi di laurea, Università degli studi di Venezia, Facoltà di Lettere e Filosofia, a.a. 1987-1988, 2 voll., II, cap. VI, «Conclusioni». L'autore ha condotto un attento studio sistematico, analizzando una documentazione per lo più inedita e proponendo un'interpretazione che tiene conto dei più recenti risultati sulla «guerra contadina». Rispetto alla conquista della Rocchetta non si può concordare con Cetto: gli studi di Chiarotti dimostrano che le insurrezioni in val di Non erano, alla fine di agosto, del tutto sedate. È molto difficile, quindi, che fossero degli anauni a prendere la Rocchetta e a puntare poi verso nord.

[96] C. GIULIANI, *Documenti per la storia della guerra rustica*, cit., XI, 1893, p. 165.

[97] BCTn, ms 776, f. 171r.

Arrivata a Terlago, l'ambasciata si era incontrata col sindaco del paese, Fato Tabarelli che aveva detto: «Quele cose che son promesse vele volemo mantegnir». Con Fato Tabarelli, nei giorni precedenti, si erano messi in contatto anche alcuni cittadini di Trento che favorivano gli insorti; anche con loro il sindaco di Terlago si era dimostrato disponibile, e con queste parole aveva siglato la sua adesione all'azione militare: «Se tu trovi mai chel sia piu nostro Signor [riferendosi a Bernardo Cles] voi tu me feci cavar li ochii». Tra quei cittadini che avevano inviato il messo agli abitanti di Terlago, c'era anche il cugino di Fato, il *cives* Tommaso Tabarelli.

6. *Conclusioni*

La stesura dei gravami del 1525 è stata attribuita in questa sede al Consiglio dei quartieri di Trento: un organo che a più riprese intervenne nella vita amministrativa cittadina. Se all'elaborazione di questo documento parteciparono senza alcuna distinzione molti cittadini, alle rivolte – molto più pericolose e compromettenti – aderì solamente una parte di loro. Sulla base degli atti processuali si può ipotizzare che molti furono tedeschi residenti in uno dei quartieri di Trento, quello di San Pietro. In questa sede si è anche accennato ai contatti che i cittadini più attivi nell'insurrezione ebbero con gli abitanti delle valli. Solo una ricerca a vasto raggio, però, potrà portare alla luce la fitta rete di relazioni intessuta fra tutte le comunità trentine in rivolta.

L'analisi delle carte processuali ha poi mostrato la partecipazione di alcuni gruppi del patriziato cittadino e della nobiltà fondiaria al processo insurrezionale. Faide e alleanze tra le famiglie più in vista emergono improvvisamente, quasi catalizzate dalle vicende del 1525. C'è il sospetto che – come era accaduto per l'insurrezione delle comunità anauni del 1477[98] –, sfruttando l'occasione, alcuni elementi della nobiltà volessero colpire il potere vescovile.

Seguire queste tracce tra le carte d'archivio è però molto difficile: procedendo nelle loro inquisizioni i magistrati trentini evitavano il più possibile d'imbattersi nei personaggi più influenti. Così, se per molti contadini sono rimaste decine di pagine d'istruttoria, per quel che riguarda i nobili, invece, possediamo solamente qualche deposizione indiretta. Alla fine dell'estate del

98 Si veda F. CHIAROTTI, *Dinamica territoriale e crisi delle strutture comunitarie nelle valli del Noce*, cit., II, p. 565. Sulla rivolta del 1477, TOMMASO BOTTEA, *Le rivoluzioni delle valli del Nosio*, Trento, Tipografia Marietti, 1883.

1525 la rivolta era ormai sedata; l'ultimo tentativo per entrare a Trento si era spento sotto le mura della città: i piani per aprire le porte dall'interno, infatti, non avevano avuto successo. Fino a poche ore prima, però, anche la fiera autorità vescovile aveva vacillato, temendo fortemente di perdere la città e la vita. Quel giorno al vescovo e ai cittadini poté sembrare che solo per caso avessero avuto salva la vita: si era infatti sparsa la falsa notizia che un esercito correva in loro aiuto e i rivoltosi, infine, si erano dispersi.

A noi sembra invece che nel Trentino le rivolte del 1525 abbiano trovato un tessuto sociale molto compatto, capace di assorbire gli urti attraverso un sistema che aveva risorse per evitare esiti più violenti e fratture più profonde. L'organismo dei quartieri, per quanto egemonizzato in alcuni momenti dagli elementi più radicali – con molta probabilità, come abbiamo visto, appartenenti al gruppo tedesco e al ceto degli artigiani –, non si sostituì all'autorità del magistrato consolare, con cui conservò durante la rivolta un contatto costante. Anche i *gravamina* – pur radicali nel contenuto, rispetto alla tradizione trentina – non raggiunsero la carica eversiva dei Dodici Articoli, vessillo del *Bauernkrieg* tedesco. La crisi che la rivolta provocò nella società trentina fu dunque superata senza difficoltà e nel breve volgere di tre anni vedevano la luce i nuovi statuti clesiani, peraltro già in bozza nel 1525. Con la nuova costituzione cittadina possiamo considerare chiusa una fase della storia di Trento.

Ribellarsi in nome della fedeltà

La «guerra delle noci» nel principato vescovile di Trento (1579-1580)

di *Cecilia Nubola*

1. *Gli avvenimenti del 1579*

Nel 1578, dopo dieci anni di *Temporalienstreit*, di occupazione militare delle truppe tirolesi e di sequestro imperiale del principato vescovile, Ludovico Madruzzo, principe vescovo di Trento, aveva sottoscritto con Ferdinando II arciduca d'Austria e conte del Tirolo un patto, le cosiddette «compattate», che regolavano i rapporti tra i due stati. Con l'accettazione delle compattate gli viene riconosciuta la sovranità temporale sul principato tridentino. Lo stesso documento doveva essere giurato e sottoscritto dal capitolo del duomo di Trento, dalle città, dalle rappresentanze delle comunità rurali e da altre istituzioni presenti nel principato. Il giuramento della città di Trento avvenne il 20 ottobre 1578, seguirono quindi altre città e territori. Nei primi mesi del 1579 gli abitanti delle Giudicarie, riuniti nell'assemblea di valle, decisero a larga maggioranza di rifiutare il giuramento.

Le Giudicarie erano un feudo vescovile formato da grandi circoscrizioni in pari tempo politiche e religiose, le Sette pievi: Rendena, Bono, Tione, Condino, Bleggio, Lomaso, Banale[1]. Ogni comunità aveva una propria assemblea dei capofamiglia; ad un livello più alto vi era l'assemblea generale della pieve, e infine i rappresentanti delle varie pievi si ritrovavano nell'organismo di valle, il consiglio generale delle Sette pievi[2]. Il castello di

[1] Le Giudicarie erano inoltre suddivise in Giudicarie interiori, comprendenti Rendena, Tione, Bono e Condino, e Giudicarie esteriori, comprendenti Banale, Bleggio e Lomaso. Non sempre le due zone avevano le medesime posizioni politiche e anche le concessioni vescovili di diritti e privilegi non erano le medesime. Per le cause civili le Giudicarie interiori facevano riferimento al vicario di Tione, le Giudicarie esteriori a quello di Stenico.

[2] «La val Rendena constando di circa 900 fuochi farà di popolo 4000 anime tra tutti li 16 villaggi. Et questi si governano ciascuno per propria comunità quanto agli interessi particolari; e quanto al pubblico concorrono tutti, come membri sotto il capo di loro pieve una delle sette unite di Giudicarie, et è la primiera. Per le Regole, o consigli di Valle si

Stenico era la sede del capitano delle Giudicarie, il funzionario vescovile di grado più elevato, competente nelle cause criminali per tutta la valle.

Dopo la decisione dell'assemblea generale, le trattative tra i rappresentanti vescovili e tirolesi e le delegazioni delle comunità si protrassero, senza raggiungere soluzioni di sorta, fino al dicembre 1579, quando la situazione sembrò precipitare: 360 soldati tirolesi occuparono la valle e il 18 dicembre si giunse ad uno scontro armato con i contadini radunati nei prati piantati ad alberi di noci nei dintorni di Dasindo. Da questo fatto e dal luogo in cui si svolse prese il nome l'intera vicenda: «guerra delle noci». Nei giorni successivi la tensione si mantenne alta, ma non precipitò in nuovi scontri e le trattative ripresero. Tra la fine del dicembre 1579 e i primi giorni di gennaio del 1580 giunsero nella valle 500 soldati reclutati tra la popolazione della Vallagarina al comando del capitano imperiale Simone Girardi[3]; altri soldati raggiunsero la valle provenienti da Trento, radunati dal capitano Giacomo Roccabruna in Valsugana e nel circondario di Trento. Tre contingenti militari venivano «a furia a strage et ruina del misero paese»[4]. Vi furono arresti, minacce di impiccagioni sommarie, requisizioni di armi. La resistenza dei paesani era ormai finita. Qualche giorno dopo l'arrivo dei nuovi reparti di soldati, il 12 gennaio 1580[5], nei campi sotto il paese di Breune vicino a Tione, dopo la lettura delle compattate, il popolo radunato e circondato dai soldati giurò, non prima di aver presentato una polizza di protesta.

Il 15 febbraio 1580 Ludovico Madruzzo poteva inviare una lettera al conte del Tirolo, nella quale affermava che «il tumulto dei sudditi della signoria di Stenico era sedato»[6].

riduce l'assemblea al luogo della Pieve co l'intervento d'un sindico, 4 consiglieri, e circa 30 consoli. E per i consigli generali si riduce alla terra destinata di Preor, come nel cuor delle dette Pievi, tenendosi per giustizia nella terra di Thion, dove sta il foro»; M.A. MARIANI, *Trento con il sacro Concilio et altri notabili*, Trento 1673 (rist. anast. dell'orig., Trento 1989), p. 551.

3 Simone Girardi da Mori, signore di Pietraplana, capitano imperiale: cfr. L. DAL RÌ, *Mori. Note storiche dalle origini alla fine della 1a guerra mondiale*, Calliano (Trento) 1970, pp. 152, 265.

4 Biblioteca Comunale di Trento (d'ora in poi BCTn), ms 56, *Questo fu il contrasto de la guera da le nose*, p. 13.

5 Il 3 gennaio 1580, secondo C. AUSSERER, *Il castello di Stenico nelle Giudicarie coi suoi Signori e capitani*, ed. it. a cura di G. MONDINI, Trento 1911, p. 81. La ricostruzione della sequenza cronologica dei fatti non è sempre agevole, rimangono dubbi e discrepanze.

6 C. AUSSERER, *Il castello di Stenico*, cit., p. 82.

A fine febbraio cominciarono i processi criminali contro un gran numero di partecipanti alla resistenza della valle che si conclusero con diverse condanne[7].

Queste, in breve, le vicende della «guerra delle noci» sottratta all'oblio grazie alla cronaca scritta da un contemporaneo, il notaio Rocco Bertelli, che ne era stato protagonista e testimone non imparziale[8].

Gli avvenimenti nelle valli Giudicarie tra il 1579 e il 1580 possono essere considerati poco significativi dal punto di vista militare. Fu, infatti, una guerra quasi incruenta dal momento che, nel corso dell'unico scontro tra i soldati tirolesi e contadini (18 dicembre 1579) vi fu un solo morto, sembra in seguito ad una ferita procuratasi in maniera accidentale; un altro illustre ferito fu Fortunato Madruzzo, capitano del castello di Stenico e fratello del vescovo, «caduto insieme al mulo che lo portava»[9]; complessivamente si contano meno di una ventina di feriti dell'una e dell'altra parte.

Nonostante ciò, la guerra delle noci può essere ritenuta un esempio significativo di conflitto dai contenuti politici al cui centro sono posti i patti tra il principe vescovo di Trento e l'arciduca d'Austria; un conflitto che permette di seguire le scelte e le strategie a disposizione delle comunità rurali impegnate a sostenere uno scontro politico con il principe vescovo. Questi avvenimenti, apparentemente marginali, di storia del principato mettono in luce alcune tematiche importanti per la comprensione dei rapporti politici in antico regime: l'idea di resistenza legittima contro quella di ribellione, la pattuizione, l'uso delle suppliche e l'uso dei pareri legali, il significato politico della fedeltà e del giuramento di fedeltà, il ruolo esercitato dalle comunità e dagli organismi comunitari, la difesa di diritti, privilegi, statuti di valle, la resistenza contro nuove tasse e contribuzioni fiscali, la dialettica tra mezzi legali e mezzi violenti di espressione della protesta decise dagli organismi rappresentativi comunitari, a cui si contrappongono le scelte di mediazione o di repressione operate dalle autorità[10].

[7] BCTn, ms 56, p. 16.

[8] BCTn, ms 56. Questa copia della cronaca è stata pubblicata in G. PAPALEONI, *La guerra delle noci. Cronaca giudicariese di Rocco Bertelli*, in «Archivio trentino», 9, 1890, pp. 107-133. Rocco Bertelli si presenta come un sostenitore del vescovo e favorevole alla firma delle compattate; lui e la sua famiglia, infatti, giureranno prima del giuramento collettivo imposto agli uomini della valle.

[9] C. AUSSERER, *Il castello di Stenico*, cit., p. 80.

[10] Su queste tematiche si rimanda a C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secc. XIV-XVIII)*, (Annali dell'Istituto

2. *Le compattate*

Per comprendere il significato della guerra delle noci è necessario considerare, in primo luogo, la struttura politica del principato vescovile di Trento inserito, fin dal XII secolo, nel composito e variegato sistema politico del Sacro Romano Impero[11]. Le relazioni tra il principato tridentino e la contea del Tirolo – appartenente alla linea dinastica degli Asburgo d'Austria dalla metà del XIV secolo – si comprendono all'interno di un quadro costituzionale europeo nel quale, a partire dai secoli XIV e XV, rapporti di fedeltà di tipo vassallatico e un generico giuramento ai principi si trasformano in una rete di capitoli, capitolazioni, patti e compattate tra principi e signori inferiori, corpi, città, parlamenti che tendono a regolare fin nei minimi particolari l'esercizio del potere[12].

I conti del Tirolo, infatti, ampliando le loro prerogative di avvocati del principato vescovile, passano, attorno alla metà del XIII secolo, da una funzione puramente di difesa del patrimonio della Chiesa ad una funzione di controllo politico sul principato ecclesiastico. I patti, le cosiddette «compattate», ne costituiscono la pratica attuazione. Sottoscritte dai vescovi trentini e dai conti tirolesi a partire dal 1363, erano state rinnovate e confermate per l'ultima volta nel 1468 dal vescovo Johannes Hinderbach e da Sigismondo d'Asburgo[13].

storico italo-germanico in Trento, Quaderni, 59), Bologna 2002; A. WÜRGLER, *Suppliche e «gravamina» nella prima età moderna. La storiografia di lingua tedesca*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 25, 1999, pp. 515-546.

[11] I. ROGGER, *Struttura istituzionale del Principato vescovile di Trento all'epoca del Concilio*, in H. JEDIN - P. PRODI (edd), *Il Concilio di Trento come crocevia della politica europea* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 4), Bologna 1979, pp. 15-32.

[12] P. PRODI, *Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'Occidente* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie, 15), Bologna, 1992, pp. 202-203; più in generale, si veda il cap. IV, «La società 'giurata' del tardo Medioevo, pp. 161-225.

[13] Le compattate sono state oggetto di differenti valutazioni da parte della storiografia trentina e di quella austriaca. Cfr. J. KÖGL, *La sovranità dei vescovi di Trento e Bressanone*, Trento 1964; J. RIEDMANN, *Rapporti del principato vescovile di Trento con il conte del Tirolo; le cosiddette 'compattate' del 1468*, in I. ROGGER - M. BELLABARBA (edd), *Il principe vescovo Johannes Hinderbach (1465-1486) fra tardo Medioevo e Umanesimo*, Bologna 1992, pp. 119-146; K. BRANDSTÄTTER, *Regime di compattate (1363-1486)*, in L. DE FINIS (ed), *Storia del Trentino*, Trento 1996, pp. 177-192; S. VARESCHI, *Tra status imperiale e quadro territoriale: i rapporti tra principato vescovile di Trento e contea del Tirolo nella prima età moderna*, *ibidem*, pp. 211-263. Le traduzioni italiane delle compattate del 1454 e del 1468 sono state pubblicate in F. AMBROSI, *Commentari della storia trentina*, Trento 1985 (rist. dell'ed. 1887), pp. 515-519.

Dal 1468 i principi vescovi di Trento non avevano più rinnovato o sottoscritto le compattate con i conti del Tirolo, favoriti dal fatto che dopo Sigismondo d'Asburgo i principi territoriali del Tirolo erano stati contemporaneamente anche imperatori del Sacro Romano Impero Germanico quindi, di fatto, meno interessati a una politica di controllo sul principato di Trento.

Con il *Landlibell* del 1511 sottoscritto dal vescovo Georg III Neideck il Tirolo e il principato vescovile di Trento avevano dato vita a un'unione militare e fiscale in cui il primo assumeva la difesa del principato vescovile, mentre il secondo si impegnava a contribuirvi fornendo contingenti militari o finanziamenti corrispondenti attraverso la riscossione di imposte straordinarie destinate a tale scopo (fanti steorali)[14].

Il problema dell'accettazione delle compattate si era ripresentato con Ludovico Madruzzo il quale, subito dopo la nomina a vescovo di Trento aveva firmato un atto (11 ottobre 1567) nel quale rinunciava alla sovranità temporale sul principato a favore dell'arciduca Ferdinando II. Il documento di rinuncia era stato ben presto impugnato dallo stesso vescovo e dichiarato nullo, ma quest'ultimo era stato costretto ad abbandonare il principato vescovile in seguito all'occupazione di Trento da parte delle milizie tirolesi e al successivo sequestro da parte dell'imperatore Massimiliano II. La lunga e complessa vicenda, chiamata «battaglia delle temporalità», si sarebbe conclusa dopo circa dieci anni, nel 1578, con la reintegrazione delle prerogative temporali al Madruzzo.

Nella dieta di Ratisbona (1 ottobre 1576) che aveva definito la questione, il possesso temporale del principato era stato subordinato all'accettazione da parte del Madruzzo delle compattate dei lontani predecessori, i vescovi Georg Hack (1454 e 1460), Johannes Hinderbach (1468) e del *Landlibell* del 1511[15].

[14] In generale sul *Landlibell* e sulla fiscalità cfr. M. BONAZZA, *Il fisco in una statualità divisa. Impero, principi e ceti in area trentino-tirolese nella prima età moderna* (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Monografie, 35), Bologna 2001. Il fante steorale (*Steuerknecht*) è definibile come l'equivalente del costo per il mantenimento mensile di un fante stabilito convenzionalmente in 4 fiorini (cfr. *ibidem*, p. 79). Il *Landlibell* è pubblicato in F. AMBROSI, *Commentari*, cit., pp. 520-527. «La morsa giuridico-costituzionale sempre più stretta culminò nel cosiddetto *Landlibell* del 1511, che per interi secoli costituì la base per la riscossione e la ripartizione delle imposte; in base ad esso i principati [di Trento e Bressanone] vennero esonerati dagli obblighi nei confronti dell'impero e integrati nella contea del Tirolo sul piano fiscale e militare; i carichi fiscali dovuti all'impero vennero versati di lì in avanti dal principe tirolese»; K. BRANDSTÄTTER, *Regime di compattate*, cit., p. 186.

[15] Per la traduzione italiana delle compattate del 1578 si veda F. AMBROSI, *1578. Convenzione fatta tra il vescovo Lodovico e l'arciduca Ferdinando conte del Tirolo*, in F. AMBROSI,

Alcuni capitoli delle compattate rivestivano grande rilevanza politica. Innanzitutto i principi vescovi non potevano intraprendere una guerra senza il consenso dei conti del Tirolo; a questi e alle loro milizie dovevano essere aperte le città, i castelli e le fortezze del principato. Il capitano del castello del Buonconsiglio di Trento, la residenza vescovile, era di nomina tirolese; egli stesso e il suo seguito erano finanziariamente a carico del principato ecclesiastico, doveva però essere accetto al vescovo e prestargli giuramento di fedeltà[16]. I capitani e i luogotenenti vescovili, dal canto loro, erano obbligati a giurare obbedienza al conte del Tirolo.

I due stati, in caso di guerra, dovevano essere alleati; il principe vescovo si impegnava a concorrere alla difesa comune fornendo denaro o truppe. La definizione e la ripartizione delle spese erano già state oggetto di accordo nel *Landlibell* del 1511 e nelle successive ordinanze.

Per quanto riguardava la 'politica estera', il principato vescovile non aveva alcuno spazio per un'azione autonoma. Le compattate, infatti, prevedevano che, in caso di rottura o di inimicizia tra le due parti, il capitano e il suo seguito, il castello del Buonconsiglio, la città di Trento e tutte le città vescovili, i castelli, i fortilizi con i loro titolari nonché tutti i vassalli e sudditi non fossero tenuti a prestare aiuto al principe vescovo contro i principi tirolesi, ma rimanessero neutrali («restare fermi»)[17]. Nel caso però in cui il principe vescovo avesse mosso guerra alla contea con l'aiuto di altri stati, le istituzioni e i sudditi del principato avrebbero dovuto rimanere fedeli al conte ed erano sciolti dal giuramento di fedeltà dovuto al vescovo in quanto loro principe («siano assolti dal giuramento con quale a noi sono tenuti ...»)[18].

Questi ultimi due capitoli, i più impegnativi dal punto di vista della 'fedeltà politica', mostrano molto meglio degli altri come i rapporti tra le due entità politiche non fossero affatto paritari. Per i sudditi del principato vescovile si trattava di riconoscere come la sovranità non fosse unica, ma potesse essere divisa o condivisa[19]. A loro (come alle altre istituzioni) era richiesto di giurare fedeltà a due signori territoriali; ma il fatto che, in caso di guerra,

Commentari, cit., pp. 529-531; segue il giuramento fatto dalla città di Trento, *ibidem*, pp. 531-533.

16 Compattate del 1468, capp. 7, 11: F. AMBROSI, *Commentari*, cit., pp. 518-519.

17 Compattate del 1468, cap. 12: F. AMBROSI, *Commentari*, cit., p. 519.

18 Compattate del 1468, cap. 13: F. AMBROSI, *Commentari*, cit., p. 519.

19 Per il problema della sovranità si rimanda a D. QUAGLIONI, *La sovranità*, Roma - Bari 2004.

i sudditi tridentini fossero tenuti alla fedeltà al conte del Tirolo e svincolati dal giuramento al principe vescovo, poneva quest'ultimo in una posizione nettamente subordinata rispetto al conte. Il giuramento di fedeltà comportava il riconoscimento della sovranità del Tirolo e il fatto che i sudditi del principato vescovile, giurando le compattate, accettassero di essere in primo luogo sudditi del conte del Tirolo, almeno in caso di guerra. Da un contratto bilaterale di natura feudale si era passati a una dichiarazione di sudditanza. Il giuramento come riconoscimento della sovranità di un altro principe territoriale e le eventuali conseguenze pratiche di questa accettazione (la possibile imposizione di nuove tasse o altri obblighi, la mancanza di garanzie del rispetto di diritti e privilegi e così via), erano problemi complessi che spingevano le comunità delle Giudicarie a sottrarsi al giuramento delle compattate.

Per quanto riguardava gli obblighi fiscali e militari, essi erano stati stabiliti, come si è già accennato, nel *Landlibell* del 1511. A questo avevano fatto seguito una serie di ordinanze che avevano definito il sistema tirolese di difesa territoriale. Dal punto di vista fiscale, nel 1512 si stabilì la distribuzione dei fanti steorali, vale a dire delle contribuzioni straordinarie che dovevano essere sempre approvate dalla dieta dei ceti tirolesi. Secondo questa ripartizione, alla giurisdizione delle Giudicarie erano richiesti 60 fanti steorali e 20 a quella di Stenico, su un totale di 673 fanti steorali dovuti dall'intero principato vescovile di Trento[20]. In realtà le comunità rurali, non solo delle Giudicarie ma di tutto il principato vescovile, per tutto il Cinquecento (e anche oltre) «... furono in grado di non pagare nemmeno un fiorino di imposte straordinarie, senza danneggiare il loro legittimo signore ma soltanto la camera del conte del Tirolo, e senza incorrere per questo in alcuna reale sanzione»[21]. Né le diete tirolesi, né gli organismi fiscali del Tirolo avevano strumenti impositivi tali da garantire l'esazione fiscale.

Dal punto di vista delle truppe territoriali nel *Landlibell* era previsto un massimo di 20.000 uomini di leva per tutta la *Landschaft* comprendente il Tirolo, i due principati di Trento e Bressanone e altre zone minori, senza una specifica divisione geografica. Nel 1512 venne definita la precisa ripartizione dell'intero contingente tra le varie componenti del territorio confederato (*Anschlag*)[22]; su questa base le Giudicarie avrebbero dovuto contribuire

[20] M. BONAZZA, *Il fisco in una statualità divisa*, cit., p. 90, tab. 2.

[21] *Ibidem*, p. 182.

[22] M. BONAZZA, *Fiscalità e difesa territoriale: rapporti di potere in area trentino-tirolese nella prima età moderna (secoli XVI-XVII)*, tesi di dottorato, Università di Napoli Federico II, 1994, pp. 73-74.

alla prima leva con 299 uomini, alla seconda con 448, alla terza con 598 uomini[23]. Contrariamente a quanto avvenne per le contribuzioni fiscali, per quanto riguarda le milizie territoriali le comunità non si dimostrarono renitenti e fornirono gli uomini, quando richiesti dalle diete tirolesi. Dopo il 1516 peraltro, con la pace tra Massimiliano I, Venezia e la Francia, per tutto il secolo fino alla guerra dei Trent'anni, non vi furono guerre per le quali si rendesse necessario mobilitare le truppe territoriali[24].

3. *Libertà e statuti*

Le motivazioni della resistenza al giuramento erano dettate anche dal timore che le compattate implicassero la perdita delle libertà dei diritti e privilegi tradizionali della valle. Le Giudicarie, infatti, nel corso del XV secolo avevano saputo ottenere diritti e privilegi dai principi vescovi proprio contrattando la loro fedeltà.

In occasione delle rivolte antivescovili del 1407 avevano ottenuto una prima serie di privilegi e gli statuti da parte del vescovo Georg Lichtenstein (1390-1419) in cambio dell'astensione dalla rivolta[25]. All'interno della più vasta crisi politica degli anni 1406-1407, mentre nel Tirolo si ponevano le basi della costituzione per ceti, nel principato tridentino il principe vescovo si vedeva costretto a fare importanti concessioni ad alcune zone del suo territorio. Le Giudicarie, in particolare, avevano presentato preventivamente una lista di gravami a cui il vescovo, per evitare un nuovo possibile focolaio di ribellione, aveva risposto positivamente concedendo, in primo luogo, importanti privilegi in materia fiscale; rinunciava infatti, per sé e per i suoi successori, all'imposizione di qualsiasi colletta o esazione straordinaria al di fuori delle collette consuete; gli abitanti della valle, inoltre, nel caso il vescovo di Trento avesse richiesto un qualche contributo finanziario avrebbero potuto concederglielo spontaneamente e nella misura da essi

[23] [C. GNESOTTI], *Memorie per servire alla storia delle Giudicarie disposte secondo l'ordine de' tempi* ..., s.l. 1786; rist. anast. Trento 1973, p. 176.

[24] M. BONAZZA, *Fiscalità e difesa territoriale*, cit., pp. 72-73. Anche i proclami di reclutamento per la difesa territoriale (*Zuzugsordnungen*) dopo quelli emanati nel 1562, si interrompono per un quarantennio, anni di pace per il Tirolo (cfr. *ibidem*, p. 77).

[25] Sugli statuti e privilegi delle Giudicarie concessi dai vescovi predecessori del Clesio si veda G. PAPALEONI, *Gli statuti delle Giudicarie, I: Gli statuti di Giorgio I*, in «Archivio trentino», 7, 1888, pp. 185-198; dello stesso autore, *Gli statuti delle Giudicarie, II: I privilegi di Giorgio II, di Udalrico III e di Giorgio III*, *ibidem*, 8, 1889, pp. 89-99.

ritenuta opportuna (cap. 9)[26]. Valore di esenzione fiscale avevano anche i capitoli 10 e 11, in base ai quali i giudicariesi non erano obbligati alla costruzione, riparazione, fortificazione e al vettovagliamento dei castelli e dei fortilizi della valle[27].

I giudicariesi avevano ottenuto, infine, di essere esentati dal servizio militare fuori dal territorio del principato, salvo nel caso in cui il vescovo fosse andato personalmente in guerra, preceduto dalla sua bandiera (cap. 12)[28].

Questi privilegi e statuti di inizio XV secolo erano stati successivamente confermati fino all'epoca di Bernardo Clesio (1514-1539), quando fu possibile accrescerli approfittando della guerra dei contadini del 1525[29]. Le comunità trentine che vi parteciparono furono per lo più quelle meno protette dal punto di vista delle autonomie locali e dei privilegi di natura fiscale; fedeli al vescovo rimasero invece, non a caso, le valli maggiormente tutelate da statuti e privilegi: la val di Fiemme e le Giudicarie[30]. La fedeltà dei giudicariesi sarà nuovamente premiata. Una volta soffocata la rivolta, le Sette pievi, avevano mandato i loro rappresentanti a Trento con una serie di nuovi capitoli riguardanti prevalentemente l'amministrazione della giustizia e ne avevano ottenuto la concessione da parte del Clesio (29 ottobre 1525); nel preambolo degli statuti il principe vescovo dichiarava esplicitamente che la concessione dei privilegi era un riconoscimento per la «devozione» dimostrata dalla valle astenutasi da «sedizioni e tumulti» nel corso della guerra dei contadini[31]. Con Ludovico Madruzzo le cose erano andate in maniera diversa. L'approvazione degli statuti della valle infatti, era giunta l'11 settembre 1579, proprio nel mezzo della guerra delle noci[32]. Nello

[26] G. PAPALEONI, *Gli statuti delle Giudicarie, I*, cit., pp. 194-195; M. BONAZZA, *Il fisco in una statualità divisa*, cit., pp. 99-100.

[27] G. PAPALEONI, *Gli statuti delle Giudicarie, I*, cit., p. 195; M. BONAZZA, *Il fisco in una statualità divisa*, cit., p. 100.

[28] G. PAPALEONI, *Gli statuti delle Giudicarie, I*, cit., p. 195.

[29] Sulla guerra dei contadini nel principato vescovile di Trento manca ancora un lavoro di sintesi; si veda F. CHIAROTTI, *L'insurrezione contadina del 1525 nell'analisi degli avvenimenti dell'Anaunia*, in M. BELLABARBA - G. OLMI (edd), *L'Età moderna*, (*Storia del Trentino*, IV), Bologna 2002, pp. 157-192, nonché il saggio di C. TAVIANI, in questo stesso volume.

[30] M. BONAZZA, *Il fisco in una statualità divisa*, cit., p. 178.

[31] G. PAPALEONI, *Gli statuti delle Giudicarie, III: I privilegi di Bernardo Clesio*, in «Archivio trentino», 8, 1889, pp. 100-116, in particolare pp. 102-103 e il preambolo a p. 112.

[32] G. PAPALEONI, *Gli statuti delle Giudicarie, I*, cit., p. 191. La cronaca del Bertelli non ne fa cenno, ma possiamo presumere che la conferma degli statuti fosse stata oggetto di trattative.

stesso modo, un mese prima, il 20 agosto 1579, Aliprando Endrizzi di Cillà luogotenente del castello di Stenico per Fortunato Madruzzo, aveva confermato i capitoli dei nuovi statuti comunali di Tione, uno dei principali comuni della valle[33]. Il primo capitolo rifletteva con immediatezza la situazione politica in atto, aprendosi con una solenne dichiarazione di fedeltà al principe vescovo:

«Primo Statuirono et ordinarono mantenere e difendere le ragioni dell'Ill.mo e R.mo il Signore Ludovico Madrutio per la di Dio e dell'Apostolica Sede gratia vescovo cardinale e prencipe nostro di Trento eletto, e confermato, e suoi successori, capitanii, vicarii, et officianti ...»[34].

Queste conferme di statuti e privilegi non giunsero, come era accaduto per alcuni periodi precedenti, quale premio per la fedeltà mantenuta, ma nel mezzo di una ribellione di cui proprio i giudicariesi erano, per la prima volta, protagonisti; furono concessioni a dimostrazione di una disponibilità politica a cui doveva corrispondere, da parte della popolazione, il giuramento delle compattate.

4. *Le vie legali*

Tornando ora agli avvenimenti dell'anno 1579 risulterà più evidente come la lunga storia di fedeltà al vescovo, che aveva permesso alle comunità della valle di ottenere libertà e privilegi, si fosse potuta trasformare in resistenza alle autorità e in rifiuto del giuramento in nome di quella stessa fedeltà. I motivi che avevano sostenuto quest'ultima scelta erano sicuramente diversi. Alla considerazione che le compattate costituissero una minaccia alle libertà e ai privilegi della valle si accompagnava il timore che la loro accettazione potesse rappresentare il primo passo verso l'imposizione di nuovi carichi fiscali da parte del Tirolo. Vi era inoltre il sospetto, espresso dal notaio Bertelli, che la gente della valle fosse stata sobillata da un «personaggio dotato di autorità» il quale avrebbe fatto intendere che proprio il rifiuto del giuramento sarebbe stata la segreta volontà del principe vescovo: il Madruzzo, costretto a giurare le compattate, avrebbe apprezzato la ferma

[33] *Gli statuti di Tione 1579-1757*, Trento 1974. Gli statuti comunali o carta di regola erano divisi in 109 capitoli, di cui 69 erano ripresi dallo statuto precedente del 1502. Anche le altre pievi delle Giudicarie avevano propri statuti e privilegi. Sulle carte di regola o statuti rurali delle comunità trentine si veda M. NEQUIRITO, *Le carte di regola delle comunità trentine. Introduzione storica e repertorio bibliografico*, Mantova 1988.

[34] Questi statuti, in latino, vengono tradotti in italiano nel 1656: *Gli statuti di Tione*, cit., p. 19 (versione italiana).

presa di posizione dei giudicariesi. Il misterioso personaggio avrebbe istruito il popolo esortandolo a non lasciarsi convincere, a resistere alle minacce e a restare saldo; «il che facendo – aveva concluso – fareti al nostro Illustrissimo principe cosa grata, et a voi utile et guadagno perpetuo»[35].

Gli abitanti delle Giudicarie portarono avanti questa loro 'guerra' seguendo principalmente le tradizionali vie legali (negoziare la fedeltà, come si è visto, si era sempre rivelato un buon investimento politico). Le decisioni prese all'interno delle assemblee comunali venivano portate nel consiglio generale delle Sette pievi. In quella sede si mettevano ai voti le varie proposte e si nominavano i rappresentanti da inviare a trattare con le autorità. Essi non avevano però potere decisionale: dopo aver presentato le richieste comunitarie, raccolto il parere delle autorità dovevano tornare a riferire alle rispettive comunità.

La prima decisione dell'assemblea di valle era stata quella di procurarsi un parere legale a sostegno delle ragioni del rifiuto di giurare. A fine febbraio del 1579, il notaio Zuan Ghirardi e il notaio e giusperito Zuan Conzato si erano recati all'università di Padova dove avevano ottenuto un *consilium* redatto da Giovanni Cefali, «letor magior» in quella università, con la «confirmatione et gionte d'alcuni altri dottori et cum li propri lor sigilli sigillato». Il consiglio era costato cento scudi e più[36]. In un altro punto della narrazione il Bertelli sembra contraddirsi attribuendo il parere legale al più famoso giurista Giacomo Menochio[37] e afferma di averne fatto fare una copia a proprie spese per inserirla nella cronaca[38].

[35] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 4. Questo misterioso personaggio, se mai esistette, riuscì a rimanere nell'ombra, dal momento che in seguito il Bertelli non vi fa più cenno. La sua comparsa sulla scena potrebbe essere anche un espediente del notaio, il quale forse non sa o non può spiegarsi tanta perseveranza da parte del popolo e quindi non ritiene sufficientemente credibile raccontare che le autonome decisioni dei capofamiglia fossero sufficienti a sostenere la decisione di «star saldi e più presto morire che prestare tal giuramento».

[36] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 1. Giovanni Cefali, nato a Ferrara nel 1511 o 1512, morto a Padova presumibilmente tra il novembre 1580 e il gennaio 1581; insegnò diritto civile a Ferrara, a Pavia, di nuovo a Ferrara, fino a quando, nel 1565 accettò l'invito dell'università di Padova, dove rimase fino alla morte. A partire dal 1569 pubblicò quattro libri di *Consilia sive responsa* ai quali il figlio, curandone la ristampa nel 1582 a Venezia, ne aggiunse un quinto.

[37] Giacomo Menochio (1532-1607), di Pavia, insegnò nelle università di Pisa e di Pavia. Per ventitré anni insegnò diritto canonico e poi diritto civile a Padova. Tra le sue opere ricordiamo qui i *Consiliorum sive responsorum libri XIII*, Venezia 1609.

[38] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 5. Ma purtroppo non se ne trova traccia in questa copia. Ho potuto invece rintracciare il *consilium* tra quelli del Cefali: IOANNIS CEPHALI

I delegati della valle quasi certamente consegnarono al Cefali le compattate, dal momento che il *consilium* esordisce riportando proprio questo documento. Ma l'inserimento di questo testo suscita qualche perplessità: si tratta infatti delle compattate del 1460 tra il principe vescovo Georg Hack e Sigismondo conte del Tirolo. Perché non venne portato ai giuristi di Padova il testo delle compattate più recenti, quelle appena firmate da Ludovico Madruzzo e sulle quali si chiedeva di prestare giuramento alla popolazione della valle[39]? Oppure quelle del 1468, sottoscritte da Johannes Hinderbach? La faccenda non è priva di importanza, dal momento che le compattate del vescovo Hack erano molto diverse dalle ultime (quelle dell'Hinderbach) proprio su alcune questioni rilevanti. Nelle compattate del 1460, infatti, riguardo alla guerra, si stabiliva solo che il principato vescovile non avrebbe fatto guerra contro nessuno senza «scitu et voluntate» del duca[40]. Inoltre, qualora fossero sorti dissensi tra i due principati era previsto un «superarbitrum» con il compito di definire le questioni controverse, una soluzione che scompare nelle compattate del 1468[41]. Erano assenti, dunque, proprio i punti introdotti per la prima volta con le obbligazioni sottoscritte da Hinderbach che prevedevano, in caso di guerra, o la neutralità dei sudditi tridentini oppure l'obbligo di entrare in azione a fianco dei tirolesi. Per questi motivi il *consilium* non poteva esprimere alcun parere proprio sulle questioni più limitanti la sovranità del principe vescovo.

Ma non erano questi, come si vedrà, i problemi posti dai giudicariesi ai giuristi padovani. Nelle compattate del 1460, come in quelle del 1454, era ben chiaro il punto in cui era previsto che i sudditi fossero obbligati a giurare:

Consilium DCXXVIII, Pro hominibus vallium Iudicariarum sub Tridento in *Consiliorum siue Responsorum iuris*, Francoforti ad Moenum, apud Sigismundum Feyerabend, 1583, v. 5, ff. 31-34.

[39] Nonostante il *consilium* giuridico non riporti alcuna data, si tratta sicuramente di quello richiesto dai giudicariesi durante la guerra delle noci, visto che a conclusione del testo delle compattate del 1460 si trova scritto: «Occurrit hoc tempore per Illustrissimum et Reverendissimum dominum Ludovicum Madrucium cardinalem et episcopum tridentinum efflagitari iuramentum a subditis praestari Serenissimo Ferdinando Austriae archiduci Tirolis comiti iuxta formam promissionis et obligationis ab Episcopo Domin. Georgio factae ut supra»: I. Cephali *Consilium DCXXVIII, Pro hominibus*, cit., f. 32.

[40] *Ibidem*, f. 32; questa norma corrisponde al cap. 3 delle compattate del 1454 pubblicate da F. Ambrosi, *Commentari*, cit., p. 516.

[41] I. Cephali *Consilium DCXXVIII, Pro hominibus*, cit., f. 32; F. Ambrosi, *Commentari*, cit., cap. 8, p. 516.

«Et a fine che questa intesa scritta resti nella memoria et fermezza, tutti li nostri, et della predetta Chiesa nostra sudditi, debbano prestar giuramento al prefatto nostro gratioso Signor Duca Sigismondo d'eseguire tutto quello, che è scritto davanti, et doppoi in questa lettera, et non contrafare, ma osservare perpetuamente et che per innanzi alli tempi perpetui li giuramenti debbano esser rinnovati et prestati ogni volta che un Principe et Signore del Contado del Tirol intrarà nel Regimento di quella Provincia, et un Vescovo nel possesso del Vescovado»[42].

Ed era proprio sull'obbligo del giuramento che si chiedeva il parere giuridico.

5. *Il «consilium»*

Il consulto fornito dal Cefali si articola in tre parti[43]. Nella prima parte si trovano le considerazioni che inducono a ritenere che i sudditi delle Giudicarie debbano giurare e possano esservi costretti «de iure» (nn. 1-15). È la parte in cui il Cefali espone le posizioni contrarie a quelle che vuole sostenere. Nella seconda parte, quella propositiva, Cefali sviluppa le considerazioni che dimostrano come i giuricariesi non siano tenuti a giurare (nn. 16-73). Nella terza parte, infine, riprende le affermazioni sostenute nella prima parte per confutarle (nn. 74-95).

Il *consilium* si apre con il testo dei patti sottoscritti dal vescovo Georg Hack e da Sigismondo conte del Tirolo nel 1460, prosegue con la richiesta di Ludovico Madruzzo di giurare «iuxta formam promissionis et obligationis» «ab episcopo Georgio factae» e si conclude con il quesito: i sudditi delle Giudicarie sono tenuti a giurare o possono esservi costretti «de iure»[44]? Cefali affronta la questione esponendo anzitutto le considerazioni che inducono a ritenere che i sudditi non possano sottrarsi al giuramento.

In primo luogo Georg Hack «se obligavit et promisit quod subditi iurarent» «accedente consilio ... voluntate et consensu» non solo del capitolo e dei «consiliarii», ma anche dei sudditi, come si dichiara esplicitamente all'inizio delle compattate. E si deve ritenere che l'affermazione non costituisse un semplice espediente retorico, ma che il consenso fosse stato realmente espresso, dal momento che il lungo periodo di tempo trascorso da allora

[42] Utilizzo la traduzione italiana delle compattate del 1454, cap. 6, uguale a quella del *consilium*, pubblicata in F. AMBROSI, *Commentari*, cit., p. 516.

[43] Sui *consilia* si veda M. ASCHERI - I. BAUMGÄRTNER - J. KIRSHNER (edd), *Legal Consulting in the Civil Law Tradition*, Berkeley CA 1999.

[44] I. CEPHALI *Consilium DCXXVIII*, *Pro hominibus*, cit., ff. 31v-32r.

(l'*antiquitas temporis*) impone di presumere che «omnia in actu requisita in eo intervenisse»[45].

In secondo luogo, il duca Sigismondo aveva preso sotto la propria protezione e custodia non solo il vescovo, il capitolo e la chiesa, le città e i monasteri, ma anche gli «homines», come si afferma chiaramente nelle compattate. Se ne deduce che il vescovo «egisse non solum nomine suo, sed etiam subditorum», sottoscrivendo un accordo che si deve ritenere ratificato, poiché, essendo passato tanto tempo, si deve presumerne la ratifica («ex lapsu tanti temporis ... ratificatio praesumenda videatur»). Dunque il principio dell'«antiquitas temporis» si rivela ancora decisivo[46].

In terzo luogo, appare irrilevante la circostanza che i sudditi per lungo tempo abbiano evitato di prestare il giuramento: la «praescriptionem ... facultatis non iurandi», l'acquisizione cioè della facoltà di non prestare giuramento, ha inizio infatti unicamente con l'opposizione di un esplicito rifiuto; rifiuto per il quale non vi sono prove sia mai stato espresso[47].

Su queste argomentazioni, da lui non condivise, Cefali tornerà nella conclusione del *consilium* per confutarle. Il giurista prosegue esponendo le considerazioni che, al contrario, inducono a ritenere che i giudicariesi non siano tenuti né possano essere costretti a giurare. Il presupposto fondamentale è che gli abitanti della valle – come sostengono – non hanno manifestato il proprio consenso alla sottoscrizione delle compattate da parte del vescovo Georg Hack («absque interventu dictorum subditorum») e che non hanno mai prestato il giuramento[48].

Cefali enuncia, prima di tutto, il principio generale secondo cui nessuno è vincolato da un contratto sottoscritto da altri («ex alterius contractu neminem obligari»); affermazione cui attribuisce valore universale e quindi la capacità di regolare i rapporti tra il «dominus» e i «subditi»[49]. Del resto, se – come afferma Decio – è vero che i «subditi ad superioris praeiudicium contrahere nequeunt», allora, come sostiene Claro, è vero anche che il «dominus» non può assumere un impegno che possa risultare dannoso ai sudditi[50]. E l'impegno assunto dal vescovo Hack può rivelarsi molto

[45] *Ibidem*, f. 32r, n. 1.

[46] *Ibidem*, f. 32r, nn. 4-5.

[47] *Ibidem*, f. 32r-v, n. 10.

[48] *Ibidem*, f. 32v, n. 15.

[49] *Ibidem*, f. 32v, nn. 17-18.

[50] *Ibidem*, f. 32v, nn. 26-28.

dannoso, poiché l'arciduca d'Austria, ricevuto il giuramento potrebbe, se volesse, «onera imponere dictis subditis et eos male habere». Il vescovo non può quindi imporre l'adesione a un accordo, vale a dire il giuramento, che ne è l'espressione formale, potenzialmente lesivo degli interessi dei giudicariesi[51].

Il giuramento, peraltro, non può essere imposto dall'arciduca. La circostanza che il vescovo Hack abbia sottoscritto un accordo che configura un rapporto di subordinazione del principe vescovo di Trento all'arciduca d'Austria non implica che i sudditi del vescovo siano divenuti sudditi dell'arciduca: il principio «subditus subditi mei non est meus subditus» declinato dal Cefali in forme diverse dimostra che, nei rapporti di subordinazione, non è ammessa la proprietà transitiva e dunque, non avendo l'arciduca autorità sui sudditi del vescovo, non può imporre il giuramento[52].

Cefali ritiene che il giuramento avrebbe potuto essere legittimamente imposto solo qualora i giudicariesi l'avessero prestato almeno in un'occasione; ma questi ultimi sostengono, appunto, di non avere mai fatto una cosa simile. Rifacendosi ad un privilegio concesso alla valle, nel quale si stabiliva che i vescovi e i loro ufficiali dovessero rispettare «consuetudines et ritus antiqui», egli osserva che di conseguenza anche la consuetudine di non prestare il giuramento doveva essere osservata[53].

Il *consilium* si conclude con un'articolata confutazione delle argomentazioni esposte all'inizio. L'espressione «accedente consensu subditorum», il principio dell'«antiquitas temporis» non interviene in favore del vescovo, ma piuttosto in favore dei giudicariesi, inducendo a presumere che il consenso non sia stato espresso. La stessa espressione «accedente» non rappresenta una constatazione (i sudditi acconsentono) ma una condizione (se i sudditi acconsentono), condizione che non è dimostrato sia stata soddisfatta[54].

Inoltre, non si può affermare che le compattate siano state sottoscritte dal vescovo a nome dei sudditi: il vescovo agì unicamente a nome proprio e dunque i sudditi non possono ratificare, nemmeno implicitamente «ex

[51] *Ibidem*, f. 32v, nn. 29-30. Forse erano queste le considerazioni che potevano maggiormente convincere le comunità a rimanere ferme sulle proprie posizioni. I dubbi delle comunità che il giuramento delle compattate potesse aprire la strada all'imposizione di nuove tasse e di altri oneri sembrava trovare qui una conferma.

[52] *Ibidem*, ff. 32v-33r, nn. 31-39.

[53] *Ibidem*, f. 33v, n. 69. Si fa riferimento ad un privilegio vescovile del 27 agosto 1427. Infine rileva che «cum hic agatur ... debet probari ut per eos»; *ibidem*, f. 33v, n. 73.

[54] *Ibidem*, f. 33v, nn. 74-77.

lapsu tante temporis», un accordo che «eorum nomine non fuit gestum». Del resto il vescovo non chiede di prestare un giuramento al quale si attribuisce il valore di ratifica dell'accordo, ma lo chiede in forza del consenso espresso prima della sottoscrizione[55]. Sostiene infine che la «prescriptio» di una «facultas» decorre anche senza che «prius fuerit contraventum»[56].

Non si tratta di dimostrare – da parte degli abitanti della valle – l'acquisizione, in seguito ad un adeguato intervallo di tempo, della facoltà di non prestare giuramento, ma della perdita – da parte del vescovo – del diritto di imporlo:

«Et cum saepissime retro tempus / occurrerit iurandi, / et cogendi subditos ad iuran/dum, et reve. Episcopi, / qui pro tempore fuerunt / negligentes fuerint huiusmodi iuramentum recipiendo, / praescriptione fuerunt exclusi et cum hic agatur de centenaria praescriptione, omnia remanent resoluta ...»[57].

Cefali giunge quindi alla conclusione che i suoi clienti si aspettavano:

«... concludo igitur istos iudicariarum subditos ad iuramentum de quo agitur non esse obligatos, nec de iure adstringi posse ad iurandum»[58].

6. *L'atteggiamento delle autorità*

Una volta ottenuto il parere favorevole, i giudicariesi inviarono una delegazione a Trento dal principe vescovo con il consiglio legale «et altre ragioni e privilegi». Madruzzo – racconta Bertelli – «per sua solita clementia se degnò parlar in camera con questi omeni per spazio de una ora et più»[59], nel corso della quale ebbe, con ogni probabilità, modo di esporre gli argomenti che si trovano nelle istruzioni del 18 marzo 1579 date dallo stesso vescovo al consigliere vescovile Francesco Particella in partenza per le Giudicarie in qualità di commissario[60]. Le motivazioni su cui si faceva leva per convincere le popolazioni al giuramento erano le seguenti. I sudditi

55 *Ibidem*, f. 33v, nn. 85-86.

56 *Ibidem*, f. 34r, n. 89.

57 *Ibidem*, f. 34r, nn. 92-93.

58 *Ibidem*, f. 34r.

59 BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 2.

60 BCTn, ms 56, *Instructione per l'eggregio fidele diletto il dottor Francesco Particella nostro consiliario et comissario nella Iudicaria*, pp. 33-36; trascritta in G. PAPALEONI, *La guerra delle noci*, cit., pp. 110-111.

erano obbligati a giurare quei punti delle compattate che li riguardavano; sebbene il giuramento fosse stato omesso per qualche tempo, ne era rimasto l'obbligo. Gli uomini delle Giudicarie non dovevano avere difficoltà a giurare sia perché lo avevano già fatto Trento, Riva e altri luoghi, sia anche perché, per gli articoli riguardanti i sudditi, li si costringeva solo a rimanere neutrali nei casi espressi nelle compattate. Se erano convinti, inoltre, che le compattate fossero «alterate», dovevano considerare che non vi era stata alcuna aggiunta che li riguardasse se non quella dell'osservanza del libello del 1511, stipulato «con intenzione» dai vescovi di Trento e Bressanone per la difesa dei vescovati e del paese. Nelle compattate – continuava il vescovo – vi era la clausola per la quale il conte del Tirolo prometteva di conservare il vescovado nelle pristine immunità ed esenzioni.

Seguiva una chiara presa di posizione del Madruzzo contro l'iniziativa delle comunità. In particolare, egli negava validità a un *consilium* giuridico di provenienza «italiana»:

«... né in ciò hanno da avertir a pareri over consilii de dottori, et massime de italiani, perché quelli non possono saper quello che importino le compatationi et obligationi errette in diverse volte in questa materia, né meno quello importino le usanze del'Imperio, del quale questo vescovato è membro»[61].

La conclusione era altrettanto chiara e, nelle intenzioni del vescovo, definitiva:

«Et in conclusione lor non devono presumer di sapere più di quel che hanno saputo tanti boni et honorati vescovi, i quali hanno innovata per tanto tempo questa istessa obbligatione dei sudditi»[62].

L'udienza si rivelerà tutt'altro che definitiva: i giuridariesi non cambieranno opinione.

Altre delegazioni si susseguono nel corso degli eventi presso le autorità periferiche e centrali, a Trento, al castello di Stenico dove si trovavano i delegati vescovili e tirolesi, a Innsbruck per trattare direttamente con Ferdinando[63].

I rappresentanti delle comunità per un anno intero si recheranno con costanza e continuità a parlamentare con le autorità vescovili e tirolesi. Il rifiuto di giurare si accompagnerà al costante sforzo di stabilire un rap-

[61] BCTn, ms 56, *Instructione*, p. 35.

[62] BCTn, ms 56, *Instructione*, p. 35.

[63] Questo fatto non emerge dalla cronaca del Bertelli, ma è riportato in G. PAPALEONI, *La guerra delle noci*, cit., p. 110.

porto di comunicazione, di tenere aperti canali di mediazione e di scambio politico; un atteggiamento condiviso anche dal principe vescovo fino alla fine del dicembre 1579. Madruzzo si reca nelle Giudicarie una sola volta, all'inizio del conflitto, quando non giunge il giuramento richiesto, ma successivamente impone la linea tracciata nelle istruzioni del 18 marzo 1579 ai sui funzionari e commissari: Fortunato Madruzzo, Francesco Particella, il capitano di Trento Gaspare Wolkenstein, il conte Franceschino Lodron.

La ragionevole esposizione dei motivi politici che rendono necessario il giuramento si accompagna e tende ad essere sostituita dal paternalismo e dall'appello ai sentimenti. Fortunato Madruzzo, dopo la battaglia nei prati delle noci, si rivolge al popolo con soavi, dolci e amorevoli parole, esortandolo, pregandolo, supplicandolo di voler accettare il giuramento e dichiarando che

«se questo juramento era prejuditiale nè dannevole al populo nè dubioso de steura, che il Signor Idio mai li prestasse gratia de signoria né de filioli et che per miraculo li potesse cascar la lingua et ochi ... dicendo di più che se mai per questo fusse intravenuto cossa alcuna di steura che lui li haria posto la sua facultà, signoria et la vita propria per difensione di questo paese e populo»[64].

Ma anche a queste parole, che «avrebbero fatto piangere un sasso», il «popolo più duro che diamante» non volle obbedire.

Altri comportamenti messi in atto delle autorità sono i tentativi di intimidazione e di creare divisioni interne attraverso l'uso della carcerazione dei rappresentanti delle comunità. I delegati, ad esempio convocati dal commissario vescovile Particella nel castello di Stenico, erano stati trattenuti per alcuni giorni in carcere e le comunità avevano dovuto pagare una forte somma di denaro (300 ragnesi per ognuno) per la loro liberazione[65]. Qualche tempo dopo, nel corso di un consiglio generale delle comunità a Stenico, intervengono gli sbirri e «presi doi poveri et insolenti» li conducono in prigione dove vengono trattenuti per un mese[66]. Una dimostrazione di forza nel tentativo di indurre alcuni tra i promotori della protesta a dissociarsi. Una mossa che effettivamente ottiene un certo successo.

Nello stesso modo, il I dicembre 1579, il notaio Contrini, recatosi al castello di Stenico per presentare alcune suppliche a nome del popolo,

[64] BCTn, ms, 56, *Questo fu il contrasto*, pp. 6-7.

[65] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 2.

[66] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 3.

viene incarcerato. Ne uscirà convertito: dal sostegno delle ragioni delle comunità passerà a difendere con calore le ragioni del vescovo[67].

Prima di procedere all'uso della forza, le autorità accusarono le comunità di ribellione, una «pronuncia» che giustificava e apriva la strada alla repressione violenta, alla guerra. In dicembre, infatti, dopo lo scontro armato con i soldati tirolesi, una nuova rappresentanza di venti uomini si era presentata al castello di Stenico per trattare. La controparte aveva ingiunto nuovamente di giurare «... e non volendo ubbidir, ... ex nunc li pronunziava per ribelli, minaciandoli incendio et lor total ruina»; ma, continua il Bertelli, «qual parole furno date in risposta al populo, qual più indurato che prima diceva non doversi temer, ma nella sua perfida voluntà star saldi»[68].

Solo a fine dicembre le autorità avrebbero promosso un nuovo tentativo di mediazione; il 27 dicembre 1579 il conte Franceschino Lodron, l'ambasciatore inviato da Ludovico Madruzzo, con «amorevolissime parole» proponeva di farsi portavoce presso il vescovo di un compromesso: gli abitanti delle Giudicarie avrebbero giurato solo su due punti delle compattate: il primo prevedeva che in caso di guerra tra il principe vescovo di Trento e il conte del Tirolo gli abitanti delle Giudicarie sarebbero rimasti neutrali; il secondo, che durante il periodo di vacanza della sede episcopale, essi avrebbero riconosciuto come «padrone» il capitano del castello di Trento, di nomina tirolese.

I capicomune accettarono la proposta, ma furono subito sconfessati da quei 6.000 uomini riuniti che imposero loro di rifiutare[69].

7. *Resistenza armata*

L'ostinato rifiuto di obbedire agli appelli del principe vescovo, a cui si accompagna l'altrettanto ostinato perseverare nella ricerca di una soluzione giuridica, non è però la sola strategia di resistenza attuata dalle comunità: altre forme furono la pressione esercitata attraverso l'assemblea di valle radunata per giorni, formata da migliaia di persone, alcune in armi ma la

[67] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 3. Un atteggiamento poco gradito tanto che gli verrà imposto di tacere: «messer Contrino, voi non seti più quello che solevati esser, perchè erati per il passato cum il populo, ora li seti contrario, però non accade che voi parlati più oltra»; p. 11.

[68] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 9.

[69] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, pp. 11-12.

maggior parte inermi, e la volontà di resistenza anche armata all'attacco militare.

I paesani, già nelle prime fasi della vicenda si erano preoccupati di acquistare armi nella misura in cui ciò era permesso dallo stato delle finanze comunali. Vi era, dunque, la volontà di resistere o di prepararsi ad una eventuale aggressione armata, ma non quella di cercare lo scontro (che non poteva essere che fallimentare). Quando il 18 dicembre del 1579, dopo quasi un anno dall'inizio della rivolta, giunsero in valle i 360 soldati tirolesi al comando del colonnello arciducale von Reitenau, i circa 300 contadini radunati erano per lo più «inermes», con pochi archibugi, ma non si ritirarono di fronte allo scontro armato. In quell'occasione vi furono solo pochi feriti, ma le cose avrebbero potuto evolversi molto diversamente se fossero giunti in tempo gli uomini delle pievi di Bono e Rendena provvisti di armi. Il loro ritardo aveva evitato «una strage di total ruina di homini»[70]. Nei due giorni seguenti, sabato e domenica, il livello di tensione era rimasto alto: nella pieve di Bleggio si radunarono uomini provenienti da tutte sette le pievi – secondo il Bertelli circa 6.000 uomini – alcuni dei quali armati, quasi tutti con intenti bellicosi («... poche erano le armadure di dosso, nondimeno pochi lì erano che non havesse la armadura nel cuore et animo suo»[71]). Mentre gli uomini si riunivano a consiglio per decidere il da farsi e alcuni della pieve di Bono e di Tione erano inviati a Brescia a comprare archibugi e altre armi, il colonnello dell'arciduca Ferdinando a Castel Campo era in animo di voler «tacar la scaramuzza», una situazione che per il notaio sembrava preludere ad un «vespro siciliano»[72]. Lo scontro venne però evitato e lasciò il posto a nuove, estenuanti trattative fino a quando, a fine dicembre il vescovo decise, come si è visto nella ricostruzione dei fatti, per l'invasione militare e per lo stato d'assedio della valle. Le truppe tirolesi, a cui si aggiunsero i 500 soldati provenienti dalla Vallagarina e quelli provenienti da Trento e dalla Valsugana, chiusero gli spazi della mediazione a favore dell'uso della forza rendendo inattuabile anche ogni possibile resistenza armata, vista la sproporzione delle forze in campo.

Ma non fu un'azione di forza indolore e priva di riflessi negativi. Il vescovo aveva contribuito a distruggere la solidarietà tra zone diverse di uno stesso principato mettendo i suoi sudditi gli uni contro gli altri. Anche il Bertelli, pur così fedele al vescovo e contrario alla resistenza, raccontando l'arrivo

[70] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 5.

[71] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 8.

[72] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 7.

dei soldati dalla Vallagarina esprime chiaramente il suo disaccordo verso la misura voluta dal principe trentino di inviare contro i contadini delle Giudicarie altri contadini «il che mai dovevan fare né Lagarini né altri, venir contra li soi fratelli paesani»[73]. Gli stessi contadini-soldati avvertivano come moralmente sbagliato l'essere stati inviati a combattere contro i loro «confratelli paesani»; nel lasciare la valle per tornare alle loro case riconobbero il loro errore e giunsero a minacciare il loro capitano, il quale per paura si ritirò nel castello di Tenno fino a quando non cessò la colera dei soldati[74].

8. *Il giuramento e la protesta*

Il 12 gennaio 1580, dopo l'arrivo dei contingenti militari dalla Vallagarina e da Trento, il popolo, circondato dai soldati «todeschi», venne radunato nei campi sotto il paese di Breune, vicino a Tione. Sul palco allestito per l'occasione trovarono posto le autorità (non però il principe vescovo, che era assente) e il notaio Rocco Bertelli lesse il testo delle compattate. Prima del giuramento collettivo venne presentata una polizza di protesta secondo la quale il giuramento delle compattate non avrebbe dovuto comportare «alcun pregiuditio delli previlegi, statuti, libertà et consuetudini ...»[75]. Era infine salito sul palco il daziale Giacomo Revò, il quale aveva affermato solennemente: «vagliano o non valiano questi vostri protesti, acettiamo il juramento delle compatatione in nome di sua Altezza»[76].

Qualche giorno dopo seguì un altro giuramento. In una valle ormai completamente pacificata, nel castello di Stenico, alla presenza dei pievani, il principe vescovo ricevette personalmente, da ogni capofamiglia, il giuramento di fedeltà[77].

Le comunità, probabilmente, fecero pervenire al principe vescovo un testo di protesta più articolato, simile a quello presentato qualche decennio più tardi, nel 1603, in occasione del nuovo giuramento alle compattate richiesto

73 BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 14.

74 BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 14.

75 Probabilmente la protesta era la stessa o molto simile a quella trascritta in BCTn, ms 56, *Forma juramenti praestiti in terra Ripae*, p. 38.

76 BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 15.

77 BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, p. 16.

da Carlo Gaudenzio Madruzzo[78]. Con quel documento gli uomini, i sindici, i consoli e gli anziani delle comunità «con la debita riverenza e umiltà» protestarono sostenendo che non intendevano e non volevano che con il giuramento venissero tolti, o in alcun modo diminuiti, i loro privilegi, statuti, ordinamenti, consuetudini, libertà ed immunità e esenzioni che in precedenza a loro stessi e ai loro predecessori erano stati concessi dai principi vescovi di Trento e dei quali avevano fatto uso e avevano sempre goduto e godevano ancora. Con lo stesso giuramento non volevano e non intendevano essere obbligati o costretti a fazioni, collette, steore, angarie o ad altri oneri di qualsiasi natura e con qualunque nome si chiamassero, nemmeno per causa di guerra o per qualsiasi altro motivo. Con questa protesta e a queste condizioni prestavano il giuramento.

9. *Processi e condanne*

Dei processi che seguirono non sembra siano stati conservati gli atti. Dobbiamo perciò, ancora una volta, affidarci alla cronaca del Bertelli che si conclude proprio con la lista dei condannati divisi per pievi. Proprio perché protagoniste della rivolta erano state le comunità, sembrano mancare i 'capi', figure di particolare carisma dal punto di vista sia politico che militare. Nella cronaca del Bertelli alcuni personaggi compaiono più frequentemente di altri, ma sono, appunto, i rappresentanti delle comunità rurali. Anche le sentenze dei processi confermano questo: molti furono condannati, ma nessuno in maniera esemplare, con la pena di morte. Può essere interessante notare la larga presenza e la partecipazione attiva di notai e giureconsulti locali. Lo stesso Rocco Bertelli, autore della cronaca, esercitava questa professione e, in generale, i notai sembrano avere un ruolo di primo piano nelle decisioni comunitarie, nelle trattative, nella ricerca di soluzioni legali. Conclusa la guerra e celebrati i processi, sette notai furono sospesi dall'esercizio della professione per un periodo variabile dai 10 ai 2 anni e condannati a pene pecuniarie dai 300 ai 25 ragnesi.

Quasi esclusivamente per i notai conosciamo la professione; per altri trenta di quelli «ostinati et insolenti, anci sedutori de gran parte de questo populo ignorante» viene riportato il nome e la provenienza, di «molti altri» non sappiamo né il nome né la condanna subita[79]. La pena più grave fu una

[78] Protesta presentata da alcune pievi delle Giudicarie ai commissari austriaci e trentini nel 1603 sotto il vescovo Carlo Gaudenzio Madruzzo; testo in G. PAPALEONI, *La guerra delle noci*, cit., p. 112, nota 2.

[79] BCTn, ms 56, *Questo fu il contrasto*, pp. 16-17.

condanna alla prigione perpetua; tre di coloro che più di altri si erano messi in luce nel corso della rivolta furono condannati al bando perpetuo, a cui si aggiunse, per uno dei tre, la confisca di tutti i beni. La maggior parte dei processati furono condannati al pagamento di pene pecuniarie variabili dai 25 ai 50 ai 100 ragnesi. Infine, le comunità furono costrette a pagare una multa di 1.000 ragnesi[80].

10. *Qualche cenno ottocentesco*

La cronaca del Bertelli sulla guerra delle noci sarà ripresa da padre Cipriano Gnesotti, cappuccino, originario della valle[81], che nelle sue *Memorie per servire alla storia delle Giudicarie*, stampate nel 1786, assumerà sostanzialmente il giudizio espresso dal Bertelli. Per Gnesotti, infatti, i giudicariesi erano un «popolaccio» che non si voleva sottomettere, accecato dall'ignoranza e sordo alle paterne esortazioni del vescovo[82].

Un nuovo interesse per quegli avvenimenti si verifica a fine Ottocento dopo la pubblicazione, nel 1898, del saggio *La guerra delle noci. Cronaca giudicariese* di Papaleoni su «Archivio trentino»; qualche anno dopo, nel 1890, esce un romanzo dal titolo *La guerra delle noci. Novella giudicariese dell'anno 1579*[83]. Lo scopo del romanzo era quello di fornire una volgarizzazione della storia ufficiale destinata a contadini e operai per educarli ad un vero amor di patria. Autore ne era Felice Renzotti, pseudonimo di don Lorenzo Felicetti (1864-1937), interessante figura di cattolico politicamente intransigente – è stato definito «il più intransigente degli integralisti»[84] – antisocialista e antiliberale, legato alle posizioni dei cattolico-sociali e attivamente impegnato nel movimento cooperativo cattolico secondo la dottrina sociale di papa Leone XIII[85].

[80] G. Papaleoni, *La guerra delle noci*, cit., p. 114.

[81] Cipriano Gnesotti, nato a Storo nelle Giudicarie nel 1717, cappuccino; visse dal 1755 nel convento di Condino, dove morì nel 1796.

[82] [C. Gnesotti], *Memorie per servire alla storia delle Giudicarie*, cit., p. 192.

[83] F. Renzotti, *La guerra delle noci. Novella giudicariese dell'anno 1579*, Trento, tip. Artigianelli, 1898.

[84] F. Giacomoni, *Potere clericale e movimenti popolari nel Trentino 1906-1915*, Trento 1985, p. 309.

[85] Don Lorenzo Felicetti (1864-1937), nato a Predazzo nel 1864, viene ordinato sacerdote nel 1887. Dal 1891 è in Rendena dove rimane molti anni, dapppríma come cooperatore e poi come curato, fino al trasferimento a Trento nel 1901. Scrittore e pubblicista molto

Le vicende della guerra delle noci sono raccontate nei termini dell'amore di patria, di una patria però che non è l'Italia come non è l'impero austro-ungarico[86]; è, piuttosto, la 'piccola patria' rappresentata dal comune e dalla valle; avvenimenti lontani di ribellione sono trasformati in mito di fondazione dell'identità di una valle, i contadini che lottano per la difesa delle libertà comunali divengono esempi di eroismo a cui ispirarsi[87]. Nel romanzo di don Felicetti i contadini delle Giudicarie difendono un «diritto», non cercano la rivoluzione, e questo differenzia nettamente la guerra delle noci dalla guerra dei contadini del 1525. In quest'ultimo caso, secondo il principe vescovo Madruzzo,

«si tentava di sovvertere [sic] a base di comunismo l'ordine sociale; nel caso nostro [guerra delle noci] si tratta solo di conservare un privilegio, giusto in sè, ma che io, con le mie forze, non posso difendere per i miei amatissimi e fedeli giudicariesi!»[88].

Quella lontana guerra che si era conclusa con una sconfitta – gli abitanti erano stati infine costretti a giurare le compattate – viene anche rappresentata e ricordata, alla fine del XIX secolo, in un altro modo. Nel 1896, infatti, sulla facciata di una casa di Tione viene collocata una lapide sulla quale si poteva leggere:

Nella guerra delle noci
I Giudicariesi
Gelosi custodi degli aviti privilegii
Dopo lunga ostinata lotta

prolisso, ha pubblicato un altro romanzo riguardante l'altro episodio di rivolta nelle Giudicarie: F. RENZOTTI, *Tre decapitati in Tione li 14 marzo 1772, ovvero, Storia della demolizione del dazio di Tempesta sul Garda fatta dai sollevati giudicariesi li 21 agosto 1768. Racconto storico-patrio*, Tione, Antolini, 1898. Mi sembra interessante segnalare la sua traduzione in italiano dell'inno ad Andreas Hofer, capo della resistenza tirolese alle armate bavaresi e napoleoniche nel 1809, fucilato a Mantova dai francesi nel 1810. Per la biografia di don Felicetti si veda F. GIACOMONI - R. TOMASI, *Le radici della cooperazione di consumo trentina. 100 personaggi per 100 anni Sait*, Trento 1999, pp. 145-152.

[86] Il principato vescovile di Trento, secolarizzato nel 1803 dopo varie vicende, era entrato a far parte dell'impero austro-ungarico. Su questo periodo e per la relativa bibliografia si rimanda a M. GARBARI - A. LEONARDI (edd), *L'età contemporanea 1803-1918* (*Storia del Trentino*, V), Bologna 2003.

[87] Parlano alcuni uomini rinchiusi nel castello di Stenico: «E l'onore di soffrire *per la patria* lo contate per nulla? Leggete le storie; e vedrete che i più grandi eroi soffrirono per la patria confische, prigione, esiglio e morte ... – Che esempi d'Egitto! Io guardo la mia pelle, io, e gli eroi non mi sento di imitarli per così poco. Alla fine si dirà *chi ha avuto ha avuto*; e nessuno mai risarcirà del danno patito»; F. RENZOTTI, *La guerra delle noci*, cit., pp. 70-71.

[88] *Ibidem*, pp. 143-144.

Per altrui intervento
Impotenti coll'armi a difenderli
Qui dinanzi nei campi
A forzato comizio raccolti
Ne giurarono la rinunzia
Principe Vescovo Ludovico Madruzzo
1579[89].

La guerra delle noci viene dunque indicata e ricordata come il momento della perdita dei privilegi e delle libertà quando, in realtà, non aveva storicamente rappresentato una sconfitta così grave e definitiva. L'obiettivo politico sotteso a questa 'rilettura' storica sarebbe stata la riconquista di quelle autonomie comunitarie e la ridefinizione di quell'identità cattolica che, per gli autori dell'iniziativa, erano state sconfitte e negate nel corso della storia.

[89] *Ibidem*, p. 177. L'iniziativa della lapide era stata presa dall'avvocato Carlo Boni, anch'egli cultore di storia delle Giudicarie.

Gravamina im Rathaus

Zum sozialen Sinn der Übergabe kollektiver Beschwerden in süddeutschen Reichsstädten des 17. und 18. Jahrhunderts

von *Urs Hafner*

Vielfältig sind die Formen, in denen sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen abspielen. In gewissen Zeiten scheint sich das kollektive Leben in ruhigen Bahnen zu bewegen. Es bietet sich dem Betrachter wie ein breiter, träger Fluß dar, in dem nur einige Wirbel auf der glatten Oberfläche von gesellschaftlichen Differenzen zeugen. Zu anderen Zeiten wiederum, bei Sturm und Regen, kündet die schäumende Kraft des Stroms von den Kämpfen zwischen den Klassen und Gruppen, die das Gemeinwesen strukturieren.

Auch die frühe Neuzeit ist geprägt von Konflikten und Protesten zwischen Schichten, Gruppen und Geschlechtern. Besonders augenfällige soziale Umwälzungen bilden etwa, am Beginn der Neuzeit, der Deutsche Bauernkrieg oder, an der Schwelle zur Moderne, die Französische Revolution. Weit häufiger anzutreffen sind dagegen wenig spektakuläre Auseinandersetzungen zwischen Obrigkeit und Untertanen, zwischen Räten und Bürgern[1]. Wohl sind auch in dieser Epoche, als deren Charakteristikum soziale Unruhen genannt worden sind[2], aufsehenerregende Aktionen zu verzeichnen: da wurden Häuser angezündet und Fensterscheiben eingeworfen, Gegner im «charivari» verhöhnt, eingeschüchtert, verletzt oder gar umgebracht. Wann immer die zulässigen Grenzen des Schicklichen und Erlaubten überschritten wurden, reagierten die Obrigkeiten in der Regel nicht eben zimperlich.

Abkürzungen: Bü = Büschel; HHStAW = Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien; HstAS = Hauptstaatsarchiv Stuttgart; KPfAB = Katholisches Pfarrarchiv Biberach; RHRD = Reichshofrats-Decisa; RP = Ratsprotokoll; RSt = Reichsstadt; StABB = Stadtarchiv Bad Buchau; StAU = Stadtarchiv Ulm; StAW = Stadtarchiv Wangen. Für genaues Lesen und hilfreiche Hinweise danke ich Andreas Würgler.

1 A. WÜRGLER, *Voices from among the «Silent Masses»: Humble Petitions and Social Conflicts in Early Modern Central Europe*, in «International Review of Social History», 46, 2001, S. 11-34.

2 P. BLICKLE, *Unruhen in der ständischen Gesellschaft 1300-1800*, München 1988.

Auf den folgenden Seiten wird eine Form des sozialen Konflikts und Protests näher untersucht, die im Schatten eruptiver Ereignisse wie Revolutionen, aber auch zerstörerischer Aktionen wie etwa dem reformatorischen Bildersturm steht: die Artikulation von Klagen und Beschwerden an die Regierung und die Reichsgerichte durch unzufriedene Bürger, und zwar in mündlicher, vor allem aber in schriftlicher Form. Der Akt der Artikulation und der Übergabe der Beschwerden, der sogenannten «Gravamina», der in Städten – aber auch auf dem Lande – anzutreffen ist, galt, solange die Bittform eingehalten und der Reaktion der Regierung Folge geleistet wurde, als legal und legitim. Ähnlich wie eine Unterschriftensammlung in den heutigen liberalen Demokratien gehörte das öffentliche Überreichen von Beschwerdeschriften zum politischen Leben einer Gemeinschaft – mit dem Unterschied allerdings, daß in der Frühneuzeit mit diesem Akt keine weiterführenden Rechte verknüpft waren. Mit der genauen Analyse weniger des Inhalts der Protestschriften als vielmehr der konkreten Umstände ihrer Übergabe an den Adressaten sollen die einzelnen Schritte dieses Aktes, seine Strukturiertheit sowie sein «latenter Sinn» festgehalten und hervorgehoben werden, diejenigen Elemente also, die für diesen Akt sehr wohl konstitutiv, den unmittelbar beteiligten Akteuren jedoch kaum bewußt waren[3].

Im Zentrum dieses Aufsatzes stehen zwei unterschiedliche Arten der Übergabe der Gravamina. Zum einen innerhalb der Stadt: In diesem Fall begaben sich die oppositionellen Bürger oder eine kleine Delegation mit dem Schriftstück ins Rathaus und überreichten es den Räten. Zum anderen die Überreichung außerhalb der Stadt: In diesem Fall reisten wenige Abgesandte der opponierenden Partei an den Reichshofrat nach Wien und versuchten dort, ihre Klagen an einflußreicher Stelle anzubringen und den Konfliktverlauf in einer für sie vorteilhaften Art zu beeinflussen. Zu diesem Schritt sahen sich die Bürger der Reichsstädte veranlaßt, weil deren Herr der in Wien residierende Kaiser des heiligen römischen Reiches war. Die beiden Fälle müssen sich nicht zwangsläufig ausschließen: Während die daheim Gebliebenen ihre Beschwerdepapiere mutig zum Rathaus trugen, kämpften ihre Abgesandten in Wien nicht weniger tapfer mit den Tücken der Bürokratie. Der Vergleich zwischen den zwei unterschiedlichen Arten der Übergabe soll auf die unterschiedlichen Übergabebedingungen innerhalb und außerhalb der Stadt verweisen und dadurch die Gesetzlichkeit der innerstädtischen Überreichung der Gravamina stärker hervortreten lassen.

[3] U. Oevermann, *Die Methodologie einer «objektiven Hermeneutik» und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften*, in H.-G. Soeffner (ed), *Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften*, Stuttgart 1979, S. 352-434.

1. *Gravamina – kollektive politische Klagen*

Besonders in den süddeutschen Reichsstädten ereigneten sich in der zweiten Hälfte der frühen Neuzeit zahlreiche Verfassungskonflikte zwischen Bürgerschaft und Rat[4]. Im Verlaufe oder zu Beginn von diesen Konflikten hielt die Bürgerschaft die Gründe ihrer Unzufriedenheit in der Regel schriftlich fest und las dem Rat ihr häufig von Spezialisten – Juristen oder Schreibern – verfaßtes Papier vor und überreichte es ihm oder einem Gericht. Wenn die Räte mit Repression reagierten, trugen die Opponenten ihre Klagen entweder, wie im deutschen Reich häufig geschehen, an die Reichsgerichte weiter[5], oder sie radikalisierten sich wie etwa in der Stadtrepublik Bern[6]. Die Bürger, die das Papier oftmals namentlich unterzeichneten, beschwerten und beklagten sich und forderten die Aufhebung von Mißständen. Im süddeutschen und deutschschweizerischen Raum des 17. und 18. Jahrhunderts nannten die Unzufriedenen ihre Protestschriften häufig Gravamina, aber auch «Memorial», «Pro Memoria», «Vorstellung», «Supplicatio», «Beschwehrungspuncte» und ähnliches mehr[7].

Der Begriff «Gravamen» oder im Plural «Gravamina», zu deutsch Last oder Bürde, meinte ursprünglich die schriftliche kollektive Beschwerde, welche die Stände dem Herrn anläßlich institutionalisierter Versammlungen überreichten; später wurde der Begriff zur Bezeichnung jeglicher kollektiver Benennung von Beschwerden verwendet, sei es in legalem oder aufrührerischem Rahmen. Die Gravamina konnten auch Bitten um die Aufhebung ihrer Ursache enthalten, waren dann also eine Art Petition. Sie bildeten den zentralen Kern frühneuzeitlicher Revolten. Viele Konflikte

[4] U. HAFNER, *Republik im Konflikt. Schwäbische Reichsstädte und bürgerliche Politik in der frühen Neuzeit*, Tübingen 2001; H. SCHILLING, *Gab es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit einen städtischen «Republikanismus»? Zur politischen Kultur des alteuropäischen Stadtbürgertums*, in G.H. KOENIGSBERGER (ed), *Republiken und Republikanismus im Europa der frühen Neuzeit*, München 1988, S. 101-143; R. HILDEBRANDT, *Rat contra Bürgerschaft. Die Verfassungskonflikte in den Reichsstädten des 17. und 18. Jahrhunderts*, in «Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege» 1, 1974, S. 221-241.

[5] W. SCHULZE, *Revolten und Prozesse in der deutschen Geschichte. Zwischen «Bauernkrieg» und Französischer Revolution*, in H. SARKOWICZ (ed), *Aufstände, Unruhen, Revolutionen. Zur Geschichte der Demokratie in Deutschland*, Frankfurt a.M. - Leipzig 1998, S. 43-67.

[6] U. HAFNER, *Auf den Spuren der Bürgertugend. Die Verfasstheit der Republik Bern in der Sicht der Opposition von 1749*, in M. BÖHLER - E. HOFMANN - P.H. REILL - S. ZURBUCHEN (edd), *Republikanische Tugend: Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers*, Genf 2000, S. 283-300.

[7] U. HAFNER, *Republik im Konflikt*, S. 146 ff.; HHStAW, RHRD, K 737, Lit. W; StAU, A 3447, Nr. 254.

begannen mit unterwürfigen Bitten und endeten mit radikalen Forderungen; in diesem Falle zielten die Gravamina, schärfer als die Supplikationen, auf Gerechtigkeit und Gleichheit ab. Die Gravamina waren in der Regel nicht revolutionär ausgerichtet, sondern trachteten danach, einen früheren Zustand wiederherzustellen, verfolgten also Reformen[8]. Ihr Ziel war in der Regel weniger die Verwirklichung eines utopischen Zustands als die Wiederherstellung einer als besser gedachten Vergangenheit; die Zustände sollten wieder ins Lot gerückt werden.

Die Gravamina, welche beispielsweise die Ulmer Opposition 1794 ihrer Obrigkeit übergab, betrafen in den zentralen Punkten die fehlende bürgerliche Mitwirkung in der Finanzverwaltung der Stadt, die Abschaffung der Steuerprivilegien des Rates, ferner die Wahl und Zusammensetzung des Rats, besonders die Nichtzulassung mehrerer Zünfte und bürgerlicher Gelehrter und die Aufnahme untauglicher Patrizier[9]. Die bürgerschaftlichen Forderungen bezogen sich generell auf die Stadtfinanzen, besonders Steuern und Rechnungswesen, ferner auf Verwaltung, Nepotismus und Wahlen, Rechtspflege und Lebensführung. Ebenfalls häufig erstreckten sich die Forderungen auf die Bewahrung der bürgerschaftlichen Rechte und Privilegien und der Abschließung gegen außen, sei es gegen das nichtstädtische Umfeld, sei es gegen die ebenfalls innerhalb der Stadt lebenden nicht-bürgerlichen Schichten[10].

2. *Bürger im Rathaus*

Die Übergabe der Gravaminalschriften an die Regierung spielte sich im Verlaufe von städtischen Konflikten im Innern der Stadt oftmals ähnlich ab[11]. Früher oder später stand das Rathaus, der Sitz der Regierung und der bürgerlichen Vertretung, im Zentrum des Geschehens. In Wangen im Allgäu, einer oberschwäbischen Reichsstadt, waren der Stadtamtmann und die bürgerlichen Gremien Gericht und Gemeinde in der zweiten Hälfte

[8] A. WÜRGLER, *Voices from among the «Silent Masses»*, S. 13 ff., 21.

[9] U. HAFNER, *Republik im Konflikt*, S. 105; U. SCHMIDT, *Südwestdeutschland im Zeichen der Französischen Revolution. Bürgeropposition in Ulm, Reutlingen und Esslingen*, Stuttgart 1993.

[10] U. HAFNER, *Republik im Konflikt*, S. 146 ff.

[11] Im folgenden soll der Fehler vermieden werden, «der Praxis das Modell zugrunde zu legen, das man zu ihrer Erklärung erst konstruieren muss ...»; vgl. P. BOURDIEU, *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt a.M. 1987, S. 148.

des 17. Jahrhunderts häufig nicht einverstanden mit der Ratsbesetzung[12]. Nachdem am Ratstag vom 2. März 1679 der gesamten Regierung im Rathaus die Ratsordnung vorgelesen worden war, übergaben der Stadtamtmann und das Gericht dem Magistrat eine «Erinnerungsschrift» und verlangten, daß der Stadtschreiber, der auch im Rat saß, als Rat zurücktreten müsse, da er wegen Verwandtschaft befangen sei. Als den Unzufriedenen beschieden worden war, sie müßten das Rathaus beziehungsweise die Ratsstube verlassen, «hat», wie das Ratsprotokoll notiert, «H[err] Stadtamann vermeldt: das thuen sie nit, und werden nit auß der Stuben gehen, biß solches geschehen. Erst nach wiederholter Aufforderung kommen sie dem Befehl nach»[13]. In der Folge traten der Stadtamtmann und die Mitglieder des Gerichts und der Gemeinde an Ratstagen wiederholt vor den Magistrat, überreichten ein Memorial und später eine «Clagschrüfft» und beharrten auf ihren Forderungen, die zunehmend radikaler wurden. Schließlich verlangten sie die Publikation der Verfassung der Stadt, der *Carolina*[14].

Waren es in der Auseinandersetzung von 1679 noch – von der Regierung eingesetzte – Mitglieder der bürgerlichen Gremien gewesen, die sich auf eine Auseinandersetzung mit den Räten eingelassen hatten, so schritten einige Jahre später auch gewöhnliche Bürger zur Tat. Im Zuge der Unruhen von 1692 erschien ein Ausschuß von Gericht und Bürgerschaft im Rathaus und übergab dem Rat die schriftlichen Gravamina. Dieser jedoch kam nicht auf den Inhalt dieser Schrift zu sprechen, sondern wollte von den Anwesenden als erstes wissen, «ob sie einen E[hrsamen] Rath ÿber ihre bereits eingereichte clagden für den Richter und ihre Obrigkeit erkhennen u[nd] halten od[er] nit?» Die Deputation zog sich zurück, beriet sich und trat wieder vor, gab aber auf die Frage keine Antwort, sondern bezog sich auf die Klagen und verlangte das Memorial zurück; vorher werde sie nicht «aus d[er] Rathsstuben weichen. Dabei soll ein Bürger gesagt haben, wan man ihne das Memorial nit wid[er] hergeben, so wollen sie es schon bekhommen». Der Magistrat wich schließlich dem Druck und gab das Memorial, nachdem es abgeschrieben worden war, zurück und teilte ihnen seinen Beschluß mit, daß er erstens solange keinen Bescheid geben könne, als sie ihn nicht als ihren «rechtmessig[en] Richter» anerkennten, daß zweitens mit der «Abhörung» der Rechnungen innegehalten werde und drittens der «Hergang diser Aufruehr» dem kreisausschreibenden Fürsten mitgeteilt werde. «Und also ginge ein E[hrsamer] Rath voneinand[er] da

[12] U. Hafner, *Republik im Konflikt*, S. 112.

[13] StAW, Va, RP 1673-1687 (2.3.1679).

[14] StAW, Va, RP 1673-1687 (27.4.1679, 4.7.1679, 11.9.1679).

das G[e]H[rich]t … sambt dem Ausschuss von der Gemaind u[nd] Burgerschafft noch auf der Laube vor d[er] Rathsstuben beÿsamben waren»[15].

Häufig, aber nicht immer wurden die Beschwerden in schriftlicher Form überbracht. In Biberach, einer ebenfalls kleinen schwäbischen Reichsstadt, die zwischen Ulm und dem Bodensee liegt, hatten die Bürger 1677 ihre Forderungen nur in mündlicher Form an die Räte gerichtet. Der Magistrat ließ am 4. Dezember Stadtamtmänner, Richter und große Räte versammeln und besprach mit ihnen die Lage. Unter der Bevölkerung gärte es offensichtlich, da die Einziehung einer neuen Steuer beschlossen worden war. Der Bürgermeister teilte den Versammelten mit, daß einige Großräte, die sich auf die Seite der Unzufriedenen geschlagen hätten, eingesperrt worden seien. Da meldete ein Rat plötzlich, um die 150 Bürger hätten sich vor dem Rathaus versammelt und wollten vorsprechen. Man ließ diesen ausrichten, man höre sich einen Deputierten an, doch die Bürger wollten ihre Klage selbst und im Kollektiv vorbringen. Schließlich traten um die 200 Bürger, sehr zum Mißfallen des Amtsbürgermeisters, in die Ratsstube. Der Zuckerbäcker Hans Jakob Gutermann brachte die Forderungen vor, nämlich die Freilassung der Inhaftierten, einen gleichmäßigen Steuerfuß und die Verringerung der Ratslöhne. «Darauf [hat] er die Burgerschaft angefragt, es seye ja also: Sie alle gar furios und unbeschaidenlich geschriehen! Ja, Ja»[16].

Der Amtsbürgermeister versuchte darauf, die aufgebrachten Bürger zu besänftigen, und berichtete von den – allerdings vergeblichen – Anstrengungen des Rats, die Steuern zu senken; würde man dies tun, gäbe dies Ärger mit dem Kaiser. Doch Gutermann bat nochmals um eine Steuersenkung, und auch andere Bürger meldeten sich zu Wort: Man habe gehört, der Rat bezahle kaum Steuern, man könnte in der Verwaltung Geld einsparen, und ihre früher eingereichte «Supplication» sei nie beantwortet worden. Aus dieser Äußerung geht hervor, daß die Bürger sich bereits an den Rat gewandt, aber keine Antwort erhalten hatten; ihr persönlich-kollektives Erscheinen im Rathaus steht also nicht am Anfang der Auseinandersetzung, sondern bildet bereits eine Eskalationsstufe. Angesichts dieses Drucks beschloß der Rat, die Verhafteten freizulassen und den Steuerfuß zu revidieren, aber die Bürgerschaft dürfe keine Zusammenkünfte mehr veranstalten. Gutermann dankte dem Rat, andere schlossen sich an und wiederholten in bittender Form die eingangs vorgebrachten Forderungen[17].

15 StAW, Va, RP 1687-1695 (4.8.1692).

16 KPfAB, KI, Nr. 29 (1.2.1678), S. 3 ff.

17 Damit war dieser Auftritt, der für die Obrigkeit eine bedrohliche Form angenommen hatte, beendet. Die Szene ist aus einer laufenden Streitigkeit zwischen Regierung und

Als weiteres Beispiel seien die Unruhen von Buchau erwähnt, einer der kleinsten oberschwäbischen Reichsstädte, die im Schatten von Biberach stand. Mit diesem Ereignis läßt sich das fein abgestimmte, strukturierte Widerspiel von opponierenden Bürgern und reagierender Regierung besonders gut aufzeigen. Die Unruhen begannen frühmorgens[18]: Am Morgen des 22. Juni 1748, samstags um fünf Uhr, begab sich eine fünfköpfige Deputation zum Haus des Bürgermeisters Joseph Bohner. Keiner der Männer war Mitglied des großen Rates, des verfassungsmäßigen bürgerschaftlichen Kollegiums. Die Deputation teilte dem Bürgermeister mit, sie wolle ihre schriftlich aufgesetzten «Gravatorialpuncte» dem Magistrat überreichen, der zu diesem Zwecke einberufen werden müsse. Der Bürgermeister willigte ein[19]. Wohl gegen Mittag erschienen 48 Bürger im Rathaus[20].

Dort «proponirte im Nahmen der gesambten Burgerschafft Samuel Steur», sie hätten «einige Gravatorialpuncte zu Papier genohmmen und unanimiter resolviert», diese öffentlich bekannt zu machen. Wie nun ein Bürger die Gravamina ergriff und eben zum Vorlesen ansetzen wollte, wurde er von Bürgermeister Bohner abrupt unterbrochen: Es zieme sich nicht, eigenmächtig zu Beschimpfung des Magistrats eine öffentliche Schrift verlesen zu lassen, und wenn die Bürgerschaft Beschwerden habe, solle sie diese schriftlich eingeben. Das ließ Samuel Steur sich nicht gefallen: Sie hätten sich schon vor zwei Jahren schriftlich beschwert, aber weil dies nicht akzeptiert worden sei, wollten sie ihre Punkte jetzt vorlesen lassen. Weil offenbar der schriftliche Protest nichts gefruchtet hatte, also von der Regierung ignoriert worden war, bedienten sich die unzufriedenen Bürger jetzt des Mittels der mündlichen Rede. Steur befahl Allmayer fortzufahren, und rief aus: «Geltet ihr Burger, dißes ist Ewer Will, und Meÿnung, deme zufolge auch die Burgere mit Hindansezung ihres Gehorsambs, und Respects under starckhen Tumult ihme Allmaÿer zugeschrÿen, die Schrüfft ohne weiters offentlich herunder zuleßen»[21].

Bürgerschaft herausgetrennt worden; vorher und nachher gab es Aufläufe. Bereits am 12. Dezember versammelten sich um die 300 Bürger auf dem Markt und brachten darauf sechs Abgesandte dem Bürgermeister die – radikalisierten – Forderungen vor. KPfAB, KI, Nr. 29 (1.2.1678), S. 5 ff., 9.

18 U. Hafner, *Aufruhr in Buchau. Bürgerschaftliche Politik in einer schwäbischen Reichsstadt*, in «Aufklärung – Vormärz – Revolution», 20, 2000, S. 11-29.

19 HStAS, A 232, Bü 86, Lit. C (RP, 22.6.1748).

20 StABB, RSt A Bü 1 (Relatio, 16.11.1748).

21 HStAS, A 232, Bü 86, Lit. C (RP, 22.6.1748).

Bohner aber unterbrach die Opponenten erneut und untersagte das Ablesen. Darauf zogen sich sämtliche Bürger zur Beratung zurück und kamen dann wieder in die Ratsstube. Samuel Steur wiederholte ihr Ansinnen. Wiederum weigerte sich Bohner im Namen des Magistrates. Darauf berieten sich die Bürger nochmals und verlangten, daß die Schrift nun vorgelesen würde. Obschon der Bürgermeister gegen den «bezeugt burgerlichen Zwang, und Gewalt, zuemahlen wider die ofentliche Verleßung und davon entspringender Prostitution feürlichst» protestierte, wie das Ratsprotokoll notiert, las ein Bürger «auf gezwungenes Geheiß der Burgern eine ihm anfänglich übergebene mit ehrverlezlichen Terminis angefillte und punctirte Schrüfft auf den lobl[ichen] Magistrat» vor. Danach nahm Steur die Schrift mit den Worten an sich, der Magistrat erhalte sie nur, wenn er ihnen die Stadt- und Jahresrechnungen der letzten 30 Jahre aushändige.

Der Magistrat befahl den Bürgern, sich zurückzuziehen. Er beschloß einstimmig, sich zuerst vom Ratskonsulenten beraten zu lassen. Bohner teilte den Bürgern diesen Beschluß mit, doch diese ließen verlauten, sie würden nicht aus dem Rathaus weichen, bis man ihnen eine schriftliche Bestätigung gegeben habe, wann sie die Rechnungen erhielten. Der Magistrat willigte ein, bis zum 11. Juli eine Resolution zu erteilen. Bevor die Bürger sich zurückzogen, verlangten sie, daß man die Truhen, welche die Rechnungen enthielten, «obsignieren» müsse[22]. Sie befürchteten, die Obrigkeit würde die Rechnungen manipulieren.

Doch einige Tage später berief der Magistrat die gesamte Bürgerschaft in das Rathaus und forderte wiederum die Herausgabe der schriftlichen Beschwerdepunkte. Der Bürgermeister ließ ein Dekret durch den Stadtschreiber vorlesen und Samuel Steur aushändigen, der es entgegennehmen wollte. Doch die anwesenden Bürger intervenierten «mit Aufschreien». Da warf Steur das Dekret auf den Ratstisch und zog sich mit den Bürgern zur Besprechung zurück. Nachdem sie wieder vorgetreten waren, verlangte Steur, daß ihre Beschwerdepunkte nochmals verlesen würden und der Magistrat sich sogleich bei jedem Punkt rechtfertigen müsse. Bohner mahnte die aufgebrachten Bürger zur Ruhe und verlangte die Annahme des Dekrets. Doch Steur entgegnete, die Bürgerschaft wolle nichts Schriftliches entgegennehmen. Offenbar bekräftigten die Opponenten einen gegenseitigen Schwur, den sie bereits früher geleistet hatten, in Gegenwart des Magistrats[23].

22 HStAS, A 232, Bü 86, Lit. C (RP, 22.6.1748).

23 HStAS, A 232, Bü 86, Lit. E (RP, 2.7.1748).

Darauf wollte der Magistrat die Bürger nach Hause schicken. Der Strumpfstricker Christian Winkler, der zur treibenden Kraft der Opposition werden sollte, trat vor und wiederholte die alten Forderungen. Wenn der Magistrat die Rechnungen nicht herausrücke, nähmen sie «unbeliebige Mittel vor die Hand und widerriefen ihren d[er] lobl[ichen] Obrigkeith geschwohrenen Aÿd ... mit vielen andren Expreßionen, welche ziemlich betrohlich, unhd wegen starkhen Geschreÿ ad Protocollum außführlich nit haben genommen werden können». Bohner befahl der Versammlung von neuem, sich aufzulösen. Darauf soll ein Tumult ausgebrochen sein, der bis in den Nachmittag dauerte[24].

3. *Bürgerdeputierte in Wien*

Erfolgte die Übergabe der Beschwerden im Innern der Stadt kollektiv, also im Beisein vieler Bürger, was diesem Akt nicht zuletzt seine Kraft und aus der Sicht der Regierung etwas Bedrohliches verlieh, gestaltete sich das Einreichen der Gravaminalschrift an auswärtigen Gerichten unter ganz anderen Bedingungen. Im Verlaufe des «Bürgerhandels» in Biberach (1729-1741), einer langwierigen und zähen Auseinandersetzung, deren Ausgangspunkt Steuerfragen waren, verklagte die Bürgerschaft ihren Rat beim Reichshofrat in Wien und beabsichtigte, eine Untersuchungskommission zu erwirken[25]. Durch diesen folgenschweren Schritt, der in anderen Streitfällen auch von den Obrigkeiten unternommen wurde, erhoffte sich die Opposition ein Eingreifen des Kaisers zu ihren Gunsten, insbesondere die Einsetzung einer kaiserlichen Lokalkommission, welche den «verdorbenen Zustand» der Stadtrepublik, d.h. vor allem die Ursache für den massiven Schuldenberg untersuchen, die Schuldigen bestrafen und, wie es in der beim Reichshofrat an den Kaiser gerichteten eingereichten Eingabe eindringlich hieß, das «Regiment ... zu verbeßern damit ein ehrlicher Patriot und betrangte Burgerschafft nicht das Unglück haben, mit jammernden Augen sehen zu müßen, das Vaterland von Tag zu Tag dem Untergang näher zu kommen»[26].

Ende 1729 reisten der protestantische Weissgerber Christoph Wisshag d.J. und der katholische Zeugmacher Dionysius Felbinger – Biberach

[24] HStAS, A 232, Bü 86, Lit. E (RP, 2.7.1748); U. Hafner, *Aufruhr in Buchau.*

[25] A. Riotte, *Die paritätische Stadt: Biberach 1649-1806*, in D. Stievermann (ed), *Geschichte der Stadt Biberach*, Stuttgart 1991, S. 309-366, 353; U. Hafner, *Republik im Konflikt*, S. 121 ff.

[26] HHStAW, RHRD, K 738, Beil. zu Nr. XLIX (30.1.1732).

war eine bikonfessionelle Stadt – im Auftrag der 328 Bürger, welche die Gravaminalschrift unterzeichnet hatten, nach Wien, um den Prozeß zu ihren Gunsten zu steuern. Doch im Oktober 1730 kehrten die beiden verfeindet nach Biberach zurück[27]. Ihre Koalition war vor dem Reichshofrat auseinandergebrochen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle dürften dabei die gegensätzlichen konfessionellen Kulturen gespielt haben, denen die beiden angehörten. Was der Opposition innerhalb der Stadt geglückt war, nämlich die Überwindung der konfessionellen Schranke, mißlang ihr außerhalb der Stadt.

Wie schwierig sich das Artikulieren und Adressieren des Protests für die oppositionelle Bürgerschaft in der Fremde gestaltete, läßt sich an der zweiten Biberacher Mission ablesen. Im Oktober 1731 reisten der evangelische Jurist und Innere Rat Peter Jacob Dörtenbach – eine schillernde Figur, die sich der bürgerschaftlichen Opposition angeschlossen hatte und gleichzeitig in eine Privatstreitigkeit mit dem Magistrat verwickelt war[28] – und der katholische Hutmacher Johannes Mayer nach Wien, um die Arbeit der beiden erfolglosen Streithähne wieder aufzunehmen. Als sie ihr Schiff verließen, trafen sie Felbinger, wechselten aber nur «6 od[er] 8 indifferente Worte» mit ihm[29].

Bevor die beiden ihre Gravamina einreichen konnten, mußten sie sich im fremden Umfeld erst einmal orientieren. Mayer und Dörtenbach suchten noch in den Reisekleidern ihren Agenten auf, der ihnen unmißverständlich zu verstehen gab, daß sie vor allem viel Geld benötigen würden. Einen Tag nach der Ankunft traf Dörtenbach «eine gewiße Persohn», von der er sich Informationen über den Stand der Dinge und Hinweise über das weitere Vorgehen erhoffte. Der anonyme Informant unterrichtete Dörtenbach über die Streitigkeiten der ersten beiden Gesandten, was diesen beunruhigte. Darauf traf er sich mit Mayer und dem Agenten, der zu Verschwiegenheit und Einigkeit riet und Vorschläge machte, welche wichtigen Männer man mit Geld auf seine Seite ziehen könne.

Die beiden Gesandten hatten in der Fremde mit mehreren Schwierigkeiten zu kämpfen, die zu Hause weniger oder gar nicht gegeben waren. Zum einen fehlten ihnen die finanziellen Mittel. «Unter Recommendirung der

27 A. RIOTTE, *Die paritätische Stadt*, S. 354.

28 Dörtenbach stritt vor dem Reichshofrat auch darum, daß man ihm seine «Rathsstelle, und andere davon dependirende Functionen», zurückgebe. HHStAW, RHRD, K 738, Beil. zu Nr. XLIX (30.1.1732).

29 HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 33 (23.10.1731).

Stille und Enigkeit, und umb bäldige Übermachung des Geldts verharren wier getreu», schrieben sie zu Beginn des Aufenthaltes nach Biberach. Sie baten den Ausschuß, ihrem Agenten in Wien 100 Dukaten zu schicken, «welches dann ihme eyffrig und courageux machen würdt, es ist ja besser, etwas auf einmahl an das Ohr schlagen, als mit eben dergleichen Kösten die Sache auf die lange Bank schieben, und dadurch noch obendrauff die Burgerschafft zertrinnen, daß gar alles zugrundt und Trimmern gehe»[30]. Weil sie ahnten, daß sie mit ihrem Ansinnen keine Begeisterung auslösen würden, begründeten sie ihre Bitte mit der Einheit der Bürgerschaft.

Eine weitere Schwierigkeit stellte die geographische Distanz dar, die nur auf postalischem Weg zu überbrücken war; die gesamte Kommunikation zwischen den Gesandten und der Bürgerschaft in Biberach lief über den Postweg[31]. Fast alle der hier untersuchten Briefe der Gesandten enthalten in den ersten Zeilen eine Bestätigung der erhaltenen Schreiben. Sie gaben sich vor allem zu Beginn ihrer Mission optimistisch und überzeugt, den Rechtsstreit am Reichshofrat zu gewinnen, trotz der großen Entfernung nach Hause. «Wir befehlen löbl[icher] Burgerschafft Gottes Obhut und wünschen aufrichtige Beständigkeit, Verschwiegenheit und unverdroßenen Fleiß in allen Dingen, von Posttag zu Posttag, an und solle nichts ermanglen»[32]. Immer fragten sie in den Briefen nach, ob die letzte Sendung angekommen sei, und mahnten, wenn eine Antwort zu lange auf sich warten ließ. «Disen Brieff haben wir mit Fleiß von Ulm durch einen Experten nach Biberach tragen laßen, damit wier gewiß erfahren, ob der erstere Brief richtig überlieffert, oder aber aufgefangen worden. Nehmen sie sich umb Gottes Willen in der Correspondenz wohl inacht ...»[33]. Besonders unsicher war ihre Lage, weil sie offenbar mit der Möglichkeit rechnen mußten, daß der politische Gegner ihre Postsendungen abfing und dadurch über das geplante Vorgehen informiert war. Erstaunt darüber, daß die Verbündeten in der Heimat des längeren keine Briefe mehr erhalten hatten, obschon sie doch inzwischen deren drei geschickt hätten, fragten die Deputierten in einem Schreiben verzweifelt, «welcher Teuffel fangt dann die Brieff auf»[34]. Der

30 HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 34 (7.11.1731).

31 Dazu grundlegend: W. TROSSBACH, *Soziale Bewegung und politische Erfahrung. Bäuerlicher Protest in hessischen Territorien 1648-1806*, Weingarten 1987, S. 205-245.

32 HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 33 (23.10.1731).

33 HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 34 (7.11.1731).

34 HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 48 (1.4.1732).

Teufel konnte nicht nur – in Gestalt des Magistrats – in Biberach hocken, er konnte sich – als dessen Handlanger – auch in Wien herumtreiben oder der Post auf der Strecke zwischen den Städten auflauern.

Nicht alles, was die Gesandten nach Biberach schickten, war für die gesamte Bürgerschaft gedacht; zu groß schien ihnen die Gefahr, daß wichtige Dokumente in die Hände des Magistrats fallen könnten. «Euer Gelehrter darf alles andere wohl lesen sonst aber niemand nicht»[35]. Die beiden mußten sich mit denen daheim absprechen über die einzuschlagende Taktik, über die einzusetzenden Gelder, über die einzureichenden und nachzuliefernden Gravaminalschriften[36], über dringend benötigte Atteste und bürgerliche Unterschriften, über anzufertigende Anzahl von teuren Kopien und anderes mehr.

Aus den Schwierigkeiten der Kommunikation, aber auch aus den angeblich mühseligen Bedingungen vor Ort in Wien ergaben sich Spannungen zwischen den Gesandten und den daheim Gebliebenen. Diese verdächtigten jene, zu viel Geld zu verbrauchen und nicht das Menschenmögliche für ihre Sache zu unternehmen. Jene wiederum warfen diesen vor, sich ihre Aufgabe zu einfach vorzustellen, nicht genügend Vertrauen zu haben und sie zu wenig zu unterstützen. «Wier thun, was wir können», hieß es bereits in einem Brief vom Januar 1732 hörbar gereizt, «übereilen und erzwingen aber können wier es nicht, dahero wier uns auch verwundern, daß man über uns mißvergnügt seyn solle, welches wier dahin gestellet seyn laßen»[37]. Zudem macht es den Eindruck, daß der politische Gegner, also der Magistrat, versuchte, die Biberacher Bürger von der Unzuverlässigkeit ihrer Gesandten zu überzeugen[38].

Das Überreichen der Gravaminalschriften gestaltete sich unter den bürokratischen Verhältnissen der Residenzstadt Wien ganz anders als in der *face-to-face-community* Biberach. Dörtenbachs und Mayers wichtigste Kontaktstelle zum Reichshofrat war ihr Agent. Sie berichteten nach Hause, «daß die einzugebende Schrifft von uns beyden zusamt dem H[errn] Agenten die vorige Woche auf zweimahlen durchgegangen, und sie von erstermeltem gut geheißen ..., daß selbige ... bey höchstpreißl[ichem] R[eichs]h[of]

[35] HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 43 (30.1.1732).

[36] Im November 1731 raten die Deputierten, daß die Bürgerschaft oder – in deren Namen – der Ausschuß ein Memorial verfasse und nach Wien schicke. HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 35 (17.11.1732).

[37] HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 42 (12.1.1732).

[38] HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 43 (30.1.1732).

Rath eingegeben werden kann ...»[39]. Nur etwa zwei Monate später aber äußerten sie sich bereits ernüchtert über die Dienste ihres Agenten. Er nütze ihnen nicht viel und habe sich sogar, da er kein mehr Geld von ihnen erhalten habe, anderen Klienten zugewandt, die ihn besser bezahlten[40].

Es war für die beiden Gesandten nicht einfach herauszufinden, welcher Weg der erfolgversprechende war. Eine Strategie bestand darin, eine gedruckte Streitschrift, die *Facti Species*, als Überraschungsmoment in der Verhandlung einzusetzen, um die Klagen der Bürgerschaft zu stützen. Anfang 1732 verteilten sie den Reichshofräten die Druckschrift, die auch den Biberacher Bürgern ausgehändigt wurde[41]. «Sobald wier Wind bekommen», schrieben die Gesandten hoffnungsfroh nach Hause, daß «die Relation vor sich gehen solle, wollen wier 1, 2 oder 3 Tage vorhero jedem Reichshofrath ein Exemplar davon zustellen, darauf es dann wacker klöpffen würdt». Wiederholt bedrängten die beiden ihren Referenten, die Sache vorwärts zu treiben, doch der schien es nicht eilig zu haben. Vielleicht regte er sich gar über die Ungeduld der beiden Biberacher auf, die ihn «fast alle Rathstag mit Monitori Zettuln bombadiren». Jedenfalls entgegnete er ihnen, «daß er ... schon voriges Mahl die Parole gegeben, wann der Turnus an ihn komme, solches zu thun, allein habe er ihn biß dato nicht getroffen, wann nichts Wichtigers vorfalle, wolle er es nicht ligen laßen, es sey der pressanten u[nd] wichtigen Geschaften eben auf mehrere»[42]. Etwa drei Monate später schrieben die Gesandten optimistisch nach Biberach, geheime Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Streitfall zu ihren Gunsten entschieden werde[43].

Doch Ende 1732 war der Prozeß in Wien noch immer nicht abgeschlossen. Immer noch harrten die Deputierten aus und hofften auf ein gütiges Urteil. Immer noch schienen sie einem undurchsichtigen Apparat gegenüberzustehen. Nachdem die Opposition in Biberach dem Magistrat entgegengekommen war, klagten die Deputierten nach Hause, «die Sache» werde auf «das Neue in Stocken gerathen» und der gegnerische Anwalt «anjetzo ... die Relation auf alle Weise zu hinderen suchen, weilen der Magistrat

[39] HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 34 (7.11.1731).

[40] HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 42 (12.1.1732).

[41] A. RIOTTE, *Die paritätische Stadt*, S. 354.

[42] HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 43 (30.1.1732).

[43] «Wier haben geheime Nachricht, daß es favorable vor uns außfallen möchte ...»; HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 48 (1.4.1732).

anjetzo das Meßer wieder völlig in der Hand habe». Die Verzweiflung war unüberhörbar: «Wir wißen vor Betrübnuß, Sorge und Kummer fast nicht, was wier Ihnen schreiben sollen»[44].

Zugleich machten sie den Biberachern heftige Vorwürfe, weil sie sich durch deren Vorgehen im Stich gelassen fühlten; trotz ihren Warnungen und dem gegenseitig abgegebenen Eid hätten die Bürger ihren Willen geändert, was offenbar für die Gesandten in Wien ungünstige Auswirkungen und Spott zur Folge hatte[45]. «Ey Ey Ey Ey Ey uns ist gar nicht wohl zu Muthe, guther rath ist jetzo theuer, nach unserem Ermeßen hätten sie all dieses nicht thun sollen, sondern dabey beharren», kommentierten die Gesandten[46]. Das Vertrauen war nun gestört, und die Beziehung mit den Biberacher Bürgern verschlechterte sich in zunehmendem Masse. Die unsichere Postverbindung erwies sich als zusätzliche Quelle von Mißverständnissen und Mißtrauen.

Im Dezember 1732 erhielt der Reichshofrat in Wien einen Bericht der kreisausschreibenden Fürsten, die inzwischen in Biberach auf Betreiben des Magistrats eine Untersuchung durchgeführt hatten. Dadurch schien der noch immer hängige Prozeß wieder in Gang zu kommen. Der Reichshofrat sprach sein Urteil erst im April 1734. Es erinnerte zum einen die Bürger an ihren Gehorsam gegenüber ihrer Obrigkeit und verordnete zum anderen dem Rat, die jährliche Rechnungslegung durchzuführen, Rechnungsrevisoren einzustellen und Besitzveräusserungen nur mit Absprache der zwei unteren Kollegien vorzunehmen. Dörtenbach wurde angewiesen, Wien zu verlassen, was er auch tat[47]. In einer feierlichen Zeremonie wurde in der Stadtkirche von Biberach der «Actus Publicationis» vorgenommen und den opponierenden Bürgern, nachdem sie ihren Gehorsam hatten bezeugen müssen, ihre «Schmäh-Schrifften» zerrissen vor die Füße geworfen. Damit war der Streitfall allerdings nicht beendet. Bereits im Sommer 1735 klagten die Biberacher Bürger erneut in Wien. Der «Bürgerhandel» ging fast nahtlos in eine neue Auseinandersetzung über, die bis 1753 dauern sollte[48]. Aber das ist eine andere Geschichte. Bemerkenswert

44 HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 70 (19.11.1732).

45 A. Riotte, *Die paritätische Stadt*, S. 354 f.

46 HHStAW, RHRD, K 741, Nr. 70 (19.11.1732).

47 A. Riotte, *Die paritätische Stadt*, S. 354 f.

48 Zit. in U. Hafner, *Republik im Konflikt*, S. 124; A. Riotte, *Die paritätische Stadt*, S. 355, 358.

ist jedenfalls, wie viel Aufwand die Bürgerschaft in diesen Prozeß am Reichshofrat investierte.

Die Übergabe der Gravamina in Wien kam nur unter größten Schwierigkeiten zustande. Offen bleibt, ob die Deputierten versuchten, noch andere Schriften einzugeben, nachdem sie ihre Druckschrift verteilt hatten. Diese erzielte nicht den gewünschten Effekt, weder was die Reaktion betrifft, die in Wien sozusagen ausblieb, noch was das Urteil anging, das nicht im Sinne der Opposition ausfiel. Die Deputierten konnten sich also über die Bedeutung und die Auswirkung dieser Übergabe nicht im Klaren sein. Sie waren in die Residenzstadt gereist, um den Reichshofräten ihre Anklageschrift zu übergeben und eine Untersuchungskommission für ihre Stadt zu erwirken; doch statt dessen war bereits vorher auf Betreiben des Magistrates von den kreisausschreibenden Fürsten in Biberach militärisch interveniert worden[49].

Die beiden Deputierten hatten sich in Wien von Anfang an wie in einer Dunkelkammer bewegt, zögerlich und tastend, auf fremde und nicht preisgünstige Unterstützung angewiesen; ihr Agent war ihnen sogar beim Ausformulieren ihrer Beschwerdeschrift behilflich gewesen. Doch als er nicht genug Geld erhielt, wandte er sich von den beiden Biberachern ab und suchte sich lukrativere Klienten. Der direkte Kontakt mit der Macht, mit den für sie zuständigen und über ihren Rechtsfall entscheidenden Personen, kam nicht zustande. Um die Schriftstücke überhaupt an der richtigen Stelle abgeben zu können, mußten die beiden einen riesigen Aufwand betreiben. Zudem entfalteten die Gravamina, von deren gezieltem Verteilen sie sich einen großen Effekt erhofft hatten, kaum Wirkung. Offenbar kamen die beiden Gesandten in Wien mit den ihnen vertrauten Mitteln, die in Biberach griffen, nicht weiter.

Schienen die beiden Biberacher in Wien ganz einfach an eine Wand zu laufen und von den dort beschäftigten Reichshofsräten immer wieder abgewiesen worden zu sein, konnte die Übergabe der Gravaminalschrift außerhalb der eigenen Stadt noch schlimmere Folgen zeitigen, wie das Beispiel von Buchau zeigt. Kurz nach der Revolte von 1748, in deren Verlauf die opponierende Bürgerschaft am Wahltag schließlich die regierenden Räte abgesetzt hatte, begaben sich zwei Abgeordnete des neuen Rates zum kreisausschreibenden Fürsten, dem Bischof von Konstanz, nach Meersburg. Wahrscheinlich wollten sie die vom alten Magistrat in Umlauf gebrachten Denunziationen widerlegen und die Sicht ihrer Dinge, insbesondere ihre

[49] A. Riotte, *Die paritätische Stadt*, S. 345.

Klagepunkte, vorbringen. Doch sie wurden kurzerhand verhaftet[50]. Aus dem Akt der Übergabe wurde eine tiefe Demütigung.

4. *Zum Sinn des Akts*

Die genaue Betrachtung und die Herausarbeitung des latenten, sozialen Sinns der Übergabe der strittigen Punkte in einer kleinen Stadtgemeinschaft, also gleichsam der «gravamina in actu», zeigt gerade vor dem Hintergrund der ungleich schwierigeren, quasi abstrakteren Verhältnisse in der kaiserlichen Residenzstadt Spezifika vormoderner Politik auf, die heute nahezu verschwunden sind. Die Übergabe der Klagepunkte konnte, wie es das angeführte Biberacher Ereignis zeigt, ohne Schrift und Papier vonstatten gehen. Die Bürger versammelten sich und zogen darauf ziemlich spontan Richtung Rathaus, wo sie den Räten ihre Aufwartung machen wollten, um ihre Beschwerden mündlich anzubringen. Diese aber waren nicht gewillt, alle Bürger ins Rathaus vorzulassen, sondern wollten nur eine Deputation empfangen. Doch die Bürgerschaft wies dieses Ansinnen zurück und erschien vor dem Magistrat «in corpore».

Das Rathaus stellte im Akt der Übergabe der Beschwerdeschriften einen zentralen Ort dar[51]. Ohnehin umkämpft, da es während der frühneuzeitlichen «Verobrigkeitlichung» zunehmend zum Sitz einer sich selbstherrlich gebärdenden Regierung wurde, geriet es im Laufe eines Konflikts leicht ins Visier der Opposition. Besonders wenn mehrere Vorstöße seitens der Bürgerschaft ohne Antwort, ja ohne Reaktion der Obrigkeit geblieben waren, konnte sich beim geringsten Anlaß ein Ansturm aufs Rathaus entzünden. Dieses diente den Bürgern umso mehr als symbolisch aufgeladene Kulisse, wenn es ihnen hier endlich gelang, die von der Regierung negierten oder ignorierten Beschwerdepunkte anzubringen.

Indem die Biberacher Bürgerschaft *in corpore* erschien, gab sie ihrem Anliegen gleichsam körperlichen Ausdruck. Ihre körperliche Macht, welche die Bürger vor allem durch ihre schiere Quantität gewährleistet sahen, war ihnen außerordentlich wichtig. Die Masse gab ihrem Anliegen Gewicht, sie verstärkte aber auch die Einheit der Protestierenden, die aus nächster Nähe

[50] StABB, RSt A, Bü 1 (Memoriale, 17.11.1749); StABB, RSt A, Bü 3 (Brief, 27.11.1748); U. HAFNER, *Aufruhr in Buchau.*

[51] B. ROECK, *Reichsstädtische Rathäuser der frühen Neuzeit und ihre Bildprogramme*, in A. RAINER MÜLLER (ed), *Bilder des Reiches*, Sigmaringen 1997, S. 275-295; U. HAFNER, *Republik im Konflikt*, S. 203.

mitverfolgen konnten, was die Wortführer vorbrachten. Diese Tradition lebt heute ein Stück weit in politischen Demonstrationen weiter. Allerdings wenden sich diese nicht mehr direkt an Vertreter der Regierung, sondern tun ihr Ansinnen vor allem über die Massenmedien kund.

Meist stand ein Schriftstück im Zentrum der wirkungsvollen Artikulation der Beschwerden, das der Regierung unmittelbar in die Hand gedrückt werden sollte. Die Bürger wollten den Räten ihre Beschwerdeschrift *face-to-face* überreichen. Dieser Vorgang war heftig umstritten, besonders wenn die Räte vorgängig mehrere Übergabeversuche verhindert hatten. In diesem Fall war die Wahrscheinlichkeit groß, daß die Bürger versuchten, im Rathaus einen großen Auftritt zu veranstalten und ihrer Regierung die Klageschrift mit noch größerer Nachdrücklichkeit zu überreichen. Generell jedoch entsteht der Eindruck, daß es den Bürgern nicht nur darum ging, dem Magistrat den Inhalt der Gravamina bekannt zu machen; in diesem Fall hätten sie das Papier getrost in den Briefkasten des Rathauses werfen können, notfalls als «Einschreiben»; allerdings hatten die Bürger höchstens einen moralischen, aber keinen rechtlichen Anspruch auf eine Antwort, und der Magistrat war auch nicht verpflichtet, eine «Empfangsbestätigung» abzugeben.

In einer noch in vielen Bereichen oral geprägten Kultur gehorchte auch das Überreichen eines schriftlichen Textes den Gesetzen der Mündlichkeit – ganz abgesehen davon, daß der Rückgriff auf das gesprochene Wort oftmals das letztes Mittel war, die Regierung zum Zuhören und eventuell gar Einlenken zu zwingen. Es war, als ob im Hin und Her der zerstrittenen Parteien gleichsam auch das Pendel des Sieges und der Wahrheit einmal in die Richtung und zum Vorteil der einen, dann der anderen Gruppe ausschlug. Während die Bürgerschaft dem Magistrat das Papier und damit ihre Ansicht der Dinge überreichen wollte, versuchte dieser, diesen Vorgang in seinem Sinne umzudeuten; er verlangte von der Bürgerschaft die Anerkennung seiner obrigkeitlichen Position. Nachdem er die Entgegennahme des Schriftstücks akzeptiert hatte, ließ er es abschreiben, bevor er das Original zurückgab. Auch damit hatte er den Vorgang, der eigentlich Protest sein sollte, umgedeutet. Daß der Magistrat die Gravamina kopierte, hieß nicht, daß er sie sich zu Herzen nahm, sondern daß er ein *corpus delicti* sicherstellte. Von dem Augenblick an, als zwei Exemplare existierten, verlor das eine, das Original, einen Teil seiner Kraft.

Dieses Hin und Her zwischen Bürgerschaft und Regierung gestaltete sich äußerst komplex. Die Initiative ging häufig von den Bürgern aus, indem sie beispielsweise eine Ratsversammlung einberufen ließen, um ihre Gravamina

vorzulesen. Obschon der Buchauer Rat diesem Vorgehen anfänglich zugestimmt hatte, hielt er während des Akts der Übergabe seine Vereinbarung nicht ein; er weigerte sich, sich die Protestpunkte öffentlich anzuhören. Die Bürger berieten sich lange, ob sie darauf eingehen und sich mit einer stummen Übergabe des Schriftstücks bescheiden sollten. Plötzlich änderten sie ihr Vorgehen und schlugen einen Tausch vor: Der Magistrat erhalte das Schriftstück, wenn er die Steuerrechnungen herausrücke; weigere er sich, dies zu tun, werde das Rathaus besetzt. Die Bürger wußten also, daß der Rat, selbst wenn er sich die Beschwerden angehört hätte, auch in den Besitz des Dokumentes gelangen wollte. Das Anhören allein hätte ihm nicht genügt. Bei einem zweiten Treffen fuhr der Magistrat schweres Geschütz auf: Er wollte der Bürgerschaft ein Dekret aushändigen, doch diese verweigerte die Annahme.

Die quasi ideelle Wirksamkeit eines Befehls oder eines Protests war also nach damaliger Vorstellung auf die Annahme des – materiellen – Papiers angewiesen. Hätte denn, aus heutiger Sicht, der Magistrat sein Dekret nicht einfach vor dem Rathaus aushängen können? Der Gedanke, daß jemand, der ein schriftliches Papier entgegennimmt, auch dessen Inhalt akzeptiert, weist eine beinahe magische Komponente auf. Im Gegenzug verlangten die Bürger, die damit einen Schritt weiter gingen und zugleich einen Schritt zurück in die orale Kultur machten, das öffentliche Verlesen der Gravamina und eine anschließende Rechtfertigung des Magistrats; hier sollte sich in einem gleichsam präsentistischen Akt das aktuelle Machtverhältnis nicht nur vor den Augen, sondern auch vor den Ohren aller manifestieren[52].

Das schriftliche Stück besaß im Akt der Übergabe – im Vergleich zu heute – zugleich mehr und weniger Bedeutung; mehr, weil es als Original, das nicht so leicht zu kopieren war, begehrt wurde. Wer das Schriftstück besaß, verfügte zumindest über einen wichtigen Beweis. Weniger, weil noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts die Mündlichkeit vor allem dann einen wichtigen Stellenwert hatte, wenn das Schriftstück ignoriert wurde. Die Macht eines Textes manifestierte sich besonders in seiner öffentlichen «Hörbarmachung» in Gegenwart des Adressaten. Wer seinen Gegner, insbesondere die Obrigkeit, zwingen konnte, sich vor den Augen aller eine ihm mißliebige Meinung anhören zu müssen, erniedrigte ihn und hatte damit

[52] Im Laufe der frühen Neuzeit wandelten sich die einst von der Mündlichkeit geprägten Gesellschaften zu schriftlichen; die Rede, die häufig mit magisch-religiösen Traditionen verbunden war, wurde zunehmend dem Reich der «Fabel» zugeordnet. Vielleicht scheint in diesen theatralischen Rededuellen im Rathaus auch ein Stück jener zurückgedrängten oralen Kultur auf. M. DE CERTEAU, *La fable mystique (XVIe-XVIIe siècles)*, Paris 1995, 22 f.

einen kleinen symbolischen Sieg errungen. Die mündliche Rede diente in diesem Fall als eine Taktik (und nicht die schlechteste dazu), derer sich der Schwächere im Kampf gegen den Stärkeren bediente[53].

[53] «Taktik» im Gegensatz zur «Strategie», die sich der «politischen, ökonomischen oder wissenschaftlichen Rationalität» bediene, nennt Michel de Certeau «ein Kalkül, das nicht mit etwas Eigenem rechnen» könne und «nur den Ort des Anderen» habe. Dieser Ort wäre hier, in freier Interpretation, das Rathaus – oder Wien. M. DE CERTEAU, *Kunst des Handelns*, Berlin 1988, S. 22 f.

III

Lettere di raccomandazione e suppliche / Empfehlungsschreiben und Bittbriefe

Chains of Favor

Approaching the City Council in Late Medieval Bern

by *Simon Teuscher*

Political constitutions of late medieval cities have long been among the most prominent subjects of historical research. This is in part due to the notion that important characteristics of modern occidental democracies have their origins in late medieval urban political institutions[1]. Less attention has so far been paid to the manners in which late medieval day-to-day-politics actually functioned within the relatively well-known framework of administrative bodies[2]. The observations that follow are not mainly concerned with major political debates, legislation, or even a government's attempts to actively regulate certain social practices. The goal is, rather, to ask about a government in its more passive role of an institution that is confronted with people who ask for interventions on their behalf.

1 For recent surveys cf. E. ISENMANN, *Die deutsche Stadt im Spätmittelalter 1250-1500. Stadtgestalt, Recht, Stadtregiment, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft*, Stuttgart 1988, pp. 131-209; P. JONES, *The Italian City-State. From Commune to Signoria,* Oxford 1997; H. KELLER, *'Kommune:' städtische Selbstregierung und mittelalterliche 'Volksherrschaft' im Spiegel italienischer Wahlverfahren des 12.-14. Jahrhunderts*, in G. ALTHOFF - D. GEUENICH - O.G. OEXLE - J. WOLLASCH (eds), *Person und Gemeinschaft im Mittelalter*, Sigmaringen 1988, pp. 573-616.

2 Important exceptions are: V. GROEBNER, *Gefährliche Geschenke. Ritual, Politik und die Sprache der Korruption in der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter und am Beginn der Neuzeit* (Konflikte und Kultur - historische Perspektiven, 3), Konstanz 2000; R. SCHMID, *Reden, rufen, Zeichen setzen. Politisches Handeln während des Berner Twingherrenstreits 1469-1471*, Zürich 1995; H. KELLER, *Die Entwicklung der europäischen Schriftkultur im Spiegel der mittelalterlichen Überlieferung: Beobachtungen und Überlegungen*, in P. LEIDINGER - D. METZLER (eds), *Geschichte und Geschichtsbewußtsein. Festschrift für Karl Ernst Jeismann zum 65. Geburtstag*, Münster 1990, pp. 171-204; W. BLOCKMANS, *Patronage, Brokerage and Corruption as Symptoms of Incipient State Formation in the Burgundian-Habsburg Netherlands*, in A. MAÇZAK (ed), *Klientelsysteme im Europa der frühen Neuzeit,* München 1988, pp. 117-126; A. ESCH, *Alltag der Entscheidung. Berns Weg in den Burgunderkrieg*, in «Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde», 50, 1986, pp. 154-161. Theoretical aspects of new approaches to pre-modern state organization are addressed by G. CHITTOLINI, *The 'Private', the 'Public', the State*, in G. CHITTOLINI - A. MOLHO - P. SCHIERA (eds), *The Origins of the State in Italy 1300-1600* (Journal of Modern History, 67. Supplement), Chicago IL 1989, pp. 34-61.

Examples from the city of Bern in the 15th and early 16th century will serve to discuss how citizens and inhabitants went about presenting various complaints and requests to the political body and how decisions in particular cases were prepared. Contemporary statues are suspiciously silent on these issues, and formal supplications to the government of the early modern type seem still to have been a poorly developed and rarely used instrument for citizens who wanted to be heard. But surprisingly, it is in private letters that practices of approaching the government are frequently mentioned. These sources lead us away from constitutional history in the narrow sense of the word and show us that mutual assistance before the council took place within relationships that also mattered for completely different areas of life such as business connections or intimate relationships between kin and friends. We will have to look into both official and officious practices in order to analyze a contemporary culture of negotiating favors and of activating support networks.

In what follows, the context of political institutions in Bern will be outlined briefly (I). Against this background, it will be possible to reconstruct how citizens and inhabitants went about approaching their government and its representatives in matters that were important to them (II). Their practices must be seen in connection with contemporary patterns of negotiating favors and the rhetoric of justifying claims, which were not limited to politics (III). Finally, I will discuss my observations with a view to debates about the late medieval city-state, its patterns of political participation, and the status of city-officers (IV).

I.

The regional importance of the imperial city of Bern was mainly due to its successive acquisitions of territory by purchase and conquest from the mid-14th century onwards. In the development of urban craft and trade, however, late medieval Bern could not keep in step with other cities in the region. At the end of the 15th century, the city itself still had a relatively modest population that amounted to about 5,000. In contrast, Bern controlled a huge rural territory with as many as 80,000 inhabitants and stood out as the largest city-state north of the Alps[3]. The wealth of the urban

[3] U.M. ZAHND, *Das wirtschaftliche und soziale Umfeld Bendicht Tschachtlans*, in A.A. SCHMID (ed), *Tschachtlans Bilderchronik. Kommentar zur Faksimile-Ausgabe der Handschrift Ms. a 120 der Zentralbibliothek Zürich*, Luzern 1988, pp. 13-25; F. DE CAPITANI, *Adel, Bürger*

elite was largely based on land property and office holding in the territorial administration. Members of the leading families served as appointed castellans in the countryside, where they collected taxes and executed high jurisdiction on behalf of the city, whereas low jurisdiction in most places still belonged to small local seigneurs. The central administration employed only a few not particularly powerful full-time officers such as messengers or night guards. The most notable salaried officer in the central administration was the chancellor who also participated in the meetings of the city council and employed a number of scribes[4].

The core of the city's government was a small city council, which had combined functions of an urban court, a court of appeals for the territories, a legislature, and a head of administration with the competence to appoint officers. The council met almost daily and had about 25 unsalaried members who largely belonged to the uppermost strata of urban society. They included councilmen without particular tasks as well as a couple of high officers such as the treasurer or the four *Venner*, each of which was in charge of one of the city's neighbourhoods. The head of the council was the mayor who was chosen among the councilmen for a limited term. Occasionally and at its own discretion, the small council summoned the great council to express its opinion before a decision was made[5]. The number of members in the great council varied between 200 and 450, which allowed a significant portion of heads of urban households to participate in decision-making, but largely within limits that were set by the more exclusive small council. Members of both councils were elected annually by an electoral system that was largely based on co-optation[6].

Both citizens and inhabitants of the territory had to gain access to a meeting of the small council whenever they wished to address the political, legal, and administrative body of the city. There were practically no other institutionalized ways of submitting a demand, of complaining or of asking

und Zünfte im Bern des 15. Jahrhunderts (Schriften der Berner Burgerbibliothek, 16), Bern 1982.

4 K. GEISER, *Die Verfassung des alten Bern. Festschrift zur VII. Säkularfeier der Gründung Berns*, Bern 1891.

5 *Ibidem*, pp. 95-108. See also: H.A. MICHEL, *Das politische und verfassungsrechtliche Umfeld Bendicht Tschachtlans und Heinrich Dittlingers*, in A.A. SCHMID (ed), *Tschachtlans Bilderchronik. Kommentar zur Faksimile-Ausgabe der Handschrift Ms. A 120 der Zentralbibliothek Zürich*, Luzern 1988, pp. 55-67.

6 R. SCHMID, *Wahlen in Bern. Das Regiment und seine Erneuerung im 15. Jahrhundert*, in «Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde», 58, 1996, pp. 233-270.

for a favor. It seems that the meetings of the council were to a very large extent dedicated to receiving individuals, listening to their problems and finding solutions for them[7]. As most of these cases did not involve writing at all, they left few traces in documents. The most notable exceptions were requests by inhabitants of the territory to which the council reacted by sending written instructions to the castellans in charge of the area where the problem occurred[8]. Such missives reveal a broad variety of private concerns the council was confronted with on a regular basis. People came to ask for a small office, to beg for help in situations of need, to get support in legal matters against subjects of foreign political powers, or to complain about abuses of officers or fellow citizens. Even the inhabitants of remote areas of the territory did not hesitate to take a day's walk to Bern, such as one man who complained about the excessive fee of a local scribe to issue a sales contract[9]. Countless young women from the far corners of the territory made long walks to the city to tell the council about their fiancés who had left them as soon as the women had become pregnant[10]. A man from the mountains complained about a matchmaker to whom he paid an amount of money worth a horse to be introduced to a wealthy bride who soon turned out not to be half as rich as he had been told[11].

Usually such problems were neither brought to the council in the form of legal allegations nor did they result in legal cases or in formal arbitration. The petitioners, rather, expected immediate interventions of the kind the retired pharmacist Hans Kramer in the 1440s described in a private letter to his nephew. Kramer's son had died recently and the old man, seeing his son's widow recalling all-too-hurriedly the credits her husband had granted to various people, feared that she would leave the city with the money and disrespect her children's claim to their share. He presented his concerns to the city council. After having listened to Kramer, the mayor himself,

7 Cf. A. ESCH, *Alltag der Entscheidung. Berns Weg in den Burgunderkrieg*, in «Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde», 50, 1986, pp. 3-64.

8 A unique collection of such missives is: Thun, Burgerarchiv (hereafter BAT), Thuner Missiven (hereafter TM). Cf. S. TEUSCHER, *Bekannte – Klienten – Verwandte. Soziabilität und Politik in der Stadt Bern um 1500* (Norm und Struktur. Studien zum sozialen Wandel in Mittelalter und früher Neuzeit, 9), Köln - Weimar - Wien 1998, pp. 31-36.

9 BAT, TM, III, no. 57.

10 R. STECK - G. TOBLER (eds), *Aktensammlung zur Geschichte der Berner Reformation 1521-1532*, Bern 1918-1923, vol. 1, pp. 63, nos. 239, 223, no. 692. More examples in: A. ESCH, *Alltag der Erscheinung*, p. 33.

11 BAT, TM, II, no. 233.

rather than asking the council for a legally binding decision, instantly stepped in as a mediator. He walked over to the widow's house where he convinced her to deposit proofs of credit with him until the distribution of the inheritance would be resolved[12].

Apart from unsuccessful applications for offices, we have surprisingly little evidence of requests that were entirely denied. This was in part due to the pre-selections that took place before people even gained access to the council – a topic we will address later. Another aspect is that generosity, or at least the appearance of it, was considered a characteristic of good lordship – for an urban council as well as for a prince. The tendency to react favorably to requests has, however, another background in the council's limited means both to examine matters thoroughly and to implement decisions.

In most cases, a person's requests were assumed to be legitimate until a counterpart stood up on his own to claim otherwise. A particularly well documented, but hardly exceptional example illustrates this point. In the year 1450, the council dealt no less than three times with two women, neither of which belonged to a prominent family. They both lived in Thun, a small city in the Bernese territory. One was a wife and the other was her husband's mistress. First, the wife traveled the 20 miles to Bern and asked the council for support against her faithless husband whom she accused of having stolen her skirt in order to give it to his mistress. The council granted the wife's request and advised the local castellan to force the mistress to return the skirt to the wife. The officer obviously did as he had been told. A few weeks later, the mistress appeared before council to complain that she had been ordered to hand over the skirt that really was hers. The council granted her request too and advised the castellan to get the skirt back from the wife. Shortly after, the wife came back and argued successfully that her counterpart had been lying about the origin of the skirt. As a result, the castellan was once more advised to undo what he just had been told to do[13].

The council thus presented itself as a generous defender of the law, while trying to refer the actual solution of problems largely to subaltern officers and to compromises among the people involved – hoping that matters would somehow resolve themselves on a lower level. This did not always save the council from ultimately being forced to step in as an actual court that listened to contradictory arguments, obliged parties to take oaths,

12 BAT, TM, II, no. 682.

13 BAT, TM, III, no. 25.

called in witnesses, and came up with a legally binding decision. Charters that only could be issued after a formal decision probably represent a very small portion of the total number of cases the council dealt with. In most cases, the council relied on social mechanisms of conflict management to which it gave important impulses without attempting to narrowly control the results.

Minor requests from individuals initiated a significant portion of what somewhat anachronistically could be described as Bernese state activity. Although hardly any document alludes to this, it is possible that some of the inhabitants had tried to bring their case to the attention of subaltern powers, such as local seigneurs or castellans, before they complained to the central authority. But overall, both citizens and inhabitants of the territory appear to have been eager to incite interventions by the supreme power of the city-state. Around the year 1500, some statutes explicitly mentioned the problem that the council was too busy listening to individuals and lacked time to discuss more general issues. The statutes reflect attempts to channel the mass of people who wished access to the council by limiting the days of reception and referring minor cases to subordinate officers[14].

There is little reason to believe that attempts to discourage direct requests to the council were successful before the mid-16th century when specialized offices were established to take care of subjects' problems. As in the case of the Bavarian court that Renate Blickle has examined, the sheer mass of requests is likely to have pushed the expansion of the administrative body[15]. In spite of the concerns expressed in statutes, leading officers were hardly displeased to receive numerous requests. Settling day-to-day conflicts was an important source of prestige for the council of Bern and a welcome support of its claims to lordship over local seigneurs and supremacy over their manorial jurisdiction[16]. Only in a purely constitutional perspective do

[14] *Die Rechtsquellen des Kantons Bern*, Tl. 1: Stadtrechte (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, 2. Abteilung), Aarau 1939-1971, vol. 1+2, p. 281 (no. 138), vol. 5, p. 29 (no. 17c).

[15] R. BLICKLE, *Laufen gen Hof. Die Beschwerden der Untertanen und die Entstehung des Hofrats in Bayern. Ein Beitrag zu den Varianten rechtlicher Verfahren im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit*, in P. BLICKLE (ed), *Gemeinde und Staat im Alten Europa*, München 1997, pp. 241-266.

[16] For the competition between the city and local seigneurs see: C. HESSE, *Expansion und Ausbau. Das Territorium Berns und seine Verwaltung im 15. Jahrhundert*, in E.J. BEER - N. GRAMACCINI - C. GUTSCHER-SCHMID - R.C. SCHWINGES (eds), *Berns grosse Zeit. Das 15.*

the requests and complaints brought to the council appear as immediate encounters between individuals and an anonymous state organization. A closer look at the circumstances under which people gained access to the council will reveal that they involved the activity of varied social networks, providing leading officers with many opportunities to reinforce personal dependencies.

II.

Private letters present a surprisingly precise picture of the events that preceded a reception in the council. Even in the 15th century, one could by no means just step into the City Hall where the councilmen held their meeting around a large table. What regularly emerge in contemporary descriptions are, for the lack of a better word, conventions about how to approach this institution[17]. Usually citizens and inhabitants first got in touch with one of the less prominent members of the small council that they knew in person or through a common acquaintance. This councilman would listen to their problem and advise them on how to approach one of his higher-ranking colleagues: the chancellor, the treasurer, or one of the four *Venner*. The subsequent talks with representatives of this narrow group at the top of the political body also had mainly mediating functions. Their ultimate purpose was to prepare an appointment with the mayor, the very head of the council. In contemporary jargon such preparations were referred to as talks *neben dem brett*, «off the record» and «off the official meeting table (or board)» of the council[18]. Only at the end of this process, would the mayor decide if, when and in what manner a person could get access to the board, i.e. to the formal plenary meeting of the council.

Even members of the social elite depended on advice from council members. A well-documented example concerns the prelate Niklaus von Disbach, a son of a prominent Bernese politician, who was a coadjutor and designated successor of the Bishop of Basle. In the 1520s, he became the target of pre-reformation riots, and considered resigning from his high ecclesiastic

Jahrhundert neu entdeckt, Bern 1999, pp. 330-347; E. WALDER, *Reformation und moderner Staat*, in HISTORISCHE KOMMISSION DES KANTONS BERN (ed), *450 Jahre Berner Reformation. Beiträge zur Geschichte der Berner Reformation und zu Niklaus Manuel*, Bern 1980, pp. 441-583.

[17] Cf. S. TEUSCHER, *Bekannte – Klienten – Verwandte*, pp. 226-234.

[18] *Ibidem*, p. 219.

office against an indemnification from the chapter[19]. For several reasons it was wiser for Niklaus not to resign without the consent of the city council of Bern, which had supported his clerical career. Niklaus was in a privileged situation. His brother Sebastian was a member of the council and could take care of his request. The two brothers exchanged a number of letters to prepare the case[20]. Some of these letters are extant and show that Sebastian, although he was a councilman himself, had to follow the usual pattern. He first talked to the treasurer, then to several *Venner* and finally to the mayor[21]. The council's actual practices of pre-negotiating cases off the board reveal fairly strict hierarchies among the councilmen. These processes of decision-making in the council may not have differed fundamentally from the ones that could be found at a princely court[22]. Individual councilmen thus controlled the council's agenda in an informal, but all the more efficient manner. This explains in part why requests, once they eventually had reached an official meeting of the council, were quiet likely to receive a favorable answer.

For citizens and inhabitants the talks of the board were equally important. To present a matter successfully before the council required mastering specific skills and having access to specialized knowledge, which even an insider such as Sebastian had to acquire by means of talks off the board to pass them on to his brother. Thus, the leading officers Sebastian talked to provided him with strategic advices on how to choose the right moment to bring Niklaus' difficulties to the council's attention. It was considered crucial to avoid days on which the great council was likely to be summoned,

19 For these events cf. U.M. ZAHND, *Die autobiographischen Aufzeichnungen Ludwig von Diesbachs. Studien zur spätmittelalterlichen Selbstdarstellung im oberdeutschen Raume* (Schriften der Berner Burgerbibliothek, 17), Bern 1986, p. 405; R. WACKERNAGEL, *Geschichte der Stadt Basel*, Basel 1907-1924, vol. 3, pp. 396-401; A. BRUCKNER, *Schweizerische Kardinäle; Das apostolische Gesandtschaftswesen; das Bistum Annecy; Das Patriarchat von Aquileja; Das alte Bistum Basel; Das neue Bistum Basel; Das Erzbistum Besançon; Das Bistum Chur* (Helvetia Sacra, I.1), Bern 1972, pp. 200 f.

20 Bern, Staatsarchiv des Kantons Bern (hereafter StAB), Familienarchive (hereafter FA), 3, nos. 419-427.

21 StAB, FA, 3, no. 419, f. 1r, no. 424, f. 1r, cf. no. 426, f. 2r.

22 Cf. S. BAGGE, *The Norwegian Monarchy in the Thirteenth Century*, in A.J. DUGGAN (ed), *Kings and Kingship in Medieval Europe* (King's College London Medieval Studies), London 1993, pp. 159-177, 174 f.; G. ALTHOFF, *Verwandtschaft, Freundschaft, Klientel. Der schwierige Weg zum Ohr des Herrschers*, in G. ALTHOFF (ed), *Spielregeln der Politik im Mittelalter. Komunikation in Frieden und Fehde*, Darmstadt 1997, pp. 185-198; P. WILLIAMS, *The Tudor Regime*, Oxford 1979, pp. 21-27.

because this would add to the number of decision-makers who cared little about Niklaus' personal stake in the matter. Sebastian and his advisors also worked out strategies to overturn a possible first decision of the council that would not be favorable to his brother[23].

To a large extent Sebastian von Diesbach's discussions off the board and the letters about them to his brother were concerned with the wording with which Niklaus was to present his case to the official plenary session of the council. Whereas the cleric Niklaus probably had no difficulty living up to high standards of eloquence, he needed help in making appropriate references to the discourses that currently mattered in urban politics. Sebastian discussed Niklaus' formulations with various officers and was advised to change them in several points. The officers suggested for instance how to address the impact of his brother's resignation on Bern's foreign policy. Sebastian was also told that his brother should avoid calling the indemnification a «pension»[24]. This word had become dangerous, as it was frequently used for the illegal payments foreign powers made to silence opposition against the recruitment of Swiss mercenaries. Furthermore, the brothers were warned not to provoke the council to rush to a decision by stating «we ask for your advice». They were recommended to rather use more vague formulations such as, «we bring to your attention»[25]. Given the importance of such nuances, we can perfectly understand why the old pharmacist Kramer asked his nephew, who was a council member, to help him in advocating his case in front of the council. If he had to go there without instructions from his nephew, Kramer said, «my own stupid words will make me loose everything»[26].

For most people it was more complicated to obtain a councilman's help. Letters and court protocols mention citizens and people from the countryside who looked out for a familiar councilman at the market or in a tavern in order to get a chance to discuss a problem they wanted to present to the council[27]. Some waited outside the church in which a councilman they knew attended the mass[28]. Others knocked at the door of a landlord for

[23] StAB, FA, 3, no. 424, f. 1r.

[24] StAB, FA, 3, no. 427, f. 1r.

[25] StAB, FA, 3, no. 424, f. 1r.

[26] BAT, TM, II, no. 660.

[27] StAB, Unnütze Papiere (hereafter UP), 1, no. 39, f. 5r.

[28] StAB, UP, 20, nos. 11 f.

whom they once had worked[29]. By chance over 200 private letters from the mid-15th century to Peter Schopfer, a rich merchant and experienced councilman, are preserved. A significant portion of these letters concern kin, friends, and friends of friends who urged Schopfer to support their political and legal cases[30].

The letters show how difficult it could be to obtain a single councilman's support – even within ones own kin-group. Some of Schopfers relatives had to repeat the same request for help over and over again[31], while others did not even dare approach him personally, using intermediaries instead. Hans Bäli, a nephew of Schopfer's, is a particularly interesting example. Bäli, the son of Bernese parents, had earned the title of a Master of Arts at a German university, and had difficulties in entering into a promising career. We first hear about him when he was a scribe in the tiny city of Bremgarten in central Switzerland, which at the time was ravished by repeated war raids. It took Bäli several unsuccessful applications before the government of Bern granted him a more rewarding position closer to his hometown of Bern. From the very beginning, Bäli made efforts to gain support from his powerful uncle, Peter Schopfer. In addition, Bäli himself asked the castellan of Baden to help him approach the council[32].

Most of the letters concerning Bäli's applications, however, were written by intermediaries between the applicant and councilmen and reveal the activity within an extended network of supporters. In this respect Hans Bäli's brother Ägidius played a central role. He was a prior in the large monastery of Interlaken, to which Schopfer entertained close relations both in business and in devotion[33]. Ägidius advocated his brother's interests with their uncle[34]. Moreover, he convinced the two provosts of his monastery to write another letter to Schopfer in Bäli's favor, in addition to direct letters

[29] BAT, TM, IV, nos. 219, 500.

[30] For the collection cf. S. TEUSCHER, *Bernische Privatbriefe aus der Zeit um 1500. Überlegungen zu ihren zeitgenössischen Funktionen und zu Möglichkeiten ihrer historischen Auswertung*, in C.E. LUTZ (ed), *Mittelalterliche Literatur im Lebenszusammenhang* (Scrinium Friburgense, 8), Freiburg 1997, pp. 359-385, 361-363.

[31] For example the letters: BAT, TM, II, nos. 660, 664, 666, 668, 682.

[32] BAT, TM, II, no. 264. For Bäli's biography cf. H. TÜRLER, *Meister Johannes Bäli und die Reliquienerwerbungen der Stadt Bern in den Jahren 1463 und 1464* (Neujahrsblatt der Literarischen Gesellschaft Bern auf das Jahr 1893), Bern 1892.

[33] BAT, TM, II, nos. 415, 663.

[34] BAT, TM, II, no. 415.

of recommendation to the council[35]. Finally, both Ägidius and one of his provosts made efforts to convince a scribe of the Bernese administration (who until recently had been serving as a scribe in the monastery) to talk councilmen of his confidence into voting for Bäli[36]. While this particular request to the council certainly involved an unusual amount of written communication, it reveals dynamics of support that were probably similar in the majority of cases that were advanced through series of oral conversations, for example in taverns[37].

Whenever individuals wanted to bring a complaint or a request to the council, they had to activate large networks organized around councilmen, inciting therefore negotiations of mutual aid that involved a broad range of acquaintances belonging to several layers of society. As a matter of fact, within these informal groups decisions were made long before a matter came to the council's attention. Even to obtain the initial support of an ordinary councilman, people had to go through a series of preparatory talks and beg for subsequent recommendations of increasingly influential personalities. There was only one major difference between the processes of dealing with intermediaries within and the ones outside the council. Whereas the sequence of talks with councilmen was defined by official ranks, the order in which intermediaries outside the council could be approached involved more varied forms of dependence and co-operation. Political participation was thus intimately connected to the reproduction of social obligations and social hierarchies.

III.

In order to understand how requests for governmental interventions were connected to the activity of personal networks, we need to look into the nature of the relationships and into contemporary ideas about legitimate claims. The letters that Schopfer and his protégés exchanged also shed light on patterns of negotiating the kind of relationships and mutual favors that ultimately could bring about support in the council. Many of the relatives and friends who wrote letters to ask Peter Schopfer for his support addressed him with the intimate *Du* (as opposed to the polite form *Ir*) and expressed their needs right away. These were mostly wealthy merchants or successful

[35] BAT, TM, II, nos. 265, 484, 662.

[36] BAT, TM, II, nos. 415, 261.

[37] S. TEUSCHER, *Bekannte – Klienten – Verwandte*, pp. 193-201.

politicians like Schopfer himself who had long been exchanging favors on a regular basis[38]. By contrast, Hans Bäli, like a number of petitioners of a lower social standing, addressed Schopfer in the form of politeness and constantly used formulas that expressed deference and eagerness to serve his powerful relative. Schopfer and his nephew Bäli did not share a long history of socializing and mutual support. Bäli had been far away from Bern while going to school and making his living in minor offices. This gave Bäli all the more reason to conjure up the binding nature of kinship. Both he and his brother made it clear to Schopfer that he was the one they had set all their hopes on. In one of his letters, Hans Bäli quoted a Latin proverb to say that kinship proves its value in times of need[39]. Embarrassingly, however, Bäli did not even remember the first name of his uncle correctly in this initial stage. He addressed his first letter to Hans instead of Peter Schopfer, «my particularly dear good kinsman»[40]. It does not come as a surprise that Schopfer did little to support Bäli's application, and that Bäli failed that time.

Bäli's relationship to his uncle Schopfer had to go through major transformations before the latter felt obliged to support his nephew in the council. Although Bäli and Schopfer were kinsmen, their relationship became helpful only when it developed characteristics of a patron-client exchange[41]. Before Bäli applied once more for an office near Bern, Schopfer had been called to service as a lieutenant of Bernese troops that were stationed a few miles from the city in which Bäli had a modest employment as a scribe. Thus, Bäli found the opportunity to do substantial favors for Schopfer; he provided his uncle's troops with secret information and with food. He mostly tried to purchase the food, but did not hesitate to spend his own time actually fishing in the river for his uncle. The letters of Bäli were no less deferential in style now. In a letter in which he announced that he had been able to buy chickens for Schopfer's troops, he wrote that he knew that he would never be able to return the great favors Schopfer had done for him and still was to do. The letter was attached to a pillow that Bäli

[38] *Ibidem*, p. 95 f.

[39] BAT, TM, II, no. 26: «quia in necessitate amicus approbatur»; cf. BAT, II, no. 477.

[40] BAT, TM, II, no. 664, edited in S. TEUSCHER, *Bekannte – Klienten – Verwandte*, pp. 307 f.

[41] For the concept of clientelism cf. among many others: S. KETTERING, *Patronage in Early Modern France*, in «French Historical Studies», 17, 1992, pp. 839-862; S.N. EISENSTADT - L. RONIGER, *Patrons, Clients and Friends. Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society*, Cambridge 1984; S. TEUSCHER, *Bekannte – Klienten – Verwandte*, pp. 135-180.

sent Schopfer into his camp, «so you may sleep all the more tenderly while in the field»[42]. Only a few weeks later Schopfer supported Bäli's second application very actively, and Bäli got at long last his well-paid position in the Bernese territory[43]. Now this was in Schopfer's best interest as well. He could count upon having placed one of his own followers in the administration. In years to come, Bäli used his spare time to help Schopfer in his business and to support his political activity, for instance by spying on his adversaries[44].

A continuous exchange of favors, real or imagined, and the rhetoric of reciprocity played an important role in the relationships of political support among equals as well. When Sebastian von Diesbach negotiated with fellow councilmen about his brother's difficulties, he gave them gifts that could be seen as bribes. But they were talked about as symbols of the ongoing reciprocity that support in the council should be part of[45]. The rhetoric of reciprocity blurred the distinction between small gifts and huge bribes. It equally concealed differences between relationships among equals, such as Sebastian von Diesbach and his peer-councilmen, and people of very different social standing, such as Peter Schopfer and Hans Bäli, where exchange as a matter of fact took place within a frame of subordination.

Interestingly, a similar rhetoric of reciprocity was used to negotiate claims between individuals and the Bernese government as an institution. While abroad, some citizens wrote direct letters of supplication to the city council to ask for a favor or to beg pardon for a crime they had committed. These letters also followed the pattern of a step-by-step approach to the council. Some of them are still today attached to an additional note to an individual councilman who was asked to present the official letter to the council[46]. Such letters occasionally invoked more general norms and ideals, such as the «bonum commune». Yet more frequent were arguments referring to the idea that there ought to be a reciprocal relationship between each citizen and his government, so that the merits of the citizen for the city justified his claims to receiving particular favors from the government. Candidates asked for offices or other privileges by reminding the council what they had done

42 BAT, TM, II, no. 479, edited in H. TÜRLER, *Meister Johannes Bäli*, p. 6.

43 BAT, TM, II, no. 507.

44 E.g. BAT, TM, II, nos. 552, 556.

45 StAB, FA, 3, no. 224, f. 3r. General thoughts about the importance of gift giving during official procedures: V. GROEBNER, *Gefährliche Geschenke*, pp. 104-111.

46 E.g. STAB, UP, 21, no. 77.

for the city in the past or by promising to do all the more in the future, if they were chosen[47]. Similarly, people who were accused of being involved in crimes tried to exculpate themselves by stating that the government had neglected them before they had reacted by becoming disobedient[48]. Just as in relationships between persons, notions of the honor involved in reciprocal exchanges between individuals and the city's government played a prominent role. One applicant for an office wrote to the council that if his numerous merits for the city were taken into consideration, appointing somebody else would not be as humiliating for himself as it would be shameful for the council[49].

The use, even in the most formal contexts, of arguments that evolved around ideas of exchanges of services between individuals and the city's government, provides an additional explanation for the importance of intermediaries. Councilmen and high officers who helped people off the board were more than just procedural go-betweens in the process of gaining access to the council. Moreover, they justified their interventions by defining themselves as brokers in the exchange of merits and favors between the city and its subjects. Prominent seigneurs and councilmen often wrote letters to the council to support their protégés who applied for offices. Most of the applicants were fully qualified for the offices in question. However, the letters never elaborated on this kind of an argument. Instead, supporters referred to their own merits for the city to explain why the council should appoint the candidate they supported. In some cases, they also mentioned favors the protégé had done to them – not to the city[50]. Thus, they set their own symbolic capital of merits at the disposal of the protégé, who in his turn had a legitimate claim to their support because of the favors they had received from him.

Against the background of such chains of favor it becomes clear why powerful politicians under certain conditions were eager to support others: on the one hand, their help was part of an ongoing exchange that provided them with services and favors from inferiors; on the other, successfully supporting people was part of the competition among peers. The councilman who was able to support many citizens and inhabitants proved that he disposed

[47] S. TEUSCHER, *Bekannte – Klienten – Verwandte*, pp. 207-218.

[48] E.g. STAB, UP 22, no. 228.

[49] [C.F.L. LOHNER], *Miszellen*, in «Der Schweizerische Geschichtforscher», 6, 1827, pp. 117 f.

[50] E.g. BAT, TM, II, nos. 10, 58, 59, 60; III, no. 149; IV, no. 500.

of a particularly high capital of merits that he could generously distribute among his followers. This made it even more attractive for inferiors to offer services to him, rather than to his colleagues.

The importance of demonstrating merits in order to obtain favors can also help us to come to a better understanding of peculiarities of the contemporary production of literature. During the 15th century all over the southern German speaking cities, there emerged a new literary genre of autobiographies or family histories similar to the *ricordanze* of Italian citizens[51]. These texts have often been treated as predecessors of 19th «egodocuments» and have been connected to the emergence of individualism and autobiographical reflection. Most of the stories that are contained in these texts, however, highlight the authors' merits for the city. And some of the authors explicitly advise their children and relatives to use these memories when they needed to defend their interests before the council[52]. The way personal and even intimate relationships were integrated into political procedures also explains another development that cannot be discussed extensively here. The growth of state regulations in this period did not imply attempts to exclude kin-groups from politics, but, rather, attempts at institutionalizing them, both by creating more official hierarchies among lineages and by defining responsibilities in terms of specific kin relations[53].

The evidence from letters, protocols, and personal memoirs stresses to what extent gaining support of a councilman was a part of negotiating relationships that structured co-operation far beyond the realm of justice and politics. Bringing a case to the council's attention was a matter of interacting among kin, friends, peer groups, or patrons and clients. Each instance of

[51] Cf. T. KUEHN, *Law, Family, and Women. Toward a Legal Anthropology of Renaissance Italy*, London 1991; C. KLAPISCH-ZUBER, *Women, Family, and Ritual in Renaissance Italy*, Chicago IL 1985.

[52] P. MONNET, *Les Rohrbach de Francfort: Pouvoirs, affaires, et parenté a l'aube de la renaissance allemande* (Travaux d'humanisme et renaissance, 317), Genève 1997; K. ARNOLD - S. SCHMOLINSKY - U.M. ZAHND (eds), *Das dargestellte Ich. Studien zu Selbstzeugnissen des späteren Mittelalters und der frühen Neuzeit* (Selbstzeugnisse des Mittelalters und der beginnenden Neuzeit, 1), Bochum 1999; cf. Ch. KLAPISCH-ZUBER, *L'invention du passé familial*, in Ch. KLAPISCH-ZUBER, *La maison et le nom – strategies et rituels dans l'Italie de la Renaissance*, Paris 1990, pp. 13-35 ; P. MORDENTI (ed), *I libri di famiglia in Italia*, vol. 2: *Geografia e storia*, Roma 2001.

[53] S. TEUSCHER, *Bekannte – Klienten – Verwandte*, pp. 75-114, 241-264; cf. G. DELILLE, *Famille et proprieté dans le Royaume de Naples (XVe-XIXe siècle)*, (Bibliothèque de l'École française de Rome, 259) Roma 1985.

support in the council could become an element of ongoing processes of reinforcing or challenging hierarchies and forms of personal dependence throughout subsequent layers of society.

IV.

How then can these practices of approaching the council and the rhetoric of justifying claims be integrated into a picture of state-organization in late medieval cities? Modern historians, who have discussed to what degree the larger population of late medieval cities participated in the political system, have mainly been concerned with constitutional frameworks. They determined the weight of a vote cast by an ordinary head of household in urban electoral systems, or examined under what circumstances the great councils that represented larger groups of the population could overturn the decision of small councils that were dominated by the wealthy few. To contemporaries it mattered probably just as much to what extent they all, both citizens and inhabitants, and women and men alike, could bring their day-to-day difficulties to the attention of their government. During the 15th century the supreme institution of the city of Bern, the small council, was in principle still accessible to all and open to deal with almost every kind of problem. It was, in the main, unspectacular individual complaints and demands that initiated state activity. This kind of participation was, however, largely mediated by more or less intimate relationships, and it systematically reproduced inequalities.

Concepts such as nepotism, corruption, and clientelism are limited in their power to explain the system in question[54]. To analyze politicking within modern institutions, a distinction based on Talcott Parsons' categories has proven to be fruitful. Modern politics can be seen as divided between the «universalistic» logic of legally regulated administrative institution and the «particularistic» logic of their actual use through personal relationships, kin, and clientelism[55]. Such a distinction would not have been conceivable

[54] Generals thoughts about the use of concepts such as «nepotism» or «corruption» to describe pre-modern politics cf. V. GROEBNER, *Geschenke*, pp. 96-104; D.W. SABEAN, *Social Background to Vetterleswirtschaft: Kinship in Neckarhausen*, in R. VIERHAUS (ed), *Frühe Neuzeit – Frühe Moderne? Forschungen zur Vielschichtigkeit von Übergangsprozessen* (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 104), Göttingen 1992, pp. 113-132.

[55] Cf. E. GELLNER, *Patrons and Clients*, in E. GELLNER - J. WATERBURY (eds), *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*, London 1977, pp. 1-6; L. STONE, *The Family, Sex,*

to people in late medieval Bern. Contemporaries did indeed differentiate between informal talks «off the board» and the official debates «on the board» in the regular plenary session of the council where binding decisions could be made and where specific rules of language and procedure applied. To get «on the board», however, the informal talks with individual councilmen were not an officious or alternative path, but the only one.

A state in the sense of an over-personal entity only appeared on the side of the system's output, on the side of binding decisions of the mayor or the council – and only to the limited degree to which cases ultimately resulted in binding decisions at all. On the side of the input, of incoming complaints and requests, however, there was no normative distinction between the personal activity of officers and the administrative system. This may be one of the reasons why a formalized genre of supplications to the government of Bern had not yet developed. The first addressee of most complaints was not an institution, but a friend or relative who held an office and who was willing to pass it on to his superiors.

The constitutional framework of late medieval cities may sometimes seem familiarly modern. It takes a greater effort to understand the practices that took place and evolved within this framework and that systematically linked political participation and the reproduction of personal dependencies. The conditions under which urban government was organized has been explained in terms of Max Weber's ideal type of a «Honoratiorenherrschaft», characterized by unsalaried offices that could only be kept by members of an elite who had accumulated sufficient social prestige and wealth before entering into the city's service[56]. Such a characterization tends to overshadow the fact that serving as an officer in a late medieval city not only required, but also constantly reproduced a privileged social position. This has been taken into account in recent attempts to conceive of late medieval urban officers as «underwriters» of state power. According to this explanation,

and Marriage in England 1500-1800, London 1977, pp. 132-135; U. PFISTER, *Politischer Klientelismus in der frühneuzeitlichen Schweiz*, in «Schweizerische Zeitschrift für Geschichte», 42, 1992, pp. 28-60, particularly p. 53. Some of the difficulties that arise when this notion is applied to cities during the Renaissance are addressed in A. MOLHO, *Patronage and the State in Early Modern Italy*, in A. MAÇZAK (ed), *Klientelsysteme im Europa der frühen Neuzeit* (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 9), München 1988, pp. 233-242.

[56] E.g. H.C. PEYER, *Die Anfänge der schweizerischen Aristokratien*, in K. MESSMER - P. HOPPE (eds), *Luzerner Patriziat. Sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studien zur Entwicklung im 16. und 17. Jahrhundert. Mit einer Einführung von Hans Conrad Peyer* (Luzerner Historische Veröffentlichungen, 5), Luzern 1976, pp. 1-28; cf. M. WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1985, pp. 170 f.

resourceful citizens did volunteer as part-time officers, but they also did expect to earn a share of the state revenues connected to their tasks. Thus they operated in a situation that necessarily blurred the difference between their own and the city's incomes[57].

The observations from Bern can be used to extend such a view by adding the dimension of a vague difference between official areas of competence and personal relationships. The procedures of gaining access to political decisions implied that officers could expect personal social and economic benefits from each instance of granting an inferior access to the government. This did not need to be the result of a simple venality of services that were paid for in the form of bribes, fees, penalties or an odd mixture of all three. More importantly, officers and councilmen integrated their political services systematically into ongoing exchange relationships that equally mattered for their activities in trade, agriculture, warfare and for their emotional and practical needs for generous kin and friends. They largely supported people to the extent that they could integrate their help into chains of favor within their personal networks. On the level of procedures and patterns of legitimizing claims, state-power appears as an exchangeable resource that personal relationships could convert into economic and social advantages. Furthermore, the realm of personal relationships turns out to be a necessary element of any attempt to explain how the urban political system functioned in practice. This calls for more examinations into the political systems of late medieval cities that take into account the social mechanisms of organizing support and cultural patterns of legitimizing individual claims.

57 V. GROEBNER, *Gefährliche Geschenke*, pp. 104-128.

Rituali della parola

Supplicare, raccomandare e raccomandarsi a Roma nel Seicento

di *Irene Fosi*

È possibile operare una distinzione, a livello non solo formale, fra suppliche e lettere di raccomandazione? È poi possibile indicarle come due momenti separati di un rituale della parola che permeava di sé, nelle diverse e pur sempre uguali modulazioni, una documentazione che, troppe volte, può addirittura lasciare sgomento lo storico? Si tratta infatti, come ho già avuto modo di osservare a proposito delle suppliche di giustizia[1], di un materiale immenso, ripetitivo, altamente formalizzato che mal si presta soprattutto per uno studio di tipo quantitativo. Una lettura di queste scritture, raramente autografe, spesso redatte con l'aiuto di notai e scrivani, di segretari avvezzi alla composizione ritualizzata – e, quindi, ancor più difficili da utilizzare per valutare, ad esempio, il grado di alfabetizzazione o l'acculturazione dello scrivente – mostra comunque quanto sia arduo scindere i due termini e, talvolta, stabilire anche una priorità fra supplica e raccomandazione. Si supplicava, infatti, per raccomandare e la forma della raccomandazione dipendeva dall'articolazione del messaggio coniato, a sua volta, in funzione della richiesta e del rapporto fra scrivente e destinatario della missiva. Certo, esistono anche suppliche che non comprendono, nel loro corpo testuale, una raccomandazione; spesso, tuttavia, la supplica presupponeva, per avere buon esito, una e, spesso, più di una raccomandazione. Dalla loro forza, infatti, dipendeva la vita o la morte di una persona, come nel caso di suppliche di grazia e di giustizia, il miglioramento di una condizione, non solo temporanea, segnata da pena o miseria, ma di una posizione sociale, non solo individuale, che proprio l'implorato intervento patrocinatore poteva riuscire a cambiare definitivamente. Dunque attraverso raccomandazioni e suppliche si esprimeva il linguaggio dei rapporti sociali in antico regime, non solo per il reclutamento nel sistema di uffici che formavano i nascenti

[1] I. FOSI, *«Beatissimo Padre ...»: suppliche e memoriali nella Roma barocca*, in C. NUBOLA - A. WÜRGLER (edd), *Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII)*, (Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento. Quaderni, 59) Bologna 2002, pp. 343-365.

apparati di governo, ma nel connotare, quotidianamente, la comunicazione sia in senso verticale che orizzontale.

Nel contesto qui analizzato – la corte romana in età moderna – la raccomandazione era un elemento essenziale e, di solito, positivo agli occhi di chi valutava la supplica. A tergo o nel regesto inoltrato al destinatario, quando si trattava del prefetto di una congregazione curiale, di un tribunale o dello stesso cardinal nepote, si indicava il nome del patrocinatore: era questo anche un elemento discriminante per assicurare il successo? È tuttavia assai difficile verificare se la supplica e la raccomandazione sortissero l'effetto desiderato, là dove non sussista, ad esempio, una corrispondenza continua che conservi una successiva lettera di ringraziamento. Certo, non tutte le raccomandazioni, per patrocinare una richiesta formulata in una supplica, soprattutto in materia di giustizia, erano testimoniate dalla scrittura: sarebbe stato, questo, il segno negativo di un'interferenza manifesta, un esempio tangibile del riproporsi di elementi di corruzione che i sudditi, proprio nei loro memoriali inviati al pontefice o agli organismi centrali, stigmatizzavano negativamente e cercavano di superare invocando la giustizia sovrana, superiore e assoluta. Tuttavia, proprio se si analizzano i carteggi nel loro complesso, si potrà facilmente osservare come, specie in ambito di giustizia, gli interventi diretti del pontefice o del cardinal nepote fossero mossi da richieste di protezione e si concretizzassero poi in aggiustamenti delle norme procedurali[2]. Nella società della prima età moderna, in cui il dialogo fra sudditi e governanti passava, direi quasi interamente, attraverso la supplica ed il potere trovava legittimazione proprio in essa, la raccomandazione diventava uno degli elementi determinanti perché questo linguaggio si traducesse in una positiva realtà effettuale.

1. *Fra antropologia e storia*

Immagine negativa, quella della raccomandazione, destinata a forgiare un *topos* strettamente connesso con un ambito geografico ben preciso: il Me-

[2] In molti casi, si trattava di lettere di esponenti di ceti dirigenti locali, soprattutto nobili, che invocavano la protezione papale per risolvere questioni giudiziarie nelle quali erano implicati propri congiunti: Biblioteca Apostolica Vaticana (d'ora in poi BAV), *Barberino latino* 10016, ff. 145r-158v: esemplari, ma non certo uniche, sono le lettere di Barbara Marescotti, gentildonna di Bologna, nelle quali chiedeva la scarcerazione di Ciro Marescotti, «ingiustamente» detenuto nel Torrone e di Bernardino Marescotti che informava il cardinal nepote Francesco Barberini di un duello nel quale era stato coinvolto il fratello, raccomandandosi alla sua potente protezione di fronte alla giustizia.

diterraneo arretrato, guardato come un terreno di studio privilegiato da antropologi, prevalentemente di provenienza culturale angloamericana. Un contesto arcaico che, se si prestava a suggestivi studi sul campo, risultava altresì distante da modelli ideali, da astratte forme, non solo statuali, 'moderne', meritocratiche ed impersonali. Spesso antropologi ed etnologi che si sono soffermati ad analizzare, in ambito mediterraneo contemporaneo, i rapporti di *patronage*, le funzioni ed i ruoli di patrono e cliente – tessuto essenziale per la raccomandazione – ne hanno sottolineato l'origine nel mondo classico, trascurando però di seguirne l'evoluzione e la differenziazione successiva, la trasmissione culturale e la concreta diversificazione che, a seconda del contesto e degli attori storici, avevano assunto nel tempo[3]. Una critica a tale diffusa immagine negativa del *patronage* e dei suoi linguaggi e segni, dei quali la raccomandazione è forse quello più evidente e denso di conseguenze, e della localizzazione precipuamente mediterranea è stata di recente formulata da Gérard Lenclud[4]. L'autore, con un'attenta disamina dei linguaggi del *patronage* politico, anche aldilà del contesto mediterraneo, deduce che l'eredità classica ha permesso di formulare, proprio in quel contesto, il concetto di clientela e il rapporto patrono/cliente, elementi che si connotano però come una costante universale delle relazioni interpersonali fondate sul fatto che

«tout supérieur a besoin de justifier sa supériorité et de l'exprimer: tout inférieur ressent la nécessité de considérer comme légitime l'ordre qu'il 'subit' mais aussi les menus avantages qu'il peut à l'occasion en retirer et surtout la protection que lui accorde le supérieur et l'amitié que ce dernier lui fait le prendre sous son aile»[5].

Pur negando, quindi, una eventuale quanto indimostrabile continuità attraverso i secoli (un ipotetico *continuum* di sensibilità mediterranea), Lenclud riconosce che in tale ambito geostorico «le contexte est peut-être plus favorable à l'épanouissement, en pleine lumière, de la relation entre patron et client»[6].

L'età moderna conobbe la formalizzazione, non solo il recupero del modello classico, ed in specie epistolare, ma soprattutto il suo adattamento all'ambiguo linguaggio della corte, alle sue esigenze di prudenza e dissimulazione. La

[3] D.L. ZINN, *La raccomandazione. Clientelismo vecchio e nuovo*, Roma 2000.

[4] G. LENCLUD, *Le patronage politique. Du contexte aux raisons*, in *L'antropologie de la Méditerranée. Anthropology of the Mediterranean*, sous la direction de D. ALBERA - A. BLOK - Ch. BROMBERGER, Paris 2001, pp. 277-306.

[5] G. LENCLUD, *Le patronage politique*, cit., p. 294.

[6] *Ibidem*, p. 300.

raccomandazione doveva dunque fondarsi su alcuni principi 'classici' e gli esempi a questo proposito non mancavano: Plinio raccomandava a Traiano candidati per magistrature; ad altri corrispondenti proponeva convenienti partiti matrimoniali[7]; la sua conoscenza dei personaggi raccomandati, la comune provenienza, i servigi resi venivano sottolineati come elementi che garantivano la 'bontà' della raccomandazione stessa e rendevano il proponente un ineludibile anello di congiunzione fra centro e periferia, fra governati e governanti. L'*amicitia*, la *pietas*, l'*auctoritas* erano i fattori decisivi per assicurare il successo alla lettera di raccomandazione. I numerosi manuali per redigere correttamente ogni tipo di lettere – nel rispetto cioè della formalizzazione scrittoria – conobbero, com'è noto, il loro momento di massima diffusione fra Cinque e Seicento, quando il 'bisogno di scrivere' si concretizzò nella moltiplicazione di generi, resi necessari dall'irrigidimento e dall'articolazione delle strutture burocratiche degli organismi di governo e delle corti[8]. Divennero così linguaggi universali in tutta Europa destinati anche a rendere possibile una comunicazione fra sovrano e sudditi che permetteva al primo di legittimare e consolidare il proprio potere ed ai secondi di chiedere per ottenere: *auctoritas*, *liberalitas* e *iustitia* avrebbero infatti sintetizzato i fondamenti del potere[9]. Se focalizziamo lo sguardo su un ambito specifico qual è quello rappresentato dalla corte e dalla curia romana in età barocca – un momento che sia la storiografia tradizionale che quella più recente, sensibile a suggestioni antropologiche, definisce ancora come età del nepotismo – vediamo che il recupero di modelli

[7] C. PLINI *Epistulae*, X, 4; X, 12.

[8] A. PETRUCCI, *Introduzione alle pratiche di scrittura*, in «Annali della Scuola Normale Superiore di Pisa, Classe di Lettere e Filosofia», serie III, 23, 1993, 2, pp. 549-562. Alla diversa tipologia della lettera Petrucci dedica suggestive pagine nel suo volume *Prima lezione di paleografia*, Roma - Bari 2002, pp. 86-98.

[9] D. GEORG MORHOF, *De ratione conscribendarum epistolarum libellus* ..., Lubecae 1616, indicava nei seguenti punti la stesura della lettera di raccomandazione: «1. excusare crebram nostram interpellationem; 2. revocare amico in memoriam promissionem antea factam 3. facere mentionem veteris amicitiae, vel beneficiorum iam ante nobis praestitorum 4. ordiri statim a laudibus eius, quem commendare volumus, vel parentum aut cognatorum eius. In narratione, si ea adhibetur, quod non semper sit, breviter indicamus rem, cuius gratia commendatio instituitur. In propositione vel directe commendandus est, quem commendare volumus, vel perpraeteritionem et negationem id faciendum. In confirmatione argumenta vel 1. a rei petitae honestate, aequitate, facilitate vel 2. a beneficiis ante nobis praestitis vel 3. ab exemplo tum nostro, tum aliorum vel 4. a precibus amicorum. In conclusione solemus plerumque 1. polliceri gratum animum et nostrorum et ipsius commendati 2. petitionem nostram modeste et verecunde praecidere 3. petitionem et commendationem nostram repetere»; pp. 294-295.

classici era stato decisivo sia nel coniare il linguaggio formalizzato della lettera di raccomandazione sia nel (ri)attribuire ad essa la funzione di legittimazione del potere, così variabile per la natura non ereditaria della monarchia pontificia. Dal tardo Cinquecento, inoltre, la diffusione anche in ambito romano del neostoicismo consolidò il riuso del modello antico in funzione del rafforzamento dell'autorità sovrana.

Proprio dall'analisi della ricca e multiforme documentazione emerge con forza un notevole divario fra teoria e pratica scrittorie. Se, infatti, come abbiamo visto, i manuali imponevano una serie di regole rigide nella redazione di una lettera, e di una lettera di raccomandazione in particolare, strumento che poteva sì decidere il futuro del raccomandato – usiamo questa espressione che ha per noi troppo noti accenti negativi, ma che non era tale per i destinatari di allora! – ma che incideva anche sulla reputazione dello scrivente, i carteggi evidenziano forme più libere di comunicazione, diluite nel tempo, modulate a seconda delle circostanze e per questo ritenute più efficaci, preparate da una serie di lettere, biglietti augurali, da racconti e notizie di vicende familiari, di carriere intraprese in provincia, con accenni più o meno sfumati ad ambizioni di affermazione sociale. Manifestazione scrittoria che annulla qualsiasi inopportuna ed anacronistica distinzione fra pubblico e privato, il carteggio si propone, da un lato, come testimonianza di un difficile e non sempre organico formarsi di strutture di governo e, dall'altro, come espressione di tensioni familiari ed individuali. La lettera di raccomandazione non può, dunque, essere considerata a se stante, separata da quei necessari legami che solo l'insieme della corrispondenza, nel suo snodarsi temporale, può restituire.

La corte papale e la curia romana che nel periodo qui considerato conobbero un momento di forte riorganizzazione delle strutture di governo, ma anche di consolidamento del ruolo del cardinal nipote, quale responsabile del *patronage* familiare, offrivano, come del resto altre coeve realtà di corte, una molteplicità di interlocutori che permetteva a sudditi, amici, creature, clienti, di instaurare e mantenere quei rapporti epistolari necessari che indicavano un tracciato di comunicazione nel quale inserire, al momento opportuno, una supplica, una raccomandazione. Osservati nella loro composita e, di solito, corposa realtà i carteggi offrono lo spaccato del dispiegarsi di un colloquio continuo che informa per assicurarsi la protezione, la benevolenza, giustificare la richiesta di un «beneficio», materiale e non, per legare lo scrivente e/o la sua famiglia al destinatario della sempre numerosa e polimorfa corrispondenza. Nella storiografia italiana il concetto di *patronage* ha indicato un elemento capace di dare avvio a forme di mobilità sociale, funzionanti per le *élites* provinciali dello Stato

Ecclesiastico, per le aristocrazie e le nobiltà dei diversi stati italiani, per ecclesiastici e laici, per chi, insomma, nella società europea, guardava a Roma ed alla sua corte, al pontefice come sovrano della monarchia universale, cioé cattolica. Un contesto che, per le sue caratteristiche di instabilità – la monarchia elettiva – e di eternità – la Chiesa romana – moltiplicava le suppliche e le lettere di raccomandazione, genere rappresentato per altro in quantità non modeste presso altri potentati coevi laici ed ecclesiastici. Ma la lettera, sia essa in forma di supplica o di raccomandazione, ma anche il biglietto augurale, o le righe vergate per informare – con una prospettiva di visualizzazione della realtà esterna – o per amicizia, in cui può prevalere invece la prospettiva interna con le notizie sullo scrivente e la sua famiglia – tutte possono ascriversi ad un rituale della parola essenziale per guidare e regolare i rapporti sociali. Sebbene siano le più numerose, sarà tuttavia opportuno non fermarsi a considerare suppliche e lettere di raccomandazione inoltrate ad esponenti della corte, della famiglia pontificia, delle più importanti congregazioni curiali romane solo quando riguardano le attese di carriera e verificare il successo o meno dell'intercessione. Questa straordinaria mobilitazione epistolare rappresenta infatti la costante ricerca di un rapporto di protezione sicuro, profondo, essenziale per conferire una solida identità sociale al singolo, alla famiglia, alla comunità nella quale si integrava e dalla cui natura si sostanziava la sua esistenza. Protezione, fedeltà, servizio, clientela sono, come ormai è stato ben dimostrato, strumenti che si nutrono di costanti antropologiche condizionate dal contesto specifico per costruire forme di potere ed instaurare rapporti sociali[10]. La standardizzazione della forma scrittoria aiutava l'espressione del pensiero e se certamente rappresentava una griglia obbligatoria nelle cancellerie, le forme del discorso si svincolavano, molto più spesso, nella loro quotidiana espressione dalle costrizioni di modelli retorici precostituiti.

2. *Rappresentazione e autorappresentazione*

Sia la supplica che la lettera di raccomandazione presentano o autorappresentano positivamente chi attendeva giustizia, grazia o protezione. Si

[10] A questo proposito si rinvia agli studi di W. Reinhard che ha formulato il concetto di *Verflechtung* utilizzandolo per comprendere i rapporti sociali nella corte romana dell'età moderna. Cfr. W. Reinhard, *Amici e creature. Micropolitica della curia romana nel XVII secolo*, in «Dimensioni e problemi della ricerca storica», 2, 2001, pp. 59-78 (I. Fosi [ed], *Amici, creature, parenti: la corte romana osservata da storici tedeschi*). Per una critica al concetto di *Verflechtung*, cfr. N. Reinhardt, *«Verflechtung» – ein Blick zurück nach vorn*, in P. Burschel et al. (edd), *Historische Anstöße. Festschrift für Wolfgang Reinhard zum 65. Geburtstag am 10. April 2002*, Berlin 2002, pp. 235 ss.

enfatizzano, a seconda del destinatario, ed anche a seconda del beneficio invocato, caratteri positivi diversi: l'identità del supplice o del raccomandato è modellata a seconda della finalità della richiesta, del beneficio o dell'ufficio. Per un posto fra le file dei militari si sottolineavano forza e fedeltà, enumerando trascorsi gloriosi, servizi prestati in eserciti che avevano combattuto eretici o infedeli. Gli esempi, anche a questo proposito, potrebbero essere infiniti: le carriere militari rappresentavano lo sbocco decoroso per esponenti di famiglie nobili, per chi apparteneva ai patriziati di città minori dello Stato Ecclesiastico, ma si proponevano anche come una forma di redenzione per chi, colpito dal bando per causa di precedenti misfatti, voleva ora militare fra le file dei «Soldati di Santa Chiesa»[11]. Quando, ad esempio, Paolo Savelli, principe di Albano, fu nominato nel 1607 generale delle armi a Ferrara, la sua persona e la nuova, più prestigiosa *auctoritas*, sostenuta dallo stretto rapporto che il Savelli aveva con la corte di Vienna per essere oratore imperiale presso il papa, divenne il referente per raccomandazioni sia da Vienna che da Roma[12]. Era soprattutto il cardinale Scipione Borghese che scriveva a Paolo Savelli per raccomandare persone a lui segnalate. Nella maggior parte dei casi, soprattutto per carriere militari, ma anche ecclesiastiche o per ricoprire i diversi incarichi di governo previsti dall'articolata amministrazione pontificia, si trattava di trovare un potente mediatore e la figura del cardinal nepote era quella più adatta.

«I longhi servitii che per quanto intendo Giulio et Andrea Fardeletti da Narni hanno fatto à questa S.ta Sede in occasione militare, et quelli che fanno tuttavia sotto il comando di V.S. in cotesto Presidio, credo che le rendino assai raccomandate le persone loro. Con tutto ciò essendo io ricercato di raccomandarli maggiormente alla sua protettione la prego con ogni affetto che presentandosele occasione di avanzarli secondo i meriti loro, si compiaccia di farlo per favorir questa mia intercessione, sperando io che dalla parte loro non lassaranno di mostrarse meritevoli d'ogni favore che le piacerà di fargli»[13].

Le richieste inoltrate da alti esponenti della cancelleria imperiale, del Consiglio Aulico e della gerarchia ecclesiastica, ma anche da prìncipi italiani vassalli o comunque legati all'Impero, potevano assumere talvolta il tono di un velato ricatto. Le «pretesioni» di Paolo Savelli erano in quel momento

[11] Su questo tema cfr. G. BRUNELLI, *Soldati del papa. Politica militare e nobiltà nello Stato della Chiesa (1560-1644)*, Roma 2003.

[12] Archivio di Stato di Roma (d'ora in poi ASR), *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 89, ff. n.n., n. 13, p. 4.

[13] ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 89, Roma, 20 settembre 1608. Sul ruolo di patrono svolto da Paolo Savelli, soprattutto in campo militare, durante il pontificato Borghese, cfr. B. EMICH, *Bürokratie und Nepotismus unter Paulus V. (1605-1621). Studien zur frühneuzeitlichen Mikropolitik in Rom*, Stuttgart 2001, *ad indicem*.

molto alte: miravano infatti ad ottenere il Toson d'Oro e l'intermediazione di Vienna, in un momento politico segnato dai rapporti non sempre cordiali con Madrid, diventava essenziale[14]. Ma la catena di raccomandazioni o, se si preferisce, l'immagine di cerchi concentrici che traduce le relazioni di *patronage* o la metafora della rete rappresentano la trama di un tessuto sociale nel quale la raccomandazione funzionava da spola per alimentare il movimento, garantire la stabilità dei rapporti, la sicurezza delle scelte. A proposito di carriere militari, Francesco Borghese scriveva «al S. Principe di Albano» per farsi intermediario di un'istanza del duca di Mantova, feudatario imperiale, ignaro di avviare una pratica che si sarebbe rivelata alquanto fastidiosa per tutti i patrocinatori.

«Dal Sig.r Duca di Mantova m'è stato raccomandato Simone Partisedi da Forlì, che presentarà a V.E. questa mia lettera per una di coteste Torri, o altro trattenimento; et perché non so se di presente vachi cosa alcuna, della quale esso possa essere capace, ho pensato di raccomandarlo a V.E. che c'haverà forsi anco maggior cognitione di lui, che non ho io, che non lo conosco, se non tanto, quanto me l'ha fatto conoscere la raccomandatione del Sig.r Duca ... qualche relatione havuta da persone di Forlì. Favoriscami V.E. di vederlo volentieri et compiacerlo di qualche ricapito in gratia di S. Altezza et mia, che le ne resta con obbligo»[15].

Non avendo ottenuto prove tangibili dell'efficacia della sua raccomandazione, Francesco Borghese tornava a scrivere, dopo poche settimane, per richiamare a memoria a Paolo Savelli il suo 'dovere' di impegnarsi a favore della persona raccomandata.

«Raccomandai a V.E. quel Simone Partisedi da Forlì per non lasciarlo partire di qua scontento, et questo fu in effetti il senso della mia raccomandatione; però s'ella haverà modo d'aiutarlo a sodisfattione di lui, senza far torto ad altri, mi sarà caro, se non ... habbia una buona patienta, et che non potendo havere ciò, ch'egli vorria, si soddisfaccia di quello che la persona può dargli»[16].

Da Roma, pur comprendendo che quanto offerto da Paolo Savelli era al di sotto delle attese del raccomandato, si invitava quest'ultimo ad «accettare quello che V.E. può dare, et io lo consigliai a questo fine quando egli

[14] Paolo Savelli si era visto collocare all'ottavo posto nella lista di attesa per il Tosone, ma, soprattutto, appariva contrariato dalla 'precedenza' accordata al principe di Sulmona, nipote di Paolo V, come testimoniano la fitta corrispondenza e le pressioni esercitate, ma anche i consigli alla prudenza dispensati al Savelli da esponenti del Consiglio Aulico e dai suoi agenti a Madrid. L'ambita onoreficenza giunse infine nella primavera del 1625, fornendo ai suoi corrispondenti l'occasione per congratularsi «infinitamente per l'acquisto del Toson d'oro aggiunto a tante altre grandezze et dovuto già molto tempo agli suoi meriti»; ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 91 (15 maggio 1624).

[15] ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 91, 10 maggio 1608.

[16] ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 91, 14 giugno 1608.

partette di qua; ma non mi parve ch'accettasse il cons[iglio], et hora va a Mantova, per procurare lettere di favore per vedere se potesse recapitarsela, et come non lo rieschino a persuadere disporrà a fare della necessità virtù»[17]. Il richiamo alla pazienza ed alla prudenza, ad accontentarsi di un ruolo di importanza minore rispetto a quanto agognato, si proponeva come forma di educazione ai tempi e ai modi dell'agire nelle corti per seguire strategie che avrebbero assicurato il successo: era intanto opportuno assicurarsi una protezione, dare poi prova delle proprie qualità, non mostrarsi insomma insofferente e troppo ambizioso, per non bruciare le *chances* offerte da legami e mediazioni influenti. Certo che, alla fine, l'aver trovato una soluzione per il petulante personaggio dovette rappresentare una liberazione, come osservava Francesco Borghese in una lettera a Paolo Savelli nel luglio 1608:

«Penso che V.E. habbia li[berato di g]ran fastidio con havere provisto Simone Partesedi a sua sodisfatione, et per l'ambitione ch'egli haveva, non è stato poco, che si sia contentato di una Piazza di ... però quanto devo et spero, che sia per portarsi in modo c'habbi sempre più il favore et la protettione di V.E.»[18].

Le parole spese per persone conosciute, per familiari, amici, clienti avevano certamente un peso diverso: più incisiva la scrittura, più partecipata e seguita la raccomandazione, più sicure le qualità garantite dalla posizione di chi scriveva. Un posto nei grandi tribunali dello Stato Ecclesiastico, come ad esempio le Rote, esigeva una lunga preparazione e una forte rete di sostegno fatta di raccomandazioni potenti, di garanzie assicurate a livello locale e centrale: legami di amicizia, clientela ed esperienze dirette della idoneità della persona raccomandata venivano apertamente elencate con generosità e ripetute instancabilmente da chi raccomandava il soggetto. Era ancora Francesco Borghese che scriveva «al Sig.r Paolo Savello» nel 1608, ricordando un suo precedente intervento per un aspirante giudice di Rota:

«È un gran pezzo, che mi trovo d'havere raccomandato per la Rota de Bologna un soggetto, al quale io sono molto affettionato, et obbligato, et per questo rispetto io havevo quasi che risoluto in me stesso ... non far ufficio per altri; tuttavia ricercandomi V.E. che voglia raccomandare il Sig. Dottore Christoforo Merlini, lo faccio così volentieri, che per sodisfar a lei ho gusto di contravenire a me medesimo, et alla mia determinatione»[19].

Che le raccomandazioni avessero avuto effetto, almeno in molti casi, è comprovato dal richiamo a tali successi in altre missive, nelle quali, proprio come suggerito dai manuali di scrittura, si ricordavano i precedenti per inoltrare

[17] ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 91, 28 giugno 1608.

[18] ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 91, [3] luglio 1608.

[19] ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 91, 13 agosto 1608.

nuove e più impegnative richieste: i cerchi del *patronage* si allargavano e con essi la raccomandazione. Ringraziava il generale dei Minori da Praga per esser stato ricevuto dall'Imperatore, sottolineando di aver lodato la fedeltà ed i «buoni servigi» dinanzi al suo trono ed aver così ottenuto «favori per la sua religione», tra i quali l'istituzione di un collegio di 12 frati con adeguate rendite; ringraziava Claudio d'Anchy da Besançon per esser stato informato dal segretario del Governatore di Roma della concessione di una commenda abbaziale, e tutti e due, come altri, si attardavano nel ricordare particolari legami di «servitù» contratti dai loro avi con la famiglia Savelli[20]. Lettere e suppliche erano dirette soprattutto per ottenere un «ufficio» o un «governo»: l'espressione «non importa quale», accompagnava la richiesta a testimoniare la volontà di entrare comunque nel cerchio di una protezione che, forse, in seguito avrebbe garantito una più prestigiosa carriera, anche se, come abbiamo visto, non sempre gli aspiranti si accontentavano di salire un gradino iniziale ritenuto addirittura lesivo del proprio onore. Si richiamavano, in questi casi, competenza, studi appropriati, «disposizione» al servizio, conoscenze che garantivano l'idoneità del soggetto; la stessa «idoneità» era spesso sottolineata per ottenere un beneficio ecclesiastico e ci si può chiedere se questa qualità fosse la stessa prevista dal Tridentino o se di essa si desse una lettura più 'personale' e diversificata[21].

La raccomandazione per un congiunto, un amico che, dopo un'idonea preparazione, avrebbe raggiunto Roma per fare carriera rappresentava una costante nei carteggi diretti ad esponenti della famiglia papale: «È proprio della pietà di Vostra Eminenza il favorire gli atti di virtù di giovani ben inclinati» affermava Costanza Doria del Carretto, nobile genovese, in una delle tante missive dirette a Francesco Barberini nelle quali raccomandava giovani chierici genovesi diretti a Roma[22]. Stesso tono nelle lettere di Artemisia Duglioli, nobildonna bolognese, che inoltrò per anni ripetute richieste ai Barberini per sistemare i suoi affari familiari. Scriveva al cardinale Francesco di «essere liberale nelle sue gratie verso il p. Carlantonio

[20] ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 91, rispettivamente, Praga, 1 dicembre 1621; Besançon, 20 ottobre 1621.

[21] «Se bene un'altra volta ho scritto a V. Ecc.za supplicandola che in consideratione de molti meriti et de carichi importanti havuti già dal Maestro fra Alfonso Loarte Priore del Carmine di questa corte ella fosse servita d'interporre con affetto la sua auttorità acciò il Padre Generale di quella religione lo dichiarasse Procuratore generale in Ispagna, con tutto ciò non mi pare a pieno sodisfatto all'affetione che gli porto se non ritorno a rinovare l'ufficio, come faccio vivemente supplicandola d'intercedere ancora»; Madrid, 6 giugno 1621, ASR, *Archivio Giustiniani*, *Armadio unico Savelli*, b. 90, f. 208r.

[22] BAV, *Barberino latino* 10037, f. 139r.

Malvezzi Barnabita mio caro nipote che, dopo aver esercitato tutti i carichi della sua religione, se ne viene a Roma» e supplicava di «crearlo pastore di qualche gregge con la sua liberalissima mano»[23]. Non era raro richiamare a memoria lo scambio di favori per dar peso alla raccomandazione: Agostino Marsili, nobile bolognese, raccomandava Lucio Renghieri per la Congregazione del S. Uffizio, ma ricordava che, a proposito di Marc'Antonio Diversi «raccomandatomi da V.S. Ill.ma, ... al primo Reggimento farò dar ordine sia descritto»[24]. Qualcuno, poi, sicuro dei rapporti già solidi e di lunga durata fra la propria famiglia e quella papale, raccomandava se stesso, con un tono che rassomigliava, in questi casi, molto allo stile della supplica. Nel 1654 Giovanni Francesco Pallavicino scriveva ai Barberini, memore dell'antica protezione e sicuro della loro potenza, anche dopo la disgrazia perché «senza il patrocinio di V.E. rischia di vedermi il più misero monaco della Liguria» e chiedeva al cardinale Francesco Barberini di influire su qualche capitolo per «qualche decania vacante in monasterii»[25].

3. *Una nuova identità confessionale*

Chi raccomandava suppliva con le sue parole alle difficoltà di verificare direttamente elementi identitari. Se questa funzione era sempre determinante, assumeva una valenza decisiva nel costruire una nuova identità di chi si raccomandava. È il caso dei convertiti, di chi, insieme alla confessione – mi riferisco soprattutto a riformati che lasciavano la loro «setta heretica» per tornare fra le braccia della Chiesa romana – abbandonava la patria, i beni, la famiglia per iniziare una nuova vita con una nuova identità nella nuova confessione. Per questi, che vivevano la difficile condizione liminale del neofita, il patrocinatore rappresentava, agli occhi della società ospite, la garanzia di un vero mutamento e, per il raccomandato, la concreta speranza di una condizione non segnata dalla marginalità e dall'incertezza. Sono certamente più numerose le suppliche delle lettere di raccomandazione: il primo passo, per chi arrivava a Roma, dichiarandosi spesso «nudus et famelicus» ma tornato finalmente nella vera fede, era di inoltrare una supplica alla Congregazione del Sant'Uffizio e di Propaganda Fide. In rari casi – e sono certamente i più fortunati – la prima supplica

23 BAV, *Barberino latino* 9981, f. 29.

24 BAV, *Barberino latino* 10017, f. 16r. A proposito delle relazioni di *patronage* messe in atto a Bologna dal cardinal nepote Scipione Borghese cfr. N. Reinhardt, *Macht und Ohnmacht der Verflechtung. Rom und Bologna unter Paulus V.*, Tübingen 2000.

25 BAV, *Barberino latino*, f. 3.

era accompagnata da una raccomandazione; più spesso si segnalava solo il nome di un patrocinatore, un cardinale o un membro di qualche altra congregazione romana. La supplica espone un racconto di sé, della vecchia identità, abbandonata con convinzione ma con enormi perdite, soprattutto economiche ed affettive. Talvolta l'uso del latino si proponeva come un'immediata garanzia di quella necessaria preparazione ed acculturazione che avrebbero favorito l'inserimento nella nuova realtà[26]. In altri casi si mescolavano latino e spagnolo, pur di farsi capire, inducendo così gli stessi membri della congregazione del Sant'Uffizio a redigere un ampio riassunto che, a suo modo, si presenta come una lettera di raccomandazione d'ufficio, supportata da una dettagliata descrizione delle disgrazie, ma anche delle capacità, della posizione sociale ora gravemente minacciata:

«Da venti mesi in qua Ludovico di Auspert, abiurato l'heresia di Calvino, come appare da più testimonianze e certificati del Signor Cardinal Ginnetti e di sua propria mano sottoscritti, per questo dalla madre e suoi parenti è stato con fraude spogliato di tutti li suoi beni, onde ritrovandosi in gran necessità è venuto a Roma per ricever dalla S.V. qualche sollievo alle sue miserie e quando non si provvedi a queste, non sa quello sia per fare, poiché per una parte li parenti a lui esibiscono beni non pochi quando ritorni all'heresia, e dall'altra parte la molta sua necessità vien gravemente tentata sì per esser stato per il passato commodo, come per l'antica sua nobiltà, la quale l'impedisce a mendicare, mentre è per tutto conosciuto tale et è stato per quindeci anni Capitano d'una Compagnia de'cavalli in Francia»[27].

Descrizioni così dettagliate del passato che sottendevano speranze per un futuro migliore non sono poi rare: in alcuni casi, lettere scritte di proprio pugno da convertiti alla congregazione romana riassumono con i consueti toni tragici la propria scelta confessionale e indicano nell'auspicato aiuto materiale un efficace strumento di propaganda per ottenere nuove conversioni. È quanto affermava «Giovanni Virtù della valle di Lucerna in Piemonte», chiedendo un concreto aiuto materiale «acciò possa sostentar la sua vita per servitio della S(ua) D(ivina) M(aestà) e della S(an)ta Sede Apostolica ed affinché gl'Heretici non s'habbino da rider di lui e quelli che tra di loro si trovano in qualche buona dispositione per convertirsi, non

26 È il caso di quanto scriveva il 22 giugno 1673 Alexander Curtius alla S. Congregazione dell'Inquisizione, dopo essersi rivolto a quella di Propaganda Fide: «Sum medicus a pluribus annis, Professor etiam nuper Academia Holsatica in Germania apud Lutheranos olim etiam Gymnasij Illustris rector, ac pluribus annis eloquentiae Professor, militarum garus idiomatum, totoque peregrinatus Orbe. Sive in re medica (quam hactenus non infeliciter exercui) sive in scholis, sive in interpretando intra vel extra Urbem occurrat quidpiam sive tandem aliqua alia honesta sustentationis sese afferat via ...»: la congregazione stanziò per lui 3 scudi; Archivio della Congregazione della Dottrina della Fede (d'ora in poi ACDF), St. St. M4-a, f. 713r.

27 ACDF, St. St. M4-a, f. 439r.

s'habbino da perder d'animo vedendo li Catholizzati ridotti a mendicare et a morirsi di fame»[28].

Per ottenere un sussidio e, magari, essere raccomandati a qualche cardinale o ad altri personaggi influenti della curia, suppliche e lettere erano dirette anche alla congregazione di Propaganda Fide: il 9 maggio 1667, in una seduta, si chiedeva aiuto per un convertito sassone, Johann Siegfried Goebelin, raccomandato dal vescovo di Namur e dal rettore del locale collegio di Gesuiti, oltre che dal conte di Monfort «sotto il comando del quale era alfiere». Venuto a Roma «per devotione», non voleva tornare nelle Fiandre, ma si era ridotto in povertà «non essendo possibile che possa provvedersene d'altra banda essendogli fatti inimici tutti i suoi parenti e particolarmente la madre, che si è impazzita havendo saputa la sua conversione». La generosità romana non andò però oltre l'elemosina di 10 scudi[29]. Le differenze sociali erano, anche in questi casi, evidenti e decisive: erano infatti i parroci a raccomandare convertiti poveri, a rassicurare le autorità, soprattutto i membri del Sant'Uffizio chiamati ad invigilare sulla loro fede e sulla condotta adeguata, sulla sincerità della conversione, a sollecitare un'elemosina che li allontanasse, almeno temporaneamente, dal pericolo del vagabondaggio, dalla criminalizzazione da parte delle magistrature romane. Diversa era la raccomandazione per quei nobili e cavalieri che si convertivano al cattolicesimo durante il sempre più frequentato viaggio in Italia o che compivano questo rituale a conclusione di una conversione già avvenuta in patria. In questo secondo caso, c'erano per loro lettere di esponenti di spicco del cattolicesimo nordeuropeo, prìncipi e vescovi tedeschi, gesuiti e cappuccini impegnati nella ricattolicizzazione missionaria dell'Europa caduta in mano agli eretici[30]. Per chi, invece, «allevato nell'heresia et inspirato da Dio qui a Roma» era passato al cattolicesimo, scrivevano illustri convertiti già inseriti nella vita e nella struttura della corte romana: Lucas Holstenio, la stessa Cristina di Svezia o il cardinale Federico d'Assia erano i più frequenti patrocinatori[31]. Molti, comunque non riuscivano ad

[28] ACDF, St. St. M4-a, f. 456r. Un'altra sua supplica a f. 456r.

[29] H. TÜCHLE (ed), *Die Protokolle der Propagandakongregation zu deutschen Angelegenheiten 1657-1667. Diasporasorge unter Alexander VII.*, Paderborn 1972, p. 204.

[30] Su questo tema rinvio al mio studio *Roma e gli ultramontani. Conversioni, viaggi, identità*, in «Quellen und Forschungen aus Italienischen Archiven und Bibliotheken», 81, 2001, pp. 351-395.

[31] A proposito di L. Holstenio, cfr. M. VÖLKEL, *Individuelle Konversion und die Rolle der «Famiglia». Lukas Holstenius (1596-1661) und die deutschen Konvertiten im Umkreis der Kurie*, in «Quellen und Forschungen aus Italienischen Archiven und Bibliotheken», 67, 1987, pp. 221-280.

arrivare a tali potenti protettori e la supplica per ottenere un aiuto diventa un'autoraccomandazione, facendo crollare ogni differenza tipologica fra le due forme di scrittura. Rivolgendosi al S. Uffizio Roberto Vatson «scozzese convertito», dichiarava di aver perso i beni terreni «et incorsa l'inimicitia et indignazione de' Parenti et Amici» e supplicava «qualche soccorso et aiuto di che sustentarsi mentre sta bramoso d'impiegarsi in qualche honorata servitù». Ottenne 6 scudi di elemosina e non sappiamo se per lui, come per altri, sia stata efficace l'intercessione del cardinal d'Assia, al quale era diretta la supplica in qualità di «protettore della Natione Germanica»[32].

4. *Fra centro e periferia: le raccomandazioni dei cardinali legati*

Nella corte romana e nel sistema di uffici curiali, la raccomandazione era, come in tutti gli apparati di governo della prima età moderna, ancora parzialmente strutturati e privi, in sostanza, di forme oggettive e standardizzate di reclutamento, il solo mezzo che potesse garantire, mediante la conoscenza personale dei candidati o quella di un intermediario sicuro, il funzionamento degli apparati di governo. Elementi di raccordo fra centro e periferia dello Stato Ecclesiastico, legati e governatori potevano decidere con la loro raccomandazione il destino di famiglie di aristocrazie provinciali ma anche di zelanti servitori, di fedeli collaboratori, di parenti. Le missive dei legati avevano molteplici referenti curiali ed anche la corrispondenza ufficiale veniva indirizzata, da un lato, alla Segreteria di Stato e, dall'altro, al cardinal nepote. Accanto a queste lettere, si snodava la corrispondenza diretta a singoli esponenti della famiglia pontificia: la stessa missiva, insomma, subiva cambiamenti formali ed aggiunte sostanziali a seconda del destinatario. Quando si trattava di una lettera di raccomandazione,

[32] ACDF, St. St. M4-a, f. 651r. Moltissime le suppliche di convertiti che si autoraccomandavano e, quindi, rappresentandosi positivamente, allegavano spesso referenze di protettori lontani, vantavano meritorie attività militari, «antica nobiltà della casa». Qualcuno scriveva in latino un vero *curriculum vitae* nella speranza di costruirsi in Roma una nuova, dignitosa esistenza: ACDF, St. St. M4-a, ff. 647r-657r; altri, chiedendo un immediato, tangibile impegno a sollevarli dalla condizione liminale nella quale la conversione li aveva precipitati: come, nel 1672, per difendere la 'raccomandazione', Simon Grop, «tedesco di Sassonia, convertito alla fede catholica, [affermava di aver] presentato un memoriale per raccomandare nella audientia a Sua Santità per una elemosina di vestirsi tutto stracciato e poverissimo per ritornare in Germania et agionse la attestatione del p. Gio. Batta Diener Jesuita confessore in Vienna, circa la sua assolutione e conversione alla S. Fede. Donde supplica V.A. [il cardinale d'Assia] se compiacci almeno farli rendere detta attestatione per ciò per viaggio possi rimostrare la detta sua conversione ...»; ACDF, St. St. M4-a, f. 679r.

sebbene fosse più rispettata la struttura formale imposta dalle regole di cancelleria, spesso l'aggiunta autografa apposta dal mittente conferiva un vigore particolare alla richiesta. Se elementi come la parentela e la comune provenienza sembrano prevalere nelle raccomandazioni, il legato si faceva interprete presso la corte romana anche di istanze avanzate localmente da singole persone come da intere comunità e, grazie alla sua intercessione, tali richieste acquisivano legittimità e forza. Così Giulio Sacchetti, legato a Ferrara dal 1627 al 1631 raccomandava per ben tre volte, al papa ed al cardinal nipote, Lelio Falconieri. Le lettere, indirizzate ad Urbano VIII con la formula solenne «Beatissimo Padre», erano generiche e formali:

«La confidenza che tengho nella esperimentata benignità della Santità Vostra mi dà animo di ricorrere ai Suoi santi piedi humilmente supplicandola a compiacersi in occasione che gli si pongha opportuno di onorar delle Sue gratie la persona di Monsignor Falconieri, la di cui conosciuta bontà et habilità, più che il vincolo di parentado, mi muove a reiterar con la Santità Vostra questo ofitio. Non gli rappresento le mie obligationi, le quali per tanti altri rispetti si ritrovano al segno che il mondo sa, et con supplicarla di Sua beneditione, resto preghando il Signore Iddio per lungha et felice vita di Vostra Beatitudine, come l'universal benefitio richiede»[33].

Qualche mese dopo il cardinale, «humilissima et obligatissima creatura» si rivolgeva ancora al papa per sostenere la carriera di Lelio Falconieri:

«L'affetto che io devo a monsignor Falconieri et la particolar cognitione che tengho del merito et bontà sua mi danno stimolo a l'ardire che nuovamente piglio di ricorrere a' santissimi piedi di Vostra Beatitudine per supplicarla humilmente che non sdegni alle occasioni che più opportune pareranno alla singular prudenza della Santità Vostra di riguardar benignamente la persona di lui, dalla quale mi assicuro che con la dovuta fedeltà saranno sempre eseguiti i comandamenti che in nome della Santità Vostra possino esserli imposti ...»[34].

Sono, come è evidente, lettere vergate secondo i correnti modelli cancelleschi, ma accanto a queste raccomandazioni ufficiali, il legato inviava ad altri esponenti della famiglia papale missive con espliciti richiami – spesso notazioni autografe apposte al termine – sia alla lettera di raccomandazione inviata al papa, ma anche ai suoi «servigi» resi in favore di personaggi indicati da Roma. Più pressanti, ma anche inutili, furono le raccomandazioni rivolte al papa ed al cardinal padrone perché il granduca Ferdinando II nominasse, secondo il diritto di presentazione riconosciuto ai Medici, il cugino Niccolò Sacchetti, allora ambasciatore mediceo a Vienna, fra i

[33] Archivio Segreto Vaticano (d'ora in poi ASV), *Segreteria di Stato, Legazione di Ferrara*, 3, f. 228r (15 settembre 1627).

[34] ASV, *Segreteria di Stato, Legazione di Ferrara*, 5, f. 11. Sulla carriera di Lelio Falconieri cfr. I. Fosi, *All'ombra dei Barberini. Fedeltà e servizio nella Roma barocca*, Roma 1997, pp. 236-237.

candidati all'arcivescovado fiorentino: l'onore familiare si sarebbe arricchito di un prestigioso referente e per questo la raccomandazione del cardinal legato, lontano dalla curia e da Firenze, sarebbe stata sostenuta anche dal fratello Giovanni Francesco[35]: le reiterate raccomandazioni non sortirono l'effetto desiderato e il cugino Nicolò si dovette accontentare, nel 1635, della meno prestigiosa sede vescovile di Volterra.

Se, in questo, come in molti altri luoghi della corrispondenza analizzata, la comune provenienza e la parentela sembrano essere elementi decisivi per muovere una calda raccomandazione e garantirne con ogni mezzo l'efficacia, in altre circostanze il legato si faceva portavoce presso i suoi «padroni» romani non solo delle attese di singoli sudditi, di religiosi particolarmente benvoluti dalla popolazione locale, ma di intere comunità che attendevano «protettione» e, quindi, concreti benefici da parte del papa. Così il 20 febbraio 1630 Sacchetti, pur sottolineando la sua imparziale benevolenza «ch'io devo a tutti i sudditi di questa Legatione» raccomandava alla protezione di Francesco Barberini «quei di Bagnacavallo» per «gl'interessi loro, et in specie li concernenti alla materia delle acque, de' quali a nome di quel publico dovrà trattare il dottor Francesco Vandali di detta terra»; insieme al «bene comune» si provvedeva a segnalare il nome di una persona che, certo, avrebbe beneficiato di un più diretto contatto con la corte romana[36].

Essenziali strumenti di governo ed ineludibili punti di riferimento per le oligarchie periferiche, i legati rimanevano tuttavia figure transeunti. Quanto più si avvicinava la scadenza del mandato legatizio, tanto più frequenti diventavano infatti le raccomandazioni per assicurare ad amici, parenti, persone protette da altri, ma anche a chi aveva dimostrato di possedere qualità indispensabili per servire fedelmente, la continuità nel mantenere

[35] «Illustrissimo et reverendissimo signor mio colendissimo: Concorro con eguale ardore con i miei fratelli nel supplicare humilmente V.S. illustrissima perché alla occasione che potesse succedere della vacanza dell'Arcivescovado di Firenze, si compiaccia benignamente onorare della sua protettione la persona di Niccolò Sacchetti mio cugino. Spero che il buon servitio che egli ha prestato et presta al Serenissimo di Toscana sia per dar stimolo a quella Altezza di raccomandar alla Santità di Nostro Signore la persona di lui con egual affetto di qualsivoglia altra; et che in conseguenza sia per darsi a V.S. illustrissima libero campo di favorire le instanze del Granduca et beneficar in un medesimo tempo con gratia singularissima la casa dei più devoti et obligati servitori che lei habbia. Mi rimetto in quel di più che gli rappresenterà il signor Giovanni Francesco, mentre le supplico di conservarmi la sua gratia»; ASV, *Segreteria di Stato*, *Legazione di Ferrara* 5, f. 132r.

[36] ASV, *Segreteria di Stato*, *Legazione di Ferrara* 6, f. 55r.

(o nel procurare) un ufficio e godere del relativo beneficio[37]. E così il cardinal Sacchetti raccomandava a Francesco Barberini e a Taddeo il «padre fra' Agostino Nembrini, agostiniano, inventore di quelle machine belliche ... per servitio di Nostro Signore»[38]; altri per servizi militari già noti a membri della famiglia pontificia (il richiamo a Carlo Barberini, da poco deceduto, era, in tali casi, introdotto per dar forza alla raccomandazione[39]). La raccomandazione è, non solo in questo caso, strumento per segnare di continuità il governo della periferia, garantire un servizio non temporaneo ed alimentato *solo* da una fedeltà individuale: strumento antico di favore personale, si trasforma in un mezzo essenziale per costruire ed attuare pratiche di governo più incisive e 'moderne'.

5. *«Resti servita tenerlo sotto il manto della Sua protettione»*

La mutevole natura della corte che aveva ispirato tanti autori cimentatisi con questo tema assumeva nella corte papale un carattere naturale e in qualche modo più facile da contrastare o da sfruttare al meglio: legami fazionari, alleanze matrimoniali, cerchi di *patronage* dovevano essere accortamente studiati per garantire quella continuità che avrebbe permesso di mantenere posizioni precedentemente acquisite. La ricerca della sicurezza appare, anche in questo caso, il motivo dominante delle lettere di raccomandazione e, soprattutto, di autoraccomanzione. Era quindi essenziale informarsi: capire, prima di altri, i movimenti in atto alla corte, nella famiglia e in città, gli arrivi di nuove figure che potevano presto assumere il determinante ruolo di

37 «Devo attestare a V.E. il buono et honorato servitio prestato sin qui nel governo della Pieve dal dottor Diamante Gabrielli, perch'egli bramoso di nuovo impiego sotto questa legatione possa come degno di nuove gratie esser havuto in consideratione fra gli altri che le sperano dalla benignità di lei. Con quest'offitio ricordo all'Eminenza vostra la mia propria ambitione dell'honor de' suoi comandamenti et le bacio con ogni humiltà et riverenza le mani»; BAV, *Barberino latino* 8766, f. 103r.

38 ASV, *Segreteria di Stato*, *Legazione di Ferrara* 8, f. 16r.

39 «Devo sempre con ogni confidenza ricorrer alla benignità di V.E. non meno per la mia persona et casa che per li parenti et amici; et perché il cavalier Bonaccorso Adimari mio cugino ricevette l'onore dall'eccellentissimo signor Don Carlo di felice memoria del capitanato di questa Guardia Svizzera et con molta assiduità et modestia ha esercitato il suo carico per quel tempo che a lui è toccato nella mia legatione; mi cognosco astretto di raccomandarlo vivamente alla sua protettione e perchè lei si compiaccia per quel tempo che più le parerà opportuno, continuarli la di già ricevuta gratia, della quale per la devota servitù che in altre occasioni egli ha prestato alla Sede Apostolica et alla sua eccellentissima persona, ma molto di più per la innata cortesia et benignità di V.E. egli ne concepisce speranze; et io per l'adempimento di esse vivamente le supplico ...»; BAV, *Barberino Latino* 8769, f. 45.

protettore o di intermediario alla corte stessa. Decisiva risultava la posizione delle donne all'interno della famiglia papale, grazie alla loro posizione di confine fra il formale e l'informale e, quindi, facilmente utilizzabili nell'una o nell'altra direzione.

Esemplare, ma certo non unica e neppure originale, se confrontata con altri carteggi, può essere la corrispondenza indirizzata a Berenice della Ciaia, moglie di Mario Chigi, fratello di Alessandro VII[40]. Nel maggio 1656 il papa, com'è noto, dopo un lungo dibattito in seno al collegio cardinalizio conclusosi poi con pareri favorevoli, acconsentì a far venire i suoi parenti da Siena a Roma[41]. Abbandonare la città natale con tutte le sue relazioni familiari, le scansioni domestiche segnate dalla vigile attenzione sulla proprietà e dai rapporti quasi quotidiani con le numerose parenti chiuse nei conventi cittadini non sembrava entusiasmare Berenice, come appare da alcune sue lettere[42]. Ma la sua venuta a Roma veniva celebrata da chi, da Siena, si era subito affrettato a garantirsi una posizione di prestigio alla corte romana, offrendosi di servire come «Mastro de' Paggi di vostra Eccellenza o in altro impiego di sua soddisfatione e gusto»[43]. Le lettere non arrivavano solo da Siena o dalle diverse parti della Toscana: da tutto lo Stato Ecclesiastico, dalle corti italiane e da altri stati cattolici si avviava un intenso movimento epistolare diretto a guadagnare la benevola protezione della nuova arrivata. Anche senza arrivare ai recenti e nefasti eccessi di Donna Olimpia, le donne della famiglia pontificia avevano sempre rappresentato ineludibili punti di riferimento. Così era stato per Lavinia Albergati Ludovisi, cognata di Gregorio XV, per Costanza Magalotti Barberini, cognata di Urbano VIII, per Anna Colonna, moglie di Taddeo Barberini, nipote del papa. Elementi di raccordo fra la famiglia, la corte ed il mondo esterno, le donne della famiglia papale – le cognate del papa, soprattutto – diventavano ingranaggi indispensabili (o almeno così si credeva!) per dare concretezza ad aspirazioni di crescita formulate nelle numerose suppliche, nelle lettere di raccomandazione, nelle generiche richieste di protezione per un matrimonio da contrarsi in provincia e per il quale si richiedeva il benedicente assenso

[40] BAV, *Chigiano* F. III. 42-47.

[41] A questo proposito cfr. A. MENNITI IPPOLITO, *Il tramonto della curia nepotista*, Roma 1999, pp. 80-89.

[42] BAV, *Archivio Chigi* 3734.

[43] BAV, *Chigiano* F. III. 42, f. 106r: lettera di Pietro Gagliardi, Siena, 1 maggio 1657. Seguono altre missive di dame senesi che ringraziano per esser state condotte a Roma a servizio della cognata del papa: saranno anch'esse autrici di lettere di raccomandazione per parenti e conoscenti senesi ambiziosi di fare carriera a Roma.

papale o per un madrinaggio che avrebbe assicurato alla famiglia di una nobiltà di provincia un lustro maggiore[44]. Scrivere alla cognata del papa significava mettersi sotto il manto ampio e sicuro di una materna protettrice: l'immagine mariana sembrava materializzarsi anche nella corte papale, consesso maschile, nel quale le donne tessevano solide trame, ricamandovi favori e protezioni per consolidare l'immagine della famiglia, la sua politica, e raccogliere consenso. Una pratica positiva, anzi necessaria, se svolta con prudenza, senza eccessi, se soprattutto, si muoveva nella direzione indicata dal pontefice: mai, dunque, costruirsi una corte (nel senso di luogo di potere) propria e antagonista. Anche per la famiglia pontificia si ripropone con forza quell'immagine di «gioco di squadra» per descrivere il lavorìo femminile teso ad accrescere la fortuna ed il prestigio nobiliari[45].

Lettere di raccomandazione si intrecciano in questi volumi di corrispondenza con biglietti di auguri, con missive apparentemente ripetitive ed insignificanti nelle quali personaggi diversi da luoghi lontani si presentano, narrano di sé e della propria famiglia, del lavoro e della fedeltà per rappresentarsi in una luce positiva che possa, fin dall'inizio, aiutare a stabilire un solido rapporto di protezione ed a garantire un'intermediazione sicura con più potenti patroni. Scrive il Gran Maestro dell'Ordine di Malta all'inizio di gennaio 1658; scrivono vescovi che si apprestano a recarsi a Roma per la visita *ad limina,* occasione non solo per ottemperare ad un obbligo imposto dal Tridentino, ma anche per intessere personalmente proficui legami con la famiglia papale: scrive, in attesa di questo viaggio, Ulisse Orsini, vescovo di Ripa, pregando Berenice di non lasciarlo «totalmente suo inutile et otioso servitore sopra la cognition del mio povero talento et attitudine»[46], e Carlo Madruzzo, vescovo di Trento, con gli auguri di Natale, annuncia la sua prossima visita a Roma[47]. Anche l'arrivo, nel maggio 1657, dell'ambasciatore ordinario della Repubblica di Venezia Angelo Corner era stato preceduto da lettere del doge Domenico Contarini indirizzate a Berenice, nelle quali si raccomandava di accoglierlo «con la solita cortesia», mentre la venuta a Roma dell'ambasciatore straordinario Nicolò Sagredo, nel novembre 1659,

[44] Laura Carpegna, ad esempio, scriveva da Bologna a Berenice della Ciaia il 30 gennaio 1658: «prendo ardire di supplicarla con ogni humiltà a volersi degnare di far levare al sacro fonte la creatura che piacerà a Dio crescermi in breve»; BAV, *Chigiano* F. III. 43, f. 7r. Pochi mesi dopo annunciava la nascita della figlia (f. 14r).

[45] R. Ago, *Giochi di squadra: uomini e donne nelle famiglie nobili del XVII secolo*, in M.A. Visceglia (ed), *Signori, patrizi, cavalieri nell'età moderna*, Roma - Bari 1992, pp. 256-264.

[46] BAV, *Chigiano* F. III. 43, ff. 2r, 54r.

[47] BAV, *Chigiano* F. III. 43, f. 175r.

dava occasione allo stesso doge di annunciarne la visita, per congratularsi della raggiunta pace in Europa[48].

Le lettere di donne costituivano la maggioranza di questa ricca corrispondenza: annunci di matrimoni, richieste di protezione per stipulare un buon parentado in provincia si intrecciavano con raccomandazioni per figli e, soprattutto, per mariti ambiziosi di «crescere» non solo alla corte di Roma, ma anche nei governi provinciali. Particolarmente numerose erano le richieste di raccomandazione inoltrate da gentildonne toscane, specialmente senesi e fiorentine, per ottenere favori per i propri consorti presso la corte medicea: Minerva Del Monte Ottieri chiedeva infatti «il potentissimo suo favore presso il Ser(enissi)mo Principe Mattias o di qualche ministro in raccomandatione degl'interessi del mio Signor Consorte»[49]. Anello di congiunzione fra la corte di Roma e quella di Firenze appare, in questa corrispondenza, il principe Mattia, governatore di Siena proprio in quegli anni. Era per altro lo stesso Mattia, nel 1660, in una lettera autografa a Berenice vergata in una stentata scrittura a raccomandare Leonora Ballerini «moglie d'un mio cerusico», sottolineando, che «io so molto bene il genio grande, ch'ha V.E. con le persone virtuose»[50]. L'ingresso di un congiunto nel servizio dava spazio ad attese di vedere la liberale protezione allargarsi ad altri esponenti della famiglia per consolidarne così la posizione sociale sia nella città di origine che, eventualmente, nella grande patria comune, Roma. Ortensia Borghese Giordani scriveva da Pesaro una lunga lettera a Berenice per ringraziare, attraverso lei, il papa che aveva nominato

«il Signor Girolamo mio marito Cameriero d'honore ... che veggend'io per tali testimonianze et effetti d'un ottima volontà de' Padroni verso noi qualificarsi tanto la conditione di detto mio marito e di me per sodisfare al mio gran debito con quelle forme che possano provenire dal riverentissimo mio ossequio ... mi fo lecito di essere a rendere di tutto humilmente gratie a V.S. col mezzo di questa lettera che le sarà presentata da un nipote di mio marito che si trattiene da più anni in qua a fare il corso de studii nel Seminario romano con inclinatione di seguitare codesta corte nella professione di prete. Onde già che io mi trovo priva di figli maschi che possino godere della Protettione dell'Ecc.ma Casa Chigi, sono humilmente a supplicar V.E. che nell'impetrar e dall'Ecc.mo Suo foglio qualche prerogativa che inanimisca codesto giovane (che si nomina il Signor Domenico Olivieri) alla vita clericale ...»[51].

[48] «Prende motivo la Repubblica nostra dal bene della Pace tra le Corone e dalla congiontura propitia d'unire rinforzi e di sollevarsi dall'oppressione degl'Ottomani»; BAV, *Chigiano* F. III. 45, f. 1.

[49] BAV, *Chigiano* F. III. 45, f. 56r.

[50] BAV, *Chigiano* F. III. 43, f. 39r.

[51] BAV, *Chigiano* F. III. 43, f. 70.

La lettera di ringraziamento diveniva così lettera di raccomandazione a testimoniare, ancora una volta, l'intreccio indissolubile di forme scrittorie che sostanziano forme comunicative.

Lettere si accompagnavano spesso a doni, come «alcuni pesci in qualità di miglioranti affumati, frutti di queste valli» inviati da Pietro Paolo Carli canonico di Comacchio all'avvicinarsi della quaresima[52], o di Giulio Spinale, vescovo di Laodicea, che da Napoli annunciava una sua imminente visita a Roma, facendosi precedere da «sei scatole di diverse cose di zuccaro e frutti di questa città»[53]. Lettere di uomini che attendevano una protezione per vedersi confermati in una posizione di prestigio, ma che lamentavano la lontananza dalla corte per «servizio», chiedendo così, neppure troppo implicitamente, un concreto aiuto per avvicinarsi a Roma; lettere di uomini che comunicavano orgogliosi un «accasamento» di cui erano stati artefici e che ora attendevano la protezione della famiglia papale: così, ad esempio, Francesco Coppoli da Firenze comunicava, nel settembre 1659, di «voler dar conto di ogni senzale evento della mia casa» ed annunciava il matrimonio della figlia Claudia con il «Sig. Marchese Giovanni Giugni, nobile e facultoso fra i migliori di questa città»[54].

Gli esempi potrebbero continuare in ogni direzione ed illustrare diverse 'tipologie' di lettere, suppliche, lettere di raccomandazione e di autoraccomandazione. Ma proprio l'analisi e la ormai lunga consuetudine con i carteggi confermano come, in antico regime, ogni distinzione sia artificiosa ed in pratica si annulli nel rituale della parola che alimentava e sosteneva ogni forma di rapporto sociale.

[52] BAV, *Chigiano* F. III. 45, f. 4r.

[53] BAV, *Chigiano* F. III. 44, f. 13r. Ma anche il vescovo di Genova offriva «una cassetta di conserve di Genova lavorate da una mia sorella monaca»: f. 16r; Cornelia Malvezzi Bonfioli, dopo il suo «accasamento» a Bologna con Agesilao Bonfioli, chiedendo la protezione chigiana sulla sua nuova vita coniugale, pregava Berenice «a non isdegnare queste due cagnoline come prerogativa di questo Paese»; BAV, *Chigiano* F. III. 43, f. 55r. Sul significato della reciprocità simboleggiata dal dono cfr. N.Z. Davis, *Il dono. Vita familiare e relazioni pubbliche nella Francia del Cinquecento*, Milano 2000.

[54] BAV, *Chigiano* F. III. 44, f. 109r.

Supplicare, intercedere, raccomandare

Forme e significati del chiedere nella corrispondenza di Cristoforo Madruzzo (1539-1567)

di *Katia Pischedda*

Il 5 agosto 1539 Cristoforo Madruzzo veniva eletto principe vescovo di Trento. L'elezione, avvenuta su unanime consenso dei diciotto canonici del capitolo della cattedrale, trasferiva nelle sue mani un potere dalla doppia fisionomia, spirituale e temporale al tempo stesso, ed era la prima tappa di una lunga e prestigiosa carriera che, sullo sfondo di un'Europa lacerata dalle lotte per la supremazia tra Impero e Francia, dai contrasti dottrinali e dal pericolo turco, gli avrebbe guadagnato una posizione di rilievo nel panorama politico e religioso internazionale dell'epoca. Già vescovo, signore del suo principato e uomo di Carlo V, del quale per tutta la vita avrebbe seguito ambizioni, progetti e successi, Cristoforo avrebbe ottenuto la porpora cardinalizia nel 1542, il governatorato di Milano tra il 1555 e il 1557, ma soprattutto sarebbe stato prezioso mediatore, in tempi di Riforma, tra Impero e curia romana, nonché padrone di casa di quel Concilio che riunendosi a Trento avrebbe tentato un riavvicinamento tra protestanti e cattolici[1].

Se l'elezione dell'agosto del 1539 segnava l'acquisizione di un potere e di uno *status* di principe che lo inserivano in reti di relazioni con i personaggi più potenti e in vista del tempo, quella data rappresentava anche l'assunzione di

[1] Su Cristoforo Madruzzo non esiste a tutt'oggi una biografia esaustiva. Fondamentali rimangono quindi, anche se datati, C. GIULIANI, *Cristoforo Madruzzo. Giovinezza e studi, sua elezione a principe di Trento e a cardinale (1512-1542)*, in «Archivio Trentino», 20, 1905, pp. 52-88; E. TESSADRI, *Il grande cardinale Cristoforo Madruzzo*, Milano 1953. Si veda anche il profilo lasciato di H. JEDIN, *Il Concilio di Trento*, 4 voll., I, Brescia 1981 (ed. orig. 1975), pp. 629-636. Per aspetti e momenti specifici della vita del Madruzzo si vedano anche P. ZAMPETTI, *Un cardinale trentino e una piccola città delle Marche*, in «Archivio Trentino», 18, 1942, pp. 23-25; S. WEBER, *Emanuele Filiberto di Savoia e il cardinale Cristoforo Madruzzo*, in «Studi Trentini di Scienze Storiche», 9, 1928, pp. 133-172. Sul periodo del governatorato milanese si veda invece il più recente contributo di M. BONAZZA, *Tra strategie imperiali e politica locale: il governatorato milanese di Cristoforo Madruzzo (1555-1557)*, in «Studi Trentini di Scienze Storiche», 70, 1991, pp. 279-340.

un ruolo connesso e, insieme, quella di un bagaglio di norme e aspettative di comportamento che ne avrebbero definito inevitabilmente la figura e l'agire. Conformemente ai modelli imposti dalla letteratura normativa del tempo sull'esempio degli *specula principum* medievali e sulla più recente tradizione rinascimentale dell'*institutio principis*[2], la sua condotta avrebbe infatti dovuto modularsi sull'esercizio di bontà, umanità, misericordia e clemenza, tanto nel rapporto con i sudditi, verso i quali avrebbe dovuto assumere un atteggiamento protettivo e benevolo, quanto nelle relazioni di collaborazione, amicizia, affinità politica, patronato, mecenatismo in cui l'esercizio principesco lo avrebbe via via inserito. In esse l'esercizio di giustizia distributiva, intesa come facoltà di dare secondo i meriti e i bisogni di ognuno, si sarebbe rivelato requisito essenziale.

Le lettere di richiesta comprese nella ampia corrispondenza di Cristoforo Madruzzo conservata presso l'Archivio di Stato e la Biblioteca Comunale di Trento e base documentaria delle pagine che seguono, si offrono come prezioso strumento per cogliere, nella concretezza della comunicazione scritta, tracce dell'incidenza del modello ideale di principe nelle dinamiche delle relazioni in cui egli si muoveva[3]. Frutto di legami sociali e istanze sog-

[2] A proposito degli *specula principum* cfr. D. QUAGLIONI, *Il modello del principe cristiano. Gli «specula principum» fra Medio Evo e prima Età Moderna*, in V.I. COMPARATO (ed), *Modelli nella storia del pensiero politico*, I, Firenze 1987, pp. 103-122. Sulla tradizione dell'*institutio principis* cfr. F. GILBERT, *Il concetto umanistico di principe e «Il Principe» di Machiavelli*, in F. GILBERT, *Machiavelli e il suo tempo*, Bologna 1977, pp. 171-208.

[3] Nell'Archivio di Stato di Trento il fondo *Corrispondenza Madruzziana* comprende circa 1.500 lettere originali inviate al principe trentino nel periodo del suo governo tra il 1539 e il 1567. Tale fondo, che visse alterne vicende legate ai momenti storici attraversati, accorpa accanto a quelle inviate al Madruzzo anche un gruppo non esiguo di epistole dirette a Ferdinando II. Nella Biblioteca Comunale si conservano invece sia lettere originali sia copie. Le prime sono inserite in codici miscellanei (mss 588, 593, 596, 599, 600, 601, 602, 603, 605, 607, 610, 611, 615, 746, 824, 1162, 1166, 1230), le copie appartengono invece all'opera dell'erudito Carlo Giuliani, che nel XIX secolo raccolse una gran quantità di documentazione riguardante l'intera famiglia Madruzzo (mss 2898-2904). Del fondo Giuliani fa parte l'*Epistolario Madruzziano* che raccoglie le trascrizioni di lettere ricevute e inviate dai Madruzzo tra il XVI e il XVIII secolo. In particolare le lettere inviate a Cristoforo sono copie degli originali già della Biblioteca Comunale e di alcuni compresi nel fondo ora presso l'Archivio di Stato. Accanto a queste figurano anche molte lettere scritte dallo stesso vescovo trentino ad alcuni dei suoi corrispondenti. Ampio spazio occupano le missive inviate ai Medici di Firenze, agli Este di Ferrara e ai Gonzaga di Mantova tratte dai rispettivi archivi d'appartenenza. Sulle vicende del fondo conservato presso l'Archivio di Stato di Trento passato, in seguito alla secolarizzazione dei principati di Trento e Bressanone, nell'archivio di Stato di Innsbruck, si veda A. GALANTE, *La Corrispondenza del cardinale Cristoforo Madruzzo nell'Archivio di Stato di Innsbruck*, Innsbruck 1908.

gettive, luogo in cui avviene la rappresentazione del sé e il suo confronto con gli altri, la lettera veicola infatti, attraverso il linguaggio utilizzato e i temi di dialogo che la caratterizzano, i modi di essere dello scrivente, il suo bagaglio culturale e le sue rappresentazioni[4].

Inviate per sollecitare segni concreti di generosità esse testimoniano, attraverso la loro massiccia presenza, come la pratica del 'chiedere per ottenere' fosse un elemento connaturato ad un modo di concepire e vivere i rapporti. Scritte prevalentemente nell'ambito di quelle relazioni di amicizia, affinità politica, protezione che il Madruzzo poté stringere nell'esercizio del suo ufficio di principe e di uomo dell'Impero[5], esse dimostrano in particolare come l'atto epistolare servisse a ribadire, proprio attraverso il chiedere, gli obblighi che gli derivavano dal suo ruolo di principe vescovo e a sancire quelle dinamiche di scambio reciproco sulle quali tali rapporti si reggevano.

1. *Il modello ideale*

In un contesto in cui «l'opinio era avvertita come Realpolitik»[6] e la fama era valore sociale fondamentale, il dare del principe era gesto che ne rafforzava il potere, che ne legittimava l'autorità, un atto utile alla 'rappresentazione' della sua grandezza. Il principe, aveva osservato Erasmo, doveva mostrare «il suo ingegno e la sua vigilanza per l'appunto nello studiare come rendersi benemerito presso i suoi», cosa che si otteneva «solo con il dare»[7].

4 Per questi temi si veda R. CHARTIER, *Avant-propos*, in R. CHARTIER, *La correspondance. Les usages de la lettre au XIX siècle*, Paris 1991, pp. 7-13, p. 9; dello stesso autore si vedano inoltre, *Preface*, in C. DAUPHIN - P. LEBRUN-PEZERAT - D. POUBLAN (edd), *Ces bonnes lettres. Une correspondance familiale au XIX siècle*, Paris 1995, pp. 11-17; *La storia culturale tra rappresentazioni e pratiche*, in R. CHARTIER, *La rappresentazione del sociale. Saggi di storia culturale*, Torino 1989, pp. 9-11.

5 Sono quelle che Irene Fosi distingue dalle suppliche più propriamente intese come «lettere apparenti». Si veda a tal proposito I. FOSI, *Sovranità, patronage e giustizia: suppliche e lettere alla corte romana nel primo Seicento*, in G. SIGNOROTTO - M.A. VISCEGLIA (edd), *La corte di Roma tra Cinque e Seicento teatro della politica europea*, Roma 1998, pp. 207-242.

6 Su questi aspetti si veda M. PASTORE STOCCHI, *Il pensiero politico degli umanisti*, in *Storia delle idee politiche economiche e sociali*, diretta da L. FIRPO, 10 voll., Torino 1982-1989, III, pp. 3-68, 51-56.

7 ERASMO DA ROTTERDAM, *L'educazione del principe cristiano*, a cura di M. ISNARDI PARENTE, Napoli 1977, p. 129.

Generosità, magnanimità, magnificenza e liberalità erano gli specchi fedeli di questa propensione. Al contempo essi erano obblighi pubblici, veri e propri doveri da adempiere per garantirsi valide basi di consenso e sostegno. Per questo il principe ideale doveva aver sempre presente d'«esser delle date ricchezze dispensatore e non signore»[8].

La liberalità, in particolare, costituiva nel bagaglio genetico del principe un attributo basilare e ciò era dovuto ai legami che essa creava. Come disposizione a spendere o donare, ad offrire, ad aiutare con larghezza munifica o anche con prodigalità, essa era alla base di rapporti di scambio dal momento che generava sentimenti di gratitudine che univano in maniera salda e obbligatoria chi dava a chi riceveva. La sua importanza stava nel potere sociativo che la caratterizzava e nella reciprocità che ne scaturiva.

La liberalità del principe doveva indirizzarsi verso destinatari privilegiati. Nel descrivere gli attributi concreti di questa virtù così importante, i trattatisti dell'epoca indicavano con chiarezza anche verso chi essa doveva rivolgersi. «Scacciati re», «gentilhuomini in povertà pervenuti», «rari scrittori» e «nobili artefici»[9], «persone virtuose et literate»[10] rappresentavano per il pensiero politico dell'epoca i soggetti più meritevoli.

Gli ambiti relazionali ai quali appartengono le suppliche inviate a Cristoforo Madruzzo rinviano tuttavia ad un codice comportamentale di antica origine che fin da Cicerone aveva fatto di 'vicini e affini' i destinatari privilegiati della propensione al dare[11] e della vicinanza e prossimità i presupposti ideali del gesto generoso. Nelle relazioni di amicizia, familiarità, conoscenza e collaborazione, alla generosità e agli scambi che essa creava era affidato il compito basilare di garantirne l'equilibrio fondante. L'esercizio attivo della solidarietà e la disponibilità al mutuo sostegno erano infatti lo strumento più efficace per rafforzare e garantire valide reti di supporto richieste dalla sociabilità del tempo. In un legame di affettuosa amicizia, la generosità era

[8] F. VALENTINI, *Il principe fanciullo: trattato inedito dedicato a Renata ed Ercole II d'Este*, a cura di L. FELICI, Firenze 2000, p. 181.

[9] *Ibidem*.

[10] A. PICCOLOMINI, *De la institutione di tutta la vita de l'homo nato nobile e in città libera*, citato in G. GUERZONI, *Liberalitas, magnificentia, splendor. Le origini classiche del fasto rinascimentale italiano*, in M. BIANCHINI (ed), *I giochi del prestigio. Modelli e pratiche della distinzione sociale* (Cheiron», 31-32, numero monografico), 1999, pp. 49-82, qui p. 65.

[11] Osservava Cicerone: «Il primo nostro dovere è che più si dia a chi più ci ama», e ancora: «La comunanza di sangue avvince gli uomini di benevolenza e d'amore»; CICERONE, *De officiis*, trad. it. *Dei doveri*, Bologna 1969, pp. 61 e 69.

un tramite per sancire l'amore, la stima, l'affetto e la dimestichezza di cui si nutriva, in quello di conoscenza essa era strumento per dimostrare la propria disponibilità ad approfondire il rapporto, mentre in un vincolo di protezione la generosità era dovere nei confronti delle esigenze di quanti, tramite il loro servizio e la loro fedeltà, avevano dato vita ad una base clientelare che garantiva al principe solidi supporti.

L'esercizio della liberalità era prescrizione fondamentale soprattutto nei rapporti interni alla corte[12]. Espressione per antonomasia del potere del principe, questa si basava sul rapporto stabile tra il signore e quanti lo frequentavano «attivamente ed assiduamente»[13], sui favori che da lui derivavano e si reggeva su un reciproco scambio che legava l'onore dell'uno al profitto dell'altro[14]. Nei confronti dei cortigiani, dei collaboratori e di quanti appartenevano a titolo diverso al suo *entourage* il principe doveva essere, come ricordava il Castiglione, «magnanimo e liberale»[15], dispensatore di «gratie», mai avaro di gesti generosi. Solo così egli poteva garantirsi la fedeltà di quanti gli erano vicini. Per questo motivo la corte era più di tutti il luogo dove si creavano aspettative di ricompensa, sentimenti di competizione e il luogo dove più che altrove il mancato riconoscimento dei servizi prestati e la mancanza della propensione distributiva del principe poteva determinare pesanti conseguenze[16].

[12] Nell'ampia bibliografia sulla corte, sulle dinamiche interne ad essa e sui legami tra principe e cortigiano si vedano: N. ELIAS, *La società di corte,* Bologna 1980; C. MOZZARELLI, *Onore, utile, principe, stato*, in *La Corte e il «Cortegiano»*, II: A. PROSPERI (ed), *Un modello europeo* («Europa delle Corti». Centro studi sulle società di antico regime, Biblioteca del Cinquecento, 9), Roma 1980, pp. 241-253; A. TENENTI, *La Corte nella storia dell'Europa moderna (1300-1700)*, in M.A. ROMANI (ed), *Le corti farnesiane di Parma e Piacenza*, Roma 1978, pp. IX-XX; G. PAPAGNO, *Corti e cortigiani*, in *La corte e il «cortegiano»*, cit., pp. 195-240; M.A. ROMANI, *Fedeltà, «familia», stato. Guglielmo Gonzaga e la società di corte mantovana alla fine del Cinquecento*, in C. MOZZARELLI (ed), *«Familia» del principe e famiglia aristocratica* («Europa delle Corti». Centro studi sulle società di antico regime, Biblioteca del Cinquecento, 41), Roma 1988, pp. 349-373; W. BARBERIS, *Uomini di corte nel Cinquecento tra il primato della famiglia e il governo dello stato*, in C. VIVANTI (ed), *Intellettuali e potere* (*Storia d'Italia.* Annali, 4), Torino 1981, pp. 855-894.

[13] G. PAPAGNO, *Corti e cortigiani*, cit., p. 19.

[14] C. MOZZARELLI, *Onore, utile*, cit.

[15] B. CASTIGLIONE, *Il cortigiano*, Milano 1991, p. 222.

[16] Significativa a tal riguardo è la vicenda del processo per «lesa maestà» intentato, nella Mantova di Guglielmo Gonzaga, contro Bernardino Pia e Camillo Luzzara e analizzata da Marzio A. Romani, dove la «molta licenza» e la «poca riverenza» verso il duca di cui vennero accusati gli imputati, vengono ricondotte dall'autore, sulla base delle loro testimonianze, proprio al mancato corrispettivo di servizi resi e dunque ad un sentimento di vera

La disposizione al dare, la generosità, la liberalità, così come tutte le qualità che facevano parte del modello ideale di principe avevano dunque una forte valenza pubblica e politica. Esse erano veicoli di consenso sociale e di legittimazione del potere, strumenti per tessere e confermare le relazioni, per allacciarne di nuove, per consolidare alleanze, per creare utili affinità. Per questo motivo, compito primario del principe era sapersi dimostrare all'altezza del proprio ruolo in ogni occasione. Soprattutto quando da lui si esigevano segni concreti delle sue virtù benefiche.

Sarebbe tuttavia errato pensare che ad ogni richiesta corrispondesse una risposta. Anche se la fonte qui utilizzata non consente di valutare con puntualità l'esito di ogni singolo caso, si può affermare che l'ottenimento di un gesto generoso e benevolo era il risultato di mediazioni, compromessi, giochi delle parti che il più delle volte avevano poco a che fare con il modello di gratuita benignità indicato dalla letteratura normativa e prevedevano invece il silenzio, il non sentire, la non considerazione dei favori chiesti, la negazione della generosità auspicata, la revoca di una prima concessione e il più delle volte l'utilizzo di due pesi e due misure. Se ragioni di prestigio e decoro portavano il Madruzzo a scrivere al duca di Mantova per revocare le sue prime raccomandazioni a favore del podestà di Trento Michele Castagnini, il cui poco prestigio rischiava di ledere la sua onorabilità[17], l'obbligo dovuto «ala molta virtù» e agli «honoratissimi diportamenti» del vescovo di Verona Luigi Lippomano che lo pregava di intercedere presso il cardinale Gonzaga per un suo protetto, lo portavano

e propria «acrimonia» che risiedeva «nell'impossibilità che il Luzzara e il Pia avvertivano di comunicare con l'autorità del signore, nella perdita della capacità di influenzarlo o, per lo meno, di entrare nella sfera della sua considerazione»; M.A. ROMANI, *Fedeltà, «familia», stato*, cit., p. 357.

[17] «Mi raccordo li dì passati et con mie lettere et a bocca quando Vostra Eccellenza fu qua haverle raccomandato il dottor Castagnino all'hora mio Podestà, supplicandola restasse servita di farle gratia d'un luoco della sua Ruota o di qualche altro officio et glielo promessi come persona dabene et sufficiente pensando che fosse tale. Ma hora, nel fine dela sua podesteria, sendosi sindacato et trovatosi colpevole d'alcune cose molto indegne del debito et officio suo, io, che non meno desidero il servitio di Vostra Eccellenza come di tanto mio signore che de le cose mie proprie, ho voluto ragguagliarnela di tutto questo revocando, siccome faccio, detta mia raccomandatione et promottione acciochè, se forse ella havesse designato per rispetto mio farle qualche gratia, non restasse ingannata assicurandola che quando le proponerò vorrò medemamente fargliene la sicurtà che la ne resterà ben servita»; la lettera originale del Madruzzo a Guglielmo Gonzaga si trova nell'Archivio di Stato di Mantova, *Archivio Gonzaga*, (d'ora in poi ASMn, *AG*), b. 1404, f. 94. Sulla Rota di Mantova si veda C. MOZZARELLI, *Il Senato di Mantova: origini e funzioni*, in *Mantova e i Gonzaga nella civiltà del Rinascimento*, Atti del convegno, Mantova 6-8 ottobre 1974, Mantova 1977.

invece ad assecondarne le richieste anche se in favore di un «tristo», con la richiesta però di non associare il suo nome a quello di chi, suo malgrado, si trovava a dover promuovere[18]. Più banali motivi di orgoglio portavano invece a rinviare al maggiordomo Girolamo Roccabruna la richiesta con cui Baldassar Trautson gli chiedeva una coppia di cavalli o di asini di razza napoletana «in suasione del combinato matrimonio» tra il nipote del Madruzzo, Gaudenz von Spaur, e Veronica Fugger[19].

«Tu vedrai – scriveva al Roccabruna – la furfantissima lettera per la copia inclusa che mi scrive Baldessare Trautson, el qual meriterebbe per risposta un cavallo di venticinque staffilate. Al retorno suo da Augusta li potrai dare la lettera ch'io li scrivo ove li remando la sua scrittami, acciò si specchi ne la asinità sua et, in conformità de quello che li scrivo, li potrai far conoscer la goffa indiscretione sua»[20].

2. *Stereotipi epistolari*

Le suppliche riflettevano tuttavia nel linguaggio adottato il complesso di rappresentazioni che definivano il ritratto del principe ideale. Le norme epistolari dell'epoca imponevano un impianto fisso secondo il quale ad una prima parte nella quale si elogiavano le qualità del destinatario, seguiva il ricordo del rapporto con lui intrattenuto, vi era poi l'esposizione del desiderio di chi scriveva e le formule finali che promettevano gratitudine per quello che si sarebbe riusciti ad ottenere[21].

In una ossequiosa *captatio benevolentiae* che poggiava su una vera e propria retorica delle qualità, il presule trentino veniva invocato come principe

[18] «Io mi sento tanto obligato ala molta virtù et quelli honoratissimi diportamenti del Vescovo di Verona nel Concilio di che niuna cosa più desidero che poterli con qualche occasione far testimonio de la continua memoria che ne tengo. Il che, essendomi hora accaduto, come Vostra Signoria Illustrissima et Reverendissima potrà intendere dall'inclusa lettera, la supplico con tutto il core che havendo più rispetto ala osservantia ch'io gli porto che ala sinistra opinione che ha di Manfredo Carontio, si contenti di farmene un dono di spetial grazia et restar sicura, siben egli è estimato uno tristo, che gli intercessori dela salute et restitutione sua non lo sono»; ASMn, *AG*, b. 1404, f. 63. Nella lettera del Madruzzo è inclusa la lettera del Lippomano.

[19] Gaudenz von Spaur era figlio di Caterina, sorella di Cristoforo Madruzzo e moglie di Ulrich von Spaur; Veronica era invece figlia di Raymond Fugger e Katharina von Thurzo. Cfr. H. DE SCHALLER, *Généalogie de la maison des comtes Spaur de Flavon & Valör*, Fribourg 1898.

[20] Biblioteca Comunale di Trento (d'ora in poi BCTn), ms G. 2902, f. 457r.

[21] Per questi aspetti si rimanda a N. LONGO, *Letteratura e lettere. Indagine nell'epistolografia cinquecentesca*, Roma 1999.

«clemente, buono e giusto». Di lui si esaltava, invocandola, l'«humanità sempre prompta ad ognuno»[22], si evidenziava la «bontà che suol fare verso di quelli che si mettono sotto il favore e protetion sua», si celebrava la «cortesia», il «natural istincto», la «innata benignità» e la «fama» di cui godeva la sua persona.

Il rapporto intrattenuto dagli scriventi con il Madruzzo era specificato dai sentimenti che lo alimentavano. Si sottolineava l'«affetione» per la sua persona, la «dimestichezza» con lui e la sua famiglia, la «lunga amicitia», ma soprattutto la «fedeltà mai tradita», «l'infinito desiderio di spendere la vita e la roba per il suo servitio», l'essere un «divotissimo et fedelissimo servitor», «l'obedirlo come patrone e l'amarlo come padre». Il termine 'servitore', in particolare, aveva una duplice accezione: da un lato esso rifletteva effettivi legami di clientela e servizio e dunque relazioni asimmetriche, dall'altro era espressione meramente retorica che, inserita in rapporti di natura diversa, rinviava pur sempre ad un modo di concepire le relazioni fondato su ideali di reciproco scambio, nel quale la dimostrazione di disponibilità assumeva un valore fondamentale[23]. La disponibilità al servizio era del resto alla base anche dei rapporti tra pari. Qui essa serviva a garantire l'identità e i privilegi di gruppo e a rispondere a quei bisogni di «perpetuazione e glorificazione della propria essenza» tipica dei gruppi d'*élite*[24]. Nel luglio del 1544 Cristoforo Madruzzo, manifestando in una lettera a Cosimo de Medici la gioia per la sua elezione a cardinale, poteva così scrivere: «questa dignità m'è tanto chara, quanto potrò forse meglio con essa fare servizio maggiore ai miei signori»[25], e ricordando a Guglielmo Gonzaga, duca di Mantova, i tempi in cui era stato governatore di Milano osservava:

«essendoci io per ministro, ella haverebbe potuto disporre de le cose di questo stato non meno che io medesimo. Il che molto maggiormente dico poi de le cose mie de le quali ela è et serà sempre assoluto patrone»[26].

Anche il concetto di 'amicizia' poteva risultare ambiguo e se talora definiva rapporti di solidarietà dati da particolari e reali affinità, in molti casi esso indicava veri e propri rapporti di *patronage*. Il termine 'amico' era

[22] BCTn, ms G. 2899, f. 275v.

[23] D. FRIGO, *Il padre di famiglia. Governo della casa e governo civile nella tradizione dell'«economica» tra Cinque e Seicento* («Europa delle Corti». Centro studi sulle società di antico regime, Biblioteca del Cinquecento, 29), Roma 1985.

[24] F. BOURDIEU, *La distinzione. Critica sociale del gusto*, Torino 1983, p. 24.

[25] BCTn, ms G. 2898, f. 123r.

[26] ASMn, *AG*, b. 1403, f. 60.

allora sinonimo di 'creatura' che alludeva a vincoli di subordinazione e riconoscenza[27].

Un atteggiamento di 'deferenza' caratterizzava spesso il modo di esprimersi e il vocabolario degli scriventi. In particolare per quanti erano legati al Madruzzo da un legame di protezione o ambivano a crearlo, la «bassezza» della propria persona e il «non esser degni» delle attenzioni chieste, costituiva sovente il motivo comune su cui far leva nel presentare le proprie suppliche. Gli scriventi si identificavano allora attraverso attributi che anziché esaltare tendevano a sminuire la propria posizione, in una accorta esibizione di modestia che faceva da contraltare alla celebrazione delle doti del Madruzzo[28].

Non sempre però l'atteggiamento del richiedente era ossequioso. In taluni casi anzi poteva rivelarsi totalmente privo di dettagli riverenti. Ciò accadeva soprattutto nelle lettere che nascevano da rapporti di estrema vicinanza e confidenza, legami in cui il rapporto personale con il principe trentino era particolarmente stretto, come quelli con i suoi segretari. Vicinissimi al Madruzzo in virtù del loro prezioso servizio[29], essi potevano concedersi delle licenze fino ad arrivare ad un vero e proprio sovvertimento delle norme epistolari che regolavano il gesto del chiedere[30]. La lettera scritta nel maggio

[27] A proposito del termine 'amico' Wolfgang Reinhard osserva come questo sovente possa rappresentare «una definizione eufemistica data dal padrone ai suoi clienti». Cfr. W. Reinhard, *Amici e creature. Micropolitica della curia romana nel XVII secolo*, in «Dimensioni e problemi della ricerca storica», 2, 2001, pp. 59-78, qui p. 63. Sull'ampia estensione del termine 'amico' nel XVI secolo si vedano N.Z. Davis, *Il dono. Vita familiare e relazioni pubbliche nella Francia del Cinquecento*, Milano 2002, pp. 31-32; M. Aymard, *Amicizia e convivialità*, in P. Ariés - G. Duby (edd), *La vita privata. Dal Rinascimento all'Illuminismo*, Roma - Bari 2001, pp. 357-392.

[28] Mostrare la propria inferiorità evidenzia per contrasto la superiorità del proprio interlocutore e ne va a soddisfare quei bisogni di piacere che le espressioni retoriche mirano a persuadere; a tal riguardo F. Rigotti, *La verità retorica. Etica, conoscenza e persuasione*, Milano 1995. Su come la valorizzazione della persona possa avvenire anche attraverso la messa in rilievo di valori ideali che le attribuiscono una posizione inferiore a quella con cui privatamente si identifica, si veda l'ormai classico E. Goffman, *La vita quotidiana come rappresentazione*, Bologna 1969.

[29] Sul significato e la funzione di rilievo di segretari, ambasciatori, funzionari, commissari si veda D. Frigo, *Virtù politiche e «pratica delle corti»: l'immagine dell'ambasciatore tra Cinque e Seicento*, in C. Continisio - C. Mozzarelli (edd), *Repubblica e virtù. Pensiero politico e Monarchia cattolica fra XVI e XVII secolo*, («Europa delle Corti». Centro studi sulle società di antico regime, Biblioteca del Cinquecento, 67), Roma 1995, pp. 355-376.

[30] Sullo stacco tra teoria e prassi epistolare cfr. N. Bazzano, *«A Vostra Eccellenza di buon cuore mi offero et raccomando». Il linguaggio della politica attraverso il carteggio di Marco*

del 1546 dal milanese Nicolò Secco, segretario del vescovo trentino già dal 1541, ne è un esempio. Ricevuto da poco il capitanato di giustizia di Milano grazie all'intervento di Cristoforo e il ricorso di quest'ultimo ai personaggi più importanti della corte imperiale, Nicolò premeva per entrare a far parte del consiglio aulico, rivendicando la sua superiorità rispetto al precedente possessore[31]. A questa prima richiesta seguiva quella per ottenere anche il titolo di senatore. In maniera affatto velata egli poteva anche suggerire le conseguenze di un mancato consenso alle sue richieste, ribadendo gli obblighi di scambio di un principe nei confronti di una sua «fattura»:

«Queste dignità – scriveva – accresceranno la gloria di Vostra Signoria Illustrissima e Reverendissima qui e per contrario non le havendo io, gliela scemeranno perché savendosi che io son fattura sua bisogna che me resti indicio honorevole»[32].

Anche il conte Sigismondo di Lodron, esponente dell'antica nobiltà trentina, poteva essere esplicito nell'avanzare le sue richieste. Intimo del presule al quale spesso ricorreva affidandogli suoi affari familiari, sollecitando l'ennesimo intervento in una lite tra parenti poteva osservare e alludere: «in ciò vedrò quanto Vostra Signoria Illustrissima fa conto de la servitù mia e aspetto vederne prova mirabile»[33]. In ossequio agli insegnamenti di una manualistica epistolare che faceva della dimostrazione di gratitudine norma di bello scrivere, in cambio della grazia o del favore richiesto, le lettere promettevano, nella parte conclusiva, una riconoscenza scandita dal tempo infinito dell'eternità. Il ricordo della generosità che si sarebbe riusciti ad ottenere, dei benefici che l'umanità e la cortesia del vescovo trentino avrebbero concesso, non sarebbero mai finiti. Sarebbero stati, anzi, motivo per poter rendere il favore ottenuto. I gesti richiesti, invocati dagli scriventi come «grazie» si configuravano così come vere e proprie 'transazioni economiche' nelle quali, a fronte della generosità prestata il Madruzzo poteva aspettarsi una giusta «ricompensa e mercede»[34].

Antonio Colonna (1556-77), in M.A. VISCEGLIA (ed), *La nobiltà romana in età moderna. Profili istituzionali e pratiche sociali*, Roma 2001, pp. 133-164.

[31] La lettera del Secco, così come quelle degli altri tre segretari di Cristoforo Madruzzo, Ercole Pagnano, Gian Battista Schizzo, Traiano Mari, sono riportate in A. ANDREIS, *Cristoforo Madruzzo*, cit.

[32] BCTn, ms 602, f. 36.

[33] Archivio di Stato di Trento, *Corrispondenza Madruzziana* (d'ora in poi ASTn, *CM*), b. 2, fasc. 7a, f. 34.

[34] Sul tema della grazia in età moderna e sul divario tra la sua gratuità teorica e il suo costo reale, cfr. B. CLAVERO, *Antidora: antropologia catolica de la economia moderna*, Milano 1991.

L'importanza che un'ampia rete di conoscenze aveva per la propria posizione sociale e contemporaneamente per quella dei propri vicini, portava alla naturale necessità di mostrare e sottolineare il proprio sentimento di gratitudine. Essere riconoscenti creava infatti legami, vincoli e obblighi, fungeva da collante sociale e costituiva la fonte di quel mutuo scambio che alimentava e rendeva vive le relazioni. Il pensiero classico ripreso dalla cultura del Cinquecento aveva gettato le basi per una duratura riflessione sul tema e, soprattutto con Seneca, aveva posto l'accento sul valore della gratitudine, considerata non a caso fondamento della vita associata. L'ingratitudine, al contrario, distruggeva la concordia tra gli uomini e quella *societas* che era, secondo il filosofo, bisogno primario dell'uomo. I termini utilizzati ricorrenti nella corrispondenza erano a tal proposito indicativi e i concetti di 'obbligo perpetuo' e di 'debito' esprimevano le implicazioni connaturate alla sequenza dare-ricevere. Nelle parole degli scriventi ricevere diventava significativamente «accumular obblighi»[35].

Dietro alla ripetitività stereotipata che caratterizzava le formule di chiusura delle lettere di richiesta stavano dunque motivi più profondi. In particolare esse introducevano nella lettera un elemento contrattuale (riceverò e in cambio farò) che traduceva in espressioni verbali gli schemi mentali di una società basata sui contatti personali, erano espressione compiuta di un ideale di reciprocità e sancivano quella disponibilità al vicendevole servizio e allo scambio reciproco che era regola comportamentale, nonché riflesso di un modo di pensare e vivere le relazioni sociali.

3. *L'importanza della mediazione*

Le suppliche inviate a Cristoforo miravano ad ottenere soprattutto cariche, benefici, incarichi prestigiosi che da lui dipendevano: un incarico come medico, il titolo di podestà della città, un posto al suo servizio nella corte. Spesso però esse puntavano all'ottenimento di benefici e favori presso i personaggi con cui Cristoforo era in contatto. Il dovere dato dal ruolo e la ricchezza delle sue relazioni portavano i suoi interlocutori a cercare «l'autorità del suo mezzo», a supplicarne «un parolino in raccomandazione di certi affari» presso quanti conosceva e frequentava; la benignità di cui si chiedevano segni concreti diventava allora il frutto di una mediazione nella

[35] Si veda a tal proposito il contributo di Antony Molho, dove il partecipare di un rapporto padrone/cliente viene giustamente paragonato all'«accendere una partita in un libro di contabilità». Cfr. A. MOLHO, *Il padronato a Firenze nella storiografia anglosassone*, in «Ricerche storiche», 15, 1985, 1, pp. 5-16, qui p. 13.

rete delle sue relazioni e andava a modularsi sulle corde di una scala che era data dalle esigenze di chi a lui si rivolgeva e dalle possibilità di contatto che egli rappresentava. Tra tutti la curia papale, i Savoia, presso i quali si sapeva «il mezzo e il favor suo esser onnipotentissimo»[36] e i Gonzaga di Mantova. L'amicizia che legava il Madruzzo al cardinale Ercole, come lui estimatore del *Beneficio di Christo* e partecipe del clima religioso che si respirava in quegli anni[37], la familiarità con tutta la sua famiglia, le affinità politiche tra le due corti e l'antica relazione tra le due città data dalla concessione a Mantova del feudo di Castellaro, rendevano il principe trentino una chiave d'ccesso importante ai favori dei signori di Mantova. In una lettera inviata al duca Gugliemo Cristoforo stesso osservava con consapevolezza: «il mondo che sa quanto io sia servitore a Vostra Eccellenza, s'imagina ancora ch'io sia buon istromento per ottenere delle gratie»[38].

La mediazione del principe trentino presso i Gonzaga era spesso riservata ai podestà di Trento che vedevano così premiati e ricompensati gli «honorati uffici» prestati nell'anno del loro servizio. Nel 1554 Cristoforo favoriva Giulio Castelvetro desideroso di diventare podestà di Mantova[39], e nel 1559, dopo l'incidente diplomatico del Castagnini, era la volta di Attilio Tondi, candidato ideale per un seggio nel Consiglio della città.

Più in generale, la mediazione prestata dal Madruzzo si trasformava in un «un atto pieno di pietà e di virtù» quando era in grado di far ottenere giustizia per i torti subiti, come nel caso di Bernardo Tasso che nel marzo del 1556 chiedeva un'intercessione presso il duca d'Alva per proteggere i figli rimasti orfani. Da poco rimasto vedovo della moglie Porzia de' Rossi e già caduto in disgrazia per essere rimasto al servizio del principe di Salerno Ferrante Sanseverino anche dopo che questi, alleandosi con il re francese, era stato considerato ribelle all'imperatore, Bernardo si vide contestare dai cognati anche la dote della moglie e negarne l'eredità ai figli. La lettera inviata al vescovo trentino è una delle numerose missive che il Tasso inviò ai personaggi che all'epoca più godevano autorità presso l'imperatore e il re di Spagna per vedere risolte le disgrazie che l'avevano col-

[36] BCTn, ms 596, f. 151. Si veda a tal riguardo S. WEBER, *Emanuele Filiberto di Savoia e il cardinale Cristoforo Madruzzo*, cit.

[37] M. FIRPO, *Juan de Valdés tra alumbrados e 'spirituali'. Note sul valdesianesimo in Italia*, in M. FIRPO, *Dal sacco di Roma all'Inquisizione. Studi su Juan de Valdés e la Riforma italiana*, Alessandria 1998, pp. 89-118.

[38] ASMn, *AG*, b. 1403, f. 45.

[39] ASMn, *AG*, b. 1404, f. 70.

pito[40]. Rivolgendosi ad una figura ideale di principe che in conformità con la trattatistica politica dell'epoca doveva essere «buono», dotato di «animo investito di pietà et di carità christiana», saper «moderar la troppa severità de le leggi»[41] e consapevole che l'onore andava preposto «a tutte le cose del mondo», Bernardo sottolineava come il suo caso meritasse «piuttosto iscusatione et perdono, che riprensione et castigo»[42]. Ricordando di essersi già rivolto al Madruzzo perché intercedesse presso il duca d'Alva nella causa seguita alla fuga del principe di Salerno, ritornava nuovamente al presule trentino perché accettasse di «scriver in raccomadatione» dei figli rimasti orfani affinché potessero mantenere l'eredità materna. La lettera era costruita insistendo su quelli che erano i compiti di ogni buon principe e «pietà», «carità», «compassione», «equità», «nobiltà d'animo» costituivano le virtù dalle quali egli faceva dipendere il favore richiesto. In particolare, la «benignità» che, grazie all'intervento del Madruzzo, sperava di ottenere dal duca d'Alva veniva contrapposta alla «malignità de la fortuna» sua e dei figli, mentre «l'utile falso che i giudici» chiamati a decidere sul suo caso sembravano seguire si contrapponeva all'«honesto vero» che egli intendeva far rispettare.

I rapporti intrattenuti da Cristoforo Madruzzo potevano rappresentare una soluzione ideale anche per trovare un aiuto in difficili e sofferte vicende nuziali. Nel marzo del 1560 il conte Silvio di Porcía, familiare del Madruzzo[43], vedeva ad esempio nel rapporto che intercorreva tra il principe trentino e il vescovo di Céneda Michele Della Torre[44], la via giusta per un intervento che avrebbe potuto ammorbidire le opposizioni di una famiglia contraria al suo matrimonio con la nipote del presule friulano:

«Havendo piaciuto a Dio cacciarmi nel core pensiero et desiderio sopra ogni misura et infinito di amar et desiderar di aver per moglie una neza del reverendissimo di Ceneda et sorella della moglie del conte Zanbattista mio fratello et ritrovandome così ardentemente

[40] Cfr. G. CAMPORI, *Lettere inedite di Bernardo Tasso*, Bologna 1968.

[41] L'azione di moderare le leggi troppo rigide rientra, a partire dagli *specula* medievali in poi, nei compiti del principe giusto. Su questi temi si veda C. CONTINISIO, *Il re prudente. Saggio sulle virtù politiche e sul cosmo culturale dell'antico regime*, in C. CONTINISIO - C. MOZZARELLI (edd), *Repubblica e virtù*, cit., pp. 311-353.

[42] BCTn, ms G. 2898, ff. 136v-137v.

[43] Su questa famiglia friulana, si veda *I Porcia: avogari del vescovo di Ceneda, condottieri della Serenissima, principi dell'Impero*, Atti del convegno, Castello Vescovile di Vittorio Veneto 9 aprile 1994, Vittorio Veneto 1974.

[44] Su di lui M. SANFILIPPO, *Della Torre Michele*, in *Dizionario Biografico degli Italiani* (d'ora in poi *DBI*), 37, pp. 619-621.

innamorato di lei che niuno contento né beneficio conosca potermi esser fatto maggiore che operare che io possa conseguir essa giovane per moglie et consorte mia et havendo adoperati tutti li mezzi de qui che io mi habia pensato potenti per farmi conseguir l'honesto cristiano desiderio mio conoscendo non essermi mancato di conseguir questo per nobiltà magior de la mia, né perché seco porti gran quantità di dote, ma solo per haver contrari la signora mia madre, la signora mia cognata et esso conte Zanbatttista mio fratello et alcuni altri mei parenti a quali pare che sia obligato a non maritarmi se ben son il più giovane de mei fratelli et forsi con qualche poca intencione di quella poca roba che io tengo, havendo lasciato per ultima et ferma et certissima speranza il soccorso di Vostra Signoria Illustrissima caldamente e quanto posso come che certissimamente Vostra Signoria illustrissima mi doni la mia vita inchinevolmente pregola et supplicola per l'amor de Dio a concedermi gratia di una litera di suo pugno al reverendissimo di Ceneda in quel modo che vostra signoria illustrissima e reverendissima conoscerà poter dar soccorso alla vita mia, che esso vescovo contenti et facci che io habbi l'onesto desiderio mio che io reputerò non poca remuneracione di haver havuto la vita che per tale la tengo da vostra signoria illustrissima la qual supplico di prestezza acciò in questo tempo non se interponesse qualche disturbo»[45].

La mediazione prestata dal principe trentino per favorire quanti a lui si rivolgevano poteva assomigliare e richiamare alla mente il gesto di un santo, come nel caso di monsignor Giovanni Della Casa, che ricordando in una lettera inviata nel 1540 un favore chiesto al Madruzzo, ammetteva di essersi rivolto a lui «come si suol ricorrere ne' mali pericolosi non solo ai medici eccellenti, ma eziandio a' voti e alle intercessioni di quei gloriosi santi ne' quali ciascuno ha più divozione»[46].

La relazione tra la mediazione terrena e quella celeste era comunemente sentita nel Cinquecento. Si esprimeva a livello linguistico[47] e nasceva dalla consapevolezza di una «analogia funzionale tra il ruolo dei santi in quanto intermediari tra Dio e l'uomo e il patrono che intercedeva presso una persona importante per il suo cliente»[48]. Come nel culto dei santi, l'affidarsi all'aiuto di un patrono significava accettare l'esistenza di relazioni gerarchiche nelle quali trovavano spazio atteggiamenti di sottomissione, propiziazione e devozione[49]; come per il santo anche la scelta di un mediatore dipendeva dall'insieme dei suoi attributi e dalle garanzie che questi offrivano. Gli attributi di Cristoforo Madruzzo derivavano certamente dalla sua posizione di potere, ma soprattutto da un patrimonio fatto di contatti, conoscenze

[45] BCTn, ms G. 2899, f. 280v.

[46] BCTn, ms G. 2900, f. 84r.

[47] W. REINHARD, *Amici e creature*, cit., p. 63.

[48] La citazione di Jeremi Boissevain è tratta da D.L. ZINN, *La raccomandazione. Clientelismo vecchio e nuovo*, Roma 2001, p. 79.

[49] *Ibidem*, p. 80.

e collaborazioni, da un 'capitale sociale' costruito grazie alla carriera percorsa e alla considerevole posizione acquisita nel panorama internazionale, dall'essere dunque uomo di potere inserito in relazioni con esponenti, laici ed ecclesiastici, dei ceti più elevati della società del tempo. Gli attributi del principe trentino coincidevano , oltreché con una disponibilità materiale, anche con 'possibilità relazionali' e dunque immateriali. Le relazioni che aveva potuto stringere grazie ai suoi incarichi, alla sua posizione di mediatore tra corte imperiale e curia romana, nonché alle frequentazioni con i personaggi più illustri dell'epoca si rivelavano così fonte preziosa per la rappresentazione della sua benignità[50].

4. *Alla corte di Carlo V*

La maggior parte delle richieste inviate a Cristoforo Madruzzo riguardavano mediazioni presso l'imperatore e il suo *entourage*. Tra gli agganci e le opportunità che il principe trentino rappresentava, l'adesione e la fedeltà alla politica imperiale e degli Asburgo e, ancor più, i suoi stretti contatti di collaborazione con Carlo V costituivano il punto di riferimento più importante per quanti a lui si rivolgevano. Cristoforo era interlocutore ideale per chi cercava una via di accesso al potere imperiale.

Frequentissime erano le lettere che tramite il suo intervento sollecitavano un trattamento di favore per i «propri negotii et affari in Corte Cesarea» e l'idea che «andando a la Corte» egli potesse e dovesse «disponere le menti di quelli da chi dipende il tutto in modo che ne segua l'intento desiderato» rappresentava il fulcro intorno al quale ruotava buona parte delle richieste.

La distinzione tra 'utile' e 'necessario' con cui già la cultura classica aveva distinto i benefici che si potevano rendere al prossimo[51] ben si presta a definire le azioni che i corrispondenti chiedevano e si aspettavano dal vescovo trentino. Nel primo caso il suo intervento era fonte di soddisfazione per

[50] In altri termini le richieste di mediazione e intercessione contenute nella corrispondenza di Cristoforo Madruzzo possono essere lette in considerazione del suo esser punto d'intersezione di un «network sociale», inteso come ampia rete di relazioni nella quale un individuo è inserito e la cui ossatura è costituita dai legami che in maniera «discrezionale e flessibile» uniscono tra loro alcuni degli appartenenti. Per questi temi, propri della sociologia, cfr. F. PISELLI (ed), *Reti. L'analisi di network nelle scienze sociali*, Roma 1995.

[51] SENECA, *De beneficiis*, trad. it. *Dei benefici*, a cura di S. GUGLIELMINO, Bologna 1991, p. 45.

ambizioni di carriera, per desideri di onori e di prestigio. La sua mediazione era allora invocata per esser introdotti nella sua corte o per essere presi come soldati al soldo di Carlo V, garanzia quest'ultima di riconoscibilità sociale[52]. Nel secondo, invece, l'intervento di Cristoforo poteva servire per risollevare da situazioni di grave prostrazione. L'idea che il gesto liberale del principe dovesse essere un baluardo contro i rovesci della sorte e «un certissimo rifugio ... contra le 'ngiurie et i colpi della Fortuna»[53] rappresentava del resto una costante nella letteratura normativa dell'epoca.

Tra le voci di quanti potevano rivolgersi a Cristoforo Madruzzo per ottenerne, grazie alla sua vicinanza all'imperatore, un aiuto dai colpi di una fortuna avversa, quella di Bernardino di Sangro, padre di Placito ed esponente di spicco della nobiltà napoletana, è tra le più intense[54]. Il primo ottobre del 1547 il di Sangro scriveva al vescovo trentino per chiedere aiuto nella causa di scarcerazione del figlio detenuto nelle prigioni della città partenopea da ormai due mesi. L'episodio si inseriva nel quadro nelle rivolte che erano scoppiate in quell'anno a Napoli dopo che il viceré don Pietro di Toledo aveva tentato di introdurre nella città l'Inquisizione spagnola[55]. Ostile a questo tentativo, la popolazione, venuta nel frattempo alle armi, aveva inviato un'ambasceria a Carlo V con la quale chiedeva il ritiro del Toledo e il rispetto delle franchigie del regno. Alla missione avevano partecipato il principe di Salerno Ferrante Sanseverino e Placito di Sangro. Gli avvenimenti erano sembrati giungere ad una soluzione quando il viceré, nell'agosto del 1547, per ordine di Carlo V, aveva revocato l'introduzione dell'Inquisizione spagnola nel regno di Napoli e concesso la grazia ai rivoltosi per i reati commessi. Il perdono non era stato però esteso a venti dei

[52] ASTn, *CM*, b. 1, fasc. 3, ff. 1-2. Sul valore di prestigio legato all'attività militare si veda C. DONATI, *Il «militare» nella storia dell'Italia moderna*, in C. DONATI (ed), *Eserciti e carriere militari nell'Italia moderna*, Milano 1998, pp. 7-40 e, anche se riferito a periodi successivi, il saggio contenuto nello stesso volume di S. LORIGA, *L'identità militare come aspirazione sociale: nobili di provincia e nobili di corte nel Piemonte della seconda metà del Settecento*, pp. 119-146.

[53] F. VALENTINI, *Il principe fanciullo*, cit., p. 181.

[54] Il rapporto dei di Sangro con il principe trentino è da inquadrare nei legami che quest'ultimo ebbe – come testimonia la sua corrispondenza – con esponenti della nobiltà e dell'aristocrazia napoletana, primo fra tutti il marchese del Vasto Alfonso d'Avalos, collaboratore di Carlo V e governatore di Milano; su di lui G. DE CARLO, *Avalos Alfonso*, in *DBI*, 4, pp. 612-616.

[55] Le prime rivolte contro l'introduzione dell'inquisizione spagnola nel regno di Napoli erano scoppiate nel 1510; sul tema si veda A. PROSPERI, *Tribunali della coscienza*, Torino 1996, pp. 65-71; *Storia di Napoli*, 10 voll., Napoli 1975, III, pp. 85-100.

ribelli che avevano partecipato agli scontri: a loro anzi era stato imposto il pagamento di una somma di denaro per compensare i danni causati. Tra questi Placito di Sangro, «cavaliere di qualità»[56], incarcerato per sette mesi prima di riottenere la libertà, su ordine di Carlo V.

Nelle parole di Bernardino di Sangro si esprime l'accorato appello di un padre che, spinto da «paterna tenerezza», invoca soccorso per il figlio: «ritrovandomi in la età che mi ritrovo et malissimo sano – scrive – in pericolo di restar questi pochi giorni che mi avanzano lo più infelice homo del mondo», egli teme di «perdere iniquamente» quello che definisce «l'appoggio della mia vecchiezza»[57]. Dimostrando di confidare nella fama del principe trentino che «obbliga ogn' uno a riverirla» e sperando nelle sue «rarissime parti» di cui il figlio Placito l'ha informato, Bernardino chiede allora al Madruzzo di abbracciare la «iustissima causa, con le ali del favore et prudentia sua, rendendosi certa – aggiunge – che l'empietà che se usa contro esso non se trova fra Turchi».

I toni sentimentali ai quali affida il suo dolore indugiano nella descrizione di un figlio «infermo, con azidenti ordinari e febbre continua, serrato in una mala stanza» e con il ricordo di non avere ottenuto, nonostante i memoriali mandati al viceré, il permesso di poterlo curare, cosa questa, scrive, «che non se suole né deve negare alli maggiori sassini del mondo». Il tema dell'onore leso e della ferita inferta alla dignità della persona ritorna assumendo i caratteri di una malattia dell'anima che porta ad un grave peggioramento delle condizioni di salute del figlio: «talché, essendo puro proceduto il male senza governo e con grandissimo desaggio, – scrive Bernardino – li è riuscito che si trova con tre quartane continue non senza pericolo di sua vita sì per natura del male senza modo per posserne governare, come per il dispiacere che lo accora, vedendosi trattato così crudamente». Privo di risposte l'uomo si rivolge a Madruzzo ricordandogli il suo essergli servitore e, rammentandogli che anche «Placido è delli più affetionati servitori che habia», supplica il presule trentino perché faccia da intermediario presso l'imperatore consentendo così che il figlio venga finalmente liberato.

Le accorate parole di Bernardino si intrecciano con quelle di Placito che, nel gennaio del 1548, a quattro mesi dalla lettera del padre, scrive al presule trentino dalla sua prigione. Ricordando i trattamenti subiti e come questi «disconvengano» alla sua fedeltà e servitù, egli chiede al Madruzzo di presentarlo alla Maestà Cesarea «qual vero e fidelissimo servitor», dispiacendosi

[56] BCTn, ms G. 2922, f. 258r.

[57] BCTn, ms 599, f. 139, copia in ms G. 2899, ff. 238v-239r.

di non averlo potuto visitare con le sue lettere perché condannato fino a quella data a «né scrivere né parlare con altri che con me stesso»[58]. Nel quinto mese della sua prigionia si presenta più che mai intento alla difesa della sua «notoria innocenza ... contra una infinità di false calunnie» e, consapevole che la sua «fida servitù all'imperatore», dalla quale dipende la sua salvezza, ha «bisogno di esser difesa dalli falsi calunniatori», chiede al vescovo trentino di «certificare» Carlo V della sua fedeltà.

Nelle parole di Placito, il problema della libertà e della scarcerazione sembra quasi venir meno di fronte all'importanza della difesa della propria onorabilità e, alla 'verità' della sua fedeltà e del suo servizio all'imperatore, vengono opposte le calunnie degli accusatori. La mediazione che il principe trentino deve prestare, atto dovuto in forza del legame rivendicato dai di Sangro, sta dunque nel farsi patrocinatore presso l'imperatore delle loro suppliche di grazia facendo sì che venga così resa giustizia ad una rispettabile famiglia che non può tollerare l'onta dell'infamia[59].

La mediazione chiesta al principe trentino presso la corte imperiale poteva riguardare anche opere letterarie. Gian Giorgio Trissino per ben due volte ricorreva al Madruzzo perché introducesse il suo poema l'*Italia liberata dai Goti* all'attenzione di Carlo V, cui l'opera era dedicata[60]. L'azione generosa nei confronti di artisti, letterati e cultori di belle arti era del resto una delle prescrizioni che regolavano la condotta di ogni buon principe: la liberalità – scriveva Filippo Valentini – «a' rari scrittori et nobili artefici largamente dona, quasi la giusta testimonianza della fama delle sue buone opere comparandosi nelle vegnenti età»[61]. Accogliere nella propria corte artisti ed aiutare con generosità letterati rientrava in modelli di comportamento che la lezione umanistica, a partire dalla *Constitutio* erasmiana, aveva improntato al rispetto di norme cortesi in tutte le azioni. Non solo prudenza e giustizia ma anche grazia, cortesia, armonia di comportamento e modi raffinati costituivano il fulcro dell'educazione del giovane

[58] BCTn, ms 599, f. 120, copia in ms G. 2899, f. 239v.

[59] Le lettere di Bernardino e Placito di Sangro rimandano in maniera evidente al tema della vergogna. Su questo aspetto, connaturato a una società basata sull'onore, sul prestigio personale, sull'«ipersensibilità all'oltraggio», cfr. G. RICCI, *Povertà, vergogna, superbia. I declassati fra Medioevo e Età moderna*, Bologna 1966, in particolare cap. V, «Civiltà della vergogna», pp. 89-106.

[60] Le lettere riguardanti la vicenda si trovano in BCTn, ms G. 2898, ff. 133r-134r; ms 2899, f. 229r.

[61] F. VALENTINI, *Il principe fanciullo*, cit., p. 181

principe che vedeva ora esaltati oltre alla sua missione divina, su cui avevano insistito gli *specula* medievali, anche gli aspetti più propriamente mondani.

Legare a sé attraverso favori e protezioni un cultore di poesia, di arti o chi si dedicava allo studio delle lettere, significava rispondere a questi modelli di comportamento e dimostrare la propria grandezza. Se il gesto liberale accresceva l'immagine di chi lo concedeva e la generosità usata verso il prossimo tornava moltiplicata alla propria persona, quando si trattava di favori concessi a scrittori, artisti e letterati la gratitudine dovuta per il bene ricevuto poteva assumere espressioni specifiche sfociando in rime appositamente scritte, in brevi citazioni e, nel migliore dei casi, in dediche di opere. Il ricordo dell'azione benigna veniva così fissato sulla carta a memoria imperitura dell'animo nobile di chi l'aveva concessa e a celebrazione del rapporto che legava o aveva legato dedicante e dedicatario[62]. Il favore reso al Trissino da Cristoforo Madruzzo venne puntualmente premiato con una ossequiosa celebrazione della sua liberalità profetizzata dalla Sibilla nel poema che lui stesso aveva contribuito a far conoscere[63].

5. *Raccomandazioni*

Nella maggior parte dei casi le richieste al principe trentino non riguardavano direttamente chi scriveva. Ciò che ci si aspettava da lui era cercato per altri. La pratica della raccomandazione, alla quale tali lettere rimandavano, svolgeva, all'interno di rapporti basati sul reciproco scambio, un ruolo importantissimo[64]. Intesa come processo che permetteva di acquistare influenza o prestigio attraverso l'opera di intermediari[65], essa rappresentava l'unico concreto strumento con cui organizzare, gestire e distribuire quei favori la cui concessione era regola comportamentale nei rapporti di conoscenza, amicizia, parentela e protezione. La presentazione di terze autorevoli persone e le credenziali che ne derivavano valevano a surro-

62 G. GENETTE, *Soglie. I dintorni del testo*, Torino 1987.

63 «Ma quella di Madruzzo avrà un Signore / che fia Pastore e Principe di Trento / liberale, magnanimo e cortese / ch'onorerà di gloria il suo cappello»; GIAN GIORGIO TRISSINO, *L'Italia liberata dai Goti*, in *Tutte le opere di Giovan Giorgio Trissino gentiluomo vicentino non più raccolte*, in Verona, presso Iacopo Vallarsi, 1729.

64 Anche le lettere 'raccomandatorie' seguivano una struttura fissa imposta dalla teoria epistolare dell'epoca. Si veda N. LONGO, *Letteratura e lettere*, cit.

65 D.L. ZINN, *La raccomandazione*, cit.

gare la mancanza di contatto e di conoscenza diretta[66] e permettevano di ottenere benefici anche al di fuori della propria cerchia di relazioni. Le lettere di raccomandazione svolgevano dunque una funzione 'informatrice' e 'comunicativa' che si basava sulla mediazione del patrocinatore e su di un passaparola in grado di creare una lunga catena di scambi che univa, in un aggrovigliato intreccio di reciproci obblighi e gratitudine, beneficiario, beneficiante e mediatore.

Le lettere raccomandatorie presentavano per lo più figli, cognati e generi, parenti di collaboratori, 'amici di amici', creature e servivano soprattutto per far ottenere loro, grazie ai poteri e agli agganci che Cristoforo garantiva, uffici e incarichi prestigiosi. Girolamo Della Torre, gentiluomo del Madruzzo, chiedeva di «acconciar» al servizio del Serenissimo principe Massimiliano Pomponio Strasoldo, suo strettissimo parente[67]; il cardinale Giovanni Morone a lui si rivolgeva su richiesta del cognato marchese Adalberto Pallavicini perché volesse esser «protettor» del figlio di quest'ultimo; il vescovo di Catania Nicola Maria Caracciolo scriveva invece al principe trentino per introdurre nella sua servitù il cognato e poeta Giulio Cesare Caracciolo[68].

In mancanza di procedure standardizzate e di selezioni meritocratiche le parole di un patrocinatore costituivano uno dei principali strumenti di selezione degli aspiranti ad un incarico o ad un ufficio, nonché uno strumento valido per formare un ceto di servizio fondato su legami di fedeltà. In un simile contesto la carriera era il risultato degli appoggi goduti, dei sottesi giochi di potere, delle capacità di negoziazione del proprio patrono; le relazioni intrattenute con quanti si potevano rivelare influenti mediatori valevano molto più delle capacità personali[69]. Accanto a questi, altri elementi

[66] J. BOISSEVAIN, *Manipolatori sociali: mediatori come imprenditori*, in F. PISELLI (ed), *Reti*, cit., pp. 251-270; D.L. ZINN, *La raccomandazione*, cit.

[67] ASTn, *CM*, b. 2, fasc. 7a, ff. 51-52.

[68] ASTn, *CM*, b. 2, fasc. 6, ff. 4-5.

[69] Il tema della raccomandazione e del legame personale come 'strumento di selezione' e di accesso alle carriere che caratterizzava l'Antico Regime prima dell'avvento settecentesco di un sistema basato sulla selezione meritocratica è affrontato, limitatamente alla corte papale, in R. AGO, *Carriere e clientele nella Roma Barocca*, Roma - Bari 1990; valgono poi le osservazioni di V. FERRONE, *I meccanismi di formazione delle élites sabaude. Reclutamento e selezione nelle scuole militari del Piemonte nel Settecento*, in C. DONATI (ed), *Eserciti e carriere*, cit., 91-118, qui p. 91: «In una realtà fondata programmaticamente sulla disuguaglianza, sul privilegio, sui diritti della nascita, incapace di pensare all'individuo se non in termini organicistici di ceto, di status e di corpo, il concetto di selezione si scontrava con

potevano tuttavia risultare importanti: il concetto di «gentilhuomo virtuoso» per esempio, di «homo nobile e da bene», di «persona literata e virtuosa» andava ad aggiungersi molto spesso al valore forte dei legami[70].

Vista la vicinanza del Madruzzo alla corte imperiale, l'essere legati alla figura e alla politica di Carlo V giocava soprattutto un ruolo rilevante ai fini della raccomandazione. «La buona et fidel servitù fatta a sua maestà in tutte le guerre et fattion», l'esser «fidel servitor de la sacra Maestà», lo «sforzarsi in ogni diligenza et fede di servir Sua Maestà», rappresentavano una valida credenziale su cui insistere nel presentare il proprio protetto. Le affinità politiche diventavano dunque parametro di scelta.

Le raccomandazioni servivano per lo più per realizzare e coronare le aspirazioni di chi veniva protetto e il desiderio del 'raccomandato' era apparentemente l'elemento che più contava. Poteva tuttavia accadere che l'opera di un patrocinatore nascondesse dietro l'apparente disponibilità e magnanimità intenti diversi e che la raccomandazione fosse in realtà un utile e elegante mezzo per liberarsi da incombenze non più sostenibili. Nell'ottobre del 1548 il vescovo di Ceneda segnalava al Madruzzo un suo nipote. La sua lettera mirava a procurare a quest'ultimo un incarico per non dover esser più costretto a spendere denaro per il suo mantenimento:

«Mando Mario mio nipote presente lator perché Vostra Signoria Illustrissima et Reverendissima si degni per sua benignità et per la mia servitù verso di lei di volerlo metter alli servitii del serenissimo principe di Spagna con ordine et favor tale che sua altezza gli faccia provvisione tanto che ella possa servir senza gravar me d'un dinaro»[71].

Se nel caso di assegnazioni di incarichi e di uffici l'intervento di un patrocinatore rappresentava un prezioso canale di selezione, anche difficili posizioni davanti alla giustizia potevano trarre giovamento da contatti strategici e la revoca di un bando, lo snellimento di una causa in corso, la liberazione dalle carceri potevano essere ottenuti grazie ad una efficace «banca degli appoggi»[72] che offrisse le sue garanzie e intercessioni.

Tra i tanti possibili, il caso del siciliano Bartolomeo Spadafora, portato a conoscenza del principe trentino da una lettera del cardinale e amico

un ostacolo apparentemente insormontabile, e cioè l'assenza giuridica dell'individuo come soggetto da comparare e valutare».

70 Sull'importanza di questi due aspetti ai fini delle carriere si veda E. IRACE, *La nobiltà bifronte: identità e coscienza aristocratica a Perugia tra il XVI e XVII secolo*, Milano 1995, ma anche C. DONATI, *L'idea di nobiltà in Italia. Secoli XIV-XVIII*, Roma - Bari 1988.

71 BCTn, ms 1166, f. 8.

72 Sul concetto di banca degli appoggi si veda ancora R. AGO, *Carriere e clientele*, cit.

Reginald Pole, spicca per la sua importanza. Nato a Messina, lo Spadafora aveva potuto stringere un'amicizia salda con Giulia Gonzaga ed avvicinarsi, complice un soggiorno a Roma di ritorno da Ratisbona nel 1546, al Pole, a Giovanni Morone, al Seripando, al Carnesecchi e, infine, a Vittoria Colonna. Proprio l'influenza della poetessa romana, figura di spicco dell'evangelismo italiano, aveva fatto maturare in lui l'adesione alle dottrine valdesiane, tanto da venire indicato, nelle deposizioni del processo Carnesecchi, come appartenente alla comunità di eletti di Dio e seguaci di Valdés. Le relazioni con figure di spicco delle correnti spirituali avevano fatto sorgere gravi sospetti sulla sua persona e nel 1547 il tribunale inquisitoriale spagnolo lo aveva fatto richiamare in Sicilia.

Accusato di eresia, dichiarato contumace per non essersi presentato, privato di tutti i suoi beni e da ultimo condannato ad essere bruciato in effige come eretico, lo Spadafora, grazie alle coperture offerte dagli ambienti di indirizzo erasmiano presenti a Roma, aveva ottenuto invece dal tribunale romano un breve di assoluzione, che aveva aperto una delicata questione di competenze. L'intervento chiesto dal cardinale Pole, per volere dello Spadafora stesso al Madruzzo avrebbe dovuto mettere fine alle polemiche e ricomporre le fratture che il caso aveva provocato. Vicino all'imperatore, il principe trentino doveva infatti informarlo del caso e sollecitarne un intervento, prima che suoi nemici potessero raggiungerlo con «qualche sinistra informatione»[73].

Molte delle lettere raccomandatorie non chiedevano né specifici incarichi, né grazie o sconti di pena, ma, più genericamente, invocavano, per quanti andavano a presentare, il favore di una benigna protezione. L'assunzione sotto l''ala protettiva' del principe trentino rappresentava il fine ultimo di molte missive che vi vedevano il presupposto ideale di futuri e sicuri favori, il trampolino di lancio per importanti relazioni o, come molto spesso accadeva, una pura e semplice fonte di sostentamento economico.

Nell'aprile del 1554 il duca d'Urbino Guidubaldo della Rovere, che il Madruzzo aveva potuto conoscere attraverso l'amico e vescovo di Fano Pietro Bertano, supplicava il presule trentino di voler «raccogliere sotto l'ombra sua» la famiglia di un suo protetto recentemente scomparso. La lettera si chiudeva con un accorato *post-scriptum* nel quale il duca ribadiva

[73] BCTn, ms 599, f. 36, copia in ms G. 2899, f. 252v. Su questo caso S. CAPONETTO, *Bartolomeo Spadafora e la riforma protestante in Sicilia nel secolo XVI*, estratto da «Rinascimento», 7, 1956, 2, e, dello stesso autore, *Un seguace di Juan de Valdés. L'oratore siciliano Bartolomeo Spadafora*, in «Bollettino della Società di studi Valdesi», 74, 1940, pp. 1-23.

il bisogno di una «ferma protettione» e come tale gesto sarebbe stato un favore reso a lui stesso[74].

Le lettere di richiesta comprese nella corrispondenza mettono in rilievo l'importanza delle figure patrocinatrici. I segretari personali rappresentavano, a tal proposito, i patrocinatori ideali[75]. La loro vicinanza al principe, il rapporto di familiarità, di confidenza e di fiducia che li legava alla sua persona li rendeva figure preziose e importanti per chi voleva accedere ai favori della corte e godere delle 'grazie' principesche. Le doti di prudenza e accortezza, la conoscenza delle dinamiche di potere, l'intuizione politica, la capacità di cogliere informazioni, l'arte del negoziare e l'elevata «pratica delle corti» che dovevano connotarne la figura[76], rendevano i loro consigli affidabili ed attendibili e facevano sì che il principe, grazie ai loro suggerimenti, potesse dar prova della sua liberalità e ampliare i confini della sua fama. Andare incontro alle richieste dei propri segretari era inoltre dovere di generosità nei confronti di chi, con il suo operato e la sua dimestichezza diplomatica, favoriva le relazioni, i rapporti e gli equilibri politici su cui poggiava in sostanza il potere del principe[77]. Godere della raccomandazione e dell'appoggio di un segretario significava dunque possedere un sostegno del tutto privilegiato. Più di altri egli era infatti vicino agli *arcana principis*, ne conosceva i bisogni, le propensioni, era al corrente di posti vacanti e uffici disponibili fuori e dentro la corte. Più di altri il segretario era perciò vicino ai favori che da questa vicinanza potevano derivare.

Tra le lettere dei segretari di Cristoforo Madruzzo non mancano quelle di raccomandazione e molte sono le richieste di realizzare, in nome del servizio da loro prestato, i desideri di quanti si segnalano. Alle missive che informano su trattative in corso, su negozi da portare a termine, su ambasciate da eseguire e spostamenti di truppe, si intervallano così lettere di segnalazioni per i parenti più prossimi o per gli amici più stretti. Le raccomandazioni e le lettere di referenze scritte dai segretari lasciano intuire quanto fosse importante nel loro operato l'aspetto della promozione: accessi privilegiati ai favori e alla benevolenza del principe, i segretari erano patrocinatori da

74 BCTn, ms 596, f. 19.

75 Sui segretari S. IUCCI, *La trattatistica sul segretario tra la fine del Cinquecento ed il primo ventennio del Seicento*, in «Roma moderna e contemporanea», 3, 1995, pp. 81-96; D. FRIGO, *Virtù politiche*, cit.; W. BARBERIS, *Uomini di corte nel Cinquecento*, cit. Si veda anche *Ambasciatori e nunzi. Figure della diplomazia in età moderna*, numero monografico di «Cheiron», 30, 1998.

76 D. FRIGO, *Virtù politiche*, cit.

77 *Ibidem.*

non trascurare e un canale verosimilmente molto frequentato nella ricerca spasmodica di benefici e favori.

Tra i segretari di Cristoforo Madruzzo Nicolò Secco in particolare si prodigava nel raccomandare conoscenti[78]. Discendente di una nobile famiglia bresciana e compagno di studi del principe trentino, Nicolò, e con lui la sua famiglia, poté godere di molti privilegi e favori concessi dal cardinale di Trento. Nel 1541 e nel 1545 il padre Barnaba poté avere da questo un valido sostegno in una lite legata a questioni di interessi con Violante Bentivoglio Sforza, la quale come lei stessa ammetteva, fu costretta a cedere di fronte al potere dell'intervento del principe trentino[79]. Le raccomandazioni del Secco sono frequenti. Tra tutte, nel settembre del 1547, da Milano, segnalava, «come solo gentilhomo di questo stato che merita esser raccomandato», il figlio di Vitaliano Visconti desideroso di collocarlo alla corte dell'imperatore. Il legame che univa Nicolò, e del resto lo stesso Madruzzo, a questa famiglia milanese, lo portava a rinnovare la segnalazione nel dicembre dello stesso anno. Poeta e commediografo, il Secco poteva raccomandare alle attenzioni del Madruzzo anche attori che per lui lavoravano. Nel 1548 dopo la messa in scena della sua commedia *Gli inganni*, in occasione del passaggio di Filippo d'Asburgo a Milano, Nicolò segnalava l'attore Stefanella che nella recita si era particolarmente distinto.

I segretari dunque avevano un'importanza fondamentale nel mediare con il proprio signore. Al contempo, attraverso la loro azione di patrocinatori, potevano crearsi nicchie di potere personale che andavano ad incidere sulle loro relazioni.

6. *Le donne e la famiglia*

Ad una pratica della raccomandazione che regolava lo scambio di favori su cui poggiavano le relazioni in cui Cristoforo Madruzzo si muoveva, non erano estranee le donne che anzi rivelano, nelle lettere a lui inviate, l'importanza del loro ruolo di mediatrici. Nella funzione di madri, in particolare, esse si mostravano figure indispensabili per il mantenimento di proficue relazioni messe in crisi dalla morte del marito e per la tutela dei figli[80].

78 Su di lui si vedano A. ANDREIS, *I segretari*, cit.; M. BENEDETTI, *Un segretario di Cristoforo Madruzzo (Nicolò Secco)*, in «Archivio Veneto Trentino», 3, 1923, pp. 203-229.

79 M. BENEDETTI, *Un segretario di Cristoforo Madruzzo*, cit., p. 206.

80 Sull'importanza del ruolo femminile nelle relazioni della famiglia si veda R. AGO, *Giochi di squadra: uomini e donne nelle famiglie nobili del XVII sec.*, in A. VISCEGLIA (ed), *Signori,*

Nel novembre del 1547 la vedova di Giovan Battista Speciano, capitano di giustizia di Milano e collaboratore di Carlo V, scriveva al principe trentino perché volesse favorire il suo agente Corradino Sacco in viaggio verso la corte cesarea «a beneffitio» dei suo figli rimasti orfani.

«Sperando – scriveva al principe trentino – ch' el favore suo serà di tanta autorità presso Sua Maestà et de quelli signori suoi ministri che l'espeditione che ricerca esso mio agente a beneffitio de tanti mei figlioli suoi servitori reuscirà conforme al desiderio mio et alli meriti del padre loro, supplico Vostra Signoria Reverendissima che, per la solita soa humanità, si degni far quella opera che in lei confido»[81].

La lettera seguiva una precedente missiva con la quale la donna aveva già esposto al principe trentino lo stato d'indigenza in cui si trovava. Da poco vedova, con tredici figli da accudire, e – come aveva sottolineato – «con assai manco facultà di quella che li bisognerebbe a puotersi intervenire secondo le qualità del padre», aveva chiesto per loro qualche mercede dall'imperatore, reputandola atto dovuto e giusta «ricompensa» per il servizio prestato dal marito alla causa imperiale negli anni precedenti[82].

Anche Isabella Colonna, contessa di Fondi, da poco vedova del secondo marito Filippo di Lannoy, principe di Sulmona, si rivolgeva al principe trentino per invocarne la protezione per i figli. Lamentando il dolore in cui la scomparsa del consorte l'aveva lasciata, la donna ricordava il legame e la «grandissima affettione» che aveva unito il Lannoy al Madruzzo invocando per sé e per la sua famiglia «il medesimo grado et benivolenza» di cui aveva potuto godere il consorte[83].

Della recente vedovanza e del grave stato di prostrazione in cui l'aveva lasciata la morte del marito Alfonso d'Avalos, governatore dello stato di Milano, scriveva nell'aprile del 1546 anche Maria d'Aragona, marchesa del

patrizi, cavalieri nell'età moderna, Roma - Bari 1992, pp. 256-264; della stessa autrice, *Donne, doni e pubblic relations tra le famiglie dell'aristocrazia romana del XVII*, in S. CAVACIOCCHI (ed), *La donna nell'economia. Secc. XIII-XVIII*, Atti della «Ventunesima Settimana di Studi», 10-15 aprile 1989, Firenze 1990, pp. 175-184; C. CASANOVA, *Le donne come «risorsa». Le politiche matrimoniali della famiglia Spada (secc. XVI-XVIII)*, in «Memoria», 21, 1987, 3; si veda anche L. FERRANTE - M. PALAZZI - G. POMATA, *Ragnatele di rapporti: patronage e reti di relazione nella storia delle donne*, Torino 1988.

81 ASTn, *CM*, b. 2, fasc. 6, ff. 34-35.

82 BCTn, ms G. 2899, f. 238r.

83 ASTn, *CM*, b. 4, fasc. 11, ff. 236-237. Su Filippo di Lannoy, principe di Sulmona e generale di cavalleria al servizio di Carlo V. Di lui nella corrispondenza si conservano tre lettere inviate al Madruzzo. Su Isabella Colonna si veda F. PETRUCCI, *Colonna Isabella*, in *DBI*, 27, pp. 348-349.

Vasto. La lettera dava voce ad una donna rattristata dalla recente scomparsa del marito ma che, nonostante ciò, assumeva su di sé incarichi di non poco conto. Ringraziando il vescovo per «le tante gratie e favori dimostrati» per far fronte al «grave infortunio» che aveva colpito lei e la sua casa, raccomandava alla benevolenza di Cristoforo i figli per i quali sembra aver già stabilito la carriera[84].

Quelle ricordate non sono le uniche voci femminili comprese nella corrispondenza del presule trentino. Le donne anzi si rivelavano preziose figure mediatrici anche al di là del loro ruolo di madri, in grado di favorire e garantire preziosa vicinanza e protezione non solo per i propri figli.

Margherita Paleologo, duchessa di Mantova, legata al vescovo trentino dalla «lunga dimestichezza» che lo univa alla sua famiglia, interveniva più volte nella funzione di patrocinatrice. Scriveva per far sì che una sua suddita, di origini trentine, potesse recuperare proprietà ingiustamente usurpatele[85], per raccomandare un «sacerdote da bene e buon religioso» e fargli così riottenere la chiesa di San Martino di Trento[86], per raccomandargli, al tempo del governatorato di Milano, un Giovan Giacomo Homacino e fargli così avere qualche «honorato ufficio», infine, per sollecitarne un intervento risolutorio in una lite che Margherita Gonzaga, duchessa di Ferrara, aveva a Cremona[87].

Le lettere di donne contenute nella corrispondenza sono particolarmente significative perché lasciano cogliere il ruolo fondamentale che le loro redattrici possedevano nei delicati e complessi meccanismi che regolavano le relazioni delle loro famiglie. In particolare il legame con i gruppi familiari che esse rappresentavano era improntato, nelle loro parole, a quella collaborazione che i trattatisti dell'epoca elogiavano tra le virtù delle donne dei ceti aristocratici e nobili, in quel «sapersi offrire per il buon andamento della propria casa» che coincideva con una «disponibilità e coinvolgimento totale nella vita del proprio nucleo familiare»[88]. In un contesto dove le alleanze tra casate avevano sempre più importanza, l'etica familiare richiedeva ad

[84] Su di lei, personaggio di spicco degli ambienti spirituali napoletani, G. ALBERIGO, *Aragona Maria*, in *DBI*, 3, pp. 701-702.

[85] BCTn, ms 602, f. 77.

[86] BCTn, ms 599, f. 73r.

[87] BCTn, ms G. 2901, f. 273r.

[88] Le citazioni sono tratte da A. CHEMELLO, *Donna di palazzo, moglie, cortigiana: ruoli e funzioni sociali della donna in alcuni trattati del Cinquecento*, in *La corte e il «cortegiano»*, II, cit., pp. 113-132.

ogni componente un contributo concreto alla costruzione dell'onore e del riconoscimento sociale; le donne rappresentavano in questo una fondamentale 'risorsa'[89]. I loro atti avevano infatti un carattere informale che si rivelava essenziale per «sondare opinioni, avviare trattative, dichiarare disponibilità»[90]. Le donne erano «partners ideali» di una collaborazione da cui dipendeva il successo e la crescita sociale del nucleo familiare. Le corrispondenti del vescovo trentino sapevano mostrarsi attive protagoniste delle relazioni delle loro famiglie e non solo. Esse si inserivano nei delicati e complessi meccanismi che ne regolavano lo scambio di favori, sapevano essere interpreti di esigenze di contatto e vicinanza di figli, parenti, sudditi. Si rivelavano perciò figure capaci di collaborare al riconoscimento e quindi al prestigio della propria casa e di tessere quella trama relazionale dalla quale tale prestigio dipendeva, testimoniando un'essenziale funzione di *medium*.

Il gesto liberale che si chiedeva a Cristoforo, emanazione diretta di una sua «innata cortesia» e di un suo «natural instincto», era in realtà il risultato di accordi, mediazioni, collaborazioni, compromessi e suggerimenti di figure patrocinatrici. Tra queste i familiari svolgevano un ruolo importante, assumendo un valore non trascurabile nei rapporti che ne regolavano i rapporti di scambio. Le loro voci testimoniano con chiarezza un legame che poteva assumere i caratteri di una vera e propria cooperazione atta a favorire e diffondere l'immagine benigna, generosa e liberale del proprio parente più illustre. Il fratello Nicolò, che agli incarichi militari al servizio della casa asburgica e a tutela del Concilio aveva affiancato l'amministrazione dei beni di famiglia[91], poteva scrivere per «compiazer qualche volta agli amici», la sorella Caterina, ormai vedova del barone Ulrich von Spaur, poteva chiedere al fratello cardinale una raccomandazione presso il nuovo papa Giulio III per chi si era distinto come «perpetuo servitor della casa Madrutia»[92].

[89] C. CASANOVA, *Le donne*, cit.

[90] R. AGO, *Giochi di squadra*, cit.

[91] Nicolò era il maggiore dei fratelli di Cristoforo. Fu attivo negli scontri contro la Francia nel 1543, la lega di Smalcalda, il pericolo turco e, infine, nella guerra contro Siena del 1554; nel 1551 era comandante della guardia armata del Concilio. Morto il padre Giangaudenzio, divenne titolare dei feudi della sua famiglia assumendo il titolo di barone e signore di Madruzzo, Avio e Brentonico; ai tempi del governatorato milanese del fratello fu anch'egli governatore di Pavia, successivamente commissario imperiale nel Monferrato. Cfr. S. VARESCHI, *Profili biografici dei principali personaggi della casa Madruzzo*, in L. DAL PRÀ, *I Madruzzo e l'Europa 1539-1658. I principi vescovi di Trento tra Papato e Impero*, Trento 1993, pp. 49-102, in particolare pp. 50-51.

[92] ASTn, *CM*, b. 3, fasc. 9, ff. 14-15.

I parenti del principe trentino rappresentavano i patrocinatori ideali in virtù della loro esclusiva prossimità e per questo venivano cercati. Nel marzo del 1546 Aliprando Madruzzo, ufficiale dell'esercito imperiale insieme a Nicolò[93], veniva cercato da Carlo Gonzaga perché «migliore che alcun altro si sia presso la clemenza di monsignor cardinale». Nel contempo la mediazione offerta procurava loro reti personali di solidarietà che ampliavano il numero degli appoggi complessivi alla famiglia.

Anche i genitori erano figure importanti di mediatori. Soprattutto quando la risposta di Cristoforo si faceva attendere. La lettera inviata da Luigi Gonzaga a Giangaudenzio Madruzzo nel dicembre del 1548 è a tal proposito significativa: scritta per venire incontro alle richieste di un padre affranto per la carcerazione del figlio, essa era tutta giocata sul tema dell'amore paterno; l'atto benevolo e giusto che si attendeva e si sollecitava dal presule trentino diventava così il frutto di una 'collaborazione tra padri' che potevano capirsi e sostenersi grazie alla sensibilità che derivava loro dall'amore provato per i figli.

«Questo povero padre per l'amor del figliolo me importuna tanto che sebbene io ho scritto a Monsignor Illustrissimo et Reverendissimo nostro acciocché se degni ordinar quello espediente che sii di giustitia a quello giovane di Bertolotti che è prigione et suddito mio che sebbene il suddetto Monsignor Illustrissimo et Reverendissimo como giustissimo principe ha promesso la sua expeditione, io son sforzato, per esser padre, et scriver a Vostra Signoria Illustrissima che sa quale sii l'amor de' figlioli et anco raccomandarglielo però mediante la giustitia»[94].

La figura della madre del principe trentino, la tirolese Eufemia von Sporenberg Villanders e Pardell, aveva all'interno del gruppo familiare un rilievo particolare. Conoscendo «la innata clementia et solida bontà del figlio verso tutti, massimamente verso i sudditi suoi»[95] la donna si rivolgeva a Cristoforo unicamente per riferirgli di persone della realtà locale da tutelare, proteggere e favorire, mostrandosi così premurosa interceditrice per quanti a lei si rivolgevano in nome della sua posizione privilegiata di madre e attenta collaboratrice nell'esercizio di quella 'giustizia commutativa' che Cristoforo doveva garantire ai suoi sudditi. Nel marzo 1541 Eufemia, insieme alla figlia Caterina, scriveva al figlio esortandolo a usare «quella

[93] All'attività militare che lo portò sui più importanti terreni delle guerre di Carlo V, Aliprando, morto giovanissimo di malattia, affiancò impegni civili nelle Diete che si tennero al tempo. Tra le altre partecipò a quella di Spira, dove rappresentò il principato di Trento e a Ratisbona con Cristoforo. Su di lui si veda S. VARESCHI, *Profili biografici*, cit., pp. 51-52.

[94] BCTn, ms 596, f. 26r.

[95] ASTn, *CM*, b. 2, fasc. 6, ff. 26-27.

solita misericordia quale è solita de usar», nel caso di Melchiorre da Malé, arrestato e mandato nelle carceri di Trento[96]. L'azione di Eufemia si svolgeva prevalentemente a vantaggio di quanti erano legati dal servizio prestato alla famiglia Madruzzo. Nell'ottobre del 1539 scriveva al figlio, da poco principe vescovo, per assicurare nei suoi terreni un certo Giovanni Banal di Calavino, suocero di una sua damigella[97], per raccomandare, «indotta dai soi servizi e dalla sua povertà»[98], un «fidel servitore» bisognoso d'aiuto per i figli, mentre ad un mese di distanza sollecitava il principe a risolvere il caso del marito della sua nutrice[99]. Nel dicembre del 1546, pur riconoscendo la gravità del caso commesso, intercedeva invece per una donna di Lasino colpevole d'incendio. Visto il legame della famiglia di quest'ultima con la casa Madruzzo, Eufemia, ancora una volta insieme alla figlia Caterina cercava, con la sua intercessione, di tutelarne il decoro[100].

Il ruolo della famiglia appare dunque chiaro: fratelli e genitori erano in grado, grazie al loro rapporto privilegiato e ravvicinato, di favorire l'immagine benigna, clemente e liberale del loro parente più illustre e di gestirne, come è evidente soprattutto nelle lettere della madre Eufemia, un rapporto con i sudditi, reso sporadico e difficile dai prolungati periodi di assenza di Cristoforo dal principato[101]. Nel medesimo tempo essi potevano offrire un'immagine altrettanto positiva dell'intero nucleo familiare e lavorare così alla tessitura di quelle preziose relazioni che resero i Madruzzo una tra le più illustri casate dell'epoca.

7. *Ringraziare e sollecitare*

Le lettere di ringraziamento contenute nella corrispondenza di Cristoforo Madruzzo lasciano talvolta intuire l'esito positivo avuto da alcune delle richieste inviate. Dove le parole affidate al gesto scrittorio vanno oltre il sintetico e generico ringraziamento per i «benefici ricevuti», per la «cortesia dimostrata» e la «generosità usata», si possono anche comprendere quali tipi

[96] BCTn, ms G. 2899, f. 80r.

[97] BCTn, ms G. 2899, f. 277v.

[98] ASTn, *CM*, b. 3, fasc. 3, ff. 56-57.

[99] BCTn, ms G. 2899, c. 277v.

[100] BCTn, ms 599, f. 183r, copia in ms G. 2899, f. 245r.

[101] Su tale aspetto cfr. I. ROGGER, *Il governo spirituale della diocesi di Trento sotto i vescovi Cristoforo (1539-1567) e Ludovico Madruzzo (1567-1600)*, in *Il Concilio di Trento e la Riforma Tridentina*, Atti del convegno, Trento 2-6 settembre 1963, I, Roma 1965, pp. 173-209.

di favore si erano potuti ottenere grazie al suo intervento. Onofrio Maggi, ad esempio, nobile bresciano familiare del principe trentino[102], poteva esprimergli la sua riconoscenza perché «le sue direttive al colendissimo podestà in favore di messer Giovanni Cantore, tanto utile gli hanno portato che d'uno bando definitivo nel quale aveva a incorrere l'abbiamo ridotto in cento Troni»[103].

Quello del ringraziamento era momento importantissimo e fondamentale nelle dinamiche di scambio che regolavano le relazioni. Esso veicolava il riconoscimento di chi scriveva e sanciva, attraverso il sentimento di riconoscenza, l'esistenza o la nascita di un vincolo speciale. Nelle lettere di ringraziamento tornavano pertanto le dichiarazioni di gratitudine che chiudevano, in forma di promessa, le lettere di richiesta.

La riconoscenza per i benefici ottenuti poteva manifestarsi in modi differenti, talvolta manifestamente solenni. Nella lettera inviata da Milano nel gennaio del 1541, Nicolò Secco informava il Madruzzo sui propositi ringraziatori di Alessandro Visconti e della sua famiglia. La loro riconoscenza nei confronti del presule trentino per un non meglio precisato favore ne trasformava la figura in quella di un santo da venerare e la sua benignità assumeva tratti divini.

«Il signor Alessandro, la madre, il padre, i fratelli, fa i quali mi inserisco anch'io – scriveva il Secco – da ogni lato assaliti dalle onde dell'humanità e cortesia di Vostra Signoria Reverendissima ... mi hanno detto di dirgli quanto muoiono dalla voglia di istituirgli un altare nella loro villa e sopra questo porre l'immagine della illustrissima e reverendissima signoria vostra ... alla quale facciano enormi sacrifici et quella portino in processione per Nostro signore per impetrar da lei la gratia della pioggia sua e la serenità delle menti loro»[104].

La risposta benevola e liberale alle richieste inviate per ottenere benefici e favori diversi poteva tuttavia non arrivare. I segni concreti di quella generosità tanto attesa andavano allora sollecitati ancora una volta con lettere appositamente scritte. Frequenti erano soprattutto quelle che riguardavano concessioni di incarichi, un ingresso al servizio di qualcuno, l'ottenimento di un ufficio. Qui la concorrenza e la competizione[105] date dalla mancanza

[102] Giureconsulto e addetto al foro di Brescia, di lui compaiono nella corrispondenza del Madruzzo tre lettere. Su di lui BCTn, ms G. 2922, f. 168v.

[103] BCTn, ms 2900, f. 69r.

[104] BCTn, ms 611, f. 60.

[105] Il tema della competizione è interpretato da Renata Ago come elemento legato a un'ideologia dell'onore e come spia di tipo 'culturale' di una feudalità in epoca moderna. A tale proposito si veda R. AGO, *La feudalità in età moderna*, Roma - Bari 1994, p. 151-157.

di criteri obiettivi di selezione portava a scrivere più volte per sincerarsi dell'andamento dei propri affari. Nel marzo del 1548 Galeazzo Visconti, tra i nobili e i baroni presenti alle prime sessioni del Concilio[106], sollecitava Cristoforo Madruzzo. Privo di risposta ad una precedente lettera con la quale aveva chiesto di essere introdotto alla corte cesarea e «per esser molto tempo che non ho inteso nova», chiedeva allora che lo volesse raccomandare almeno a Ferrante Gonzaga, allora governatore di Milano[107].

In un contesto in cui la posizione sociale di un individuo dipendeva saldamente dall'opinione e dalla considerazione altrui e nel quale il mutuo scambio di cortesie era essenziale parametro di relazione, non ricevere risposte alle proprie richieste poteva significare non godere di stima, di appoggi e dunque rappresentare una potenziale minaccia sul piano dell'onore e dell'identità personale[108]. Quando si trattava di raccomandazioni e intercessioni il mancato ottenimento di quanto richiesto poteva inoltre compromettere pesantemente l'immagine delle proprie capacità di mediazione e introdurre elementi pericolosi al fine della creazione di reti personali di sostegno e clientele[109]. Per questo nelle lettere che sollecitano dal principe trentino le risposte mai avute, si allude sovente e in maniera discreta alla speranza che il suo silenzio non dipenda da motivi personali, ma da impedimenti meno gravi e involontari: problemi di ordine postale, risolvibili motivi di salute o, come nel caso della lettera del vescovo di Piacenza Catalano Trivulzi, a causa della felice permanenza del Madruzzo in compagnia di un amico come il cardinal Farnese.

[106] BCTn, ms G. 2900, f. 31v.

[107] BCTn, ms G. 2900, f. 33v.

[108] Possono qui valere le osservazioni che Norbert Elias riservava alla società di corte francese quando notava: «Poiché il riconoscimento altrui è fondamentale per l'appartenenza stessa a questa società, l'opinione reciproca delle persone e il suo manifestarsi attraverso il comportamento reciproco hanno in questa buona società un ruolo particolare come strumento di formazione e di controllo, per questo motivo, nessuno dei suoi membri poteva sfuggire alla pressione dell'opinione altrui senza mettere a repentaglio la sua appartenenza, la sua identità elitaria cioè il nucleo stesso del suo orgoglio e del suo onore»; N. ELIAS, *La società di corte*, cit., p. 115.

[109] Osserva Boissevain a tal riguardo: «il credito che un mediatore riesce ad ottenere dipende dai risultati. È vero che un mediatore fa semplicemente circolare una richiesta, e così la responsabilità del fallimento in teoria cade su chi prende la decisione o sul più potente mediatore al quale è stata trasmessa, ma alla fine anche lui viene intaccato ... Così, in ultima istanza, l'abilità di un mediatore di espandere il suo credito dipende dal suo successo nell'ottenere risposte favorevoli per i suoi clienti»; J. BOISSEVAIN, *Manipolatori sociali*, cit., p. 265.

«Credo che l'amorevole compagnia la quale Vostra Signoria Illustrissima ha fatta al reverendissimo cardinale Farnese l'havrà l'impedita di puoter fare quell'officio per il signor Hieronimo Pallavicino del quale io la si haveva humilmente pregata a far et me n'haveva lei gratissimamente promesso. Però m'è paruto con questa farle prima la riverentia ch'io le debbo tanto, poi pregarla di nuovo si degni esseguire circa il bisogno quello che mi promette la grandezza sua, alla quale, oltre ch'io le sia infinitamente obbligato, non resterò d'havergliene di ciò maggior obbligo ancora con continuo desiderio ch'ella mi comandi et mi conservi quella grata opinione ch'io ho della gratia sua, alla quale humilmente et con infinita riverenza me le raccomando et bascio le mani»[110].

Dietro al garbo dei modi e alle parole misurate, ennesimo ossequio ai formulari stereotipati, stavano il timore di essere dimenticati, la minaccia di essere caduti «in oblivione», la sensazione di non essere considerati «degni», ma anche l'orgoglio ferito e il richiamo ad «esseguire» quanto richiesto e voluto da regole implicite di comportamento. Essere liberali e generosi era prima di tutto obbligo sociale. Tanto importante da dover essere ribadito[111].

[110] BCT, ms 2899, f. 12v. Sul Trivulzi, vescovo di Piacenza dal 1527 al 1559, cfr. G. ALBERIGO, *I vescovi italiani al Concilio di Trento*, Firenze 1958, p. 109.

[111] Si consideri quanto osservava Seneca: «Anche se capita qualche motivo di ritardo, evitiamo di dare l'impressione di aver esitato a concedere; chi esita è molto vicino a chi nega e non susciterà alcun senso di gratitudine»; SENECA *De beneficiis*, cit., p. 47.

«Suppliken» der Gelehrtenrepublik

Bitt- und Empfehlungsschreiben in der Korrespondenz Albrecht von Hallers (1708-1777)

von *Stefan Hächler*

Suppliken sind in den letzten Jahren als wichtiges Kommunikationsmittel der frühneuzeitlichen Gesellschaft erkannt worden. Andreas Würgler hat darauf hingewiesen, daß sie nicht nur juristisches oder staatspolitisches Instrument der Untertanen waren, sondern daß sie in einem weiteren Kontext einer kommunikativen Praxis stehen, in der Bitten ein wesentliches Element bilden[1]. Für einen spezifischen Ausschnitt dieser kommunikativen Praxis will der vorliegende Aufsatz die Bedeutung von Bitten aufzeigen.

Die «Gelehrtenrepublik»[2] des 18. Jahrhunderts bildete innerhalb der damaligen westlichen Gesellschaft eine wesentlich durch eine verdichtete Kommunikationsstruktur konstituierte soziale Gruppe, deren Mitglieder sich wiederum in verschiedenen sozialen Kontexten bewegten: Stand, Familie,

[1] A. WÜRGLER, *Suppliche e «gravamina» nella prima età moderna: la storiografia di lingua tedesca*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 25, 1999, S. 515-546, hier S. 518-519. In der von Austin und Searle begründeten Sprechakttheorie der Sprachwissenschaften werden Bitten den illokutiven Akten zugeordnet, also den vom Sprecher vollzogenen Sprechhandlungen, durch die er mit seiner Aussage beabsichtigt, beim Hörer kommunikative Wirkungen zu erzielen. Eine weitere Unterteilung der Sprechakte weist die Bitten den Direktiva zu, bei denen der Sprecher den Hörer zu einer konkreten Handlung auffordert. Dabei wird die Intention in vielen Fällen nicht direkt und explizit erwähnt, sondern sie versteckt sich implizit in der Äußerung und ist dann meist nur durch den Einbezug des außersprachlichen Kontextes und allenfalls durch die Entschlüsselung sprachlicher und gesellschaftlicher Codes zu identifizieren. Bei der historischen Untersuchung von Bitten gilt es, diese Erkenntnisse der Sprachwissenschaft zu berücksichtigen. Vgl. zur Sprechakttheorie z.B. K. ADAMZIK, *Sprache: Wege zum Verstehen* (UTB, 2172), Tübingen - Basel 2001, S. 222-241; H. VATER, *Einführung in die Sprachwissenschaft* (UTB, 1799), München 1999[3], S. 190-215.

[2] Die Definitionen von Gelehrtenrepublik (*république des lettres, republic of letters*) sind vielfältig und nuancenreich, ebenso die Bestimmung ihrer Mitglieder. Eine einfache und pragmatische liefert Bosse, indem er sie als Personen beschreibt, die das Latein beherrschen, an einer Universität studiert haben und/oder mindestens ein Buch verfaßt haben; H. BOSSE, *Die gelehrte Republik,* in H.-W. JÄGER (ed), *«Öffentlichkeit» im 18. Jahrhundert*, Göttingen 1997, S. 51-76, hier S. 61.

Klientelbeziehung, Freundschaft, berufliche Funktion. Ein wichtiger Teil der Kommunikation innerhalb der Gelehrtenrepublik fand schriftlich statt mittels Korrespondenzen und Publikationen[3].

Für unseren Fall besonders geeignet, einen Einblick in die kommunikative Praxis zu gewähren, sind die Korrespondenzen, weil sie eine Form quasidirekter Kommunikation darstellen. Der meist eindeutige Partnerbezug und der supponierte Gesprächscharakter verdeutlichen dies. Wie in der Briefforschung verschiedentlich festgestellt, sind sie auch in bezug auf Inhalte, soziale Zusammensetzung und räumliche Ausdehnung oft breit gefächert und dementsprechend für vielfältige historisch und sprachlich orientierte Fragestellungen interessant.

1. *Datenbasis*

Einer dieser umfangreichen und gut erhaltenen Gelehrtenbriefwechsel ist derjenige Albrecht von Hallers. Haller wurde 1708 in Bern geboren, studierte in Leiden unter Herman Boerhaave Medizin und hatte von 1736-1753 den Lehrstuhl für Anatomie, Chirurgie und Botanik an der neugegründeten Universität Göttingen inne. Danach war er bis zu seinem Tod in Bern mit verschiedenen magistralen Aufgaben beschäftigt und betätigte sich nebenher als Privatgelehrter[4].

Seine Korrespondenz umfaßt heute noch rund 17.000 Briefe (13.300 an ihn und 3.700 Briefe von ihm)[5], die er mit 1.196 Korrespondenten aus

[3] Vgl. zur Gelehrtenrepublik und deren Kommunikationsverhalten z.B. A. GOLDGAR, *Impolite Learning: Conduct and Community in the Republic of Letters, 1680-1750*, New Haven CT 1995; M. ULTÉE, *The Republic of Letters: Learned Correspondence 1680-1720*, in «Seventeenth Century», 2, 1987, 1, S. 95-112; D. ROCHE, *Les Républicains des lettres. Gens de culture et Lumières au XVIIIe siècle*, Paris 1988; J. WOJTOWITZ, *Korrespondentenzirkel als Kommunikationsgruppen im Zeitalter der Aufklärung. Vorschläge – Postulate – Forschungsmöglichkeiten*, in A. DUTU - E HÖSCH - N. OELLERS (edd), *Brief und Briefwechsel in Mittel- und Osteuropa im 18. und 19. Jahrhundert*, Essen 1989, S. 271-282. Speziell zu Haller vgl. M. STUBER - S. HÄCHLER, *Ancien Régime vernetzt – Albrecht von Hallers bernische Korrespondenz*, in «Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde», 62, 2000, S. 125-190.

[4] Zur Biografie Hallers vgl. H. BALMER, *Albrecht von Haller* (Bernische Heimatbücher, 119), Bern 1977, und ausführlich die über 500seitige biografische Einleitung in L. HIRZEL (ed), *Albrecht von Hallers Gedichte*, Frauenfeld 1882.

[5] Die meisten davon befinden sich in der Burgerbibliothek Bern, einige hundert liegen in anderen Archiven und Bibliotheken, ebenfalls einige hundert sind verschollen oder nur noch in edierter Form greifbar.

ganz Europa, von Stockholm bis Malaga und von Dublin bis Moskau, wechselte.

Das «Forschungsprojekt Albrecht von Haller» hat dieses Briefkorpus mittels einer elektronischen Datenbank inventarisiert und wertet es gegenwärtig wissenschaftlich aus. Die folgenden Ausführungen basieren auf der Datenbank und dem daraus entstandenen Repertorium zu Albrecht von Hallers Korrespondenz[6], das die Hauptthemen der einzelnen Briefwechsel Hallers mit seinen Korrespondenten zusammenfaßt[7]. Es erschließt das Haller-Briefkorpus also nicht auf Briefstufe, sondern auf der Stufe der einzelnen Korrespondenzen. Dabei werden zwangsläufig die kleinen Briefwechsel detaillierter beschrieben als die großen[8].

Für die folgende Auswertung heißt das, daß viele Bitten, die in einzelnen Briefen vorgetragen werden, nicht berücksichtigt sind. Bitten in großen Korrespondenzen erscheinen hier also nur, wenn sie eine gewisse Bedeutung einnehmen. In kleinen Korrespondenzen ist das eher der Fall, weshalb Bitten von weniger gewichtigen Briefpartnern Hallers verhältnismäßig mehr ins Gewicht fallen als solche von seinen hauptsächlichen Korrespondenten.

Die vorliegenden Resultate sind deshalb insofern nicht abschließend, als sie anhand der Analyse auf Briefstufe überprüft werden müßten. Strukturell dürften die Ergebnisse trotzdem repräsentativ sein. Gewisse Aspekte hingegen wie die Frage nach den rhetorischen Stilmitteln von Bitten in Briefen können auf Korrespondenzstufe überhaupt nicht beantwortet werden[9].

Aus überlieferungstechnischen Gründen werden nur diejenigen Bitten ausgewertet, die 'an' Haller gerichtet wurden. Bitten 'von' Haller sind auf-grund der nur zu einem kleinen Teil erhaltenen Briefe von Haller für eine statistische Analyse nicht geeignet. Sie würden sich in den meisten Fällen nur indirekt aus den Antworten seiner Korrespondenten rekon-

6 U. BOSCHUNG et al. (edd), *Repertorium zu Albrecht von Hallers Korrespondenz 1724 - 1777*, 2 Bde., Basel 2002.

7 Für einen ersten Überblick vgl. M. STUBER - H. STEINKE - S. HÄCHLER, *Albrecht von Hallers europäisches Netz: Raum, Zeit, Themen*, in U. BOSCHUNG et al. (edd), *Repertorium*, Bd. 1, S. XXII-XXXV.

8 Vgl. S. HÄCHLER - H. STEINKE - M. STUBER, *Das Repertorium: Grundsätze*, in U. BOSCHUNG et al. (edd), *Repertorium*, Bd. 1, S. XXXVI-XLI, hier XXXVI-XXXVII.

9 Zu den Stilmitteln von Bitten in Briefen vgl. R. METZLER, *Privatbriefe aus dem 16. und dem 18. Jahrhundert. Ein empirischer Vergleich zur Textsortengeschichte*, in V. HERTEL (ed), *Sprache und Kommunikation im Kulturkontext*, Frankfurt a.M. - Berlin 1996, S. 359-381, hier besonders S. 374-375 und S. 378-379.

struieren lassen[10]. Ein weiteres Problem sind implizite Bitten, die nur aus dem Kontext des Briefwechsels oder aufgrund des der Korrespondenz zugrunde liegenden Verhaltenskodexes als solche erkennbar sind[11]. Wo immer möglich wurden solche impliziten Bitten berücksichtigt[12].

2. *Bitten in Hallers Korrespondenz*

Übersicht

Von den 1167 auswertbaren Korrespondenzen[13] sind in 871 Bitten ein wichtiges Element (ca. 75%). Es konnten über 1.500 «Bitt-Akte» festgestellt werden, die in 6 Hauptkategorien unterteilt wurden.

Bitten um publizistische Hilfe

Die am häufigsten an Haller herangetragene Bitte ist diejenige um «publizistische Hilfe». Darunter fallen Anfragen um Hilfe bei der Publikation von Werken (z.B. Vermittlung eines Verlages, eines Übersetzers etc.) oder Bitten um Erlaubnis, ein Werk Haller widmen zu dürfen. Aber in erster Linie handelt es sich um Bitten um Beurteilung von Publikationen (vor allem Bitten um eine persönliche Rückmeldung, aber auch Bitten um

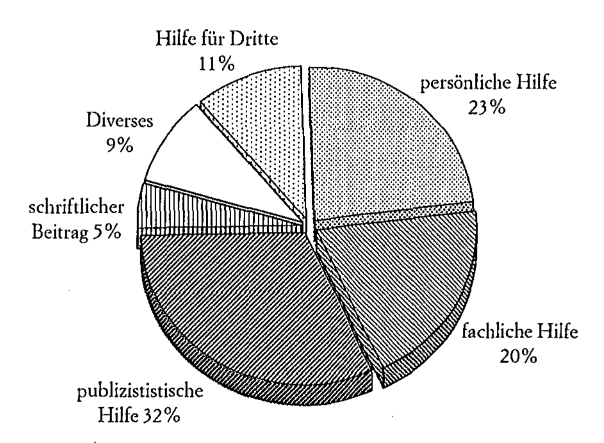
10 Bei der folgenden Analyse wurde ein für die Korrespondenz wichtiges Element ausgeklammert, das in gewissem Sinne auch Bitten impliziert. Es handelt sich um den Austausch von Büchern und Pflanzen, der das häufigste Einzelthema der gesamten Korrespondenz darstellt. In den Kurzzusammenfassungen der einzelnen Korrespondenzen wird er insgesamt über 600mal in fast 470 Briefwechseln erwähnt (vgl. U. BOSCHUNG et al. [edd], *Repertorium*, Orts- und Sachregister, Bd. 2, S. 29-44, Stichworte «Büchersendung» und «Pflanzen- und Samentausch»). Meist wäre der den erwähnten Buch- und Pflanzensendungen zugrunde liegende vermutete Bittakt zwar mit dem entsprechenden Aufwand in den einzelnen Briefen aufzufinden gewesen, aber da die Analyse sich ja auf Korrespondenzstufe bewegt, hätte ein plötzliches Wechseln auf die Ebene einzelner Briefe die Resultate verfälscht.

11 Auf diesen die Analyse erschwerenden Umstand, der theoretisch von der Sprechakttheorie festgestellt wird (siehe oben, Anm. 1), hat auch Metzler hingewiesen; R. METZLER, *Privatbriefe*, S. 378 f.

12 Beispielsweise wurde eine Zusendung eines eigenen Werkes immer als Bitte um Beurteilung aufgefaßt, sofern der Briefschreiber oder die Situation nicht darauf hinweisen, daß das Buchgeschenk als Dank für einen erwiesenen Dienst oder im Rahmen eines Büchertausches o.ä. gedacht ist.

13 Von 30 der 1197 bekannten Korrespondenzen fehlen heute jegliche Hinweise auf deren Inhalte, da deren Briefe in keiner Form mehr greifbar sind.

Grafik 1: *Bitten an Haller*



Legende: In ca. 75% aller Briefwechsel sind Bitten ein wichtiges Element. Es konnten 1.056 Bitten in 871 Korrespondenzen festgestellt werden. Dabei handeln 57% der Bitten von den Kernanliegen der Gelehrtenrepublik, nämlich der Buchproduktion (Bitten um publizistische Hilfe und um schriftlichen Beitrag) und dem Wissensaustausch (Bitten um fachliche Hilfe). Auch die Bitten in den anderen Kategorien stehen oft – aber nicht immer und nicht ausschließlich – im weiteren Zusammenhang mit der Welt der Gelehrten.

Rezension in einer Zeitschrift[14]; insgesamt rund ¾ aller Bitten in dieser Kategorie). Als bezeichnendes Beispiel sei eine Passage aus einem Brief des Lyoner Chirurgen Dufieu zitiert, der eine persönliche Rückmeldung Hallers erbittet und auf die Werbewirkung hinweist, die eine Billigung seines Werkes durch Haller haben würde:

«Il y a quelque tems que j'ai eu l'honneur de vous envoyer un petit traité de physiologie par une occasion sur laquelle je pouvois bien compter. j'ai reçu pour cet ouvrage l'approbation de l'academie de Montpellier, et de plusieurs autres de différents personnes respectables. oserois-je Monsieur, vous en demander la votre, supposé que l'ouvrage vous en parut digne? elle me seroit un vrai plaisir, et je suis très persuadé que le public qui ne cesse de proclamer votre grande reputation justement meritée, seroit très empressé de lire un ouvrage que vous auriez approuvé»[15].

[14] Vgl. zur Bedeutung der Korrespondenz für Hallers Rezensententätigkeit M. STUBER, *Journal and Letter. The Interaction between two Communication Media in the Correspondence of Albrecht von Haller*, in H.-J. LÜSEBRINK et al. (edd), *Nouvelles perspectives de recherches sur les périodiques du XVIIIe siècle* (Studies on Voltaire and the Eighteenth Century), im Druck. In diesem Artikel werden u.a. auch Bitten um Rezensionen thematisiert.

[15] Jean-Ferapié Dufieu an Haller, 12.7.1762. Wenn im Folgenden Briefe ohne Standortangabe und Editionsvermerk aufgeführt werden, sind sie im Original oder in Fotokopie in der Burgerbibliothek Bern einsehbar unter der Signatur: *Nachlass Albrecht von Haller*, Korrespondentenname, Briefdatum.

Bitten um fachliche Hilfe

Eine zweite Kategorie bilden die «Bitten um fachliche Hilfe». Zahlreiche Anfragen in dieser Kategorie beziehen sich auf wissenschaftliche Urteile und Auskünfte, die Haller abverlangt werden. Meist suchen die Bittsteller Rat im Zusammenhang mit medizinischen Forschungen oder Beobachtungen. Prominent sind die zahlreichen Anfragen zur Deutung von Forschungsergebnissen zur Irritabilität und Sensibilität sowie die Bitten um botanische Beratung, besonders bei der Bestimmung von Pflanzen. Daneben gibt es auch fachliche Fragen auf magistraler Ebene. Der damals noch weitgehend unbekannte spätere Wiener Medizinalreformer Johann Peter Frank verlangte beispielsweise von Haller eine Darstellung der *Police médicinale* Berns, die Haller aber aus Zeitmangel nicht liefern konnte, weshalb er Frank lediglich die Zusendung der gedruckten Medizinalerlasse Berns anbot[16].

Fast ebenso häufig wandte man sich in dieser Kategorie an Haller mit der Bitte um medizinischen Rat[17], wie es exemplarisch ein junger Mann unter dem Pseudonym Ivo Sutton machte, der sich wegen seines häufigen Onanierens an Haller wandte und sich in dieser Sache medizinische Ratschläge erhoffte[18]. Daneben wurde Haller verschiedentlich gebeten, in wissenschaftlichen Streitigkeiten entweder den neutralen Schiedsrichter zu spielen oder eine der Streitpositionen zu unterstützen.

Bitten um persönliche Hilfe

Eine dritte – heterogenere – Kategorie sind die «Bitten um persönliche Hilfe». In den allermeisten Fällen handelt es sich um Fragen der Karriere und des beruflichen Fortkommens: Bitten um Stellenvermittlung,

[16] Johann Peter Frank an Haller, 3.2.1776 und 10.1.1777; beide ediert in H. HAUBOLD, *Johann Peter Frank bereitet die Herausgabe seiner Medicinischen Polizey vor*, in «Sudhoffs Archiv», 32, 1939, 4/5, S. 314-316. Haller an Frank, 17.1.1777.

[17] Dabei stammt etwa je knapp 1/3 der Anfragen von Patienten und deren Angehörigen oder Freunden und etwa 2/5 von Ärzten, vgl. S. HÄCHLER, *Medikamente und Heilkräuter in Albrecht von Hallers Korrespondenz*, in R. WILLI-HANGARTNER (ed), *Pharmazeutischer Briefwechsel, Akten zur SGGP-Jahresversammlung 1999 in Einsiedeln* (Veröffentlichungen der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte der Pharmazie, 22), Bern 2002, sowie S. HÄCHLER, *Arzt aus Distanz – Fernkonsulationen bei Albrecht von Haller*, in M. STUBER - S. HÄCHLER - L. LIENHARD, *Hallers Netz. Ein europäischer Gelehrtenbriefwechsel zur Zeit der Aufklärung*, im Druck.

[18] Ivo Sutton an Haller, 17.9.1754; ediert und kommentiert in M. STUBER - H. STEINKE, *Die «Stumme Sünde» in der Fernkonsultation. Der Onanist Ivo Sutton schreibt dem Universalgelehrten Albrecht von Haller*, in «Traverse», 3, 1999, S. 172-180.

Hilfestellung bei der Karriereplanung, Nachfrage um Unterstützung bei der Wahl in Gelehrte Gesellschaften und Akademien sowie Bitten um Empfehlungsschreiben zwecks Kontaktvermittlung auf Reisen und bei Stellensuche bilden das Spektrum. Typisch für diese Fälle ist ein Brief des Kaiserslauterer Arztes Johann Adam Pollich, in dem dieser Haller um ein Empfehlungsschreiben, die Fürsprache für die Aufnahme in eine renommierte Gelehrte Gesellschaft (bevorzugt die Leopoldina) und die Vermittlung eines Lehrstuhles ersucht[19].

In geringerem Maße wird auch um finanzielle Unterstützung ersucht, wird Hilfestellung in familiären Angelegenheiten erbeten (z.B. Eheberatung, Vermittlung bei Vater-Sohn-Konflikten etc.) oder ganz allgemein um Hallers Freundschaft geworben.

Eine spezielle Unterkategorie bilden die Hilfsgesuche bei administrativen Angelegenheiten. Mehrfach stellt hier eine Person eine Bitte, die nicht nur für sie selbst von Bedeutung ist, sondern für eine Gruppe, zu der sie gehört oder zu der sie sich zählt. Oft beinhalten solche Bitten eine supplikenähnliche Funktion. Abraham-Louis Decoppet, Pfarrer in Aigle, bittet beispielsweise Haller 1769, er möge sich doch in seiner Funktion als Magistrat für eine schnelle Beilegung des Holzstreites zwischen seiner Gemeinde und einer Nachbargemeinde einsetzen[20].

Bitten um Hilfe für Drittpersonen

Eine vierte Kategorie bilden die «Bitten um Hilfe für Drittpersonen». Nur vereinzelt handelt es sich dabei um reine Empfehlungsschreiben. Bitten um Unterstützung von Drittpersonen sind in der Regel eingebettet in 'normale' Briefe. Weitaus am häufigsten wird um Unterstützung von Studenten oder angehenden Studenten gebeten: Studienberatung, Studienbegleitung, Freitische und andere Vergünstigungen, väterliche Obhut und ähnliches soll Haller den Zöglingen gewähren. Daneben wird Haller gefragt, ob er Arbeit oder Anstellungen vermitteln, Reisende empfangen und weiterempfehlen, administrative Hürden beseitigen helfen, Mitgliedschaften in Gelehrten Gesellschaften vermitteln und zahlreiche andere Anliegen erfüllen könne.

19 Johann Adam Pollich an Haller, 9.8.1777; ediert in G.H. MÜLLER, *Johann Adam Pollich (1741-1780), «Medicinae Doctor» und Pflanzengeograph der Pfalz: eine Studie anhand bisher unbekannter Briefe, Dokumente und Schriften*, Bad Dürkheim 1990, S. 169-170.

20 Abraham-Louis Decoppet an Haller, 1.12.1769.

Exemplarisch sei ein Empfehlungsschreiben erwähnt, das der Zürcher «Literaturpapst» Johann Jakob Bodmer 1748 an Haller sandte. Darin bittet er, die beigelegten Kopien des ersten Teils des «Heldengedichtes» *Messias* des jungen und damals noch wenig bekannten Dichters Friedrich Gottlieb Klopstock an einflußreiche Leute am englischen Hof zu schicken, um es dort bekannt zu machen:

«Ich will doch daran [daß die Deutschen den Messias schätzen lernen, S.H.] arbeiten, und vielleicht gelingt es mir desto leichter, wenn ich zuerst die Engländer auf den Messias aufmerksam machen kann. In dieser Absicht sende ich Ihnen etliche Abdrücke der drey ersten Gesänge, mit gehorsamer Bitte, dass sie bemühet seyen solche dem Prinzen von Wallis, der Gemahlin des Prinzen Statthalters von Oranien, und nach ihrer Einsicht irgend einen Staatsminister des Königs Georg zuzufertigen, es sey dass Euer Hochedelgeb. die Freyheit nehmen dürfen, diese Gesänge als etwas ausserordentliches gerade zu an diese hohen Personen zu senden, oder dass sie, mit den Katholicken, vor nöthig finden, dem Messias den Zutritt durch einen Fürsprecher zu verschaffen»[21].

Vorausgegangen waren Briefe Klopstocks an mehrere Persönlichkeiten, darunter auch Bodmer und Haller, in denen er um Begutachtung des *Messias* gebeten hatte. Bodmer hatte darauf hin Klopstock vorgeschlagen, sich um die Gunst des Prinzen von Wales zu bemühen. Klopstock traute sich aber nicht, direkt an den Prinzen zu gelangen und bat Bodmer um Empfehlungsschreiben. Aus naheliegenden Gründen – Haller stand als Professor der Universität Göttingen im Dienste der englischen Krone – verfaßte darauf Bodmer das oben zitierte Empfehlungsschreiben.

Haller kam diesem Ansinnen (in der von Bodmer als katholisch bezeichneten Art über verschiedene Vermittler) nach, indem er sowohl durch den Sekretär des Prinzen, den Basler Johann Kaspar Wettstein, als auch durch den Kurator der Göttinger Universität, Gerlach Adolf von Münchhausen, sowie durch seinen Dichterfreund, Berufskollegen und Hannoveraner Leibarzt Georgs II., Paul Gottlieb Werlhof, in Sachen *Messias* am englischen Hof warb.

Bodmers Engagement trat eine Lawine von weiteren Briefen los, die zwischen den Protagonisten Klopstock, Bodmer und Haller, aber auch zwischen den erwähnten Mittelsmännern und einigen Freunden Klopstocks bis weit ins Jahr 1749 in diesem Zusammenhang gewechselt wurden[22]. Sie

[21] Johann Jakob Bodmer an Haller, 5.10.1748; ediert in A. von Haller (ed), *Einiger gelehrter Freunde deutsche Briefe an den Herrn von Haller*, Bern 1777, S. 132.

[22] Vgl. die Korrespondenz Klopstocks (in H. Gronemeyer [ed], *Friedrich Gottlieb Klopstock: Briefe 1738-1750*, Berlin - New York 1979, S. 10-52 *passim*), ein Brief Hallers an Johann Kaspar Wettstein, 18.11.1748, sowie die in L. Hirzel (ed), *Hallers Gedichte*, S. 357-358, zitierten Briefe Hallers an Bodmer.

illustrieren beiläufig auch die Überschneidung und Verflechtung verschiedener Korrespondentennetze (Klopstock, Bodmer, Haller). In die Kategorie «Bitte um Hilfe für Drittpersonen» gehören auch Anfragen, in denen Haller gebeten wird, Personen für die Besetzung von freien Stellen und für die Nomination in Gelehrte Gesellschaften vorzuschlagen. Hingegen wurden die Bitten um medizinischen Rat für Dritte hier ausgeklammert. Sie finden sich in der Kategorie «Bitten um fachliche Hilfe» (siehe oben).

Bitten um schriftliche Beiträge

Eine fünfte Kategorie setzt sich zusammen aus den «Bitten um Gedichte» (rund 1/5) und den «Bitten um Publikationsbeiträge» (rund 4/5). Diese können in der Reihenfolge absteigender Bedeutung unterteilt werden in Bitten um Zeitschriftenbeiträge oder Beiträge für Sammelwerke, Bitten um Monographien oder Ergänzungen zu bereits bestehenden Monographien, Bitten um Vorworte, Bitten um Übersetzungen.

Selten wurden solche Bitten so unprätentiös formuliert, wie dies der Edinburgher Medizinprofessor Alexander II. Monro tat:

«Against next summer I expect we shall be able to print another Volume of the Essays Physical and literary, and, if your are pleased to honour and enrich our volume with any of your performances, I shall take care to insert it in its proper place and see that it be correctly printed»[23].

Der Turiner Arzt und Mitgründer der dortigen Akademie Giovanni Francesco Cigna beispielsweise bereitete seine Bitte für einen Beitrag in der Zeitschrift der Turiner Akademie in zwei Briefen mit allen rhetorischen Mitteln vor, ehe er sie formulierte[24]. Monros eher nebenher erwähnte Einladung zur Mitarbeit scheint bei Haller weniger Anklang gefunden zu haben als Cignas sorgfältig vorbereitete Anfrage, der der Bittsteller dadurch ein starkes Gewicht zu verleihen vermochte. In den *Essays* jedenfalls erschien kein Beitrag, in der Turiner Zeitschrift hingegen veröffentlichte Haller eine Ergänzung zu seiner Schweizer Flora.

Diverses

In einer sechsten und letzten Kategorie wurden so unterschiedliche Bittakte zusammengefasst wie solche, die ein Treffen mit Haller bezwecken, die

[23] Alexander II. Monro an Haller, 7.11.1767.

[24] Giovanni Francesco Cigna an Haller, 1.9.1759 und 21.11.1759.

Weiterleitung von Briefen und Paketen wünschen, sich um die Beschaffung von Naturalien wie Steine, Beine und Weine bemühen und vieles mehr. Der nachmals berühmte Marquis de Condorcet bat beispielsweise ohne Umschweife um Gemsmist:

«Monsieur et très illustre Confrere, Permettez-moi de m'adresser à vous pour me procurer un remède que j'ai déjà demandé en Suisse mais vainement. C'est du crotin de chamois ...»[25].

3. *Detailanalyse*

Einige der oben herausgearbeiteten Kategorien werden im Folgenden unter verschiedenen Aspekten genauer unter die Lupe genommen. Dabei geht es darum, die Bittsteller genauer zu verorten, die Funktionen Hallers zu bestimmen, die Beziehungen zwischen den Bittstellern und Haller zu definieren und die Bittgegenstände zu beleuchten.

Funktion des Bittstellers und des Bittempfängers

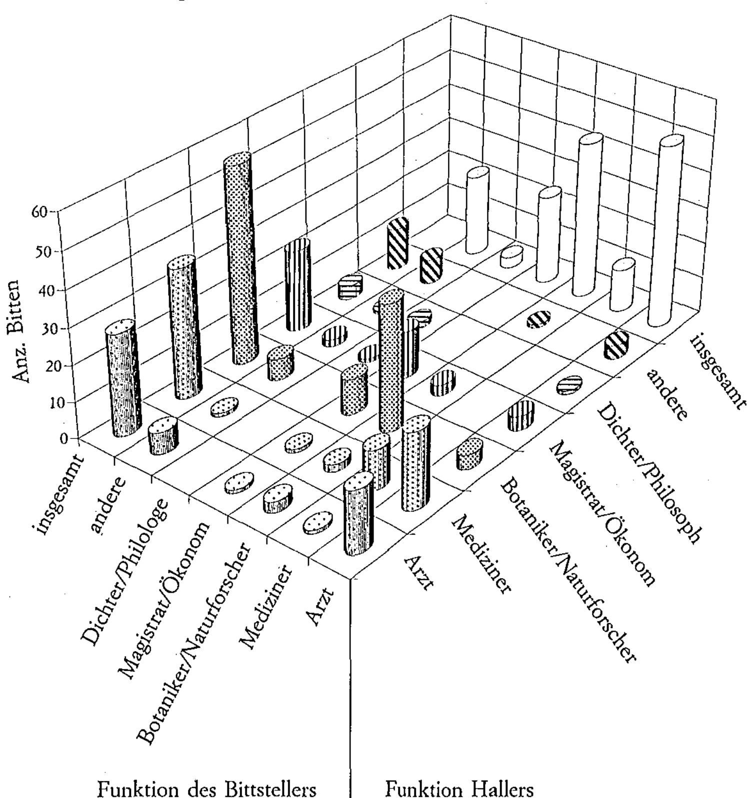
In welcher Funktion schreiben die Bittsteller und welche Funktion Hallers sprechen sie an? Diese Frage wurde vorerst bei der Teilmenge «Bitten um fachliche Urteile und wissenschaftliche Auskünfte» der Kategorie «Bitten um fachliche Hilfe» zu beantworten versucht. Sie macht rund 10% aller Bitten aus und somit die Hälfte der Kategorie. Die klare Ausrichtung und deutliche Sachdimension der Bitten in diesem Bereich vereinfachte die Bestimmung der Funktion, in welcher die Korrespondenten eine Bitte formulieren und diejenige, welche sie bei Haller ansprechen.

Es fällt auf, daß in erster Linie wissenschaftlich Geschulte Haller um fachliche Urteile und Auskünfte angehen (vgl. Grafik 2). Allein von Ärzten, Medizinern (d.h. nicht vorwiegend praktisch, sondern primär theoretisch arbeitenden Ärzten) und Botanikern/Naturforschern werden 2/3 aller Bitten um wissenschaftliche Hilfe verfaßt. Zusammen mit den Akademikern aus den anderen Sparten stellen die wissenschaftlich Gebildeten gut 3/4 aller Anfragen[26]. Dabei wird Haller weitaus am häufigsten als Botaniker, daneben besonders als Mediziner und Arzt angeschrieben. Dagegen sind Auskünfte des Dichters und Philosophen Haller wenig gefragt.

[25] Marie-Jean-Antoine-Nicolas Caritat de Condorcet an Haller, 15.10.1773.

[26] Wenn Laien Haller um einen fachlichen Rat anfragten, hatten sie fast ausschließlich den praktischen Arzt Haller im Visier, von dem sie sich Ratschläge zur Kurierung ihrer Krankheiten und Gebrechen versprachen (vgl. oben, Anm. 17).

Grafik 2: *In welcher Funktion schreiben die Bittsteller, welche Funktion Hallers sprechen sie an?*



Legende: In der Unterkategorie «Bitten um Fachliche Urteile und wissenschaftliche Auskünfte» der «Bitten um fachliche Hilfe» sind 158 Bitten aus 143 Briefwechseln vereint. Die Bittsteller gelangen primär in ihrer Funktion als Ärzte und Botaniker an Haller, dieser wird am häufigsten als Botaniker und Mediziner angefragt.

Die häufigste Konstellation ist diejenige, bei der ein Botaniker Haller als Botaniker anfragt. Am zweithäufigsten konsultiert ein Arzt den Mediziner Haller. Fast ebenso häufig wendet sich ein Arzt an den Arzt Haller, um ein fachliches Urteil einzuholen. Mit wenigen Ausnahmen, die die Regel bestätigen, kann man feststellen, daß es bei den Bitten um fachliche Urteile und wissenschaftliche Auskünfte in erster Linie um «innerdisziplinäre» Bitten geht, wobei der Bittsteller sich in derselben Funktion präsentiert, die er bei Haller ansprechen möchte. Es handelt sich hier also grundsätzlich

um Bitten im Rahmen von «Fachgesprächen», in denen wissenschaftliche Details unter Spezialisten diskutiert werden.

Auch die zwei markanten Ausnahmen von diesem Befund müssen in einem Expertenkontext verstanden werden: Sowohl die Ärzte, die Haller in dessen Funktion als Mediziner um ein fachliches Urteil bitten, als auch die Magistraten/Ökonomen, die vom Botaniker Haller eine wissenschaftliche Auskunft wollen, wenden sich als Praktiker bei Problemfällen an den wissenschaftlichen Fachmann.

Beziehungskonstellationen Bittsteller, Bittempfänger, Bittsubjekt

Einzelne Bittkategorien zeichnen sich durch Besonderheiten aus, deren Untersuchung interessante Aufschlüsse zu gewissen Fragestellungen geben können. Bei der Kategorie «Bitte um Unterstützung Dritter» ist dies das «Dreiecksverhältnis» zwischen dem Bittsteller und Haller und zwischen dem Bittsteller und der zu unterstützenden Person. Hier drängt sich die Frage auf, in welchen Beziehungen die Bittsteller zu Haller und zu den zu unterstützenden Personen standen (vgl. Grafik 3).

Es verwundert kaum, daß am häufigsten um Unterstützung von eigenen Schülern und Verwandten gebeten wird. Auch Landsleute[27] sind oft das Objekt der Hilfestellung. Die Berufskollegen und Freunde der Bittsteller kommen hingegen nur ausnahmsweise in den Genuß einer Fürsprache bei Haller.

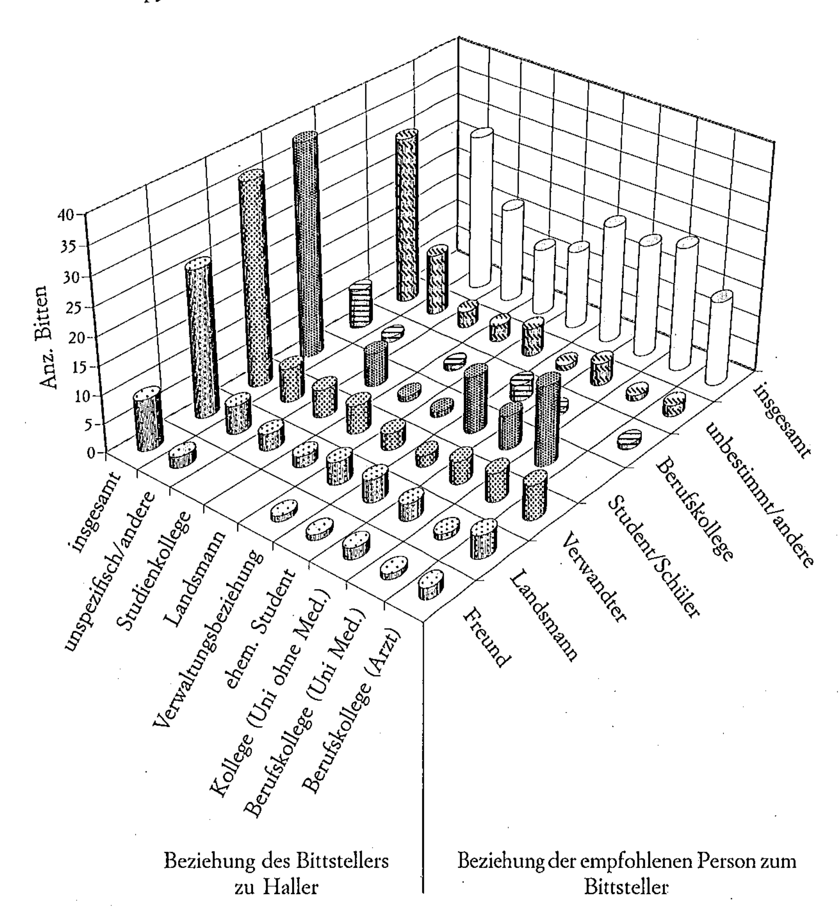
Die Bittsteller sind häufig wie Haller auf einem medizinischen Lehrstuhl tätig, fast ebenso oft sind es ehemalige Studenten Hallers und Professoren auf nicht medizinischen Lehrstühlen. Daneben verwenden sich auch mehrfach Studienkollegen Hallers und praktische Ärzte für eine Drittperson.

Supplikenartige Bittbriefe: Korrelation Bittinhalte – angesprochene Funktionen des Bittempfängers

Briefe mit supplikenartiger Funktion im engeren Sinne finden sich besonders in einer Unterkategorie der «Bitten um persönliche Hilfe», nämlich bei den «Bitten um administrative Hilfe». Sowohl von den Bittinhalten als auch von den Funktionen her, in denen Haller angesprochen wird, kommen sie der Definition von Suppliken nahe.

[27] Damit sind Personen gemeint, die aus derselben Herkunftsregion wie der Bittsteller stammten oder am gleichen Ort wirkten.

Grafik 3: *In welcher Beziehung stehen die Bittsteller zu der von ihnen empfohlenen Personen und zu Haller?*



Legende: In der Kategorie «Bitte um Unterstützung Dritter» finden sich 149 Bitten in 121 Briefwechseln. Die Bittsteller empfehlen am häufigsten eigene Schüler/Studenten sowie Verwandte. Sie schreiben Haller primär in ihrer Funktion als Berufskollege (d.i. Lehrstuhlinhaber an einer medizinischen Fakultät einer Universität) und als ehemaliger Schüler/Student Hallers an.

Hier gibt es Gunstsuppliken aus Einzel- oder Gruppeninteresse sowie Suppliken juristischen Inhalts an Haller als Vertreter der bernischen Obrig-keit, der Universität Göttingen oder Gelehrter Gesellschaften, aber auch Suppliken von ranggleichen Vertretern fremder Obrigkeiten, die sich vor allem um «Geschäftsangelegenheiten» wie Salzkauf oder Kapitalanleihe drehen.

Am häufigsten wird Haller gebeten, auf die Verbesserung einer Institution hinzuwirken (vgl. Grafik 4). Meist geht der Bittsteller aufgrund einer konkreten Funktion Hallers in dieser Institution oder in einem ihr übergeordneten Gremium davon aus, daß Haller in seinem Sinne Einfluß nehmen kann. Nur selten wird Haller in solchen Fällen lediglich aufgrund einer vermuteten, nicht näher definierten Machtposition angeschrieben.

Als Haller 1757 kommissarisch eine Visitation der Akademie von Lausanne durchführen muß, wird er während längerer Zeit von zahlreichen Seiten mit Bitten zur Verbesserung der Akademie überschüttet[28]. Hallers reale oder ihm von den Bittstellern zugedachte Machtposition als Vertreter der Obrigkeit und einflußreicher Patrizier veranlaßt ganze Gruppen wie den Lehrkörper des Collège (die der Akademie vorgeschaltete Schule), aber auch Einzelpersonen, z.B. einzelne Professoren der Akademie oder einzelne Pfarrer, Haller auf Mißstände hinzuweisen, die sie beseitigt haben möchten, oder Vorschläge für Veränderungen zu machen. Auch juristische Suppliken sind vertreten, etwa als der Professor für Kirchengeschichte beantragt, ein Urteil der Leitung der Akademie wegen eines Sittlichkeitsdeliktes eines Akademielehrers zu überprüfen[29].

Damit sind wir bei der zweitwichtigsten Art der supplikenartigen Briefe angelangt, der «Bitte um Hilfe bei Rechtsangelegenheiten». Ein typisches Beispiel ist der Brief des Pfarrers Jean-Pierre Carrard, der von den Behörden des Jagdfrevels auf Hallers Landgut bezichtigt wird. Carrard beteuert Haller gegenüber seine Unschuld und hofft, Haller werde ihm glauben und entsprechend handeln[30].

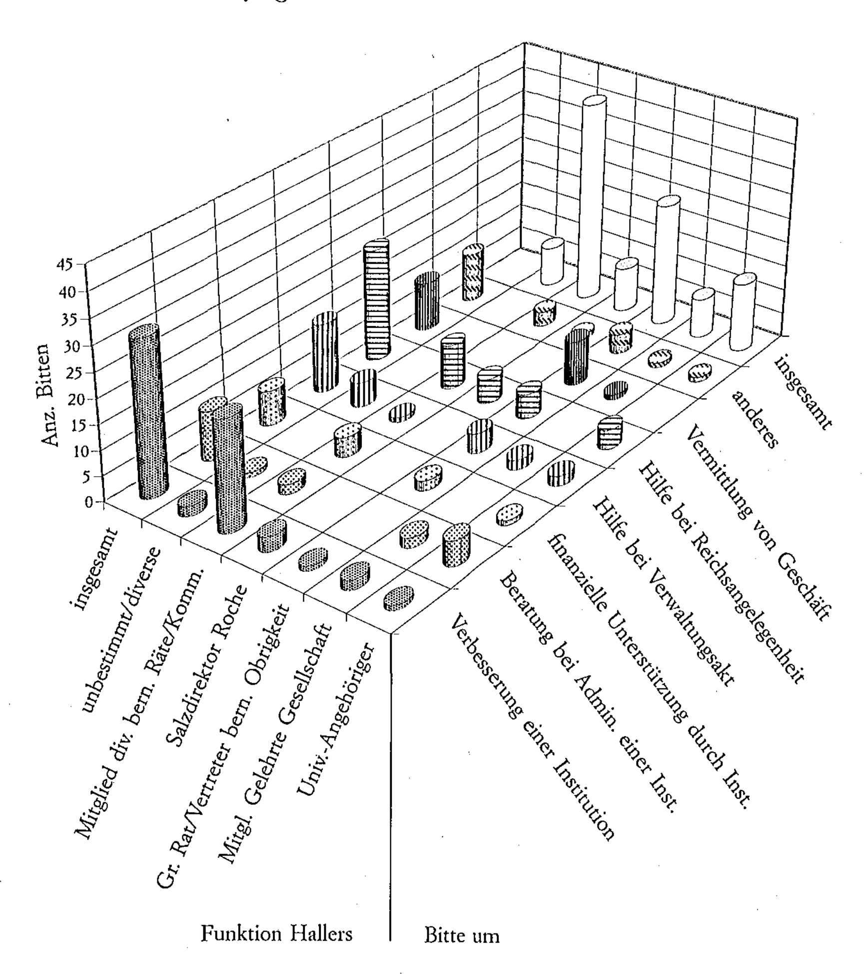
Ebenfalls um Rechtsbeistand ersucht die deutsche Immigrantin Carolina Henrica Bürg, die nach eigener Aussage mit einem Yverdoner Hauptmann ein illegales Kind gezeugt hatte und sich deshalb im Staate Bern niederlassen wollte, deren Identität die Berner Behörden aber nicht zweifelsfrei feststellen konnten, weshalb sie ausgewiesen werden sollte. Sie bittet Haller, in den Hamburger Offizierslisten nochmals nach Vertretern ihrer Familie zu suchen, um ihre Herkunft beweisen zu können. Daß sie sich ausgerechnet an Haller wendet, begründet sie damit, daß sie gehört habe, daß Haller auf Bitte des Landvogts von Yverdon diese Liste schon einmal nach ihren Familienangehörigen durchsucht habe. Haller scheint sich mit der Angelegenheit nicht weiter befaßt zu haben, da die Bürg sich acht Monate später

28 Vgl. dazu M. STUBER - S. HÄCHLER, *Ancien Régime vernetzt*, S. 159-165.

29 Jacinto Bernal de Quiros an Haller, 10.5.1757.

30 Jean-Pierre Carrard an Haller, 25.7.1774.

Grafik 4: *In welchen Funktionen wird Haller um welche Arten administrativer Hilfe gebeten?*



Legende: In der Kategorie «Bitten um persönliche Hilfe» bildet die Unterkategorie «Bitten um administrative Hilfe» mit 105 Bitten in 88 Korrespondenzen den Kern supplikenartiger Briefe in Hallers Briefwechsel. Dabei wird Haller in erster Linie um die Verbesserung (primär staatlicher) Institutionen und um Hilfe bei Rechtsangelegenheiten angegangen. Meist spricht man hierbei Haller als Mitglied der verschiedenen Räte und Kommissionen an, denen Haller im Staate Bern angehörte. Oft wird er aber auch nur allgemein als Angehöriger der Berner Obrigkeit kontaktiert, ohne auf eine spezifische Funktion Hallers Bezug zu nehmen.

beschwert, sie habe noch keine Antwort erhalten[31]. Kurz nach diesem letzten Brief wird sie als Betrügerin auf ewig des Landes verwiesen.

Die genannten Fälle zeigen, daß Haller in erster Linie spezifisch als Mitglied diverser bernischer Räte und Kommissionen sowie im Allgemeinen als Vertreter des Großen Rates und Angehöriger der Berner Obrigkeit kontaktiert wird. Aber auch als Angehöriger des Lehrkörpers der Universität Göttingen und als einflußreiches Mitglied zahlreicher Gelehrter Gesellschaften wird Haller um administrative Hilfe gebeten. Der Schwerpunkt liegt hier allerdings eher auf der Bitte um Beratung bei der Administration und Organisation von Institutionen. Beispielsweise muß Haller wiederholt bei der Formulierung und Beurteilung der Preisfragen der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften helfen[32].

4. *Zusammenfassung und Deutung der Befunde*

Bitten sind ein wesentliches Element in der Korrespondenz Hallers und zwar in den unterschiedlichsten Kontexten. In ¾ aller Korrespondenzen sind sie vertreten. Hinsichtlich ihres strukturellen Aufbaus weichen sie *in globo* kaum ab von demjenigen der Gesamtkorrespondenz (insbesondere bezüglich Altersstruktur und Herkunft der Korrespondenten sowie der Korrespondenzgröße). *En détail* hingegen lassen sich gewisse Differenzierungen feststellen, die meist durch die Spezifika der jeweils untersuchten Kategorien begründet werden können.

Über die Hälfte aller Bitten in Hallers Korrespondenz werden im Zusammenhang mit den Kernbereichen der *scientific community* gestellt: dem Erzeugen, Verbreiten und Sichern des Wissens und dem Publizieren. Ein Drittel aller Bitten sind im weiteren Umfeld der alltäglichen 'Geschäfte' der Gelehrtenrepublik zu sehen. Sie beziehen sich im wesentlichen auf die Sicherung und den Ausbau der Stellung innerhalb dieser Gesellschaft sowohl der Bittsteller als auch Dritter. Etwa ein Zehntel aller Bitten betreffen andere Anliegen, die mit der Welt der Gelehrten wenig oder nur indirekt zu tun haben.

Bitten kommen in Hallers Briefwechsel also in erster Linie in der Kommunikation unter Gelehrten vor. Sie sind einerseits im Kontext dessen zu verstehen,

[31] Carolina Henrica Bürg an Haller, Juli 1762 und 4.3.1763.

[32] Siehe z.B. die Haller-Korrespondenz mit Georg Christoph Hamberger oder mit Johann David Michalis.

was Anne Goldgar in ihrem Werk über die Gelehrtenrepublik des 18. Jahrhunderts festgestellt hat: «The scholarly community was a community of obligation: mutual assistance between members was a constant theme ...»[33].

Gegenseitige Hilfestellungen und Verpflichtungen manifestieren sich in den Quellen häufig in Form von Bitten. Der ausgeprägte Verhaltenskodex hält die Teilnehmer an dieser virtuellen Gesellschaft unter anderem an, erhaltene Briefe möglichst zu beantworten und auf Wünsche der Briefschreiber einzugehen. Auch Haller fühlt sich diesem Kodex verpflichtet. Ein Zitat aus einem Brief an einen seiner ehemaligen Schüler verdeutlicht dies: «... je n'ai laissé personne sans réponse, et j'ai même répondu avec expédition»[34]. Hält sich jemand nicht oder nur ungenügend daran, wird dieses Versäumnis sofort moniert und in den weit verzweigten Korrespondentennetzen schnell zum quasi öffentlichen Ärgernis. Mehrfach werden in Hallers Korrespondenz beispielsweise Klagen laut über Carl von Linnés Nachlässigkeit im Beantworten von Briefen und Erfüllen von Verpflichtungen[35].

Demgegenüber etabliert eine erfüllte Bitte eine Verpflichtung des Bittstellers gegenüber dem Adressaten. An diesem liegt es nun, diese einzulösen und somit diese 'nützliche' Beziehung zu vertiefen oder sein Guthaben verfallen zu lassen und auf eine weiterführende Kommunikation zu verzichten.

Über den engen Innenbezug hinaus dienen Bitten aber nicht nur selbstreferenziell zur Konstituierung und Erhaltung eines überlokalen Gelehrtentums, sondern werden im Sinne modernen Wissenschaftsverständnisses ebenso gebraucht, um auf der Sachebene den Transfer und das Generieren von Wissen zu beschleunigen. Sie drehen sich in der Korrespondenz Hallers sowohl um die Interpretation wissenschaftlicher Befunde und die Weiterentwicklung von Methoden und Erkenntnissen als auch um die Vermittlung und Verbreitung von bereits erzeugtem Wissen. Die sich im 19. Jahrhundert rasant entwickelnde Spezialisierung der einzelnen Wissenschaftszweige

[33] A. GOLDGAR, *Impolite Learning*, S. 13.

[34] Haller an Johann Georg Zimmermann, 28.6.1754.

[35] So u.a. Johann Philipp Breyne an Haller, 22.8.1747 und Haller an Nils Rosén von Rosenstein, 25.5.1747; Haller droht in diesem Brief Linné via Rosén mit Korrespondenzabbruch, sollte er sich nicht bessern; ediert in F. BERG, *Correspondence between Nils Rosén von Rosenstein and Albrecht von Haller*, in B. VAHLQUIST - A. WALLGREN (edd), *Nils Rosén von Rosenstein and his Textbook on Paediatrics* (Acta paediatrica. Supplement, 156), Uppsala 1964, S. 103-139, hier S. 134. Ein weiteres Beispiel für monierte Nachlässigkeit im Beantworten von Briefen und Wahrnehmen von Verpflichtungen wird geschildert in H. STEINKE, *Der nützliche Brief. Die Korrespondenz zwischen Albrecht von Haller und Christoph Jakob Trew*, Basel 1999, S. 32-34.

bahnt sich hier bereits an: Bitten werden im wissenschaftlichen Kontext vorwiegend im Rahmen von spezifischen Fachdiskussionen unter Forscherkollegen formuliert oder allenfalls von auf wissenschaftliches Wissen angewiesenen Praktikern an Experten gerichtet.

Bitten um Unterstützung Dritter werden in erster Linie von Universitätsprofessoren und ehemaligen Studenten Hallers an diesen gerichtet. Sie ersuchen vorwiegend um eine Gunst für einen ihrer Schüler oder Studenten, für einen Verwandten oder Landsmann. Wissenschaftliche Nachwuchsförderung durch Empfehlungsschreiben war demnach eine beliebte und weit verbreitete Praxis. Wohl spielt auch hier die *obligation*, und zwar in doppelter Hinsicht: Ein erfolgreiches Empfehlungsschreiben verpflichtet den Verfasser dem Adressaten gegenüber und den Schützling sowohl dem Verfasser als auch dem Adressaten gegenüber. Hier können aber auch wissenschaftliche Patronagebeziehungen erahnt werden, die über bloße Verpflichtungsverbindungen hinausgehen[36]. Den begabten Schüler vermittelt man nicht nur weiter, um diesen sich gegenüber zu verpflichten, sondern auch, um seinen eigenen Ruhm und seine eigenen wissenschaftlichen Ansichten zu verbreiten[37]. Ein weiteres Motiv zum Verfassen von Empfehlungsschreiben liegt in der Möglichkeit, durch eine erfolgreiche Plazierung des eigenen Nachwuchses bei dessen Rückkehr von einem Wissenstransfer profitieren zu können. Besonders Personen und Institutionen in wissenschaftlich peripheren Gebieten (etwa Rußland, Dänemark, gewisse Regionen des Deutschen Reiches) machen davon Gebrauch. Der Kopenhagener Professor der Medizin und Dekan des dänischen Collegium Medicum,

[36] Neben den wissenschaftlichen wären auch noch die ständischen Patronagebeziehungen zu berücksichtigen. Allerdings sind diese aufgrund der Anlage dieser Untersuchung hier viel schwerer festzustellen, da sie in den Korrespondenzen kaum thematisiert und in den verfügbaren biografischen Angaben selten berücksichtigt werden. Allenfalls in einzelnen Briefen könnten wohl Hinweise darauf gefunden werden. Daß Haller aber tatsächlich in ein solches ständisches Patronagesystem eingebunden war, zeigen M. STUBER - S. HÄCHLER, *Ancien Régime vernetzt*, S. 145-159.

[37] In dieselbe Richtung weist Peter Moraws These, daß im Heiligen Römischen Reich neben den wichtigsten Bereichen Papstkirche, Hof und Stadt auch die Universität des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit als Hort von Patron-Klientelbeziehungen zu betrachten sei. Für das 18. Jh. ergänzt er: «Das aufgeklärte 18. Jahrhundert fügte die Figur der wissenschaftlichen [neben der ständischen und politischen, S.H.] Autorität hinzu, die von einer führenden Universität wie Göttingen [an der Haller als maßgebliches Kollegiumsmitglied tätig war! S.H.] auf andere Hohe Schulen hinauswirkte und ihre Klienten-Schüler verteilte»; P. MORAW, *Über Patrone und Klienten im Heiligen Römischen Reich des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, in A. MACZAK (ed), *Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit* (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien, 9), München 1988, S. 1-18, hier besonders S. 16-17, Zitat S. 17.

Georg Detharding, begründet beispielsweise die Bitte um Unterstützung eines seiner Schüler u.a. folgendermaßen: «Die hiesige verfaßung bey der Academie differiret gar sehr von der ordnung auf deutschen Academien, dahero wir nicht viel erfahren was draußen passiret, aber auch von unseren Handlungen auswerts wenig kund wird», weshalb er seinen Schützling an der renommierten Medizinischen Fakultät von Göttingen studieren lassen möchte. Dieser soll Haller bei dieser Gelegenheit einige Publikationen Dethardings aushändigen[38].

Die vorteilhafte Plazierung von Verwandten folgt ähnlichen Mustern. Ebenfalls ist die Verpflichtungsverbindung nicht die einzige Motivation. Die Familie als Ganzes profitiert in ihrem Ansehen und ihrer materiellen Basis ebenso von einer guten Vermittlung eines ihrer Angehörigen wie dieser als Individuum. Und der Vermittler steigert dadurch sein Prestige innerhalb des Familienverbandes[39].

Im Bereich der Haller-Korrespondenz, der nur entfernt oder gar nicht mit dieser Gelehrtenwelt in Zusammenhang steht, sind die Bitten um administrative Hilfe dominant. Hier sind vor allem die magistralen Funktionen Hallers angesprochen. Nicht unerwartet trifft man deshalb auf zahlreiche supplikenähnliche Bitten, die einem staatspolitischen Kommunikationsverhalten folgen. Sie entsprechen in vielen Punkten der von Würgler geschilderten Charakterisierung von Suppliken[40]. So gibt es sowohl Gunst- als auch juristische, sowohl individuelle als auch kollektive Suppliken. Das Verhältnis der Supplizierenden zu Haller ist meist eines vom Untertan zum Vertreter der Obrigkeit. Anders als bei den Bitten im wissenschaftlichen Kontext wird hier selten eine explizite oder implizite Gegenleistung im Falle der Bitterfüllung angeboten und erwartet. Lediglich Dankbarkeit und untertänige Gehorsamkeit kann der Bittsteller dem in die Verantwortung genommenen Obrigkeitsvertreter offerieren.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß Bitten in der Korrespondenz Albrecht von Hallers ein prägendes Mittel der brieflichen Kommuni-

[38] Georg Detharding an Haller, 2.9.1743.

[39] Für Haller ist dies etwa herausgearbeitet in M. STUBER - S. HÄCHLER, *Ancien Régime vernetzt*, S. 149-153. Wie aus mehreren Briefstellen mit Bitten zur Unterstützung Dritter hervorgeht, ist nicht nur dem Parentelismus, sondern auch der Patronage oft eine Art genealogisches Denken inhärent, das die Individuen nicht – oder zumindest nicht nur – als selbständige Persönlichkeiten, sondern als Glieder einer Kette versteht, deren Festigkeit und Fortbestand über die Existenz der einzelnen Bestandteile mitentscheidet.

[40] A. WÜRGLER, *Suppliche*, S. 518-520.

kation sind und in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich eingesetzt werden. Ihre Untersuchung offenbart mehrere Dimensionen kommunikativen Verhaltens. Im wissenschaftlichen Umfeld werden sie im Zusammenhang mit dem sachlichen Wissensaustausch und der fachlichen Diskussion (die sich in einem zunehmend spezialisierten Umfeld abspielt) formuliert, haben aber ebenso eine integrative und konstitutive Funktion im Rahmen der Gelehrtenrepublik. Sie weisen zudem auf Kommunikationsmuster hin, deren gesellschaftliche Bezugssysteme wie Parentelismus und Patronage sowie politisch-juristische Instrumentarien außerhalb der Sphäre von Gelehrsamkeit und Wissenschaft verankert sind.

Finito di stampare nel giugno 2004
dalle Arti Grafiche Editoriali Srl, Urbino

Pubblicazioni dell'Istituto storico italo-germanico in Trento

Annali

I 1975
II 1976
III 1977
IV 1978
V 1979
VI 1980
VII 1981
VIII 1982
IX 1983
X 1984
XI 1985
XII 1986
XIII 1987
XIV 1988
XV 1989
XVI 1990
XVII 1991
XVIII 1992
XIX 1993
XX 1994

XXI 1995
XXII 1996
XXIII 1997
XXIV 1998
XXV 1999
XXVI 2000
XXVII 2001
XXVIII 2002

Quaderni

1. Il cattolicesimo politico e sociale in Italia e Germania dal 1870 al 1914, a cura di *Ettore Passerin D'Entrèves* e *Konrad Repgen*
2. Il movimento operaio e socialista in Italia e Germania dal 1870 al 1920, a cura di *Leo Valiani* e *Adam Wandruszka*
3. I poteri temporali dei vescovi in Italia e Germania nel Medioevo, a cura di *Carlo Guido Mor* e *Heinrich Schmidinger*
4. Il Concilio di Trento come crocevia della politica europea, a cura di *Hubert Jedin* e *Paolo Prodi*
5. Il liberalismo in Italia e in Germania dalla rivoluzione del '48 alla prima guerra mondiale, a cura di *Rudolf Lill* e *Nicola Matteucci*
6. Austria e province italiane 1815-1918: potere centrale e amministrazioni locali. III Convegno storico italo-austriaco, a cura di *Franco Valsecchi* e *Adam Wandruszka*
7. La dinamica statale austriaca nel XVIII e XIX secolo. Strutture e tendenze di storia costituzionale prima e dopo Maria Teresa, a cura di *Pierangelo Schiera*
8. Le città in Italia e in Germania nel Medioevo: cultura, istituzioni, vita religiosa, a cura di *Reinhard Elze* e *Gina Fasoli*
9. Università, accademie e società scientifiche in Italia e in Germania dal Cinquecento al Settecento, a cura di *Laetitia Boehm* e *Ezio Raimondi*
10. Federico Barbarossa nel dibattito storiografico in Italia e in Germania, a cura di *Raoul Manselli* e *Josef Riedmann*
11. La transizione dall'economia di guerra all'economia di pace in Italia e in Germania dopo la prima guerra mondiale, a cura di *Peter Hertner* e *Giorgio Mori*

12. Il nazionalismo in Italia e in Germania fino alla prima guerra mondiale, a cura di *Rudolf Lill* e *Franco Valsecchi*

13. Aristocrazia cittadina e ceti popolari nel tardo Medioevo in Italia e in Germania, a cura di *Reinhard Elze* e *Gina Fasoli*

14. Finanze e ragion di Stato in Italia e in Germania nella prima Età moderna, a cura di *Aldo De Maddalena* e *Hermann Kellenbenz*

15. Konrad Adenauer e Alcide De Gasperi: due esperienze di rifondazione della democrazia, a cura di *Umberto Corsini* e *Konrad Repgen*

16. Strutture ecclesiastiche in Italia e in Germania prima della Riforma, a cura di *Paolo Prodi* e *Peter Johanek*

17. Il Trentino nel Settecento fra Sacro Romano Impero e antichi stati italiani, a cura di *Cesare Mozzarelli* e *Giuseppe Olmi*

18. Le visite pastorali. Analisi di una fonte, a cura di *Umberto Mazzone* e *Angelo Turchini*

19. Romani e Germani nell'arco alpino (secoli VI-VIII), a cura di *Volker Bierbrauer* e *Carlo Guido Mor*

20. La repubblica internazionale del denaro tra XV e XVII secolo, a cura di *Aldo De Maddalena* e *Hermann Kellenbenz*

21. Fascismo e nazionalsocialismo, a cura di *Karl Dietrich Bracher* e *Leo Valiani*

22. Cultura politica e società borghese in Germania fra Otto e Novecento, a cura di *Gustavo Corni* e *Pierangelo Schiera*

23. Istituzioni e ideologie in Italia e in Germania tra le rivoluzioni, a cura di *Umberto Corsini* e *Rudolf Lill*

24. Crisi istituzionale e teoria dello stato in Germania dopo la Prima guerra mondiale, a cura di *Gustavo Gozzi* e *Pierangelo Schiera*

25. L'evoluzione delle città italiane nell'XI secolo, a cura di *Renato Bordone* e *Jörg Jarnut*

26. Fisco religione Stato nell'età confessionale, a cura di *Hermann Kellenbenz* e *Paolo Prodi*

27. La «Conta delle anime». Popolazioni e registri parrocchiali: questioni di metodo ed esperienze, a cura di *Gauro Coppola* e *Casimira Grandi*

28. L'attesa della fine dei tempi nel Medioevo, a cura di *Ovidio Capitani* e *Jürgen Miethke*

29. Enciclopedia e sapere scientifico. Il diritto e le scienze sociali nell'Enciclopedia giuridica italiana, a cura di *Aldo Mazzacane* e *Pierangelo Schiera*

30. Statuti città territori in Italia e Germania tra Medioevo ed età moderna, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Dietmar Willoweit*

31. Il «Kulturkampf» in Italia e nei paesi di lingua tedesca, a cura di *Rudolf Lill* e *Francesco Traniello*

32. I concetti fondamentali delle scienze sociali e dello Stato in Italia e in Germania tra Ottocento e Novecento, a cura di *Raffaella Gherardi* e *Gustavo Gozzi*

33. Il Nuovo Mondo nella coscienza italiana e tedesca del Cinquecento, a cura di *Adriano Prosperi* e *Wolfgang Reinhard*

34. Visite pastorali ed elaborazione dei dati. Esperienze e metodi, a cura di *Cecilia Nubola* e *Angelo Turchini*

35. Il secolo XI: una svolta?, a cura di *Cinzio Violante* e *Johannes Fried*

36. Dalla città alla nazione. Borghesie ottocentesche in Italia e in Germania, a cura di *Marco Meriggi* e *Pierangelo Schiera*

37. L'organizzazione del territorio in Italia e Germania: secoli XIII-XIV, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Dietmar Willoweit*

38. Le minoranze fra le due guerre, a cura di *Umberto Corsini* e *Davide Zaffi*

39. Origini dello Stato. Processi di formazione statale in Italia fra medioevo ed età moderna, a cura di *Giorgio Chittolini, Anthony Molho* e *Pierangelo Schiera*

40. Disciplina dell'anima, disciplina del corpo e disciplina della società tra medioevo ed età moderna, a cura di *Paolo Prodi*

41. Regioni di frontiera nell'epoca dei nazionalismi. Alsazia e Lorena / Trento e Trieste, 1870-1914, a cura di *Angelo Ara* e *Eberhard Kolb*

42. Saperi della borghesia e storia dei concetti fra Otto e Novecento, a cura di *Raffaella Gherardi* e *Gustavo Gozzi*

43. Il luogo di cura nel tramonto della monarchia d'Asburgo. Arco alla fine dell'Ottocento, a cura di *Paolo Prodi* e *Adam Wandruszka*

44. Strutture e trasformazioni della signoria rurale nei secoli X-XIII, a cura di *Gerhard Dilcher* e *Cinzio Violante*

45. Il concilio di Trento e il moderno, a cura di *Paolo Prodi* e *Wolfgang Reinhard*

46. Centralismo e federalismo tra Otto e Novecento. Italia e Germania a confronto, a cura di *Oliver Janz, Pierangelo Schiera* e *Hannes Siegrist*

47. Il vincolo del giuramento e il tribunale della coscienza, a cura di *Nestore Pirillo*

48. Comunicazione e mobilità nel Medioevo. Incontri fra il Sud e il Centro dell'Europa (secoli XI-XIV), a cura di *Siegfried De Rachewiltz* e *Josef Riedmann*

49. Per una banca dati delle visite pastorali italiane. Le visite della diocesi di Trento (1537-1940), a cura di *Cecilia Nubola*

50. Fonti ecclesiastiche per la storia sociale e religiosa d'Europa: XV-XVIII secolo, a cura di *Cecilia Nubola* e *Angelo Turchini*

51. Tempi e spazi di vita femminile tra medioevo ed età moderna, a cura di *Silvana Seidel Menchi*, *Anne Jacobson Schutte* e *Thomas Kuehn*

52. Amministrazione, formazione e professione: gli ingegneri in Italia tra Sette e Ottocento, a cura di *Luigi Blanco*

53. Coniugi nemici. La separazione in Italia dal XII al XVIII secolo, a cura di *Silvana Seidel Menchi* e *Diego Quaglioni*

54. Gli intellettuali e la Grande guerra, a cura di *Vincenzo Calì*, *Gustavo Corni* e *Giuseppe Ferrandi*

55. L'uso del denaro. Patrimoni e amministrazione nei luoghi pii e negli enti ecclesiastici in Italia (secoli XV-XVIII), a cura di *Alessandro Pastore* e *Marina Garbellotti*

56. Ordini religiosi e società politica in Italia e Germania nei secoli XIV e XV, a cura di *Giorgio Chittolini* e *Kaspar Elm*

57. Matrimoni in dubbio. Unioni controverse e nozze clandestine in Italia dal XV al XVIII secolo, a cura di *Silvana Seidel Menchi* e *Diego Quaglioni*

58. Per una storia dei santuari cristiani d'Italia: approcci regionali, a cura di *Giorgio Cracco*

59. Suppliche e «gravamina». Politica, amministrazione, giustizia in Europa (secoli XIV-XVIII), a cura di *Cecilia Nubola* e *Andreas Würgler*

60. L'umanità offesa. Stermini e memoria nell'Europa del Novecento, a cura di *Gustavo Corni* e *Gerhard Hirschfeld*

61. Visite pastorali in diocesi di Pavia nel Cinquecento. Una documentazione guadagnata alla storia, a cura di *Xenio Toscani*

62. Il secolo XII: la renovatio dell'Europa cristiana, a cura di *Giles Constable - Giorgio Cracco - Hagen Keller - Diego Quaglioni*

63. La direzione spirituale tra medioevo ed età moderna. Percorsi di ricerca e contesti specifici, a cura di *Michela Catto*

Monografie

1. Il mais nell'economia agricola lombarda (dal secolo XVII all'unità), di *Gauro Coppola*
2. Potere e costituzione a Vienna tra Sei e Settecento. Il «buon ordine» di Luigi Ferdinando Marsili, di *Raffaella Gherardi*
3. Il sovrano pontefice. Un corpo e due anime: la monarchia papale nella prima età moderna, di *Paolo Prodi*
4. Stato assoluto e società agraria in Prussia nell'età di Federico II, di *Gustavo Corni*
5. Il laboratorio borghese. Scienza e politica nella Germania dell'Ottocento, di *Pierangelo Schiera*
6. Chiesa e potere nella Toscana del Quattrocento, di *Roberto Bizzocchi*
7. L'uomo di mondo fra morale e ceto. Kant e le trasformazioni del Moderno, di *Nestore Pirillo*
8. Disciplinamento in terra veneta. La diocesi di Brescia nella seconda metà del XVI secolo, di *Daniele Montanari*
9. Modelli politici e questione sociale in Italia e in Germania fra Otto e Novecento, di *Gustavo Gozzi*
10. I principi vescovi di Trento fra Roma e Vienna, 1861-1918, di *Sergio Benvenuti*
11. Inquisitori e mistici nel Seicento italiano. L'eresia di S. Pelagia, di *Gianvittorio Signorotto*
12. La ragione sulla Sprea. Coscienza storica e cultura politica nell'illuminismo berlinese, di *Edoardo Tortarolo*
13. La coscienza e le leggi. Morale e diritto nei testi per la confessione della prima Età moderna, di *Miriam Turrini*
14. Stato e funzionari nella Francia del Settecento: gli «ingénieurs» des ponts et chaussées», di *Luigi Blanco*
15. Il sacramento del potere. Il giuramento politico nella storia costituzionale dell'occidente, di *Paolo Prodi*
16. Dalla biologia cellulare alle scienze dello spirito. Aspetti del dibattito sull'individualità nell'Ottocento tedesco, di *Andrea Orsucci*

17. L'inventario del mondo. Catalogazione della natura e luoghi del sapere nella prima età moderna, di *Giuseppe Olmi*

18. Germania e Santa Sede. Le nunziature di Pacelli tra la Grande guerra e la Repubblica di Weimari, di *Emma Fattorini*

19. Legislazione e riforme nel Trentino del Settecento. Francesco Vigilio Barbacovi tra assolutismo e illuminismo, di *Maria Rosa Di Simone*

20. Conoscere per governare. La diocesi di Trento nella visita pastorale di Ludovico Madruzzo (1579-1581), di *Cecilia Nubola*

21. La sfida delle riforme. Costituzione politica nel liberalismo prussiano (1850-1866), di *Anna Gianna Manca*

22. Genealogie incredibili. Scritti di storia nell'Europa moderna, di *Roberto Bizzocchi*

23. Repubblica per contratto. Bologna: una città europea nello Stato della Chiesa, di *Angela De Benedictis*

24. Il governo dell'esistenza. Organizzazione sanitaria e tutela della salute pubblica in Trentino nella prima metà del XIX secolo, di *Rodolfo Taiani*

25. La scienza del cuore. Spiritualità e cultura religiosa in Antonio Rosmini, di *Fulvio De Giorgi*

26. Etica e diritto. La filosofia pratica di Fichte e le sue ascendenze kantiane, di *Carla De Pascale*

27. Il corpo eloquente. Identificazione del giurista nell'Italia liberale, di *Pasquale Beneduce*

28. La giustizia ai confini. Il principato vescovile di Trento agli inizi dell'età moderna, di *Marco Bellabarba*

29. Sotto l'occhio del padre. Società confessionale e istruzione primaria nello Stato di Milano, di *Angelo Turchini*

30. Ferdinand Tönnies sociologo hobbesiano. Concetti politici e scienza sociale in Germania tra Otto e Novecento, di *Maurizio Ricciardi*

31. La fine della 'grande illusione'. Uno storico europeo tra guerra e dopoguerra, Henri Pirenne (1914-1923). Per una rilettura della «Histoire de l'Europe», di *Cinzio Violante*

32. La libertà nel mondo. Etica e scienza dello Stato nei «Lineamenti di filosofia del diritto» di Hegel, di *Emanuele Cafagna*

Contributi / Beiträge

7. Il potere delle immagini. La metafora politica in prospettiva storica / Die Macht der Vorstellungen. Die politische Metapher in historischer Perspektive, a cura di/hrsg. von *Walter Euchner - Francesca Rigotti - Pierangelo Schiera*

8. Aria, terra, acqua, fuoco: i quattro elementi e le loro metafore / Luft, Erde, Wasser, Feuer: die vier Elemente und ihre Metaphern, a cura di/hrsg. von *Francesca Rigotti - Pierangelo Schiera*

9. Identità territoriali e cultura politica nella prima età moderna / Territoriale Identität und politische Kultur in der Frühen Neuzeit, a cura di/hrsg. von *Marco Bellabarba - Reinhard Stauber*

10. L'istituzione parlamentare nel XIX secolo. Una prospettiva comparata / Die parlamentarische Institution im 19. Jahrhundert. Eine Perspektive im Vergleich, a cura di/hrsg. von *Anna Gianna Manca - Wilhelm Brauneder*

11. Criminalità e giustizia in Germania e in Italia. Pratiche giudiziarie e linguaggi giuridici tra tardo medioevo ed età moderna / Kriminalität und Justiz in Deutschland und Italien. Rechtspraktiken und gerichtliche Diskurse in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, a cura di/hrsg. von *Marco Bellabarba - Gerd Schwerhoff - Andrea Zorzi*

12. Aspetti e componenti dell'identità urbana in Italia e in Germania (secoli XIV-XVI) / Aspekte und Komponenten der städtischen Identität in Italien und Deutschland (14.-16. Jahrhundert), a cura di/hrsg. von *Giorgio Chittolini - Peter Johanek*

13. Parlamento e Costituzione nei sistemi costituzionali europei ottocenteschi / Parlament und Verfassung in den konstitutionellen Verfassungssystemen Europas, a cura di/hrsg. von *Anna Gianna Manca - Luigi Lacchè*

Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient

1. Faschismus und Nationalsozialismus, hrsg. von *Karl Dietrich Bracher - Leo Valiani*, Berlin 1991

2. Stadtadel und Bürgertum in den italienischen und deutschen Städten des Spätmittelalters, hrsg. von *Reinhard Elze - Gina Fasoli*, Berlin 1991

3. Statuten Städte und Territorien zwischen Mittelalter und Neuzeit in Italien und Deutschland, hrsg. von *Giorgio Chittolini - Dietmar Willoweit*, Berlin 1992

4. Finanzen und Staatsräson in Italien und Deutschland in der frühen Neuzeit, hrsg. von *Aldo De Maddalena - Hermann Kellenbenz*, Berlin 1992

5. Der Kulturkampf in Italien und in den deutschsprachigen Ländern, hrsg. von *Rudolf Lill - Francesco Traniello*, Berlin 1993

6. Die Neue Welt im Bewußtsein der Italiener und der Deutschen des 16. Jahrhunderts, hrsg. von *Adriano Prosperi - Wolfgang Reinhard*, Berlin 1993

7. Fiskus, Kirche und Staat im konfessionellen Zeitalter, hrsg. von *Hermann Kellenbenz - Paolo Prodi*, Berlin 1995

8. Hochmittelalterliche Territorialstrukturen in Deutschland und Italien, hrsg. von *Giorgio Chittolini - Dietmar Willoweit*, Berlin 1996.

9. Die Wirtschaft der Lombardei als Teil Österreichs. Wirtschaftspolitik, Außenhandel und industrielle Interessen 1815-1859, von *Rupert Pichler*, Berlin 1996

10. Die Minderheiten. zwischen den beiden Weltkriegen, hrsg. von *Umberto Corsini - Davide Zaffi*, Berlin 1997

11. Das Sakrament der Herrschaft. Der politische Eid in der Verfassungsgeschichte des Okzidents, von *Paolo Prodi*, Berlin 1997

12. Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen. Elsaß-Lothringen / Trient-Triest, 1870, 1914, hrsg. von *Angelo Ara - Eberhard Kolb*, Berlin 1998

13. Staatsräson und Eigennutz. Drei Studien zur Geschichte des 18. Jahrhunderts, von *Klaus-Peter Tieck*, Berlin 1998

14. Strukturen und Wandlungen der ländlichen Herrschaftsformen vom 10. zum 13. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich, hrsg. von *Gerhard Dilcher - Cinzio Violante*, Berlin 2000

15. Zentralismus und Föderalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland und Italien im Vergleich, hrsg. von *Oliver Janz - Pierangelo Schiera - Hannes Siegrist*, Berlin 2000

16. Das Konzil von Trient und die Moderne, hrsg. von *Paolo Prodi - Wolfgang Reinhard*, Berlin 2001

17. Die Vernunft ist praktisch. Fichtes Ethik und Rechtslehre im System, von *Carla De Pascale*, Berlin 2003

18. Das Ende der 'großen Illusion'. Ein europäischer Historiker im Spannungsfeld von Krieg und Nachkriegszeit, Henri Pirenne (1914-1935). Zu einer Neulesung der «Geschichte Europas», von *Cinzio Violante*, Berlin 2004